



**Hans Ulrich Jost**

**Politik und Wirtschaft  
im Krieg**

**Die Schweiz 1938–1948**

**CHRONOS**



Hans Ulrich Jost, geb. 1940, seit 1981 ord. Professor für neueste Geschichte an der Universität Lausanne. Mitglied der Herausgeberkommission der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz*.

Jost hat dazu beigetragen, dass die Rolle der Schweiz in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs neu überdacht wurde.

Anders als zeitgenössische Debatten und die bisherige Geschichtsschreibung sieht Hans Ulrich Jost in der Neutralität der Schweiz nicht mehr den zentralen Referenzpunkt, von dem aus das Geschehen der Jahre 1938–1948 zu beurteilen ist. Weder für die Achsenmächte noch für die Alliierten war die schweizerische Neutralität massgebend, es zählte die Bilanz der praktischen Leistungen: Handel, Finanzgeschäfte, Nachrichtenbörse, Interessenvertretung, Betreuungsaufgaben, die zentrale Lage.

In der schweizerischen Politik diente das Neutralitätsprinzip als taktische Rhetorik bei den Wirtschaftsverhandlungen sowie der Legitimation der Regierung, in den ersten Nachkriegsjahren vor allem der Verneinung jeglicher Verantwortung in bezug auf den Krieg. Nicht der menschlichen und moralischen Tragik des Kriegs galt die Hauptsorge der offiziellen Schweiz, sondern der optimalen Erhaltung einer auf Privatbesitz beruhenden, hochentwickelten Volkswirtschaft.

In sieben Kapiteln veranschaulicht der Autor «Strukturlinien und Entwicklungen», den «Aufmarsch zum Krieg» 1938–1939, die «Verdrehungen und Verwirrungen» von 1940, «Kriegswirtschaft, Vollbeschäftigung und neue Ordnung» 1940–1943, das «Kriegsende: äusserer Druck, innere Krisen, Isolation» 1944–1946, die «Anpassung an die atlantische Perspektive» 1948 sowie die «Geschichte des Zweiten Weltkriegs in der politischen Strategie der Nachkriegszeit».

**HANS ULRICH JOST**

**POLITIK UND WIRTSCHAFT  
IM KRIEG**

**DIE SCHWEIZ 1938-1948**

**CHRONOS**

Umschlag: Fritz Ritzmann

Foto: Archiv für Zeitgeschichte ETH, Sammlung Bildarchiv Keckeis © 1998

Chronos Verlag Zürich

ISBN 3-905312-82-4

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

# INHALT

<b>1. STRUKTURLINIEN UND -ENTWICKLUNGEN</b>	<b>7</b>
Krieg und Wirtschaftswachstum	8
Gewinne und Verluste	11
Der Aussenhandel, die strategische Lebensader	12
Kriegswirtschaft und Staatshaushalt	14
Finanz- und Steuerpolitik	17
Der Babyboom	19
Gesellschaftliche Schwerpunkte	21
Post Skriptum 1	26
<b>2. AUFMARSCH ZUM KRIEG (1938-1939)</b>	<b>29</b>
Kriegserklärungen	29
Abwehr der Fremden	37
Kulturelle Landesverteidigung	41
Politischer Rauhreif	44
Aufbau der Kriegswirtschaft	50
Mobilisation	54
Dienst und Arbeit	57
Post Skriptum 2	60
<b>3. 1940: VERDREHUNGEN UND VERWIRRUNGEN</b>	<b>63</b>
1. Akt: La gloire qui chante	64
2. Akt: Ernüchterung und Verwirrung	67
3. Akt: Demobilisation und Einsatz der Wirtschaft	71
4. Akt: Ein eidgenössischer Landammann?	79
5. Akt: Erneuern und Anpassen	84
6. Akt: Demokratie im Abseits	89
Post Skriptum 3	96
<b>4. KRIEGSWIRTSCHAFT, VOLLBESCHÄFTIGUNG UND NEUE ORDNUNG (1940-1943)</b>	<b>99</b>
Aussenhandel und Kriegswirtschaft	101
Gold und Kredite	106
Die äussere Front	115

Aussenpolitische Gesten und Flüchtlingspolitik	118
Wirtschaftspolitik und innere Ordnung	128
Politische Öffentlichkeit im Réduit	134
Post Skriptum 4	141
<b>5. KRIEGSENDE: ÄUSSERER DRUCK, INNERE KRISEN, ISOLATION (1944-1946)</b>	<b>147</b>
Nahkampf an der Wirtschaftsfront	150
Diplomatische Nebenschauplätze	156
Flüchtlinge, humanitäre Aktionen und Auslandshilfe	159
Innenpolitische Wirrnisse	166
Moskau und Washington, die letzten Schlachten	171
Rechtfertigungsrituale und Imagepflege	177
Post Skriptum 5	181
<b>6. ANPASSUNG AN DIE ATLANTISCHE PERSPEKTIVE (1946-1948)</b>	<b>185</b>
Normalisierung und Rückkehr zur Ordnung	186
Der innenpolitische Nachkriegspakt	193
Die Wendung zur atlantischen Perspektive	199
Wahrung der Tradition in Kultur und Gesellschaft	205
Post Skriptum 6	210
<b>7. DIE GESCHICHTE DES ZWEITEN WELTKRIEGS IN DER POLITISCHEN STRATEGIE DER NACHKRIEGSZEIT</b>	<b>213</b>
Geschichte als Spielball der Politik	213
Fragmentierte Geschichte	220
Geschichte als politische Strategie	225
Post Skriptum 7	229
<b>ANMERKUNGEN</b>	<b>231</b>
<b>BIBLIOGRAPHIE</b>	<b>255</b>
Dokumente und Quellen	255
Zeitgenössische Schriften	256
Literatur	258
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>272</b>
<b>NAMENREGISTER</b>	<b>273</b>

# 1. STRUKTURLINIEN UND -ENTWICKLUNGEN

«Die mächtige Totenhand der Kriegsrüstung musste mithelfen, die Schweiz aus dem beklemmenden Tal der Wirtschaftsdepression herauszuführen.»<sup>1</sup> Mit diesen Worten hat Hans von Greyerz den Ausstieg aus der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre beschrieben. Ähnliche Erklärungen für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise finden sich heute bei vielen Historikern. «If rearmament was important in Britain, in Hitlers Germany it was crucial in stimulating and sustaining economic growth», schreibt beispielsweise der englische Historiker Peter Clark.<sup>2</sup> Dies gilt ebenfalls für die Mehrzahl der europäischen Länder und sogar für die USA. Will man dem Jahrzehnt 1938-1948 gerecht werden, so muss man die brutale Logik der Wechselwirkung von Wirtschaft und Krieg als Paradigma akzeptieren.

Obwohl ich in diesem einführenden Kapitel in erster Linie wirtschaftliche Perspektiven entwickle, darf nicht vergessen werden, dass im Jahrzehnt 1938-1948 eine grundsätzliche Konfrontation antagonistischer gesellschaftspolitischer Dogmen stattgefunden hatte. Faschismus, Nationalsozialismus und autoritäre Herrschaftsformen der Rechten waren bestrebt, den liberalen Demokratien ein Ende zu bereiten. Es handelte sich jedoch nicht allein um einen frontalen Kampf zweier Weltanschauungen – im Stalinismus der Sowjetunion manifestierte sich eine dritte Option, die weder mit der liberalen Demokratie noch mit dem Faschismus kompatibel war. Historisch entscheidend war dann aber, dass sich die Alliierten und die Sowjetunion zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus fanden.

Die politische Kultur der Schweiz war von diesen Antagonismen in starkem Masse geprägt. Die verschiedenen Positionen grenzten sich jedoch nicht immer deutlich voneinander ab. Im Spiel der demokratischen Kräfte nistete sich vielerorts der – wie die autoritäre Versuchung damals genannt wurde – «Zeitgeist» ein. Die von einem Bürgerblock dominierte helvetische Demokratie entging nicht der Versuchung, im Kampfe gegen den Kommunismus und den Sozialismus mit den rechtsextremen Antidemokraten anzubündeln oder sie gewähren zu lassen. Die Gewissheit eines Sieges der Alliierten, ab 1943, bewirkte dann allerdings eine Änderung der Orientierung.

Ein letzter grundsätzlicher Strukturwandel darf nicht unerwähnt bleiben. Die hier angesprochene Epoche führte in einer Mehrzahl der Länder, bei Siegern wie bei Besiegten, zu einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Modernisierung. Traditionelle gesellschaftliche Hierarchien kamen ins Wanken; die Frauen, im Rahmen der Kriegswirtschaft massiv mobilisiert, hatten am Ende der 40er Jahre einen andern Bezug zu Gesellschaft und Öffentlichkeit; die Jugend, auf deren Einsatz man angewiesen war, begann nach dem Krieg nach neuen Lebensformen Ausschau zu halten. In der Schweiz kamen solche Modernisierungsprozesse ebenfalls in Gang, wenn auch die traditionellen Wertstrukturen und Hierarchien nur langsam in Bewegung gerieten. Bezeichnenderweise wiesen die helvetischen Männer am Ende des Krieges einmal mehr das Frauenstimmrecht zurück. Trotz dieser zentralen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen standen die wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund. Nicht nur die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, deren Überwindung offenbar alles andere als gesichert war, sondern auch die noch nie gesehene wirtschaftliche Mobilisierung im Krieg bildeten die dominierenden Problemkreise dieser Zeit.

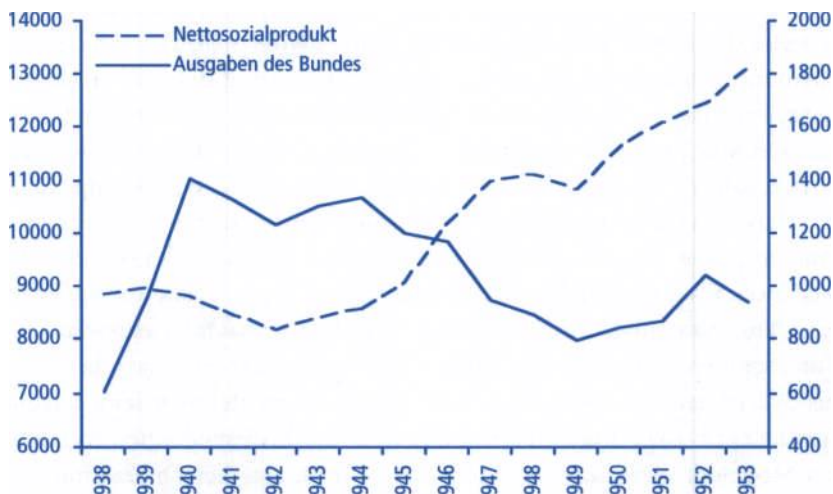
## **KRIEG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM**

Wie stark das Wirtschaftswachstum in Nazi-Deutschland mit den Rüstungsanstrengungen verbunden war, lässt sich an der rasanten Steigerung der Militärausgaben ermesen. Der Anteil der Armeeausgaben stieg von 4% im Jahre 1933 auf 18% im Jahre 1934 und erreichte 1938 schliesslich 50% der öffentlichen Ausgaben. Diese staatliche Ausgabenpolitik beruhte auf einer expansiven, aber gut verschleierten Staatsverschuldung; zwar konnte dadurch die Wirtschaft nicht wirklich gesunden, aber es resultierten doch, bei stagnierenden Stundenlöhnen, Vollbeschäftigung und neue Profite für die Unternehmer.

Die Überwindung der Krise in der Schweiz beruhte ebenfalls in starkem Masse auf einer rüstungsorientierten Konjunktur. Wohl hatte der Bundesrat 1936 den Franken um 30% abgewertet und sich damit der von den meisten Staaten ergriffenen Krisenpolitik angeschlossen. Die Abwertung hatte bestenfalls zur Folge, dass sich die Schweiz besser, d.h. mit konkurrenzfähigen Preisen, am Aufschwung des Welthandels beteiligen konnte. Der Aussenhandel brachte tatsächlich einen entscheidenden Impuls für den Ausstieg aus der Depression. Die Ex-



Graphik i: Volkseinkommen und Bundesausgaben



Reales Nettosozialprodukt (in Mio. Franken, linke Skala) und reale Ausgaben des Bundes (in Mio., rechte Skala).

Quelle: Jakob Tanner, *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953*, Zürich, Limmat Verlag, 1986, 373-420; *Historische Statistik der Schweiz*, hg. von Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, Zürich, Chronos, 1996.

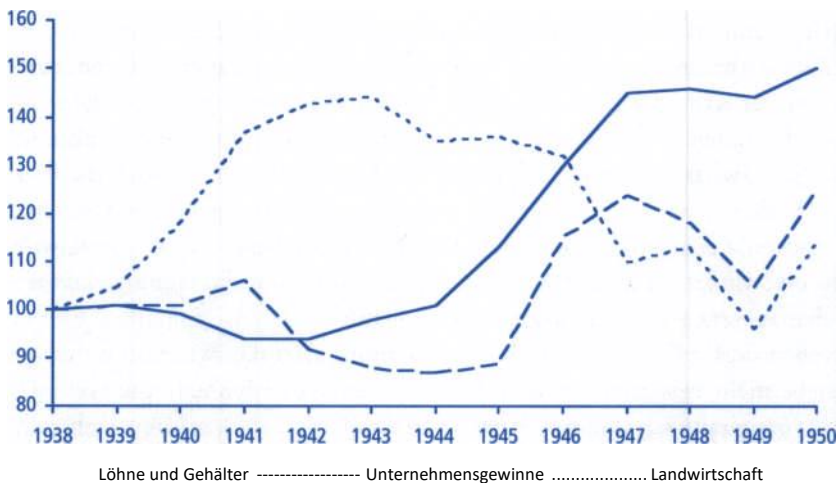
porte stiegen von 882 Mio. Franken im Jahr 1936 auf 1'286 Mio. im Jahr 1938. Zusätzlich wuchsen in der Schweiz, ähnlich wie in Deutschland, die öffentlichen Ausgaben, am stärksten beim Militär. 1935 lagen die Militärausgaben auf einem Tiefststand; sie waren auf beinahe 90 Mio. Franken gesunken, und auch ihr Anteil an den Gesamtausgaben, 19%, hatte den tiefsten Wert erreicht. Dann begannen die Ausgaben aber zu steigen und erreichten 1939 beinahe 200 Mio. Franken. Hinzu kam eine Anleihe von 235 Mio. Franken, die 1936 für die Bewaffnung der Armee gezeichnet wurde. Es handelte sich um einen ausserordentlich hohen Kredit (beinahe die Hälfte der Bundesausgaben von 1936).<sup>3</sup>

Die Vorbereitung auf einen Krieg, dies steht ohne alle Zweifel fest, trug auch in der Schweiz wesentlich zur Überwindung der hartnäckigen Weltwirtschaftskrise bei. Und nach dem so lange ersehnten Take-off der Vorkriegskonjunktur war der

Krieg dann der dominante Faktor der Wirtschaftsentwicklung, die von der Weltwirtschaftskrise zur neuen Konjunkturwelle der 1950er und 1960er Jahre führte. Wohl kam es im Krieg zu einem momentanen Rückgang des Aussenhandels und des Volkseinkommens, doch die Binnenwirtschaft hielt sich relativ stabil, und die Arbeitslosigkeit war praktisch ausgemerzt. 1943, als Göbbels den totalen Krieg ausrief, zählte man in der Schweiz nur 8'000 Arbeitslose, d.h. knapp 0,6% der aktiven Bevölkerung. Man konnte somit von «totaler» Vollbeschäftigung sprechen. Die ab 1939 auf Hochtouren laufende Kriegswirtschaft, bei der die Kriegsmaterialausfuhren eine zentrale Rolle spielten, schuf auch beste Voraussetzungen für den neuen Aufschwung nach Kriegsende. Die Unternehmen vermochten gegenüber den 30er Jahren von 1939 bis 1945 ihre Selbstfinanzierungsquote zu verdoppeln. Betrachtet man demnach die Epoche 1938-1948 insgesamt, so muss trotz der kriegsbedingten regressiven Momente von einem erfolgreichen Ausstieg aus der Depression der 30er Jahre gesprochen werden. Diese positive Entwicklung wurde in einem Rundschreiben des Politischen Departements aus dem Jahre 1946 wie folgt zusammengefasst: «La Suisse, heureusement, se trouve dans une position privilégiée puisqu'elle a été préservée des destructions et que son appareil de production est intact. Son organisation bancaire est bien développée, son marché des capitaux d'un potentiel élevé; le crédit public est intact et la monnaie repose sur une base saine et solide.»<sup>4</sup>

Das reale Nettosozialprodukt (s. Graphik 1) beginnt 1940 zu sinken und erreicht 1942, mit einem Verlust von knapp 8% bezogen auf 1938, seinen Tiefststand. Am Kriegsende wird der Vorkriegsstand schon übertroffen, und es setzt ein seit Langem nicht mehr erlebtes Wirtschaftswachstum ein. Verglichen mit andern Ländern erweist sich der im Kriege erlebte Rückgang als bescheiden. Das französische Volkseinkommen ging beispielsweise um über 50% zurück, und der Vorkriegsstand wird erst 1949 wieder erreicht. Insgesamt beträgt das Wirtschaftswachstum Westeuropas der Periode von 1938 bis 1950 21%; die Schweiz hingegen verzeichnet für denselben Zeitabschnitt ein Wachstum von 31%. Das Rundschreiben des Politischen Departements aus dem Jahre 1946 widerspiegelte demnach klar die vorteilhafte Situation und den Vorsprung auf Europa. Die Schweiz war in einer privilegierten Lage: die industrielle Infrastruktur intakt, Geld und Kredit in guter Verfassung. Selbst der öffentliche Haushalt, der von real 675 Mio. im Jahre 1938 auf 1,7 Mia. Franken im Jahre 1944 gestiegen war, konnte langsam wieder ausgeglichen werden. Ich werde weiter unten noch ein-

Graphik 2: Index der Löhne und Gehälter, der Unternehmensgewinne und der Einkommen der Landwirtschaft



gehender auf den Bundeshaushalt und die Wirtschaft eingehen. Doch werfen wir vorerst noch rasch einen Blick auf die Entwicklung der Löhne und Gewinne.

## GEWINNE UND VERLUSTE

Die Folgen der Kriegswirtschaft auf die einzelnen Erwerbssektoren sind sehr verschieden (s. Graphik 2). Zwischen 1938 und 1941 ging das reale Einkommen der unselbständig Erwerbenden um 6 und jenes von Handel um Banken um 4% zurück. Noch grösser waren die Verluste der Lohnabhängigen, wo z.T. ein Rückgang der Gehälter von über 10% zu verzeichnen ist.<sup>6</sup> Offensichtlich mussten einzelne Gruppen von Arbeitnehmern, insbesondere die Frauen, bedeutende und existentiell schwer verkraftbare Lohneinbussen in Kauf nehmen. Ab 1944 kam es jedoch zu einem raschen Ausgleich, der die Gehälter auf den Stand der Vorkriegszeit brachte.

Anders verläuft die Entwicklung der Unternehmungsgewinne und der Einkommen in der Landwirtschaft. In diesen Sektoren kommt es in den Jahren 1938 bis 1941 zu einer Steigerung um 5 respektive 40%<sup>7</sup> In der zweiten Kriegshälfte gin-

gen die Wirtschaftstätigkeit und der Handel insgesamt zurück und brachten in allen Bereichen Verluste. Doch die Gehälter und Löhne sowie die Gewinne der Banken übertrafen schon 1944 den Vorkriegsstand, die Unternehmungsgewinne erreichten diesen 1946.

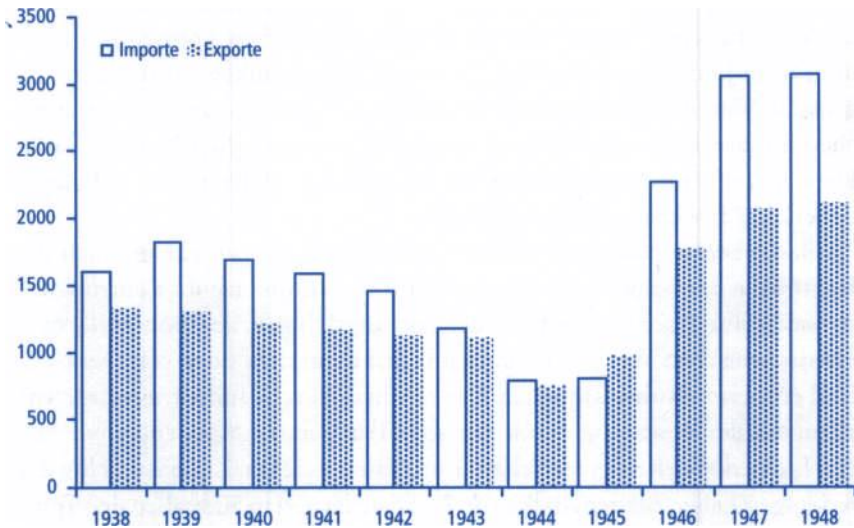
Gänzlich andersgeartet entwickelte sich die Lage der Bauern. Nachdem sie unter der Krise der Zwischenkriegszeit schwer gelitten hatten, brachte ihnen der Krieg nun schlagartig eine gewaltige Verbesserung und machte aus der Landwirtschaft einen privilegierten Wirtschaftssektor. Doch die Bauern verloren am Ende des Krieges, verglichen mit den andern Wirtschaftssektoren, rasch wieder an Boden. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung wurde erst Ende der 50er Jahre überwunden, als sich das neue Landwirtschaftsgesetz von 1952 auszuwirken begann.

Neben dieser Gewinn- und Verlustrechnung darf das Wachstum der Betriebe nicht vergessen werden. Die Zahl der Unternehmen, die von 1929 bis 1939 praktisch stagniert hatte (Zunahme um 0,5%), erhöhte sich während des Krieges um 10%. Und die Industriearbeiterschaft, deren Zahl vor dem Kriege um 10% zurückgegangen war, nahm nun in der Kriegszeit um über 18% zu. Diese statistischen Angaben verhüllen indessen die Tatsache, dass einzelne Unternehmen überdurchschnittlich vom Krieg profitierten, insbesondere jene Betriebe, die stark am Waffenexport beteiligt waren. Eine dieser Firmen erhöhte zwischen 1939 und 1945 das versteuerte Einkommen von 6,8 auf 53 Mio. Franken, bei gleichzeitiger Vermögenszunahme von 8,5 auf 170 Mio. Franken.<sup>8</sup>

## **DER AUSSENHANDEL, DIE STRATEGISCHE LEBENSADER**

Ohne einen umfangreichen Aussenhandel hätte die Wirtschaft nie auf diesem hohen Niveau gehalten werden können. In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutete der Krieg demnach keineswegs ein Abschotten von der Aussenwelt oder einen Rückzug ins Innere. Im Gegenteil, die Aufrüstung in den letzten Friedensjahren belebte den durch die Weltwirtschaftskrise erschütterten Aussenhandel, der trotz kriegsbedingter Restriktionen bis 1942/43 auf einem hohen Stand blieb (s. Graphik 3). Gegenüber 1938 erhöhten sich die realen Importwerte bis 1940 um 5%; die Exporte begannen hingegen schon zu sinken und nahmen um 9% ab. 1944, als die Deutschen sich allenthalben auf dem Rückzug befanden, fiel der Aussenhandel auf einen Tiefpunkt; die Importe waren 51%, die Exporte 43% unter dem

Graphik 3: Importe und Exporte



Real in Mio. Franken auf der Basis von 1938.

Stand von 1938. Doch schon zwei Jahre später war die Lage mehr als bereinigt, bewegten sich doch die Importe und die Exporte auf 41 respektive 33% über den Werten von 1938.

Der Einbruch in den Jahren 1944 und 1945, oben schon kurz mit Prozentzahlen belegt, ist gewiss spektakulär. Wirtschaftlich gesehen erweist sich das Jahr 1945, trotz des Waffenstillstandes vom 8. Mai 1945, als das härteste Kriegsjahr. Das Land befand sich wirtschaftlich auf einem Tiefpunkt, war politisch isoliert und musste gleichzeitig um die Neueroberung der Aussenmärkte kämpfen. In gewissem Sinne war das Kriegsende für die Schweiz ein eigentlicher Kriegsbeginn, zumindest im handelspolitischen Sinn. Dieser kurze Einbruch sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, die gesamt positive Wirtschaftsbilanz dieser Epoche zu unterschätzen. Der Krieg bedeutete für die Schweiz wirtschaftlich keine Katastrophe, sondern die Überwindung der Weltwirtschaftskrise und eine produktive Übergangsphase in die Hochkonjunktur der Nachkriegszeit.

In den Jahren von 1940 bis 1944 beruhte ein Teil des Aussenhandels auf umfangreichen, den Achsenmächten zugestandenen Krediten. Allein für Deutschland belief sich die Summe am Kriegsende auf 1,1 Mia. Franken.

Dies entsprach 10% des Nettovolkseinkommens von 1942 – immerhin ein, wie 1944 im Bankausschuss der Nationalbank festgehalten wurde, «schöner Preis für eine Freundschaft».<sup>9</sup> Verglichen mit dem Volkseinkommen der 1990er Jahre, würden diese 10% über 30 Mia. Franken ausmachen. Von grossem Wert für die deutsche Kriegswirtschaft erwies sich der umfangreiche Goldhandel der Reichsbank mit der Schweizerischen Nationalbank. Dank diesem Handel verfügte Deutschland während der gesamten Kriegsdauer über frei konvertierbare Devisen.

Zu den lebenswichtigen Aussenwirtschaftsbeziehungen zählen auch die Leistungen der Schweiz als Transitland. Die Schweiz lag im Zentrum der Achse Berlin-Rom und verband den leistungsfähigen, aber rohstoffarmen oberitalienischen Wirtschaftsraum mit den deutschen oder von Deutschland eroberten Rohstoffquellen. Die norditalienische Industrie wurde vor allem mit der Besetzung durch deutsche Truppen, 1943, zu einem wichtigen Element der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Zudem machte das Kriegsgeschehen auf dem Balkan, in Nordafrika und in Süditalien den Transitverkehr durch die Schweiz zu einem wichtigen Pfeiler der Versorgung der deutschen Armeen. So verwundert es auch nicht, dass sich der Verkehr auf der Nord-Süd-Achse in den Jahren 1942-1944 gegenüber 1938 verdreifachte (vgl. S. 103).<sup>10</sup> Insgesamt nahm der Güterverkehr der SBB von 1'585 Mio. Tonnenkilometer im Jahr 1938 auf 3'520 Mio. im Jahr 1941 zu, eine Transportmenge, die erst wieder in der Hochkonjunktur zu Beginn der 1960er Jahre erreicht wurde.

## KRIEGSWIRTSCHAFT UND STAATSHAUSHALT

In der Dezembersession 1937 wurde das von Bundesrat Obrecht vorgelegte Projekt für die Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern im Kriegsfall diskutiert und im folgenden Jahr von den Räten angenommen.<sup>11</sup> Damit konnte 1938 die aus sieben Abteilungen bestehende Kriegswirtschaftsorganisation des Volkswirtschaftsdepartements geschaffen werden. Die Kriegsfinanzpolitik blieb in den Händen des Finanz- und Zolldepartements. 1938 standen somit die wesentlichen Strukturen der künftigen Kriegswirtschaft bereit. Mit Kriegsbeginn kam dann die gesamte Wirtschaft in den Einflussbereich der staatlichen Wirtschaftspolitik, was u.a. zu einem bedeutenden Anstieg der Bundesausgaben führte. Diese stiegen real von 675 Mio. Franken im Jahr 1938 auf rund

1,7 Mia. Franken im Jahr 1944 und fielen erst 1949 wieder auf den Stand von 1939. Am Ende des Krieges war der Bund real mehr als doppelt so hoch verschuldet wie 1938. Insgesamt gesehen nahmen die Bundesaussgaben im Wirtschaftsleben nun einen grösseren Platz ein. Sie stiegen von 6% des Nettozialproduktes in der Vorkriegszeit auf 10% in der Nachkriegszeit.

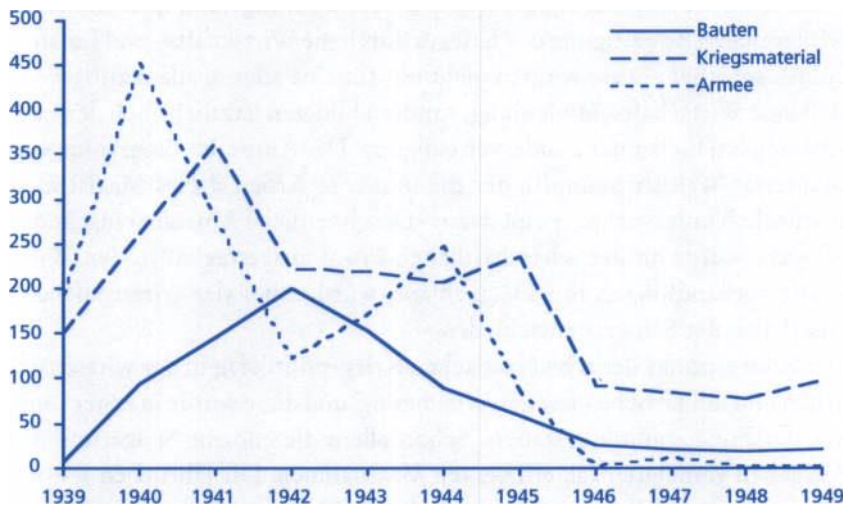
Der Zweite Weltkrieg führte zu einem prinzipiellen Wandel in der Philosophie der Finanzpolitik des Bundes. In der Krise der 30er Jahre hielt der Bundesrat stur an einer unfruchtbaren Deflationspolitik, am Prinzip des «guten Hausvaters» fest. Während des Krieges wurde die Finanzpolitik, zwar ohne eigentliche Planung, aktiver und interventionistischer. «Auf das konjunkturwidrige Verhalten der dreissiger Jahre», stellt Walter Wittmann fest, «vollzog sich grundsätzlich während des Zweiten Weltkrieges primär infolge des sozialen Drucks eine Hinwendung zu einer konjunkturstabilisierenden Ausgaben- und Einnahmenpolitik.»<sup>12</sup> Doch trotz der wenig planmässigen Ausgabensteigerung und Verschuldung kann man von einer erfolgreichen Bewältigung des Krieges durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik sprechen. Diese sorgten nicht nur für eine alles in allem zufriedenstellende Wirtschaftsentwicklung, sondern bildeten letztlich auch den entscheidenden Pfeiler der Landesverteidigung. Der Autor der Biographie von Bundesrat Walther Stampfli, der die immense Arbeit dieses Magistraten ausführlich untersuchte, meint dazu: «Die eigentliche Abwehrschlacht der Schweiz wurde an der wirtschaftlichen Front ausgetragen. In den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland wurde über das wirtschaftliche Überleben der Schweiz entschieden.»<sup>13</sup>

Der Schwerpunkt der schweizerischen Kriegspolitik lag in der wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung, und diese wurde in erster Linie mit der Finanzpolitik gesteuert. Schon allein die enorme Steigerung der Ausgaben verlangte nach effizienten Massnahmen. Die jährlichen Kosten für die wirtschaftliche und militärische Landesverteidigung stiegen von etwas über 200 Mio. im Jahr 1938 auf 1,3 Mia. Franken in den Jahren 1940 bis 1944, was einem Anteil von 4/5 des gesamten Bundesbudgets entsprach. Insgesamt betrugen die Ausgaben für die militärische und wirtschaftliche Landesverteidigung der Jahre 1938-1948 ungefähr 10,8 Mia. Franken, d.h. etwa 20% mehr als das mittlere jährliche Nettozialprodukt dieser Periode.<sup>14</sup> Dies war, verglichen mit direkt am Krieg beteiligten Ländern, relativ bescheiden. Für Grossbritannien, das 265'000 Soldaten verlor, wird die für den Krieg eingesetzte Summe auf das ungefähr siebenfache Volkseinkommen von 1939 geschätzt. Und selbst die USA, die über ge-

waltige Reserven verfügten, haben allein für die direkten Kriegskosten eine Summe aufbringen müssen, die das mittlere jährliche Sozialprodukt dieser Zeit übertraf.<sup>15</sup>

Die Ausgabenpolitik für die Landesverteidigung bildete das eigentliche strategische Element der gesamten Wirtschaftspolitik. Mit einer geeigneten, je nach Zeitpunkt spezifizierten Mischung der Ausgaben, verbunden mit handelspolitischen Zielsetzungen, wurden die langfristigen Zielvorstellungen von Bundesrat und Wirtschaft – Aufrechterhaltung von Produktion, Profit und wirtschaftlichem Einkommen – erfolgreich durchgesetzt. Ein Blick auf die Ausgabenverteilung der Landesverteidigung zeigt, wie diese Politik in etwa ablief.

Graphik 4: Ausgabenverteilung der Landesverteidigung



Ausgaben der Landesverteidigung für Bauten, Kriegsmaterial und Armee (real in Mio. Franken).

Quelle: Tanner, *Bundshaushalt*, 381.

Die Aufwendungen für die Landesverteidigung verteilen sich wie folgt: 31% für Kriegsmaterial, 28% für die Armee, 15% für Bauten, 5% für das zivile Personal und 21% für Verschiedenes. Diese Verteilung belegt die Bedeutung volkswirtschaftlich relevanter Leistungen wie Bauten, Material etc., die zusammenge-



zählt weit über die Hälfte der Verteidigungsausgaben ausmachten. Ebenso interessant erweist sich der zeitliche Ablauf. Im Jahre 1940 ging der Grossteil der Ausgaben in die Armee, mit einer gewissen Verzögerung gefolgt vom Kriegsmaterial. Dann aber drängten die Bauten vor, und es pendelte sich ein subtiles Spiel dieser drei Komponenten ein, und dies in einem Moment des stärksten Engagements in die deutsche Kriegswirtschaft. In enger Verbindung mit der Finanzpolitik entwickelte sich eine Strategie, in der ein grosser Teil der Aufwendungen für militärische Belange – Material und Bauten, aber auch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen – gleichzeitig wichtige Elemente der volkswirtschaftlichen Entwicklung bildeten. Gewiss, der Kern der militärischen Landesverteidigung, d.h. die im Feld und dann im Réduit stehende Armee, bildete als politische Parole das Zentrum des öffentlichen Interesses, doch in der Realität wurde sie den wirtschaftlichen und sozialen Zielvorstellungen untergeordnet.

## FINANZ- UND STEUERPOLITIK

1938, im Gleichschritt mit den kriegswirtschaftlichen Massnahmen, wurde auch die Finanzpolitik in die Vorbereitungen auf einen Krieg eingebunden. Bezeichnend für diesen Aufbruch ist die Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni 1938 über den «Ausbau der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit», das Projekt für eine Bundesanleihe von 415 Mio. Franken, von denen 213 Mio. für die Armee und 202 Mio. für die Arbeitsbeschaffung vorgesehen waren. Ein Jahr darauf wurde die Vorlage vom Volk mit einem überwältigenden Mehr von 445'622 gegen 199'540 Stimmen angenommen. Eine allgemeine Finanzordnung, in der Volksabstimmung vom 27. November 1938 ebenfalls mit grossem Mehr bestätigt, gab dem Bundesrat gewissermassen Rückendeckung für die Massnahmen im Krieg. Insgesamt wurden demnach den Mehrausgaben zuerst mit Kreditaufnahmen begegnet, d.h. der Anteil der Fiskaleinnahmen ging 1939/40 stark zurück. Neue Steuern, die sich ab 1941 auszuwirken begannen, bremsten zwar diesen Rückgang, brachten aber keine Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen. Die Fiskaleinnahmen, die in der Periode von 1931 bis 1938 85% der Gesamteinnahmen umfassten, verblieben von 1939 bis 1945 auf durchschnittlich 58%. Gleichzeitig nahm die reale Schuld des Bundes in den Jahren 1938-1946 von 2,3 Mia. auf 5,9 Mia. Franken (nominal 8,7 Mia.) zu. Der Anteil

der Bundesschuld am Volkseinkommen stieg daher von 27 auf 65% im Jahr 1945. Ab 1946 wurde diese Schuld dann langsam abgetragen. Die massive Verschuldung in der Kriegszeit sollte aber nicht nur als negative Last betrachtet werden; gerade in diesen schwierigen Zeiten boten die Bundesanleihen den privaten Kapitalgebern eine interessante Profitquelle. Mit der massiven Steigerung der Bundesausgaben nahm der Staat allerdings auch einen volkswirtschaftlich gewichtigeren Platz ein. Der Anteil der Bundesausgaben am Nettosozialprodukt stieg zwischen 1931/38 und 1946/53 von rund 6 auf über 10%.

Die steigenden Ausgaben wurden zunehmend mit Anleihen finanziert. Dieser Verschuldung, die in erster Linie die nachkommende Generation belastete, versuchte man aber auch mit erweiterten Steuern zu begegnen. Anfang 1940 trat eine Kriegsgewinnsteuer in Kraft, deren Wirksamkeit am 18. November 1941 noch verstärkt wurde. Ein Kriegsfinanzprogramm vom April 1940 eröffnete weitere Einnahmequellen wie das Wehropfer (erhoben 1940 und 1942), die Wehrsteuer und die Warenumsatzsteuer. Die Steuerstruktur entwickelte sich dahin, dass die Belastung der Einkommen und Vermögen ungefähr gleich hoch war wie die Verbrauchsbesteuerung. Ergänzende Massnahmen waren die im Herbst 1942 eingeführte Luxussteuer sowie eine ab 1944 erhobene Verrechnungssteuer. Das ganze System war ein Kompromiss zwischen Konsumsteuern, die den Durchschnittsbürger, und Vermögenssteuern, die das Kapital belasteten. Nach dem Krieg wird dieser Kompromiss von der Rechten heftig bekämpft. Sie wollte zwar die den Durchschnittsbürger belastenden Konsumsteuern beibehalten, verlangte aber gleichzeitig den Abbau jener Steuern, die Kapital und grosse Vermögen betrafen. Der Bundesrat verschob eine endgültige Lösung, indem er das Fiskalnotrecht bis 1949 verlängerte.

Zum Thema Finanzpolitik müssen noch zwei abschliessende Hinweise gemacht werden. Die rasch angewachsenen Finanzbedürfnisse liessen den Bund zum wichtigsten Kunden des Finanzplatzes Schweiz werden. Die Banken realisierten somit einen Teil ihrer Profite über den Staat, womit dessen Bedeutung auf dem Finanzplatz an Gewicht gewann. Hinzu kamen die Aussenhandelsbeziehungen und die grossen Kredite, die der Bund insbesondere Nazi-Deutschland gewährte. Gleichzeitig übernahm die Schweizerische Nationalbank eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der monetären Entwicklung und der internationalen Finanzbeziehungen, wozu auch der nicht ganz ungefährliche Goldhandel zu zählen ist. Auf alle diese Fragen soll später eingegangen werden. Im Augenblick sei hier zu

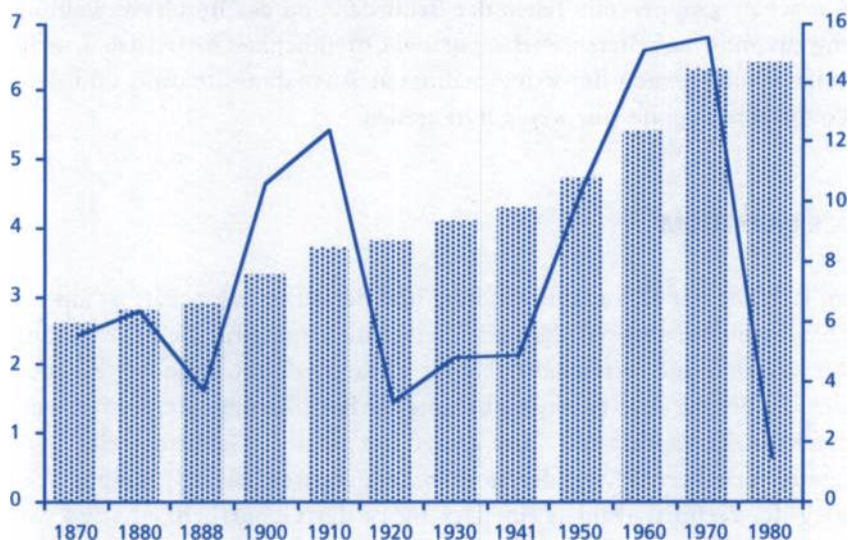
diesem Problemkomplex nur soviel festgehalten: Kriegswirtschaft, Aussenhandel, Finanzpolitik und Finanzplatz Schweiz bildeten ein neues Kommunikations- und Entscheidungssystem, das die Behörden einerseits, die Banken- und Wirtschaftsvertreter andererseits in immer engere Beziehungen brachte. Während in der «Ständigen Wirtschaftsdelegation» Heinrich Homberger, Direktor des Vorortes – d.h. der grössten Interessenorganisation von Handel und Industrie – eine zentrale Position einnahm, sprachen die Vertreter der Schweizerischen Bankiers Vereinigung immer öfters direkt beim Bundesrat vor. In diesem sass zudem von 1939 bis 1943 Ernst Wetter, Vorgänger von Homberger beim Vorort. Allein dieses Beispiel zeigt, wie sich eine neue Entscheidungs- und Führungsebene bildete, auf der einzelne Wirtschaftsgruppen mit Teilen der Behörden und der Bundesverwaltung eng zusammenarbeiteten. Parlament und Öffentlichkeit hatten dabei, nicht zuletzt auch wegen der kriegsbedingten Ausnahmesituation und dem Vollmachtenregime, nur wenig mitzureden.

## DER BABYBOOM

Im Rahmen der Krisenüberwindung und der Kriegswirtschaft ist auf ein Phänomen hinzuweisen, das neben seiner Bedeutung für die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen als interessantes Zeichen einer Änderung der Erwartungshaltung der Bevölkerung interpretiert werden kann. Es handelt sich, kurz gesagt, um die neue Geburtenwelle. 1938 setzte, zur Überraschung der meisten Zeitgenossen, ein ausgeprägter Anstieg der Geburtenzahlen ein. Der Index der Geburtlichkeit stieg von 1,8 im Jahr 1937 auf 2,6 im Jahr 1945. Der Grund dieser Zunahme der Geburten war weniger, dass die Familien mehr Kinder hatten, als dass früher geheiratet wurde.<sup>16</sup> Zwei widersprüchliche Faktoren hatten zu dieser Verhaltensänderung beigetragen: einerseits die beginnende Überwindung der Wirtschaftskrise, andererseits die Kriegsangst. Im Volksmund kam für die ab Kriegsbeginn gezeugten Kinder der Begriff «Urlauberli» auf. Warum ausgerechnet in dieser unsicheren Zeit der ersten Kriegsmonate früher geheiratet und Kinder gezeugt wurden, kann wohl kaum schlüssig erklärt werden. Man kann aber vermuten, dass die Mobilisation und die Rückbesinnung auf die Familie – begünstigt durch die Abnahme der Aktivitäten in der politischen Öffentlichkeit – dazu geführt haben, dass der Einzelne wieder vermehrt Zuflucht in der Ehe suchte. Die gegen Ende des Krieges einsetzenden Hoffnungen auf bessere

wirtschaftliche Zeiten gaben der Gebärfreudigkeit einen zweiten, zusätzlichen Schub. Diese Geburtenwelle sowie der Zuzug fremder Arbeitskräfte nach dem Krieg führten schliesslich zu einem in der Schweiz bisher nicht gekanntem Bevölkerungswachstum. Die Wohnbevölkerung stieg zwischen 1938 und 1948 von 4,187 Mio. auf 4,582 Mio., also um rund 400'000 Menschen. In der gesamten Zwischenkriegszeit, d.h. den zwanzig Jahren von 1918 bis 1938, hatte der Zuwachs nur 310'000 betragen.

Graphik 5: Bevölkerungswachstum



Bevölkerungszahl (Säulen, in Mio., linke Skala) und jährliche Zuwachsrate (Linie, in Promille, rechte Skala).

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl und der Wachstumsraten (s. Graphik 5) zeigt deutlich die erste, von den 1880er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg dauernde Wachstumsphase, abgelöst von der Depression der Zwischenkriegszeit. Die Wachstumsrate der zweiten Phase übertrifft deutlich jene der Jahrhundertwende.

Diese Steigerung der Geburtenrate setzte im gleichen Augenblick ein, als sich eine grundlegende wirtschaftlich Tendenzwende ankündigte. Nach Jahrzehnten

der Stagnation setzte ein gewaltiger, dreissigjähriger Aufschwung ein, der erst in den 70er Jahren durch einen tiefen Konjunkturerinbruch zu Ende ging. Man braucht zwischen der Geburtenrate und der Wirtschaftskonjunktur keinen ursächlichen Zusammenhang zu postulieren, aber das parallele Auftreten dieser Phänomene verstärkt den Eindruck eines grundlegenden strukturellen Umbruchs, der das Jahrzehnt von 1939 bis 1948 entscheidend prägte. In diesem Zusammenhang entwickelten sich auch verschiedene, z.T. rassistische Debatten zur Bevölkerungspolitik, die weiter unten vorgestellt werden.

Es gilt nun, mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, noch einmal auf das Volkseinkommen hinzuweisen. Dieses ging bekanntlich bis 1942 um 8% zurück. Gemessen pro Kopf der Bevölkerung sind dies aber 10%. So musste der Durchschnittsbürger einen grösseren Rückgang in Kauf nehmen, als dies im generellen Wert des Nettosozialproduktes zum Ausdruck kommt.

## GESELLSCHAFTLICHE SCHWERPUNKTE

Die wirtschaftlichen, finanzpolitischen und demographischen Leitlinien lassen sich, wie die vorangegangenen Abschnitte gezeigt haben, relativ deutlich festhalten. Für die gesellschaftliche und politische Entwicklung sind solche Leitplanken viel schwerer zu eruieren. Hier lassen sich, grob gesagt, sieben Dimensionen ausmachen: Verwirtschafterung der Politik, Militarismus, Autoritarismus und Demokratiekritik, Antikommunismus, Widerstand gegen die Frauenemanzipation, natalistische Bevölkerungspolitik und – eine wichtige positive Zielvorstellung – Gemeinschaft mit sozialpolitischer Absicherung.

Der moderne, 1848 begründete Bundesstaat beruhte ohne Zweifel auf einem produktiven Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft. Es handelte sich um ein dialektisches Verhältnis zwischen den sogenannten «Industriebaronen» und der freisinnigen politischen Elite, die in einem lebhaften Konkurrenzverhältnis den öffentlichen Raum gestalteten und die verschiedenen Paradigmen der sozialen Ordnung und der Machtverhältnisse definierten.<sup>17</sup> Im 20. Jahrhundert, nicht unwesentlich gefördert durch den Ersten Weltkrieg, löste sich diese Dialektik zugunsten einer Amalgamierung von Wirtschaft und Politik auf. Die Zwischenkriegszeit, schon dominiert durch die krisenbedingte Politik der Ausnahmege-

setzung, förderte in ungeahntem Ausmass diesen Prozess. So stand dann das Jahrzehnt 1938-1948 unter dem Zeichen einer elitären Gruppensherrschaft, in der von Wirtschaftskreisen dominierte Kommissionen die politischen Zielvorstellungen vorgaben. Eine der wichtigsten Kommissionen dieser Art war die 1939 geschaffene, auf einem unveröffentlichten Bundesbeschluss beruhende «Ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen», gelegentlich auch nur «ständige Wirtschaftsdelegation» genannt. Von ihr wird in diesem Buch noch oft die Rede sein.

Um das Phänomen Armee und Militarisierung, die zweite oben genannte Dimension, zu begreifen, lohnt sich ein Blick in die Gaststätten und öffentlichen Lokale, wo offensichtlich, und dies noch lange nach Kriegsende, eine Figur dominierte: der General. In der Tat hing an den meisten dieser Orte ein Porträt von General Guisan. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die Gesellschaft der Jahre 1938-1948 entscheidend vom Bild der Männer in Uniform geprägt war. Der Wehrmann leistete im Mittel 500 Tage Dienst, und die Offiziere waren oft so stark in die Mobilisation eingebunden, dass sich die Grenze zwischen Zivil und Militär verflüchtigte. Wehrpflicht und Armee galten als höchste, ja heiligste Werte der Eidgenossenschaft.<sup>18</sup> In dem Masse, wie sich die militärische Ambiance verdichtete, verdünnte sich die politische Öffentlichkeit. Ausserordentliche Massnahmen, schon in der Zwischenkriegszeit mittels dringlicher Bundesbeschlüsse dem demokratischen Willensbildungsprozess entzogen, wurden unter dem kriegsbedingten Vollmachtenrecht die Regel. Die Zensur von Presse und Radio war zwar nicht radikal, schuf aber dennoch eine Stimmung, die die offene Berichterstattung einschränkte und verfremdete. Die sich im Zeichen der Geistigen Landesverteidigung entwickelnde Kultur litt unter einer nationalistischen und folkloristischen Dogmatik, die eine geistige und intellektuelle Enge schuf. «Der Zweite Weltkrieg», schrieb Hans von Greyerz, «hielt die Schweizer Intellektuellen in einer Isolierung, die das Qualitätsgefühl zugunsten des Nationalgefühls herabzumindern drohte.»<sup>19</sup> Und Jean Rudolf von Salis fügte dem, anspielend auf die «nationale Ideologie», bei: «Das meiste aus dieser helvetischen Literatur, die ihren Zweck erfüllte, ist heute verblichen.»<sup>20</sup> Das Leitbild Armee und Männlichkeit, gekoppelt an die Geistige Landesverteidigung, bildete die zentrale, aber auch geistig enge Lebensperspektive der Generation von 1938/48. «Soldatentum» wird, wie dies etwa in der populären und mehrfach aufgelegten Schrift von Oberst Gustav Däniker aus dem Jahr 1940 nachzulesen ist, als oberster und absoluter Wert der Gesellschaft zelebriert.<sup>21</sup> Georg Thürer hat diese

Vorstellungen im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft etwas später auch auf die zivile Welt übertragen: «Ein Schuss Soldatentum muss deshalb unsern Alltag durchdringen. Der echte Demokrat verzichtet freiwillig – frei und willig – auf allerhand angenehme Begleiterscheinungen der Freiheit, um ihren Kern zu retten. Mit andern Worten: die nationale Freiheit ist uns zur Stunde wichtiger als die private Freiheit. [...] Ein feldgrauer Faden muss all unser Tun durchziehen. Wir brauchen einen härtern Menschenschlag in diesem Jahrhundert, das man voreilig das Jahrhundert des Kindes' taufte. Wir wollen ihn hierzulande den straffen Eidgenossen nennen. Damit sind wir bei der innern Strafung des Menschen angelangt.»<sup>22</sup>

Die dritte Dimension betrifft eine politische Perspektive, in der viel von Erneuerung und Bewegung die Rede war. Bezeichnend sind dafür die Worte, die die Bundesräte Pilet-Golaz und Etter in ihrer gemeinsamen Radioansprache vom 25. Juni 1940 verwendeten: «Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt ist gekommen. Jeder von uns muss den alten Menschen ablegen. Das bedeutet: Nicht schwatzen, sondern denken; nicht herumdiskutieren, sondern schaffen; nicht geniessen, sondern erzeugen; nicht fordern, sondern geben. [...] Eidgenossen, an Euch ist es, nun der Regierung zu folgen als einem sicheren und hingebenden Führer, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen können. Die Ereignisse marschieren schnell: Man muss sich ihrem Rhythmus anpassen. Auf diese Weise, und nur so werden wir die Zukunft bewahren können.»<sup>23</sup>

Mit dieser politischen Perspektive verband sich oft eine bedenkliche Demokratiekritik und ein scharfer Antikommunismus, getragen von Notabein und Gruppen, die in mehr oder weniger radikaler Weise das traditionelle politische System und seine Grundwerte abzubauen trachteten. Die einzelnen Bewegungen und Gruppen dieser Zeit propagierten Absagen an die parlamentarische Demokratie, Liberalismuskritik, korporatistische Ordnungsideen und Rufe nach einer starken Führung. Und das Vollmachtenregime der Kriegszeit förderte solche Tendenzen. Edgar Bonjour hält denn auch, wie viele andere, fest, dass die ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates «die Schweiz im Laufe der Kriegsjahre fast zwangsläufig in eine autoritäre Demokratie verwandelt» hätten.<sup>24</sup>

Diese autoritären Attitüden ergänzten aufs Beste den militanten Antikommunismus, der nicht nur die extreme Linke traf, sondern seine Schatten auch auf die Sozialdemokratie warf. Sozialdemokraten und Gewerkschaften näherten sich

zwar in den 30er Jahren der bürgerlichen Gesellschaft. Mit der prinzipiellen Anerkennung der Landesverteidigung bekräftigte die SPS 1935 ihre Loyalität zum bürgerlichen Staat, während Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mit dem Arbeitsfrieden von 1937 begannen, ihre Konflikte in einer neuen Verhandlungskultur zu regeln. Trotzdem gaben die bürgerlichen Kräfte ihren grundsätzlichen Antisozialismus nicht auf; man verschob nur den Schwerpunkt der Angriffe und verstärkte in erster Linie die antikommunistische Stossrichtung. Der Einstieg in den Kalten Krieg, in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, verschaffte dieser Grundeinstellung noch vermehrt Auftrieb. In der Aussenpolitik brachte dieser Antikommunismus allerdings etliche Probleme, die 1944/45, anlässlich des Versuchs einer Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion, gewaltsam aufbrachen. Im Übrigen darf nicht übersehen werden, dass der Antisozialismus und der Antibolschewismus oft mit einer xenophoben Ausgrenzung der Ausländer und einem latenten Antisemitismus einhergingen.

Die fünfte Dimension, der zähe Widerstand gegen die politische und gesellschaftliche Emanzipation der Frauen, trat zwar nur diffus in Erscheinung, prägte aber die gesellschaftlichen Grundwerte bestimmend. Diese Orientierung der Männer stand in krassem Kontrast zur Leistung der Frauen, die gerade in dieser Kriegs- und Umbruchperiode einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und zur sozialen Stabilisierung beitrugen. Diesen bedeutenden Leistungen der Frauen in der schweizerischen Volkswirtschaft stand diametral eine politische Haltung der Männer gegenüber, die dem weiblichen Geschlecht nicht nur das Stimmrecht, sondern auch einen verantwortlichen Status in der Gesellschaft verweigerte. Die beinahe einzig anerkannte öffentliche Rolle war jene des «Trachtenmädchens», eine Statistin bei zeremoniellen Auftritten von Magistraten und hohen Militärs. Diese politische Rückweisung kam deutlich in einer von Bundesrat Etter behandelten Studie aus dem Jahre 1940 zum Ausdruck. Sie verlangt klipp und klar die Rückkehr der Frauen in Kirche und Haus. Dort findet sich auch der vielsagende Ausdruck: «weg vom courtisanenhaften Girltyp».<sup>25</sup> In der Frauenstimmrechtsdebatte im Nationalrat vom Dezember 1945 erhoben sich noch einmal kraftvoll die antifeministischen Stimmen, und Versuche, nach dem Krieg wenigstens auf kantonaler Ebene die politische Gleichberechtigung zu schaffen, scheiterten am ungebrochenen Widerstand der Männer. Eine Änderung dieser Haltung bahnte sich erst Ende der 50er Jahre an.



Die Bevölkerungsentwicklung, unerwartet vom Babyboom der 40er Jahre gesegnet, war nicht nur ein Beobachtungsfeld der Statistiker, sondern auch – sechste Dimension der gesellschaftlichen Schwerpunkte – Objekt eines breiten pseudowissenschaftlichen und politischen Interesses. Dieses bewegte sich im Umfeld von natalistischer Politik, Eugenik und Rassentheorien und war weiter verbreitet, als die Geschichtsschreibung heute noch wahrhaben will. Die schwache Geburtenrate hatte in den 30er Jahren bei gewissen Kreisen zu einem geradezu panikartigen Diskurs geführt. So warnte beispielsweise Bundesrat Etter: «Wenn die Dinge sich so weiterentwickeln wie bisher, stehen wir in der Tat im Begriff, ein sterbendes Volk zu werden.»<sup>26</sup> Das Problem der Natalität fand an der Landesausstellung von 1939 besondere Beachtung und wurde propagandistisch in Szene gesetzt.<sup>27</sup> Verschiedene Organisationen erweiterten diese Erziehungs- und Propagandaarbeit. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hatte 1932 eine Familienschutzkommission geschaffen, und Pro Familia, 1923 im Kanton Waadt gegründet, reorganisierte sich 1942 als nationale Organisation. Die Katholisch-Konservativen ihrerseits setzten auf eine eigene Familienpolitik, mit der sie die liberale Gesellschaft grundlegend umgestalten wollten. Zu diesem Zwecke lancierten sie 1941 die Initiative «Für die Familie». Die andere Seite der Bevölkerungsdebatte wurde von der Eugenik getragen. In den 30er und 40er Jahre war auch in der Schweiz von der «Entartung» der Bevölkerung die Rede.<sup>28</sup> Ein waadtländisches Gesetz hatte schon 1928 die Zwangssterilisation von Geisteskranken eingeführt. Die Thematik der Erbhygiene, wie diese Politik beschönigend genannt wurde, fand ebenfalls in die Landesausstellung Eingang und wurde dann von der Hygienekommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgenommen. In demselben Rahmen entwickelten sich Rassentheorien, wie jene des Anthropologen Otto Schlaginhaufen.<sup>29</sup> Und von derselben Geisteshaltung geprägt war die Zerstörung der Jenischenfamilien durch das von der Pro Juventute geleitete Werk «Kinder der Landstrasse». Die Kinder wurden ihren Eltern weggenommen und getrennt in Pflegefamilien, Heimen oder gar Strafanstalten untergebracht.<sup>30</sup> Im Zusammenhang mit diesen restriktiven Massnahmen muss auch die fremdenfeindliche Ausländerpolitik erwähnt werden. Sie zielte insbesondere darauf, wie wir noch sehen werden, die Einwanderung von Juden mit allen Mitteln zu verhindern.

Das letzte, die Gesellschaft dieser Periode prägende Strukturelement trägt eindeutig positivere Züge. Obwohl, wie die ersten sechs Dimensionen zeigten, in den gesellschaftspolitischen Werthaltungen abwehrende und antihumanistische

Momente die generellen Entwicklungsachsen prägten, lässt sich eine zwar manchmal gebrochene, aber langfristig positive und tiefreichende Entwicklungslinie aufzeigen. Es handelt sich um den Aufbau der kollektiven sozialen Verantwortung. Die Notwendigkeit der Mobilisierung aller Kräfte, die sich eigentlich schon in der Krise der 30er Jahre aufgedrängt hätte, führte während des Krieges zu einer Reihe sozialer Massnahmen – Lohnersatzordnung für Wehrmänner, Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, Gesamtarbeitsverträge –, die 1947 schliesslich mit der Schaffung der AHV ein grundlegendes und symbolträchtiges Element der Staats- und Gesellschaftsordnung der Nachkriegszeit bildeten. Nicht zu Unrecht wird von einer «innen- und sozialpolitischen Zeitenwende» gesprochen.<sup>31</sup> So erscheint uns die Zeit von 1938 bis 1948 nicht nur im wirtschaftlichen und finanzpolitischen, sondern auch im sozialen Sinne als eine grundlegende Übergangszeit, in der es gelang, aus der Konfliktphase der ersten Jahrhunderthälfte in die Konkordanzphase der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überzutreten. Die Tatsache, dass die Schweiz in dieser Zeit trotz des Weltkriegs ihre ökonomischen Ressourcen halten oder gar mehren konnte, trug zum erfolgreichen Übergang in die Konsum- und Konkordanzgesellschaft der 50er und 60er Jahre wesentlich bei. Damit verbunden waren aber auch moralische Kosten – die Flüchtlingspolitik ist nur eine davon –, die uns noch heute, ob wir es wollen oder nicht, belasten.

## POST SKRIPTUM 1

Sowohl die zeitgenössischen Debatten wie die nachfolgende Geschichtsschreibung meinten, die Frage der Neutralität sei der zentrale Referenzpunkt, von dem aus das Geschehen in der Zeit von 1938 bis 1948 beurteilt werden müsse. Ich kann diese Sichtweise nicht teilen. Die Neutralität war eine zwar oft angerufene, aber letztlich von den realen Machtverhältnissen vergewaltigte und entfremdete Leerformel. Sie war im Krieg weder für die Achsenmächte noch für die Alliierten ein staatsrechtlicher oder formaler Massstab, an dem die Schweiz gemessen wurde. Was zählte, waren – im negativen wie im positiven Sinne – die praktischen Leistungen: Handelsbeziehungen, Finanzgeschäfte, Nachrichtenbörse, Interessenvertretungen, Betreuungsaufgaben und schliesslich die zentrale Lage in Europa, von der offenbar die Alliierten wie die Achsenmächte gleichermaßen Gebrauch zu machen wussten. In diesen Auseinandersetzungen spielte die

Schweiz mit je nach Lage unterschiedlichem Einsatz wohl oder übel mit. Die Angloamerikaner, die am Ende des Krieges den Ton angaben, hatten diese Flip-Flop-Haltung am eindrucklichsten vordemonstriert. Handelspolitisch wollte man von Neutralität überhaupt nichts wissen, doch wenn es um die Interessenvertretung oder die Nachrichtendienste ging, wurde Neutralität zum begehrten Paravent. Dieses Prinzip aber lag, wenn auch weniger offensichtlich, der schweizerischen Neutralitätspolitik selbst zugrunde. In den Wirtschaftsverhandlungen zählte Neutralität zur taktischen Rhetorik, in der Innenpolitik zur Legitimierung der Regierungsautorität. Und in den ersten Nachkriegsjahren bedeutete die dogmatische Hervorstreichung des Neutralitätsprinzips eigentlich nur die Verneinung von Verantwortung in Bezug auf den Krieg und eine Absage an jegliches kollektive Engagement, das den Spielraum der Handels- und Finanzpolitik hätte einengen können. Aus diesem Grunde muss eine Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, will man ihren Verlauf verstehen, in erster Linie die Bilanz der wechselseitig zugestandenen Leistungen analysieren. Deshalb habe ich auch in diesem einleitenden Kapitel zuerst den Rahmen vorgestellt, in dem sich diese Funktionen entwickelten. Das entscheidende Argument der Schweiz war ihr anpassungsfähiger Produktions- und Dienstleistungssektor, der zugleich die Lebensader der Binnenwirtschaft bildete. Praktisch alle politischen wichtigen Optionen standen unter dem Primat des Handels und Dienstleistungssektors. Deshalb musste im Krieg, der in erster Linie Wirtschaftskrieg war, die politische Öffentlichkeit in starkem Masse autoritär kontrolliert werden. Ebenso wenig wie ein Rückgriff auf die Neutralität hilft uns die seit einiger Zeit oft aufgeworfene Frage weiter, ob die Schweiz den Krieg verlängert habe. Im komplexen, vom gewaltigen Konflikt übermächtig geforderten Wirtschaftsgefüge dieser Epoche lässt sich nur schwer abschätzen, welche Rolle den einzelnen Elementen im Kriegsverlauf zukam. Man könnte bestenfalls die Frage stellen – und müsste sie verneinen –, ob die Schweiz sich wesentlich für eine Kriegsverkürzung einzusetzen versucht habe.

Die Hauptsorge der offiziellen Schweiz galt auch nicht dem Krieg und seiner menschlichen und moralischen Tragik, sondern der optimalen Erhaltung einer auf Privatbesitz beruhenden, hochentwickelten Volkswirtschaft. In diesem Sinne gestaltete sich auch das Verhältnis zu Deutschland. Die Nazis hatten, grob gesehen, drei Formen von Herrschafts- und Wirtschaftsbeziehungen durchgesetzt. Die erste beruhte auf einer Kombination von klassischer Marktwirtschaft und politischem Zwang; sie war für Deutschland und die mehr oder weniger «be-

freundeten» Gebiete gültig. Die zweite, in einem Teil der besetzten Gebiete angewandte Form beinhaltete die mehr oder weniger gewalttätige Ausbeutung. Und die dritte Form war die mit Raub verbundene Vernichtung, die Zwangsarbeiter, Juden und alle andern verfolgten Völker oder Personen über sich ergehen lassen mussten. Das zwischen Deutschland und der Schweiz herrschende Verhältnis beruhte auf der ersten Form. Dabei erreichte die Schweiz innerhalb der von Deutschland gesetzten Zielvorstellungen eine optimale Weiterentwicklung ihrer Volkswirtschaft, mit der sie nach dem Krieg, nach einigen Anlaufschwierigkeiten und 250 Mio. Franken Eintrittsgeld (Abkommen von Washington 1946, siehe Kap. 5, S. 17iff.), gestärkt und erfolgreich in die von den USA dominierte internationale Marktwirtschaft eintrat.

## 2. AUFMARSCH ZUM KRIEG (1938-1939)

Der Aufbruch in die Kriegszeit, wirtschaftlich beinahe ein Erfolgserlebnis, war politisch durch bittere Konfrontationen und faule Kompromisse geprägt. Die Schatten der nationalsozialistischen Neuen Ordnung Europas zeichneten sich in dieser Zeit schon deutlich ab, und auch in der Schweiz wurden daraus die ersten, nicht immer erfreulichen Konsequenzen gezogen. Doch lassen wir diese erste Phase des politischen Rauhreifens mit einem aussergewöhnlichen Ereignis beginnen, das in der Schweizer Bevölkerung, ja sogar im Ausland für Überraschung und Jubel sorgte. Am 9. Juli 1938 schlug die schweizerische Fussballnationalmannschaft in Paris die Equipe des Grossdeutschen Reiches mit 4 zu 2 Toren.<sup>32</sup> Damit schied das Deutsche Reich aus der Endrunde der Weltmeisterschaft aus. Neben der Freude kam viel Genugtuung auf über die Tatsache, dass ein kleines Land das arrogante Nazi-Deutschland zu überwinden vermochte. Ein Jahr zuvor, am 2. Mai 1937, hatte ebenfalls eine Begegnung gegen Deutschland, in Zürich, stattgefunden. Über zehntausend Deutsche mit Hakenkreuzfahnen hatten damals ihre Mannschaft, die die Schweiz 1 zu 0 besiegte, begleitet. Vor und nach der Begegnung, überall wo die deutschen Schlachtenbummler auftraten, war es zu heftigen Demonstrationen von Seiten der einheimischen Bevölkerung gekommen.

Diese Episode aus der Fussballwelt zeigt, dass der Sport endgültig von der politischen Propaganda in Beschlag genommen worden war. Anlässlich der Olympischen Spiele von 1936 in Berlin hatte Deutschland der Welt demonstriert, wie man aus einem Sportanlass eine politische Propagandashow macht. Das Wort «Schlachtenbummler» für Fussballfans gewann in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg eine sehr konkrete politische Bedeutung, der bald militärische Konsequenzen folgten.

### KRIEGSERKLÄRUNGEN

Es gibt heute viele Gründe, den Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht erst auf den 1. September 1939 anzusetzen. Wirft man einen Blick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse, so finden sich im Jahr 1938 eigentlich schon alle Elemente einer weltweiten militärischen Konfrontation. Japan führte seit Juli 1937 in Chi-

na Krieg. 1938 verkündete der japanische Premierminister Konoe Fumimaro die Pläne eines von Japan dominierten asiatischen Wirtschaftsraumes, womit die Ausweitung des Konflikts in diesem Teil der Welt vorherbestimmt war.<sup>33</sup> In Deutschland, wo Hitler schon im November 1937 seinen engsten Gefolgsleuten die weitreichenden Kriegspläne erläutert hatte, erfolgte 1938 die endgültige Gleichschaltung der Armee; Kriegsminister von Blomberg und der Oberkommandierende der Armee, von Fritsch, wurden entlassen. Die Ereignisse folgten sich dann Schlag auf Schlag: der Anschluss Österreichs im März 1938, die Annexion des Sudetenlandes, abgesegnet von England und Frankreich an der Konferenz von München vom 29. September 1938, und schliesslich, am 21. Oktober 1938, die geheime Anordnung Hitlers für die Besetzung des restlichen Teils der Tschechoslowakei. Hinzu kam der Kampf gegen den «innern Feind». Die «Kristallnacht» vom 9. November 1938 zeigte der Welt die wahren Intentionen der Judenverfolgung. Die Synagogen gingen in Flammen auf, die jüdischen Geschäfte wurden zerstört und die Juden selber brutal und systematisch verfolgt. Diese von den Nazis offiziell inszenierte Gewalttätigkeit war ein unübersehbarer Hinweis auf die kommende, mit dem Krieg verbundene Vernichtungspolitik. Der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die zu diesem Zeitpunkt noch etwa 250'000 Menschen umfasste, wurde eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegt. Auch sollte den Juden der Besitz von Aktien und Wertpapieren untersagt werden. Es handelte sich um eine organisierte wirtschaftliche Ausplünderung, an der der Staat und seine Organe beteiligt waren. Und am 30. Januar 1939 drohte Hitler vor dem Reichstag, bei einem zukünftigen Weltkrieg, für den er die Juden verantwortlich machte, mit der «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa».<sup>34</sup>

1939 brachen die von Deutschland geschürten zwischenstaatlichen Konflikte offen auf. Am 15. und 16. März 1939 kommt es zur Besetzung der Tschechoslowakei, und mit dem «Stahlpakt» vom 22. Mai 1939 sicherte sich Hitler die Zustimmung Mussolinis zum Krieg. In der Nacht vom 23. zum 24. August 1939 unterzeichneten der deutsche Aussenminister von Ribbentrop und sein sowjetischer Kollege Molotow einen Nichtangriffspakt. Den Überfall auf Polen setzte Hitler zuerst auf den 26. August, dann endgültig auf den 1. September fest. Bis Ende September war jeglicher polnische Widerstand zerschlagen. Gleichzeitig begannen die Sondereinsatzgruppen des Sicherheitsdienstes und der SS mit der systematischen Liquidierung von Polen und Juden. Schon Anfang 1940 wurde aus den eroberten Gebieten gemeldet, sie seien «judenfrei».

Wie reagierte die Schweiz auf diese weltpolitischen Ereignisse? Am 14. März 1938, zwei Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, telegraphierte der deutsche Gesandte Köcher nach Berlin: «Bundesrat Motta mir gegenüber ausdrückte Bewunderung über Art und Weise Durchführung des Anschlusses durch Führer, den er infolge innenpolitischer Zerrissenheit Österreichs seit Langem als unabwendbar angesehen habe. Bezeichnet Anschluss als grösstes weltgeschichtliches Ereignis seit dem Weltkrieg.»<sup>35</sup>

Die Annexion Österreichs wurde der schweizerischen Regierung mit einer Note vom 15. März 1938 offiziell kundgetan. Am 17. März berät der Bundesrat, wie auf diese Demarche zu reagieren sei. Die Bemerkungen dazu sind bedeutend nüchterner als die von Köcher nach Berlin übermittelten Worte von Bundesrat Motta. So ist im Protokoll der Sitzung u.a. zu lesen: «Nach Ansicht des Politischen Departements sollte man nicht zögern, aus den feststehenden und unabänderlichen Tatsachen die in Betracht kommenden Folgerungen zu ziehen. Die schweizerischen Interessen in Österreich sind zu wichtig, als man deren Schutz durch unnütze Vorbehalte gefährden dürfte».<sup>36</sup> Der Bundesrat beschloss darauf, den Empfang der deutschen Note zu bestätigen und die Gesandtschaft in Wien in ein Generalkonsulat umzuwandeln. Das war, ohne ein Wort des Protestes, eine diplomatische Anerkennung der deutschen Machtpolitik.

Die Presse und die öffentliche Meinung gaben zum deutschen Gewaltakt meist kritische Kommentare ab. Man verkannte keineswegs eine mögliche Parallele zur Schweiz, ein Gedankengang, der vor allem dem Ruf nach zusätzlichen Rüstungsanstrengungen Vorschub leistete. Es wurde aber auch die Meinung vertreten, man – und ganz speziell die Presse – solle sich mehr Zurückhaltung auferlegen. So meinte etwa Bundesrat Rudolf Minger anlässlich der Sitzung der Landesverteidigungskommission vom 16. März 1938: «Für uns ist diese Entwicklung höchst unerfreulich, sie ist nicht gefährlich, solange wir ein geschlossenes Volk hinter einer schlagfertigen Armee haben. Es ist bedauerlich, dass die Schweizerpresse gegenüber den Vorfällen in Österreich nicht die unserer Neutralität entsprechende Zurückhaltung gezeigt hat.» Und weiter ist im Protokoll zu lesen: «*Oberstkdt. Guisan* erwähnt einige Beispiele von tendenziöser Berichterstattung ausländischer Zeitungsleute über die Zukunft der Schweiz. Unsere Neutralität stehe heute gar nicht zur Diskussion, weshalb es gefährlich sei, überhaupt Parallelen zu ziehen zwischen Österreich und unserem Lande. Er empfiehlt eine schärfere Überwachung der Presse von Seiten der Landesregierung.»<sup>37</sup>

Zur Beruhigung der Lage gab der Bundesrat am 21. März 1938 vor den eidgenössischen Kammern eine Erklärung ab, in der er wohl die «Tragweite» des historischen Ereignisses betonte, zugleich aber für die Schweiz festhielt: «Die Veränderung, die die politische Karte Europas dieser Tage erfahren hat, kann keine Schwächung der politischen Lage der Schweiz zur Folge haben.»<sup>38</sup>

Die veränderte Lage hatte immerhin zur Folge, dass die Bundesversammlung ohne viel Federlesens ein von Motta vorgelegtes Memorandum verabschiedete, mit dem die Schweiz dem Völkerbund einen Teil ihrer Verpflichtungen kündete und zur absoluten Neutralität zurückkehrte. Die Westmächte bedauerten diesen Schritt, Deutschland und Italien aber, die aus dem Völkerbund schon ausgetreten waren und keine Gelegenheit verpassten, diese Organisation anzuschwärzen, beobachteten den schweizerischen Schritt mit viel Wohlwollen. Der Völkerbundsrat bestätigte am 14. Mai 1938 die neue, auf einer integralen Neutralität beruhenden Stellung der Schweiz. Zwar blieb die Schweiz Mitglied des Bundes, entzog sich jedoch den Sanktionsverpflichtungen. Dieses Desengagement vom Völkerbund brachte sie einen Schritt näher an die Achse Rom-Berlin.<sup>39</sup> In diesem Sinne schien sich jedenfalls auch Hitler ausgedrückt zu haben, als er am 8. Juni 1938 den neuen Geschäftsträger der Schweiz in Berlin, Hans Frölicher, zu seiner Akkreditierung empfing. Der Vorgänger Köchers in der deutschen Gesandtschaft in Bern, von Weizsäcker, hatte im Übrigen Bundesrat Motta schon seit 1936 systematisch dahingehend bearbeitet, dass die Schweiz sich von den Verpflichtungen des Völkerbundes lossage oder eventuell gar den Austritt gebe. Nach der Entscheidung vom Mai 1938 versuchte das Politische Departement zudem, meist gedrängt von Deutschland, die Aktivität des Sekretariats des Völkerbundes in Genf so weit als möglich zu behindern und einzuschränken.<sup>40</sup>

Die Ablösung des Gesandten in Berlin, Minister Paul Dinichert, durch Hans Frölicher, dessen positive Einstellung zum nationalsozialistischen Deutschland bekannt war, bedeutete ebenfalls einen Schritt zur Achse hin. Hinter Frölicher standen Bundesrat Motta und gewisse Wirtschaftskreise, wie etwa der Vorort mit Heinrich Homberger, der dem ehemaligen Gesandten in Berlin nach dem Krieg seine uneingeschränkte Anerkennung zukommen liess.<sup>41</sup> Während der Krise vor dem Münchner Abkommen verzichtete der Bundesrat im Gegensatz zu andern Ländern, militärische Vorbereitungen zu treffen. Frölicher berichtete aus Berlin, von Weizsäcker zitierend, man habe «es deutscherseits als Zeichen eines berechtigten Vertrauens begrüsst, dass die Schweiz keine besonderen mili-



tärischen Massnahmen ergriffen habe».<sup>42</sup> Bundesrat Motta seinerseits fand in diesem Zusammenhang überschwengliche Worte für Mussolini, «il grande capo del paese amico e vicino».<sup>43</sup> Mussolini, dem die Universität Lausanne am 7. April 1937 die Ehrendoktorwürde verliehen hatte, stand wieder einmal in höchsten Ehren. Auch nach der Unterzeichnung des Stahlpaktes glaubten Motta und ein Teil der Schweizer Presse noch an einen mässigenden Einfluss Italiens auf das Deutsche Reich. Der spätere Bundesrat Markus Feldmann, ansonsten ein kritischer Beobachter der internationalen Szene, sah wie Motta in Mussolini einen «im höchsten Masse ordnenden und schöpferischen» Geist, der mit dem Stahlpakt Hitler unter Kontrolle zu halten versuche.<sup>44</sup> Auch nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei hielt sich der Bundesrat zurück. Er nahm die entsprechenden deutschen Noten zur Kenntnis, wandelte die Botschaft in Prag in ein Konsulat um und beruhigte am 20. März 1939 das Volk in einer Radioansprache. Ausserdem sollten Grenzobjekte zur Sprengung vorbereitet werden.<sup>45</sup>

Trotz der restriktiven, auf Autarkie abzielenden Aussenhandelspolitik der Achsenmächte blieb die Schweiz ein wichtiger Partner von Deutschland und Italien. Die Schweizer Finanzwelt verfügte über Investitionen von schätzungsweise 4 Mia. Franken in Deutschland und Italien. Auch wenn der Grossteil der Auslandguthaben angesichts des Krieges nach den USA abflossen, blieb die Schweiz doch ein gewichtiger Finanzplatz in Europa. Nach der Annexion Äthiopiens durch Italien, von den Westmächten mit wirtschaftlichen Sanktionen beantwortet, konnte die Schweizer Finanz sich in Italien sogar gestärkt festsetzen. Minister Ruegger, der verschiedentlich auf die starke Position der Schweiz im Handel mit Italien hinwies, schrieb am 29. Oktober aus Rom an Bundesrat Motta, «la finance suisse semblaît s'être substituée à celle de plusieurs grandes puissances dans le domaine des crédits accordés à des instituts financiers italiens».<sup>46</sup>

Die Annäherung an die Achse hinderte aber Nazi-Deutschland nicht daran, die schweizerische Presse immer wieder heftig anzugreifen. Trotz zunehmend stärkeren Einschränkungen durch den Bundesrat war es noch nicht gelungen, die gesamte Schweizer Presse auf eine Deutschland gegenüber zumindest neutrale Position zu verpflichten. Erst die Einführung der Zensur während des Krieges ermöglichte, den Druck auf die Presse entscheidend zu erhöhen.<sup>47</sup>

Während das Politische Departement sich vom Völkerbund abzusetzen begann, benutzte eine bekannte schweizerische Persönlichkeit die Genfer Organisation,

um staatsmännische Ambitionen zu entwickeln. Carl J. Burckhardt (1891-1974), Professor am Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf und Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, IKRK, war 1937 zum Völkerbundskommissar für Danzig ernannt worden. Von Weizsäcker hatte diese Kandidatur arrangiert, weil Burckhardt offenbar viel Verständnis für Nazi-Deutschland zeigte. Das unter Völkerbundsmandat stehende Danzig war für die Nationalsozialisten eine Frontstadt, und entsprechend wichtig war die Wahl des Völkerbundskommissars. Nach seiner Ernennung auf diesen Posten nahm Burckhardt als Ehrengast am Parteitag der NSDAP teil. Für die Freiheit Danzigs tat er hingegen nicht viel. Dafür erhielt der Schweizer von Hitler öffentlich ausgesprochenes Lob und wurde vom deutschen Diktator am 11. August 1939, drei Wochen vor Kriegsbeginn, auf dem Obersalzberg persönlich empfangen. Hitler sprach offen vom Krieg gegen Polen. Burckhardt liess sich dabei zu einer zweifelhaften diplomatischen Intrige einspannen, mit der Hitler versuchte, die Engländer aus der Front seiner Gegner herauszuberechnen. Burckhardt war später überzeugt, dass nicht Hitler, sondern die Westmächte und die Juden den Krieg provoziert hätten. «Es war unvermeidlich», schrieb Burckhardt, «dass die Juden in der ganzen Welt dem Faschismus, dessen Wesen ihnen ursprünglich nicht durchaus artfremd gewesen war, nun einen Krieg auf Tod und Leben erklären mussten, ja, dass sie, um einer völlig unleidlichen Lage zu entgehen, den Ausbruch eines Zweiten Weltkrieges herbeiwünschten.»<sup>48</sup> Der ultrakonservative Burckhardt, der auch mit rechtsradikalen Kreisen Kontakte hatte, sah die grösste Gefahr weniger im Nationalsozialismus als in der judeo-bolschewistischen Weltverschwörung. Burckhardt wird 1944 Präsident des IKRK und 1945 Gesandter der Schweiz in Paris. Von ihm wird deshalb in diesem Buch noch mehrmals die Rede sein.

In Spanien wurde inzwischen ein anderes Vorspiel des Weltkrieges zu Ende geführt. General Franco, auf dessen Seite italienische und deutsche Truppen kämpften, war 1938 im Begriff, seinen Aufstand gegen die legitime republikanische Regierung mit Erfolg abzuschliessen. Bundesrat Motta hatte schon seit Beginn des Bürgerkrieges klar erkennen lassen, dass seine Sympathie dem klerikalen und autoritären Franco-Spanien gehörte. Wirtschaftskreise unterstützten diese Haltung und suchten mit allen Mitteln, Beziehungen zu den Aufständischen zu knüpfen. Diese gemeinsame Zielsetzung bestimmte in der Folge die Aussenpolitik. Unter dem Deckmantel der – vom Bund übrigens subventionierten – Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung entsandte der Bundesrat

im Februar 1937 alt Konsul Paul Brand nach Franco-Spanien. Ihm folgte im April 1937 eine Militärdelegation und im Mai, ermutigt von Bundesrat Minger, Oberstdivisionär Roger de Diesbach. Im Oktober 1938 gewährte der Schweizerische Bankverein den Aufständischen einen umfangreichen Kredit. Der offiziöse Gesandte des Bundesrates bei Franco, E. Broye, schrieb am 1. Februar 1939 an Motta: «Je puis vous assurer que les avantages d'ordre moral et matériel que la Suisse recueillerait d'un geste consommé par votre Gouvernement avant les grandes Puissances occidentales et avant le groupe des petits Etats neutres auquel nous appartenons, seraient considérables et auraient des répercussions favorables dès maintenant et après la victoire finale du Général Franco, qui est absolument certaine, tant dans le domaine de l'établissement que surtout sur le terrain économique.»<sup>49</sup> So nahm der Bundesrat schliesslich am 14. Februar 1939, vor Frankreich und England und einen Monat vor dem Einzug Francos in Madrid, die diplomatischen Beziehungen mit Franco-Spanien auf. Die Schweiz tat damit wiederum einen Schritt, der als eilige Anerkennung der faschistischen Neuen Ordnung verstanden werden konnte.<sup>50</sup> Gleichzeitig begannen harte Prozesse gegen jene Schweizer, die auf Seite der Internationalen Brigaden die rechtmässige republikanische Regierung zu verteidigen versucht hatten. Neben der Übertretung des Militärstrafgesetzes wurde ihnen auch Verletzung der Neutralität vorgeworfen.<sup>51</sup>

Die frühe Anerkennung des Franco-Regimes hatte im Nationalrat eine kleine Anfrage des Kommunisten Humbert-Droz zur Folge, der – einen neutralitätspolitischen Ausgleich vorgehend – für eine Annäherung an die Sowjetunion plädierte. Diese war von der Schweiz nie anerkannt worden, und es bestanden keine diplomatischen Beziehungen. Zudem hatte Bundesrat Motta sogar versucht, deren Beitritt zum Völkerbund zu verhindern. Das Politische Departement war auch jetzt der Ansicht, eine Annäherung der Schweiz an Russland würde von der Achse als eine unfreundliche Geste verstanden, mit der sich die Schweiz ins Kielwasser der antideutschen Politik der Westmächte setzte. Dasselbe Argument, verbunden mit der Angst kommunistischer Subversion im eigenen Lande, wird Anfang August 1939 in einem ausführlichen Rapport des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Pierre Bonna, entwickelt.<sup>52</sup> Angesichts der zurückhaltenden, wenn nicht gar rücksichtsvollen Haltung der Achse gegenüber zitiert die schweizerische Geschichtsschreibung immer wieder den Auftritt von Bundesrat Obrecht in Basel, einen Tag nach dem deutschen Ein-

marsch in Prag. In unausgesprochener Anspielung an den kompromittierenden Besuch des tschechischen Staatspräsidenten bei Hitler erklärte Obrecht, dass die Schweizer nicht ins Ausland wallfahren würden.<sup>53</sup> Diese Worte fanden ein grosses Echo; doch man sollte darüber die «Besuche» bei Hitler von alt Bundesrat Schulthess 1937 und Carl J. Burckhardt 1936 und 1939 nicht vergessen. Die beiden letztgenannten Herren verstanden sich durchaus nicht nur als Privatpersonen, sondern zumindest offiziös als Vertreter der Schweiz, und ihren Missionen kam nicht wenig Beachtung zu.<sup>54</sup> Auch später wird immer wieder, wie wir sehen werden, die Idee von «Missionen» zu den Machthabern des neuen Europas als aussenpolitisches Wundermittel ins Gespräch gebracht.

In der Problematik der offenen oder versteckten Kriegserklärungen, die den aussenpolitischen Rahmen der Jahre 1938 und 1939 bildeten, ist das Verhältnis der Schweiz zu den Westmächten noch kaum in Erscheinung getreten. Nun, diese Beziehungen waren in der Regel spröde, und es wäre übertrieben, in Bezug zu Frankreich oder England von einem herzlichen Verhältnis zu sprechen. Insbesondere Frankreichs «Front Populaire» war in den Augen vieler Schweizer ein verdammenswertes Regime. Auch nach dem Fall der Regierung Blum blieb das Verhältnis kühl. Als der im März 1938 neu eingesetzte schweizerische Minister in Paris, Walter Stucki, vorsichtig auf die gemeinsame demokratische Grundlage beider Länder aufmerksam machte, rief ihn Motta sogleich mit der Begründung zur Ordnung: «[...] le Ministre de l'Allemagne à Berne a déjà marqué, dans des conversations privées, un peu d'humeur de vos allusions à une communauté d'intérêts entre la Suisse démocratique et la démocratie française.»<sup>55</sup> Schliesslich verursachte kurz vor Kriegsausbruch die Frage einer Garantieerklärung von Frankreich und Grossbritannien zugunsten der Neutralen eine Verstimmung in Bern. Motta bemühte sich, in Berlin unverzüglich zu unterstreichen, dass ausländische Hilfe nur auf Anfrage und Zustimmung der Schweiz selbst in Frage komme. Die bundesrätliche Neutralitätserklärung vom 31. August 1939 wurde von den Mächten im Allgemeinen akzeptiert. Nur England machte einen Vorbehalt, den es aber am 9. September wieder zurücknahm.<sup>56</sup> Doch diese diplomatische Rhetorik konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Neutralitätsfrage im künftigen Krieg auf ganz anderen Ebenen – nämlich der wirtschaftlichen und finanziellen – ausgehandelt wird.

Mit der am 1. Januar 1938 in Kraft gesetzten neuen Truppenordnung gab sich die Schweiz eine der internationalen Lage entsprechende Organisation. Die

Wiederholungskurse der Grenztruppen wurden, um eine gewisse Bereitschaft zu signalisieren, auf die erste Jahreshälfte von 1938 gelegt. Im Zusammenhang mit der Krise im Herbst 1938 erklärte Bundesrat Minger, der Chef des Militärdepartements: «Deutschland hatte alle Truppen von der Schweizer Grenze weggenommen und nach Osten verschoben und wäre im Falle eines Krieges mit Frankreich sicher über unsern Flankenschutz sehr froh gewesen.»<sup>57</sup> Organisation und Truppen waren 1939 bereit, aber die Beschaffung moderner Waffen kam, trotz grosszügiger Kredite, nur schlecht voran.

## ABWEHR DER FREMDEN

Zum Kapitel «Kriegserklärungen» sind ebenfalls die Massnahmen zu zählen, mit denen der Bundesrat den jüdischen Flüchtlingen entgegentrat. Krieg und Judenverfolgung sind nicht zu trennen und bilden das besondere Kennzeichen dieser Epoche. Selbst in der Schweiz wurde die Flüchtlingspolitik zum Teil wie eine militärische Operation geführt. Zwei Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich, am 28. März 1938, beschloss der Bundesrat die Einführung des Visumzwangs für Träger österreichischer Pässe.<sup>58</sup> Mit dieser Massnahme sollte der befürchtete Zustrom jüdischer Flüchtlinge gestoppt werden. Das Protokoll des Bundesrates vom 28. März 1938 spricht in diesem Zusammenhang von «Flüchtlingen oder unerwünschten Elementen», gegen die man sich abschirmen müsse. «Abgesehen von der Lage unseres Arbeitsmarktes», heisst es weiter, «gebietet schon der Grad der Überfremdung die strikteste Abwehr eines längeren Aufenthaltes solcher Elemente. Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht den berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wo es nötig sein sollte, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders von Osten her.»<sup>59</sup> Die sogenannten «Ostjuden» wurden als besonders unerwünscht betrachtet. Selbst das renommierte «Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft» von 1939 betonte: «Durchaus unerfreulich war nur die um die Jahrhundertwende einsetzende jüdische Immigration. [...] Unsere Abwehrpolitik ist auch darum die einzig richtige, weil der Zudrang zumeist aus Elementen besteht, die schlecht assimilierbar wären.»<sup>60</sup> Der Bundesrat beschränkte schliesslich sogar die Zahl der Einbürgerungen von Juden auf jährlich zwölf Personen. Dabei umfasste die Gemeinde der Schweizer Juden nur knapp

10'000 Personen, d.h. ein Viertel Prozent der Bevölkerung.

Im Sommer 1938 setzte in Österreich eine heftige Kampagne gegen die Juden ein, verbunden mit einer systematischen Ausplünderung der Verfolgten. Viele hofften, im Nachbarland Schweiz Zuflucht zu finden. Angesichts dieser Situation beschloss der Bundesrat am 19. August 1938, «den weiteren Zustrom von Flüchtlingen aus Deutsch-Österreich zu verhindern».<sup>61</sup> Nachdem die österreichischen Pässe durch deutsche ersetzt worden waren, stellte sich das Problem des Visumzwangs. Um nicht sämtliche Inhaber Deutscher Pässe – in der Regel erwünschte Touristen und Geschäftsleute – dem Visumszang zu unterstellen, hatte die Gesandtschaft in Berlin schon im April Verhandlungen mit dem Deutschen Auswärtigen Amt eingeleitet. Das Politische Departement in Bern machte am 22. August den Vorschlag, in den Pässen Deutscherjuden einen besonderen Vermerk anzubringen. Am 7. September berichtete Franz Kappeler, Geschäftsleiter ad interim der Schweizer Botschaft in Berlin, dass man sich darauf geeinigt habe, «einen Stempel anzubringen, bestehend aus einem Kreis von ca. 2 cm Durchmesser und dem Buchstaben ‚J‘ oder allenfalls auch einem andern Zeichen, wozu wir noch Wünsche äussern» könnten.<sup>62</sup> Der Chef der Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, handelte Ende September in Berlin persönlich ein entsprechendes Abkommen aus. Die Schweizer Botschaft und Minister Frölicher befürworteten die vorgesehene Lösung und unterstützten Rothmund bei seiner Entscheidung. In einem nicht veröffentlichten Beschluss vom 3. Oktober, sechs Tage vor der «Kristallnacht», ratifizierte der Bundesrat einstimmig die Einführung des Judenstempels.<sup>63</sup> Damit hatte sich die deutsche Rassengesetzgebung im schweizerischen Recht eingemischt. Die dahinterstehenden Zielvorstellungen waren von Rothmund am 15. September 1938 in einem ausführlichen, an Bundesrat Baumann adressierten Rapport dargelegt worden. Darin heisst es: «Die Judenfrage wird zweifellos in den kommenden Jahren noch manches grosse internationale politische Problem stark beeinflussen, was auch für die Schweiz unter Umständen nicht gleichgültig sein kann. Wir haben seit dem Bestehen der Fremdenpolizei eine klare Stellung eingehalten. Die Juden galten im Verein mit den andern Ausländern als Überfremdungsfaktor. Es ist uns bis jetzt gelungen, durch systematische und vorsichtige Arbeit die Verjudung der Schweiz zu verhindern.»<sup>64</sup> Die Öffentlichkeit wurde mit einem Pressecommuniqué der Polizeibehörde orientiert, allerdings ohne die Verhandlungen oder den J-Stempel zu erwähnen. Es

kam zu einigen kritischen Reaktionen und, am 7. Dezember 1938, zu einer Interpellation im Nationalrat, auf die Bundesrat Baumann eine eher ausweichende Antwort erteilte. Die «Judenfrage», wie man damals dieses Drama nannte, wurde banalisiert, obwohl der Bundesrat von der Tragweite der deutschen Verfolgungspolitik wissen musste. Minister Stucki berichtete z.B. am 15. November 1938 Bundesrat Motta von einem Gespräch mit von Weizsäcker, in dem dieser ausgeführt hatte: «Die noch in Deutschland verbliebenen circa 500'000 Juden sollten unbedingt irgendwie abgeschoben werden, denn sie könnten in Deutschland nicht bleiben. Wenn, wie bisher, jedoch kein Land bereit sei, sie aufzunehmen, so gingen sie eben über kurz oder lang ihrer vollständigen Vernichtung entgegen.»<sup>65</sup> Inzwischen hatten aber einige couragierte Zeitgenossen begonnen, den Flüchtlingen unter Umgehung der amtlichen Vorschriften zu helfen. Der bekannteste unter ihnen ist der St. Galler Polizeikommandant Paul Grüninger, der unter Missachtung der Vorschriften Hunderten von Juden die Einreise in die Schweiz ermöglichte. Er wurde dafür ohne Pension entlassen, zu einer hohen Busse verurteilt und gesellschaftlich geächtet.<sup>66</sup> Erwähnt seien auch die verschiedenen Hilfswerke, die sich 1936 zur Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe zusammengeschlossen hatten.<sup>67</sup> Ihnen fehlten jedoch die finanziellen Mittel, um auf breiter Basis dem Flüchtlingseleid beikommen zu können.

Die rechtliche Begründung der antijüdischen Flüchtlingspolitik stützte sich auf eine sehr restriktive, formell nie klar festgelegte Definition der politischen Flüchtlinge. In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde nur 644 Flüchtlingen, 392 vor und 252 während des Krieges, dieser Status zuerkannt. Juden galten grundsätzlich nicht als politische Flüchtlinge.<sup>68</sup> Diese Praxis resultiert nicht nur aus dem weitverbreiteten Antisemitismus, sondern auch aus einer grundsätzlichen Abwehr gegen die sogenannte Überfremdung. Diese Attitüde verstärkte sich mit der aufkommenden Kriegsgefahr. Überfremdungsangst verbunden mit Xenophobie und Rassismus wurde zum wichtigsten Faktor einer intoleranten Abwehr alles Fremden. Mit geistiger Aufrüstung gestärkt, heizte der nationalistische Patriotismus diese Abwehrhaltung an. Im Frühjahr 1939 schrieb die *Politische Rundschau*, die offizielle Monatsschrift der Freisinnig-demokratischen Partei, angesichts des drohenden Krieges brauche das Volk jetzt Kraft, Stärke und Nerven, und fährt dann fort: «In grossen Teilen unseres Volkes ist diese Kraft heute noch lebendig. Es hat indessen im Laufe der letzten drei Jahrhunderte einen erheblichen Zuschuss fremden Blutes durch die Zuwanderung und Einbürgerung erhal-

ten, von dem nicht jeder Tropfen schweizerisch assimiliert sein kann. Ausserdem ist unser Land stark überfremdet. Die Statistik ist nicht in der Lage, die Intensität dieser Einflüsse genau aufzuzeigen. Sie sind teils permanent in unserer Wirtschaft (in Form von tausenden ausländischen Arbeitskräften) wirksam, teils dringen sie in Wort und Schrift in unser Land täglich ein. Völlig unkontrollierbar ist die Macht des persönlichen Einflusses, der sich in tausenden von Ehen mit ehemaligen Ausländerinnen geltend zu machen sucht.»<sup>69</sup>

Die Armeeführung blieb bei dieser negativen Umschreibung der Fremden und Flüchtlinge nicht zurück. In einem geheimen, an den Bundesrat adressierten Memorandum vom 4. Mai 1940 wird die Ausländerfrage kompromisslos aufgerollt. Neben den Kommunisten werden die Emigranten als gefährliche innere Feinde deklariert. «Mitleid und Nachsicht sind», heisst es da, «bei der heutigen Lage der Schweiz nicht mehr am Platze, allein Härte tut Not.»<sup>70</sup>

Selbst Organisationen wie der Schweizerische Schriftstellerverband unterstützten eine restriktive Flüchtlingspolitik und halfen aktiv mit, asylsuchenden Autoren den Aufenthalt in der Schweiz zu verwehren. Verantwortlich für diese Politik war der 1924 zum Präsidenten gewählte Felix Moeschlin, unterstützt durch den Sekretär des Verbandes, Karl Naef. Der Schriftstellerverband erstellte zuhanden der Fremdenpolizei Gutachten, die als Grundlage zur Aufnahme oder Abweisung der Asylsuchenden dienten. Die Verbandsleitung verfolgte dabei das Ziel, ausländische Schriftsteller möglichst vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, wobei auch Antisemitismus beteiligt war. Gleichzeitig hatten Moeschlin und Naef versucht, sich in Berlin mit der Reichsschrifttumskammer zu arrangieren, um den Schweizer Autoren den deutschen Markt offenzuhalten.<sup>71</sup> Noch kompromissloser gaben sich Organisationen wie der Vaterländische Verband oder die Ligue Vaudoise. Sie alle beeinflussten in hohem Masse die politische Kultur und stärkten damit den verantwortlichen Behörden den Rücken in ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik.

Wie antijüdische Abwehrhaltung mit helvetischem Patriotismus einhergehen konnte, zeigt die Reaktion einer Studentenversammlung in Zürich vom 2. Dezember 1938. Die Veranstaltung bezweckte, gegen eine von Deutschland angeordnete Entsendung nationalsozialistischer Studenten an schweizerische Hochschulen zu protestieren. Als einer der Redner hinzufügte, man wolle aber auch keine «Leute aus Palästina», ertete er spontanen Beifall.<sup>72</sup>



## KULTURELLE LANDESVERTEIDIGUNG

Die geistigen Strömungen der Zeit manifestierten sich in den Jahren 1938 und 1939 auf zwei sehr unterschiedlichen Ebenen. Auf der einen vollzog sich das beinahe traditionelle politische Spiel, mit Wahlen und Abstimmungen, Reden und Debatten, Festen und Banketten, und als Höhepunkt der politisch-kulturellen Rituale die Landi.<sup>73</sup> Von Mai bis Oktober 1939 empfing die vierte nationale Landesausstellung (die vorangegangenen Ausstellungen hatten 1883 in Zürich, 1896 in Genf und 1914 in Bern stattgefunden) 6,7 Mio. Besucher. In einer Mischung aus ländlich-dörflicher Idylle und sauberer technischer Modernität wurde das Bild einer heilen Schweiz zelebriert. Trotz der zahlreichen modernen Bauten und Dekorationen dominierten patriotische und bodenständige Werte. Im Zentrum standen Symbole wie der mit 3'000 Gemeindefahnen geschmückte Höhenweg, die monumentale Halle «Wehrwille», das «Dörfli» und ein «Schifflibach». Es gab zahlreiche vaterländische Veranstaltungen, so etwa das «Eidgenössische Wettspiel», das in weihevullem Pathos den gesamten ideologischen Katalog der Rechten vorführte.<sup>74</sup> Die Autoren und Organisatoren – vor allem der leitende Architekt Armin Meili, ein Freund Eugen Birchers, Chef des Vaterländischen Verbandes – sollen freimütig eingestanden haben, dass Hitler und die Massenchoreographie der Nürnberger Parteitage ihre Inszenierungen nicht unwesentlich beeinflusst habe.<sup>75</sup> Man sah viele Trachten und Fahnen, realistische und «nicht-entartete» Kunst, an moderne Kirchen gemahnende Industriehallen – aber auch Begleittexte und Schaubilder, die ihr Vokabular dem völkischen und nationalistischen Sprachgebrauch entlehnten. Doch dies störte weder die begeisterten Besucher noch die zahlreich sich in Szene setzenden Magistraten. Die Landi galt praktisch uneingeschränkt als eine Demonstration von Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit, als authentisches Bild der Schweiz der Gegenwart.<sup>76</sup>

Der Geist der Landi, mit dem das schweizerische Selbstbewusstsein gefördert werden sollte, kam auch bei andern grösseren Kulturaktionen zum Ausdruck. So fand in Genf, das 1896 die Landesausstellung hatte beherbergen dürfen, im Landijahr 1939 ein wichtiges kulturelles Ereignis statt. Das Musée d'art et d'histoire erwarb 128 Hodler-Bilder der Kollektion Willy Russ. Ferdinand Hodler, seit Beginn des Jahrhunderts immer mehr zum Markenzeichen des helvetischen Nationalismus verfälscht, hielt nun in den wichtigsten Schweizer Museen Wache.

Die Landi von 1939 war weit mehr als ein kurzlebiger patriotischer und kommerzieller Anlass. Sie bildete gewissermassen das Spiegelbild der seit 1938 vom Eidgenössischen Departement des Innern eingeleiteten, als «Geistige Landesverteidigung» propagierten Kulturpolitik.<sup>77</sup> Begonnen wurde diese Politik 1937 mit der Schaffung einer Schweizerischen Filmkammer, deren 25 Mitglieder von Bundesrat Philipp Etter im Sommer 1938 ernannt wurden. Die Leitung übernahm Albert Masnata, Lausanner Direktor der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung, ein eifriger Anhänger korporatistischen Gedankenguts mit viel Verständnis für die rechtslastigen Erneuerungsbewegungen.<sup>78</sup> Eine weitere Massnahme dieser Kulturpolitik betraf das ausländische Schriftgut. Ein Bundesbeschluss vom 27. Mai 1938 ermächtigte die Bundesanwaltschaft, «aus dem Auslande in die Schweiz eingeführtes kommunistisches, anarchisches, antimilitaristisches, religionsfeindliches und anderes Propagandamaterial» zu beschlagnahmen.<sup>79</sup> Faschistisches oder nationalsozialistisches Schriftgut wird in diesem Erlass nicht erwähnt.

Ebenfalls im Jahre 1938 entstand die Botschaft des Bundesrates über die «schweizerische Kulturwahrung und Kulturwerbung».<sup>80</sup> Es sollten, wie es im Kapitel «Sinn und Sendung der Schweiz» heisst – und die nun folgende Rhetorik stammt direkt aus der bundesrätlichen Botschaft –, die geistige Eigenart des Landes und der Glaube an die erhaltende und schöpferische Kraft des schweizerischen Geistes neu entflammt und so die geistige Widerstandskraft des Volkes gestählt werden. Gleichzeitig werden die Zugehörigkeit der Schweiz zu den drei geistigen Lebensräumen des christlichen Abendlandes, die hündische Gemeinschaft der spezifisch schweizerischen Demokratie sowie die dem schweizerischen Geiste eigene Ehrfurcht vor der Würde des Menschen heraufbeschwört. Das kulturelle Erbe wird in starkem Masse auf konservative Werte reduziert. «Ein Jeremias Gotthelf», liest man, «ist so durch und durch schweizerisch, dass dieser Name allein schon genügen würde, um unsere Auffassung von der ausgesprochenen Eigenart des schweizerischen Geistes zu stützen.»<sup>81</sup> Die Autoren dieser Botschaft waren der katholisch-konservative Bundesrat Philipp Etter und der Freiburger Aristokrat Gonzague de Reynold, beide dem christlich-autoritären, antiliberalen Gedankengut zugetan. Aber auch im liberalen Lager verhärteten sich die kulturellen Werte. An einem Kulturabend des Zürcher Freisinns im Jahr 1939 erklärte der ETH-Literaturprofessor Karl Schmid, dass ein philosophierender Teil heute nicht mehr gefragt sei: «Uns ist gewichtiger», fuhr Schmid

fort, «dass er von den Bergen herniedersteigt mit genagelten Sohlen, als dass er die Sprache der Menschenrechte spricht.»<sup>82</sup>

Im April 1939 gaben National- und Ständerat der Kulturbotschaft Eppers ihren Segen, und der Bundesrat ernannte am 20. Oktober 1939 eine 25-köpfige Kommission, präsiert von alt Bundesrat Heinrich Häberlin. Die Mehrheit der Mitglieder, die den Grundstock der vom Bund aus diesem Beschluss finanzierten Kulturstiftung Pro Helvetia bildeten, vertrat konservative oder ständestaatliche Ideen. Die Arbeit der Kommission, zur Hauptsache die Prüfung von Subventionsgesuchen, stand unter der Leitung von Karl Naef, dem Sekretär des Schweizerischen Schriftstellerverbandes.<sup>83</sup> Eine zweite Arbeitsgruppe wurde vom General am 3. November 1939 unter der Bezeichnung «Heer und Haus» eingesetzt und der Generaladjutantur unterstellt. Mit Ausnahme des Chefs, Oberst Eduard Tenger, wurden die Namen der Mitglieder, sogar gegenüber der Bundesversammlung, geheim gehalten. «Heer und Haus» war zuerst für Unterhaltung und den guten Humor der Truppe verantwortlich, organisierte aber ab 1941 einen Überwachungs- und Vortragsdienst, der einem ausgewählten Teil der Bevölkerung und der Truppe politische und weltanschauliche Information zukommen liess.<sup>84</sup>

Die Geistige Landesverteidigung fand 1938 etwas unerwartet Schützenhilfe von «Füsilier Wipf», einem von der Praesens-Film unter der Leitung von Leopold Lindtberg, einem deutschen Flüchtling, hergestellten Film. Mit Heinrich Gretler und Paul Hubschmid in den Hauptrollen wird die Geschichte eines jungen, weichlichen und von der Stadt verdorbenen Jungen erzählt, der im Militär unter der fürsorglichen Aufsicht eines älteren Kameraden zum Manne reift. Gleichzeitig nimmt die Fabel, obwohl die Geschichte 1914-1918 spielt, den Zweiten Weltkrieg vorweg. Über eine Million Besucher haben sich diesen Film, der einen guten Teil der damals vorherrschenden politischen Kultur widerspiegelt, angesehen.<sup>85</sup>

Am 20. Februar 1938 fand die Abstimmung über die Revision des Sprachenartikels der Bundesverfassung statt, mit der das Rätoromanische zur vierten Landessprache erhoben wurde. Auch diese Massnahme, in der zusätzlich ein Bekenntnis zu einem konservativen Föderalismus enthalten war, zählte zum Arsenal der Geistigen Landesverteidigung. Diese offizielle Anerkennung der vier-sprachigen Schweiz sollte aber nicht zur Annahme verleiten, das Verhältnis der einzelnen Regionen sei harmonisch und unproblematisch gewesen. Jean-Claude Favez spricht beispielsweise von einem «malaise», das in der welschen Schweiz

in Bezug auf die deutsche Schweiz herrschte, während im Tessin das ursprüngliche Kulturgut zwischen italienischem Irredentismus und der immer grösseren Kolonie der Deutschschweizer zerrieben zu werden drohte.<sup>86</sup>

Dennoch, die Geistige Landesverteidigung, die im Krieg einer Art helvetischem Totalitarismus Vorschub leistete, fand breite Zustimmung, selbst in linken Kreisen, die darin einen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus sahen. Dies war insofern missverständlich, als der engstirnige Patriotismus und der militante Nationalismus, der in der Geistigen Landesverteidigung den Schwerpunkt bildete, allzuoft gerade den Stil des vermeintlichen Gegners, der totalitären Regimes, kopierten. Der Herausgeber und Redaktor des *Schweizer Spiegels*, Adolf Guggenbühl, ansonsten der Geistigen Landesverteidigung sehr zugetan, schrieb zu Bundesrat Eppers Kulturpolitik treffend: «Es ist schlimm, wenn eine Regierung sich unterfängt, persönlich zwischen patriotischer und unpatriotischer Architektur, zwischen entarteter und nicht entarteter Kunst zu unterscheiden.»<sup>87</sup>

## POLITISCHER RAUHREIF

Im Dezember 1938 nahm das Schweizervolk das neue Strafgesetzbuch, der letzte Baustein des eidgenössischen Rechts, mit 358'000 gegen 312'000 Stimmen an. Es brachte u.a. die Abschaffung der Todesstrafe – doch nur für kurze Zeit. Im Mai 1940 erweiterte nämlich der Bundesrat diese im Militärstrafrecht nur für den Krieg vorgesehene Sanktion für die Zeit des Aktivdienstes. Im Dezember 1938 wurden zudem durch einen dringlichen Bundesratsbeschluss «Massnahmen gegen staats gefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie» eingeführt, womit eine Anfang der 30er Jahre eingeleitete Staatsschutzgesetzgebung, die am Widerstand des Volkes gescheitert war, doch noch zum Abschluss kam. Umstritten waren v. a. Bestimmungen, präventiv gegen sogenannte «Gesinnungsdelikte» vorzugehen zu können. Dieser Staatsschutz war ein Maulkorb für die Demokratie.<sup>88</sup>

Eine weitere Abstimmung betraf die 1938 vorgelegte Bundesanleihe für die «Militärische Landesverteidigung und Kampf gegen die Arbeitslosigkeit» (siehe S. 17). Ausserdem kam am 22. Januar 1939 eine Vorlage über die Anwendung der Dringlichkeitsklausel vors Volk. Die Linke hatte dazu eine Initiative eingereicht, mit der das in der Zwischenkriegszeit häufig angewandte Dringlichkeitsrecht beschnitten werden sollte. Zur Abstimmung kam aber ein Gegenvorschlag

des Parlaments, der nur eine zeitliche Beschränkung und die Bestätigung durch die Räte vorschrieb. Diese vom Volk akzeptierten Bestimmungen waren aber kaum mehr von Bedeutung, da mit der Einführung des Vollmachtenregimes die üblichen demokratischen Entscheidungsverfahren weitgehend äusser Kraft gesetzt wurden.

Obwohl für die Armee nun beträchtliche Mittel zur Verfügung standen, kam die Modernisierung des Kriegsmaterials nur schlecht und langsam voran. Die Industrie war mehr an Exportaufträgen denn an Lieferungen für die Schweizer Armee interessiert. Am Ende des Krieges hielt ein ausführlicher Bericht des Chefs der Kriegstechnischen Abteilung fest: «Es trifft zu, dass die Export-Rüstungsindustrie bisher für unsere eigene Armee keine allzu grossen Leistungen vollbracht hat und wir können nicht so weit gehen zu erklären, dass die Ausrüstung unserer Armee sehr wesentlich geschwächt worden wäre, wenn unsere Export-Rüstungsindustrie nicht bestanden hätte.»<sup>89</sup> Ausserdem verhinderten Kompetenzstreitigkeiten und Unverständnis über die modernen mechanischen Mittel – man vertraute noch immer in erster Linie der einfachen Infanterie – den Aufbau einer modernen Armee. So begnügte man sich mit der Verlängerung der Rekrutenschule auf vier Monate. Das militärpolitische Interesse wurde im Übrigen von andern Fragen beherrscht. Seit einigen Jahren waren höhere Offiziere am Werk, um der Armee mehr Kompetenzen und insbesondere eine Art General für die Friedenszeit zu verschaffen. Es handelte sich nicht nur um eine Sachfrage, sondern um eine Machtfrage mit der Offiziersgruppe, die sich um Ulrich Wille und Gustav Däniker geschart hatte. Der Bundesrat setzte der oft heftig geführten Diskussion mit dem Bundesbeschluss vom 22. Juni 1939, einem mageren Kompromiss, ein vorläufiges Ende. Die Debatte hinterliess insgesamt den Eindruck, dass die hohen Militärs einen, wenn auch oft zerstrittenen, Staat im Staate bildeten.<sup>90</sup> Schliesslich sei noch die Wahl des Bundesrates vom 15. Dezember 1938 erwähnt. Es galt, den freisinnigen Albert Meyer zu ersetzen. Einmal mehr versuchten die Sozialdemokraten mit dem Zürcher Stadtpräsidenten Emil Klöti ihren eigenen Kandidaten durchzubringen. Aber der antisozialistische Block war auch diesmal nicht aufzubrechen. Gewählt wurde der freisinnige Ernst Wetter, Vizepräsident des Vorortes, Präsident der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung und mit weiteren, zahlreichen wirtschaftlichen Mandaten betraut. Die verärgerten Sozialdemokraten lancierten darauf eine Initiative, mit der die Volkswahl des Bundesrates und die Erhöhung der Zahl der Bundesräte auf neun gefordert wurde. 1942 verwarf das Volk diesen Vorschlag mit 524'000 gegen 251'000 Stimmen.

Der Bundesrat setzte sich aus zwei Katholisch-Konservativen, einem Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei sowie vier Freisinnigen zusammen. Der katholisch-konservative Giuseppe Motta war seit 1912 in der Bundesregierung und leitete seit 1920 die Aussenpolitik. Sein Parteikollege Philipp Etter, seit 1934 im Amt, stand dem Departement des Innern vor. Dies bedeutete, dass zwei für die Gestaltung der öffentlichen Meinung wichtige Ämter in den Händen von konservativen Männern waren, die aus ihrer Sympathie für rechtslastiges, ständestaatliches Gedankengut, verbunden mit einer guten Dosis Antiliberalismus und Antisozialismus, keinen Hehl machten. Hinter ihnen stand die Schweizerische Katholische Volkspartei, die praktisch bedingungslos eine Politik nach vatikanischen Grundsätzen betrieb. Die Partei sah sich vor allem als «Grenzstein nach links» und Förderin der «wirtschaftlichen Selbstverwaltung im Rahmen der Berufe und ihrer Organe».<sup>91</sup> Das heisst im Klartext: Antisozialismus und Korporatismus. Da den Katholisch-Konservativen der politische Liberalismus ein Dorn im Auge war, setzten sie sich auch kaum für die Verteidigung der liberalen politischen Rechte ein.

Der freisinnige Waadtländer Marcel Pilet-Golaz, Chef des Post- und Eisenbahndepartements, stand dieser autoritären Geisteshaltung ebenfalls nahe, genauso wie Rudolf Minger, der Bauernvertreter und Vorsteher des Militärdepartements. Johannes Baumann hinwiederum (Justiz- und Polizeidepartement), verantwortlich für eine Reihe diskutabler Staatsschutzmassnahmen, unterstützte ohne Vorbehalte die harte Flüchtlingspolitik von Heinrich Rothmund. Der frischgewählte Ernst Wetter, der die Bundesfinanzen übernahm, galt zwar als guter Fachmann in Wirtschafts- und Finanzfragen, hatte aber politisch ein offenes Ohr für rechtskonservative Kreise. Der Solothurner Freisinnige Hermann Obrecht schliesslich, aus einfachen Verhältnissen stammend, leitete mit viel Umsicht das Volkswirtschaftsdepartement. Mit seiner politisch liberalen Grundhaltung unterschied er sich deutlich von seinen Amtskollegen. Es besteht, gesamthaft gesehen, kein Zweifel, dass Rechtslastigkeit, Autoritarismus und Antisozialismus das bundesrätliche Weltbild dominierten.

Eine Reihe von z.T. hochgeachteten Persönlichkeiten förderten in nicht unbedeutendem Masse diesen Rechtstrend der politischen Elite. Gonzague de Reynold zum Beispiel, enger Berater von Bundesrat Philipp Etter und eine geistige Autorität höchsten Grades, publizierte 1938 in der *Gazette de Lausanne* seine «Billets à ces Messieurs de Berne», in denen er im Klartext eine antidemokratische Renovation der Schweiz forderte. Der Nationalrat sollte abge-

schaft, und der Ständerat von einem mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Landammann gekrönt werden. Gonzague de Reynold mobilisierte für dieses Programm einen Kreis betuchter Anhänger, mit denen er direkten politischen Einfluss zu nehmen hoffte. So präsentierte er am 25. Mai 1939 an einer Veranstaltung an der ETH vor einer grossen Zuhörerschaft – darunter Korpskommandant Ulrich Wille, der Präsident des IKRK Max Huber und der Direktor der Landi Armin Meili – sein antiliberales und antidemokratisches Erneuerungsprogramm. Diese politische Agitation fand in höheren Kreisen viel Zustimmung, und selbst Bundesrat Motta trat öffentlich für Gonzague de Reynold ein.<sup>92</sup>

Man darf nicht übersehen, dass Gonzague de Reynold nur eine dieser schillernen Persönlichkeiten ist, die zwischen konservativem Bürgertum und rechtsextremistischen Kreisen, die sich seit dem Frontenfrühling in der politischen Landschaft eingenistet hatten, hin- und herpendelt. Eine andere Galionsfigur ist Divisionär Eugen Bircher, Chef des aargauischen Kantonsspitals und Führer des Vaterländischen Verbandes.<sup>93</sup> Neben seiner intensiven politischen und öffentlichen Tätigkeit versah Bircher in diesen Jahren auch die Redaktion der Allgemeinen *Schweizerischen Militärzeitschrift*, *ASMZ*, das für die bürgerliche Meinungsbildung nicht unwichtige Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. In denselben Kreisen agierte ebenfalls erfolgreich der 1921 von Politikern, Intellektuellen und hohen Militärs gegründete Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz, der mit den *Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur* über eine einflussreiche Monatsschrift verfügte.<sup>94</sup> Mehr im Hintergrund wirkten der im März 1939 von Robert Eibel, Christian Gasser und Heinrich Spoerry gegründete Bund der Subventionslosen oder die Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (*Redressement National*), in dem sich sowohl Mitglieder des Volksbundes wie auch die welsche Rechte mit alt Bundesrat Jean-Marie Musy zusammenfanden. Zeitschriften wie die *Neue Schweizer Rundschau* sowie die sogenannte *Mittelpresse*, die von Wirtschaftskreisen unterstützt wurde, waren für die Verbreitung des politischen und kulturellen Gedankengutes dieser Kreise zuständig.<sup>95</sup> In einem ähnlichen Rahmen wirkte auch der Verband Basler Chemischer Industrieller, der mit 15'000 Franken Musys antikommunistischen Hetzfilm *Die rote Pest* mitfinanziert, die rechtsradikale Entente Internationale contre la III<sup>e</sup> Internationale unterstützte und aktiv mit der politischen Polizei zusammenarbeitete.<sup>96</sup> In der Westschweiz übte die offen antidemokratische Ligue Vaudoise einen weit in die bürgerlichen Parteien hineinreichenden Einfluss aus.<sup>97</sup> Von Fri-

bourg aus spann der mit autoritären Regimes liebäugelnde alt Bundesrat Jean-Marie Musy, 1938 bei Himmler zu Besuch, ein dichtes Netz von Beziehungen. Zu sprechen wäre auch von der Anfang 1939 gegründeten Zeitschrift *Le Mois Suisse*, mit der die extreme Rechte, finanziell unterstützt von Pro Helvetia und vom faschistischen Italien, sich eine neue politisch-kulturelle, die Geistige Landesverteidigung aufnehmende Plattform schuf.<sup>98</sup> Neben Gonzague de Reynold, Léon Savary oder Paul Gentizon lieferten ihr gelegentlich auch Bundesräte einen Beitrag. Die Schweizerische katholisch-konservative Volkspartei stand diesen Bewegungen, sofern sie die christlichen Grundwerte nicht offen verletzten, durchaus positiv gegenüber. Bundesrat Philipp Etter gab, wie so oft, diesen neuen Werten der politischen Kultur am besten Ausdruck. Der Begriff der Demokratie müsse nicht «negativ als Summe der Rechte des Bürgers gegen den Staat, sondern positiv als Summe der Pflichten und der Verantwortung des freien Mannes für den Staat» verstanden werden. Der Staat, das Land, fuhr der Bundesrat fort, «muss wieder das Ziel unseres Opfers werden, nicht das Opfer unserer Ziele!»<sup>99</sup> Diese schillernden ideologischen Hintergründe sollten immer beachtet werden, wenn man von der neuen, im Zeichen der Geistigen Landesverteidigung stehenden Politik der Vorkriegszeit spricht.

Der zunehmenden Aktivität der Rechten konnte die Linke nicht viel entgegenstellen. Ihre Annäherung an die bürgerlichen Wertvorstellungen – Zustimmung zur Landesverteidigung und Arbeitsfriede – hatte keineswegs zu ihrer inneren Stärkung beigetragen. 1936 versuchte sie mit der Richtlinienbewegung eine interparteiliche, auch progressiv bürgerliche Kreise umfassende politische Zusammenarbeit aufzubauen. Doch der Zentralvorstand der Freisinnigen erteilte diesem Vorstoss schon am 13. Februar 1937 eine deutliche, praktisch einstimmige Absage. Der Chefredaktor der NZZ, Willy Bretscher, gab dabei, das Volksfrontgespenst an die Wand malend, den Ton an. Die Konservative Volkspartei, die von einer Zusammenarbeit mit der Linken natürlich nichts wissen wollte, blies ins gleiche Horn und unternahm alles, um den Freisinn von einer Kooperation mit der Sozialdemokratie abzuhalten.

Eine Aussprache der Parteien kam hingegen im Sommer 1938 zustande, um das Bundesfinanzprogramm über die Runden zu bringen. Für die Linke erwies sich das Eingehen auf den freisinnigen Vorstoss einmal mehr als innere ZerreiSSprobe. Der Vorstand der SPS beschloss schliesslich am 13. November 1938 nach heftigen Diskussionen mit 40 gegen 19 Stimmen die Ja-Parole. Die Finanzord-



nung wurde zwar am 27. November 1938 mit 508'000 gegen 194'000 Stimmen angenommen, aber die Linke bezahlte diese Zustimmung mit inneren Zerwürfnissen. Diese verschärften die ohnehin gespannte Lage innerhalb des Gewerkschaftsbundes, wo zwischen dem Zentralsekretär Max Weber und Konrad Ilg, dem autoritären Führer des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes SMUV und Mitautor des Arbeitsfriedens von 1937, ein heftiger und grundsätzlicher Konflikt ausgebrochen war. Der SMUV wandte nicht nur der SPS den Rücken, sondern paralyisierte mit seiner manchmal geradezu reaktionären Politik die Arbeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Max Weber wiederum verliess schliesslich seinen Posten als Zentralsekretär und übernahm die Führung des Bau- und Holzarbeiterverbandes.<sup>100</sup> Vergeblich warnte er vor einer bedingungslosen Unterordnung unter die bürgerliche Politik: «Kollege Ilg ist der Auffassung, dass ein anderer Weg für uns heute nicht mehr gangbar sei und zum Faschismus und Ruin der schweizerischen Arbeiterbewegung führe. Ich bin anderer Ansicht. Den Kampf aufgeben heisst «Gleichschaltung» und würde für unser Land eine Katastrophe bedeuten.»<sup>101</sup> Partei und Gewerkschaften zogen jedoch den Weg einer sehr kompromissbereiten Verständigung mit den bürgerlichen Kräften vor. Robert Grimm, der 1938 zusammen mit einem weiteren Genossen in den bernischen Regierungsrat eingetreten war, erläuterte diese Politik 1939 in einem mit «Realpolitik» überschriebenen Grundsatzartikel.<sup>102</sup>

Auf dem Hintergrund dieser Verständigungspolitik verschärfte sich auch der Konflikt mit der Parteilinken und den Kommunisten. Die Genfer Sozialisten, die unter der Führung des Volkstribuns Léon Nicole einen betont linken Kurs führten und 1938 das Finanzprogramm ablehnten, kamen in einen immer schärferen Gegensatz zur Deutschschweizer Zentralleitung. Nicole wurde am 8. September 1939 aus der Partei ausgeschlossen. Anlass war dessen Zustimmung zum deutsch-sowjetischen Pakt vom August 1939, der Hitler den Weg in den Krieg ebnete. Der Ausschluss führte in der Westschweiz zur Parteispaltung, was eine empfindliche Schwächung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Folge hatte. Die ausgeschlossene Linke gründete darauf am 3. Dezember 1939 die Fédération Socialiste Suisse FSS. Die FSS trug wenig zur Klärung der Lage bei, umso mehr als Nicole sich während einiger Wochen von den Schlagworten der Vichy-Propaganda verführen liess. Die FSS wurde schliesslich am 27. Mai 1941 verboten.<sup>103</sup> Mit den entsprechenden Verboten der kleinen Kommunistischen Partei, 1937 und 1938 zuerst in den Kantonen der Westschweiz, 1940 auf

Bundesebene, wurde der gesamte linke Flügel des Sozialismus paralyisiert. Gewerkschaften und Sozialdemokraten mussten sich mit einem engen, von den Bürgerlichen scharf beobachteten politischen Brachland zufriedengeben.

Die Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1939 bestätigten fast vollständig diese politischen Machtverhältnisse. Geschwächt durch die Abspaltung der FSS verloren Sozialdemokraten fünf Sitze (neu 45 Mandate). Neben den traditionellen bürgerlichen Parteien zählte auch der Landesring der Unabhängigen zu den Gewinnern. Für die Linke begann eine Art Réduit oder zumindest eine stillschweigende Eingliederung in die bürgerliche Mehrheit. Der Rechten, angeführt von einer radikalen Gruppierung der Wirtschaft mit dem Namen Bund der Subventionslosen oder Elefantenklub, gelang zudem mit der Referendumsabstimmung über die Pensionskasse des Bundespersonals ein weiterer Sieg. Obwohl der Bundesrat die neue Regelung als Verständigungslösung präsentierte, führten die Gegner, von Finanz und Wirtschaft materiell gut unterstützt, einen gehässigen Kampf. Sie gewannen die Abstimmung am 3. Dezember 1939 mit 481'000 gegen 290'000 Stimmen. Zum Aktionskomitee der «Elephanten» zählten Robert Eibel (eingeteilt im Persönlichen Stab des Generals), Pierre Béguin (Bundeshausjournalist verschiedener Zeitungen der Westschweiz) und Raymond Déonna (Mitglied der rechtsradikalen Entente Internationale contre la III<sup>e</sup> Internationale).<sup>104</sup>

Bald darauf bewegte ein äusseres Ereignis die Öffentlichkeit in starkem Masse und warf zusätzlich dunkle Schatten auf die Linke. Stalin griff am 30. November 1939 das kleine Finnland an. Die schweizerische Öffentlichkeit, vom Widerstandsgeist der Finnen stark beeindruckt, liess nun den antisowjetischen Gefühlen freien Lauf.

## AUFBAU DER KRIEGSWIRTSCHAFT

Die Mobilisierung der Gesellschaft mit Hilfe der Geistigen Landesverteidigung und die dahinterstehenden politischen Geplänkel beherrschten zwar die öffentliche Szene, sind aber, verglichen mit den Aufgaben der Kriegswirtschaft, Lapalien. Die eigentliche Leistung, mit der die Kriegszeit bewältigt und die Weltwirtschaftskrise überwunden wurde, erbrachte das Volkswirtschaftsdepartement. Dieses stand seit 1935 unter der Leitung des Solothurner Freisinnigen

Hermann Obrecht. Bei seiner Wahl stand er anfänglich im Feuer einer heftigen Kritik, die sogar aus den eigenen Reihen kam. Ein Stein des Anstosses war insbesondere sein Verwaltungsratsmandat bei der Waffenfabrik Solothurn AG. Doch seine Leistungen beim Aufbau der Kriegswirtschaft und seine gradlinige liberale Haltung in den rechtslastigen Vorkriegsjahren heben ihn über den Durchschnitt der damaligen politischen Elite hinaus. Er trat, schwer krank, am 20. Juni 1940 von seinem Amt zurück und starb, zwei Monate später, am 21. August 1940.<sup>105</sup>

Überlegungen zu wirtschaftlichen Massnahmen im Kriegsfall wurden schon 1936 vorgetragen. 1937, mit der Ernennung des St. Galler Professors Paul Keller zum Beauftragten für Kriegswirtschaft an der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, begannen die konkreten Vorbereitungen.<sup>106</sup> Die Verordnung über die Organisation der Kriegswirtschaft vom 8. März 1938 nahm diese Ansätze auf und schuf die Grundlage für weitere Gesetze und Massnahmen. Zu nennen sind: das Bundesgesetz über die Sicherstellung der Landesversorgung (1. April 1938), die Aufnahme von Verhandlungen zwecks Sicherung der Einfuhren im Kriegsfall im September 1938,<sup>107</sup> das Reglement des Volkswirtschaftsdepartements über die Aufgaben der Kriegswirtschaftsämter (24. Nov. 1938), der Bundesbeschluss über die Förderung des Ackerbaus (22. Dez. 1938) sowie die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr durch den Bund (12. Juni 1939).<sup>108</sup> Die Nationalbank wurde ebenfalls in die Vorbereitungen einbezogen, wobei deren Vertreter schon im Oktober 1938 auf das Problem der Kontrolle der Goldtransfers hinwiesen.<sup>109</sup>

Ende 1938 war der von Obrecht geplante kriegswirtschaftliche Apparat aufgebaut. Ein Teil der Massnahmen erfolgte allerdings ohne breite öffentliche Diskussion, so dass man diesbezüglich von einer Vorwegnahme des Vollmachtenregimes der Kriegszeit sprechen muss. In den kriegswirtschaftlichen Ämtern konstituierte sich zudem eine neue, aus Verbands- und Parteifunktionären, Beamten, wirtschaftlichen Interessenvertretern und wissenschaftlichen Fachleuten zusammengesetzte bürgerliche Verwaltungselite. Es handelt sich hier letztlich um eine neue Form technokratischer Verwaltungsmacht, ein Typ von Staatsautorität, wie sie der Kriegswirtschaft auch der meisten andern Länder eigen war. Die Vertreter der Linken waren in diesen Machtgremien, trotz der vielumstrittenen Ernennung Robert Grimms zum Chef der Sektion für Kraft und Wärme, krass untervertreten. Erst im Laufe des Krieges wurde die Mitsprache mittels konsultativer Kommissionen ein wenig erweitert. Im Übrigen ist anzumerken, dass der Nachfolger von Obrecht, der 1940 gewählte Bundesrat Stampfli, trotz

aller Umsicht seines Vorgängers gleichwohl erhebliche Mängel in dieser kriegswirtschaftlichen Organisation entdeckte.<sup>110</sup>

Einem dieser Ämter muss besondere Beachtung geschenkt werden. Es handelt sich um das unter der Leitung von Joseph Käppeli stehende Kriegsernährungsamt. In diesem Amt wurden die entscheidenden Massnahmen zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Landwirtschaft entwickelt. Dabei leistete der Bund nicht nur organisatorische, sondern auch breite finanzielle Unterstützung. Die Idee, anstelle von Vorratshaltung den Ackerbau zu erweitern, war schon zu Beginn des Jahres 1938 aufgetaucht. Einige Monate später, anlässlich der Sitzung einer Expertenkommission vom 24./25 Juni 1938, sprach man schon offen von der «neuen Agrarpolitik» und der Erweiterung der Ackerbaufläche auf 300'000 Hektaren, ein Plan, der dann 1940 von Friedrich Traugott Wahlen, 1938 zum Leiter der Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft ernannt, als sogenannte «Anbauschlacht» der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte. Die «neue Agrarpolitik» stiess bei weitem nicht auf einhellige Zustimmung. Aber Anreize, wie sie etwa der Bundesbeschluss vom 6. April 1939 vorsah – mit Preis- und Absatzgarantien für Ackerbaufrüchte, Anbauprämien für Futtergetreide und Käuferleichterungen für Maschinen –, zerstreuten die Bedenken der zögernden und misstrauischen Bauern. Mit einem Bundesbeschluss konnte dann am 20. Oktober 1939, beinahe zwei Monate nach Kriegsausbruch, eine erste Anbaustufe von 25'000 ha befohlen werden.<sup>111</sup> Die eigentliche «Anbauschlacht» begann aber erst 1941, begleitet von einer bisher kaum gekannten, auf die Geistige Landesverteidigung abgestimmten Propagandakampagne.

Zur Mobilisierung der inneren Versorgung, sowohl für die offene wie die versteckte Wirtschaft, griff man einmal mehr auf die Frauen zurück. Über eine halbe Million Frauen arbeiteten in der Industrie oder den Dienstleistungsbetrieben. Ihre gegenüber Männern eindeutig tieferen Löhne sowie ihre Disponibilität – angesichts der Fluktuationen bei den Einberufungen und Entlassungen eine nicht zu unterschätzende Qualität – spielten in diesen Jahren eine entscheidende Rolle (s. Tab. 1).

Hinzu kommt ein massiver Einsatz der Frauen in der Landwirtschaft. Der Arbeitsdienst setzte 1941 4'000, 1942 13'000 und 1944 50'000 Frauen ein.<sup>112</sup> Leider sind keine genauen Zahlen über die Arbeit der in bäuerlichen Betrieben fest eingesetzten Frauen vorhanden, da die Volkszählungen seit 1930 die in der Familie mitarbeitenden Personen nicht mehr als berufstätig erfassten.

*Tabelle 1: Frauenarbeit im Industrie- und Dienstleistungssektor*

	1930	1941	1950
Textilindustrie	58'000	34'000	36'000
Maschinen- und Uhrenindustrie	27'000	33'000	41'000
Dienstleistungen	277'000	304'000	311'000
Total erwerbstätige Frauen	517'000	522'000	548'000
in % der aktiven Bevölkerung	30%	28%	28%

Quelle: *Historische Statistik der Schweiz*, 398.

Doch der Lebensnerv, nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung, sondern für die Wirtschaft überhaupt, lag im Aussenhandel. Um diesen auch im Kriegsfall aufrechtzuerhalten, bemühte sich das Politische Departement, Garantien der benachbarten Staaten sowie Englands, der USA und Kanadas zu erhalten. Die Verhandlungen mit Frankreich gestalteten sich sehr schwierig. Berlin liess sich ebenfalls lange nicht auf wirkungsvolle Abkommen ein, gab dann aber am 28. Juni 1939 in einer Erklärung bekannt, die deutsche Regierung sei bereit, «auch im Fall eines Krieges dafür zu sorgen, dass der Transport lebenswichtiger Güter nach der Schweiz im Durchgangsverkehr nach Möglichkeit aufrechterhalten wird».<sup>113</sup> Deutschland war nicht nur der wichtigste Handelspartner, sondern lieferte auch über 50% der von der Schweiz benötigten Kohle.

Gesamthaft gesehen schien die wirtschaftliche Lage der Schweiz bei Kriegsausbruch nicht allzu schlecht. Es zeichneten sich auch nicht uninteressante Geschäfte mit Kriegsmaterial ab, während im Innern die staatliche Kontrolle der Kriegswirtschaft eine gewisse Sicherheit versprach. Jedenfalls war die Schweiz, neben Deutschland, das ökonomisch und organisatorisch am besten auf den Krieg vorbereitete Land. Ein schwacher Punkt lag allein im Mangel an modernem Kriegsmaterial. Trotz der massiven Kriegskredite der Vorkriegszeit gelang es den verantwortlichen Stellen nicht, sich für eine moderne Bewaffnung zu entscheiden. Die wichtigste Neuanschaffung war der Kauf des modernen deutschen Jagdflugzeuges Me-109. Die erste Tranche der Lieferung von insgesamt 90 Flugzeugen erfolgte im Winter 1939/40 – mit andern Worten, das Dritte Reich

half während der Phase des «Drôle-de-guerre» bei der Aufrüstung eines entscheidenden Teiles der Schweizer Armee.

## MOBILISATION

Als am 1. September 1939 mit dem Überfall Polens der Weltkrieg offiziell begann, war in der Schweiz wohl kaum jemand überrascht. Der Bundesrat beriet am 27. August, einem Sonntag, erstmals über eine eventuelle Mobilisation der Armee. Am 28. August bot er den Grenzschutz auf und setzte eine ausserordentliche Sitzung der Bundesversammlung auf Mittwoch, den 30. August, fest. Diese akzeptierte die Vollmächterklärung, nachdem den Sozialdemokraten noch die Schaffung einer permanenten Vollmachtenkommission, der der Bundesrat regelmässig Bericht zu erstatten hatte, zugestanden worden war.<sup>114</sup> Der Bundesrat orientierte über die den ausländischen Mächten zukommende Neutralitätserklärung. Gegen Abend wurde Henri Guisan mit 204 zu 21 Stimmen zum General gewählt. Am 31. August ernannte der Bundesrat auf Vorschlag Guisans den 58-jährigen Instruktionsoffizier Jakob Labhart zum Generalstabschef. Dann gingen die kriegswirtschaftlichen Organisationen unverzüglich an die Arbeit, während sich die Mobilisation der Armee vom 3. bis 5. September ohne Störung vollzog. 630'000 Mann, davon 200'000 Hilfsdienstpflichtige, rückten ein. Das zivile Hinterland behielt Ruhe, so dass am 5. September sogar die vier Tage zuvor geschlossene Landesausstellung wieder geöffnet werden konnte. Der Kriegsbeginn verlief wie ein Uhrwerk.

Die wichtigsten Schritte in den ersten Kriegstagen galten dem Aussenhandel. Der Bundesrat hatte kurz nach Kriegsausbruch, am 8. September 1939, mit einem als geheim deklarierten Beschluss das im April 1939 erlassene Verbot der Kriegsmaterialausfuhr aufgehoben.<sup>115</sup> Nun galt es noch, mit den Kriegführenden Abkommen zu schliessen, damit auch die Versorgung des Landes aufrechterhalten werden konnte.

Mit Frankreich und England, die restriktive Blockademassnahmen trafen, begannen langwierige Verhandlungen. Auffällig ist der deutlich unterschiedliche Kontakt mit Deutschland. Es war das einzige Land, das unverzüglich eine Wirtschaftsdelegation nach Bern beorderte. Schon am 4. September 1939 erschien der deutsche Unterhändler Johannes Hemmen in der Bundesstadt, und am Tag danach begannen Verhandlungen mit einer hochkarätigen Schweizer Delega-

tion. Sie setzte sich zusammen aus Jean Hotz, Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, Heinrich Homberger vom Vorort, dem Sekretär des Bauernverbandes Ernst Laur, Peter Vieli, Direktionsmitglied der Schweizerischen Kreditanstalt, BGB-Nationalrat Max Gafner und Robert Kohli vom Rechtsbureau des Politischen Departements.<sup>116</sup> Aus dieser Equipe wurde die «Ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland», ein Gremium, das faktisch den Bundesrat in diesem Bereich auf den zweiten Platz verwies.

Die Gespräche mit den Deutschen kamen schon am 24. Oktober zu einem guten Abschluss. Die Verhandlungspartner einigten sich darauf, den bestehenden Handelsverkehr aufrechtzuerhalten. Zwar bildete die Clearingschuld Deutschlands von 80 Mio. Franken ein Hindernis, doch Ende Mai 1940 war dieses Problem schon bereinigt, und die Schweiz war nun, nachdem sie offenbar umfangreiche Importe getätigt hatte, mit 40 Mio. gegenüber Deutschland verschuldet.<sup>117</sup> Eine am 24. Oktober 1939 geschaffene Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr leitete diesen Aussenhandel. Mit dem Verbündeten Deutschlands, Italien, war es schon am 18. September 1939 zu einer für die Schweiz sehr günstigen Regelung gekommen.<sup>118</sup> Anfangs November konnte dann sogar noch ein relativ freizügiges Transitabkommen geschlossen werden.

Die Blockadepolitik Englands und Frankreichs führte demgegenüber zu äusserst schwierigen und langwierigen Verhandlungen in London und Paris. Am 30. Oktober 1939 beschloss der Bundesrat, eine Sondermission unter der Leitung von Minister Hans Sulzer nach London zu schicken. Prof. Paul Keller, Mitglied dieser Delegation, berichtete Ende November aus der britischen Kapitale: «Der Aussenstehende ist erstaunt über die starre Grundsätzlichkeit der britischen Haltung, die jede Konzession erschwert, sowie über die Rücksichtslosigkeit, mit der alle verfügbaren wirtschaftlichen Mittel für die Kriegführenden eingesetzt werden. Man erkennt mehr oder weniger deutlich, in der britischen Einstellung gegenüber den neutralen Ländern die Überlegung, dass eine rücksichtslose Führung des Wirtschaftskrieges zwar die Neutralen hart in Mitleidenschaft ziehen werde, ihnen aber durch die Verkürzung der Kriegsdauer die Möglichkeit einer baldigen Erholung bieten könne.»<sup>119</sup> Die Engländer zeigten in der Tat von Anfang an nur ein beschränktes Verständnis für die Handelspolitik der Schweiz. In einem Rapport des Ministry of Economic Warfare (MEW) war zu lesen: «M. Motta should bear in mind that Great Britain is engaged in a life and death struggle which has been forced upon her against her will. It is a matter of vital im-

portance to prevent Germany from acquiring the resources necessary for the prosecution of the war, nor in the long run would it be of any benefit to Switzerland that Germany should acquire them. A prolongation of the war could be of no advantage to Switzerland.»<sup>120</sup>

Am 14. November 1939 wurden die Blockadeverhandlungen nach Paris verlegt. Das Ziel der Alliierten war, jeden Handel mit der Schweiz, der irgendwie Deutschland zugute kommen könnte, zu unterbinden. Ein Abkommen, das War Trade Agreement, konnte erst am 24. April 1940 abgeschlossen werden. Eine Hauptkonzession dieser Vereinbarung lag darin, dass der Schweiz erlaubt wurde, den Handelsverkehr mit Deutschland unter gewissen Einschränkungen aufrechtzuerhalten. Doch vorerst profitierten in erster Linie die Alliierten vom schweizerischen Aussenhandel. Im März 1940 hatte Frankreich für 142 Mio., Grossbritannien für 121 Mio. Franken Kriegsmaterial in der Schweiz bestellt. Mit dem Blockadeabkommen vom 24. April 1940 akzeptierte die Schweiz zudem gewisse Massnahmen des alliierten Wirtschaftskrieges. Deutschland, das in dieser Phase nur für rund 150'000 Franken Kriegsmaterial in der Schweiz bestellt hatte, sah in der einseitigen Ausrichtung auf die alliierte Kriegswirtschaft ein neutralitätspolitisches Problem. In einem Gutachten des Sonderstabes für Handelskrieg des Oberkommandos der Wehrmacht wurde die schweizerische Situation folgendermassen zusammengefasst: «Das mit den Feindmächten Ende April getroffene Abkommen wirkt sich jedoch mit seiner Unterwerfung unter die Vorschriften der Feindmächte noch eindeutiger zum Nachteil für Deutschland aus, so dass das Endurteil bezüglich der Neutralität der Schweiz dahin lauten muss, dass die Schweizer Regierung den Boden der wirtschaftlichen Neutralität zu Gunsten der Feindmächte verlassen hat.»<sup>121</sup>

Die Binnenwirtschaft wurde ebenfalls mit einer breiten Palette von Massnahmen organisiert. Die am 20. Oktober verfügte Rationierung erfasste schrittweise immer mehr Verbrauchsgüter, während ein vorläufiger Preisstop eine spekulative Teuerung zu verhindern suchte. Die Lohn- und Verdienstersatzordnung vom 20. Dezember 1939, die den lohnabhängigen Wehrmännern den Verdienstausschlag während der Militärdienstzeit teilweise ersetzte, begann im Februar 1940 mit den Auszahlungen. Diese trugen, nach immerhin fünfmonatiger Karenzzeit, dazu bei, den Binnenmarkt aufrechtzuerhalten und soziale Notlagen der minderbemittelten Bevölkerung, die im Ersten Weltkrieg zu einer Katastrophe geführt hatten, zu mildern. Mit der Finanzierung durch Lohnprozente, je zur Hälfte



durch die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, wurde ein grundlegendes, später auch auf die AHV übertragenes kollektives Solidaritätsprinzip eingeführt. Dieses Werk fand nicht überall ungeteilte Zustimmung; insbesondere der Vorort war von diesem System der Verdienstersatzordnung wenig begeistert. Im Übrigen darf nicht vergessen werden, dass trotz Solidaritätsprinzip die sozialen Unterschiede in der Armee noch immer stark verankert waren; der Sold des Soldaten betrug nur 2 Franken pro Tag, der eines Hauptmanns schon 11 Franken.

Wichtig war auch die Einführung neuer Steuern, die darüber entschieden, welcher Teil der Bevölkerung die Hauptlast des Krieges tragen sollte. Anfang 1940 schuf der Bundesrat eine Kriegsgewinnsteuer, die indirekt einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung darstellte. Am 30. April 1940 verfügte er, mittels Vollmachten, ein Finanzprogramm, das die Warenumsatzsteuer, die Wehrsteuer und das Wehropfer I (eine einmalige direkte Vermögenssteuer) einführte. Vor allem das Wehropfer behagte dem Vorort nicht sehr, und Heinrich Homberger hatte zuvor vergeblich eingewandt: «Wir müssen unsere warnende Stimme erheben, wenn der Staat der Wirtschaft untragbare Lasten auferlegen will. Dies gilt in erster Linie bezüglich des Wehropfers.»<sup>122</sup>

## **DIENST UND ARBEIT**

Der Bestand der mobilisierten Armee betrug im September 1939 435'000 Mann, d.h. ein Zehntel der Bevölkerung und über ein Fünftel der Berufstätigen. Ende 1939 waren es nur noch 281'000, und im Februar wurde mit 174'000 ein vorläufiger Tiefstand erreicht. In derselben Zeit klagte man, vor allem in der Rüstungsindustrie, über Mangel an Personal. Der Bundesrat hinwiederum griff mit einer bei Kriegsausbruch erlassenen Verordnung über die obligatorische Arbeitsdienstpflicht in den Arbeitsmarkt ein. Diese Verordnung wurde aber erst im März 1940 wirksam. Es wurden auch Arbeitsdetachemente für die Landesverteidigung geschaffen, die zeitweise über 18'000 Männer erfassten. Im Frühjahr 1940 errichtete schliesslich das Justiz- und Polizeidepartement Arbeitslager für Emigranten, die unter harten Bedingungen für öffentliche Arbeiten eingesetzt wurden. Aus völkerrechtlicher Sicht fragwürdig war dabei ihr Einsatz für militärische Bauten. In der Armee, deren Ausrüstung veraltet und in einigen Bereichen auch ungenügend war, wurde an Verteidigungslinien gearbeitet. Die eigent-

liche Aufrüstung kam nur zögernd voran, da die einheimischen Waffenfabriken in erster Linie für die ausländischen Kunden arbeiteten. So richtete sich die Haupttätigkeit auf den Bau von Feldbefestigungen. Nachdem der General Ende September 1939 den Aufmarsch «Nord» befohlen hatte, begann der Ausbau der sogenannten Limmat-Linie. Der Bau von Geländeverstärkungen, Feldbefestigungen und Panzerhindernissen, der ohne einheitliche Methode vor sich ging, beschäftigte die Soldaten zu zwei Dritteln ihrer Zeit. Der Bau der Limmat-Stellung, die Guisan unter Umgehung des Generalstabes befohlen hatte, erhöhte die Unstimmigkeiten in der obersten Armeeführung. Auch im Nachhinein wird diesem Dispositiv wenig Lob gezollt. Eine der Konsequenzen der Differenzen in der Armeeführung war die von Guisan angeordnete Ablösung von Generalstabschef Labhart durch Divisionärjakob Huber Ende Dezember 1939. Huber übernahm am 1. Januar ad interim sein Amt und wurde am 16. März 1940 vom Bundesrat definitiv bestätigt. Diese Wahl enttäuschte wiederum Korpskommandant Ulrich Wille, der anerkannte Chef einer nicht unbedeutenden Gruppe deutschfreundlicher Offiziere. Labhart seinerseits stand dem neuen Chef des Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, als Berater zur Verfügung, was das gespannte Verhältnis zwischen General und Bundesrat zusätzlich belastete.<sup>123</sup> Eine weitere Affäre sollte noch bedeutend mehr Unruhe in die Armeeführung bringen. Guisan hatte schon einen Monat vor Kriegsausbruch Oberst Edouard Petitpierre ins Hauptquartier der französischen Armee geschickt, um Kooperationsvorbereitungen für den Kriegsfall einzuleiten. Daraus entstand schliesslich Ende Oktober 1939 ein Kooperationsvertrag, der das Zusammengehen der schweizerischen und der französischen Armee im Falle eines Krieges gegen Deutschland regelte. Der Bundesrat war über diese diplomatische Sondertour nicht oder jedenfalls nur sehr andeutungsweise orientiert. Dem neuen Chef des Politischen Departements, Bundesrat Pilet-Golaz, wurde im Januar 1940 anlässlich eines Besuches im Armeehauptquartier der wahre Sachverhalt bewusst verheimlicht. Und noch Ende desselben Jahres, nachdem die Deutschen in Frankreich den Kooperationsvertrag unter erbeuteten Papieren gefunden hatten, schrieb der General an Pilet-Golaz, er habe keine «convention militaire» mit wem auch immer abgeschlossen.<sup>124</sup> Diese Geheimnistuerei schwächte eindeutig die diplomatische Position der Schweiz gegenüber Deutschland. So wie im politischen System durch Organe wie die Ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen die traditionellen Machtstrukturen verschoben wur-

den, so entstand auch in der Armee unter dem General eine Nebenregierung, die dem Bundesrat indirekt die Kompetenzen streitig machte. Zu diesem militärischen Gouvernement zählte der Persönliche Stab des Generals, der zusätzlich zu den andern Einrichtungen der Armeeführung ins Leben gerufen wurde. Er bestand aus einer Gruppe eher jüngerer, dem General zugetaner Offiziere, die so etwas wie einen Hof bildeten. Der Biograph Guisans, Gautschi, spricht zu Recht von einem «abgeschirmten Eigenleben» des Persönlichen Stabes, der in der Regel in einiger Distanz zum Generalstab Quartier bezog.<sup>125</sup>

Die Übertragung der Zensur an die Armee, am 8. September 1939, war ein weiterer Schritt in der Einkleidung des Zivillebens mit Militärgrau. Das Armeekommando hatte schon am 4. Januar 1939 eine eigens dafür geschaffene Abteilung «Presse und Funkspruch» vorbereitet. In geheimen Instruktionen vom 24. Juli 1939 war sogar vorgesehen, nach der Kriegsmobilmachung sofort die Vorzensur einzuführen. Dies wurde aber vom Bundesrat, nachdem die Sozialdemokraten vor der Vollmachtenabstimmung ihren Einspruch anmeldeten, verhindert. Das Radio hingegen, schon seit den Konzessionsbestimmungen von 1936 in starkem Masse vom Bundesrat kontrolliert, wurde nun zu einem direkten Propagandaorgan der Regierung und der Armeeleitung.<sup>126</sup>

Bis zum Frankreichfeldzug wurde die Zensur bezüglich der Berichterstattung über die äussern Ereignisse noch nicht sehr restriktiv angewendet. Betrachtet man die Zensur hinsichtlich der politischen Lager, so zeigt sich eindeutig eine Benachteiligung der Linken. So hält auch Georg Kreis fest, «dass die Sozialdemokraten, die häufigsten ‚Opfer‘ pressepolitischer Massnahmen, selbst bei der Pressekontrolle nur in geringem Mass mitwirkten».<sup>127</sup> Über die Bedeutung der Zensur meinte der freisinnige Ständerat Eugen Dietschi: «[...] der Einfluss der Armeeleitung, bzw. hoher mit Presse und Politik wenig vertrauter Militärs, war erheblich.»<sup>128</sup> Bezeichnend für die allgemeine Zielrichtung war beispielsweise im Oktober 1939 das Verbot eines Films der Arbeiterbildungszentrale, der unter dem Titel *Freiheit oder Diktatur* den Totalitarismus der Achsenmächte kritisch beleuchtete. Ähnlich wie in diesem Falle wurden in der Regel kritische Kommentare über Deutschland und Italien unterbunden. Für die Berichterstattung aus dem übrigen Ausland hatte die Presse etwas mehr Spielraum.

Wenn auf der einen Seite die Zensur gewissermassen den Blick des Bürgers einzuschränken versuchte, so stand dem auf der andern Seite Bestrebungen gegenüber, dem Volk neue, jedoch staatlich und militärisch kontrollierte Ausblicke zu

verschaffen. Eine dieser Massnahmen war die obligatorische Einführung der Filmwochenschau und des Armeefilmdienstes. Ein Bundesratsbeschluss vom 16. April 1940 zwang alle Lichtspielhäuser unter Androhung einer schweren Geldstrafe die Filmwochenschau ins Programm aufzunehmen, gegen Bezahlung notabene.<sup>129</sup>

Ähnliche Aktivitäten und Tendenzen durchdrangen den kulturellen Bereich. Mit Soldaten einer jurassischen Einheit als Akteure wurde am 4. April 1940 in Bern zum ersten Mal «La gloire qui chante» von Gonzague de Reynold und Emile Lauber (Musik) aufgeführt. Es handelte sich um eine Übertragung der Kyffhäuser- sagesage auf die Schweiz, in die der Autor eine heroische schweizerische Militärgeschichte von Sempach bis zum Ersten Weltkrieg hineinwob. Solche Bilder, wie auch jene der Filmwochenschauen und der Armee, hatten ohne Zweifel einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das kollektive Bewusstsein der Mobilisationsgeneration. Die kulturpolitische Parole dieser Zeit hatte Robert Faesi, Zürcher Literaturprofessor und vaterländischer Kulturpapst, ausgegeben. «Mit dem Schlagwort von ‚Blut und Bodem«, meinte Faesi, «braucht bei uns nicht geworben zu werden; solche Mächte sind bei uns die tatsächlichen und selbstverständlichen Grundlagen der Kultur, und der Asphalt ist trotz der Vergrösserung der Städte noch keine schwere Gefahr für sie.»<sup>130</sup> Faesi erhielt 1945 den Literaturpreis der Stadt Zürich.

## POST SKRIPTUM 2

Um die Zeit von 1938 bis zum Sommer 1940 mit einem Schlagwort zu erfassen, nimmt Roland Ruffieux einen Begriff aus der NZZ auf: «hochgemuter Pessimismus».<sup>131</sup> Tatsächlich gewinnt man den Eindruck, dass die Schweiz mit einer Art «force tranquille» in den Weltkrieg aufbrach. Gewiss herrschte keine Freude, aber die als unausweichlich empfundene Entwicklung schien wenigstens den Vorteil zu haben, die Gesellschaft in einer gemeinsamen Anstrengung neu zu vereinigen. Unausgesprochen wurde auch anerkannt, dass die Kriegsvorbereitungen der Wirtschaft und dem Aussenhandel Auftrieb gegeben hatten. Und alle jene, die an der Kraft und Lebensfähigkeit des demokratischen politischen Systems zweifelten, versprach die Mobilisation von Wirtschaft und Armee eine neue hierarchische und autoritäre Gesellschaftsstruktur. Man erwartete von ihr eine rasche Genesung von der Krise der Zwischenkriegszeit. Es mag sein, dass

alle diese z.T. widersprüchlichen Tendenzen dazu geführt haben, dass die Schweiz 1989 einer Erinnerungsfeier der Mobilisation vor jener des Kriegsendes den Vorzug gab. 1939 eignete sich besser, den Aufbruch in eine verklärte Volksgemeinschaft neu aufleben zu lassen, als dies mit dem Jahr 1945, dem Kriegsende, möglich war.

Der hochgemute Pessimismus und die Sammlungsbewegung einer rechten Mitte beruhten allerdings auf einer eindeutigen Vernachlässigung humanitärer Werte. Sowohl die Menschenrechte wie auch jene der liberalen Demokratie mussten einer auf den Krieg hinsteuernden Realpolitik untergeordnet werden. Schon allein die kleinste, gewissermassen «liberalste» Konzession an die Kriegswirtschaft verlangte eine Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit und der individuellen politischen Rechte. Die radikaleren Lösungen hingegen zielten auf ein hinter die Französische Revolution, d.h. hinter die Menschenrechte zurückgehendes politisches System. Diese Spannungen dauerten bis 1943.

Im Jahre 1938 erschien Meinrad Inglin's *Schweizerspiegel*, ein Buch, das mit seinem Rückblick auf den Ersten Weltkrieg in gewisser Weise den kommenden Krieg andeutete. Auf den ersten Blick erscheint uns der *Schweizerspiegel* wie ein vielfältiges und patriotisches Bild der Geistigen Landesverteidigung. Beim nähern Hinsehen erkennt man hingegen die Brüchigkeit und die Widersprüchlichkeit der Schweiz und ihrer Gesellschaft. Inglin führt uns auch nicht zu einem sicheren Ende, sondern bestenfalls zu einer Selbstbesinnung des seiner Selbstkritik noch mächtigen Menschen. Gerade diese Qualität ging jedoch im hochgemuten Pessimismus der Schweiz der Kriegsjahre verloren.

### 3. 1940: VERDREHUNGEN UND VERWIRRUNGEN

1939 hatte die Schweiz ohne schwere oder offene Krise mobilisiert und den Kriegsalltag organisiert. Am Ende des Jahres schrieb Jean Rudolf von Salis seiner Mutter: «Die Möglichkeit, dass nun doch klare Entscheidungen erwartet werden dürfen, gibt mir die Hoffnung auf eine klare Zukunft. Ich war in den letzten Jahren pessimistischer gestimmt als jetzt.»<sup>132</sup> Man begegnet hier erneut dem schon erwähnten «hochgemutem Pessimismus». Doch 1940 erfolgte ein radikaler Umbruch. Von hochgemut konnte keine Rede mehr sein. Dies war vor allem die Folge der äusseren Ereignisse, die im Innern zahlreiche Aktivitäten, Bewegungen und Verirrungen auslösten. Am 9. April 1940 besetzten die Deutschen Dänemark, überfielen darauf Norwegen und eröffneten am 10. Mai den Westfeldzug. Holland kapitulierte am 15., Belgien am 28. Mai. Am 10. Juni trat Italien in den Krieg ein, am 17. erreichten die Panzer Guderians die jurassische Schweizergrenze, und am 21. Juni fand die Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Frankreich statt. Der schweizerische Botschafter in Bukarest, René de Weck, notierte am 14. Juni 1940 in sein Tagebuch: «Les Boches sont à Paris. Je voudrais être mort.» Und am 21. Juni schrieb er: «L'Angleterre, désormais, reste notre seul espoir de salut. Qu'un nouveau Nelson lui soit donné et nous pourrons nous reprendre à vivre. Et puis, il y a le général de Gaulle.»<sup>133</sup> In Frankreich übernahm Marschall Pétain, der in der Schweiz viele Sympathien genoss, die Macht. Er wird das Land in eine «Nationale Revolution», die französische Version des Faschismus, hineinführen. Hitler wiederum bereitete unverzüglich den Kampf gegen England vor, die «Operation Seelöwe».<sup>134</sup> Aber nach dem Misserfolg in der Luftschlacht über England, die sich von Mitte August bis Mitte September hinzog, musste Deutschland auf die Invasion Englands verzichten. Zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte prägten das Jahr 1940 in der Schweiz. Im politischen Bereich kam es zu einer tiefgreifenden Zersetzung der politischen Kultur, für die in erster Linie Persönlichkeiten und Bewegungen verantwortlich waren, die, von der internationalen Lage profitierend, der Schweiz ein neues Staatskleid oder zumindest eine neue Herrschaftsordnung verpassen wollten. Auf der wirtschaftspolitischen Ebene erfolgte demgegenüber eine rasche und rationale Entscheidung, die es erlaubte, aus dem Krieg das Beste herauszuholen.

In diesem Kapitel werde ich mich hauptsächlich dem ersten Thema zuwenden. Um Umfang und Komplexität des politischen Dramas möglichst unvermittelt darzustellen, habe ich mich für eine chronologische Beschreibung, die beinahe Tag für Tag aufgreift, entschieden. Nur so, glaube ich, kann der Zersetzungsprozess der politischen Kultur in seiner historischen Dynamik richtig erfasst werden.

## 1. AKT: LA GLOIRE QUI CHANTE

Am 23. Januar 1940 starb in seinem 28. Amtsjahr Guiseppe Motta, katholisch-konservativer Bundesrat und seit 1920, in seiner Funktion als Chef des Politischen Departements, der Repräsentant und Sprecher der schweizerischen Aussenpolitik. Er hatte sich, wie Mauro Cerutti schreibt, «fast um jeden Preis für die Wahrung der guten Beziehungen mit Italien und dem Deutschen Reich» eingesetzt.<sup>135</sup> Der Tod Mottas war Auftakt zu einer permanenten Krise des Bundesrates, von dem bis Ende des Jahres noch drei weitere Mitglieder demissionierten. Einer von ihnen, der BGB-Vertreter Rudolf Minger, hatte zur Zeit von Mottas Tod seinen Wohnsitz schon aus der Bundesstadt ins heimatliche Schüpfen verlegt.

Anstelle von Motta wurde am 22. Februar 1940 der katholisch-konservative Tessiner Enrico Celio gewählt. Es war eine Verlegenheitslösung, mit der in erster Linie der nationale Zusammenhalt gestützt werden sollte. Celio erhielt das Post- und Eisenbahndepartement. Die Nachfolge Mottas, die auswärtige Politik, übernahm ein Mann, dessen Charakter und Fähigkeiten nicht unbestritten waren: Marcel Pilet-Golaz, ein freisinniger Waadtländer mit einem nicht zweifelsfreien Demokratieverständnis. Der im Bundeshaus ein- und ausgehende Journalist Hermann Böschenstein sprach beispielsweise von dessen «Neigungen, sich in Kommissionen mit durchaus entbehrlichen gewagten Prognosen über den Ausgang des Krieges und sogar im Gespräch mit ausländischen diplomatischen Vertretern als besonders gut informiert aufzuspielen und sich auf Heimatbesuch weilenden schweizerischen Missionschefs gegenüber als Besserwisser zu brüsten».<sup>136</sup> Der Botschafter in Bukarest, René de Weck, zeichnete in seinem Tagebuch ein ähnliches Bild und warnte, auf die kommenden schweren Zeiten anspielend, dass es nicht mehr genüge, «de marier les flots de son éloquence aux fonflons et aux pétards d'une fête de tir».<sup>137</sup> Auch jüngste Darstellungen lassen deutlich erkennen, dass Pilet-Golaz' menschliche und aussenpolitische Fähig-

keiten nicht über alle Zweifel erhaben waren.<sup>138</sup> Der Sohn Pilets, Jacques, hat zum Charakterbild seines Vaters einen interessanten Katalog oft widersprüchlicher Eigenschaften geliefert: «Une nature plutôt inquiète toujours vêtue avec élégance [...], un radical de droite, nettement antisocialiste [...], foncièrement anticomuniste (il ne pouvait oublier la grève générale de 1918) [...], un homme de ‚law and order‘ [...], un pur intellectuel, quelque peu élitaire [...].»<sup>139</sup> Da uns Pilet als Chef der Aussenpolitik bis Ende 1944 des öftern beschäftigten wird, gibt es noch genügend Gelegenheit, auf diese zwiespältige Persönlichkeit einzugehen.

Doch wenden wir uns vorerst den konkreten Amtshandlungen Pilets zu. Im Winter 1939/40 hatte er sich darangemacht, die Berichterstattung des Radios zu reorganisieren. Am 8. Februar 1940, nach dem Tode Mottas, betraute er den Geschichtsprofessor an der ETH, Jean Rudolf von Salis, mit einer wöchentlichen *Weltchronik*, die sich zu einer auch im Ausland stark beachteten Sendung entwickelte. Die erste Chronik wurde am 30. April 1940 ausgestrahlt. Eine ähnliche Sendung in französischer Sprache, *Situation internationale* betitelt, betreute der Chefredaktor des *Journal de Genève*, René Payot, ein konservativer Mann mit grossen Sympathien für Mussolini, Salazar und Pétain. Von Salis' Sendung wurde, bezeichnend für dieses Jahr 1940, ausgerechnet in der kritischsten Zeit, am 28. Mai 1940, für über fünf Monate unterbunden. Der Historiker bekam übrigens die offenbar nicht selten anzutreffende Arroganz der Abteilung Presse und Funkspruch zu spüren. Eine Vorladung beschreibt er mit folgenden Worten: «Der Vorsitzende, ein Bundesrichter und Oberst namens Hasler [Chef der Abteilung Presse und Funkspruch], in Stiefeln und Waffenrock, brüllte mich wie ein Unteroffizier auf dem Kasernenhof an.»<sup>140</sup>

Im Bundeshaus war es schon Mitte Februar zu einer Konfrontation in Sachen Pressezensur zwischen liberalen Parlamentariern und dem autoritären Oberst Hasler gekommen. Die Steuerung der Medien kam erneut am 19. März an einer Bundesratssitzung, in Anwesenheit des Generals, zur Sprache. Der Bundesrat äusserte den Wunsch, dass in die Abteilung Presse und Funkspruch der Armee vermehrt zivile Vertreter zugezogen würden. Pilet-Golaz verlangte zudem, dass für die Propaganda im In- und Ausland allein das Departement des Innern, und nicht die Armee, zuständig sein soll.<sup>141</sup> Hier zeichnete sich deutlich ein die ganzen Kriegsjahre überdauernder Konflikt ab. Nicht nur der General, sondern auch gewichtige Stimmen in der Öffentlichkeit plädierten für ein scharfes Durchgreifen. Die *Schweizerische Handelszeitung* etwa schrieb just in diesen Tagen, die



Presse müsse «wegen einer Anzahl undisziplinierter Skribenten als die grösste Landesverräterin bezeichnet werden» und man werde daher «im Pressewesen scharf Ordnung schaffen müssen». <sup>142</sup> Alle diese Vorstösse, Massnahmen und Debatten zeigen, wie zwischen Armee und Bundesrat um die Kontrolle der öffentlichen Meinung gerungen wurde.

Begonnen hatte das Jahr 1940, mit dem Bundesratsbeschluss zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer und, am 19. Januar, der Botschaft des Bundesrates zum Finanzprogramm, sehr konstruktiv. Es waren Signale politischer und wirtschaftlicher Stabilität. Doch auf der andern Seite, in rechten und rechtsradikalen Kreisen, organisierte sich eine grundsätzliche Opposition. Dazu gehörte etwa das auf Einladung von Theophil Spoerri am 10./11. Februar abgehaltene Treffen in Genf. Neben Spoerri, Professor für Philologie an der Universität Zürich, waren unter anderen Julien Lescaze und René Leyvraz, zwei bekannte, den Fronten nahestehende Vertreter des Korporatismus, Charles-Frédéric Ducommun, Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Christian Gasser vom Bund der Subventionslosen sowie Philippe Mottu, ein Anhänger der Oxford-Gruppe (eine christlich-konservative internationale Erneuerungsbewegung) anwesend. Und am 23. April meldete sich der Instruktionsoffizier Walter Allgöwer bei Gasser und erklärte, er sei über die politische Lage verzweifelt. Beide suchten in Walenstadt Oberst Gustav Däniker auf. In solchen, dem aktuellen politischen System kritisch gegenüberstehenden Kreisen verdichtete sich in diesen Tagen jenes Netz, das zum Gotthard-Bund führen und gleichzeitig verschiedene andere Gruppierungen, so auch den Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz und die Ligue Vaudoise, zu einer konspirativen Fronde verbinden sollte. <sup>143</sup>

Die Aktivitäten dieser Leute griffen auch über die Landesgrenzen hinaus. Oberstdivisionär Bircher, der zahlreiche Kontakte zu deutschen Militärs pflegte – so auch zum Militärattaché in Bern, Iwan von Ilsemann –, ging Ende März an einen Chirurgenkongress nach Berlin. In diesem Zusammenhang hatte ihn Guisan beauftragt, beim Oberbefehlshaber des deutschen Heeres vorzusprechen und diesem zu versichern, dass die Schweizer Armee absolut neutral bleiben werde. Der General spielte da ein nicht ungefährliches Doppelspiel, wenn man bedenkt, dass er gleichzeitig ein Kooperationsabkommen mit Frankreich schloss. Nach einer weiteren Reihe illustrierter Besuche bot sich Bircher sogar die Gelegenheit, die in Polen stationierten deutschen Truppen zu besuchen. Die Abteilung Presse und Funkspruch versuchte später vergeblich, die Bekanntgabe

dieser Reise zu unterbinden.<sup>144</sup> Nach seiner Rückkehr erstattete Bircher am 5. April sowohl General Guisan wie Pilet-Golaz Bericht. Divisionär Bircher und seine Offiziere liessen sich Anfang Mai durch einen deutschen Major der Abteilung «Fremde Heere West» persönlich über den bevorstehenden Angriff auf Frankreich orientieren. Solche Kontakte waren alles andere als harmlos. Dies wird besonders deutlich in Bezug auf den schon erwähnten Kooperationsvertrag General Guisans mit der französischen Armeeführung. Diese letztlich politischen Manöver hoher Offiziere untergruben die Glaubwürdigkeit der legitimen Landesregierung, d.h. des Bundesrates. Eine kleinere Affäre ist in diesem ersten Akt noch erwähnenswert. Ende Januar schritt die Bundespolizei zu Verhaftungen von Repräsentanten der extremen Rechten. So wurde Oberst Arthur Fonjallaz, Führer der *Fédération Fasciste Suisse*, in Schaffhausen verhaftet und später wegen verbotenen Nachrichtendienst zugunsten Deutschlands zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das hinderte ihn jedoch nicht, weiterhin in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift, dem offiziellen Organ des Schweizerischen Offiziersvereins, und im *Le Mois Suisse* Artikel zu publizieren.<sup>145</sup> Obwohl man sich noch in der Phase des «Drole-de-guerre» befand, lassen diese Beispiele doch ernstere Probleme im Gefüge des helvetischen Establishments erkennen, von denen weder die Armeeführung noch die helvetische Politik verschont blieben.

Inzwischen hatte die zweite Phase des Krieges begonnen, mit dem Überfall auf Dänemark und Norwegen. Für die innere Front erliessen Bundesrat und General am 18. April eine Weisung, die Offizieren und Soldaten den unbedingten Widerstand gegen Fallschirmspringer, Luftinfanterie und Saboteure befahl und vor Irreleitung durch feindliche Propaganda warnte. Gleichzeitig kamen die Wirtschaftsverhandlungen mit England und Frankreich zum Abschluss. Der weitere Kriegsverlauf verhinderte allerdings die konkrete Durchführung des im Vertrag vom 24. April vorgesehenen Handels.

## 2. AKT: ERNÜCHTERUNG UND VERWIRRUNG

Im Mai 1940 fiel der hochgemute Pessimismus wie ein Kartenhaus zusammen.<sup>146</sup> Am 10. Mai begann der Westfeldzug. Am gleichen Tag erschien der General beim Bundesrat, wo die zweite Generalmobilmachung beschlossen wurde. Ende Mai musste die englische Armee bei Dünkirchen unter dramatischen Umständen den Kontinent verlassen. Am 14. Juni marschierten die deutschen Trup-

pen in Paris ein. Schon am ersten Kriegstag, am 10. Mai, war es zu Kampfhandlungen im schweizerischen Luftraum gekommen. Eine Messerschmitt 109 griff am frühen Morgen einen deutschen Jagdbomber bei Basel an, und gegen Abend verfolgten zwei andere Me-109 eine deutsche Maschine im Raume St. Gallen. Die erfolgreichen Messerschmitts der schweizerischen Fliegertruppe waren, wie schon erwähnt, erst wenige Monate zuvor von den Deutschen abgeliefert worden.<sup>147</sup> Der Nachrichtendienst der Armee war offensichtlich in diesen Maitagen ziemlich desorientiert. Jedenfalls soll der Generalstabschef über den Beginn der Kampfhandlungen durch Radionachrichten orientiert worden sein. Der Chef des Nachrichtendienstes, Oberst Roger Masson, stiftete mit seinen Meldungen und Gerüchten viel Unruhe, die sich auf einen Teil des Offizierskorps übertrug. Er erwartete sogar in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai einen deutschen Einfall. Ein solcher war allerdings in der deutschen Planung nicht vorgesehen – im Gegenteil, die verschiedenen Operationspläne dieser Zeit sahen keinen Einbezug des Territoriums der Schweiz in die Kampfhandlungen vor.<sup>148</sup> Bei den Grenzverletzungen in der Luft handelte es sich um einzelne deutsche, von ihren Verbänden abgesprengte Maschinen. Über diese ersten Kriegstage schrieb Pilet-Golaz am Ende des Krieges: «Le mardi 14 mai, à la première heure, j'eus une conférence avec le colonel Masson que je trouvais dans un état d'excitation inquiétant. Il n'était pas le seul d'ailleurs, hélas.»<sup>149</sup>

In der Zivilbevölkerung kam es zu Panik, verbunden mit einem Massenexodus, vor allem aus den Städten Basel, Zürich und Schaffhausen. Weniger Bemittelte versuchten mit dem Zug, die Reichen mit dem Auto, sich in der Innerschweiz oder im Welschland in Sicherheit zu bringen. Bundesrat Obrecht führte dazu im Ständerat am 4. Juni aus: «Stellen Sie sich eine militärische Operation vor in einem Gebiete, wo die Herren, die doch ein Auto haben, dieses hervorholen und darauf alles stapeln, was irgendwie Platz hat, und dann im Lande herumfahren. Es hat einer meiner Bekannten zugesehen, wie ein Herr in Basel im letzten Moment noch in sein Haus zurücksprang. Da hat sich der Zuschauer gefragt, was jener Herr wohl noch herbeibringen werde. Und siehe da, er kam mit einem Hirschgeweih heraus, einer Jagdtrophäe, die er auch noch mitnehmen musste.»<sup>150</sup> Anlässlich der Mai-Mobilmachung verlangte Guisan erneut eine Erweiterung des Militärstrafgesetzes, um die Todesstrafe beim Verrat militärischer Geheimnisse anwenden zu können. Der Bundesrat, anfänglich widerstrebend, gab schliesslich nach und erliess am 28. Mai eine entsprechende Verordnung.

Am 10. Mai veranlasste der General eine Untersuchung gegen 150 politisch als unzuverlässig eingestufte Offiziere. Oberflächlich und hastig durchgeführt, brachte diese Massnahme kaum brauchbare Resultate, verärgerte aber die deutschfreundlichen Kreise des Offizierskorps. Nur in neun Fälle kam es zu einer näheren Begutachtung. Die Überwachung von Telephon und Post verdächtiger Militärs ging aber weiter.<sup>151</sup>

Der weitere Kriegsverlauf mit dem raschen Zerfall des französischen Widerstandes bewirkte eine zunehmende Verunsicherung der politischen Führung. Zudem war das Verhältnis zu Deutschland durch erneute Fliegerzwischenfälle getrübt. Eine deutsche Maschine wurde am 16. Mai über Schweizer Gebiet abgeschossen. In der Zeit vom 1. bis zum 8. Juni kam es im Jura zu zahlreichen Begegnungen, die schliesslich in einen von den Deutschen als Vergeltung geplanten Luftkampf ausarteten. Insgesamt verlor Deutschland 11, die Schweiz 3 Flugzeuge. Einem der gefallenen Schweizer Piloten, Oblt. Rickenbacher, liess Generalfeldmarschall Göring einen Kranz aufs Grab legen, den die Bevölkerung nach der Trauerfeier aber zerriss.

Die militärische Entwicklung in Frankreich machte Guisans Pläne einer Anlehnung der schweizerischen an die französische Front zunichte. In aller Eile musste im Jura ein neues Dispositiv errichtet werden. Dort überschritten auch 40'000 Mann eines französischen Armeeteils auf der Flucht vor den deutschen Truppen die Grenze. Die Franzosen wurden später, nach langen Verhandlungen, repatriert, während die in dieser Einheit eingegliederten 12'000 Polen in der Schweiz interniert blieben. Die Waffen und weiteres umfangreiches militärisches Material wurde, unter Zustimmung Frankreichs, den Deutschen übergeben, was bei den Engländern nicht gerade auf viel Verständnis stiess.<sup>152</sup>

Inzwischen hatten am 27. Mai in Berlin Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages begonnen, der Ende Juni auslief. Göring, der neben seinen andern Funktionen auch für den wirtschaftlichen Vierjahresplan verantwortlich war, mischte sich indirekt in die Verhandlungen ein. Dies hatte für die Schweiz insofern unangenehme Folgen, als Göring, ebenfalls Chef der Luftwaffe, sich über die Luftkämpfe sehr ärgerte. Die Deutschen forderten nicht nur eine umfassende Reduktion der Waffenlieferungen an die Westmächte, sondern zugleich eine massive Erhöhung der Exporte zugunsten Deutschlands. Am 11. Juni, drei Tage nach den Luftkämpfen über der Schweiz, kündete Berlin, dem die Verhandlungen zu zäh erschienen, ein Embargo über die Kohlenlieferungen nach der Schweiz an. Es war eine massive Drohung, aber offenbar kam es, wie Robert

Vogler festhält, nie zu einer durchgreifenden Anwendung dieses Embargos.<sup>153</sup> Damit begann die entscheidende Phase der Neuregelung des Verhältnisses zu Deutschland. Der General setzte den Fliegerzwischenfällen am 20. Juni dadurch ein Ende, dass er der Fliegertruppe jeden Feindkontakt und sogar den Neutralitätsschutz verbot. Dieser Befehl hatte bis Oktober 1943 Gültigkeit. Der Bundesrat seinerseits hob, obwohl dies dem Neutralitätsrecht widersprach, die Internierung von 17 deutschen Piloten auf.<sup>154</sup> Pilet-Golaz versuchte im Mai die Beziehungen mit Italien zu verbessern und schickte zu diesem Zweck Gonzague de Reynold direkt zu Mussolini nach Rom, der allerdings wenig auszurichten vermochte.<sup>155</sup>

Bevor wir die Entwicklung der grundlegenden Beziehungen zu Deutschland weiterverfolgen, wenden wir den Blick noch kurz nach Bern. Am 17. Juni, als Marschall Pétain um Waffenstillstand nachsuchte, erschien Korpskommandant Ulrich Wille, der Sohn des Generals des Ersten Weltkriegs, bei Pilet-Golaz. Er kritisierte offen die Armeeführung, wohl in der Hoffnung, General Guisan von seinem Posten verdrängen zu können. Wie spätere Vorstösse zeigten, verfolgte Wille die Idee einer grundsätzlichen Änderung nicht nur der militärischen, sondern auch der zivilen Führung des Landes. Am gleichen Tag schrieb Gonzague de Reynold einen Brief an Bundesrat Etter, in dem er diesen aufforderte, einen «Wandel des politischen Regimes» an die Hand zu nehmen. Vier Tage später wurde er noch deutlicher und schlug Etter die Einführung eines autoritären Regimes vor. Etter, in diesen Wochen in engem Kontakt mit de Reynold, stand diesen Vorschlägen keineswegs ablehnend gegenüber.<sup>156</sup> Ähnliche Ideen trugen auch andere Persönlichkeiten, z.B. Oberst Roger Masson, der an eine Ersetzung der politischen durch eine militärische Führung dachte.<sup>157</sup> Am 21. Juni demissionierte der schwerkranke Bundesrat Obrecht; er starb zwei Monate später, am 21. August. Die Landesregierung wurde dadurch in ihrer demokratischen Substanz entscheidend geschwächt. Zufällig am gleichen Tag, am 21. Juni, verlangte General Guisan in einem Schreiben vom Bundesrat, ihm die Einführung der vollständigen Vorzensur zu gestatten oder andernfalls die Armee von dieser Aufgabe zu entbinden. Guisan schrieb u.a.: «Je considère donc que la seule manière de prévenir les incartades et les excès de notre presse et les incidents qui en peuvent résulter est la censure préventive.»<sup>158</sup> Der Bundesrat zog die beiden Journalisten und Nationalräte Albert Oeri und Markus Feldmann zu Rate. Diese erklärten: «Die Einführung einer allgemeinen Vorzensur wäre der erste grosse Einbruch in die geistige Verteidigungsfront des Landes und in gewissem Sinne

der Anfang vom Ende.»<sup>159</sup> Der Bundesrat verweigerte darauf dem General die Einführung der Vorzensur.

Pilet-Golaz redete in diesen Tagen plötzlich von der Gefahr innerer Unruhen und erklärte am 1. Juli dem General: «Nous aurons trop besoin de l'Armée, bientôt peut-être, non seulement pour lutter contre un danger extérieur, mais aussi pour parer à un danger intérieur. Le chômage va se présenter comme un problème redoutable, qui pourrait engendrer des troubles.»<sup>160</sup> In dieser Frage doppelte Pilet-Golaz am 16. Juli in einem Schreiben an den Chef des Militärdepartements nach, indem er die konkrete Forderung aufstellte: «Préparation indispensable de troupes pour le service d'ordre (brigades légères et certains régiments)».<sup>161</sup>

Inzwischen regelte die Bundesversammlung ohne allzuviel Umstände die Frage der Nachfolge von Bundesrat Obrecht. Am 18. Juli wurde der freisinnige Solothurner Walther Stampfli, Direktor bei von Roll, zum Nachfolger Obrechts gewählt. Stampfli war ein harter Kämpfer für die Interessen der Wirtschaft, er hatte aber in jüngeren Jahren durchaus Verständnis für soziale Probleme gezeigt. Er galt zudem als Fachmann der internationalen Stahl- und Kohlemärkte, eine Qualität, die eine Stärkung der schweizerischen Position in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland versprach.<sup>162</sup>

### 3. AKT: DEMOBILISATION UND EINSATZ DER WIRTSCHAFT

In diesen Tagen des innenpolitischen Stresses und der Anfänge der staatsstreichähnlichen Tändeleien der autoritären Rechten erhöhten die Deutschen, beflügelt durch den raschen Sieg über Frankreich, ihren diplomatischen und handelspolitischen Druck. Gleichzeitig kam die Presse verstärkt ins Visier der deutschen Kritik, während die Schweizer Leser mit einer modernen Propagandarevue, dem *Signal*, bombardiert wurden. Der Bundesrat liess zudem den *Völkischen Beobachter* wieder zu.

Seit Mitte Juni fanden die Wirtschaftsverhandlungen in Bern statt. Deutschland erweiterte ständig seine Forderungsliste. Am 21. Juni, dem Tag des Waffenstillstandes in Frankreich, wurde in Bern an einer entscheidenden Sitzung der Finanzdelegation des Bundesrates (mit Pilet-Golaz, Minger und Wetter) und der Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen der Rahmen der schweizerischen Taktik abgesteckt. Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirt-

schaftsdepartements, Jean Hotz, orientierte über die Bemühungen, «eine Förderung des Exportes nach Deutschland auf der ganzen Linie herbeizuführen» und zu diesem Zwecke auch «die Rücksichtnahme auf die Inlandsversorgung zurückzustellen». Homberger vom Vorort berichtete über die bisherigen Verhandlungen in Berlin und stellte fest, dass Deutschland eine grundsätzliche Neuausrichtung der Schweiz verlange und Begehren nach «Lieferung von Kriegsmaterial, Aluminium [und] landwirtschaftlichen Produkten» stelle. Er betonte, man müsse «die äussersten Anstrengungen machen, um Deutschland mehr Ware, inklusive Kriegsmaterial, zu liefern». Bundesrat Pilet-Golaz plädierte für eine pragmatische Politik: «Nous devons sacrifier tout ce qui est secondaire et accessoire pour sauver ce qui est l'essentiel pour le ravitaillement du pays. En concluant il s'agit premièrement de donner l'argent réclamé. Il sera inopportun de discuter sur un million de plus ou de moins.» Einzig Minger votierte für eine gewisse Zurückhaltung: «Wir sind deshalb in hohem Masse von Deutschland abhängig. Wir müssen infolgedessen Deutschland entgegenkommen, aber gleichwohl werden die Beziehungen mit England nicht abbrechen können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Krieg noch lange dauern wird. Selbst wenn England niedergezwungen sein wird, wird der Krieg noch lange nicht entschieden sein.»<sup>163</sup> Trotz dieser mahnenden Worte entschied sich das Gremium für eine grosszügige Öffnung gegenüber den deutschen Forderungen.

Einen Tag nach der richtungsweisenden Sitzung der Finanzdelegation des Bundesrates und der Ständigen Wirtschaftsdelegation trat auch die Armeespitze zu einer Lagebeurteilung zusammen.<sup>164</sup> «Persönlich ist der General überzeugt», heisst es im Protokoll, «dass die Deutschen nunmehr in erster Linie einen politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben werden und militärische Aktionen kaum ins Auge fassen. Die Schweiz dient gegenüber der Achse als wertvolles Transitland, dessen Alpenbahnen möglichst unversehrt dem sich sicher steigenden Transitverkehr zur Verfügung stehen sollten.» Guisan schlug ausserdem eine teilweise Demobilmachung vor, gab dabei aber zu bedenken: «Die Frage der Demobilmachung ist aber auch zu prüfen unter dem Gesichtspunkt der Sicherung vor einer allzugrossen Arbeitslosenziffer. Darüber hinaus müssen wir auch eine gewisse Truppenstärke bereithalten, um allfälligen Umsturzversuchen im Landesinnern entgegenzutreten zu können.» Korpskommandant Wille teilte diese Auffassung, plädierte aber zusätzlich für eine weitergehende Entlassung der Truppen, da man von Deutschland im Augenblick nichts zu fürchten habe. «Unsere Wirtschaft muss», meinte er, «es nur verstehen können, sich diese [d.h.

deutschen] Aufträge zu sichern und damit in die neue Wirtschaftspolitik der Achse eingegliedert zu werden.» Im Übrigen lasse die neue aussenpolitische Lage keine neutrale Stellung mehr zu, fügte Wille bei. Oberstkorpskommandant Prisi doppelte nach: «Unsere Neutralität ist heute nur mehr eine Fiktion.» Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung des schweizerischen Gesandten in Berlin, Frölicher, der am 5. Juli an Bundesrat Pilet-Golaz schrieb: «Ihre Idee, die Hauptteile der Armee, soweit sie wegen des Arbeitsmarktes nicht demobilisiert werden können, in der Zentralschweiz zu konzentrieren, ist aussenpolitisch sicherlich eher tragbar als das Festhalten an Dispositionen, die durch den militärischen Zusammenbruch Frankreichs überholt sind und die, falls sie aufrecht erhalten werden, in Deutschland sicher Anstoss erregen.»<sup>165</sup>

In gewissem Sinne stellt die Radioansprache des Bundesrates vom 25. Juni eine, wenn auch stilistisch gestelzte Synthese dieser Lagebeurteilungen dar.<sup>166</sup> Ihr Verfasser, Pilet-Golaz, hat jene Leitlinien aufgenommen, die damals in zahlreichen Köpfen herumspukten: Mit dem Fall Frankreichs näherte man sich dem Frieden, man könne die Armee partiell demobilisieren, schwere wirtschaftliche Probleme stünden bevor und eine «Wiederaufrichtung [redressement] müsse ausserhalb veralteter Formeln» geschehen, was schmerzhaftes Verzichtes und schwere Opfer verlange. Um dies zu erreichen, brauche es «Beschlüsse, die gleichzeitig überlegt und rasch auf Grund eigener Machtbefugnis» zu fassen seien. Pilet beschwor die «wahre Solidarität», die eine nationale Gemeinschaft zu schaffen vermöge (im französischen Text «bétonner»). Und dann wohl ein zentraler Satz: «Die Arbeit! Der Bundesrat wird sie dem Schweizervolke unter allen Umständen beschaffen, koste dies, was es wolle [französisch: coûte que coûte].» Es geht in dieser Rede keineswegs um einen Kampf gegen Faschismus oder um die Besinnung auf demokratische Grundwerte, die der Bundesrat übrigens am 9. Juli, als er alle politischen Versammlungen unter Polizeikontrolle stellte, noch mehr einschränkte. Dennoch entsprach der Grossteil der Ausführungen jenen Fragen, die sich die wirtschaftlichen und politischen Eliten ebenfalls stellten. Die Wirkung der Rede, die man übrigens nicht überschätzen sollte, war weder besonders negativ noch besonders positiv. Eine grundsätzliche Kritik vertrat, wie Erwin Bucher zeigt, nur eine kleine Minderheit.<sup>167</sup>

Das gleichentags vom Armeestab veröffentlichte Kommuniqué, sprachlich wohl spröder als die Bundesratsrede, enthielt doch dieselben Thesen wie die bundes-



rätliche Rede. So heisst es dort etwa: «Es kann nicht zum vornherein als abgeschlossen bezeichnet werden, dass auch bei uns diese und jene äusseren Formen der Zeitenwende angepasst werden müssen; auf jeden Fall werden wir uns so einrichten müssen, dass wir auch mit veränderten Verhältnissen Schritt halten können.» Und einige Zeilen weiter: «In Zeiten der Gefahr und des Umbruchs ist eine starke, feste Führung unerlässlich. [...] Daher muss die Parole gelten: Ausrichten und Eindecken auf die Regierung! Für Parteihader ist heute kein Raum.»<sup>168</sup>

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland und die bundesrätliche Grundsatzklärung gaben den Rahmen für die Neuorientierung von Politik und Wirtschaft. Hinzu kam die schon am 28. Juni vom General angekündigte Demobilisation, die Anfang Juli den Bestand der unter den Waffen stehenden Truppen von 450'000 auf 150'000 Mann verringerte. In dieser raschen Entlassung von zwei Dritteln der Armee sieht Willi Gautschi ein Zeichen, «um dem siegreichen Deutschen Reich gegenüber den guten Willen zu verständnisvoller Haltung zu signalisieren».<sup>169</sup> Klar ist jedenfalls, dass die Mehrheit der verantwortlichen Stellen im Augenblick nicht an einen deutschen Einfall dachten, und es ist auch schwierig, bei den Deutschen oder bei Hitler eine ernsthafte Vorbereitung eines Einmarsches in die Schweiz auszumachen. Zwar wurde in der Heeresgruppe C am 24. Juni mit einer Studie zur Besetzung der Schweiz begonnen, und Hitler ärgerte sich am Abend desselben Tages, dass bei Genf noch eine Eisenbahnlinie direkt ins unbesetzte Frankreich führte. Daraus aber einen unmittelbaren Willen für eine Besetzung der Schweiz abzuleiten, ist wenig plausibel, denn es wäre für die Deutschen ein leichtes gewesen, von Frankreich die Eingliederung dieses Landstückes in die besetzte Zone zu verlangen. Auch lassen die Umgruppierungen der Heeresgruppe C im französischen Jura weniger eine Hinwendung zur Schweiz als eine gewisse Beunruhigung der Deutschen über den nicht ganz gesicherten Frontabschnitt der Italiener in den französischen Alpen erkennen.<sup>170</sup> Am 28. Juni 1940 wurde an einer Besprechung hoher Generäle im Hauptquartier der Heeresgruppe B in Versailles die Frage der Besetzung der Schweiz wie folgt resümiert: «In der fraglichen Angelegenheit hat der Führer bisher lediglich geäussert, dass unter gewissen Voraussetzungen eine Besetzung in Frage kommt. Der Fall ist z. Zt. nicht akut. Zunächst sind kein Aufmarsch und keine Vorbereitung zu treffen.»<sup>171</sup> Wenige Tage später standen für die Deutschen jedenfalls nicht nur die Operationen gegen England, sondern auch schon die Planung des Feldzuges gegen die Sowjetunion, der im Herbst 1940 beginnen sollte, im Vor-

dergrund. Die Vorbereitungen für die «Operation Seelöwe» begannen am 16. Juli, am 13. August die Luftschlacht über England. Das bedeutete für die Schweiz, dass Deutschland in diesen Tagen weniger an einer militärischen Operation denn an einer wirtschaftlichen Kooperation interessiert war.

Tatsächlich konzentrierte man sich in Bern auf die entscheidenden Wirtschaftsverhandlungen. Diese schritten, unter entsprechendem deutschem Druck, rasch voran. Zwar gab es noch Spannungen wegen der Fliegerzwischenfälle, und Göring drohte, man werde die der Schweiz gelieferten Messerschmidt-Jagdflugzeuge zurückfordern. Ausserdem waren die Deutschen von den Kreditangeboten der Schweiz noch nicht befriedigt. Mit dem Entscheid des Bundesrates vom 9. Juli 1940 für eine grosszügige Lösung der Kreditfrage nahmen die Verhandlungen rasch eine positive Wendung.<sup>172</sup> Man darf nicht vergessen, dass die Deutschen gerade in dieser Zeit ihren grossen wirtschaftlichen Vierjahresplan ausarbeiteten und an geregelten Verhältnissen mit der Schweiz sehr interessiert waren. Auch den schweizerischen Wirtschaftskreisen war an einer raschen Umorientierung des Aussenhandels sehr gelegen. Der Direktor der Maschinenfabrik Oerlikon, Bührle, konnte schon anfangs Juli berichten, dass auch Italien an einer Lieferung von Waffen im Werte von 30 Mio. Franken interessiert sei – falls man eine günstige Lösung zur Finanzierung finde.<sup>173</sup> Diese fand sich schon am 23. August, als die Nationalbank Italien einen Clearingkredit von 75 Mio. Franken, «in erster Linie für Kriegsmaterial», eröffnete.<sup>174</sup> Italien versprach seinerseits, der Schweiz weiterhin Transitwaren, auch englischen Ursprungs, durchzulassen. Vier Grossbanken gewährten am 2. September einen zusätzlichen Kredit von 125 Mio. Franken, der Italien zur Hauptsache zum Kauf von Waffen und Maschinen diene.

Die künftige Strategie der Schweiz kommt deutlich in einem Votum von Paul Rossy, Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank, zum Ausdruck. Er erklärte am 12. Juli 1940 vor dem bernischen Handels- und Industrieverein: «Die Ereignisse dieser letzten Wochen haben die Ordnung der Dinge in Europa vollständig aus dem Gleichgewicht gebracht und dies, wie mir scheinen will, nicht nur vorübergehend. Die Welt, und mit ihr natürlich auch unser Land, sehen sich vor neue Verhältnisse gestellt, an die man sich wird gewöhnen müssen. Ich bin zwar der Meinung, dass wir mit der Gewöhnung und Anpassung allein nicht zum Ziele kommen werden. Unser Land wird vielmehr bewusst seinen Platz in dieser neuen Welt suchen und bestrebt sein müssen, darin eine aktive Rolle zu spielen. Keinesfalls dürfen wir uns lediglich auf die passive Anpassung beschränken.

Ich glaube kaum, dass wir unserer Aufgabe gerecht werden, wenn wir versuchen, uns eine neue Ideologie zu schaffen. Nur durch unsere Arbeit werden wir die uns zukommende Stellung behaupten können [...]. Zu diesem Zwecke wird es notwendig sein, rechtzeitig unsere Mitarbeit in dem Kreise vorzubereiten, in dem wir mitzuwirken berufen sein werden.»<sup>175</sup> So waren Mitte Juli 1940 die wichtigsten innenpolitischen Bedingungen für einen erfolgreichen Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen gegeben. Mit dem schon erwähnten Entscheid des Bundesrates in der Kreditfrage war zudem ein zentrales Hindernis vom Tisch geräumt worden. Am 19. Juli stimmte der Bundesrat schliesslich der deutschen Forderung auf einen ersten Kredit von 150 Mio. zu, wobei er auch die Verzinsung dieser Summe übernahm.<sup>176</sup> Unter diesen Voraussetzungen begann am 24. Juli die letzte Phase der Verhandlungen in Berlin. Bei einem ersten Gespräch von Delegationsleiter Hotz mit Karl Ritter, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, kam gleich zu Beginn ein weiteres offenes Problem zur Sprache: der Handel mit Ländern, die mit Deutschland im Krieg standen. Der deutsche Gesprächspartner versicherte jedoch Hotz, dass man im Auswärtigen Amt nicht an einen formellen Abbruch der Handelsbeziehungen denke. «Es könne», meinte Ritter, «eine Freiliste von Waren aufgestellt werden, die die Schweiz weiterhin auch nach England exportieren könne.»<sup>177</sup> Mit der Akzeptierung der Einführung von Begleitscheinen für Exportwaren nach England konnte die Schweiz knapp ihr Neutralitätspolitisches Gesicht wahren. «Die getroffene Regelung», heisst es im Schlussbericht, «unterscheidet sich von den früheren deutschen Begehren dadurch, dass es eben Deutschland selber ist, das für eine Anzahl Waren unsern Export nach England/Frankreich verunmöglicht und wir daher das Odium der Ausfuhrverweigerung nicht auf uns nehmen müssen.»<sup>178</sup> Bis die dazu notwendige Organisation geschaffen war, verbot der Bundesrat jedoch die Ausfuhr von Kriegsmaterial oder kriegswichtigen Waren – ausgenommen für Deutschland und Italien, was letztlich einer Beteiligung an der deutschen Blockade gleichkam.<sup>179</sup>

Der entscheidende Vertrag vom 9. August, vier Tage vor dem ersten grossen Lufteinsatz gegen England, war für die Schweiz, wie auch die Schlussworte im Bericht des Volkswirtschaftsdepartements zeigen, durchaus annehmbar. «Zusammenfassend dürfen wir», heisst es, «mit dem erzielten Resultat durchaus zufrieden sein. [...] Ohne diese Exportmöglichkeiten, die Arbeitsbeschaffung im besten Sinne des Wortes darstellen, wäre es um unsere Industrie, aber auch um unsere Landwirtschaft schlimm bestellt.

Dass die schwierigen und komplizierten Verhandlungen besonders in der letzten Verhandlungsetappe in einer freundschaftlichen Atmosphäre haben zu Ende geführt werden können, ist gerade im Hinblick auf unsere weitgehende Abhängigkeit von Gross-Deutschland für unsere Zukunft von besonderer Wichtigkeit. Es ist aber dringend nötig, dass sich unser Land der neuen Sachlage in Europa bewusst wird und sich dazu, wo immer es eine Gelegenheit gibt, auch entsprechend einstellt.»<sup>180</sup> So kam das Dritte Reich in den Genuss von Krediten, Devisen und massiven Lieferungen kriegswichtiger Güter, während die Schweiz die Kohlenzufuhr und die Zahlungen von Zinsen aus Anlagen und Interessen in Deutschland sichern konnte. Der Gesandte in Berlin, Frölicher, beurteilte später in einem Rechenschaftsbericht dieses Abkommen folgendermassen: «Einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der beidseitigen Beziehungen bildete die Wirtschaftsvereinbarung vom August 1940. Die damals auch aus politischen Gründen zur Verfügung gestellten Kredite haben sicherlich viel dazu beigetragen, dass unser Land damals nicht überfallen und unter Zwang in die deutsche Kriegsmaschine eingespant wurde.»<sup>181</sup>

In diesen Tagen fiel ebenfalls der Entscheid für das Réduit. Oberst Germann hatte schon in einem Rapport vom 17. Mai angesichts der Schwächen der Limmat-Stellung die Idee eines Dispositivs in den Voralpen entwickelt. Am 6. Juli stellte Guisan den Kommandanten der Armeekorps und der Flieger- und Flabtruppen diese Pläne vor, entschied sich am 9. Juli für das Réduit und leitete mit dem Operationsbefehl 11 vom 12. Juli die bis zum Frühjahr sich hinziehende Umdisponierung der Armee ein. Die neue Konzeption war keineswegs unumstritten. Die Korpskommandanten Wille und Miescher fanden die Idee gut, Prisi aber führte aus: «Eine Kriegsführung, die nur zum Ziele hat, die Armee durch Bezug eines Refugiums in den Alpen in Sicherheit zu bringen, ist unter den heutigen Umständen direkt sinnlos. [...] Es hat keinen Sinn, Gebirgsstöcke und Gletscher zu verteidigen, wenn das Mittelland mit seinem reichen volkswirtschaftlichen Ertrag samt dem Grossteil des Schweizervolkes kampfflos dem Feinde preisgegeben wird.»<sup>182</sup> Bundesrat Walther Stampfli äusserte sich in einem Brief an Nationalrat Walther ebenfalls sehr kritisch: «Ein Kapitel für sich bildet [...] die neue Konzeption der Landesverteidigung im ‚réduit national‘ die für unser Land m. E. eher eine Erhöhung als eine Verminderung der Gefahr bedeutet. Trotzdem werden ihr Hunderte von Millionen geopfert, und niemand darf etwas dagegen sagen, wenn er nicht als Defaitist an den Schandpranger gestellt werden will.»<sup>183</sup>

Guisan verstand es, aus dem Réduit eine griffige politisch-propagandistische Formel zu schmieden, die vom Volk als Rettungsanker akzeptiert wurde. Der Aufbau dieser psychologischen Stellung begann am 25. Juli, genau einen Monat nach der Radioansprache des Bundesrates. Guisan versammelte über 400 höhere Offiziere auf dem Rütli, einem mythischgeschichtsträchtigen Boden. Einige der höchsten Offiziere, unter ihnen Oberstkörpskommandant Wille, waren absichtlich nicht aufgebeten worden. Der General erläuterte den Offizieren nicht nur die zukünftige militärische Zielsetzung, sondern auch die allgemeine politische Lage. Ein Manuskript, dessen Inhalt aber sehr beschränkt der gehaltenen Rede entspricht, eröffnet dem Historiker ein – vom demokratisch-liberalen Standpunkt aus gesehen – sehr diskutables politisches Gedankengut.<sup>184</sup> Die Rede erregte ausserdem bei den Achsenmächten Anstoss. Ihre Vertreter sprachen am 13. August beim Bundesrat vor und legten Protest ein. Pilet-Golaz übergab darauf den Achsenmächten eine beschwichtigende Erklärung. Der deutsche Gesandte Köcher berichtete nach Berlin: «Der Bundesrat [Pilet-Golaz] schloss mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass der Zwischenfall mit dieser Erklärung erledigt sei und fügte vertraulich hinzu: ‚Ich hoffe, dass der General nun nicht mehr redet.‘»<sup>185</sup>

Bundesrat Etter versuchte ebenfalls zur Neuausrichtung der Aussenpolitik beizutragen und setzte dazu die Presse unter Druck. Es ging insbesondere darum, achsenfreundliche Kommentare zu «bestellen» oder, um ein besonders krasses Beispiel zu nennen, in der Öffentlichkeit Proteste gegen die Überfliegung der Schweiz durch englische Flugzeuge zu entfachen. Karl Weber, der bei der Abteilung Presse und Funkspruch arbeitete, nannte dies «Presselenkung».<sup>186</sup>

Ein letzter, wenn auch nicht realisierter Vorstoss dieser aussenpolitischen Begradigung darf nicht vergessen werden. Am 14. August schlug der General Bundesrat Minger die Entsendung einer «,ambassade' extraordinaire» vor, «qui serait confiée à un homme ‚nouveau‘, lequel serait chargé, auprès du Gouvernement du Führer, de missions temporaires». Guisan dachte an Carl J. Burckhardt. «Sa venue, sa présence», schrieb Guisan weiter, «donneraient au III<sup>e</sup> Reich l'impression qu'il y a quelque chose de nouveau en Suisse, que notre pays est capable de s'affranchir, à l'occasion, d'un certain esprit de routine, lequel paraît aujourd'hui intempestif ou mesquin; en un mot, que nous accomplissons, à l'aube d'une ère nouvelle, un geste tout ensemble réel et symbolique.»<sup>187</sup> Diese Idee beschäftigte eineige Zeit den Bundesrat und andere Kreise, die nach einer Formel

suchten, mit der man das Verhältnis zu Deutschland am besten normalisieren könnte. Offenbar hatte auch alt Bundesrat Musy ähnliches im Sinn, als er am 29. Juli bei der deutschen Botschaft bat, in Berlin von Himmler und Schacht, dem Chef der SS und dem Präsidenten der Reichsbank, empfangen zu werden. Musy erhielt am 17. August grünes Licht; Anfang September begegnete er in Berlin den neuen Herrschern Europas.<sup>188</sup>

In der Westschweiz begann man sich nun zusehends für Vichy-Frankreich zu interessieren. Im *Journal de Genève* begrüßte Guy de Pourtalès das neue Regime, während der Korrespondent in Vichy, Pierre Bernus, die untergegangene Regierung Blum beschuldigte, den Juden zuviel Einfluss eingeräumt zu haben.<sup>189</sup> Durch die positive Würdigung von Pétain in diesem reputierten Blatt entstand der Eindruck, die Zeit der parlamentarischen Demokratie sei, auch für die Schweiz, abgelaufen.

#### 4. AKT: EIN EIDGENÖSSISCHER LANDAMMANN?

Diese Wendung erfreute die helvetische Rechte und die «Erneuerer», die sich in diesen bewegten Monaten erneut aktiv wurden. Am 22. Juni traf sich die Gruppe um den Philologieprofessor Theophil Spoerri und um Philippe Mottu, der unterdessen auch in der Sektion Heer und Haus tätig geworden war. Neben den schon im Februar in Genf anwesenden Personen kamen neu Gonzague de Reynold, Denis de Rougemont, Gottlieb Duttweiler, Jakob Lorenz, Robert Eibel, Walter Allgöwer u.a. hinzu. Am gleichen Tag beklagte sich Oberst Gustav Däniker in einem Brief an Christian Gasser über den «militärischen und staatlichem Diletantismus der letzten Monate», und fünf Tage später schrieb er dem Instruktionsoffizier Walter Allgöwer: «Wir müssen uns endlich klar werden, dass eine neue Zeit angebrochen ist, in die wir uns einzufügen haben. Es geht darum, zu erkennen, welche Aufgabe wir in dieser neuen Welt haben, und diese Aufgabe muss jedermann auch im Ausland einleuchten.»<sup>190</sup>

Gasser war, zusammen mit Spoerri, Mottu, Eibel und de Reynold, einer der Hauptinitianten des Gotthard-Bundes, der am 30. Juni in Bern ins Leben gerufen wurde. Gemäss Notizen Gassers über die Gründungssitzung war beabsichtigt, eine «tragende Volksbewegung mit begeisternden Ideen», ein «Träger der erneuerten Politik des erneuerten Bundesrates» zu schaffen. Gefordert war ebenfalls ein neues, «umstürzendes Wirtschaftsdenken», angelehnt an das deutsche

Vorbild. In einem unveröffentlichten Manifest vom 3. Juli 1940 wird betont, man wolle im Neuen Europa mitarbeiten, ohne aber die schweizerische Souveränität aufzugeben. Kritik galt hingegen der Demokratie westlicher Prägung, der man ein ständestaatliches, föderalistisches Regime entgegenstellte. Konkret forderte der Gotthard-Bund die «Heranziehung neuer Kräfte in den Bundesrat, in die entscheidenden Bundesämter und die heute so wichtigen ausländischen Vertretungen» sowie die «vollständige geistige Umstellung im politischen Denken».<sup>191</sup> Denis de Rougemont, der sich in diesen Tagen eng an Gonzague de Reynold anlehnte, redigierte einen Aufruf an das Schweizer Volk, der Ende Juli in der Presse veröffentlicht wurde. Dort heisst es u.a.: «Der Augenblick, das Neue zu verwirklichen, ist gekommen. Tausende sind bereit. Ihr Zusammenschluss allein verbürgt das Gelingen der Neuordnung.» Im Programm von 1941, der «Eidgenössischen Ordnung», findet sich zudem ein Passus, in dem «die falsch verstandene Gleichberechtigung der Geschlechter» kritisiert wird.<sup>192</sup> Die erste Nummer einer Schriftenreihe des Bundes präsentierte unter dem Titel «La Suisse de toujours et les événements d'aujourd'hui» eine Rede von Gonzague de Reynold, in der zur bekannten Neugestaltung der Schweiz aufgerufen wurde. Ausserdem spendete ein junger Offizier des Nachrichtendienstes, Alfred Ernst, dem Gotthard-Bund 50'000 Franken. Es fällt auf, dass dieser Bund – im Gegensatz zu seiner späteren Selbstdarstellung – deutlich von autoritärem Gedanken gut und der Idee der Neuen Ordnung beherrscht war, zugleich aber dazu aufrief, den Widerstandsgeist zu stärken. Das Konzept des Föderalismus, ein zentraler Programmpunkt, lehnte sich an das antidemokratische Staatsmodell de Reynolds an.

In der Waadt hielt in den Mai- und Junitagen ein ähnlich gesinnter Kreis, die Ligue Vaudoise, ebenfalls nach neuen politischen Ufern Ausschau. Einer ihrer Chefs, Alphonse Morel, verfolgte mit Bewunderung die Erfolge der deutschen Armeen und sah in der Niederlage Frankreichs das Ende der ungeliebten Epoche, die 1789 mit der Französischen Revolution begonnen hatte. Für eine Erneuerung der Schweiz sah die Ligue die Umwandlung des Bundesrates in ein Dreiergremium mit einem Landammann an der Spitze vor. Philipp Etter schien auch ihnen ein geeigneter Kandidat. Die Ligue stand in Kontakt mit Robert Eibel, der am 2. Juli mit Marcel Regamey und Alphonse Morel sowie zwei Vertretern der Jung-Konservativen zusammentraf. Es zeigte sich aber, dass äusser der Idee einer autoritären Staatsführung die gemeinsame politische Basis weitgehend fehlte. Andere Beteiligte, wie etwa Andreas von Sprecher, äusserten sich

über die Möglichkeiten solcher Staatsstreichpläne eher skeptisch, plädierten jedoch für eine Annäherung an die Neue Ordnung Hitlers. Marcel Regamey versuchte mit Hilfe des Nachrichtenchefs Oberst Masson auch die Armeespitze für das Projekt einzuspannen. «Il vous incombe en revanche», schrieb Regamey am 10. Juli an Masson, «de gagner à nos vues vos collègues de l'Etat-major de l'armée, le Général lui-même et quelques officiers supérieurs jouissant d'une certaine influence. Je me permets d'émettre le désir très vif que vous voyiez le plus souvent possible mon associé le colonel Perrier.»<sup>193</sup> Der erwähnte Vertrauensmann der Ligue, Oberst Victor Perrier, war von Frühjahr 1940 bis Mitte 1942 Chef der Abteilung Presse und Funkspruch. Dieser Institution sollte im geplanten autoritären System, in dem keine politischen Parteien mehr zugelassen wären, eine besonders gewichtige Rolle zukommen. Schliesslich sei noch der Kuriosität wegen erwähnt, dass die Chefs der Ligue am 20. Juni Oberst Perrier die Idee übermittelten, die Schweiz solle, von der Niederlage Frankreichs profitierend, Massnahmen zur Besetzung Nordsavoyens treffen.

Bundesrat Etter, der Kronprinz der extremen Rechten für die Rolle eines Landammanns, trug sich in diesen Tagen ebenfalls mit Erneuerungsplänen. Er entwickelte in einem Brief an Gonzague de Reynold vom 15. Juli Ideen zu einer Verfassungsrevision, in deren Zentrum die Schaffung einer starken Zentralregierung stand; das Parlament hätte sich auf die Kontrolle der Regierung und auf das Budgetrecht zu beschränken.<sup>194</sup>

Unter den Frontisten, die sich Ende Juni ebenfalls zu regen begannen, trat die Gruppe um Dr. Max Leo Keller, Ernst Hofmann und den Schriftsteller Jakob Schaffner besonders hervor. Sie gründete die Nationale Bewegung der Schweiz, die im Herbst etwa 2'000 Mitglieder umfasste. In der welschen Schweiz nannte sich die Formation, die aus der Fusion des Mouvement helvétique und des Mouvement populaire suisse entstand, Mouvement national suisse (MNS). Die Ligue Vaudoise versuchte, diese Konkurrenz mit Angeboten zur Zusammenarbeit zu neutralisieren. August Lindt meinte in seinen Erinnerungen, junge waadtländische Offiziere seien dem MNS beigetreten in der Meinung, es handle sich um eine ähnliche Sammlungsbewegung, wie sie sich in Frankreich um Marschall Pétain zu organisieren begann.<sup>195</sup>

Auch die alte Garde der deutschfreundlichen Rechten, die sich schon 1921 im Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz gesammelt hatte, wurde aktiv. Andreas von Sprecher, Sohn des Generalstabschefs des Ersten Weltkriegs und führendes Mitglied des Volksbundes, hatte bereits im Januar 1940 den Bundesrat



ersucht, endlich der Präsenz des Völkerbundes in der Schweiz ein Ende zu bereiten. Ende Juli arbeitete er eine weitere Eingabe aus, die im Führungskreis des Volksbundes diskutiert wurde. Vorgesehen war u.a. die Disziplinierung der Presse und eine Umwandlung des politischen Systems. Dazu der Entwurf von Sprecher: «Die in der Schweiz nicht bodenständigen parlamentarisch-bürokratischen Einrichtungen sind zu beseitigen, um dem überlieferten föderativen Aufbau, der für unser vielgestaltiges Volkstum lebensnotwendig ist, Platz zu machen. Zu diesem Zwecke und um den gegenwärtigen Partei- und Interessenvertretungen im eidgenössischen Parlament ein Ende zu bereiten, ist eine Gesamtrevision der Bundesverfassung durchzuführen.»<sup>196</sup>

Am 25. Juli diskutierten die Volksbündler dieses Projekt und weitere Massnahmen wie die Zensur und die Ersetzung leitender politischer Persönlichkeiten. Zwei Tage später ersuchten sie den Bundesrat telegraphisch um eine Audienz, die ihnen am 1. August von Pilet-Golaz gewährt wurde. Die beim Bundesrat aufkreuzende Delegation setzte sich zusammen aus Hektor Ammann, Andreas von Sprecher, Caspar Jenny, Mitglied des Vororts und Präsident der Mittelpresse, Samuel Haas, Herausgeber der Mittelpresse, und Heinrich Frick, Gymnasialprofessor. Sie breitete ihren Katalog von Forderungen aus und verlangte zusätzlich die Elimination von drei Chefredaktoren bürgerlicher Zeitungen. In höheren politischen Kreisen stiess diese Idee durchaus auf Interesse. Bundesrat Etter dachte daran, eine Körperschaft zu schaffen, die das Recht hätte, unerwünschte Journalisten zu beseitigen. Es dürfte in diesem Zusammenhang nicht ganz uninteressant sein, dass der Presseattaché der deutschen Gesandtschaft, Georg Trump, drei Wochen zuvor versucht hatte, durch eine persönliche Vorsprache beim Verleger der freisinnigen Berner Zeitung *Der Bund* dasselbe Ziel zu erreichen. Aus Berlin, wo am 3. Juli die Ausweisung des NZZ-Korrespondenten Reto Caratsch bekanntgegeben wurde, kamen vom Schweizer Botschafter Frölicher ähnliche Vorschläge. Georg Kreis hat festgehalten, dass in diesen Tagen verschiedenste Kreise der helvetischen Rechten, unterstützt von Vertretern des Dritten Reiches, bei diesen Versuchen einer «Pressebereinigung» am gleichen Strick zogen.<sup>197</sup>

In eben diesen Tagen hatte Bundesrat Etter von Oberstdivisionär Eugen Bircher einen Brief erhalten, in dem u.a. zu lesen ist: «Weder die Erneuerungsbewegungen der ehemaligen Nat. Front, noch des Herrn Consac [sic!] de Reynold, Elefant Duttweiler wird uns dies bringen, nur eine sofortige Totalrevision der Bundesverfassung [...]» Diese Totalrevision, die ein berufsständisches Parlament und

eine autoritäre Staatsführung errichten sollte, stellte Bircher in einer am 1. August veröffentlichten Broschüre vor. «Bircher befand sich», meint sein Biograph, «mit solchen Vorstellungen in der Nähe einer konservativen Revolution».<sup>198</sup> Die Ligue Vaudoise, die sich Ende Juli mit der faschistischen Union Nationale von Genf verbündet hatte, lancierte Anfang August eine ähnliche Ziele verfolgende Kampagne in der Westschweiz.

Und immer noch lagen die Pläne vor, Etter zum Landammann und Chef einer autoritären Eidgenossenschaft zu erküren. Am 20. Juli versuchte Gonzague de Reynold anlässlich der Jahresversammlung des Schweizerischen Studentenvereins in Fribourg diesem Plan zu einem raschen Durchbruch zu verhelfen. Die Einladung de Reynolds war nicht eine Idee der Studenten, sondern der Freiburger Regierungsräte Joseph Piller und Maxime Quartenoud, die auch zum Kreise der katholischen Erneuerer zählten. In Anwesenheit der Bundesräte Celio und Etter rief nun de Reynold die Anwesenden auf, sich an die Neue Ordnung anzupassen und die Regierungsgewalt zu verstärken. Die Rede fand grosse Verbreitung und wurde, wie schon erwähnt, in der Schriftenreihe des Gotthard-Bundes publiziert. Ende August meinte Etter dann in einem Brief an Gonzague de Reynold, es sei nun an der Zeit, «dass der Bundesrat selbst die Führung einer nationalen Erneuerung» an die Hand nehme.<sup>199</sup>

Beenden wir den Überblick über die Ereignisse dieser heissen Sommermonate mit einem letzten Hinweis auf eine Zusammenkunft, bei der ebenfalls viel von der Zukunft der Schweiz die Rede war. Am 29. August versammelten sich im Hause von Dr. Franz Meyer in Zürich etwa fünfzig Herren, darunter Bundesrat Wetter, Oberstkörpskommandant Ulrich Wille, der Industrielle Dr. Fritz Bon sowie Hektor Ammann und Heinrich Frick vom Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz. Bon vertrat in einem Vortrag die Ansicht, die Gelegenheit sei jetzt günstig, um die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, was den anwesenden Vertretern der Wirtschaft wohl durchaus recht war. Wetter konnte, ebenfalls an diesem Abend, dazu gewonnen werden, für die Nationale Bewegung der Schweiz einen Empfang durch den Bundesrat zu organisieren. Und die Volksbündler kamen zur Überzeugung, dass ihre in Diskussion stehenden Forderungen für eine Neue Politik nun möglichst rasch mit einer Eingabe an den Bundesrat gelangen sollten.

Eine ganz andersgeartete, aber ebenfalls auf die Bundespolitik des Sommers 1940 reagierende Bewegung war die sogenannte Offiziersverschwörung. Der

Hauptmann des Nachrichtendienstes Alfred Ernst, sowohl von der Haltung des Bundesrates wie von jener des Generals enttäuscht, organisierte eine geheime Vereinigung mit dem Ziel, unter allen Umständen den bewaffneten Widerstand durchzusetzen. Ein erstes Treffen, getarnt als Rapport des Nachrichtendienstes, fand am 21. Juli in Luzern statt. Am 3. August schon flog die ganze Geschichte auf, da ein Teilnehmer der Luzerner Versammlung seine Vorgesetzten orientiert hatte. Die Hauptverantwortlichen wurden, nach Absprache mit dem General, zu Arreststrafen zwischen 3 und 15 Tagen verurteilt.<sup>200</sup> Die Offiziersverschwörung hatte in der damaligen Innenpolitik kaum eine konkrete Bedeutung, sie zeigt aber, wie weit die Erregung und das Misstrauen in verschiedenen Kreisen schon gediehen war. August Lindt, einer der Organisatoren der Verschwörung, schrieb später: «Wir beide [Lindt und Ernst] hatten kein Vertrauen mehr in die Standfestigkeit des Bundesrates und rechneten mit der schrittweisen, kampflosen Kapitulation der Schweiz.»<sup>201</sup>

## 5. AKT: ERNEuern UND ANPASSEN

Alle diese Erneuerungsinitiativen kamen im September in den Schmelzofen der Bundespolitik. Am 10. September fand der sogenannte Frontistenempfang statt (siehe weiter unten), und Bundesrat Etter präsentierte seine «Richtlinien für die Führung der Innenpolitik». Sechs Tage später beschlossen die Volksbündler, mit einer Eingabe den Bundesrat unter Druck zu setzen. Der Inhalt dieser Petition passte, wie wir heute sehen, durchaus zu den Richtlinien von Etter. Am 21./22. hielt der Gotthard-Bund, zusammen mit der Ligue Vaudoise, seine erste nationale Tagung ab. Und alt Bundesrat Musy war anfangs des Monats in Berlin von Himmler und Schacht empfangen worden.

In der Aussenpolitik konnte ein nicht unbedeutender Erfolg verbucht werden. Dem Bundesrat und den Schweizer Banken gelang es, ein umfassendes Wirtschaftsabkommen mit einem Clearingkredit von 200 Mio. Franken mit Italien abzuschliessen. Der Kredit diente in erster Linie zur Lieferung von Waffen, Aluminium und Werkzeugmaschinen. Der Chef der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, Jean Hotz, schrieb am 6. September in einem längeren Bericht an die Gesandtschaft in Rom, dass «die Zurverfügungstellung der in Frage stehenden beträchtlichen Summe in Italien als eine Geste des schweizeri-

schen Zutrauens und der schweizerischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit in schweren Zeiten gewertet werden soll». <sup>202</sup>

Gegenüber England war die Stimmung weniger wohlwollend. Pilet-Golaz zeigte sich in starkem Masse durch die Grenzverletzungen englischer Flugzeuge verärgert. Der Bericht des Schweizer Gesandten in London, Thurnheer, vom 4. September lässt deutlich erkennen, mit welch heftigen Worten in London protestiert wurde. Thurnheer vergass nicht, auf das Prinzip der bewaffneten Neutralität hinzuweisen, die «sozusagen zum Fleisch und Blut des Schweizer» gehöre. Gleichzeitig versuchte er gegen die englische Blockadepolitik vorzugehen, ein Vorhaben, das angesichts des britischen Willens, den Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen, zunehmend hoffnungsloser wurde. <sup>203</sup>

Am 6. September kam im Bundesrat ein besonders heikles Problem der Beziehungen mit Deutschland zur Sprache. Auf Antrag des Politischen Departements wurde das am 17. Juli 1934 gegen den *Völkischen Beobachter*, das offizielle Organ der NSDAP, erlassene Verbot aufgehoben. Das Protokoll des Bundesrates vermerkt dazu: «La division presse et radio de l'état-major de l'armée affirme n'avoir, de son côté, aucune raison de s'opposer à la vente et à la circulation en Suisse du journal dont il s'agit.» <sup>204</sup> Pilet-Golaz beschäftigte sich in diesen Tagen auch mit innenpolitischen Fragen. Interessant ist diesbezüglich ein Satz aus einem Brief an den General. «Je suis persuadé, personnellement», schrieb Pilet-Golaz am 9. September, «que nous pourrions améliorer sensiblement nos rapports avec notre voisine du Nord si nous pouvions nous débarrasser d'une optique idéologique fâcheuse, d'un ultradémocratie démagogique inspiré du parlementarisme à la française, si mortel pour ce dernier pays.» <sup>205</sup>

Am folgenden Tag, dem 10. September, empfing Pilet-Golaz die Delegation der Nationalen Bewegung der Schweiz, der Ende Juni gegründeten Sammlungsbewegung der extremen Rechten. Pilet-Golaz unterhielt sich anderthalb Stunden mit Dr. Max Leo Keller, Ernst Hofmann und dem Schriftsteller Jakob Schaffner. Ein von Heinrich E. Wechlin, Redaktor am *Berner Tagblatt* und Sekretär von alt Bundesrat Musy, verfasstes Kommuniké gab diesem Empfang ein zusätzliches Gewicht. Markus Feldmann notierte am 12. September im Tagebuch: «Die Schweiz ist möglicherweise soeben in eine Staatskrise eingetreten [...]. Pilet, getreu seinem mit der Rede vom 25. Juni eingeschlagenen ‚Pétain-Kurs‘, ist drauf und dran, nun gleichzeitig aussen- und innenpolitisch die schärfste Krise heraufzubeschwören.» <sup>206</sup>

Diese Septembertage enthielten, betrachtet man insgesamt die verschiedenen Ereignisse, eine gute Portion innenpolitischen Sprengstoff. Beispielsweise trafen sich am 10. September im Schweizerhof in Bern ein Oberst und ein Direktor der Nationalbank mit Vertretern des Schweizerischen Buchhändlerverbandes. Die beiden ersterwähnten Herren gaben sich als Vertrauensmänner der deutschen Botschaft aus und verlangten von den Buchhändlern eine bessere Berücksichtigung der deutschen Sichtweise.<sup>207</sup>

In denselben Tagen machte sich der Bundesrat an eine Neudefinition seiner politischen Richtlinien. Neben der Bestätigung der traditionellen Prinzipien – Unabhängigkeit, Neutralität, Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsfriede – fanden sich auch einige neue Töne. Zur Frage der Wirtschaft heisst es etwa: «Nach aller Voraussicht werden wir gezwungen sein, die Wirtschaft unseres Landes mehr als bisher und mit grösseren Bindungen in den neu zu organisierenden europäischen Wirtschaftsraum einzubauen. Diese Notwendigkeit wird uns voraussichtlich vor zwei nicht leicht zu lösende Probleme stellen; eine gewisse zwangsläufige Anpassung unserer Lebensbedingungen an die in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestehenden Verhältnisse, und eine durch die Natur der Dinge sich aufdrängende Neuordnung und Führung unserer Wirtschaft. [...] Die Wirtschaft von morgen wird nicht mehr die freie Wirtschaft von gestern sein.» Ein anderer neuer Ausblick betraf die Natalität und die Familie: «Wir sind ein sterbendes Volk geworden. Der Klageruf, den Marschall Pétain am Tage des Zusammenbruches über Frankreich erhoben: ‚Trop peu d’enfants‘, gilt leider auch für unser Land.» Zur Pressefreiheit hiess es: «Die Freiheit der Presse soll im Prinzip gewahrt bleiben. Doch erscheint eine vermehrte Disziplinierung, Verantwortung und Verpflichtung der Presse auf das gemeinsame Interesse des Landes unerlässlich.» Es ist zudem die Schaffung einer «Zentralstelle für nationale Propaganda» vorgesehen. Alle diese Änderungen, meinte der Bundesrat, machten eine Totalrevision der Bundesverfassung notwendig, doch seien «die bisher schon gefallenen Vorschläge und Anregungen noch zu wenig reif und auch die Verhältnisse noch zu wenig abgeklärt», als dass man schon heute entscheiden könne. Immerhin verfüge man jetzt schon über eine starke Regierungsgewalt und das Parlament müsse sich in Zukunft auf die Wahlrechte und die Kontrolle des Budgets beschränken.<sup>208</sup> Die politische Kultur dieses Septembers 1940 erscheint uns heute wie ein Alptraum aus Ancien régime und helvetischem Vichy.

Der Bundesrat gab am 11. und 12. September in groben Zügen dieses Programm der Vollmachtenkommission bekannt. Drei Tage später, am 15. September, empfing Pilet-Golaz erneut Max Leo Keller, diesmal bei sich zu Hause. Keller gab Pilet bekannt, dass er nach Berlin fahre und dort vom Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, empfangen werde. Am folgenden Morgen, dem 16. September, begann die Herbstsession. Pilet-Golaz musste sich wegen des Empfangs vom 10. September gleich mit einer vielfältigen Kritik der Parteienvertreter herumschlagen. Obwohl selbst von Rücktritt die Rede war, liess die Uneinigkeit der Parteien den Sturm rasch abflauen.<sup>209</sup> Selbst die Sozialdemokraten, die in der ersten Empörung lauthals Pilets Kopf gefordert hatten, lenkten auf eine moderate Kritik ein.

Die politische Rechte nahm alle diese Zeichen mit Interesse zu Kenntnis. Bircher war überzeugt, eine Neuorganisation des Staatswesens sei unumgänglich. Und Philippe Amiguet, der Herausgeber des *Mois Suisse*, schrieb am 17. September an Oberst Victor Perrier, den Chef der Abteilung Presse und Funkspruch: «Surtout, tordons le cou au libéralisme d'origine anglosaxonne, qui a commis tant de méfaits dans notre pays. Je préfère Machiavel à Vinet.»<sup>210</sup> Der Gotthard-Bund hinwiederum, letztlich auch eine Erneuerungsbewegung, fand sich am 21./22. September zum ersten nationalen Treffen in Magglingen zusammen und nahm dort u.a. die Idee des Landammans auf.

Auch die Volksbündler wollten nun konkret eingreifen. Am 16. September, anlässlich einer Zusammenkunft des engsten Kreises in Basel, entwickelte Andreas von Sprecher die Grundzüge des Entwurfs für die «Eingabe der 200». Am 23. September trafen die Volksbündler zudem auf Schloss Wülflingen Dr. Klaus Gerhard Hügel, SS-Sturmbannführer und Chef des Referats VI beim Sicherheitsdienst in Stuttgart. Hügel, Spezialist in Pressefragen, war schon am 9. November 1939 im Hotel Storchen in Zürich mit Oberst und Bundesrichter Eugen Hasler, dem damaligen Leiter der Abteilung Presse und Funkspruch, zusammengetroffen. Das Politische Departement war über diese Kontakte, bei denen es um die Pressekonflikte mit Deutschland ging, orientiert. Daraus entwickelten sich in den folgenden Jahren eine Reihe gegenseitiger Besuche.<sup>211</sup> Hügel traf sich einige Wochen später auch mit den Vertretern der NBS und versuchte, die frontistischen Gruppen zu einer gemeinsamen Organisation zu verschmelzen. Auch die Wirtschaft wurde über diese Kontakte auf dem Laufenden gehalten. Einer der Teilnehmer der Tagung auf Schloss Wülflingen, der Industrielle und Präsident der *Mittelpresse* Caspar Jenny, erstattete schon am folgenden Tag einen schrift-

lichen Bericht an den Direktor des Vorortes, Heinrich Homberger. Er regte in seinem Schreiben an, der Vorort sollte bei der NZZ und den Basler Nachrichten seinen Einfluss geltend machen, damit endlich geeignete Korrespondenten nach Berlin geschickt würden, so wie dies die *Mittelpresse* mit der Abordnung von Peter Dürrenmatt schon gemacht habe.<sup>212</sup> Die in der Schweiz wohnhaften deutschen Nationalsozialisten verstärkten zudem ihre öffentliche Präsenz. Am 6. Oktober, an der deutschen Erntedankfeier in Zürich, stellte sich Legationsrat Freiherr von Bibra, ein eingefleischter Nazi, offiziell als neuer Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP in der Schweiz vor. Der Bundesrat hatte übrigens zu dieser neuen Leitung sein Einverständnis gegeben.

Die Armeeführung kam im Herbst 1940 ebenfalls in starke Bedrängnis. Die Gerüchte über die von den Deutschen in Frankreich gefundenen Abmachungen Guisans mit der französischen Armeeführung verdichteten sich immer mehr. Frölicher schrieb aus Berlin am 17. September, «dass die in Frankreich gefundenen Dokumente, die unseren Generalstab belasten, zu einer diplomatischen Aktion Anlass geben werden».<sup>213</sup> Oberstkorpskommandant Wille brachte Ende September diese Angelegenheit beim deutschen Botschafter Köcher zur Sprache, wobei er nicht verfehlte, auch einige kritische Bemerkungen über Guisan fallenzulassen.<sup>214</sup>

Im Laufe des Septembers begannen sich auf der andern Seite des politischen Spektrums linksliberale Kreise und Beteiligte der Offiziersverschwörung neu zu organisieren. Am 7. September wurde im Bahnhofbuffet Zürich die Aktion Nationaler Widerstand (ANW) gegründet. An seiner Spitze stand ein Dreiergespann, bestehend aus den Journalisten August Lindt, Ernst von Schenk und dem sozialdemokratischen Zürcher Politiker und Verleger Hans Oprecht. Es entstand eine mehrhundert-köpfige, mehr oder weniger geheime Organisation mit einem internen Informationsdienst. Neben Aufklärung über Nazi-Deutschland sollten in erster Linie die sogenannten Anpasser bekämpft werden. «In dem farbenreichen Mosaik», erklärt August Lindt diesbezüglich, «zusammengesetzt aus Anpassern verschiedenster Auffassungen, war Pilet seines hohen Amtes wegen der gewichtigste Stein. Es galt, den Stein aus dem Mosaik auszubrechen.»<sup>215</sup> Der Historiker Erwin Bucher, der Person Pilet-Golaz eher zugetan, charakterisiert die Aktion folgendermassen: «Wie aus den Quellen hervorgeht, war die ANW auch eine Geheimorganisation der Anhänger Guisans und Gegner Pilets. Dementsprechend hatte sie über ihr landesweites Netz eine unterirdische Propaganda

getrieben, die den Sturz Pilets herbeiführen sollte, was allerdings nicht gelang.»<sup>216</sup> Pilet stolperte aber 1944 über das Problem der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und musste Ende 1944 den Bundesrat verlassen.

Trotz all dieser z.T. konfuse Pläne und Abkommen im Rahmen der «Neuorientierungen» erkannten nicht wenige die konkreten Limiten dieser Politik. Bezeichnend dafür ist etwa die Schlussfolgerung, die Pierre Bonna, Chef des Auswärtigen des Politischen Departements, zog. Er schrieb in einem Brief vom 24. September 1940 an Minister Frölicher in Berlin: «Wir gehen ganz mit Ihnen darin einig, dass die Stellung der Schweiz zwischen den Achsenmächten eine neue Orientierung ihrer aussenpolitischen Beziehungen unerlässlich macht. Diese neue Orientierung wird sich vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft notwendig erweisen und ist übrigens auch schon in Erscheinung getreten. Ebenso werden die Voraussetzungen für einen Austausch der kulturellen Güter, ungeachtet der Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Staatenordnungen, geschaffen werden müssen. Abzulehnen aber ist der Gedanke des freiwilligen Verzichts auf unsere traditionelle Neutralitätspolitik, und wir würden wohl auch in den Augen der Achsenmächte kaum etwas damit gewinnen, wenn wir in allzu rascher Beflissenheit unsere staatliche Existenz ganz von der Politik unserer beiden grossen Nachbarn abhängig machen wollten.»<sup>217</sup>

## 6. AKT: DEMOKRATIE IM ABSEITS

Sowohl für die alten Frontisten wie auch die neuen Faschisten und Nationalsozialisten helvetischer Prägung bildete der Sommer 1940 eine Zeit wilder Hoffnungen. Der *Grenzbote* vom 5. Juli 1940 schrieb: «Wenn es je einmal in der Schweizergeschichte eine Bewegung gab, deren Einsicht und Wollen derart eindeutig vom Ablauf der Ereignisse gerechtfertigt wurde, so ist es die ehemalige Nationale Front. [...] Wir haben recht bekommen in allen wesentlichen Punkten.»<sup>218</sup> Man sollte jedoch den Stellenwert dieser Kreise in den innenpolitischen Kräfteverhältnissen nicht überschätzen. Die Nationale Bewegung der Schweiz (NBS), die sich im Juni 1940 als Sammelbecken der Frontisten gebildet hatte, verdankte ihr politisches Prestige in erster Linie dem Empfang, den Pilet-Golaz ihrer Delegation gewährte. Wichtiger als die frontistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Klüngel, deren Repräsentanten in der Regel weder über ein politisches Profil noch über einen gesellschaftlichen Status verfügten, sind



jene Organisationen, die sich, wie etwa der Gotthard-Bund, an die Stelle der politischen Parteien zu setzen versuchten. Und es wäre ebenfalls falsch, die exaltierten Frontisten den weitaus einflussreicheren Notabein der offiziellen politischen Welt, die sich für die Neue Ordnung interessierten, gleichzusetzen. Die Gefahr für Demokratie und liberale Verfassung ging 1940, im Gegensatz zu 1933, nicht mehr von den Fronten aus, sondern von Bewegungen wie dem Gotthard-Bund, der Ligue Vaudoise oder der Petition der Volksbündler.

Die traditionellen Parteien hatten sich in diesen unruhigen Wochen nicht besonders hervorgetan und beschränkten sich auf ihre passive Rolle in den Vollmachtenkommissionen. Allein der Empfang der Delegation der NBS durch Pilet-Golaz hatte den Freisinn und die Sozialdemokraten zu einer heftigen Reaktion veranlasst. Im Übrigen waren öffentliche Manifestationen, die bekanntlich unter Polizeikontrolle standen, selten geworden. Immerhin führten die Freisinnigen am 19./20. Oktober in Neuenburg einen Parteitag durch. Theodor Gut, Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, trug in seiner programmatischen Rede seine Version der bundesrätlichen Richtlinien vor, erwähnte allerlei mögliche Reformen und übernahm beinahe wörtlich die zentralen Sätze von Bundesrat Etters Botschaft zur Geistigen Landesverteidigung. Gleich eingangs warnte er jedoch, «dass kein Staat ungestraft je seinen Gründungsgedanken untreu werden» dürfe. Gut war aber auch der Ansicht, «dass das Zeitalter des wirtschaftlichen Liberalismus durch die universelle Entwicklung ein Ende gefunden» habe und meinte zur Frage, wie die Schweiz sich in der neuen Lage verhalten solle: «Der Geist weht, wo er will und kennt keine Landesgrenzen; wirtschaftlich stehen wir erst recht innerhalb des Kräftefeldes. Bemerkenswert an der Schweiz war somit nie die Immunität, sondern die Tatsache, dass sie neues Gedankengut und neue Verhältnisse anpassend verarbeitet, neue Lagen meistert und das Pendel nie so weit ausschwingen liess, dass es im Rücklauf – im unvermeidlichen Rücklauf – Zerstörungen anrichtete.»<sup>219</sup>

Die Sozialdemokraten hatten in der Junisession erfolglos vorgeschlagen, den Bundesrat auf neun Sitze zu erweitern und zwei davon durch ihre Vertreter zu besetzen. Dahinter stand die Idee, die bürgerlichen Vertreter, denen man nicht ganz traute, besser kontrollieren zu können.<sup>220</sup> In der ersten Aufregung im September forderten sie, wie schon erwähnt, den Kopf von Pilet-Golaz. Nach diesem Sturm kam Niedergeschlagenheit auf, und man war zufrieden, wenigstens

in den Vollmachtenkommissionen verbleiben zu dürfen. Max Weber, der am 20. Oktober zum Präsidenten der Gewerkschaft Bau und Holz gewählt wurde, warnte zwar oft vor der «Erneuerung», stellte sich aber gleichzeitig, wie die Mehrheit seiner Genossen, voll und ganz hinter die wirtschaftlichen Zielsetzungen des Bundesrates. In einem Vortrag äusserte er vor Vertrauensleuten: «Nun ist ja in letzter Zeit schon da und dort von ‚Anpassung‘ und von ‚Umlernen‘ gesprochen worden. Auch Bundespräsident Pilet hat in seiner Radioansprache solche Töne hören lassen. Doch wir müssen vorsichtig sein. Zunächst müssen wir uns hüten, irgendwelche Umstellungen oder Änderungen vorzunehmen, nur weil das als Mode erscheinen könnte. Wir haben keinen Anlass, unsere bewährten demokratischen und freiheitlichen Einrichtungen zu ändern, sondern gerade sie wollen wir ja verteidigen.» Und am Schluss fasste er zusammen: «Mit den erwähnten drei Forderungen: Recht auf Arbeit, Recht auf Existenz, planmässige Organisation der Wirtschaft, habe ich nur einige grundsätzliche Forderungen gestellt.»<sup>221</sup>

Der radikale Polemiker der Sozialdemokraten, Walther Bringolf, machte zwar ebenfalls gegen Pilet-Golaz mobil, verhielt sich in der Vollmachtenkommission aber eher zurückhaltend.<sup>222</sup> Robert Grimm hinwiederum, einer der grossen Tenöre der Sozialdemokraten, war seit 1938 bernischer Regierungsrat und seit Kriegsbeginn Chef der kriegswirtschaftlichen Abteilung Kraft und Wärme. Angesichts des zweiten Kriegswinters und den Problemen der Versorgung der Schweiz mit Kohle beschränkte Grimm seine politische Aktivität auf Artikel in der *Tagwacht* und die Sitzungen im Bundeshaus. Ähnlich erging es auch andern sozialdemokratischen Notabeln. Ausserdem machten der SPS Duttweilers Unabhängige mit ihren populären sozialpolitischen Schlagworten das Feld der traditionellen linken Wählerschaft streitig.

Der Rechtstrend der Katholisch-Konservativen, die auch aussenpolitische Neuorientierungen vorschlugen, schwächte weiter die Verteidigung freiheitlich-demokratischer Werte. Am 13. November 1940 schrieb Nationalrat Heinrich Walther, der mächtige Chef der katholisch-konservativen Fraktion, es müsse unter allen Umständen ein besseres Verhältnis zu Deutschland hergestellt werden. Er empfahl, ETH-Professor Eugen Böhler, der als deutschfreundlich galt, vermehrt zur Mitarbeit in Bern beizuziehen. Wirtschaftskreise stiessen in dieselbe Richtung: Ernst Dübi, Direktor der Von Roll, schrieb an Bundesrat Stampfli, man solle unverzüglich in das Waffengeschäft mit Deutschland einsteigen und einen Auftrag der Maschinenfabrik Oerlikon mit einem Bundeskredit von 300 Mio. Franken unterstützen.<sup>223</sup>

Neben den traditionellen Parteien versuchten nun insbesondere die ausserparlamentarischen Bewegungen der Rechten aus den Ereignissen der ersten Herbstwochen ihren Aktionskreis zu erweitern. So knüpfte der Herausgeber des *Mois Suisse*, Philippe Amiguet, Kontakte mit der Nationalen Bewegung der Schweiz und ihrem welschen Ableger. Im *Mois Suisse* spielte zudem der rechtsradikale Journalist Paul Gentizon, ein enger Vertrauter von alt Bundesrat Musy, eine führende Rolle. Die Zeitschrift provozierte nun sogar mit einem «L'Europe de demain» betitelten Artikel die Zensur. Das Sprachrohr der Westschweizer Rechten rief offen zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern Europas auf: «Certes, les nations, les pays européens, doivent conserver leur individualité. Ils doivent subsister. Mais soyons persuadés une fois pour toutes qu'ils ne le peuvent que dans l'entente et la collaboration. Travaillons dans ce sens.» Dieser Artikel löste eine heftige Kritik der liberalen und linken Presse aus. Etter, der dem *Mois Suisse* für 1940 eine Subvention von 6'000 Franken verschafft hatte, musste dem öffentlichen Druck nachgeben und auf eine Erneuerung des finanziellen Zuschusses verzichten. Italien und Deutschland übernahmen darauf die Finanzierung der Monatsschrift, deren Auflage kurzfristig einen Höchststand von 9'000 Exemplaren erreichte.<sup>224</sup>

Ebenfalls eine rege Aktivität entwickelten die Volksbündler und der Gotthard-Bund. Letzterer konstituierte sich definitiv am 4. November in Zürich. Die zwispältigen, auf Erneuerung, Autorität und Mitarbeit im Neuen Europa ausgerichteten Zielsetzungen dominierten immer noch. Es ist bezeichnend für den politischen Charakter dieser Vereinigung, dass man ernsthaft über einen Artikel der Statuten diskutierte, der Juden und Freimaurer von der Mitgliedschaft ausschliessen wollte.<sup>225</sup> Die Hauptinitianten des Volksbundes wiederum, Andreas von Sprecher, Hektor Ammann und Heinrich Frick, sammelten nun Unterschriften für ihre geplante Eingabe an den Bundesrat, die als «Petition der 200» in die Geschichte einging. Insgesamt 173 Persönlichkeiten unterzeichneten schliesslich die Eingabe. Es handelte sich um einen durchaus repräsentativen Querschnitt durch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite der Schweiz.<sup>226</sup> Achtzig der Unterzeichner waren aktive Offiziere, davon 14 Obersten. General Guisan erhielt im April 1941 von einem der Initianten die Petition ebenfalls zugestellt. In seinem Antwortschreiben distanzierte er sich in keiner Weise von den Zielen der Eingabe und stimmte im Gegenteil den vorgebrachten Ideen zur Pressekontrolle zu. Am 9. November, also zur Zeit der Vorbereitung der Eingabe, plädierte Guisan einmal mehr bei Pilet-Golaz für die Entsendung einer

Sondermission nach Berlin, und wenige Tage später gelangte er erneut mit der Idee einer Militärmission, diesmal unter Leitung von Oberstdivisionär Bircher, an Bundesrat Minger.<sup>227</sup>

Die Petition der 173, datiert vom 15. November 1940, wurde nun dem Bundesrat zugestellt. Um die «Freiheit» zu bewahren, sollten gemäss den Volksbündlern folgende Massnahmen getroffen werden: Ausschaltung von nicht genehmen Journalisten und Ausmerzung von gewissen Presseorganen, straffe Überwachung der Schweizerischen Depeschenagentur, Entfernung von politisch belasteten Beamten – gedacht wurde insbesondere an Robert Grimm –, sorgfältige Pflege der kulturellen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und Auflösung des Völkerbundssekretariats in Genf. Zieht man die weltanschauliche Grundeinstellung der Initianten in Betracht, so handelte es sich um ein eindeutig antidemokratisches, Nazi-Deutschland gefälliges Programm. Anstelle darauf eine gebührende Antwort zu erteilen, zog es der Bundesrat vor, das Programm stillschweigend zur Seite zu legen.<sup>228</sup> Da sich in der Öffentlichkeit über die Initianten und deren Vorstoss zahlreiche Informationen und Gerüchte verbreiteten, musste das bundesrätliche Verhalten von vielen als stillschweigende Zustimmung zu diesem Programm empfunden werden. Am selben 15. November schrieb auch Oberstdivisionär Eugen Bircher einen Brief an Bundesrat Minger, in dem er u.a. von den «staatsgefährlichen Umtrieben der sozialdemokratischen Führer» sprach. Bekanntlich plädierte Bircher seit August 1940 offen für eine Totalrevision der Bundesverfassung und die Einführung einer autoritären Regierung.<sup>229</sup> Bundesrat Etter hinwiederum versuchte, seine schon im Juli entwickelten Pläne zur Entmachtung des Parlaments mit der Schaffung einer Konferenz der kantonalen Landammänner Vorschub zu leisten.<sup>230</sup>

Zu diesen Vorstössen der Rechten ist auch das neue politische Programm des Waadtländer Freisinns vom November 1940 zu zählen. Es forderte ein korporatistisches Parlament mit stark eingeschränkten politischen Befugnissen, die Aufhebung des Proporz und die Schaffung eines mit beträchtlichen Kompetenzen versehenen Landammanns. Der Parteipräsident Henry Vallotton propagierte dieses an Vichy gemahnende Erneuerungsprogramm in einer populären Broschüre mit dem Titel «La Suisse de demain».<sup>231</sup>

Es erstaunt nicht, dass in diesen Tagen auch die Regierungsmehrheit Zeichen von Zerfall zeigte. Bundesrat Rudolf Minger, Chef des Militärdepartements, hatte seit dem Sommer privat Rücktrittsabsichten geäussert. Am 8. November dann gab er seine Demission bekannt, und der freisinnige Bundesrat Johannes

Baumann fasste denselben Entschluss. Baumann galt als farbloser Bundesrat, und sein Entschluss warf keine grossen Wellen. Immerhin hatte er als Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements die Staatsschutzmassnahmen wesentlich verschärft und Rothmunds restriktive Flüchtlingspolitik vorbehaltlos mitgetragen.

Für das politische Wahlspiel mit seinen Regeln und Beschränkungen – dass z.B. kein Kanton mehr als einen Bundesrat stellen darf – eröffnete eine Zweiervakanz bessere Kombinationsmöglichkeiten. Im Vorfeld der Ersatzwahlen tauchten Gerüchte auf, der Rücktritt der beiden Magistraten habe sich aufgedrängt, um deutschfreundlichen und autoritären Kräften den Weg in den Bundesrat frei zu machen. Markus Feldmann, BGB-Nationalrat und damals schon als Bundesratskandidat gehandelt, notierte in seinem Tagebuch folgende Worte Mingers: «Für die Ersatzwahlen müssten zwei Gesichtspunkte massgebend sein: Vertrauen des Volkes und gute Aufnahme bei den Achsenmächten. Die letzte Ersatzwahl (Stampfli) sei draussen nicht gut aufgenommen worden. Bei der nächsten Ersatzwahl müsse man mehr auf die gute Stimmung in Berlin Rücksicht nehmen, die für die Existenz der Schweiz in der nächsten Zeit notwendig sei.»<sup>232</sup> Hinzu kam, dass der Gotthard-Bund die Bundesratswahlen propagandistisch zu benutzen versuchte. Er brachte als Kandidaten Friedrich Traugott Wahlen ins Spiel, der sich eben mit der Idee des Anbauplanes in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht hatte.

Einzelnen Magistraten bereiteten diese Krise des politischen Systems und die Zerfahrenheit des Bundesrats schwere Sorgen. Bundesrat Stampfli schrieb am 17. November an Nationalrat Heinrich Walther: «Trotz der schönen Vollmachten ist der Bundesrat machtlos, weil die angestrebte Zusammenarbeit zwischen den sein Fundament bildenden Parteien über einen untauglichen Versuch nicht hinausgekommen ist. Untätig sieht man den gesteigerten Aktionen des Gotthardbundes und der Erneuerungsbewegungen zu, bis Tausende und Tausende von guten Eidgenossen sich kopfscheu machen lassen und von den alten Parteien abwenden. Was werden wir dieser Unterhöhnung einmal entgegensetzen können, wenn die unvermeidlichen wirtschaftlichen Repressionen des Blockadekriegs sich in ihrem vollen Ausmasse einer Massenarbeitslosigkeit geltend machen?»<sup>233</sup> Die Antwort der Bundesversammlung war nicht beruhigend: Am 10. Dezember wurde der stockkonservative Eduard von Steiger von der BGB, der den Volksbündlern nahestand, zum Nachfolger Mingers gewählt. Bei der Auswahl der Kandidaten war auch von Markus Feldmann die Rede gewesen. Dieser

galt jedoch in Berlin als *persona non grata*. «La candidature de Feldmann», schrieb am 7. Dezember das *Journal de Genève*, «signifie la guerre avec l'Allemagne – c'est une déclaration autorisée.» Für Baumann gelangte der freisinnige St. Galler Karl Kobelt in den Bundesrat, wo ihm das Militärdepartement zufiel. General Guisan versuchte hinter den Kulissen diese Wahl zu sabotieren, da er in Kobelt einen Parteigänger des entlassenen Generalstabschefs Labhart sah. Der welsche Bundeshauskorrespondent Pierre Béguin, ein Bewunderer Guisans, äusserte später über Kobelt: «Il ne fit pas toujours bien son métier, tant il est vrai qu'il fut plus préoccupé de limiter les prérogatives naturelles du général que de faciliter la tâche de ce dernier.»<sup>234</sup> Wie dem auch sei, das Verhältnis zwischen Guisan und Kobelt, der von den Machenschaften des Generals Kenntnis hatte, stand von Anfang an auf denkbar schlechter Grundlage.<sup>235</sup> Die Bundesratswahlen vom Dezember 1940 verbesserten in keiner Weise die Funktion der politischen und militärischen Führung. Der Gesamtbundesrat wurde noch rechtslastiger und, bezogen auf die politische Repräsentation, noch ungleichgewichtiger. Die welsche Schweiz war mit nur einem und zudem noch sehr umstrittenen Bundesrat vertreten.

Zum politischen Klima am Ende des Jahres 1940 sind noch einige besondere Massnahmen des Bundesrates zu zählen, an erster Stelle das Verbot der Nationalen Bewegung der Schweiz. In der Öffentlichkeit hatte diese nazifreundliche Organisation, deren Führer sich am 10. Oktober in München mit Klaus Hügel getroffen hatten, schon grossen Ärger erregt. Bundesanwalt Stämpfli versuchte ebenfalls, den Bundesrat zum Eingreifen zu veranlassen. So blieb der Landesregierung nichts anderes übrig, als die NBS und verwandte Organisationen zu verbieten. Dies erfolgte am 18. November. Acht Tage später löste er dann auch, in einem Akt des Ausgleichs und wohl auch zur Beruhigung Deutschlands, die ohnehin schon aktionsunfähige Kommunistische Partei und ihr verwandte Organisationen auf. Weitere, nicht zuletzt für Deutschland bestimmte Gefälligkeitsgesetze folgten. So beschloss der Bundesrat am 16. November im Einvernehmen mit dem General die allgemeine Verdunkelung, eine von den Deutschen geforderte Massnahme, womit die Orientierung der englischen Nachtbomber erschwert werden sollte. Damit wurde aber auch das Risiko irrtümlicher Bombardierungen grösser. In der Nacht auf den 17. Dezember fielen englische Bomben auf Basel, vier Personen kamen ums Leben.

Ein letzter Eklat der hohen Politik in Bern war für den letzten Tag des Jahres 1940 vorgesehen. Es ging einmal mehr um die geheimen Abmachungen Guisans

mit der französischen Armeeführung, die den Deutschen in Frankreich in die Hände gefallen waren. Korpskommandant Wille erhielt aus direkter deutscher Quelle neueste Informationen über den Empfang dieser Dokumente in Berlin. Für Wille ergab sich damit eine Gelegenheit, Guisan definitiv auszuschalten. Er liess seine Informationen, Oberst Däniker als Vermittlungsperson einsetzend, Pilet-Golaz zukommen, der darauf den General auf den 31. Dezember zu sich rief. Guisan versuchte die Angelegenheit zu vertuschen. Er schrieb sogar gleichentags in einem kurzen Brief an Pilet: «Me référant à notre entretien de ce matin, je vous confirme que je n'ai passé aucune convention militaire quelconque avec n'importe quelle Puissance étrangère.»<sup>236</sup> Das war, auch wenn die Worte «passé aucune convention militaire» spitzfindig und zweideutig ausgelegt werden konnten, eine glatte Lüge.

### POST SKRIPTUM 3

Der Historiker Roland Ruffieux gab dem Kapitel seiner Schweizergeschichte zum Jahr 1940 die Überschrift «L'année terrible», und bei andern Autoren findet sich nicht selten das Wort Krise. Es war in der Tat eine Zeit der Erodierung der demokratischen Werte, des teilweisen Verstummens der traditionellen politischen Parteien und der Feudalisierung der Machtstruktur durch Clans der helvetischen Rechten. Kleine Vögte, eine helvetische Form der Führer, von denen nur einige in diesem Kapitel in Erscheinung traten, versuchten sich politische Gaue zu schaffen. Dies führte zu einer Segmentierung der kollektiven Akteure, die sich z.T. in Bewegungen, Bündnen und privaten Netzwerken, z.T. aber auch in der Armee oder der Administration organisierten. Selbst der Bundesrat war gespalten. Es gab letztlich nur eine kohärent zentrale Machtstruktur, das Volkswirtschaftsdepartement und die ihr angegliederte Ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen. Sie sicherte die für das Land wesentliche Entscheidungsleistung – allerdings unter weitestgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit. Letztere wurde umso mehr durch die Präsenz und die Propaganda von Armee und General eingenommen. Zwar versuchten die Bundesräte Etter und Pilet-Golaz ebenfalls, in der Öffentlichkeit Fuss zu fassen. Sie stiessen jedoch, aus verschiedensten Gründen, auf ein beträchtliches Misstrauen. Doch dies war nicht nur die Folge der kriegsbedingten unsicheren Lage. Das Jahr 1940 brachte in der

Schweiz nur an den Tag, was in der Zwischenkriegszeit die meisten Staaten erfasst hatte: die Krise des Liberalismus und der Verlust des Glaubens an die parlamentarische und repräsentative Demokratie.

Dass der schweizerische Staat weder der schleichenden Erosion der politischen Kultur noch dem Ansturm der Rechten zum Opfer fiel, hat verschiedene Gründe. Zu nennen wäre etwa die traditionelle Trägheit des politischen Systems, die oft auf persönlichen Animositäten beruhenden Konflikte der wichtigsten Akteure – Pilet und Guisan bilden nur die Spitze des Eisbergs – und schliesslich ein, wenn oft auch nur latenter, Widerstandsgeist im Volk, den die Sozialdemokraten und die demokratischen Kräfte des Bürgertums wachzuhalten versuchten. Entscheidend aber war letztlich, dass die Arrangements mit der Achse eine reelle materielle Perspektive schufen, mit der die Existenz im Krieg nicht nur als einigermaßen gesichert, sondern für Einzelne sogar als lukrativ erschien. Da waren politische Experimente nicht sehr gefragt. So zog sich die Politik in das Schneckenhaus in Bern und die Armee in die Kälte der Berge zurück. Die Bevölkerung, von den unmittelbaren täglichen Sorgen stark belastet, stand dem eher stumm gegenüber. Es kam vereinzelt zu Missfallenskundgebungen, die zeigten, dass das Volk trotz kriegsbedingter Disziplin keineswegs blind der zivilen und militärischen Führung zu folgen bereit war. So wurde etwa am 1. Dezember 1940 ein Gesetz über den obligatorischen militärischen Vorunterricht mit 434'000 gegen 345'000 Stimmen verworfen. Der grössere Teil des Volkes, vor allem jene, die nicht im Wohlstand lebten, war von Alltagsorgen überwältigt. Dies zeigte sich schon im Herbst 1939, als kleinste Gerüchte über die Versorgung zu wilden Hamsterkäufen führten. Doch trotz der kriegsbedingten Einschränkungen erfreuten sich Tanzveranstaltungen und vor allem Kinos einer regelmässigen Beliebtheit – auch eine Form von Widerstand der Bevölkerung gegen die kulturellen und politischen Disziplinierungsversuche.

In der Geschichtsschreibung wird der Frage, warum Deutschland die Schweiz nicht besetzt habe, immer noch grosse Bedeutung zugemessen. Aus einer rein militärischen, aber begrenzten Optik kann man sogar etwelche Momente ernsthafter Gefahr konstruieren.<sup>237</sup> Es besteht gewiss kein Zweifel, dass in Kriegphasen wie jener des Sommers 1940 ein militärischer Gewaltakt nicht auszuschliessen war. Betrachtet man jedoch das schweizerisch-deutsche Verhältnis in seiner gesamten Entwicklung, so erscheint die Option Besetzung der Schweiz sehr unwahrscheinlich – eine Ansicht, die auch von Bundesrat und General ge-



teilt wurde. Deutschland sah in der Schweiz in erster Linie ein effizienter und kooperationsfähiger Wirtschaftspartner mit einem leistungsfähigen Kreditapparat, der zudem den Vorteil einer relativ grossen Autonomie gegenüber den Grossmächten hatte. Gerade dieser Punkt war nicht unwichtig, da selbst Nazi-Deutschland auf dem Höhepunkt der Macht zumindest im monetären Bereich auf eine «neutrale» Vermittlungsstelle angewiesen war. Diese Rolle der Schweiz war schon vom wilhelminischen Kaiserreich wie auch von der Republik von Weimar wahrgenommen worden; das Dritte Reich führte diese Tradition fort. Eine Besetzung der Schweiz hätte, betrachtet man die wirtschaftlichen und politischen Strategien, Deutschland mehr Nach- als Vorteile gebracht. Die Industrie hätte in einem Besetzungsregime kaum wesentlich bessere und vor allem keine kriegsentscheidenden Leistungen erbracht. Eine direkte Kontrolle des Alpentransits wäre von den Alliierten mit Bombardierungen beantwortet worden. Dies hätte nicht nur den permanenten Einsatz umfangreicher Kräfte – das Beispiel des Brenners zeigte dies deutlich – erfordert, sondern auch die Sicherheit und Berechenbarkeit der Transporte gefährdet. Die Gefahr der Bombardierung galt auch für die Industrie, und die gewalttätige Einvernahme des Finanzplatzes schliesslich hätte Deutschland nicht nur wenig genützt, sondern entscheidend geschadet. Der letzte einigermassen leistungsfähige Umschlagplatz für freie Devisen wäre verlorengegangen. Nach einer Konfiszierung des schweizerischen Vermögens wäre der Schweizer Franken von den Alliierten gesperrt und für Deutschland wertlos gemacht worden. Dasselbe wäre mit dem Gold der Nationalbank, das übrigens zu vier Fünfteln in den USA und England lag, geschehen. Und das von Deutschland in den besetzten Ländern geraubte Gold wäre, ohne Vermittlung der Nationalbank, wertlos in den Tresoren der Reichsbank liegen geblieben.

So wurde die Schweiz, wie schon im Ersten Weltkrieg, in erster Linie als mehr oder weniger kooperationswillige Komponente der Kriegswirtschaft und der Kreditschöpfung in die Kriegsstrategie einbezogen. Neben diesen Leistungen benutzten zudem sowohl das Dritte Reich wie die Alliierten die Schweiz als Umschlagplatz für aussergewöhnliche Geschäfte, Nachrichten und humanitäre Dienstleistungen. Eine Besetzung hätte insgesamt überhaupt keine Vorteile gebracht. Die Bedingung war natürlich, dass die Schweiz von ihrem relativen politischen und geistigen «Freiraum» nicht ungebührlich Gebrauch machte.

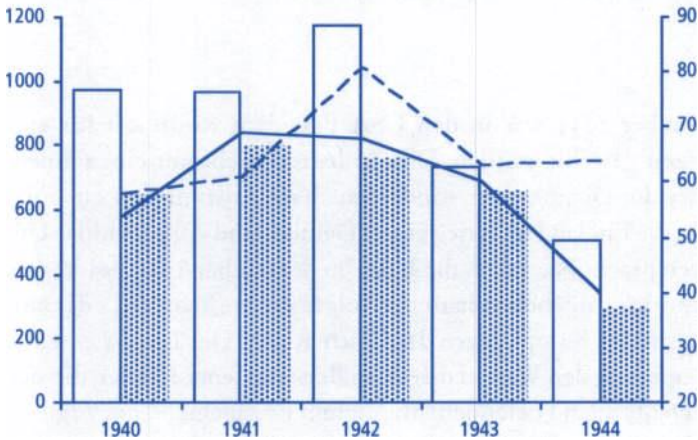
## 4. KRIEGSWIRTSCHAFT, VOLLBESCHÄFTIGUNG UND NEUE ORDNUNG (1940-1943)

Anfang November 1939 war in den USA Präsident Roosevelt für eine weitere Amtszeit gewählt worden. Dies bedeutete nicht nur einen innenpolitischen Sieg der Demokraten, sondern auch die Zustimmung zur einer Aussenpolitik, die England im Krieg gegen Deutschland vorbehaltlose Unterstützung versprach. Nachdem die USA im September 1939 das Verbot des Waffenexportes aufgehoben hatten, erfolgte am 11. März 1941 der entscheidende Schritt im Kampf gegen das Dritte Reich. Der *Lend-Lease Act* öffnete der Regierung den Weg zu direktem Beistand jener Länder, die sich im Krieg mit Deutschland befanden. Mit diesem Engagement, das zugleich die Wirtschaft massiv belebte, wurde die grösste industrielle Macht zum, wie es Roosevelt ausdrückte, «Arsenal der Demokratie». Als Jean Rudolf von Salis schrieb, die Gemeinsamkeit des Ideals der Freiheit, der Demokratie und «der Würde der menschlichen Persönlichkeit» hätten die USA an die Seite Englands geführt, strich die schweizerische Zensur den letzten (hier zitierten) Teil des Satzes aus dem Manuskript.<sup>238</sup>

Die Atlantik-Charta vom 14. August 1941 gab der militärischen Zusammenarbeit eine politische, auf Freiheitsrechte abgestützte Grundlage, die in der Folge noch 15 weitere Nationen unterschrieben. Am 8. Dezember 1941, einem Tag nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor, traten die USA in den Krieg ein. Am 11. Dezember antworteten Deutschland und Italien ihrerseits mit einer Kriegserklärung an die USA. Damit war der Weltkrieg auch formell Realität geworden.

Im Sommer 1940 hatte Hitler versucht, mit einer breiten Luftoffensive England niederzuringen. Doch die Piloten der Royal Air Force und die britischen Flugzeugwerke konnten nicht bezwungen werden. Die Deutschen mussten die Luftschlacht über England Mitte September abbrechen. Im Übrigen hatte Hitler schon Anfang Juli 1940 die Planungen für den Feldzug gegen die Sowjetunion, zuerst vorgesehen für Herbst 1940, in Auftrag gegeben. Am 18. Dezember 1940 erging schliesslich die entscheidende Weisung für den «Fall Barbarossa», d.h. die Eroberung des Ostens, die am 22. Juni 1941 mit dem Angriff auf Russland ausgelöst wurde. Mit diesem Entscheid wuchs die Gewissheit, dass, trotz rascher Anfangserfolge, Deutschland den Krieg nun kaum mehr gewinnen konnte. In

Graphik 6: Aussenhandel mit den Achsenmächten 1940-1944



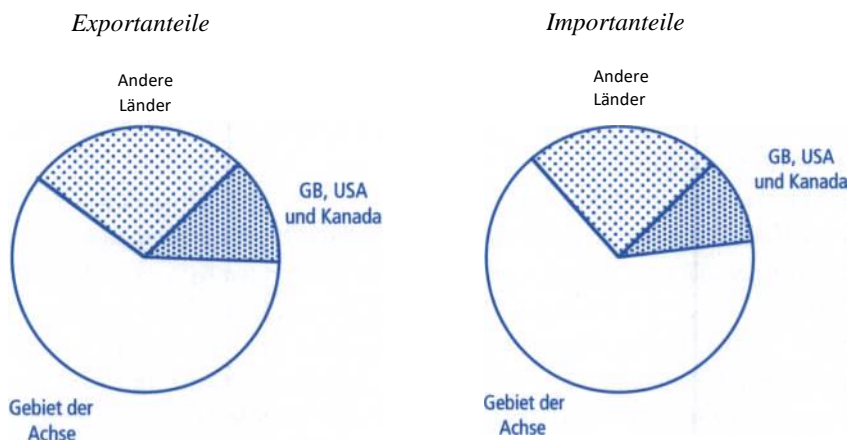
Importe aus (linke Kolonne) und Exporte (rechte Kolonne) nach den von den Achsenmächten kontrollierten Ländern (Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Baltikum, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien) in Mio. Franken zu Preisen von 1938 (linke Skala) sowie prozentualer Anteil (rechte Skala) am gesamten Import (unterbrochene Linie) und Export (ausgezogene Linie).

Quelle: Tanner, *Bundshaushalt*, 418.

den ersten Monaten des Jahres 1941 war diese Einsicht noch kaum vorhanden gewesen, hatten doch die Achsenmächte in Nordafrika umfassende Operationen ausgelöst und im April den Balkan und Griechenland erobert. Europa stand damit unter beinahe totaler deutscher Herrschaft. Die Operationen in Afrika und im Balkan hatten die Schweiz, mit dem Gotthard- und Lötschbergtunnel als leistungsstarken Transitlinien, den Achsenmächten noch nähergebracht. Als im November 1942 amerikanische Truppen in Nordafrika landeten, drangen die Deutschen auch in den unbesetzten Teil Frankreichs ein. Damit war die Schweiz vollständig von den Achsenmächten umschlossen.

1943 setzte langsam die Wende ein. Im Januar kapitulierten die Deutschen vor Stalingrad, im August setzten sich die Alliierten auf Sizilien fest, am 6. Juni 1944 erfolgte die Landung in der Normandie, und Anfang September standen alliierte Truppen an der Juragrenze.

Graphik 7: Export- und Importanteile der Achsenmächte und der Alliierten 1940-1944



## AUSSENHANDEL UND KRIEGSWIRTSCHAFT

Wenn das Jahr 1940 zwar politisch sehr zerfahren und krisenanfällig gewesen war, so bedeutete dies keineswegs, dass jedweiche Leitlinien und Grundstrukturen gefehlt hätten. Nach der Niederlage Frankreichs brachte der Handelsvertrag mit Deutschland vom 9. August 1940 nicht nur Beruhigung, sondern geradezu Zuversicht, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Natürlich konnte kein Wirtschaftswachstum erwartet werden, aber die Beibehaltung des Niveaus von 1938/39 muss als Erfolg betrachtet werden. Jedenfalls verbesserten sich zwischen 1938 und 1941 die Unternehmungsgewinne um 6% und die Einkommen der Landwirtschaft um 37%; die Löhne der Angestellten und Arbeiter gingen allerdings um 6% zurück. Das hohe Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit hätte ohne den Aussenhandel nicht gehalten werden können.

Trotzdem war nicht zu vermeiden, dass die Handelsbeziehungen, vor allem des Wirtschaftskriegs wegen, schrumpften. Die Exportwerte sanken 1941, immer auf 1938 bezogen, real um gut einen Achtel; die Importwerte hingegen blieben beinahe konstant. Entscheidend war in diesen dramatischen Kriegsmonaten die rasche Ausrichtung auf den von der Achse beherrschten Wirtschaftsraum (s. Graphik 6). Zwischen 1939 und 1941 stiegen die Exporte nach Deutschland um

170%, nach Italien um 80%; nach Spanien erreichten sie gar den dreifachen Wert als bei Kriegsausbruch. Für dieselbe Zeitspanne stiegen die Importe aus Deutschland um rund 20, aus Italien um 44%. 1941 gingen 69% der schweizerischen Exporte in den von den Achsenmächten beherrschten Wirtschaftsraum, und 61% der Importe stammten aus diesem Gebiet. Einzelne Länder, wie etwa Rumänien, spielten neben Deutschland eine nicht unwichtige Rolle, die noch näher zu untersuchen wäre.

Betrachtet man die Jahre von 1940 bis 1944, so gingen, trotz des raschen Zerfalls des Handels im Jahr 1944, insgesamt 59% der Exporte in den Raum der Achsenmächte und aus demselben Raum stammten 65% der Importe. Demgegenüber war der Aussenhandel mit England, den USA und Kanada, d.h. den drei grössten westlichen Kräften der Gegner der Achse, bedeutend bescheidener; er umfasste nur 13% des Exports und 11% des Imports (s. Graphik 7). Auch der kürzlich von Neville R. Wylie erforschte, vom Ministry of Economic Warfare organisierte geheime Handel vermag diesen Anteil nicht wesentlich zu erhöhen.<sup>239</sup>

1942 war diese Verteilung des Aussenhandels noch unausgeglichener: 68% der Exporte und 81% der Importe erfolgten im Wirtschaftsraum der Achse, während die Exporte in die drei alliierten Länder auf 9% gesunken waren. Für die Lieferung kriegswichtiger Güter (Waffen, Munition, Präzisionsinstrumente) ergibt sich, je nach Zeitabschnitt, ein noch extremeres Bild. 1941 bis 1943 gingen für 1,1 Mia. Franken Güter dieser Kategorie ins Dritte Reich. England bezog hingegen in derselben Periode für nur 0,2 Mio. Franken kriegswichtiges Material. Von 1940 bis 1944 betrug die Exporte in den Raum der Achsenmächte über 4 Mia. Franken. Diese Summe entsprach einem Drittel des jährlichen Volkseinkommens; heute wäre dies ein Betrag von über 100 Mia. Franken. Wichtig waren ebenfalls die Stromlieferungen, die gut 10% der schweizerischen Produktion beanspruchten.<sup>240</sup> Man muss solche Zahlen, selbst wenn sie nur einen groben Einblick vermitteln, in Betracht ziehen, will man die Eindrücke und möglicherweise auch moralischen Einschätzungen der damals Beteiligten, vor allem der Engländer und Amerikaner, besser verstehen.

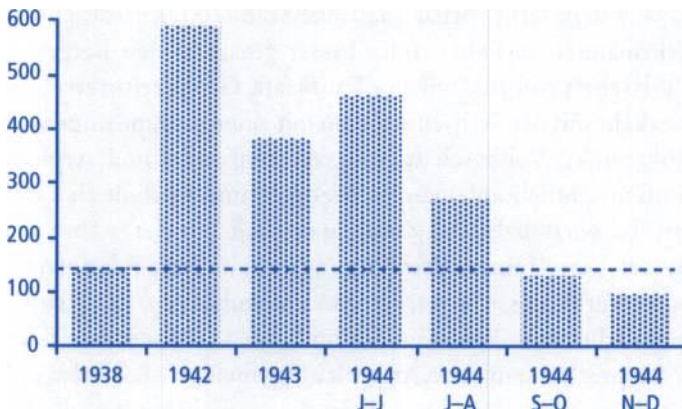
Im Zusammenhang mit der Eingliederung der Schweiz in den Wirtschaftsraum der Achse sollten auch gewisse charakteristische Zusammenhänge der Binnenwirtschaft diskutiert werden. Die Arbeitslosigkeit war von 65'000 im Jahr 1938 auf 10'000 im Jahr 1942 gefallen. Gleichzeitig reduzierte sich auch die Zahl der vom Militär aufgebotenen Soldaten auf 90'000 Mann, den tiefsten Wert der Jah-

re 1940-1944; lässt man die Monate November und Dezember 1942 unberücksichtigt, so ging diese Zahl sogar auf 78'000 Mann zurück. Dank dem seit Februar 1940 ausbezahlten Dienstpflichtersatz für die Wehrmänner im Feld – oder besser gesagt in den Bergen – profitierte die Wirtschaft von zusätzlicher Kaufkraft. Gleichzeitig erreichte der Handelsverkehr mit den Achsenmächten mit einer Einfuhrquote von 81% seinen Höhepunkt. Vollbeschäftigung, Aussenhandel und Armeebestand waren offensichtlich aufeinander bezogen, und es stellt sich die Frage, inwiefern die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Achse die Notwendigkeit der bewaffneten Verteidigungsbereitschaft relativierte. Analysiert man die Verhältnisse in solchen Zusammenhängen, so verwundert es eigentlich nicht, dass Bundesrat Stampfli am 23. November 1942 anlässlich einer Besprechung mit der Armeeleitung meinte: «Es darf wohl vorerst festgestellt werden, dass Deutschland uns nicht als feindliche Schweiz betrachtet; denn sonst würde es uns nicht als einziges Land mit Kohle, Eisen und wichtigen Stoffen für den Anbauplan versehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet können wir uns bis heute nicht über eine feindliche Einstellung beklagen.»<sup>241</sup>

Anfang Herbst 1943 begann sich der Handel mit dem Dritten Reich langsam zu vermindern. 1944 sank der Export, verglichen mit 1941, um mehr als die Hälfte – entsprach aber immer noch, real, dem Stand von 1939 –, die Einfuhren sanken um etwas mehr als 40%. Bei dieser Analyse der Wirtschaftsbeziehungen mit der Achse darf der Transit auf keinen Fall unerwähnt bleiben. Im Spitzenjahr 1942 wurden auf der Nord-Süd-Achse über viermal mehr Güter transportiert als 1938 (s. Graphik 8). Die Darstellung der Monatswerte für das Jahr 1944 zeigt, dass noch in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 die durchschnittliche Transportmenge pro Monat jene des Jahres 1938 um 24% übertrifft.

Drei Viertel dieses Transits bestanden aus Kohlentransporten nach Italien. Für die Produktion kriegswirtschaftlicher Güter muss aber insbesondere der Transit von Stahl, Eisen und Eisenerz näher untersucht werden. Wie Grafik 9 zeigt, war dieser Transit im Spitzenjahr 1942 über zwanzigmal höher als im Jahr 1938, und noch in den letzten zwei Monaten des Jahres 1944 wurde doppelt so viel Eisen und Stahl als vor dem Krieg transportiert.<sup>242</sup> Dies ist insofern bemerkenswert, als die deutsche Armee in dieser Zeit die oberitalienische Industrie voll für ihre Zwecke ausnützte und zugleich gewisse Betriebe demontierte und nach Deutschland überführte.

Graphik 8: Transit auf der Nord-Süd-Achse



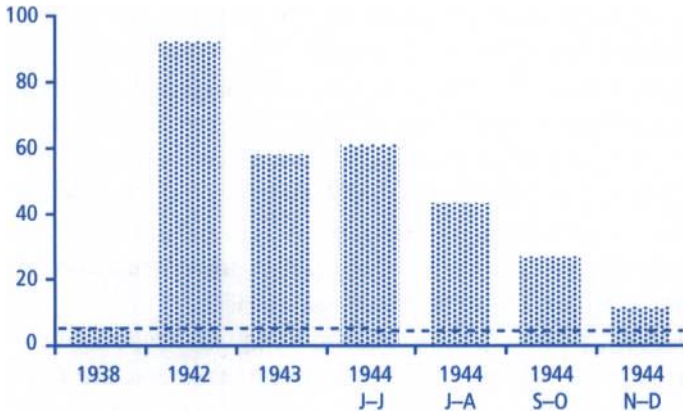
Transportmenge (Monatsmittel) in beiden Richtungen in 1'000 Tonnen. (J-J = Januar-Juni, J-A = Juli/August, S-O = Sept./Okt., N-D = Nov./Dez.).

Vom Transit profitierten ebenfalls Verwundete, die nach Deutschland zurückgeschafft wurden. Aber auch italienische Arbeiter, z.T. zwangsrekrutiert, fuhren auf der Gotthardlinie nach Norden. Der Transport von Waffen hinwiederum wurde vom Bundesrat im Oktober 1941 untersagt.<sup>243</sup> Doch zurück zu den Handelsbeziehungen insgesamt. Der Aussenhandel mit den Alliierten war, im Vergleich zum Dritten Reich, äusserst bescheiden. Die Einfuhr aus Grossbritannien war auf ein Prozent, die Ausfuhr auf einen Fünftel des Standes von 1938 gesunken, was auf den gesamten Aussenhandel bezogen eine praktisch zu vernachlässigende Quote bedeutete. Einzig mit Nordamerika konnte ein gewisser Austausch aufrechterhalten werden, der ungefähr 10% des Gesamtumfanges des Aussenhandels ausmachte.

Grob zusammengefasst wickelte sich der Aussenhandel der Schweiz in den fünf Kriegsjahren von 1940 bis 1944 zu drei Vierteln mit den kriegführenden Mächten beider Lager ab. Zwei Drittel des gesamten Aussenhandels betrafen das Wirtschaftsgebiet der Achsenmächte, ein Zehntel jenes der Alliierten und der Rest, rund ein Viertel, Drittländer.

Obwohl insgesamt die Umstellung auf die neue Kriegswirtschaft erfolgreich verlief, musste in den ersten Kriegsjahren ein Verlust des Volkseinkommens in

Graphik 9: Transit von Stahl, Eisen und Eisenerz



Transportmenge in beiden Richtungen in 1'000 Tonnen.

(J-J = Januar-Juni, J-A = Juli/August, S-O = Sept./Okt., N-D = Nov./Dez.).

Kauf genommen werden. Der Rückgang betrug zwischen 1940 und 1941 10%, stabilisierte sich dann und begann noch vor Kriegsende wieder zu wachsen. Schätzungen der Produktion der verschiedenen industriellen Sektoren zeigen ein ähnliches Bild.<sup>244</sup> Diese statistischen Mittelwerte verschleiern jedoch die zum Teil gewaltigen Wachstumsraten einzelner Firmen. Der grösste Fabrikant von Waffen und Maschinen, Bührles Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, verdoppelte von 1939 auf 1940 das Einkommen (immer zu Preisen von 1938 gerechnet) und verdreifachte es noch einmal von 1941 auf 1942. Das Vermögen stieg insgesamt von 8 Mio. Franken im Jahr 1939 auf 112 Mio. im Jahr 1945. Die Produktion ging in erster Linie in die Länder der Achsenmächte, und in den Jahren 1941 und 1942 war das Dritte Reich bei weitem der wichtigste Kunde.<sup>245</sup> Neben Oerlikon gab es nur noch wenige Waffenlieferanten dieser Grösse, so etwa die Machines Dixi in Le Locle und die Tavano S.A. in Genf. Ein erfolgreiches Deutschlandgeschäft verzeichnete ebenfalls die Aluminium-Industrie-Aktiengesellschaft Neuhausen AIAG. Sie betrieb unter ihren ausländischen Zweigbetrieben vier Fabriken in Süddeutschland, wo teilweise auch Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.<sup>246</sup> Die Basler Chemie, deren Produktion zur Hauptsache nach den Achsenmächten ging, vermochten dank der Anbauschlacht im Inland ihre Agro-



Chemie auszubauen. So konnte sie in den Kriegsjahren Dividenden von über 10% ausschütten.<sup>247</sup> Andere Betriebe, die nicht in erster Linie Kriegsmaterial produzierten, profitierten ebenfalls vom Krieg und vom Aussenhandel. Die Firma Paillard, die Schreibmaschinen, Radios und Kameras herstellte, steigerte den Umsatz (in Preisen von 1938) um 75%.<sup>248</sup> Doch grosse Kriegsgewinne kamen nur einem kleineren Teil der Unternehmen zu. Die Mehrheit musste, wie beispielsweise die Fahrrad- und Motorradfabrik Condor im Jura, mit bescheidenen Ergebnissen vorliebnehmen. Bezogen auf 1939 nahm bei Condor der reale Umsatz 1941 um 14% zu, fiel aber 1942 7% unter den Stand von 1939 und begann erst 1944, mit 11%, wieder zu wachsen.<sup>249</sup>

Andere Unternehmen profitierten vor allem indirekt von der Ausnahmesituation der Kriegszeit. Von ausländischer Konkurrenz abgeschirmt und gleichzeitig von der öffentlichen Hand unterstützt, konnte in diesen Jahren die technologische Infrastruktur massiv verbessert oder erneuert werden. Die Elektrizitätswirtschaft brachte ihre Forschungsabteilungen auf den neusten Stand. Unternehmen wie die Holzverzuckerungs-AG Hovag, die dringend benötigten Ersatzbrennstoff fabrizierten, erhielten vom Bund massive Finanzhilfen. Man schätzt, dass der Hovag – sie heisst heute Emser-Werke und sind im Besitz von Christoph Blocher – ca. 130 Mio. Franken aus der öffentlichen Hand zugekommen waren, eine Summe, deren Wert heute weit über eine halbe Milliarde Franken ausmacht.<sup>250</sup> Beim aktuellen Stand der Forschung ist es noch nicht möglich, sektoriell die Gewinne und Verluste dieser Kriegsjahre zu analysieren. Erst eine solche Untersuchung könnte feststellen, wer wie und dank welcher Märkte profitieren konnte und wer, wie ein grosser Teil der Bürger und Bürgerinnen, im Alltag die Kosten der Mobilisation und der Kriegswirtschaft zu tragen hatte. Wie die Lasten der öffentlichen Hand sich verteilten, wurde schon im ersten Kapitel dargestellt.

## **GOLD UND KREDITE**

Bundesrat Pilet-Golaz hatte bekanntlich schon am 21. Juni 1940 erklärt, man solle in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland nicht um eine Million mehr oder weniger markten. Und in der schon erwähnten Aussprache zwischen Bundesrat Stampfli und der Armeeführung vom 23. November 1942, wo Stampfli auf die guten wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland verwies,

fügte er noch bei: «Deutschland zeigt auch grosses Interesse an der Schweizerwährung, die auf internationalem Gebiet einzig noch eine gewisse Freiheit genießt.»<sup>251</sup> Tatsächlich stand die Geld- und Kreditfrage, und dies nicht nur für Deutschland, im Aussenhandel mit der Schweiz im Vordergrund. Vor Juni 1940 hatten auch Frankreich und England, allerdings ohne Erfolg, versucht, ihre Wafenkäufe mit Bundeskrediten zu finanzieren.

In den Verhandlungen mit Deutschland stand die Kreditfrage von Anfang an im Zentrum. Der ursprüngliche Kredit von 150 Mio. Franken vom August 1940 wurde im Juli 1941 auf 850 Mio. Franken aufgestockt und bald darauf von Deutschland mehr oder weniger heimlich um beinahe 300 Mio. Franken überschritten.<sup>252</sup> So betrug der Clearingkredit am Ende des Krieges 1,1 Mia. Franken. Im Dritten Reich, das seine Ausgaben nur zu einem Drittel über normale Einnahmen deckte, hatte man schon im Januar 1942 festgestellt, dass es der Fiskalpolitik im Prinzip nicht mehr möglich war, den Krieg zu finanzieren.<sup>253</sup> Das machte die schweizerischen Kredite umso attraktiver.

Mit den Bundeskrediten finanzierte das Dritte Reich aber nicht nur Kriegsmaterialkäufe in der Schweiz, sondern es wurden auch schweizerische Besitzer von Anlagen in Deutschland entschädigt – man schätzte die schweizerischen Guthaben in Deutschland auf 2,4 bis 4 Mia. Franken. Es handelte sich in erster Linie um Zinsen, Dividenden, Versicherungen, Regiespesen und Lizenzgebühren. Der Bund, oder in andern Worten der Steuerzahler, hat demnach für die Rentabilität dieses Risikokapitals gesorgt.

Italien profitierte ebenfalls von schweizerischen Clearingkrediten. Im Sommer 1940 wurde Rom 200 Mio. Franken, 125 Mio. davon durch die Banken, zugestanden. Am 1. Juni 1941 erhöhte der Bund seinen Beitrag auf 150 Mio. Franken. Bei Kriegsende war Italien gegenüber der Schweiz mit 380 Mio. Franken verschuldet. Wie Marc Perrenoud gezeigt hat, kam dieser Clearingkredit ebenfalls den privaten schweizerischen Kreditgebern zugute, da in Italien schätzungsweise 1,2 Mia. Franken angelegt waren.<sup>254</sup> Dank der Clearingkredite war es möglich, über einen Teil der in Italien erwirtschafteten Profite in der Schweiz zu verfügen. Die zahlreichen schweizerischen Beteiligungen an der italienischen Industrie förderten die Verzahnung der Schweizer Wirtschaft mit der Kriegswirtschaft der Achsenmächte. Dass Italien diese Finanzbeziehungen sehr hoch einstufte, zeigt eine Bemerkung des Ministers des Auswärtigen, Galeazzo Ciano. Er schrieb am 4. Januar 1942 dem italienischen Gesandten in Berlin, man solle

die Schweiz nicht zu sehr bedrängen, denn sie sei «l'unico nostro banchiere», wo man sich noch Devisen für den Kauf von kriegswichtigen Grundstoffen beschaffen könne.<sup>255</sup>

Dies führt uns zu den internationalen Finanzverflechtungen. Für die hier beobachtete Periode beziffern sich die von der Schweiz plazierte Auslandguthaben auf 12 bis 17 Mia. Franken, eine Summe, die ungefähr dem Anderthalbfachen des schweizerischen Nettosozialproduktes entsprach. In normalen Zeiten eine Quelle des Reichtums, konnten diese in Kriegszeiten ein Druck- oder Erpressungsmittel der Kriegführenden werden. Die im Juni 1941 erfolgte Blockierung der Guthaben der europäischen Länder durch die USA betraf auch mindestens 5 Mia. Franken aus der Schweiz. Zudem nahm das in New York von der Nationalbank angelegte Golddepot enorm zu. Es stieg von 735 Mio. Franken im Jahr 1940 auf 2,5 Mia. im Jahr 1943. Sowohl im Kontrollbereich der Alliierten wie in jenem der Achsenmächte befanden sich je etwa 6 bis 8 Mia. Franken. Diese Zahlen machen auch deutlich, dass die Schweiz, zumindest potentiell, eine zentrale Drehscheibe der internationalen Finanzgeschäfte darstellte. Dies hatte sich beispielsweise vor und nach dem Westfeldzug gezeigt. Zuerst suchten zahlreiche Gelder Zuflucht im Dollar, was die Nationalbank in grosse Schwierigkeiten brachte, dann aber, als man in den USA von der Sperrung der ausländischen Guthaben zu sprechen begann, gelangten sie, zur Genugtuung des schweizerischen Finanzplatzes, zum Franken zurück.<sup>256</sup> Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass die Schweiz durch ihre Finanzbeziehungen relativ ausgeglichen mit beiden kriegführenden Lager verbunden war. Eine solche Betrachtungsweise ignoriert allerdings einen entscheidenden Sachverhalt. Die Alliierten verfügten mit dem Dollar über eine auf allen Märkten frei einsetzbare Währung. Zudem hatten sie Zugang zu allen für eine effiziente Kriegswirtschaft notwendigen Rohstoffen. Diesbezüglich waren die Achsenmächte in einer weit ungünstigeren Lage. Die Reichsmark war auf den freien Märkten nicht konvertibel, was dazu führte, dass den deutschen Goldreserven ein strategisch grosser Wert zukam. Das in den eroberten Ländern beschlagnahmte Gold brachte insofern keine wirkliche Lösung, als die Alliierten alle Staaten vor der Übernahme dieses Raubgoldes warnten. Das Dritte Reich musste zudem kriegswichtige Rohstoffe wie Erdöl, Eisenerz, Mangan, Kupfer, Blei, Zink, Bauxit, Platin, Industriediamanten, Kautschuk und anderes mehr aus dem Ausland beschaffen. Die Möglichkeit, über frei konvertierbare Devisen zu verfügen, war ein entscheidender Faktor der

deutschen Kriegswirtschaft. Diese Schwierigkeiten kommen deutlich in einem Schreiben zum Ausdruck, das Göring am 28. März 1942 an Ribbentrop sandte: «Seit der Ausdehnung des Krieges auf den amerikanischen Kontinent und den Fernen Osten sind die Bardeviseneinnahmen des Reiches weiter erheblich zurückgegangen, während die Anforderungen laufend steigen, weil zur Bezahlung der kriegsnotwendigen Einfuhr der deutsche Export und die Lieferkredite der europäischen Länder nicht mehr ausreichen. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz ist deshalb seit dem vorigen Sommer nur durch laufenden Einsatz der im deutschen Machtbereich erfassbaren Gold- und Devisenreserven möglich. [...] Inzwischen haben sich die Schwierigkeiten jedoch derartig verschärft, dass auch eine Kürzung der Devisenzuteilungen an Ihr Amt und das Propagandaministerium nicht mehr hinausgeschoben werden kann.»<sup>257</sup>

Um den Bedarf an Devisen zu decken, verschob die Reichsbank insgesamt Gold im Werte von beinahe 2 Mia. Franken in die Schweiz. Die Nationalbank selber nahm für 1,2 Mia., die Privatbanken für 244 Mio. Franken deutsches Gold entgegen. Hinzu kam noch Gold im Werte 407 Mio. Franken, das zuhanden weiterer Geschäfte in das Depot der Reichsbank in Bern ging.<sup>258</sup> Insgesamt kamen beinahe vier Fünftel des von der Reichsbank ins Ausland gelieferten Goldes in die Schweiz. Die Lieferungen in die Schweiz nahmen ab 1941 sprunghaft zu. 1943 erreichten sie einen Wert von 590 Mio. Franken. Wie Tabelle 2 zeigt, gingen grössere Bestände wieder ins Ausland, insbesondere nach Portugal, Spanien und Rumänien. Es handelt sich dabei um interessante Dreiecksgeschäfte, die einer genaueren Durchleuchtung bedürfen. Die genannten Länder, in erster Linie Portugal, scheuten sich, zur Begleichung ihrer Lieferungen (meistens kriegswichtige Rohstoffe) direkt deutsches Gold entgegenzunehmen. Deshalb gelangte das Gold zuerst in die Schweiz, worauf dann Deutschland mit den Devisen seine Schulden beglich. So konnte das in Bern gewaschene Gold von den Handelspartnern Deutschlands erworben werden.<sup>259</sup>

Es besteht kein Zweifel, dass die mit der Schweiz getätigten Gold- und Devisentransaktionen für die Achsenmächte von grosser Bedeutung waren. In einem Bericht von Ministerialdirektor Clodius, dem stellvertretenden Chef der Handelssektion des Auswärtigen Amtes, vom 3. Juni 1943 heisst es: «Der Vertreter des Reichsbankdirektoriums hat erklärt, dass er auch unabhängig von der Stellungnahme des Munitionsministeriums einem Abbruch der Verhandlungen und den wirtschaftlichen Kampfmassnahmen nicht zustimmen könne, weil die Schweiz die einzige Möglichkeit für die Beschaffung von freien Devisen bietet.»<sup>260</sup> Der

Präsident der Reichsbank Funk soll im Sommer 1943 sogar erklärt haben, er könne nicht einmal für zwei Monate auf die Möglichkeit verzichten, in der Schweiz Devisentransaktionen (vor allem Umwandlung von Gold in freie Devisen) durchzuführen.<sup>261</sup> Ähnliche Feststellungen finden sich in einem Memorandum des Chefs der Deutschen Industriekommission in Bern, in dem eine globale Analyse der Handels- und Finanzbeziehungen mit der Schweiz vorgelegt wird: «Das Reich wird durch den einzigartigen internationalen Wert des Schweizer Franken hierdurch in die Lage gesetzt, für Deutschland kriegswichtige Rohstoffe in dritten Ländern zu kaufen z.B. Wolfram-Käufe in Spanien und Portugal.»<sup>262</sup> Und an der Reichspressekonferenz vom 26. Juni 1943 gab Deutschland folgende formelle Erklärung ab: «Die Schweiz ist praktisch das einzige Land, durch dessen Vermittlung wir heute Devisen durch Gold beschaffen; d.h. Gold verkaufen können. Die Schweiz hat sich in dieser Richtung bisher uns gegenüber stets in der entgegenkommendsten Weise verhalten und alles getan, um uns gegen Gold die nötigen Devisen für den Import zur Verfügung zu stellen.»<sup>263</sup> In der Schweiz war man sich dieser Wertschätzung durchaus bewusst. Alfred Hirs, Mitglied der Generaldirektion der Nationalbank, erklärte beispielsweise am 27. Januar 1944 an einer internen Konferenz, «que les Allemands attachent beaucoup de prix à l'existence d'une Suisse neutre par l'intermédiaire de laquelle ils puissent continuer les opérations financières internationales. Ce désir est peut-être pour plus qu'on le croit dans le fait que la Suisse ait pu échapper à la guerre jusqu'à maintenant.»<sup>164</sup>

Der Historiker Linus von Castelmur, ein Spezialist dieser Materie, kommt zu folgender Schlussbetrachtung: «Obwohl von alliierter Seite mehr Gold entgegengenommen worden war, spielten die Bevorschussung schweizerischer Industrieexporte und die Goldübernahme von Deutschland eine überragende Rolle. Sie ermöglichten es der Reichsführung, die unter der alliierten Finanzblockade nur schwer erhältlichen Devisen für den Ankauf strategisch wichtiger Rohstoffe zu erhalten. Bis zum Frühjahr 1945 liess sich die Schweiz weitgehend in die von deutschen Hegemoniebestrebungen beherrschte Kriegswirtschaft einspannen.»<sup>265</sup>

Es bestand ebenfalls ein umfangreicher Goldhandel mit den Alliierten, nur spielten hier Dreiecksgeschäfte keine grosse Rolle. Zudem war die Herkunft des Goldes unbestritten, was beim deutschen Gold nicht der Fall war. Dieses kam bekanntlich zu einem grossen Teil aus den von Deutschland annektierten oder besetzten Gebieten. Der Wert dieses Raubgoldes wird auf rund 2,5 Mia. Franken

Tabelle 2: Goldhandel der Nationalbank im Zweiten Weltkrieg

	Ankauf	Verkauf	Saldo
Deutschland	1'231	19	1212
Italien	150	0	150
Portugal	85	537	-452
Rumänien	10	112	-102
Spanien	0	185	-185
Frankreich	193	0	!93
Grossbritannien	669	0	669
USA	2'243	7U	1'529
Schweden	95	20	75
Total (inkl. andere)	5'202	3'438	1'764

In Millionen Franken. Das Total umfasst nicht nur die hier aufgeführten Länder, sondern den gesamten Goldhandel der Nationalbank.

Quelle: Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, *Zwischenbericht Gold*, Bern 1998, 53.

geschätzt. Diese Summe enthält über 350 Mio. Franken, die aus Vermögen stammten, die Privatpersonen, insbesondere verfolgten Juden, geraubt worden war. Spätestens seit 1942 arbeitete die SS bei der Verwertung dieser z.T. auch aus Konzentrationslagern stammenden Bestände eng mit der Reichsbank zusammen. Das Gold der getöteten Juden kam über die Reichsbank in den internationalen Handel. Die Alliierten erklärten diese Geschäfte offiziell als illegal. Am 5. Januar 1943 warnten sie in einem Appell vor der Annahme geraubten Gutes, und am 22. Februar 1944 verkündete der US-Schatzminister Morgenthau die sogenannte «Goldklausel»; darin erklärten die USA, dass unrechtmässig erworbenes Gold zurückgefordert würde. In der Schweiz selbst war man sich dieses Problems schon früher bewusst geworden. Bereits nach der Besetzung der Tschechoslowakei schrieb Minister Stucki an Bundesrat Motta: «Wir möchten die Aufmerksamkeit des Bundesrates darauf lenken, dass den Deutschen bei ihrem Überfall auf die Tschechoslowakei nicht nur der Goldschatz der dortigen Nationalbank in die Hände gefallen ist, sondern dass sie auch den Inhalt der privaten Coffres-forts aller privaten Banken beschlagnahmt haben und damit in den Be-

sitz sehr bedeutender Vermögenswerte gelangt sind.»<sup>266</sup> Auch die Direktion der Nationalbank verfügte schon seit Anfang 1941 über eindeutige Informationen. Der Bankausschuss wurde im Februar 1941 über das Verbleiben des belgischen Goldes orientiert, und Ende März wurde die Übergabe an die Deutsche Reichsbank bestätigt. Als im Sommer 1942 die Direktion der Nationalbank das Problem des Raubgoldes und den damit zusammenhängenden Goldhandel mit Portugal besprach, meinte Vizepräsident Rossy: «Obschon die Gefahr, dass die Nationalbank hier zu Schaden käme, nicht gross ist, so würde selbstredend eine Umschmelzung der Barren diese Gefahr vollständig beseitigen.»<sup>267</sup> Die Direktion verzichtete vorläufig auf Umschmelzungen. Man wollte die Frage erst wieder prüfen, wenn eventuelle Klagen auftauchten.

Bundesrat Wetter, Chef des Finanzdepartements, machte sich ebenfalls Gedanken über die Folgen des Goldhandels. Er notierte am 1. Mai 1943 in sein Tagebuch: «Aussichten ... nicht günstig, auch nicht für unsere Guthaben und unser Gold nach dem Krieg. Man wird uns vielleicht mitzahlen lassen.»<sup>268</sup> Im Juli 1943 kam die Goldfrage im Bankausschuss erneut zur Sprache. «Der Vorsitzende bemerkt», heisst es im Protokoll, «dass in objektiver Hinsicht ein Land trotz der Goldwährung international nicht verpflichtet sei, Gold zu kaufen. Während des letzten Weltkrieges hätten z.B. Schweden und Holland es abgelehnt, ohne Weiteres Gold in Zahlung zu nehmen. In der subjektiven Seite der Goldfrage liege der politische Charakter, der zu einer besonderen Wachsamkeit zwingt. Man könne sich nicht ohne Weiteres auf den guten Glauben berufen, darüber sei man einhelliger Ansicht. Herr Vizepräsident Rossy ist ebenfalls dieser Auffassung. Er weist darauf hin, dass die Nationalbank bis jetzt von keiner Seite unterrichtet worden sei, die Deutschen hätten Gold gestohlen. Die Requisition von Gold ist ein Recht, das der Besatzungsmacht gemäss Völkerrecht zustehe. [...] Der Vorsitzende verweist auf den Ausweis der Reichsbank und die Tatsache, dass diese schon lange vor dem Kriege kein Gold mehr ausgewiesen habe. Man habe zwar behauptet, sie besitze solches noch in gleichem Masse. Später und in der Kriegszeit sei die Reichsbank dann durch Massnahmen des Reiches gegenüber ausländischen Notenbanken zu Gold gekommen. Die Tatbestände seien nicht leicht abzuklären und es sei nur zu hoffen, dass der Nationalbank aus dem Goldgeschäft mit der Reichsbank keine Nachteile erwachsen werden.»<sup>269</sup>

Die Verantwortlichen, denen die Problematik des deutschen Raubgoldes bewusst war, versuchten mit allen Mitteln sich herauszureden. So schrieb die Ge-

neraldirektion der Nationalbank am 9. Oktober 1943 an Bundesrat Wetter: «Die Nationalbank darf und muss annehmen, dass das ihr von einer ausländischen Notenbank angebotene Gold rechtmässig erworben worden ist; es ist ihr bis jetzt auch nie notifiziert worden, dass die Deutschen Gold gestohlen hätten, wenn auch andererseits die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist, dass es sich teilweise um Gold handelt, das aus den besetzten Gebieten stammt. Die Requisition von Gold aber ist ein Recht, das einer Besatzungsmacht nach den Bestimmungen des Völkerrechts zusteht.»<sup>270</sup> Es wurde auch argumentiert, die Schweiz habe aus Neutralitätsgründen dieses Gold annehmen müssen, oder es habe einer antiinflationären Geldpolitik gedient. Diese Erklärungen sind kaum stichhaltig. Der Devisenverkauf gegen Gold war in Wirklichkeit, wie dies auch die Deutschen sahen, eine schweizerische Dienstleistung, die zu den üblichen, letztlich auch rentablen Geschäften des helvetischen Finanzplatzes zählte. Zudem hatte das Entgegenkommen gegenüber der Reichsbank den Vorteil, die Beziehungen zum Dritten Reich zu verbessern. Die Goldfrage veranlasste die Schweizerische Nationalbank im Frühsommer 1944, von Dietrich Schindler, Rechtsprofessor an der Universität Zürich und Präsident des Verwaltungsrates der NZZ, ein Gutachten erstellen zu lassen. Schindler unterstrich, dass die Alliierten in ihrer Warnung das Argument des guten Glaubens nicht als stichhaltig anerkannten. «Die Konfiskation jüdischer Vermögen in Deutschland», meinte der Professor hingegen, falle «nicht unter die durch die Warnung verpönten Massnahmen». Die ganze Frage, fügte Schindler bei, werde allerdings im Falle eines alliierten Sieges zu einem Problem.<sup>271</sup> Die Direktion der Nationalbank erarbeitete danach ihren Argumentationskatalog, den sie in einem längeren Schreiben an Pilet-Golaz erläuterte. Sie versuchte, die Goldfrage als rein technisches Problem darzustellen, wobei die Neutralität es unmöglich mache, Goldangebote einseitig abzulehnen. Sie berief sich ausserdem auf den guten Glauben und betonte, der Vizepräsident der Reichsbank Puhl habe mündlich die Versicherung abgegeben, dass es sich um Vorkriegsreserven handle. Obwohl diese Argumentation weder schlüssig noch glaubwürdig war, diente sie in der Folge als Grundlage zur Abwehr der alliierten Kritik.<sup>272</sup> Dass selbst innerhalb der Administration Zweifel herrschten, zeigte sich später in einer Notiz des Leiters der eidgenössischen Finanzverwaltung: «Die blossе Neutralität und der blossе Goldmechanismus verpflichten sicher kein Noteninstitut, Gold auch von einer Seite gleich wie von der andern abzunehmen, wenn sie befürchten muss, dass dieses Gold gestohlen ist und wie-



der zurückverlangt werden könnte.» In dieser Notiz wurde weiter vermutet, «dass die Goldremittierungen ein sehr interessantes Geschäft waren und dass diese Überlegung nicht ganz unbedeutend war».<sup>273</sup>

Eine moralisch sehr heikle Frage wurde überhaupt nicht beantwortet: Befand sich unter dem Gold und den Vermögen, die an die Nationalbank und die Schweizer Institute flossen, nicht auch Besitz jener Juden, die nun systematisch getötet wurden? Das Rechtsbüro der Nationalbank machte Ende 1943 auf diesen Tatbestand aufmerksam.<sup>274</sup> Es ist im Übrigen sehr schwer zu glauben, dass die Nationalbankdirektion mit ihren ausgezeichneten Beziehungen zur Reichsbank nicht gewusst hatte, dass dort letztlich auch die von den Nazis geplünderten Wertgegenstände der verfolgten und dann umgebrachten Opfer des Nationalsozialismus zusammenkamen. Dasselbe galt für die Banken und Versicherungen. Deren Niederlassungen in Deutschland beteiligten sich dennoch nicht selten bereitwillig an der Zwangsenteignung jüdischer Lebensversicherungen. Ebenso hatten Schweizer Firmen zuvor schon von der sogenannten «Arisierung», d.h. des zwangsweisen Verkaufes jüdischer Geschäfte, profitiert. In der Schweiz entwickelte sich zudem ein umfangreicher Handel mit gestohlenen oder enteigneten Wertpapieren.<sup>275</sup>

Eine nicht unwichtige Rolle im Goldhandel sowie in den internationalen Finanzbeziehungen spielte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ in Basel. Obwohl vom Amerikaner Thomas Harrison präsiert, stand sie weitgehend unter dem Einfluss der Reichsbank und dessen Präsidenten, Walter Funk. Die BIZ beteiligte sich denn auch am Handel mit deutschem Gold. Die Schweizerische Nationalbank und das IKRK nahmen ebenfalls häufig die Dienste der BIZ in Anspruch. Der Direktor der Nationalbank, Ernst Weber, wurde 1942 auf Drängen der Bundesräte Pilet-Golaz und Ernst Wetter sogar Präsident des BIZ-Verwaltungsrates.<sup>276</sup> Da Wetter zugleich freundschaftliche Beziehungen zum häufig in der Schweiz weilenden Vizepräsidenten der Reichsbank Puhl pflegte, entstanden hier nicht uninteressante internationale Finanzkontakte.

Die deutschen Eroberungen hatten übrigens den Bundesrat 1940 veranlasst, die Guthaben verschiedener europäischer Länder zu blockieren. Dies galt für dänische, norwegische, belgische, luxemburgische und holländische Guthaben, 1941 auch für jene Jugoslawiens, Griechenlands und der Sowjetunion. Seltsamerweise fielen die polnischen Guthaben nicht unter diese Massnahme, und die Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Land wurden in jene mit Deutschland integriert.<sup>277</sup>

Clearingkredit und Goldhandel sind nur die zwei spektakulärsten Glieder der vielfältigen Beziehungen zu den Achsenmächten. Sie zählten zu den Grundlagen der schon seit Langem bestehenden engen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland, in denen auch andere Bereiche kriegswirtschaftliche Bedeutung hatten. So wurde ein beträchtlicher Teil der süddeutschen Industrie mit Strom aus der Schweiz betrieben. Zu nennen wären auch Finanzgesellschaften wie die IG Chemie in Basel (später Interhandel), die sowohl mit IG Farben in Deutschland wie mit der General Aniline and Film Corporation verbunden war und offenbar den neutralen Standort der Schweiz benutzte, um die kriegswirtschaftlichen Massnahmen der Amerikaner zu umgehen.<sup>278</sup> Überhaupt war der Finanzplatz Schweiz von Anfang an in nicht unproblematische Geschäfte der Kriegführenden verwickelt. Der Schweizer Delegationsleiter in London, Professor Paul Keller, berichtete schon am 22. Oktober 1940 über die Unmutsäusserungen des Ministry of Economic Warfare zu den Praktiken der Schweizer Banken im internationalen Geschäft. «Die britische Regierung könne jedoch nicht zusehen», berichtete Keller, «wenn aus einem normalen internationalen Bankgeschäft während des Krieges ein anormales und sehr einseitiges Geschäft werde.»<sup>279</sup> Dank dem rigorosen Bankgeheimnis eigneten sich die Schweizer Banken jedoch besonders gut, die heiklen Geschäfte der Kriegführenden, vor allem die der international isolierten Achsenmächte, abzuwickeln oder Fluchtgelder entgegenzunehmen. Im Geschäftsbereich der Privatbanken entwickelte sich ein umfangreicher, z.T. nicht ganz sauberer Devisenhandel, an dem sowohl schweizerische Unternehmen wie auch Vertreter und Strohmänner der Nazis beteiligt waren.<sup>280</sup> Auch diese Aktivitäten wurden in den folgenden Jahren immer mehr zu einem Stein des Anstosses im schon ohnehin gespannten Verhältnis zu den Alliierten.

## DIE ÄUSSERE FRONT

Wenn auch im Zentrum der schweizerischen Aussenpolitik die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Dritten Reich standen, so dürfen doch die laufend mit andern Ländern geschlossenen Abkommen nicht übersehen werden. Zu den wichtigsten europäischen Partnern zählten Italien, Rumänien, Spanien und Portugal. Rumänien, das sich im November 1940 den Achsenmächten anschloss und dann auch in den Krieg gegen die Sowjetunion eintrat, war für die Schweiz der Öl-

und Getreidelieferungen wegen besonders interessant. Schon am 30. Juli 1940 konnte ein Vertrag geschlossen werden, der u.a. die Versorgung der Schweiz mit flüssigen Brennstoffen verbesserte. Um diesen Lieferanten günstig zu stimmen, wurden wie üblich Clearingkredite und Waffenlieferungen zugestanden.<sup>281</sup> Grossbritannien, das sich schon zu Beginn des Krieges für einen umfassenden Wirtschaftskrieg entschlossen hatte, beobachtete die schweizerische Handelspolitik mit grossem Misstrauen. Das Abkommen mit Deutschland vom Sommer 1941 rüttelte dann London und Washington endgültig wach. Die USA schlossen sich der wirtschaftlichen Kriegsführung Grossbritanniens an. Am 14. Juni 1941 sperrten sie alle Guthaben der Achsenmächte und der Neutralen, die Schweiz eingeschlossen. Sie erstellten Schwarze Listen und führten im Januar 1942, nach ihrem Eintritt in den Krieg, entsprechend den britischen Navicerts ein Exportlizenzverfahren ein. Eine in der Londoner Botschaft der USA eingerichtete Economic Warfare Division übernahm die Koordination. In diesen Kreisen herrschte die Meinung vor, die Schweiz sei «an economic satellite of the Axis, and the source of part of Axis economic and military power».<sup>282</sup> Ziel der alliierten Politik war, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Dritten Reich, vor allem was Kriegsmaterial, Kredite und den Transit betraf, ein Ende zu setzen.

In Bern glaubte man offenbar einige Zeit, das im April 1940 mit England abgeschlossene Blockadeabkommen genüge für die Absicherung des geschrumpften Aussenhandels mit den Alliierten. Jedenfalls wurde erst Ende März 1942 eine Handelsdelegation unter Leitung von Minister Hans Sulzer, Patron des gleichnamigen Industriekomplexes in Winterthur, ehemaliger Präsident des Vorortes und Chef der Kommission für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, nach London gesandt. Trotz der immer härteren Blockadepolitik der Alliierten versuchte die Schweiz, die Handelsbeziehungen auf der Basis von Kompensationsgeschäften, die von Deutschland gebilligt wurden, aufrechtzuerhalten. Doch der Compensation Deal vom 14. Dezember 1942 brachte nur einen minimalen, beinahe symbolischen Austausch. Der britische Historiker Anthony Adamthwaite meint, die Schweiz habe in London letztlich ohne viel Eifer verhandelt, da ihre handelspolitische Position auf dem Kontinent relativ gesichert und somit kein eigentlicher Handlungsbedarf vorhanden war.<sup>283</sup>

Mit Deutschland stand Bern praktisch permanent in Verhandlungen und Gesprächen. Unstimmigkeiten führten dann allerdings im Januar 1943 zu einem vertragslosen Zustand, der erst am 23. Juni 1943 bereinigt wurde. Es war zu einer kleinen Machtprobe gekommen, in der insbesondere Bundesrat Stampfli einigen

Mut und viel Geschick an den Tag legte.<sup>284</sup> In dieser vertragslosen Zeit ging jedoch der Handel auf hohem Niveau weiter. Einzig die Einstellung der Zahlungen der deutschen Verrechnungsstelle brachte einige Schweizer Firmen in Bedrängnis. Nach dem Abkommen vom Juni 1943 musste dann in kürzeren Abständen der Handel mit Deutschland immer neu geregelt werden, wobei die Schweiz versuchte, die Lieferungen von Kriegsmaterial herabzusetzen. Stampfli erklärte allerdings noch am 21. Januar 1944, der Bundesrat wolle mit Deutschland weiterhin gute wirtschaftliche Beziehungen pflegen, und er lasse sich durch die Alliierten nicht von dieser Linie abbringen. Auch nach der Landung der Alliierten in der Normandie lieferte die Schweiz weiter Kriegsmaterial an Deutschland.<sup>285</sup> Ein Abbau dieser Lieferungen drängte sich dennoch auf, da die Alliierten am 22. April 1943 vorübergehend zu ihrer schärfsten Waffe, der totalen Einfuhrsperre, gegriffen hatten. Die Angloamerikaner kritisierten zudem immer heftiger die Deutschland gewährten Kredite. Eine leichte Lockerung der Einfuhrsperre erfolgte erst mit dem Abkommen vom 19. Dezember 1943. Die Praxis der Navicerts konnte wieder aufgenommen werden. Die Schweiz musste jedoch formell versprechen, die Kriegsmateriallieferungen nach Deutschland zu reduzieren.<sup>286</sup>

Dies war durchaus möglich, da nach der Niederlage in Stalingrad Berlin sich zunehmend kompromissbereiter zeigte. Ein Hauptgrund lag darin, dass Deutschland immer weniger auf die Schweizer Goldtransaktionen und Devisen für die Aufrechterhaltung seiner Rüstungsproduktion verzichten konnte. Da Deutschland zudem zunehmend Schwierigkeiten hatte, vereinbarte Warenlieferungen vertragsgemäss zu erfüllen, fiel es der Schweiz nicht allzu schwer, die Waffenlieferungen einzuschränken. Im September 1944 erliess der Bundesrat schliesslich ein generelles, für alle Länder geltendes Waffenausfuhrverbot. Der übrige Handel mit dem Dritten Reich und der Alpentransit hielten jedoch an. Seit der Besetzung Italiens durch die deutschen Armeen waren der Gotthard und der Simplon sogar noch mehr als früher beansprucht. Ein Teil der noch laufenden Waffenproduktion wurde nach dem Krieg an Spanien verkauft.

Die Alliierten hatten nicht nur in London gegenüber der Schweiz einen massiven Druck aufgebaut, sondern sie versuchten auch mittels Schwarzer Listen direkt auf die Unternehmen einzuwirken.<sup>287</sup> Das brachte die Schweizer Delegation in London auf Trab. Die Firma von Hans Sulzer, dem Chef der Delegation, stand übrigens auch auf der Black List. 1944 verhärtete sich die Haltung der Amerikaner den Neutralen gegenüber. Im Februar 1944 wurde offiziell der Goldhandel

mit Deutschland als illegal erklärt. US-Aussenminister Hull doppelte am 9. April 1944 in einer Radiorede nach. Noch direkter wurden in der Bretton Woods Resolution VI vom Sommer 1944 die Neutralen aufgefordert, keine feindlichen Guthaben mehr anzunehmen und zu verhindern, dass die Nazis Vermögenswerte über das Kriegsende hinaus retten könnten. Zudem beschloss die US-Administration am 12. Juli 1944, es sei von den Neutralen kategorisch die Beendigung aller Exporte kriegswichtiger Güter nach dem Deutschen Reich zu verlangen. Hull liess am 13. Juli 1944 den schweizerischen Gesandten Bruggmann zu sich kommen und trug diesem die alliierten Forderungen persönlich vor. «I said», schrieb Hull in einem Memorandum über die Begegnung, «that when a nation was spending what the United States was and was losing lives right and left because of neutral aid to the enemy in order primarily to gratify some businessmen, it presented a most serious question to this country.»<sup>288</sup> Minister Ruegger in London erhielt am 21. Juli 1944 von Aussenminister Eden dieselbe Nachricht.<sup>289</sup> Im Übrigen waren auch die Schweizer Banken an einem Treffen im April 1944 in Lissabon orientiert worden, dass gegen ihre, das Dritte Reich begünstigenden Aktivitäten vorgegangen werde.<sup>290</sup> Am 14. August 1944 kam es schliesslich in London zu einer Verlängerung des Abkommens vom 19. Dezember 1943, wobei die Schweiz sich erneut förmlich verpflichtete, die Ausfuhr von Kriegsmaterial an die Achse weiterhin zu reduzieren.<sup>291</sup>

Es fällt allerdings auf, dass die Schweizer Vertreter angesichts all dieser Forderungen der Alliierten immer wieder versuchten, mittels verhandlungstaktischer Manöver Zeit zu gewinnen. Das führte schliesslich dazu, dass man sogar den richtigen Zeitpunkt für ein Einlenken verpasste. «Die Schweiz hatte in der Tat», schreibt Catherine Schiemann, «um Zeit gespielt und ihr Angebot erst vorgelegt, als der Erfolg der Alliierten und damit ihre noch einmal verstärkte Position gegenüber den Neutralen eindeutig feststand. Dass diese – für die Schweiz notwendige – Hinhaltenetaktik bei den Alliierten wenig Verständnis fand, ist leicht nachvollziehbar.»<sup>292</sup>

## AUSSENPOLITISCHE GESTEN UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Betrachtet man die staatspolitische Entwicklung der Schweiz, so muss man sich vorerst vergegenwärtigen, dass sie hauptsächlich von der Aussenwirtschaftspolitik abhängig war. Das zentrale Organ, die Ständige Delegation für Wirtschafts-

verhandlungen, ist schon des öfters erwähnt worden. Andere Gremien kamen hinzu, wie etwa die Wirtschafts- und Finanzdelegation des Bundesrates, die Kommission für Kriegswirtschaft oder die im November 1941 geschaffene Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen des Politischen Departements.<sup>293</sup> Hinter allen diesen Gremien stand einerseits das von Bundesrat Stampfli geleitete Volkswirtschaftsdepartement mit den kriegswirtschaftlichen Abteilungen, andererseits das Politische Departement von Pilet-Golaz. Stampflis Ressort war breiter und zudem, dank der engen Beziehungen zum Vorort, mit den wichtigsten politischen Kräften des Landes eng verbunden. Demgegenüber schuf Pilets undurchsichtige Kabinettpolitik viel Unruhe sowohl in den Korridoren des Bundeshauses wie in der Öffentlichkeit und irritierte nicht selten die in- und ausländischen Beobachter. Auf dem Hintergrund dieser Konstellation richtete sich eine politische Aktivität ein, in der sich die internationale Entwicklung und die Bedürfnisse der Handelspolitik in sehr bezeichnender Weise direkt widerspiegelten. Solange die Achsenmächte dominierten, orientierte sich die Mehrheit der politischen Strategen an der Neuen Ordnung Europas. Erst 1944 konnten sich jene Kräfte, die an eine freiheitliche Ordnung und den Sieg der Westmächte glaubten, wieder erfolgreich zu Wort melden.

Der im Kapitel 3 beschriebene Ansturm der Rechten im Jahre 1940 führte zwar zu keinem politischen Sieg, aber doch zu einer Erosion der politischen Kultur, die sich in den folgenden Jahren noch stark auswirkte. Diese Richtung manifestiert sich deutlich in zwei Eingaben: der Denkschrift von Oberst Gustav Däniker vom 15. Mai 1941 und dem Memorial, das Oberstkorpskommandant Wille am 9. Juli 1941 Bundespräsident Wetter überreichte. Wie schon mit der Eingabe der 200 strebten diese Kreise eine grundlegende, auf die Achsenmächte ausgerichtete Neuorientierung der Politik an.<sup>294</sup> Die Autoren mussten später zwar Sanktionen in Kauf nehmen: Däniker wurde aus dem Instruktionskorps entlassen – er fand dafür einen Chefposten in Bührlers Maschinenfabrik Oerlikon – und Wille Ende 1942 seiner militärischen Funktion enthoben. Dennoch fanden ihre Ansichten immer noch die Zustimmung einflussreicher Kreise. Ihre Überlegungen über eine alternative Politik im Rahmen der Neuen Ordnung in Europa, mit der gleichzeitig der Schweiz ein autoritäres Kleid verpasst werden sollte, stiessen selbst ausserhalb der extremen Rechten auf reges Interesse. Nicht nur Persönlichkeiten wie Gonzague de Reynold oder Andreas von Sprecher plädierten für ähnliche Ziele, sondern auch wichtige Organe der Öffentlichkeit, wie beispiels-

weise die von Industriekreisen mitfinanzierte *Mittelpresse* oder der immer noch mitgliederstarke Vaterländische Verband. In der welschen Schweiz hinwiederum kam eine Welle der Sympathie für Vichy und Pétain auf, die weit ins bürgerliche Lager hinein reichte. Auch der italienische Faschismus konnte auf viel Entgegenkommen zählen. Bern führte Italien gegenüber seine schon von Motta gepflegte Verständigungspolitik fort. Bezeichnend für diese Haltung ist die Ersetzung des Gesandten in Rom, Ruegger, durch Peter Vieli, bis 1942 Direktor der Kreditanstalt und Unterzeichner der Petition der 200, zugleich gewichtiger Repräsentant der schweizerischen Wirtschaft. Die Wahl Vielis erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesräte Wetter und Stampfli. Vieli sah in Mussolini einen grossen Freund der Schweiz und pflegte mit andern Spitzenvertretern des Regimes, etwa Grandi und Ciano, enge und freundschaftliche Beziehungen. In Rom galt der Bankier – ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt – als Fachmann für Geschäfte mit Fluchtgeldern.<sup>295</sup> Im Zentrum der politischen Aktivität dieser Jahre stand zweifellos die Idee einer Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. Von den verschiedenen Ideen einer Mission nach Berlin war schon im vorangegangenen Kapitel die Rede. Oberstdivisionär Eugen Bircher ging einen Schritt weiter und entwickelte den Plan einer auf Seiten der Deutschen Wehrmacht einzusetzenden Sanitätsmission. Als Hitler mit dem Angriff auf die Sowjetunion wieder eine grosse Front eröffnete, organisierte Bircher mit Unterstützung von Bundesrat Pilet-Golaz, dem Gesandten Frölicher, Peter Vieli von der Kreditanstalt und Carl Koechlin von der Firma Geigy eine Ärztemission an die deutsche Ostfront. (Der Letztgenannte, Carl Koechlin, war zugleich Vizepräsident des Vororts und Chef der Sektion für Chemie und Pharmazeutika des Kriegsindustrie- und Arbeitsamtes.) Die Mission Bircher stand formell unter dem Patronat des Schweizerischen Roten Kreuzes und wurde mit 600'000 Franken vom Bund und mit über 500'000 Franken von Industrie und Banken finanziert. Mit einem Dokument des Präsidenten des Roten Kreuzes, Johann von Muralt, ehemals Kommandant der 5. Division, wurden die Schweizer Freiwilligen dem deutschen Militärrecht unterstellt. In der Zeit von Oktober 1941 bis März 1943 gingen insgesamt drei Kontingente an die Ostfront. Sie wurden nicht nur Zeugen der wahllosen Erschiessungen, sondern auch Mitwisser der Massentötung von Juden. Für Bircher und viele andere bedeutete die Mission weniger eine humanitäre Aktion denn ein Beitrag der Schweiz im Kreuzzug gegen den Bolschewismus, eine Idee, die in der Schweiz nicht wenig Anhänger

fand. Bundesrichter Eugen Hasler z.B., erster Chef der Abteilung Presse und Funkspruch, gab im Sommer 1941 in einem Brief an Bircher enthusiastisch seiner Bewunderung für den Kampf der Deutschen im Osten Ausdruck. Die Schweizer sollten endlich verstehen, meinte er, dass «auch in unserem Interesse Allergrösstes vollbracht wird, und dass unsere Herzen mit den jungen weissen Menschen schlagen, die todesmutig als Träger europäischer Kultur nach Osten vordringen».<sup>296</sup> Und der Chefredaktor der *Gazette de Lausanne*, Rigassi, schrieb unumwunden: «Si les opérations militaires qui se déroulent en Russie aboutissent à l'anéantissement du bolchévisme, nous devons en éprouver une grande satisfaction...»<sup>297</sup> Ähnliches konnte man in der von Jean-Marie Musy herausgegebenen Zeitschrift *La Jeune Suisse* lesen. Das Neue Europa und der Kampf der Nazis gegen die Sowjetunion fand viel Beifall, während die Anglosachsen als Terroristen und Aggressoren beschimpft wurden. Alphonse Morel, einer der führenden Köpfe der Ligue Vaudoise, schrieb im August 1941: «En tant qu'Européens, nous préférierions voir les chefs autorisés des puissances européennes, MM. Hitler, Churchill, Mussolini et Pétain s'entendre entre eux avant que de s'être anéantis réciproquement.»<sup>298</sup> Es gab auch Stimmen, die für engere Beziehungen zu Italien plädierten. Die Zeitschrift *Le Mois Suisse*, von Italien und der deutschen Botschaft mitfinanziert, stand hier an vorderster Stelle. Neben solchen Philofaschisten, wie die schweizerischen Herausgeber dieser Revue, nahmen aber auch angesehene Repräsentanten von Politik und Kultur Stellung zugunsten Italiens. Ein Artikel von Francesco Chiesa – dem damals einflussreichsten Schriftsteller der italienischsprachigen Schweiz – vom 22. März 1941, der für ein besseres Verständnis für die «Gran madre» plädierte, entfachte im Tessin eine heftige Diskussion und mobilisierte die nicht unbedeutenden antifaschistischen Kräfte dieses Kantons.<sup>299</sup> Wenn auch diese Sichtweisen bei Weitem nicht von der Mehrheit der politischen Kräfte geteilt wurden, so ergibt eine breit angelegte Analyse doch ein sehr weitreichendes Spektrum von Stimmen, die in irgendeiner Form für die Neue Ordnung und den Kampf gegen die Sowjetunion grosses Verständnis zeigten.

Die Armeeführung wurde ebenfalls aussenpolitisch aktiv. General Guisans Vorliebe für eigenwillige Vorstösse in diesen Bereich ist schon verschiedentlich angesprochen worden. Im März 1943 kam es erneut zu einer sehr leichtfertigen Aktion. Guisan traf den Chef der Auslandspionage des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Standartenführer Walter Schellenberg, ein überzeugter Nazi und enger Mitarbeiter Himmlers. An einem intimen Nachtessen in Biglen am 3. März



und anlässlich eines Treffens vom 6. März in Arosa versicherte Guisan dem SS-Mann, dass die Armee die Neutralität, z.B. bei einem Angriff der Alliierten, bedingungslos verteidigen würde. Er fügte noch bei, dass, wenn keine Gefahr von Deutschland drohe, man in der Schweiz möglicherweise die Truppenstärke reduzieren könne, um der Wirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen. Dies wäre, soll der General beigefügt haben, ein indirekter Beitrag an die deutschen Kriegsanstrengungen.<sup>300</sup> Schellenbergs Interesse galt aber kaum diesen Fragen. Es ging dem SS-Führer vielmehr darum, in Konkurrenz zum Auswärtigen Amt, Auslandsverbindungen, z.T. auch wirtschaftlicher Art, zu pflegen und aufzubauen. In der Tat beruhten die Kontakte zur SS auf Geschäftsbeziehungen, die schon 1941 begonnen hatten und an denen auch der Sohn des Generals, Henri Guisan, beteiligt war. Es ging um eine Lieferung von Baracken, die vermutlich für den Bau von Konzentrationslagern bestimmt waren.<sup>301</sup> Der Sohn des Generals, in erster Linie seines Namens wegen beigezogen, konnte dabei eine saftige Gratifikation einstecken. Der Chef des Nachrichtendienstes, Oberst Masson, nahm diese Verbindung auf und organisierte im September 1942, vom General ermächtigt, erste Begegnungen mit Schellenberg. Guisan, der die Affäre auch dem Bundesrat gegenüber zu vertuschen versuchte, hatte einmal mehr das Verhältnis zur Landesregierung ernsthaft belastet.

Der persönliche Kleinkrieg zwischen General und Bundesrat Pilet-Golaz verstärkte die innenpolitischen Spannungen. Als der Bundesrat am 29. Dezember 1942 die militärische Beförderung des Sohnes von Guisan wegen gewisser Unstimmigkeiten in dessen privaten Leben um einen Tag verzögerte, führte dies zu einer weiteren tiefen und gehässigen Verstimmung des Generals, die schliesslich in einen von Intrigen geprägten Generalangriff auf Bundesrat Pilet-Golaz mündete.<sup>302</sup>

Das Bild, das die Schweiz in diesen Jahren im Ausland hinterliess, war wohl in erster Linie durch die Wirtschaftspolitik geprägt. Es besteht aber kein Zweifel, dass einzelne Persönlichkeiten, wie beispielsweise Bundesrat Pilet-Golaz, das Bild mitgestalteten. Ihm zur Seite standen Botschafter wie Frölicher in Berlin oder Vieli in Rom, die den Eindruck einer den Achsenmächten zuneigenden Schweiz verstärkten. Eine ähnliche Rolle in Frankreich erfüllte Minister Walter Stucki in Vichy, der das Vertrauen von Marschall Pétain genoss. Dagegen fand General de Gaulle, vor allem in diplomatischen Kreisen in Bern, nur wenig Beachtung. Die Versuche des Comité Français de la Libération Nationale in Algier,

vom Bundesrat eine zumindest offiziöse Anerkennung zu erhalten, kamen erst im Frühjahr 1944 und nur schrittweise voran. Ende Juli 1944 akzeptierte der Bundesrat den neuen Vichy-Botschafter Paul Morand, ein nazifreundlicher französischer Schriftsteller, während sich die Annäherung an Algier nur in inoffiziellen Rahmen dahinschleppte. Inzwischen hatte sich zudem am Genfersee eine Vichy-Kolonie angesiedelt, die offenbar das Wohlwollen von Pilet-Golaz und ihm verwandter politischer Kreise der Westschweiz genoss.<sup>303</sup> Über das Verhältnis zu Frankreich erklärte Pilet-Golaz noch am 2. Juni 1944 vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates: «La Suisse a elle-même un avantage certain à conserver à Vichy un représentant chargé de défendre les gros intérêts que nous possédons en France.»<sup>304</sup> Die Zurückhaltung der Schweiz dem unbesetzten Frankreich gegenüber hatte zur Folge, dass n/it den Behörden dieses Landesteils weder ernsthafte Handelsbeziehungen noch freundschaftliche Kontakte zustande kamen. Bern bekam es deutlich zu spüren, dass es zu lange auf Vichy gesetzt hatte.

Die schweizerischen Interessen beeinflussten auch die Politik des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK. Die Verstrickungen des Komitees mit der eidgenössischen Politik und Wirtschaft waren in diesen Jahren besonders eng. Der von 1928 bis 1944 amtierende Präsident des IKRK, Max Huber, war Verwaltungsratspräsident der AIAG und der Maschinenfabrik Oerlikon. Eine wichtige Rolle spielte ausserdem Carl J. Burckhardt, Schwiegersohn von Gonzague de Reynold und Nachfolger von Huber im Präsidium des IKRK. Die Schweiz war offiziell durch Bundesrat Etter und Edouard de Haller, Delegierter des Bundesrates für internationale Hilfe, vertreten. Das IKRK kümmerte sich während des Krieges in erster Linie um die gefangenen Soldaten. Der Judenverfolgung wurde hingegen lange Zeit keine besondere Beachtung geschenkt. Die Judenvernichtung galt als innerdeutsche Angelegenheit, in die man sich nicht einzumischen hatte. Als im Herbst 1941 in Frankreich die Verfolgungen begannen und das französische Rote Kreuz um Hilfe bat, verweigerten Huber und Burckhardt ihre Unterstützung. Und als im Sommer 1942 im Komitee eine schüchterne Diskussion über die Konzentrationslager und die Judenvernichtung aufkam, verbaten sich Burckhardt, Etter und de Haller, aussenpolitische Gründe vorschiebend, jede weitere Erörterung dieses Themas.<sup>305</sup> Burckhardt orientierte zwar den amerikanischen Konsul in Genf über die Judenvernichtungen, von denen er aus sicherer Quelle wusste; aber weder er persönlich noch das IKRK versuchten, in diesen kritischen Jahren etwas gegen den Völkermord der Nazis zu

unternehmen. Erst gegen Kriegsende, als die Alliierten der Frage der jüdischen Flüchtlinge zunehmend Gewicht beimassen, trat langsam eine Wendung ein. Im Übrigen unternahm das IKRK nur Sonderaktionen, wenn damit nicht die Beziehungen zu Nazi-Deutschland gefährdet wurden, wie beispielsweise bei der Hilfe an das hungernde Griechenland.<sup>306</sup>

Damit sind wir erneut bei der Flüchtlingspolitik der Schweiz angelangt. Ihr sollte eigentlich ein eigenes Kapitel gewidmet werden; doch da wir heute über eine umfangreiche Literatur verfügen, beschränke ich mich auf einige grundsätzliche Hinweise.<sup>307</sup> Seit Ausbruch des Krieges waren Zivilflüchtlinge, darunter zur Hauptsache Juden, systematisch von einer Einreise in die Schweiz abgehalten worden. Auch andere Volksgruppen galten als speziell unerwünscht. So befahl die Polizeisektion des Armeekommandos im September 1941, entwichene russische Kriegsgefangene seien an der Grenze zurückzuweisen; die Massnahme musste allerdings einige Monate später aussenpolitischer Bedenken wegen wieder rückgängig gemacht werden.<sup>308</sup> Die Politik der strikten Rückweisung der jüdischen Flüchtlinge erreichte 1942 ihren Höhepunkt, wurde aber auch 1943 noch ziemlich strikte befolgt. Es ist bezeichnend für die damalige Haltung der Schweiz, dass die Asylpolitik genau in jenen Monaten versagte, als der Aussenhandel und die deutschen Goldlieferungen Höchstwerte verzeichneten. Von Kriegsausbruch bis Ende 1941 waren nur 212 Flüchtlinge aufgenommen worden. In der ersten Hälfte des Jahres 1942 nahmen die monatlichen Übertritte zu (243 im Juli), so dass sich am 13. August der Chef der Fremdenpolizei, Rothmund, veranlasst sah, eine totale Grenzsperrung zu erlassen. Auf öffentlichen Druck musste diese schon nach zehn Tagen gelockert werden. Doch die Politik der Abschliessung wurde mit den Weisungen vom 26. September und 29. Dezember 1942 erneut verschärft. «Flüchtlinge nur aus Gründen der Rassenverfolgung», so die vom Bundesrat abgesegnete Weisung, galten nicht als politische Flüchtlinge, ebensowenig wie die in Deutschland zwangsverpflichteten Arbeitskräfte.<sup>309</sup> Zur Zeit dieser harten Abweisungs politik, Ende 1942, befanden sich insgesamt nur 9'000 Zivilflüchtlinge in der Schweiz. Rothmund begab sich ausgerechnet in dieser Zeit, vom 12. Oktober bis 6. November, zu einer offiziellen Visite nach Berlin. Er liess sich, begleitet vom Gesandten Frölicher, durch das Konzentrationslager Oranienburg führen und meldete in seinem Bericht keine alarmierenden Beobachtungen.<sup>310</sup>

Bundesrat von Steiger hinwiederum suchte die Flüchtlingspolitik am 30. August 1942 mit dem Bild des «stark besetzten kleinen Rettungsbootes» zu rechtferti-

gen. Eine Minderheit des Parlaments kritisierte am 22./23. September 1942 diese Politik, doch alle bürgerlichen Parteien gaben schliesslich eine Erklärung ab, in der sie die bundesrätlichen Massnahmen billigten. Dass von Steiger durchaus auch Zustimmung bei bekannten Persönlichkeiten fand, zeigt ein Brief des ehemaligen Präsidenten des Schriftstellerverbandes Felix Moeschlin an seine Frau: «Bundesrat von Steiger war ausgezeichnet in der Behandlung der Flüchtlingsfrage. Nichts dagegen einzuwenden.»<sup>311</sup> Solche Stimmen waren nicht vereinzelt. Der Vaterländische Verband hatte schon im August dem Bundesrat zu seinen Massnahmen gratuliert. Es gab auch Funktionäre wie der Kommandant des Grenzwachtkorps V, Frédéric Rapp, welche die restriktive Politik durch äusserste Härte auf die Spitze trieben. Dahinter stand, wie Guido Koller in seiner Studie festhielt, «kruder Rassenantisemitismus».<sup>312</sup> Der Waadtländer Regierungsrat Antoine Vodoz, Mitglied der Ligue Vaudoise, blies ins gleiche Horn. Die Ligue Vaudoise ihrerseits, unterstützt vom Präsidenten der Waadtländer Jungfreisinnigen, übergab im November 1942 dem Bundesrat ein mit über 800 Unterschriften versehenes Memorandum, das noch schärfere Massnahmen gegenüber den Flüchtlingen forderte.<sup>313</sup> Und General Guisan wies auf die Belastung der Armee durch die Anwesenheit der Flüchtlinge hin und forderte am 13. Oktober 1943 Bundesrat von Steiger auf, «d'étudier la possibilité de mesures nouvelles qui fermeraient plus hermétiquement notre frontière».<sup>314</sup> Gerade in diesen Wochen war die Lage an der Südgrenze, nach dem Sturz Mussolinis und der Besetzung Italiens durch die deutschen Armeen, sehr kritisch geworden.

Flüchtlinge und Internierte kamen, wenn sie nicht von privaten Organisationen versorgt wurden, in Heime, Quarantäne- und Arbeitslager. Eine Integration ins zivile Leben war nicht möglich, da den Flüchtlingen Erwerbsarbeit untersagt war. Das Leben in den Arbeitslagern war hart, und ein Teil der Kommandanten verlangten nicht nur militärische Disziplin, sondern liessen sich auch zu unmenschlichen Schikanen hinreissen.<sup>315</sup> Die Kosten der jüdischen Flüchtlinge wurden hauptsächlich der israelitischen Gemeinde in der Schweiz auf erlegt. Der Aufenthalt der in die Schweiz geflüchteten Juden war immer wieder vom Schatten des latenten, aber weit verbreiteten Antisemitismus belastet. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass 1942 im Kanton Waadt, wo die Ligue Vaudoise einen offenen Antisemitismus schürte, ein jüdischer Händler in brutaler Weise ermordet wurde.<sup>316</sup>

Die Haltung gegenüber den Flüchtlingen war von Kanton zu Kanton verschieden. Basel-Stadt beispielsweise verteidigte erfolgreich eine humanitäre Praxis

und weigerte sich nicht selten, die Befehle Berns auszuführen.<sup>317</sup> Segensreich erwies sich insbesondere die engagierte Hilfstätigkeit einzelner Bürger und Bürgerinnen. Besonders Frauen zeichneten sich durch unermüdlichen, mit persönlichen Opfern verbundenen Einsatz aus. Stellvertretend seien hier die Namen von Gertrud Kurz, Regina Kägi-Fuchsmann, der Leiterin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, sowie von Elsbeth Kasser, Anne-Marie Imhof-Piguet und Friedel Bohny-Reiter genannt. Die beiden Letztgenannten hatten mit grossem persönlichen Einsatz jüdische Kinder in Frankreich vor der Vernichtung gerettet. Solche Aktionen wurden von den (männlichen) Vorgesetzten meist unterbunden und die Verantwortlichen scharf zur Rechenschaft gezogen. Letztlich setzte sich der Apparat von Bundesrat von Steiger und den angeschlossenen Organisationen mit ihrer oft unmenschlich sturen Haltung durch.<sup>318</sup>

Der Druck war aber so gross, dass trotz andauernder Rückweisungen vermehrt Flüchtlinge ins Land kamen; Ende des Jahres 1943 wurde die Zahl von 20'000 überschritten. Aber erst eine mildere Fassung der Weisungen, erlassen am 12. Juli 1944, öffnete die Grenztore einen Spalt weiter. Es sei daran erinnert, dass am gleichen Tage die US-Administration beschloss, mit härteren Massnahmen gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Neutralen mit dem Dritten Reich vorzugehen. In dieser Phase legte auch das IKRK seine Untätigkeit ab und setzte sich für die Rettung ungarischer Juden ein. Am 21. August 1944 kam ein erster Transport von 317 Personen aus dem Lager Bergen-Belsen, die von jüdischen Organisationen freigekauft worden waren, in acht Viehwagen über die Schweizer Grenze.<sup>319</sup> Zur Entschuldigung der restriktiven Flüchtlingspolitik wurde immer wieder vorgebracht, man habe damals vom ungeheuerlichen Vernichtungsfeldzug der Nazis nichts wissen können. Dies stimmt nicht. Aus diplomatischen Berichten, Hinweisen von Vertrauenspersonen und Befragungen von Flüchtlingen und Deserteuren kam schon gegen Ende 1941 eine so grosse Zahl sich überschneidender Information in Bern zusammen, dass über den wahren Charakter der Verfolgungen kein Zweifel bestehen konnte. 1942 schlugen sich diese Nachrichten sogar in den Rapporten der Fremdenpolizei nieder. Bei den verantwortlichen Beamten der Flüchtlingspolitik lagen schon sehr früh Meldungen über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung vor. Die Behörden wollten aber nichts davon wissen, und die Zensur versuchte, alle Informationen über die Verfolgung und Vernichtung der Juden zu unterbinden. In einem streng vertraulichen Bericht vom 30. Juli 1942 sprach sogar der stellvertretende Chef der Polizeiabtei-

lung, Robert Jezler, von Zuständen im Osten, die derart grässlich seien, «dass man die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entrinnen», verstehen müsse.<sup>320</sup> Bundesrat von Steiger, der letztlich die Verantwortung der Rückweisungspolitik trug, musste von dem, was in Nazi-Deutschland vor sich ging, gewusst haben.

Der Eindruck, den die Schweiz durch diese Aktivitäten und Attitüden im weiteren Ausland hinterliess, verstärkte wohl vielerorts das Bild einer im Kielwasser der Achsenmächte segelnden Schweiz. Dies entsprach zwar kaum der allgemeinen Stimmung im Volk, wo die Alliierten mehrheitlich die grössten Sympathien genossen. Aber die offizielle Schweiz machte gegenüber den Engländern und Amerikanern keine Freundschaftsgesten, die jene von Frölicher, Bircher und der deutschfreundlichen Kreise aufgewogen hätten. Gewiss, die Eidgenossenschaft hatte zahlreiche Mandate als Schutzmacht der Kriegführenden übernommen. Die Betreuung der Kriegsgefangenen war denn auch ein gewichtiges Argument in der Beurteilung der Verantwortlichkeiten der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Hinzu kam die Rolle der Schweiz als Spionagedrehscheibe. Der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der Alliierten in der Schweiz wurde viel Spielraum gelassen, und insbesondere der englische Geheimdienst hatte den Beobachtungsposten Schweiz sehr geschätzt.<sup>321</sup> In der Schweiz wirkten auch einige Übermittlungsstationen internationaler Spionageringe; deren Wirksamkeit sollte aber nicht, wie dies nach dem Kriege oft der Fall war, überschätzt werden. Während einzelne Gruppen des militärischen Nachrichtendienstes der Schweizer Armee Verbindungen mit alliierten Stellen pflegten, gingen Militärjustiz und Bundespolizei, letztere gelegentlich von deutschen Stellen gestossen, forsch gegen dieselben Kreise vor. Die Deutschen hinwiederum bauten eine all umfassende nachrichtendienstliche Präsenz in der Schweiz auf; sie waren daher über die Stellungen und die Massnahmen der Armee und der Behörden recht gut informiert.<sup>322</sup> Insgesamt gab sich die offizielle Politik, und insbesondere Aussenminister Pilet-Golaz, den Briten und den Amerikanern gegenüber mehr als spröde. Zudem setzte die Handelspolitik zu lange auf die deutsche Karte und verpasste den günstigen Moment, den Angloamerikanern ehrliche Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Die schweizerische Führung hatte sich zwar durch die Wirtschaftskooperation mit den Achsenmächten eine zufriedenstellende innere Existenzgrundlage und eine relative Handlungsfreiheit, aber kein neutrales Image und nur wenig politische oder moralische Glaubwürdigkeit bewahren können.

Verschiedene zentrale Leitplanken hielten die innere Entwicklung der Jahre 1940 bis 1944 in mehr oder weniger geordneten Bahnen. Eine staatlich dirigierte Wirtschaftspolitik sorgte für Arbeit, Einkommen und Versorgung. Die Geschäfte der Nationalbank garantierten einen hohen und international anerkannten Frankenkurs. Das Vollmachtenregime hielt – oft mehr schlecht als recht – sowohl die innere wie die äussere Führung zusammen und schuf eine minimale Rückkoppelung ans politische System. Und die im Réduit stationierte Armee, symbolisch Trägerin des Widerstandswillens, wurde in erster Linie als Regulator der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes benutzt. Diese vier Dimensionen der innern Front, durch zahlreiche Kanäle und Aussenstationen untereinander verbunden, dienten trotz gelegentlicher innerer Widersprüche dem allem übergeordneten Ziel dieser Epoche: die Optimierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Das Volkswirtschaftsdepartement von Bundesrat Stampfli war zum zentralen Regierungsorgan der Kriegsjahre geworden. Arbeitsumfang und Verantwortung übertrafen bei Weitem jene der andern Bundesräte. Es war keine leichte Aufgabe, und sie litt zudem nicht selten unter den Spannungen, die sich innerhalb des Bundesratskollegiums eingestellt hatten. Als Stampfli am ersten Tag seiner Amtszeit um Audienz bei Pilet-Golaz bat, liess dieser ihn über eine halbe Stunde im Vorzimmer warten. Zu den Bundesräten Kobelt und von Steiger hatte Stampfli wenig Zutrauen; nur mit Etter verstand er sich recht gut. Besonders kritisch war das Verhältnis zu General Guisan. Schon zu Beginn seiner Amtszeit hatte ihn ein Ereignis misstrauisch gemacht. Guisan hatte versucht, vom Volkswirtschaftsdepartement Unterstützung für ein fragwürdiges Erdölprojekt zu erhalten, an dem sein Sohn persönlich beteiligt war. Später kam es zu grundlegenden Differenzen in der Frage der Aufgebote, weil Stampfli offenbar die militärische Bedrohung bedeutend kleiner einschätzte als der General, den wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten mehr Gewicht beimass als den militärischen und das Réduit als eine fragwürdige und zu kostspielige Sache empfand.<sup>323</sup>

Zwei Organisationen standen im Zentrum von Stampflis Aktivität: die Wirtschafts- und Finanzdelegation des Bundesrates, die wöchentlich tagte, und die Kommission für Kriegswirtschaft. Die Wirtschafts- und Finanzdelegation setzte sich zusammen aus den drei Bundesräten Stampfli, Pilet-Golaz und Wetter, dem

Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements Jean Hotz, dem Chef der Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen des Politischen Departements Robert Kohli, dem Sekretär des Bauernverbandes Ernst Laur und, last but not least, Heinrich Homberger vom Vorort. Es handelte sich zweifelsohne – neben der schon erwähnten Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen – um das wichtigste Entscheidungsorgan der Schweiz, besetzt mit hochkarätigen, politisch und wirtschaftlich mächtigen Persönlichkeiten. Die Kommission für Kriegswirtschaft hinwiederum war ein Koordinationsorgan, in dem die Chefs der Kriegswirtschaftsämter, der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, der Chef der Kriegstechnischen Abteilung des Militärdepartements, ein Direktionsmitglied der Nationalbank und ein Vertreter der Wirtschaft Einsitz hatten. Sowohl die Arbeiterschaft wie die Sozialdemokraten waren kaum vertreten. Eine Ausnahme, die später oft herausgestrichen wurde, bildete der ehemalige Generalstreikführer Robert Grimm, nun Chef der kriegswirtschaftlichen Abteilung Kraft und Wärme.<sup>324</sup> Die konkreten Arbeiten im Bereich von Wirtschaft und Versorgung übernahmen die Syndikate zur Kontrolle der Einfuhren und die einzelnen Kriegswirtschaftsämter. Zu den wichtigeren zählte das von Josef Käppeli geführte Kriegsernährungsamt. Es entwickelte neben der Privatindustrie ein umfangreiches Einkaufs- und Verteilungssystem, das auf seinem Höhepunkt, 1943, einen Umsatz von beinahe einer halben Milliarde Franken aufwies. Zwischen 1940 und 1945 erreichten diese Warengeschäfte auf der Einnahmenseite 1,7 Mia. und auf der Ausgabenseite 1,8 Mia. Franken.<sup>325</sup> Da sich ein Grossteil der Mitarbeiter der Kriegswirtschaftsämter aus der Privatindustrie rekrutierte – wobei diese ihre Tätigkeit oft nur im Nebenamt ausübten –, entstand ein staatlich kontrolliertes, aber von Privatinteressen durchdrungenes System, das die schon bestehende Verflechtung von Staat und Wirtschaft entscheidend erweiterte und vertiefte. Bundesrat Stampfli dirigierte diesen Apparat gelegentlich mit harter Hand und ging kompromisslos gegen unfähige Leute vor. «Ich gehöre nicht zu den Leuten», äusserte er 1941 im Nationalrat, «die finden, ein im öffentlichen Amt stehender Mann müsse erst ein Haus angezündet oder seine Schwiegermutter umgebracht haben, bevor er entfernt werden dürfe.»<sup>326</sup> Ebenso unzimpflich und autoritär konnte er kritisierende Parlamentarier in die Schranken weisen.

Ein anfänglich sehr umstrittenes Projekt war der sogenannte Plan Wahlen, von dem schon im Kapitel 2 (S. 52) die Rede war. Die vom Leiter selbst lancierte



Propaganda bewirkte, dass dieser Plan in der Öffentlichkeit und in der Geschichtsschreibung lange überschätzt wurde. Die Realität erweist sich bescheidener als der Ruf. Anfänglich stiess die Idee der Erweiterung des Ackerlandes weder beim Bundesrat noch in der Öffentlichkeit auf grosses Interesse. Dies veranlasste Friedrich Traugott Wahlen, Chef der Sektion landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Kriegsernährungsamt, in die Offensive zu gehen. Er stellte, ohne seine Vorgesetzten Käppeli und Bundesrat Stampfli zu orientieren, am 15. November 1940 in einem Vortrag vor der Gesellschaft Schweizerischer Landwirte der Öffentlichkeit seinen umfassenden Plan vor.<sup>327</sup> Dieser stiess zwar weder bei den Bauernorganisationen noch bei den Spitzenfunktionären und Politikern auf Begeisterung. Umso mehr nahm sich der Gotthard-Bund der Sache an. Er publizierte Wahlers Vortrag und weckte das Interesse des Publikums für den Anbauplan. Bundesrat Stampfli liess sich nach kurzem Zögern ebenfalls von der Nützlichkeit des Projekts überzeugen, so dass dieses 1941 systematisch in Angriff genommen werden konnte. Jährlich wurden nun zu den schon 1939 beschlossenen 25'000 Hektaren neue Erweiterungen beschlossen, so dass sich bis 1945 die Ackerfläche insgesamt von 208'000 auf 367'000 Hektaren vergrösserte. Dieser Ausbau ging keineswegs ohne Widerstände vor sich. Weite Kreise der Bauern zeigten wenig Begeisterung, und die Exportindustrie sowie die Banken standen dem Plan grundsätzlich skeptisch gegenüber. Über die Einberufungen und Urlaube der Bauern ergaben sich zudem Konflikte mit dem Armeekommando. Bei den Arbeitern und Angestellten stellte sich gelegentlich der Eindruck ein, die Bauern würden übermässig privilegiert. Eine Gesamtbeurteilung muss der Frage nachgehen, inwieweit die «Anbauschlacht» den Eigenversorgungsgrad tatsächlich erhöhte. Peter Maurer hat in seiner Studie zum Plan Wahlen zu Recht darauf verwiesen, dass zwischen Aussenhandel und Erweiterung des landwirtschaftlichen Bodens ein enger Zusammenhang besteht. Tatsächlich konnte die entscheidende Etappe im Jahr 1942 nur durchgeführt werden, weil der umfangreiche Aussenhandel die materielle Basis für diesen Ausbau schuf. Die Autonomie der Ernährung konnte nur unter starkem Konsumverzicht gesteigert werden. Wenn der Auslandanteil an der Gesamtversorgung statistisch von 50 auf 13% zurückging, so lag dies in grossem Masse daran, dass die Bevölkerung den Gürtel enger schnallte. Tatsächlich sank der Index der Gesamtversorgung zwischen 1934/36 und 1944 von 100 auf 71,9 Punkte, während der Anteil der inländischen Produktion nur von 50,8 auf 59

*Tabelle 3: Inland- und Auslandanteil an der Nahrungsmittelversorgung*

	Gesamtversorgung	Inlandanteil	Auslandanteil
1934/36	100,0	50,8	49,2
1940	94,7	49,9	44,8
1944	71,9	59,0	12,9

Quelle: Maurer, *Anbauschlacht*, 101.

Punkte, d.h. um 16% zunahm (s. Tab. 3). Betrachtet man die Versorgung von 1934/36 als hundertprozentig, so erhöhte sich der Anteil der Inlandproduktion eigentlich nur um 8,2 Punkte.

Die Anbauschlacht gewann jedoch aus psychologischen und propagandistischen Gründen eine überragende Bedeutung. Wie das Wort «Schlacht» schon andeutet, eröffnete der Plan Wahlen eine innere Front, an der eine umfassende, eng an die Geistige Landesverteidigung angelehnte Propaganda aufgezogen wurde. Neben dem patriotischen Einsatz war viel vom Wert des Bodens, des Bauerntums und der Volksgemeinschaft die Rede. Der obligatorische Arbeitsdienst auf dem Land, am 11. Februar 1941 neu geregelt, galt auch als nationale Schule der Jugend. 1944 standen 145'000 Hilfskräfte im Einsatz. Die grösseren Industriebetriebe, verpflichtet, selber Ackerböden unter den Pflug zu nehmen, benutzten die Gelegenheit, ihren Arbeitern die Werte von Boden, Heimat und Staat vorzutragen. Es entstand eine dem Zeitgeist nicht fremde Volksideologie, die noch weit in die Nachkriegszeit hineinreichte. Im Kielwasser dieser Politik versuchten die Bauernvertreter, wie später noch zu zeigen sein wird, für die Nachkriegszeit eine neue, staatlich abgesicherte Landwirtschaftspolitik vorzubereiten.

Die Anbauschlacht allein konnte eine gute Versorgung der Bevölkerung nicht garantieren. Es musste ebenfalls die Verteilung organisiert, die Preise kontrolliert, Subventionen für Grundnahrungsmittel ausgeschüttet und der Schwarzmarkt eingedämmt werden. Die Preiskontrolle war für Stampfli das wichtigste Element der Massnahmen zur Verhinderung einer Inflation. Zur Bekämpfung des Schwarzmarktes mussten spezielle Strafkommisionen geschaffen werden. Die Verletzungen der Vorschriften nahmen zu, und der Bundesrat musste im Dezember 1941 die Strafbestimmungen verschärfen.

Insgesamt wurden 235'000 Verfahren eingeleitet. Es kam gelegentlich zu Spannungen mit der Bevölkerung und sogar zu krawallartigen Auseinandersetzungen und Aufruhrszenen wie in Steinen im September 1942 oder in Bulle im November 1944.<sup>328</sup>

Die mit der Rationierung der Lebensmittel verbundene Kontrolle trug ebenfalls wesentlich zur Erweiterung der staatlichen Verwaltung bei. Die Rationierungsmassnahmen wurden vor allem ab 1941 immer umfassender und strenger. Als im Frühjahr 1944 dem Brot Kartoffelmehl beigemischt werden musste, schien die Grenze des Erträglichen erreicht. Kartoffeln, während der gesamten Kriegsdauer nie der Rationierung unterstellt, bildeten nun den Hauptbestandteil der Nahrung breiter Volkskreise. Vorgeschriebene fleischlose Tage verminderten den Fleischkonsum. Käse erwies sich, angesichts der Verknappung vieler anderer Güter, als ein gesuchtes Ausweichprodukt der manchmal eintönigen Kriegsernährung.

Die staatlich gesteuerte Wirtschaft, mit der die Landwirtschaft Auftrieb erhielt, gefiel zunehmend auch Gewerbetreibenden und Anhängern des Korporatismus. Ihre politische Haltung wurde indirekt durch den Bundesrat bestärkt, als dieser die antiliberalen Massnahmen verlängerte, die schon in der Krise der 30er Jahre getroffen worden waren. Auf den 1. Januar 1942 wurden neue Bewilligungspflichten für die Eröffnung und Erweiterung verschiedener Gewerbebetriebe in Kraft gesetzt und am 30. September mit einem Vollmachtenbeschluss Bundeshilfe für bedrohte Wirtschaftszweige versprochen. Diese Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus sollte zwar vor allem einer effizienten, aber zeitgebundenen kriegswirtschaftlichen Produktion dienen; breite Kreise waren nun aber überzeugt, man könne nach dem Kriege die Handels- und Gewerbefreiheit schlicht über Bord werfen.

In dieser Wirtschaftspolitik kam der Armee, wenn auch meist gegen ihren Willen, eine wichtige Funktion für den Arbeitsmarkt zu. Die Mobilisation hatte das Gespenst der Arbeitslosigkeit verscheucht, und die Aufgebote fürs Réduit wirkten als Regulator des Arbeitsmarktes. Dies führte jedoch zu einem permanenten Interessenkonflikt zwischen dem General und Bundesrat Stampfli. Zwar erfolgte die Demobilisation der Armee im Sommer 1940, wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt, noch in voller Übereinstimmung zwischen Regierung und Armeekommando. So schuf die rasche Wiederaufnahme der Arbeit und die Intensivierung der Exportindustrie nach innen wie aussen – d.h. in Berlin – Vertrauen. Der Ausbau der Landwirtschaft, die Stampfli schliesslich auf dieselbe Stufe wie die

militärische Landesverteidigung stellte, forderte ebenfalls einen grossen Arbeitsinsatz. Als der General dann neue Aufgebote ohne Berücksichtigung wirtschaftlicher oder aussenpolitischer Bedürfnisse erlassen wollte, kam es zum Konflikt mit dem Bundesrat. Stampfli stellte sich im Winter 1942/43, von Pilet-Golaz lebhaft unterstützt, barsch einer Erhöhung der Truppenzahl entgegen. Anfang Juli 1944 kam es zu einer ähnlichen Situation. Erneut ging der Bundesrat nicht auf alle Forderungen des Generals ein und verlangte in seiner Antwort an Guisan ausdrücklich, «dass sobald als möglich weitgehende Beurlaubungen vorgenommen werden und dass wenn die Lage es erlaubt, die Aufgebote wieder reduziert werden».<sup>329</sup> Neben wirtschaftlichen Gründen sprach auch die Stimmung im Volk gegen eine erneute Mobilisation. Zudem sahen, im Gegensatz zu Guisan, weder der Bundesrat noch die Bevölkerung nach der Landung der Alliierten eine unmittelbare Gefahr. Auch hatte man in gewissen Kreisen vom militärischen Treiben genug. Stampflis Biograph bemerkt treffend zu diesem Interessenkonflikt: «Kein noch so populärer General hätte die Moral der Truppe aufrechterhalten können, wenn die Familien zu Hause gehungert hätten.»<sup>330</sup>

Die Lohnpolitik wurde indessen viel zurückhaltender angegangen. Immerhin setzte Stampfli am 8. Oktober 1941 eine Lohnbegutachtungskommission ein, die Grundlagen zur Steuerung des Teuerungsausgleichs lieferte. Trotz zahlreicher Divergenzen beteiligten sich die Gewerkschaften an dieser Politik. Zur Schaffung eines eigentlichen eidgenössischen Lohnamtes, das selbst in Kreisen des Freisinns gefordert wurde, konnte sich Stampfli allerdings nicht durchringen. So blieben die Lohnabhängigen – insbesondere die Frauen – das schwächste und am wenigsten geschützte Glied der Kriegswirtschaft. Einzig die am 1. Oktober 1941 erlassene Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen stärkte geringfügig die Position der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmern. Dass Stampfli seiner beruflichen Herkunft als Vertreter von Arbeitgeberinteressen treu blieb, zeigte auch das zurückhaltende Vorgehen gegen die Kriegsgewinne. Die Kriegsgewinnsteuer, offenbar nicht sehr wirkungsvoll angewandt und am 18. November 1941 noch gemildert, wurde mittels grosser Abschreibungen umgangen.

Für die Gesamtstrategie der Schweiz war entscheidend, dass die Landesverteidigung in die Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik kam. Die Militärausgaben, die in den Jahren 1939 bis 1941 über die Hälfte der Gesamtausgaben des Bundes ausmachten, spielten eine wichtige Rolle in der Steuerung der Gesamtwirtschaft. Sie mussten sich aber letztlich den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen unter-

ordnen. Das Réduit, die Bauten und die Beschaffung von Kriegsmaterial hatten in grossem Masse, ob direkt oder indirekt, als konjunkturpolitische Pufferzonen zu dienen. Bundesrat Stampfli erreichte mit dieser Politik eine wirtschaftlich relativ stabile, sich am Aussenhandel orientierende Entwicklung, die auch die Grundlage für die gesellschaftliche Ruhe und die materielle Existenz der Schweiz schuf.<sup>331</sup>

## POLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT IM RÉDUIT

Das traditionelle politische Geschehen lief in diesen Jahren auf Sparflamme. Das Vollmachtenregime, die rechten Erneuerungsbewegungen und der Druck der Achsenmächte paralyisierten teilweise die traditionelle politische Aktivität. Hinzu kam, dass andere Kräfte, wie etwa die Anbauschlacht, die politische Öffentlichkeit besetzten. Eine ähnliche Wirkung hatte die von der Generaladjutantur am 26. September 1939 geschaffene Sektion Heer und Haus. Sie war anfänglich in erster Linie für die geistige Betreuung der Truppe gedacht. Als dann aber das von Bundesrat Etter geplante Propagandaministerium zu lange auf sich warten liess, übertrug der General der Sektion Heer und Haus die Aufgabe, eine umfassende, auch die Zivilbevölkerung einzubeziehende Propaganda zu organisieren. Zudem betrieb Heer und Haus ein Informationsnetz, mit dem die Stimmung und die politische Haltung der Bevölkerung erforscht und analysiert wurde. 1941 kamen sogenannte Orientierungskurse hinzu. Ausgewählte und mit militärischem Marschbefehl eingeladene Bürger erhielten während zwei Tagen Referate zu wirtschaftlichen, militärischen und weltanschaulichen Themen vorgetragen. Anschliessend forderte man sie auf, regelmässig über die Stimmung in ihrer unmittelbaren Umgebung zu berichten. Von Juli 1941 bis Kriegsende wurden in über 600 Kursen an die hunderttausend Schweizer erfasst. Von der Arbeitsgruppe Pro Helvetia erhielt Heer und Haus jährlich die stattliche Summe von 250'000 Franken. Zusammen mit der Abteilung Presse und Funkspruch, d.h. der Pressezensur, verfügte die Armeeführung über ein eigentliches Departement des Innern, das der offiziellen Landesregierung Konkurrenz machte und der Armee parastaatliche Attribute verlieh. Gleichzeitig half diese Propaganda kräftig mit, in der Bevölkerung ein populäres Bild des Generals zu verbreiten. Der General selbst trug dazu bei, indem er unermüdlich die Truppen und die Bevölkerung besuchte und

im Land herumreiste; er hat im Aktivdienst rund 350'000 km im Auto zurückgelegt. Angesichts dieser spektakulären Betriebsamkeit ist es nicht verwunderlich, dass der Bundesrat gelegentlich misstrauisch wurde. Guisan verstand es jedoch, sich in diesen Fragen mit Bundesrat Etter zu arrangieren.<sup>332</sup>

Die Armee produzierte auch Filme. Sie sollten, ergänzend zur obligatorischen Film-Wochenschau, die Wehrhaftigkeit dokumentieren. In jenen Jahren dominierte in der Öffentlichkeit jedoch eindeutig die Deutsche Wochenschau, ein raffiniertes und cinematographisch hochstehendes Propagandainstrument Nazi-Deutschlands. 1942 wurden jede Woche 21 Kopien importiert, ergänzt durch 7 Kopien der italienischen Wochenschau. Dem Spielfilmimport, wo die deutschen Werke ebenfalls einen gewichtigen Platz einnahmen, stand eine zwar wachsende, aber doch nur kleine einheimische Produktion gegenüber. Die 1938 geschaffene Filmkammer, präsiert von Albert Masnata, erwies sich bei der Filmförderung wenig wirksam, und die Zensur erschwerte in der Regel die Arbeit der Filmschaffenden.<sup>333</sup>

Eine weitere, ebenfalls psychologisch wichtige Sektion der Generaladjutantur war der im Februar 1940 geschaffene Militärische Frauenhilfsdienst. Den zahlreich sich meldenden Frauen konnte zwar aus Kostengründen keine Uniform, sondern nur eine Schürze und eine Armbinde abgegeben werden. Wer trotzdem eine Uniform tragen wollte, musste diese selbst bezahlen. In der Öffentlichkeit erweckte der FHD allerdings nicht selten widersprüchliche Reaktionen. Viele Frauen hofften, dass dank der Erfüllung dieses patriotischen Dienstes ihr Status in Staat und Gesellschaft verbessert würde. Dies widersprach aber der konservativen Attitüde der Männer, die nicht gewillt waren, den Frauen einen Platz in ihrem politischen System und in ihrer männerbündischen Öffentlichkeit einzuräumen. Gewisse Unternehmer sahen in der FHD zudem eine unliebsame Konkurrenz, die billige Arbeitskräfte absorbierte. Insgesamt stellte sich eine sehr ambivalente, der Emanzipation der Frauen wenig förderliche Haltung ein. Die Richtlinien des Bundesrates verlangten ausdrücklich eine Zurückbindung der Frau auf ihre traditionellen Rollen. Gleichzeitig wurde sie aber nicht nur als Hilfskraft der Armee, sondern auch als Symbol der Geistigen Landesverteidigung – hier uniformiert in Trachtenkleidung – in der Öffentlichkeit zelebriert. Ihr eigentlicher Dienst für das Gemeinwohl und die oft undankbare und praktisch nicht bezahlte Arbeitsleistung wurden jedoch gesellschaftlich nicht wirklich honoriert.<sup>334</sup>

Zum öffentlichen Bewusstsein, das die Kriegszeit ebenfalls stark prägte, müssen die Todesurteile und Hinrichtungen von Landesverrätern gezählt werden. We-

gen Verrat von militärischen Geheimnissen wurden 33 Männer zum Tode verurteilt; 17 dieser Urteile wurden vollstreckt. Zwanzig Todesurteile fielen in den Jahren 1943 und 1944, und die ersten Erschiessungen fanden am 10. und 11. November 1942 statt. Die letzte Hinrichtung erfolgte am 7. Dezember 1944. Die Todesstrafe war vom Bundesrat am 28. Mai 1940 als aussergewöhnliche Massnahme auf die Zeit der Mobilisation ausgedehnt worden. Die Stimmung im Lande unterstützte, so weit sich dies aus den Quellen eruieren lässt, die Durchführung dieser Strafe. Die Bundesversammlung nahm nur ein einziges der ihr vorgelegten Begnadigungsgesuche an.<sup>335</sup> Heute stellt sich die Frage, ob diese Härte tatsächlich immer der Schwere der Vergehen entsprochen hatte oder ob hier gelegentlich in exemplarischer Form eine als kriegsnotwendig verstandene, aber auch der autoritären Innenpolitik dienende Disziplin zelebriert werden sollte. Es besteht ein seltsamer Kontrast zwischen der hier angewandten Härte und der Toleranz, mit der zweifelhaft wirtschaftliche oder politische Beziehungen auf höherer Ebene geduldet wurden.

Zu einer weiteren scharfen Massnahme griff der Bundesrat im Mai 1943, als er die Ausbürgerung von Schweizern einführte, die vom Ausland her gegen die Sicherheit des Landes verstossen hatten. Zuvor war das Schweizerbürgerrecht unverlierbar gewesen. Das Schlagwort «unschweizerisch», das in jenen Jahren Hochkonjunktur hatte, fand damit eine staatsrechtliche Verankerung.

Das eigentliche Mittel der Öffentlichkeitsarbeit im Kriege war die Propaganda. Obwohl der Bundesrat auf das Propagandaministerium verzichtet hatte, versuchte er dennoch gelegentlich, spektakuläre öffentliche Aktivitäten zu entfalten. Dies war etwa 1941 anlässlich der 650-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft der Fall. In Schwyz inszenierten die Landesregierung und die Armeeführung vor geladenen Gästen eine martialische offizielle Feier.<sup>336</sup> Als der Schriftsteller César von Arx ein Festspiel vorlegte, in dem auch die Asylpolitik ihren Platz finden sollte, strich Bundesrat Etter persönlich diesen Teil und ersetzte ihn mit einem Thema, dass besser zum innenpolitischen Selbstverständnis der Regierung passte.<sup>337</sup> Etters kulturpolitische Intervention ergänzte so bestens den Geist, den Rothmund und von Steiger der Flüchtlingspolitik auferlegt hatten. In ähnlicher Weise verfuhr eine Verlagsleitung 1942 mit dem Roman «Bohnenblust» von Albin Zollinger. Eine Stelle, die sich kritisch mit der Emigrantenfrage beschäftigte, wurde gestrichen. Überhaupt galten Intellektuelle, die – wie beispielsweise der Theologe Karl Barth – kritische Fragen zu Humanität und Demokratie stell-

ten oder gar zum Kampf gegen den Nationalsozialismus aufriefen, bei Bundesrat und der Zensur als böswillige Störenfriede, deren Worte mit allen Mitteln unterdrückt werden mussten.<sup>338</sup>

Angesichts der breiten, von der Armee dominierten Öffentlichkeitsarbeit hatten es die traditionellen politischen Parteien schwer, ihren angestammten Platz zu behaupten, umso mehr als öffentliche Versammlungen seit Juni 1940 der polizeilichen Kontrolle unterstanden. Wenn diese Massnahme auch in erster Linie gegen die offen nazifreundlichen Gruppen wie die Nationale Bewegung der Schweiz NBS gerichtet war, so schränkte sie doch insgesamt das politische Leben ein. Im Sommer 1941 musste erneut gegen die weiterhin organisierten Anhänger der NBS vorgegangen werden. Es kam im Juni 1941 zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Unter den Verhafteten befanden sich auch einige Deutsche, zwei von ihnen waren sogar im Konsulat tätig. Der deutsche Gesandte Köcher versuchte, in diesem Fall allerdings ohne Erfolg, Protest einzulegen.<sup>339</sup> Im Januar 1942 kam es erneut zu Verhaftungen von notorischen Anhängern des Nationalsozialismus, denen im Sommer 1943 der Prozess gemacht wurde.<sup>340</sup> Es handelte sich allerdings um Leute, die trotz ihrer wilden Aktivität im politischen und gesellschaftlichen System der Schweiz kaum eine Rolle spielten.

1941 ging der Bundesrat ebenfalls gegen die Linke, d.h. die Fédération Socialiste Suisse, vor. Sie wurde am 27. Mai 1941 verboten und ihre vier Vertreter am 12. Juni 1941 aus dem Nationalrat ausgeschlossen. Ein grosser Teil der Westschweizer Linken verlor dadurch ihre politische Präsenz auf Bundesebene. Diese Massnahme, zehn Tage vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, beruhte eher auf Willkür denn auf rechtsstaatlichen Argumenten.<sup>341</sup>

Die Sozialdemokraten, die das Vorgehen gegen die FSS unterstützt hatten, hielten sich in den Jahren 1941 und 1942 politisch zurück. Immerhin beteiligten sich einige ihrer prominenten Mitglieder in der Aktion Nationaler Widerstand. Gegen Ende 1942 wurde die Partei aber wieder aktiv. Im November 1942 warnte Parteipräsident Oprecht vor zu starker Anpassung an die bürgerliche Politik, und im Dezember wurde mit der Broschüre «Die Neue Schweiz» ein Programm für die Nachkriegszeit vorgelegt. Dieses sah eine wirtschaftliche Planung und die teilweise Verstaatlichung von Grossbanken und Versicherungen vor. Der erste Artikel der Leitsätze zu einer Revision der Bundesverfassung lautete: «Der Bund gewährleistet auf freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage des Volkes Wohlfahrt und Kultur sowie die persönlichen Freiheits- und die politischen Volks-



rechte.» Artikel 10 hingegen lautet: «Das Kapital wird in den Dienst der Arbeit gestellt. Der Kredit steht als öffentlicher Dienst unter staatlicher Kontrolle. Die Währung ist derart zu handhaben, dass vom Geld keine wirtschaftlichen Störungen ausgehen.»<sup>342</sup> In England erschien übrigens zur gleichen Zeit der Rapport von Beveridge, *Social Insurance and the Allied Services*, mit dem die Idee des modernen Sozialstaates lanciert wurde. Dieser Plan kam auch in der Schweiz ins Gespräch.

Die mit der Niederlage von Stalingrad sich abzeichnende Kriegswende gab der SPS zusätzlich Auftrieb. Im Februar 1943 lancierte sie eine Initiative, mit der das Recht auf Arbeit und ein gerechter Lohn gesetzlich verankert werden sollten. Schliesslich brachten die Nationalratswahlen vom Oktober 1943 einen ersten Erfolg. Während die bürgerlichen Parteien stagnierten, gewann die SPS, nicht zuletzt dank Proporzglück, 8 zusätzliche Mandate; sie belegte damit im Nationalrat 56 und im Ständerat 5 Sitze. Darauf beschloss der Vorstand der Freisinnigen, der SPS einen Sitz im Bundesrat zu überlassen. Der Grund dieser Öffnung lag aber nicht nur im Wahlergebn der Linken, sondern ebenso sehr im absehbaren Niedergang des Dritten Reiches. Am 15. Dezember 1943 wurde der Zürcher Stadtpräsident Ernst Nobs im ersten Wahlgang mit 122 von 233 Stimmen als erster Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Er ersetzte den freisinnigen Chef des Finanzdepartements, Ernst Wetter.<sup>343</sup> Zu diesem Aufbruch der Linken zählt auch die Neuorganisation der an sich verbotenen Nicolisten (*Fédération socialiste suisse*) in der Westschweiz. Eine mit «Arbeiterpartei» bezeichnete Liste gewann im Mai 1943 in den Wahlen in den Genfer Gemeinderat auf Anhieb 26 Mandate des 64-köpfigen Rates.

Unter dem Einfluss linksliberaler Kreise hatte die Freisinnige Partei an ihrem Parteitag in Genf vom 10./11. April 1943 ein Sofortprogramm angenommen, das vermehrt sozialstaatliche Institutionen postulierte. Gleichzeitig formierte sich aber an ihrem rechten Flügel die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung), ein ultraliberaler, gegen jegliche staatliche Intervention gerichteter Klub, in dem Leute wie Hermann Büchi, Raymond Deonna und Robert Eibel eine wesentliche Rolle spielten. Und zu gleicher Zeit begannen William E. Rappard, Direktor des Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf, und der ebenfalls dort lehrende und regelmässig in der NZZ schreibende Wilhelm Röpke die Renaissance des integralen Liberalismus einzuleiten. Sie werden 1947 zu diesem Zweck, zusammen mit Friedrich A. Hayek, die Mont-Pèlerin-Society gründen (Kap. 6, S. 196f.).

Linke und progressiv liberale Kreise befassten sich demgegenüber immer mehr mit der Frage der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), für die seit 1925 ein Verfassungsartikel bestand. Dies brachte schliesslich den lange zögernden Bundesrat Walther Stampfli dazu, in der Neujahrsansprache von 1944 die Aufnahme der Arbeiten zur Schaffung einer AHV anzukündigen. Mit diesem Schritt kam doch noch eine soziale und zukunftsgerichtete Perspektive in den politischen Alltag.

Schliesslich wäre noch die Feier zum 50jährigen Bestehen der Freisinnigen Partei, im Mai 1944, erwähnenswert. In einer offiziellen Verlautbarung hielt die FdP stolz fest, dass während dieses Krieges «keine mit der Unabhängigkeit und Neutralität des Landes unvereinbare Konzessionen gemacht» worden seien und «dass es der Glaube an die Unzerstörbarkeit sittlicher Werte» gewesen sei, der Staat und Volk in dieser schweren Zeit aufgerichtet hätten.<sup>344</sup>

Die beim Freisinn und den Sozialdemokraten im Jahr 1943 auszumachenden Lichtblicke könnten leicht zur Annahme verleiten, die schweizerische Politik hätte in diesen Monaten eine grundlegende Wende erfahren. Damit würde allerdings nicht nur die immer noch von der Rechten dominierte politische Kultur, sondern auch die standhaften konservativen Kräfte wie die Katholische Volkspartei und die BGB stark unterschätzt. Sie verfügten im Nationalrat zusammen über 65 Mandate und hatten im Bundesrat mit Etter und von Steiger zwei Vertreter der äussersten Rechten, die nicht gewillt waren, von ihrer rechtskonservativen Linie abzuweichen. Die Katholische Volkspartei hatte schon Ende 1941 eine Initiative «Für die Familie» lanciert, mit der gewissermassen ein Grundstein der katholischen Soziallehre in die Bundesverfassung eingebracht werden sollte. «Es gilt jetzt», schrieb Josef Escher, einer der führenden Initianten, «die letzten Hindernisse wegzuräumen, um zu erreichen, was unsere Wirtschafts- und Sozialprogramme verwirklicht wissen wollen: Das harmonische Zusammenwirken von Familie, Kirche, Staat und Beruf, wodurch die Herstellung einer gesunden, sozialen Ordnung verbürgt wird.»<sup>345</sup> Dieses sozialpolitisch verklärte korporatistische Modell sollte nicht nur katholisch-konservative Werte in den freisinnigen Bundesstaat einpflanzen, sondern zugleich ein wirksames Bollwerk gegen den Kommunismus bilden. Das katholische Projekt wurde dann beinahe zu einem gefährlichen Stolperstein für die AHV. Die freisinnig-sozialistische staatliche Versicherung stand im Widerspruch zur katholischen Soziallehre und wurde denn auch von der konservativen Partei in der Vernehmlassung nach dem Kriege zurückgewiesen.

Die BGB, deren Rechtsausser-Position im Zweiten Weltkrieg mit Bundesrat von Steiger besonders stark zum Ausdruck kam, verteidigte eine Landwirtschaftspolitik, deren Grundsätze die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftsordnung in Frage stellten. Die Parteileitung schrieb am 5. Mai 1941 dem Bundesrat, dass jetzt und auch nach dem Krieg «die gesamte Produktionskraft der Landwirtschaft in den Dienst der Volksernährung gestellt» und «Preispolitik, Verbrauchlenkung und Aussenhandel mit Nahrungsmittel» diesem Ziel untergeordnet werden müsse.<sup>346</sup> Schon im Herbst 1941 wurde in einer Motion ein neues Landwirtschaftsgesetz gefordert, und am 27. November 1942 verlangte der Schweizerische Bauernverband in einer Eingabe an den Bundesrat die Vorbereitung von Massnahmen für die Nachkriegszeit, mit denen die bäuerlichen Einkommen gesichert werden sollten. Die Behandlung dieser Eingabe wurde nicht etwa dem Volkswirtschaftsdepartement, sondern dem unter von Steiger, dem BGB-Vertreter stehenden Justiz- und Polizeidepartement übergeben. Dieses erarbeitete, ohne das Volkswirtschaftsdepartement zu konsultieren, ein Projekt für ein neues Landwirtschaftsgesetz aus, das den Bauern eine Ackerfläche von 300'000 ha, Schutz vor Konkurrenz und staatliche Lenkung von Produktion und Absatz versprach.<sup>347</sup> In diesen Jahren des Ausbaus wurde übrigens nicht nur die Anbaufläche erweitert, sondern ebenfalls mit Hilfe von Bundesmitteln die landwirtschaftliche Infrastruktur merklich verbessert.

Das Gewerbe seinerseits unterstützte diese Politik und liebäugelte selbst mit einer korporatistischen, vom Staate geleiteten Wirtschaftsordnung. Dahinter verbarg sich ebenfalls eine schon in den 30er Jahren aufgebaute rechtslastige Mittelstandspolitik. Die meisten dieser Konzepte fanden sich auch in den im Herbst 1940 von Bundesrat Etter entworfenen Richtlinien zur Innenpolitik. Die welsche Rechte, unterstützt von einzelnen Gewerkschaftern, versuchte aus diesen Tendenzen Profit zu ziehen, um ihren Korporatismus auf Bundesebene einzubringen. Sie suchte dabei Unterstützung sowohl beim Gotthard-Bund wie bei den katholischen Korporatisten.<sup>348</sup>

In dieser Parteienlandschaft bewegte sich, ohne Rücksicht auf Konventionen, der Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler. Er stützte sich, je nach Bedarf, auf den Ende 1936 gegründeten Landesring der Unabhängigen, auf seine eigene Presse oder sogar auf den Gotthard-Bund. Der Wahl von Stampfli zum Bundesrat versuchte er mit einer eigenen Kandidatur entgegenzutreten, und anlässlich der Wahlen im Dezember 1940 lancierte er die Kandidatur Wahlens. Duttweiler

scheiterte jedoch, und am 10. Dezember 1940 legte er aus Protest gegen seinen Ausschluss aus der Vollmachtenkommission sein Nationalratsmandat nieder. Die Unabhängigen hatten ausserdem eine Initiative zur Reform des Parlaments vorgelegt; diese fiel jedoch 1942 mit 408'000 gegen 219'000 Stimmen durch. Den grössten Erfolg hatte der Landesring 1942 in Zürich; er erhöhte im 125-köpfigen Gemeinderat seine Fraktion von 20 auf 37 Abgeordnete.<sup>349</sup> In Genf hinwiederum versuchte Duttweiler, sich mit einer gemischten Liste durchzusetzen, auf der sowohl die Nicolisten der verbotenen FSS wie Ehemalige der faschistischen Union Nationale Platz gefunden hatten. Doch diese alles andere als klare Politik brachte nicht die erhofften Resultate. Von einer Parteispaltung geschwächt, verlor der Landesring der Unabhängigen in den Nationalratswahlen von 1943 fünf Mandate. Dies hinderte den Migros-Chef keineswegs, einen unablässigen Kampf gegen den Bundesrat und insbesondere gegen Walther Stampfli zu führen.<sup>350</sup> Duttweiler schuf sich aber mit diesen Aktivitäten eine ständige Präsenz in der politischen Öffentlichkeit der Kriegszeit.

#### POST SKRIPTUM 4

Diese politische Betrachtung kann nicht ohne eine kurze Überlegung zu Gesellschaft und Kultur abgeschlossen werden.<sup>351</sup> Begreiflicherweise war der Alltag der Bevölkerung in erster Linie durch die unmittelbaren Erschwernisse des Krieges geprägt. Die Rationierung bildete ein beständiges, jeden Tag neu auf gegriffenes Thema. Im Laufe des Krieges vergrösserte sich, weil keine Neubauten in Angriff genommen wurden, die Wohnungsnot. Eine «Kultur des Mangels» erfasste den Alltag. Es wurden Grundstoffe wie Alteisen oder Tuben zusammengetragen und der Wiederverwertung zugeführt. Selbst Maikäfer wurden in nationalen Aktionen gesammelt und als Zusatz für Schweinefutter verwendet. All dies führte zu einer Art Lebensphilosophie der Minimalbedürfnisse, die nur wenig Platz für grosse kulturelle Projekte übrig liess.

Im Rückblick ist nun oft betont worden, die Mobilisation der Schweiz gegen die Bedrohung des Nationalsozialismus habe auf höchsten ethischen und menschlichen Werten beruht und zugleich die Bevölkerung in eine von tiefer Solidarität geprägte Volksgemeinschaft zusammengeführt. Wie stand es aber wirklich um diese politische Kultur der nationalen Solidarität? Bei näherer Betrachtung des

gesellschaftlichen und kulturellen Alltags löst sich dieses Bild rasch in oft sehr widersprüchliche Facetten auf. Die vielbeschworene Volksgemeinschaft beruht zu einem guten Teil auf Wunschpropaganda. In Wirklichkeit war die Kriegsgesellschaft von Interessen- und Klassenkonflikten durchzogen. Autorität und Hierarchie bewirkten bei den führenden Schichten, den hohen Militärs nicht ausgeschlossen, einen Hang zu elitärem und gelegentlich arrogantem Gehabe. Der Rückzug der Politik in Kommissionen und geschlossene Zusammenkünfte verstärkte zweifelsohne dieses Elitebewusstsein. Es war auch offensichtlich, dass man es sich vielerorts trotz Rationierung gutgehen liess. Dieses Leben spielte sich meist ausserhalb der Öffentlichkeit ab, was dem Zusammenhalt der Gesellschaft ebenfalls abträglich war. Politik war, beinahe wie im Ancien régime, einer Elite vorbehalten Kabinettpolitik.

Die Kultur dieser vermeintlichen Volksgemeinschaft war wohl in starkem Masse das Resultat einer amtlich kontrollierten Politik. Zwar wurde, wie eigentlich vorgesehen, kein eidgenössisches Propagandaamt errichtet, aber überall, wo die Landesregierung oder die Armee sich einmischen konnte, wurde mittels Personalpolitik und gezielten Eingriffen eine vaterländische, sogenannt «schweizerische» Kultur gefördert. Oft war es gar nicht notwendig, offiziell ins Kulturleben einzugreifen, da sich allenthalben eine Selbstzensur breitmachte, die für Gleichschaltung sorgte. Auch die Filmwochenschau, nicht selten übereifrig, lieferte dazu reichlich Anschauungsmaterial. Diese im Rahmen von Staat und Geistiger Landesverteidigung verbreitete Kultur trug nicht nur patriotische Züge, sondern erinnerte gelegentlich an die gängigen Vorstellungen von Blut und Boden.

Doch sollte man darob nicht andere, oft sehr populäre Vergnügungsbereiche vergessen. Dazu wäre beispielsweise der Fussball zu zählen. In diesem Bereich waren die Begegnungen mit Grossdeutschland, weil politisch gefärbt, von besonderem Interesse. Die Schweiz verlor am 9. März 1941 in Stuttgart mit 2 zu 4 Toren, siegte dann aber am 19. April 1941 im Rückspiel in Bern. Einen weiteren Sieg errang die Schweizer Elf am 1. Februar 1942 in Wien. Weitere internationale Spiele fanden gegen Italien, Ungarn, Spanien, Portugal und Schweden statt. In der Reihe der prominenten Besucher dieser Spiele fiel besonders General Guisan auf, der sich überhaupt gerne an Sportanlässen zeigte. Und im Jahr 1941 wurde die Tour de Suisse, mit einem jungen Talent namens Ferdi Kübler, wieder gestartet.

Im Hintergrund, von der offiziellen Schweiz verpönt, organisierte sich eine beinahe alternative Vergnügungskultur. In den 40er Jahren hatten vor allem Jazz-

orchester und Big Bands ihre grossen Zeiten. Zwar war 1940 für Jazz ein Sende-  
verbot am Radio erlassen worden, aber schon 1943 stellte man sogar im Na-  
tionalrat mit Erschrecken fest, dass die Jugend Jazz verlangte und dass sich in  
der Schweiz eine Gemeinde gebildet hatte, die mit ihrer Freude an der neuen  
Musik zugleich der traditionalistischen offiziellen Kultur eine kritische Absage  
erteilte.<sup>352</sup> Jazz war zudem ein Bekenntnis zur amerikanischen Welt und damit  
indirekt eine Manifestation für den Sieg der Alliierten. Zur gesellschaftskriti-  
schen und antifaschistischen Kultur sind auch die politischen Cabarets wie das  
Cornichon in Zürich (Max Werner Lenz und Walter Lesch) und Le Coup de So-  
leil in Lausanne (Jean Villard mit Künstlernamen Gilles) zu zählen.

Ein anderes populäres Element der Öffentlichkeit war das Kino. Bei den Spiel-  
filmen konnten die USA nie aus ihrer Spitzenposition verdrängt werden. Dieses  
Kino war zwar nicht unbedingt alternative Kultur, schuf aber dennoch gewisse  
geistige Freiräume. Dem Schweizer Film, mit pro Jahr über zehn Produktionen,  
gelangen einige eindruckliche Werke, wie etwa «Romeo und Julia auf dem Dor-  
fe», 1941 mitten im Krieg gedreht.<sup>353</sup> Solche qualitativ hochstehende Filme bil-  
deten allerdings die Ausnahme; ein guter Teil der schweizerischen Produktion  
war, wie die offizielle Kultur, von einem patriotischen Pathos durchdrungen, das  
der künstlerischen Qualität nicht unbedingt förderlich war.<sup>354</sup>

Die Mehrheit jener Schriftsteller, die trotz der Geistigen Landesverteidigung ein  
kritisches Bewusstsein bewahrt hatten, lebten ähnlich wie die Cabarets und der  
Jazz am Rand der offiziellen Gesellschaft. Am 7. November 1941 starb, nur 46  
Jahre alt, Albin Zollinger, einer der Schweizer Autoren dieser Zeit, die sich kri-  
tisch mit dem Land und seiner Politik auseinandersetzten. Im selben Jahre er-  
schien übrigens bei Sauerländer ein Jugendbuch, «Die rote Zora», das die Gene-  
ration des Babybooms prägen wird. Sein Autor ist Kurt Kläber, ein deutscher  
Kommunist, der 1938 zusammen mit der Schriftstellerin Lisa Tetzner, seiner  
Frau, in die Schweiz geflüchtet war. Kläber hatte absolutes Berufsverbot und  
musste sein Buch unter dem Pseudonym Kurt Held veröffentlichen. «Die rote  
Zora», die Geschichte einer von einem Mädchen geführten jugendlichen Bande,  
beruhte wohl nicht gerade auf den von der Geistigen Landesverteidigung ge-  
pflegten Werten.<sup>355</sup> In der Theaterwelt profilierte sich vor allem die Pfauenbühne  
in Zürich, bei der zahlreiche deutsche Emigranten arbeiteten. Aber auch sie  
mussten einen wechselhaften Kurs zwischen fremdenpolizeilicher Kontrolle,

Geistiger Landesverteidigung und Antifaschismus wählen. Die Schweizer Theater suchten verständlicherweise nach Stücken, die den Durchhaltewillen und allgemein moralische Werte respektierten, wie etwa «Leuchtfeuer» des Engländers Robert Ardrey, das in den Jahren 1941 bis 1943 an verschiedenen Bühnen aufgeführt wurde.<sup>356</sup>

Es sind aber auch hoffnungsvolle Aufbrüche zu verzeichnen. Mitten in diesen «Umwälzungen und Verschiebungen», im «Eisgang in den Zuständen der Welt», erschien in Zürich unter dem intimen Titel *DU* eine neue Kulturzeitschrift. Im ersten Editorial heisst es: «Wir erleben Krieg um uns. [...] Und erfahren dabei, wie neue Kräfte aufbrechen in uns, gerufen von den neuen Forderungen der Zeit.»<sup>357</sup> Der Leiter dieser sorgfältig gestalteten Publikation war Arnold Kübler, ein 51-jähriger, engagierter Kulturschaffender, der zuletzt als Redaktor der inzwischen eingegangenen *Zürcher Illustrierten* in der Schweizer Presse eine sozial verantwortungsbewusste Bildsprache entwickelt hatte. In der offiziellen Kultur allerdings galt Kübler als verdächtiger, linkslastiger Intellektueller. Solche Aufbrüche blieben Ausnahmen, und es kennzeichnet insgesamt das Kultur- und Geistesleben, dass Bundesräte wie Pilet-Golaz und von Steiger den Theologen Karl Barth oder Bundesrat Etter den Betreuer des Werkes von Spitteler, Jonas Fränkel, geradezu als innere Feinde und persönliche Widersacher verfolgten, während Männer wie Gonzague de Reynold oder Carl J. Burckhardt ihr volles Vertrauen genossen. In den kulturellen Vorstellungen der Schweiz der Kriegszeit dominierten verwirrende Verwerfungen und illusionäre Verzerrungen. Schweizertum, was immer dies auch sein soll, galt als höchster kultureller Wert. Ein gutes Beispiel eines solchen patriotisch-pathetischen Verständnisses liefert die Erklärung von Bundesrat Etter aus dem Jahr 1944: «Und wir in der Schweiz wollen die geschichtliche Erfahrungstatsache nicht übersehen, dass die Sendung des Kleinstaates, aber auch seine Grösse weitgehend auf seiner geistigen Leistung beruht, und dass die Bedeutung des Kleinstaates im Gemeinschaftsleben der Völker sich zu einem grossen Teil nach dem Beitrag bemisst, den er im Laufe der Jahrhunderte beisteuerte und immer wieder neu leistet an die Bereicherung der menschlichen Kultur. Macht und Grösse des Kleinstaates liegen nicht in der horizontalen Linie des Raumes. Sie liegen – neben dem undiskutierbaren Recht des Kleinstaates auf Existenz, Freiheit und Unabhängigkeit – in der vertikalen Linie der Zeit und ihrer Überwindung durch die Tiefenwirkung des geschichtlichen Bewusstseins und durch die Höhenwirkung unsterblicher Werte. Im Kleinstaat schwingen staatliche und geistige Potenz am engsten

zusammen; in der Polis stehen der Polites, der Stratiotes und der Poietes, der Bürger, der Soldat und der Künstler, einander am nächsten.»<sup>358</sup>

Diesen angesichts der tatsächlichen Lage der Schweiz doch ziemlich hochfahrenden Worten muss eine weitere Gesellschaftsvision angefügt werden, die damals die Aufmerksamkeit des helvetischen Establishments zu erregen vermochte. Gemeint ist Wilhelm Röpkes 1942 erschienene Schrift *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*. Der Ökonom Röpke, seit 1937 in Rappards Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf tätig, gibt in seiner Schrift das Bild einer dekadenten, von der Industrie- und Massenkultur zersetzten Epoche, die er dem «goldenen» Zeitalter des 19. Jahrhunderts gegenüberstellt. Die Mittel zu einer Erneuerung sieht er in einem ideal verklärten Neoliberalismus und in der Rückkehr zu den autoritären Werten der Familie und der individuellen Verantwortung. Röpke, ein Hausautor der NZZ mit engen Beziehungen zu Chefredaktor Willy Bretscher, fand selbst bei Katholisch-Konservativen viel Zustimmung.<sup>359</sup> Gemeinsames Band bildete dabei ein undifferenzierter und dogmatischer Antisozialismus. Der Neoliberale Röpke und der ständestaatliche Etter repräsentierten gewissermassen symbolhaft zwei der wichtigsten Perspektiven des helvetischen Zeitgeistes der Kriegs- und Nachkriegszeit.



## 5. KRIEGSENDE: ÄUSSERER DRUCK, INNERE KRISEN, ISOLATION (1944-1946)

Es ist bezeichnend für die ambivalente Haltung der Schweiz gegen Kriegsende, dass noch am 25. Dezember 1944 bei Würenlingen ein amerikanischer Bomber, der einen Platz für eine Notlandung suchte, von der schweizerischen Fliegerabwehr abgeschossen wurde.<sup>360</sup> Drei der Besatzungsmitglieder fanden dadurch am letzten Weihnachtstag vor Kriegsende auf Schweizer Boden den Tod.

Obwohl ein Ende des Krieges absehbar war, herrschte in der Schweiz Ungewissheit und Verunsicherung. «Je länger der Krieg geht», schrieb Max Frisch am 25. Februar 1944, «umso schlimmer wird der Friede [...]. Es gibt keine Siege und Niederlagen mehr, die mich freuen, und es bleibt schwer zu sagen, was widerlicher ist, die Rhetorik eines Goebbels oder die arithmetischen Bombenmeldungen der Alliierten.»<sup>361</sup> Jann von Sprecher, seit 1934 Leiter der *Schweizer Monatshefte*, drückte Anfang 1945 dieses zwiespältige Gefühl mit folgenden Worten aus: «Allein was kommt, ist noch unbestimmt; Herr Dr. Goebbels meint: der Bolschewismus; andere Leute erkennen vor dem Seherauge das «amerikanische Zeitalter, mit sehr mässig starkem englischem Einfluss; was aber das kleine Land im Mittelpunkt des Kontinents betrifft, so wird da manche brave Bürgerseele recht unliebsam und weitgehend hin- und hergeworfen, nachdem es sich inzwischen als unabweisbar ergab, dass die einfache Rechnung, die man sich von dem Ende dieses Krieges gemacht hatte, falsch gewesen ist.»<sup>362</sup> Und Georg Thürer schrieb am 1. August 1945 in der Zeitung *Der Limmattaler*: «Droht ein dritter Weltkrieg? Wir wissen es nicht. Jedenfalls können wir weder unsere Sturmglocke noch unsere Rüstung im Feuer einer Friedensbegeisterung einschmelzen. Die Landeswache dauert an. Unser «Überständern gilt nur für die Arglist der letzten Jahre.»<sup>363</sup> Entzauberung und Igelmythos bedingten sich gegenseitig.

Der aussenpolitische Druck kam nun von Westen. Noch bevor die Alliierten in der Normandie landeten, hatte US-Aussenminister Hull die Neutralen vor den Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland gewarnt und deren Abbau gefordert. In dieselbe Kerbe schlug die Resolution VI der Konferenz von Bretton Woods (1.-22. Juli 1944); sie forderte die Neutralen auf, keine feindlichen Guthaben anzunehmen und den von den Feindmächten stammenden Besitz den Alliierten

offenzulegen. Bei solchen kriegswirtschaftlichen Massnahmen kam die Schweiz gegen Ende des Jahres 1944 immer mehr ins Schussfeld der USA. Zugleich änderte sich mit dem Vorrücken der Alliierten die Karte Europas. Marschall Pétain wurde nach Deutschland gebracht, und General de Gaulle bildete am 9. September 1944 in Paris eine neue Regierung. Nachdem die Deutschen Griechenland geräumt hatten, zogen sie sich kämpfend gegen Kroatien zurück. In Rom konstituierte sich die Regierung De Gasperi, während in Norditalien noch die Faschisten mit Hilfe der deutschen Armee die Herrschaft ausübten. Die Alliierten blieben vor Bologna in der sogenannten Gotenlinie stecken.

Im März 1945 begann, mit der Überquerung des Rheins, die letzte Phase des Krieges in Europa. Die Schweiz hatte schon im Februar, anlässlich von Verhandlungen mit einer alliierten Kommission in Bern, ihren wirtschaftspolitischen Kurs grundsätzlich ändern müssen. Deutschland kapitulierte am 7. Mai 1945. In den Ländern der Siegermächte brach Jubel aus, und in der Schweiz kam es ebenfalls, entgegen dem Wunsch des Bundesrates, zu spontanen Freudenkundgebungen. Der Literaturprofessor Karl Schmid sprach am 9. Mai an einer Feier an der ETH zum Kriegsende von «Freude und Hoffnung», aber auch von «Scham und Trauer» und fuhr dann fort: «Scham darüber, dass es soweit hat kommen können. Scham, weil wir dessen innegeworden sind, dass unsere Kultur nur brüchiges Eis ist über den Elementen der Tiefe. [...] Wer von uns hätte während dieses Krieges und angesichts seiner Abscheulichkeiten immer sagen dürfen: ‚Das wäre bei uns nicht möglich! Daran sind wir andern ganz und gar unschuldig!‘ Nicht nur das Morden ist Sünde – auch das Zulassenmüssen und Schweigenmüssen ist Anlass zur Scham.»<sup>364</sup> In ähnlichem Sinne äusserte sich auch Jean Rudolf von Salis; er ging allerdings in der Frage der Verantwortung ein wenig weiter und fügte bei: «Man wird äusser diesen diplomatischen Schachzügen aber auch die Tatsache nicht unerwähnt lassen dürfen, dass die Suggestionskraft des Faschismus und Nationalsozialismus weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus um sich gegriffen hat. Welches Volk könnte von sich behaupten, es habe keine Quislinge und keine Pétains hervorgebracht – selbst wenn die Deutschen gar nicht im Lande waren? Welcher wahrheitsliebende Mensch könnte leugnen, dass die antibolschewistische und selbst die antisemitische Parole eine grosse Zugkraft besaßen und dass um ihretwillen zahllose Europäer und Amerikaner zumindest am Anfang dem Hitler-Regime manchen Exzess verziehen haben.»<sup>365</sup> Und der Historiker Herbert Lüthi wies schon damals auf ein Problem hin, das Jahrzehnte später dann die Ursache vieler Pole-

miken sein wird. «Wir haben uns», schrieb er, «schlecht und recht durchgewurstelt, und die Kosten dieses Daseins *extra humanitatem* blieben dank der hochgeheimen Vertraulichkeit, in der unsere Aussenpolitik vor sich ging, unbekannt, so dass unser verblüffendes Sonderschicksal als unzweideutiges Verdienst erscheinen musste.»<sup>366</sup>

Sehr befremdlich, aber zur Stimmung am Kriegsende passend, äusserte sich der bekannte Psychiater C. G. Jung, der bekanntlich dem aufsteigenden Nationalsozialismus gegenüber eine alles andere als klare Haltung eingenommen hatte. In einem Artikel erklärte er weitschweifig, der Grund der eben zu Ende gegangenen Katastrophe liege bei den entwurzelten städtischen Massen, und der Hysteriker Hitler sei glaubhaft gewesen, weil er selber an seine eigenen Phantasmen geglaubt habe.<sup>367</sup> Jung war nicht der einzige, der die eigene Verantwortung für die Vergangenheit mit nachträglichen «objektiven» Erklärungen zu überdecken versuchte.

Noch vor dem Ende des Krieges, am 12. April 1945, starb US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Auch nach der Waffenruhe in Europa standen die USA noch immer mit Japan im Krieg. Am 6. und 9. August erfolgten die Abwürfe von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, und am 2. September 1945 unterzeichnete schliesslich auch Japan die Kapitulation. Trotz der Fortdauer des Krieges hatten die Amerikaner jedoch schon längst die Organisation der Nachkriegszeit in Angriff genommen. Zur Hilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Länder war im November 1943 die United Nations Relief and Rehabilitation Administration UNRRA geschaffen worden; ihre Hilfsaktionen setzten aber erst im September 1945 wirklich ein. Zu den dringlichen Massnahmen zählten jene, mit denen der deutsche Besitz erfasst werden sollte. Durch eine umfassende Konfiskation wollten die Amerikaner verhindern, dass Nazis und Mitläufer in irgendeiner Form ihr Vermögen retten oder ins Ausland verschieben konnten. In dieser Sache war auch die Schweiz, deren Beziehungen zu Deutschland bekanntlich besonders eng waren, gefordert. Eine Einigung zwischen den USA und der Schweiz kam erst mit dem Washingtoner Vertrag vom 25. Mai 1946 zustande. Damit war das grösste Hindernis beseitigt, das einer erneuten Aktivität der Schweiz in Europa und auf den Weltmärkten noch entgegenstand. In Europa aber zeichnete sich schon der Kalte Krieg ab, noch bevor der neue amerikanische Präsident Harry Truman am 31. Dezember 1946 offiziell das Ende des Zweiten Weltkrieges proklamierte. Zu diesem Zeitpunkt stand das reale Nettosozialprodukt der Schweiz schon beinahe 7% über dem Stand von 1938.

## NAHKAMPF AN DER WIRTSCHAFTSFRONT

Diese Überschrift entstammt einem Bericht, den Paul Ruegger, Minister der Schweiz in London, am 24. Januar 1945 nach Bern sandte. Ähnliche Worte finden sich in einem Rapport des Politischen Departements vom 28. März 1945, wo von einem alliierten Kriegsplan gegen die Schweiz die Rede ist.<sup>368</sup> Solche martialischen Worte treffen sehr gut die Stimmung, die im Winter 1944/45 Bundeshaus vorherrschte. Die aussenpolitische Lage hatte sich seit dem Sommer 1944 zunehmend verschlechtert. Die alliierte Wirtschaftspolitik nahm, unter resoluter Führung der USA, eine entscheidend härtere Gangart an. Ziel war, den Handel der Neutralen mit der Achse, in dem man eindeutige Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen sah, so weit als möglich zu unterbinden. Am 18. September traf in Bern die Forderung nach sofortigem Abbruch der Lieferung kriegswichtiger Güter an Deutschland und nach der Unterbindung des Transits ein.<sup>369</sup> Um das Gewicht dieser Forderung zu verstehen, muss man wissen, dass das Dritte Reich erst 1943 seine Wirtschaft konsequent auf Kriegsrüstung umgestellt hatte. Hinzu kam, dass nach dem Sturz Mussolinis das deutsche Militär in Norditalien die eigentliche Herrschaft ausübte und dabei das dortige Industriepotential voll für die Kriegsanstrengungen einzusetzen begann. Dem Gotthard als leistungsfähigste Verbindungslinie zwischen Deutschland und Oberitalien kam damit einmal mehr entscheidende Bedeutung zu. Daneben spielten aber immer noch Lieferungen von Werkzeugmaschinen und Präzisionsinstrumenten, die immer schwieriger zu beschaffen waren, eine wichtige Rolle. Und in den letzten Kriegsmonaten benutzten die Deutschen die Gotthardverbindung, um Maschinen und Material aus Norditalien abzutransportieren.

Der Bundesrat reagierte am 1. Oktober 1944 auf die alliierten Forderungen mit einem generellen Ausfuhrverbot von Waffen, das alle Länder, also auch die Alliierten betraf. Ein grosser Teil des bestellten, nun aber nicht mehr lieferbaren Kriegsmaterials wurde nach dem Krieg, zum Leidwesen der Grossmächte, an Spanien verkauft. Die Unterbindung des Waffenhandels bedeutete aber noch nicht ein grundsätzliches Einlenken des Bundesrates auf die alliierten Forderungen. Mit einer kurzsichtigen Hinhaltetaktik versuchte der Bundesrat, die Lösung der andern Probleme, wie beispielsweise die Transitfrage, hinauszuzögern.<sup>370</sup> Diese Haltung Berns verärgerte Washington zusehends. Die Schweizer Botschaft berichtete am 1. Dezember 1944: «Heutige Aussprache mit Staatsdepar-

tement ergibt, dass hier Transitproblem sehr ernst beurteilt wird. Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Deutschland und Transit durch Schweiz zwischen Achsenstaaten werde bekanntlich als einheitliches Problem betrachtet, sodass Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial allein nicht genüge um Alliierte zu Konzession zu veranlassen. [...] Abschliessend betont Staatsdepartement, dass Transitproblem zurzeit Haupthindernis einer allgemeinen wirtschaftlichen Verständigung sei.. »<sup>371</sup> Schliesslich schrieb am 29. Dezember 1944 der Chef der Foreign Economic Administration, Leo T. Crowley, in ähnlichem Sinne einen scharfen Brief an den neuen Aussenminister, Edward R. Stettinus. Wenige Tage später fanden sich die wesentlichen Stellen dieses Schreibens in der amerikanischen Presse, womit der nun ausgebrochene Konflikt zwischen den USA und der Schweiz in die breite Öffentlichkeit gelangte.<sup>372</sup> In gewissem Sinne begann für die Schweiz erst jetzt der Krieg.

Doch bevor wir diese Phase betrachten, ist ein Blick auf einige andere Aspekte der helvetischen Aussenpolitik zu werfen. Bundesrat Pilet-Golaz hatte am 12. September 1944 vor der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates einmal mehr seine grosse Rundschau der Dinge präsentiert.<sup>373</sup> Es handelte sich um eine wortreiche, aber äusserst schwammige Analyse der internationalen Situation. Drei Aspekte fallen in diesem Exposé auf: Der sich gegenüber der Schweiz anbahnende Druck der Angloamerikaner fand kaum Erwähnung; in den Ausführungen zur Flüchtlingspolitik widmete Pilet-Golaz dem Problem der Juden knapp zwei Zeilen, dafür aber einen ganzen Paragraphen dem Schicksal von Marschall Pétain im deutschen Exil; und über die Beziehungen zur Sowjetunion liess Pilet durchblicken, dass man auf bestem Wege sei, mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Pilets Einschätzungen waren in grossem Masse deplaziert und widersprachen krass den tatsächlichen Verhältnissen. Insbesondere von einer Annäherung an die Sowjetunion konnte keine Rede sein.

Mit der Sowjetunion war im Februar 1941 ein Handelsabkommen geschlossen worden. Dies erfolgte gewissermassen im Schlepptau Nazi-Deutschlands, das damals mit Russland noch eifrig Handel trieb. Mit dem deutschen Überfall auf Russland im Juni 1941 fiel, bevor er überhaupt begonnen hatte, der schweizerisch-russische Handel dahin. Gleichzeitig blockierte die Schweiz alle russischen Guthaben. Diese erneute Ausschaltung der Sowjetunion war für die Innenpolitik insofern beruhigend, als man dem traditionellen Antikommunismus wieder freien Lauf lassen konnte. Doch der Kriegsverlauf brachte Russland der Schweiz näher. Ende 1942 kamen die ersten russischen Kriegsgefangenen über die Gren-

ze, und in der Vollmachtenkommission erlaubte sich bald darauf ein Mitglied, eine Anfrage betreffend diplomatischer Kontakte mit Moskau vorzubringen. Im Laufe des Jahres 1943 und vor allem zu Beginn des Jahres 1944 wurde eine Annäherung an die Sowjetunion ernsthaft erwogen, wobei auch die Wirtschaft und sogar Bundesrat Stampfli Interesse bekundeten. Die unklare Form der Annäherung und die diplomatische Zurückhaltung – der Eindruck kam auf, die Schweiz suche letztlich nur die wirtschaftliche Öffnung – sowie die russische Verärgerung über die «Neutralen» liessen die über London geführten Annäherungsgespräche platzen. Moskau schätzte die Rolle der Schweiz nüchtern, aber ziemlich negativ ein. In einem internen Memorandum des sowjetischen Ausenministeriums des Jahres 1944 heisst es: «Pendant cette période, la politique extérieure suisse se caractérise par une adaptation de la Suisse à la puissante Allemagne pour rester en dehors de la guerre et préserver l'intégrité territoriale du pays, moyennant des concessions et de bons services.»<sup>374</sup> Am 1. November 1944 verweigerte Moskau in ziemlich rüdem Ton die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Am 7. November orientierte Pilet offiziell den Bundesrat und gab diesem gleichzeitig seine Demission bekannt.<sup>375</sup>

Der Rücktritt gab der Presse reichlich Gelegenheit, alle Facetten Pilets noch einmal auszuleuchten. Die wohl eigenwilligste Formulierung, zugleich eine Art Beschönigung, fand der Chefredaktor der NZZ, Willy Bretscher: «Es fehlte Herrn Pilet – wenn man so sagen darf – an demokratischem ‚Sex-Appeal‘, es fehlte ihm vor allem an Verständnis, an Vertrauen gegenüber der Presse...»<sup>376</sup> Interessant ist auch die Beurteilung durch Jean Rudolf von Salis. Es treffe zu, meint dieser, «dass Pilet der angelsächsischen Welt ziemlich verständnislos gegenüberstand. Gesinnungsmässig stand er, wie sein Gesandter Walter Stucki, der Vichy-Regierung näher als den ‚Freien Franzosen« de Gaulles. Sein tiefes Misstrauen gegen das bolschewistische Russland erschwerte es ihm, rechtzeitig die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Moskau in die Wege zu leiten».<sup>377</sup> Pilets Demission fiel mit dem Wechsel im Präsidium des IKRK zusammen. Dort überliess Max Huber die Nachfolge ausgerechnet Carl J. Burckhardt, einem Mann also, der sich durch seine verständnisvolle Haltung für Nazi-Deutschland und durch seine antijüdische Attitüde auszeichnete.<sup>378</sup>

Nachfolger Pilets wurde der 45jährige Neuenburger Max Petitpierre, Professor für Privatrecht, freisinniger Ständerat und Präsident der Chambre Suisse de l'Horlogerie. Die Wahl erfolgte am 14. Dezember 1944, aber Petitpierre trat sein Amt erst am 1. Februar an, so dass gerade in den aussenpolitisch kritischsten

Wochen die oberste Leitung der Aussenpolitik vakant war. So kamen vermehrt Spitzenbeamte zum Zug. Für den ehrgeizigen, aus Vichy zurückgekehrten Walter Stucki, der sich schon lange zur Führung der Aussenpolitik berufen fühlte, war dies die Gunst der Stunde. Als stellvertretender Chef für auswärtige Angelegenheiten nahm der 51-jährige das Heft resolut in die Hand. Er hatte erkannt, dass man im Ausland die Schweiz als Hort geldgieriger Banken betrachtete und wollte diesem üblen Ruf möglichst rasch entgegenreten. Stucki war von Kollegen und Untergebenen mehr gefürchtet als geschätzt und irritierte nicht selten durch seine starre Haltung. Sicher ist jedenfalls, dass man für die erste Phase der Amtszeit des neuen Bundesrates nicht von einer Ara Petitpierre, sondern von einer Ara Stucki sprechen muss.<sup>379</sup>

In Washington hatte man sich in der Zwischenzeit entschlossen, der Anregung der Schweiz Folge zu leisten und eine Delegation nach Bern zu senden. Diese sollte zum einen dem Handel mit dem Dritten Reich und dem Transit ein Ende setzen und zum andern die deutschen Guthaben in der Schweiz blockieren. Der Bundesrat ernannte am 6. Februar 1945 für die kommenden Verhandlungen eine Kommission unter Leitung von Walter Stucki sowie eine Verhandlungsdelegation, für die Professor Paul Keller vorgesehen war, aber wegen Krankheit durch Professor William Rappard ersetzt werden musste.<sup>380</sup> Die wirkliche Leitung lag aber bei Minister Stucki, der in der Folge nicht nur in den Verhandlungen mit den Alliierten alle Fäden zog, sondern parallel dazu mit der Schweizerischen Bankiersvereinigung und der deutschen Wirtschaftsdelegation verhandelte. Die Bankenvertreter mussten feststellen, dass Walter Stucki nicht gewillt war, sich bedingungslos ihren Interessen unterzuordnen. Sie versuchten deshalb mit einem Memorandum direkt an den Bundesrat zu gelangen, um vor den Folgen eines zu weitgehenden Entgegenkommens gegenüber den alliierten Forderungen zu warnen. In diesem Schreiben und den darauffolgenden Kontakten kam deutlich zum Ausdruck, dass die schweizerische Aussenpolitik und die Zukunft des Finanzplatzes eng miteinander verbunden waren.<sup>381</sup>

Noch vor Eintreffen der vom Amerikaner Lauchlin Currie geleiteten Delegation hatte Stucki die Blockierung der deutschen Guthaben vorbereitet. Er äusserte anlässlich einer Sitzung, dass es nun an der Zeit sei, gegen die «mentalité immobiliste suisse» zu kämpfen, und dass der Widerstand der Banken gegen eine grössere Kontrolle durch den Staat nicht mehr zeitgemäss sei. Am 16. Februar blockierte der Bundesrat die deutschen Guthaben. Dies war unumgänglich ge-

worden, wenn man verhindern wollte, dass noch mehr deutsche Guthaben abgezogen oder verschoben würden. Mit dieser Massnahme sollte wohl auch die alliierte Verhandlungsdelegation freundlicher gestimmt werden.<sup>382</sup> Die Gespräche in Bern dauerten vom 12. Februar bis zum 8. März 1945. Am 16. Februar empfing Stucki die Delegation der Bankiersvereinigung, mit der er die Frage der deutschen Guthaben, die auf eine Milliarde Franken geschätzt wurden, besprach. Pierre Vieli von der Kreditanstalt äusserte dabei die Vermutung, dass viele der Guthaben schon abgezogen und nun bei Advokaten, Strohmännern und in Safes untergebracht seien.<sup>383</sup>

Currie erklärte in seiner Eröffnungsrede vom 12. Februar: «In the first place, we must ask you to bear always in the mind that with us this is only secondarily a commercial and financial negotiation. It is primarily a matter of war, both now and in the future.» Stucki, der in seiner Eintrittsrede das Bild einer tapferen und fleissigen, rechtlich nicht anfechtbaren Schweiz heraufbeschwor, fügte am Schluss hinzu: «Wir können aber nicht glauben, dass fast am Ende dieses schrecklichen Krieges das Land der Freiheit und Demokratie auf diesem Wege zu Fall gebracht werden kann und soll [.. .].»<sup>384</sup> Er täuschte sich. Das Resultat der Verhandlungen fasste der amerikanische Botschafter in Bern am 5. März 1945 in einem knappen Satz zusammen: «After 3 weeks of continuous negotiation with our exerting the strongest pressure against strong resistance and a stalemate yesterday, the Swiss delegation capitulated today [.. .].»<sup>385</sup> Der Bundesrat sicherte eine vollständige Zertifizierung der deutschen Guthaben, den weitgehenden Abbau des Transitverkehrs und des Handels mit Deutschland, das Ende der Stromlieferungen sowie den Abbruch der Entgegennahme von deutschem Gold zu. Zudem musste der Handel mit ausländischen Devisen und Banknoten in der Schweiz eingestellt werden. Dafür sollte die Schweiz wieder alliierte Importkontingente, zum grossen Leidwesen Berns Kohlenlieferungen ausgenommen, erhalten.<sup>386</sup>

Am 17. Februar 1945, mitten in den Verhandlungen, empfing Stucki den Chef der deutschen Wirtschaftsdelegation, Gesandter Schnurre. Er eröffnete dem Deutschen die Konsequenzen, die sich aus den Verhandlungen mit den Alliierten ergaben. Zu diesem etwas nostalgischen schweizerischdeutschen Gespräch notierte Stucki: «Die ganze, ausserordentlich peinliche Unterredung hat sich in sehr ruhiger und korrekter Form abgespielt. Die Stimmung war nicht gewitterhaft, sondern melancholisch.»<sup>387</sup> Gänzlich abgebrochen wurden die Beziehungen



zwischen der Schweiz und Deutschland keineswegs. Der Vizepräsident der Reichsbank Puhl befand sich noch im März und April in der Schweiz, verkehrte mit hohen Persönlichkeiten der Bankenwelt und der Politik und organisierte schliesslich einen letzten Transport von Gold zugunsten der Nationalbank im Wert von 15 Mio. Franken. Diese sollten in erster Linie die Ansprüche schweizerischer Versicherungen decken. Der Bundesrat hatte dieses Geschäft ausdrücklich gebilligt. Um zu kaschieren, dass damit das Currie-Abkommen verletzt wurde, gab man vor, diese Goldlieferung diene diplomatischen und humanitären Bedürfnissen.<sup>388</sup>

Die Schweiz war nicht das einzige neutrale Land, das deutsches Gold kaufte. Schweden übernahm insgesamt Gold im Werte von 290 Mio. Franken, wovon ein Drittel Raubgold war. Die letzten Lieferungen erfolgten im Sommer 1944. Im Gegensatz zur Schweiz aber hat Schweden den grössten Teil des Raubgoldes unverzüglich an die ursprünglichen Besitzer, Belgien und Holland, zurückgegeben. Zudem waren diese Goldlieferungen, im Vergleich mit der Schweiz, nicht sehr bedeutend. Die Schweiz hatte bekanntlich vier Fünftel des deutschen Goldes übernommen, Schweden nur wenig mehr als ein Zehntel.

In seinem Bericht vor der Kommission des Nationalrates stellte Stucki die Situation dann so dar, als könne die Schweiz dank den – natürlich von ihm geleiteten – geschickten Verhandlungen nun unbesorgt in die Nachkriegszeit aufbrechen. Dem war aber keineswegs so. Wie ein Bericht des Politischen Departements vom 28. März 1945 deutlich zeigt, liess der zentralste Punkt der Verhandlungen, nämlich die deutschen Guthaben und das an die Schweiz gelieferte Raubgold, für die Zukunft noch grösste Schwierigkeiten erwarten, umso mehr als Bern und die Banken nicht bereit waren, ihre Hinhaltetaktik in der Regelung dieser Frage aufzugeben.<sup>389</sup> Hinzu kam, dass das Image der Schweiz in den USA sehr angeschlagen war. Minister Stucki berief in dieser Sache eine Konferenz in Bern ein, um Fragen über eine kulturellen Annäherung der Schweiz an die USA zu besprechen. Minister Bruggmann, der Gesandte in Washington, zeichnete dabei ein sehr hässliches Bild des amerikanischen Publikums und der Presse. Allgemein waren die Teilnehmer der Ansicht, dass die schweizerische Pressepolitik, sowohl in Bern wie in den USA, bedeutend verbessert werden müsse.<sup>390</sup> Auch Carl J. Burckhardt, seit Februar 1945 Botschafter in Paris, beurteilte das Verhältnis zu den Angloamerikanern abschätzig. Ende 1945 schrieb er an Bundesrat Petitpierre: «Nous avons été, plus qu'est bon, obligés à hurler avec les loups réunis pour la curée du loup mort.»<sup>391</sup>

## DIPLOMATISCHE NEBENSCHAUPLÄTZE

Neben diesem politisch-wirtschaftlichen Hauptschauplatz öffneten sich einige interessante Nebenschauplätze in den von den Nazis geräumten europäischen Ländern. Da wäre an erster Stelle Frankreich zu nennen.<sup>392</sup> Zögernd, beinahe zwei Monate nach ihrer Einsetzung, anerkannte der Bundesrat am 31. Oktober 1944 die neue provisorische Regierung. Aber die diplomatische Vertretung in Paris wurde nur durch die Akkreditierung eines Geschäftsträgers in Paris geregelt. Darauf machte Bern einen unglaublichen Fauxpas: Es schlug Walter Stucki, den ehemals engen Vertrauten Pétains, als neuen Gesandten vor, was in Paris mit einem barschen «non» beantwortet wurde. Der Bundesrat dachte sodann an William E. Rappard, der aber ablehnte. Schliesslich ernannte er – zur selben Zeit, als in Bern die Verhandlungen mit der Mission Currie stattfanden – Carl J. Burckhardt zum Minister in Paris. Rasch kamen mit Frankreich Verhandlungen in Wirtschaftsfragen in Gang, und der Bundesrat gewährte, um den schweizerischen Aussenhandel nach Westen zu öffnen, einen Kredit von 250 Mio. Franken.<sup>393</sup> Dieses Entgegenkommen stiess nicht überall auf Zustimmung. Jean Hotz fand, Frankreich nütze die Lage zu sehr aus. «La Division du Commerce», führte er am 4. Mai 1945 an einer Zusammenkunft der schweizerischen Unterhändler und der Vertreter der Nationalbank aus, «qui n'est pas un Office de capitulation, est décidée maintenant à adopter une attitude plus réaliste et à renoncer à la politique des gestes gratuits, qui se révèle onéreuse.»<sup>394</sup>

Der Bundesrat versuchte, diese Form der Neuorientierung im befreiten Europa auch gegenüber andern Ländern anzuwenden. Mit Krediten sollte der Zugang zu Europa und Übersee erkaufte werden. Gleichzeitig kamen aber Befürchtungen auf, man könnte sich zu sehr engagieren. «Wir haben Bedenken», schrieb Bundesrat Nobs, der Chef des Finanz- und Zolldepartements, «dass der Bund auf diese Weise sozusagen zum internationalen Bankier wird und damit eine Aufgabe übernimmt, die eigentlich den Handelsbanken zukommt.»<sup>395</sup> Das sahen die Alliierten anders. So meinte etwa der Chef der alliierten Subkommission für industriellen Wiederaufbau in Italien: «Wenn die Schweiz für Kriegszwecke Vorschüsse von 400 Millionen an Italien und von einer Milliarde an Deutschland gewährt habe, so sei ihr zuzumuten, ebenso grosse Kredite nunmehr für Friedenszwecke zu gewähren.»<sup>396</sup>

Mit Italien kam es zu einem heiklen Doppelspiel, da sowohl mit dem faschistischen Regime im Norden – das offiziell von der Schweiz nicht anerkannt wurde

– wie auch mit der Regierung in Rom verhandelt wurde. Der seit März 1944 in Norditalien tätige Sonderdelegierte des Bundesrates, Max Troendle, verhinderte dort die Sozialisierung des schweizerischen Besitzes. Man schätzt, dass sich ein Viertel der norditalienischen Industrie in schweizerischem Besitz befand.<sup>397</sup> Während Troendle die schweizerischen Wirtschaftsinteressen in diesem Gebiet absicherte, gelang mit Rom Ende 1944 ein Übereinkommen, das die Clearingschuld teilweise regelte. Ein Teil der Schuld konnte durch Übergabe von 52 Mio. Franken in Gold an die Nationalbank abgetragen werden. Ein halbes Jahr später, am 10. August 1945, gewährte der Bundesrat Rom einen Kredit von 80 Mio. Franken, allerdings nur gegen ein weitgehendes Entgegenkommen Italiens in Bezug auf Lieferung von wichtigen Rohstoffen und der grosszügigen Benutzung des Hafens von Genua. Gegen diesen mit einem Handelsvertrag verbundenen Kredit erhoben aber, vermutlich auf Veranlassung italienischer Vertreter des Elektrizitätssektors, die angloamerikanischen Vertreter ihr Veto.<sup>398</sup> Diese Affäre zeigt, wie sich die Schweiz und die USA beim Wiederaufbau Europas und bei der Eroberung von dessen Märkten als scharfe Konkurrenten gegenüberstanden. Ausserdem kommt hier ein typischer Zielkonflikt zum Ausdruck: Von der Schweiz wurden einerseits Kredite erwartet, andererseits versuchte man, den schweizerischen Einfluss in der Nachkriegswirtschaft in Schranken zu halten. Schon vor und während des Krieges hatte die Schweiz, u.a. dank den Handelsbeziehungen mit Rumänien, das Marktpotential des sogenannten Donauraumes entdeckt. Unmittelbar nach Kriegsende regte sich die Hoffnung, diese Ostgebiete könnten gewissermassen die zusammengebrochenen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland ersetzen. So meinte etwa Legationsrat Max Troendle am 18. Oktober 1945 anlässlich einer Sitzung, an der u.a. der Direktor der Handelsabteilung Jean Hotz und Heinrich Homberger vom Vorort teilnahmen: «Der Balkan ist für uns bedeutend, vor allem jetzt, wo uns der deutsche Markt fehlt. Wir, wie auch die Balkanstaaten müssen einen Ersatz für Deutschland suchen, was nicht ungünstig für die zukünftigen gegenseitigen Handelsbeziehungen sein dürfte.» Die Angelsachsen, fügte Troendle hinzu, stellten sich diesen Plänen entgegen. «Sie wollen uns am Handel mit dem Balkan hindern, um selbst zu liefern.»<sup>399</sup> Die hier nur sehr knapp beschriebene Wirtschaftsdiplomatie beruhte auf einem wirkungsvollen Zusammenspiel der Ständigen Kommission für Wirtschaftsverhandlungen, der Sektion für Rechtswesen und private Vermögensinteressen, der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, der Direktion

der Nationalbank und des Vororts. Diese Gremien genossen eine relativ grosse Unabhängigkeit, und die Chefs des Politischen Departements, die Bundesräte Pilet-Golaz und Petitpierre, hatten in diesem Bereich eigentlich nichts zu sagen. Noch mehr als zuvor stand in den Jahren 1944 und 1945 die Wirtschaftsdiplomatie, letztlich die tragende Struktur des damaligen politischen Systems, an vorderster Front. Daneben wirkte Pilet-Golaz' Aktivität wie programmierte Führungslosigkeit, die auch unter Petitpierre nicht grundsätzlich behoben wurde. Die Aussenwirtschaftspolitik könnte man, um in Bildern zu sprechen, als weltweites Netz von Hochspannungsleitungen verstehen; der Rest der Aussenpolitik sowie ein guter Teil der Innenpolitik bildeten bestenfalls von den grossen Leitungen abhängige Interferenzströme.

Man kann das Kapitel der Geschichte der Wirtschaftsfront und ihrer Nebenschauplätze nicht schliessen, ohne kurz einen Blick auf die militärische Front der Eidgenossenschaft zu werfen. Im September 1944 hatten schon grosse Teile der Armee das Réduit verlassen und sich an der Westgrenze postiert. Guisan bezog Quartier im herrschaftlichen Schloss Jegenstorf, zwischen Bern und Burgdorf. Was seine Aussenbeziehungen anbelangt, so suchte der General nun Kontakt zum Kommandanten der 1. französischen Armee, General de Lattre de Tassigny. Bundesrat Kobelt verbot jedoch eine persönliche Begegnung, worauf Guisan zuerst einzelne Offiziere, dann auch seinen Sohn, Oberst Henry Guisan, ins Hauptquartier von de Lattre sandte. Henry Guisans Besuch im April 1945 ging über den Kompetenzbereich des Generals hinaus und musste deshalb geheimgehalten werden. Später, am 18. Mai 1945, lud Guisan seinen französischen Kollegen zu einem zeremoniellen Treffen in Stein am Rhein ein. Den Bundesrat hatte er erst am Vortag über diesen aussergewöhnlichen Empfang orientiert, so dass jede Intervention unmöglich war. Am 13. Juni 1945 fand in Konstanz die Gegeneinladung de Lattres, mit Pomp und Defilee, statt. Dass diese Begegnungen nicht ungeteilte Zustimmung fanden, zeigt allein schon die Tatsache, dass sich Generalstabschef Huber geweigert hatte, Guisan nach Konstanz zu folgen. Die Geschichte dieser «Aussenpolitik» des Generals ist allerdings nur insofern interessant, als sie einmal mehr die Verschiedenheit zentraler Institutionen illustriert: auf der einen Seite das Politische Departement, die Wirtschaftsfront und die Ausländerpolitik in den Büros von Bern, und auf der andern Seite der militärische Hof im Schloss auf dem Lande.

Eine weitere Aktion der letzten Kriegstage, die jedoch nichts mit dem Stab des Generals zu tun hatte, kam aus den Reihen des Nachrichtendienstes. Dank der

Vermittlung von Oberstleutnant Waibel kam es zu geheimen Verhandlungen zwischen den Amerikanern und der deutschen, in Oberitalien stationierten Heeresgruppe C. Sie führten zur Kapitulation dieser Truppen am 2. Mai, fünf Tage vor jener der restlichen Armeen des Dritten Reiches. Auch in dieser Angelegenheit sah sich der Bundesrat, der erst nach dem Krieg durch öffentliche Vorträge Waibels davon erfuhr, düpiert. Später musste Waibel, als er seine Erinnerungen publizieren wollte, auf Druck des Generalstabschefs darauf verzichten.<sup>400</sup>

Von all diesen Ereignissen erfuhr die Öffentlichkeit nur sehr wenig. Dafür erreichte der Krieg gegen Ende mit schmerzlichen Ereignissen direkt das Land. Irrtümliche Bombardierungen forderten nicht nur Sachschaden, sondern auch zahlreiche Menschenleben. Die grössten Bombardierungen erlebten Schaffhausen am 1. April 1944, Stein am Rhein, Rafz und Vals am 22. Februar 1945; insgesamt waren 59 Opfer zu beklagen. Der Bundesrat und selbst der General protestierten in der Regel bei den Alliierten gegen diese Vorkommnisse in sehr scharfen, beinahe verletzenden Worten. Die Bevölkerung empfand zwar Trauer, entwickelte aber gegenüber Engländern und Amerikanern keine feindlichen Gefühle. Den schweizerischen Forderungen nach Entschädigungen kamen die Amerikaner nach dem Kriege vollumfänglich nach, Zinsen eingeschlossen.<sup>401</sup>

## FLÜCHTLINGE, HUMANITÄRE AKTIONEN UND AUSLANDSHILFE

Die Ausländer- und Flüchtlingspolitik war ohne Zweifel in starkem Masse von der konservativen und xenophoben politischen Kultur der tonangebenden Eliten jener Zeit geprägt. Sie reagierte aber auch, einem kommunizierenden Gefäss ähnlich, auf die Wechsel der aussenpolitischen Lage. Da diese 1944 durch die neuen Bedingungen des Aussenhandels in Bewegung gekommen war, zeigten sich in den letzten Kriegsmonaten humanitäre Aktionen im Flüchtlingswesen. Mit der Streichung der diskriminierenden Sonderregelung für Juden am 12. Juli 1944 setzte der Bundesrat ein Zeichen, das eine mögliche Änderung der generellen Grundsätze andeutete. «Juden haben heute in der Regel als gefährdet zu gelten», schrieb der Chef der Fremdenpolizei Rothmund am 15. Juli 1944.<sup>402</sup> Doch in der Praxis wurden die Grenzkontrollen noch immer sehr streng gehandhabt. Immerhin unterstützte man in Bern, wenn auch mit Vorbehalten, Aktionen wie jene des schweizerischen Gesandten in Budapest, Carl Lutz, der sich seit

Frühjahr unermüdlich für die Rettung von ungarischen Juden einsetzte.<sup>403</sup> Lutz ist nur ein Beispiel für jene leider nicht allzu zahlreichen Schweizer Diplomaten, die in der Flüchtlingspolitik, meist auf persönliche Initiative und Verantwortung, einen humanitären Einsatz wagten. Bern blieb solchen Aktionen gegenüber jedoch skeptisch; Carl Lutz musste nach seiner Rückkehr eine Untersuchung über sich ergehen lassen, und sein Einsatz für die ungarischen Juden wurde kommentarlos unter den Tisch gewischt.

Nachdem das Politische Departement einen ersten Schritt zur Rettung von Flüchtlingen getan hatte, wurde nun selbst Rothmund etwas aktiver und versuchte Frölicher zu veranlassen, bei den deutschen Behörden etwas zu unternehmen. Minister Frölicher aber antwortete dem «lieben Herrn Rothmund» (die beiden Herren pflegten einen sehr freundschaftlichen Umgang): «Was nun die Frage einer allgemeinen Demarche wegen der Judenbehandlung betrifft, so frage ich mich, ob es sehr würdig ist, jetzt, wo wir vor Deutschland keine Angst mehr zu haben brauchen, diesen Schritt zu tun, weil es bei den Alliierten guten Eindruck machen würde. Wie gesagt, glaube ich auch nicht, dass ein solcher Schritt den Juden etwas nützen würde.»<sup>404</sup> Man nennt dies in diplomatischen Kreisen wohl Realpolitik. Dennoch, unter dem Druck der Alliierten und eines Teils der schweizerischen Öffentlichkeit musste der Bundesrat Konzessionen machen, so dass 1944 beinahe 15'000 und von Januar bis Mai 1945 noch einmal 10'000 Zivilflüchtlinge aufgenommen werden konnten. Damit stieg die Zahl, für die Zeit vom September 1939 bis Mai 1945, auf insgesamt 51'000. Nur 21'000 davon waren jedoch Juden, und nachweislich 24'000 Flüchtlinge waren an der Grenze abgewiesen worden; die tatsächliche Zahl dürfte einiges höher sein.<sup>405</sup> Der Bericht Ludwig nennt insgesamt 295'000 Personen, die in der Schweiz Zuflucht gefunden hatten. Darunter befanden sich viele internierte Soldaten, aber auch Transit- und Grenzflüchtlinge, die nur einige Wochen oder Tage in der Schweiz blieben. Mitgezählt sind ebenfalls Kinder aus Frankreich, die für Kurzaufenthalte in die Schweiz gelangten. Bern schrieb allerdings vor, dass jüdische Kinder nicht in den Genuss eines solchen Aufenthaltes kommen sollten.<sup>406</sup> Der grösste Teil der Flüchtlingsaufnahme erfolgte zudem in den Jahren 1944 und 1945. Es kamen nun erstmals auch grössere Kontingente von ehemaligen Konzentrationslagerinsassen, die von der Schweiz aufgenommen und nach Möglichkeit nach Palästina oder in ein anderes Drittland weitergeleitet wurden. Selbst in den letzten Monaten des Krieges war der Bundesrat aber bestrebt, Aufnahmen von Flüchtlingen nur zu gestatten, wenn deren Weiterreise in

ein Drittland garantiert war. Bei den Bemühungen der letzten Kriegstage, wenigstens beim Rücktransport von Gefangenen behilflich zu sein, kam es einmal mehr zu peinlichen Zwischenfällen. Der General verweigerte noch am 28. April 1945 kategorisch, zu diesem Zwecke Lastwagen der Armee zur Verfügung zu stellen.<sup>407</sup>

Für die Erfassung der in die Schweiz übergetretenen ausländischen Soldaten war ein militärisch geleitetes Eidgenössisches Kommissariat für Hospitalisierung und Internierung geschaffen worden. Die Behandlung der ausländischen Soldaten war sehr unterschiedlich. Die alliierten Flieger wurden z.T. in den leerstehenden Hotels der Touristenorte untergebracht. Es gab aber auch Lager, in denen nicht immer die besten Zustände herrschten; berüchtigt war das von einem ehemaligen Fröntler geleitete Straflager Wauwilermoss. Hauptmann André Béguin, der sich wie ein SS-Offizier aufführte, bereicherte sich nicht nur an den Gefangenen, sondern duldete ein unmenschliches, an Konzentrationslager gemahndes Regime. Trotz der schweren Verfehlungen wurde Béguin erst Ende Juli 1945 entlassen und später der Justiz überführt. Der Prozess, bei dem der Hauptmann zu dreieinhalb Jahre Gefängnis verurteilt wurde, liess zudem vermuten, dass im Kommissariat Mängel herrschten. Aber der Chef des Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, deckte den Leiter des Kommissariats, womit weiterführende Untersuchungen obsolet wurden.<sup>408</sup>

Gewisse Kreise bemühten sich in den letzten Kriegsmonaten, durch direkte Kontakte mit hohen SS-Führern den vom Tod bedrohten Juden Hilfe zukommen zu lassen. Alt Bundesrat Musy versuchte seine Beziehungen zu den Nazi-Grössen, insbesondere zu Himmler, auszunutzen, um ungarische Juden zu befreien, was teilweise auch gelang. Doch darf man dessen Beitrag, und vor allem Musys Beweggründe, nicht überbewerten; sein humanitärer Einsatz in letzter Minute sollte vermutlich die früheren Beziehungen zu Nazi-Deutschland vergessen lassen. Ein weiterer, ziemlich unfruchtbarer Kontakt zu Nazi-Grössen suchte Carl J. Burckhardt, der am 12. März 1945 den Chef der Sicherheitspolizei, SS-General Kaltenbrunner, traf.<sup>409</sup> Die SS selbst hatte mit den ungarischen Juden einen umfangreichen Loskaufhandel inszeniert. Die zu diesem Zweck an die SS bezahlten Summen sollen teilweise auf Schweizer Banken deponiert worden sein.<sup>410</sup>

Es muss noch kurz auf eine weitere Kategorie von Flüchtlingen oder Immigranten hingewiesen werden: die Familienangehörigen von Grössen der Achsenmächte sowie die Mitläufer und Profiteure der Nazi-Herrschaft in den besetzten Gebieten. Am Ufer des Genfersees liess sich beispielsweise, mit heimlicher Bil-

ligung der lokalen Behörden, eine ziemlich grosse Kolonie aus Vichy-Frankreich nieder. In diesem Milieu entstand 1948 eine Association des Amis de Robert Brasillach. Dieser Schriftsteller zählte zu den Protagonisten des französischen Faschismus und war 1945 wegen seiner Kollaboration mit den Nazis hingerichtet worden.<sup>411</sup> Der Bundesrat hatte sich schon 1943, nach dem Sturz Mussolinis, mit der Frage dieser Kategorie von Flüchtlingen befassen müssen. Im Prinzip sollte politisch belasteten Persönlichkeiten des Nationalsozialismus und Faschismus kein Asyl gewährt werden, vor allem dann, wenn sie sich früher negativ über die Schweiz geäussert hatten. Am 30. August 1944 beschloss der Bundesrat zudem, Mitglieder der Gestapo seien als unerwünschte Zivilisten zu betrachten und an der Grenze abzuweisen.<sup>412</sup> Nach Kriegsende sind zahlreiche Deutsche, die Mitglied der NSDAP waren, ausgewiesen worden. Die Schweiz verfolgte generell das Prinzip, die Kosten nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Internierte den Betroffenen aufzuerlegen. Für internierte Soldaten kamen in der Regel die entsprechenden Heimatstaaten auf, während Flüchtlinge auf sich selbst gestellt oder von privaten Hilfswerken abhängig waren. Was nun die jüdischen Flüchtlinge betraf, so überband Bern die Betreuungskosten dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG, der seinerseits bei internationalen Organisationen um Unterstützung bat. Von 1933 bis 1952 kamen so 44 Mio. Franken zusammen. Der SIG erhielt von den 5'000 erwerbstätigen Schweizer Juden weitere 10 Mio. Franken, während schweizerische Hilfswerke 5 Mio. Franken spendeten. Ein Detail dieser Finanzfragen ist bezeichnend für die damalige Mentalität: Banknoten wurden den Flüchtlingen nach ihrem Grenzübertritt abgenommen, unverzüglich in Franken umgewechselt und auf der Schweizerischen Volksbank deponiert. Schliesslich erliess der Bundesrat auf dem Vollzugsweg sogar eine Sondersteuer für bemittelte jüdische Flüchtlinge, die 1,6 Mio. Franken einbrachte. Auf der einen Seite wurde so Geld abgeschöpft, gleichzeitig aber durch ein Arbeitsverbot den Flüchtlingen die Möglichkeit eines eigenen Auskommens verwehrt. Endstation dieser Politik waren Heime und Lager, wo die Flüchtlinge auf das Kriegsende warten mussten.<sup>413</sup> Dass auf innenpolitischem Boden die Flüchtlingspolitik ein bevorzugtes Kampffeld der extremen bürgerlichen Rechten war, die darin ihre fremdenfeindlichen und rassistischen Attacken zu reiten pflegten, kam einmal mehr im September 1944 in einer Debatte im Nationalrat zum Ausdruck. Eugen Bircher, der 1942 seinen Posten als Oberstdivisionär mit einem BGB-Nationalratssessel getauscht



hatte, nahm einen Zwischenfall mit Internierten zum Anlass, um eine Breitseite gegen die gesamte Flüchtlingspolitik abzufeuern. Er bezichtigte die Internierten als Faulenzer, Kriminelle und Kommunisten, die das Doppelte bis Achtfache der den Schweizern zugestandenen Rationen verzehrten. Er empfahl zudem, jenen Schweizer Frauen, die mit diesen Ausländern sympathisierten, die Haare zu scheren. 53 Ratskollegen unterzeichneten Birchers Interpellation, und auch der Vaterländische Verband setzte sich für sie ein. Bundesrat von Steiger versuchte zu dämpfen, und der sozialdemokratische Nationalrat Bringolf stellte einen Antrag auf Diskussion. Der Rat lehnte diesen Vorschlag ab.<sup>414</sup> Gegen Ende des Krieges machte sich der Bundesrat daran, die restriktive Flüchtlingspolitik zu lockern. Er hoffte zudem, mit einem erweiterten humanitären Engagement den angeschlagenen Ruf der Schweiz im Ausland zu verbessern. Petitpierre wies am 9. April 1945 auf diese Zusammenhänge hin, als er für einen Einsatz bei der Befreiung der Kriegsgefangenen in Deutschland plädierte: «Il y a donc pour notre pays non seulement une action humanitaire à exercer, mais encore un problème politique à résoudre. Si nous contribuons à sauver un nombre appréciable de malheureux, nous aurons un argument décisif pour justifier notre neutralité, qui, comme vous le savez, est attaquée par la plupart des pays alliés, en particulier par les Etats-Unis et par la France.»<sup>415</sup> Zu dieser Image-Pflege zählte übrigens auch der Beschluss des Bundesrates vom 10. November 1944, die seit 1941 ausstehenden Beiträge an den Völkerbund nachträglich zu begleichen.<sup>416</sup> Der Gedanke eines umfassenden humanitären Einsatzes im Ausland stand schon seit Anfang 1944 zur Diskussion. August Lindt erzählt, dass die Idee erstmals vom Schweden Per Jacobsen von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich entwickelt, von Ernst Speiser, dem Chef des Kriegsindustrie- und Arbeitsamtes, aufgenommen und in einem Brief Ende 1943 dem Bundesrat unterbreitet worden war.<sup>417</sup> Im Oktober 1944 legte das Politische Departement einen konkreten Plan, die sogenannte Schweizer Spende, vor. Für Hilfsaktionen im Ausland stellte der Bund in der Zeit von 1944 bis 1948 insgesamt 153 Mio. Franken zur Verfügung. Dies war wohl ein bedeutender Betrag, der ungefähr einem Prozent des Nettovolksinkommens von 1946 entsprach, verglichen mit dem 1,1 –Milliarden-Kredit an Nazi-Deutschland, der zudem in erster Linie für Waffenkäufe verwendet worden war, jedoch nicht überwältigend. Gewiss, Kantone und private Spenden erhöhten den Umfang der Schweizer Spende beträchtlich, aber der Einsatz der

offiziellen Schweiz hielt sich in Grenzen.<sup>418</sup> Bei der Schweizer Spende zeigte sich besonders deutlich das Spannungsverhältnis der zwei Formen schweizerischer Auslandsverflechtungen: Die Schweiz des Aussenhandels und der Rüstungsproduktion stand krass im Gegensatz zum Anspruch auf die humanitäre und moralische Mission, mit der der internationale Status gesichert werden sollte.

Obwohl von offizieller Seite eindringlich betont wurde, es handle sich bei der Schweizer Spende um eine selbstlose Aktion, verbanden sich mit ihr im Hintergrund verschiedene sehr konkrete und eigennützige Interessen. Mit der Hilfsaktion sollte einerseits die Binnenwirtschaft der Nachkriegszeit angekurbelt sowie eventuell die obligatorischen Kriegsreserven günstig abgegeben und finanziert werden. In der Botschaft des Bundesrates zur Schweizer Spende vom 1. Dezember 1944 hiess es denn auch unmissverständlich, die Spende würde den «Inlandmarkt durch den Aufkauf schweizerischer Erzeugnisse» beleben und zugleich zur «Überwindung der aussenpolitischen Isolation» beitragen.<sup>419</sup> Diese Kombination von Auslandshilfe und Wahrung politisch-wirtschaftlicher Interessen kann am Einsatz in Österreich gut verfolgt werden. Dort wurde eine relativ umfangreiche Hilfsaktion für Kinder, die zu einem guten Teil von privaten Hilfswerken getragen war, eng mit der schweizerischen auswärtigen, nicht immer selbstlosen Politik gekoppelt.<sup>420</sup>

Ein heikles Problem bildete das Verhältnis zur United Nations Relief and Rehabilitation Administration UNRRA, dem Hilfswerk der Alliierten. Vor Kriegsende galt es als ausgeschlossen, sich einseitig auf der Seite eines Kriegslagers zu engagieren – seinerzeit, bei der Mission an die deutsche Ostfront, hatten solche Überlegungen keine Rolle gespielt. Aber auch nach Ende der Feindseligkeiten hielt die Schweiz Distanz zur UNRRA, obwohl offiziöse Kontakte durchaus bestanden. Schon im Oktober 1944 versuchte die Gesandtschaft in Washington, mit der UNRRA, allerdings rein kommerziell, ins Geschäft zu kommen. Der Delegierte des Bundesrates für internationale Hilfe, Edouard de Haller, beurteilte die UNRRA sehr negativ und riet von einem Anschluss an diese Organisation ab. «Le seul avantage», schrieb er, «que nous en retirerons serait de pouvoir livrer des produits de notre industrie.»<sup>421</sup> Auch in der humanitären Hilfe verfolgte der Bundesrat eigene Wege. Damit wurde im Ausland der Eindruck verstärkt, Bern habe wenig Interesse, sich an kollektiven Solidaritätsaktionen zu beteiligen. Die Isolation der Schweiz, über die viel geklagt wurde, war nicht zuletzt auch das Resultat einer kurzsichtigen Eigenbrötlerei am Kriegsende.

Schon während des Krieges hatten sich Männer und Frauen spontan und uneigennützig für die Flüchtlinge eingesetzt; bei Kriegsende kam es gelegentlich zu dramatischen Aktionen, etwa als der ehemalige Bankbeamte und IKRK-Delegierte Louis Häfliger im Konzentrationslager Mauthausen eingriff, um die Gefangenen in letzter Minute zu befreien. Das IKRK fand allerdings an diesem eigenmächtigen Einsatz wenig Gefallen und entliess Häfliger unmittelbar nach seiner Rückkehr in die Schweiz.<sup>422</sup> Ein eindrückliches und dauerhaftes Werk im Innern schuf der Publizist und Philosoph Walter Robert Corti mit dem Pestalozzidorf in Trogen. Corti trug seine Idee schon 1944 der Öffentlichkeit vor und gelangte dann an den Bundesrat mit einem Projekt, das die Aufnahme mehrerer Tausend Kinder aus allen Ländern vorsah. Der Bundesrat lehnte ab, und nur dank den Spenden der Öffentlichkeit konnte später das Pestalozzidorf für 200 Kinder gebaut werden.

Im letzten Moment, aber gerade noch zur rechten Zeit, war ein Film fertiggestellt, der mit eindrücklichen Bildern das Schicksal der Flüchtlinge illustrierte und zugleich einen versöhnlichen Blick auf die eidgenössische Flüchtlingspolitik warf: *Die letzte Chance*, von Leopold Lindtberg. Obwohl das Flüchtlingsproblem hier keineswegs von der schlimmsten Seite gezeigt wird, machte Bern und am Schluss noch die Zensur den Filmschaffenden alle erdenklichen Schwierigkeiten. Als der Film dann allerdings kurz nach Kriegsende auch im Ausland hoch gelobt wurde, war die Regierung heilfroh, mit diesem künstlerisch hochstehenden Werk für die Schweiz Werbung betreiben zu können. Der Bundesrat versuchte ausserdem 1947 mit einem eigenem, schönfärberischen Film zur Flüchtlingspolitik sein angeschlagenes Image zu verbessern. Die Flüchtlingsfrage war dermassen zu einem öffentlichen Problem geworden, dass der Nachfolger Rothmunds, Robert Jezler, Bundesrat von Steiger die Ausarbeitung eines Weissbuches vorschlug. Dieser besprach das Projekt, in dem auch die kritischen Aspekte hätten dargestellt werden sollen, mit Bundesrat Kobelt. Offenbar fand der Bundesrat eine solche Veröffentlichung doch nicht opportun und liess die Sache auf sich beruhen.<sup>423</sup> Damit hatte man eine Chance vergeben, die problematischen Seiten der unmittelbar vergangenen Zeit selbständig und ohne äusseren Druck aufzuarbeiten.

Was hier weniger zur Sprache gekommen ist, aber doch am Schluss noch erwähnt werden soll, sind die zahlreichen privaten Hilfsaktionen und Organisationen. Die Schweizer Spende, obwohl vom Bund ins Leben gerufen, war letztlich nur dank dem Einsatz vieler privater Kreise ein Erfolg. In Anlehnung an diese

Form von Hilfsaktion gründeten 1946 die welschen Journalisten Roger Nordmann und Jack Rollan die Radio-Glückskette. Die Sammelaktionen erfolgten zunehmend auch mittels anonymer Posteingzahlungen, von Hans von Greyerz als «neues Ablasswesen der grünen Posteingzahlungsscheine» bezeichnet.<sup>424</sup>

## INNENPOLITISCHE WIRRNISSE

Dass der Krieg 1945 in der Schweiz nicht ganz zu Ende war, zeigt allein schon die Tatsache, dass noch etliche Verordnungen des Vollmachtenregimes sowie ein Teil der Rationierungen weiterhin in Kraft blieben. Der breiten Bevölkerung kam erst jetzt das Ausmass des Krieges, und vor allem die Scheusslichkeiten des Naziterrors, zu Bewusstsein. Auch die äusseren Rahmenbedingungen zeigen, dass die Normalisierung erst 1946 langsam einsetzte. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion am 18. März 1946 und die Zürcher Rede Churchills am 19. September 1946 bildeten dabei zwei, wenn auch gegensätzliche Zeichen der Annäherung der Schweiz an das Nachkriegseuropa. Dazwischen lag der letzte helvetische Kriegseinsatz: die Washingtoner Verhandlungen vom 18. März bis zum 25. Mai 1946. Gleichzeitig gilt es jedoch zu bedenken, dass diese Nachkriegszeit, jedenfalls was die wirtschaftlichen Strategien anbelangt, z.T. schon 1943 begonnen hatte. Diese zwei zeitverschobenen Bewegungen trugen zweifelsohne zusätzlich zur ambivalenten Haltung der Schweiz im Nachkriegseuropa bei.

Im Herbst 1944 waren nicht nur die Aussenpolitik und Bundesrat Pilet-Golaz, sondern auch die parteipolitische Landschaft in Bewegung gekommen. Spektakulär und für viele Bürgerliche sehr ungemütlich war das Wiederauftauchen der äussersten Linken, die am 14./15. Oktober 1944, trotz des seit 1940 bestehenden Verbots kommunistischer Organisationen, die Partei der Arbeit gründete. Im März 1945 gewann sie in der Waadt 42 der 212 und in Genf im November des gleichen Jahres 36 der 100 Grossratsitze. In der Stadt Zürich eroberte sich die PdA 1946 im 125-köpfigen Gemeinderat 19 Sitze; die SP verlor gleichzeitig deren 10. Der relativ grosse Erfolg der PdA in der Westschweiz ist darauf zurückzuführen, dass dort nicht nur die ehemaligen Kommunisten, sondern vor allem die Anhänger Nicoles und seiner ebenfalls verbotenen Fédération Socialiste Suisse wieder, nun unter der Fahne der PdA, ins politische Leben traten. Zu den

überraschenden Auftritten der kommunistischen Linken zählte auch eine gemeinsam von der PdA und dem Landesring der Unabhängigen veranstaltete «kontradiktorische» Versammlung im Zürcher Kongresshaus am 8. Februar 1945, wo die Chefs der beiden Organisationen, Karl Hofmaier und Gottlieb Duttweiler, das Wort ergriffen.<sup>425</sup> Das Aufkommen der Kommunisten war gewiss spektakulär und profitierte 1945 vom Prestige der Sowjetunion; dahinter verbergen sich aber auch sozialpolitische Hoffnungen vieler Bürger, die am Kriegsende allenthalben in Europa aufbrachen. Es handelte sich jedoch um ein Strohfeder, und die Erfolge der PdA endeten schon 1946.<sup>426</sup> Dieser Ablauf entspricht der eingangs erwähnten Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen. Hier stand im Zentrum der äusseren Normalisierung, bei aufkommendem Kalten Krieg, die Ausschaltung der kommunistischen Linken.

Es gab allerdings noch andere beunruhigende Bewegungen, wie etwa Arbeits- und Lohnkämpfe. Im Sommer 1945 kam es zu ersten Streiks, die 1946, mit insgesamt 15'000 Beteiligten, ins grösste Streikjahr seit 1930 ausmündeten. Neben Lohnforderungen ging es auch um die Durchsetzung von Gesamtarbeitsverträgen.<sup>427</sup> Dank der sich anbahnenden Nachkriegskonjunktur war eine Anpassung der Löhne – sie stiegen beinahe um ein Fünftel – für die Unternehmer nicht allzu schmerzhaft. Die sozialen Spannungen waren damit allerdings nicht aus der Welt geschafft. Die grosse Wohnungsnot schuf der Bevölkerung mit geringem Einkommen schwere Probleme. Der Bundesrat hatte zwar im Oktober 1941 eine Beschränkung des Kündigungsrechts erlassen und ein Mietamt geschaffen, doch konnte damit die Wohnungsnot, die sich vor allem gegen Kriegsende zuspitzte, nicht vermieden werden.<sup>428</sup> In Zürich beispielsweise mussten Notsiedlungen mit Baracken errichtet werden.

Sowohl diese sozialen Fragen wie auch die Entfernung des politischen Zwangskorsetts gaben der Linken insgesamt neuen Spielraum. Die Sozialdemokraten erhielten mehr Zuspruch und vergrösserten ihre Mitgliederzahl zwischen 1944 und 1946 um ein Drittel. Dies führte jedoch bei den Wahlen keineswegs, wie wir später sehen werden, zu einem Einbruch in die bürgerliche Front. Im Übrigen hoffte die Partei noch immer, die Ziele des Programms *Die neue Schweiz* – Recht auf Arbeit, Übertragung der Kriegskosten auf die Begüterten und Nationalisierung des Bankwesens – in die politische Debatte einbringen zu können. Dies erwies sich sehr rasch als Illusion.

Die weitreichendsten Auswirkungen dieser Bewegungen der ersten Nachkriegsjahre sind im ideologischen Bereich festzustellen. Das Vorrücken der Sowjetunion in Europa, das Strohfeuer der Linken und die Streiks waren genügend Anlass für die Rechten, aus dem traditionellen Antikommunismus die zentrale Mobilisationsideologie zu schaffen. Eine weitverbreitete Denkfigur bestand darin, den ehemaligen «Feind» Nazi-Deutschland durch die Sowjetunion zu ersetzen, d.h. den Kommunismus mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen. Diese Doktrin drang rasch in die eidgenössische Aussenpolitik, so dass Bundesrat Petitpierre in einem Tour d'horizon erklären konnte, das Sicherheitsbedürfnis der Russen sei das Pendant der Lebensraumidee Nazi-Deutschlands, und die 1938 bis 1940 vom Dritten Reich angewandten Methoden entsprächen denen der aktuellen sowjetischen Führung.<sup>429</sup>

Die intellektuell gewagteste Pirouette in diesem Positionswechsel gelang den noch wenige Jahre zuvor sich nicht gerade antifaschistisch gebärdenden Katholisch-Konservativen. Sie konstruierten aus dem Kommunismus die Keimzelle des Bösen, so dass gleich auch der Sozialismus, der Materialismus und schliesslich der Liberalismus in die moralisch aufgeplusterten Angriffe miteinbezogen werden konnte. Gleichzeitig erweckten sie den Eindruck, ihr antikommunistischer Kreuzzug sei die unmittelbare Folge ihres angeblichen Kampfes gegen die faschistischen Kräfte der Vergangenheit. Ihre Nähe zu Korporatismus und autoritären Regimes konnten sie dabei recht erfolgreich verdrängen. Rassistische Reminiszenzen wurden allerdings erneut aufgewärmt. «Analog zur Charakterisierung des ‚jüdischen‘ Bolschewismus ausgangs der 10er und zu Beginn der 20er Jahre», schreibt Kurt Imhof in einer breiten Untersuchung, «kombinierte das ‚Vaterland‘ [Zentralorgan der Katholisch-Konservativen] diese Dämonisierung mit einer rassenbiologischen Naturalisierung der ‚roten Gefahr‘.»<sup>430</sup> Trotzdem war die grosse Zeit, als man sich von der Geschichte getragen fühlte, zu Ende. Die Projekte der Katholisch-Konservativen fanden nur noch bedingt Unterstützung. Ihre Initiative für einen Familienschutzartikel, früher gedacht als staatspolitischer Hebel zur Umgestaltung des politischen Systems, wurde mit einem Gegenprojekt beantwortet, das sich mit einigen sozialpolitischen Zielvorstellungen begnügte. Dieser am 25. November 1945 mit 543'000 gegen 170'000 Stimmen angenommene Familienartikel gab dem Bund nur die Kompetenzen, Familienausgleichskassen zu unterstützen und eventuell eine Mutterschaftsversicherung, die übrigens noch heute nicht realisiert ist, zu schaffen.

Alle Parteien versuchten in irgendeiner Weise, eine politisch und moralisch hochstilisierte Vergangenheit für sich zu beanspruchen. Die bürgerlichen Parteien setzten dabei auf Kontinuität. Für sie stand eine grundsätzliche Wandlung der Innenpolitik äusser Frage. Die personellen Korrekturen waren minim: Äusser dem Rücktritt von Pilet-Golaz sind nur noch die Abberufungen von Heinrich Rothmund und Hans Frölicher zu vermelden. Rothmund wurde am 20. Februar 1945 von seinem Posten beurlaubt und vom Bundesrat für zwei Jahre als Delegierter ans Intergouvernementale Komitee für Flüchtlinge nach Genf delegiert. Er kam nachher auf seinen alten Posten zurück und blieb bis 1954 Chef der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements.<sup>431</sup> Im Übrigen stellt man fest, dass vor allem die Führungsstrukturen des Aussenhandels, wie etwa die Ständige Delegation für Wirtschaftsverhandlungen, weitgehend beibehalten wurden. Auch die Bundesräte blieben im Amt. Der erste, der seinen Rücktritt nahm – Ende 1947 –, war Walther Stampfli. Zuvor erledigte er aber noch zwei wichtige, schon 1944 auf genommen Geschäfte: die Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung und die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Davon wird im nächsten Kapitel eingehend die Rede sein.

Kurz nach Kriegsende kamen Stimmen auf, die eine Abrechnung mit den Sympathisanten des Dritten Reiches oder des Faschismus verlangten. Mit der Erwähnung von «Untreuen und Verrätern» in seiner Radioansprache vom 8. Mai 1945 gab Bundesrat von Steiger den Ton an. Es kam zu zahlreichen spontanen Missfallenskundgebungen der Bevölkerung. Die Behörden standen dieser Situation eher hilflos gegenüber. Der Bundesrat präsentierte, veranlasst durch die Motion Börlin vom 5. Juni 1945, Ende 1945 und 1946 Berichte über antidemokratische Umtriebe während des Krieges, 1948 ergänzt durch einen Anhang.<sup>432</sup> Im Dezember 1945 musste Bundesrat Petitpierre zudem im Nationalrat eine Interpellation über die Affäre Hügel, d.h. über die schon erwähnten Kontakte von Schweizern mit dem Chef des Sicherheitsdienstes der SS in Stuttgart (s. S. 87), beantworten. Petitpierre versuchte die Angelegenheit herunterzuspielen. Seine Haltung war nicht untypisch für die Einstellung des Bundesrates der Nachkriegszeit. Er war immer wieder bestrebt, unangenehme Aspekte der Vergangenheit zu beschönigen oder die historische Aufarbeitung zu behindern. Die Justiz hinwiederum befasste sich in erster Linie mit jenen Landesgenossen, die sich offen für den Nationalsozialismus engagiert oder in der Waffen-SS Dienst geleistet hatten. Etwa 800 Schweizer waren in diese Truppe eingetreten. Die Rekrutierung hatte der

ehemalige persönliche Sekretär von alt Bundesrat Musy, Dr. Franz Riedweg, Offizier der SS, in Stuttgart organisiert.<sup>433</sup>

Es kam also zu einer Reihe von Prozessen gegen offenkundige Anhänger des Nationalsozialismus. Max Leo Keller, im September 1940 persönlich von Pilet-Golaz empfangen, erhielt zwölf Jahre Gefängnis. Innenpolitisch am spektakulärsten war jedoch die Veröffentlichung der Namen der Petition der 200, d.h. jener 173 Männer, die im Herbst 1940 einen grundlegenden Wandel der Politik zugunsten einer Verständigung mit Deutschland gefordert hatten. Einzelne der Unterzeichner verloren ihr Amt oder ihre Stelle, doch eine Debatte und die Aufklärung der Hintergründe fand nicht statt. Man begnügte sich, wie Ernst Schürch – er zählte ausgerechnet zu den von den Petitionären persönlich ins Visier genommenen Journalisten – beinahe beschönigend von einem «helvetischen Irrgarten» zu sprechen.<sup>434</sup> In ähnlichem Geist wurden auch die Berichte des Bundesrates über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern behandelt. Da es sich in erster Linie um eine Zusammenfassung der polizeilichen Überwachungen und der strafrechtlichen Massnahmen handelte, wobei gleichermassen von Nationalsozialisten, Faschisten und Kommunisten die Rede war, blieb die eigentliche politische Szene ausgeblendet. Anlässlich der Debatte im Nationalrat stellten denn auch die bürgerlichen Sprecher der offiziellen Schweiz ein gutes Zeugnis aus, und Bundesrat von Steiger unterstrich in seinem Schlussvotum die Verdienste des Bundesrats im Kampf gegen den Faschismus.<sup>435</sup>

Am 20. August 1945 war der Aktivdienst offiziell zu Ende gegangen. Der General bestand darauf, dass die Pressezensur bis zum letzten Tag aufrechterhalten blieb. Die Nationalräte Bretscher und Feldmann äusserten den Verdacht, mit dieser Massnahme solle in erster Linie eventuelle Kritik an der Armeeführung unterbunden und ein idealisiertes Bild des Generals geschaffen werden. Davon wird im Kapitel 7 noch ausführlich die Rede sein. Es kam auch in diesen Tagen zu Auseinandersetzungen zwischen Guisan und der Landesregierung. Entgegen dem Wunsch des Bundesrates wollte der General erst am 30. August, d.h. genau am Tage seiner vor sechs Jahren erfolgten Wahl, sein Kommando abgeben. Guisan ergriff jede Gelegenheit, um seine Person symbolisch zur Geltung zu bringen. Man einigte sich auf den 20. August, ein weniger verfängliches Datum. Am Tag zuvor organisierte Guisan auf dem Bundesplatz vor geladenen Gästen den feierlichen Aufmarsch von vierhundert Fahnen, und in einer kurzen Ansprache strich er die Einheit von Volk und Armee heraus. Mit diesen Worten ver-



stimmte der General einmal mehr den Bundesrat. Etter beschwerte sich bei Guisan anlässlich des Abschiedsdiners, dass dieser nur von Volk und Armee, aber nicht vom Bundesrat gesprochen habe. Auch der Bericht über den Aktivdienst, den Guisan von Oberstleutnant Barbey und seinen ihm nahestehenden Offizieren verfassen liess, erregte den Unwillen der Landesregierung. Hermann Böschstein, der als Bundeshausjournalist und Vertrauter verschiedener Bundesräte die Aufnahme dieses Berichts aufmerksam registrierte, nannte diesen «eine Mischung von überzeugenden Feststellungen, höchst subjektiven Urteilen, offensichtlichen Irrtümern und leicht nachweisbaren Widersprüchen».<sup>436</sup>

Eine weitere Militärdebatte entwickelten sich um die Person von Oberst Masson, dem umstrittenen Chef des Nachrichtendienstes. Als Masson die Begegnung Guisans mit SS-Standartenführer Schellenberg in die Öffentlichkeit brachte, setzte ein wilde Polemik ein. Die Auseinandersetzungen degenerierten jedoch zu einem Glaubensbekenntnis für oder gegen den General, was insgesamt wenig zu einem klaren Bild der Probleme innerhalb der Armeeleitung beitrug. Schellenberg hinwiederum wurde in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Masson, dem der Bundesrat verboten hatte, in Nürnberg zugunsten Schellenbergs auszusagen, gelang es 1951, den nun schwerkranken Mann für sechs Monate heimlich in einem Spital in der Schweiz unterzubringen.<sup>437</sup>

## MOSKAU UND WASHINGTON, DIE LETZTEN SCHLACHTEN

Im Laufe des Jahres 1945 zeigte sich sehr deutlich, dass eine Normalisierung der helvetischen Verhältnisse nicht möglich war ohne ein Arrangement mit den USA sowie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion. Um zu den von russischen Truppen besetzten Ländern Zugang zu haben, brauchte es grünes Licht aus Moskau. Dies galt in ganz besonderem Mass für den die Schweiz interessierenden Donaauraum und den Balkan. In Washington hinwiederum lag nicht nur der Schlüssel zur Deblockierung der schweizerischen oder der von Schweizer Banken verwalteten Guthaben, sondern auch der Freipass für den Zugang in das von den USA kontrollierte Europa.

Im Hintergrund tauchte zudem das Problem der UNO auf, die mit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945 gegründet wor-

den war. Für neutrale Länder wie die Schweiz schien ein Beitritt vorerst nicht erwünscht. Obwohl also keine Einladung eintraf, stellte man sich in Bern trotzdem die Frage, ob später ein Beitritt anzustreben sei. Eine Mehrheit von Gremien, darunter die Landesverteidigungskommission und eine 50-köpfige, von Bundesrat Petitpierre zusammengestellte Expertenkommission, sprach sich im Prinzip für einen Beitritt aus.<sup>438</sup> Auch Bundesrat Petitpierre diskutierte immer wieder, wenn auch nicht sehr ernsthaft, die Möglichkeiten einer Annäherung an die Vereinten Nationen. Unternommen wurde aber wenig, und am Ende setzte sich die vor allem von Petitpierre und Rappard vorgetragene Doktrin durch, dass die Neutralität einen Beitritt grundsätzlich ausschliesse.<sup>439</sup> Für Petitpierre war die Neutralität der, wie er sich auszudrücken pflegte, Eckstein der schweizerischen Aussenbeziehungen. Diese dogmatisch vorgetragene Option wurde zum Stolperstein für eine konstruktive Aussenpolitik im Rahmen internationaler Organisationen. Doch hinter dieser staatsrechtlichen Argumentation verbarg sich eine andere, konkrete Strategie. Neutralität war in der Nachkriegszeit kein ideales traditionelles Prinzip, sondern ein taktisches Konzept, mit dem man den zu erwartenden Anklagen der Sieger über die Verflechtungen während des Krieges wirkungsvoll zu begegnen hoffte. Indem man kategorisch behauptete, die Schweiz habe während des Kriegs die Neutralität in keiner Weise verletzt, konnte man nun jede Diskussion über Verantwortlichkeiten aus früheren Verflechtungen verweigern. Dies hiess, mit andern Worten, dass die Neutralitätsdoktrin mithelfen sollte, die aussenpolitischen Schwierigkeiten zu überwinden und die Verhandlungsposition zu stärken. «Quoi qu'il advienne», erklärte Bundesrat Petitpierre am 23. Mai 1945, «si la Suisse veut fortifier sa situation internationale et se préparer à des discussions qui seront très dures, elle ne doit rien négliger pour justifier sa politique de neutralité.»<sup>440</sup>

Die UNO konnte zwar in eine Ecke gestellt werden, aber mit der Sowjetunion musste man, nur schon aus wirtschaftlichem Interesse, ins reine kommen. Es gelang, das Gespräch aufzunehmen, indem man eine sowjetische Militärdelegation einlud, um Klagen über schlechte Behandlung der internierten Russen zu besprechen. Diese Gespräche schlossen am 10. September 1945 mit einem gemeinsamen Protokoll. Kurz vor der Abreise des russischen Delegationsleiters musste der Bundesrat allerdings einen völkerrechtlich fragwürdigen Kniefall machen. Die Sowjetunion verlangte die Auslieferung, im Gegengeschäft gegen festgehaltene Schweizer Diplomaten, eines russischen Piloten und eines Ingeni-

eurs, die bei einer Rückkehr ihr Leben riskierten. Der eine war Deserteur, der andere, ein Waffenspezialist, hatte für die Deutschen gearbeitet. Der Bundesrat gab nach, obwohl die Rechtsgrundlage eine Auslieferung kaum rechtfertigte.<sup>441</sup> Für den nächsten Schritt der Annäherung betraute man Botschafter Eduard Zellweger in Belgrad, einer der wenigen Sozialdemokraten im diplomatischen Dienst. Diese Annäherung führte am 18. März 1946 zur Übergabe einer Note an die Sowjetunion, womit die diplomatischen Beziehungen hergestellt waren.<sup>442</sup> Es war exakt derselbe Tag, an dem in Washington die Verhandlungen mit den USA begannen. Und ebenfalls an diesem 18. März beschloss der Bundesrat, die Mitglieder der deutschen Botschaft und ihre Familienangehörigen, 280 Personen insgesamt, nach Deutschland auszuschiefen. Mit dieser Massnahme hoffte man, die Stimmung in Washington zu verbessern.<sup>443</sup>

Bekanntlich hatte sich der Bundesrat im Currie-Abkommen vom März 1945 bereit erklärt, kein Gold mehr von der Reichsbank anzunehmen, die deutschen Guthaben in der Schweiz zu blockieren und, gemäss dem Savehaven-Plan der Amerikaner, zu zertifizieren und zu liquidieren. In beiden Punkten erwies sich das Verhalten der Schweiz jedoch als zwiespältig. Die Amerikaner waren in den Besitz von Briefen gelangt, die der Vizepräsident der Reichsbank Puhl im März und April 1945 an seinen Chef, den Reichsbankpräsidenten Funk, geschickt hatte. Darin berichtete Puhl über seine vorzüglichen Kontakte zu Schweizer Bankiers und der Nationalbank, die noch nach dem Abschluss des Currie-Abkommens deutsches Gold übernommen hatte. Während in den USA die Entdeckung dieser Affäre viel Staub aufwirbelte, kam in der Schweiz die Zertifizierung der deutschen Guthaben kaum voran. Im Oktober 1945 berichtete die US-Botschaft aus Bern: «Swiss violations of both the spirit and the letter of the Currie agreement have been multiple and frequent.»<sup>444</sup>

Der Widerstand gegen das Currie-Abkommen kam zu einem guten Teil aus der Schweizerischen Bankiersvereinigung. Dies wurde deutlich, als eine Delegation der Bankiers am 13. Juni 1945 bei Bundesrat Petitpierre vorsprach. Gleich eingangs der Sitzung kam die zentrale Frage, die Wahrung des Bankgeheimnisses (im Text: «sauvegarder le secret bancaire»), auf den Tisch. Die Vertreter der Bankiersvereinigung versuchten zu zeigen, dass mit der Zertifizierung nicht nur anonyme Beträge, sondern die Namen der Kontoinhaber registriert würden, was einem Angriff auf den helvetischen Finanzplatz gleichkäme. Die Banken könnten sich bestenfalls bereit erklären, Hinweise der Alliierten auf unrechtmässige

Vermögen zu überprüfen, aber keinesfalls eigene Nachforschungen anzustellen. Und was generell die deutschen Guthaben beträfe, so solle der Bundesrat dafür sorgen, dass diese in erster Linie zur Befriedigung schweizerischer Forderungen gegenüber Deutschland eingesetzt würden. Der Direktor der Schweizerischen Bankgesellschaft, Alfred Schäfer, brachte am Schluss alles noch einmal auf einen Punkt: «Sacrifier le secret bancaire à l'inquisition anglo-américaine, c'est [...] mettre en question l'existence même des banques.»<sup>445</sup> In Wirtschafts- und Finanzkreisen war die Meinung verbreitet, die Amerikaner machten sich daran, die europäische Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Botschafter in Rom berichtete am 4. Juli 1945 nach Bern, man befürchte, amerikanische Interessengruppen könnten die italienische Elektrizitätsindustrie an sich reißen, weshalb die schweizerischen Finanzgruppen unverzüglich eingreifen sollten.<sup>446</sup> Die Wahrung des Bankgeheimnisses war jedoch nicht nur gegenüber den Angloamerikanern wichtig, sondern auch im Hinblick auf jene europäischen Kunden, die in der Schweiz ihr Geld versteckten. Frankreich insbesondere war sehr interessiert daran, Fiskalflüchtlinge, von denen viele Konten in der Schweiz hielten, zu erfassen, um den dringenden Wiederaufbau des Landes zu finanzieren. Die Amerikaner beantworteten die Hinhaltetaktik bei der Zertifizierung deutscher Guthaben in der Schweiz mit einem Abbruch der Gespräche, die zur Deblockierung der Schweizer Guthaben in den USA führen sollten. Dieser Schritt fiel mit einer Pressekampagne zusammen, die Senator Kilgore im November 1945 mit der Übergabe der Puhl-Briefe an die Presse ausgelöst hatte. Die Schweiz befand sich in den USA öffentlich auf der Anklagebank. Gleichzeitig wurde beschlossen, Mitte März 1946 in Washington Verhandlungen aufzunehmen. In Bern erläuterte Minister Stucki der Finanz- und Wirtschaftsdelegation des Bundesrates die anzuwendende Taktik, die sich vor allem auf streng juristische Argumente stützen sollte.<sup>447</sup> Die Bankiersvereinigung sprach ebenfalls erneut in Bern vor und erklärte kurz und bündig: «Durch ein Nachgeben würde das Vertrauen der ausländischen Kundschaft gegenüber den schweizerischen Banken getroffen.»<sup>448</sup>

Die Verhandlungen in Washington waren äusserst hart und dauerten vom 18. März bis zum 25. Mai 1946. Ein dramatischer Unterbruch und heftige Auftritte prägten die Ambiance. Der schweizerische Verhandlungsleiter, Walter Stucki, ging sehr eigenmächtig und starrköpfig vor, während die Amerikaner mit sehr hohen Anfangsforderungen antraten. Stucki war auch verärgert, mit jungen Ge-

sprächspartnern, insbesondere dem stellvertretenden Verhandlungsleiter Seymour Rubin, verhandeln zu müssen. Er soll im privaten Kreis geäußert haben, man habe ihm ein «Judenbübchen» gegenübergestellt.<sup>449</sup> Die Amerikaner ihrerseits versuchten, parallel zu Washington in Bern bei Petitpierre einzugreifen. Die Ausgangspositionen der Verhandlungspartner waren, sehr knapp zusammengefasst, die folgenden: Die von den USA geführten Alliierten – Grossbritannien und Frankreich waren an den Verhandlungen vertreten – verlangten die Konfiszierung und Übergabe der deutschen Vermögenswerte, die für Reparationszwecke verwendet werden sollten. Hinzu kam die Rückgabe des von der Nationalbank angenommenen Raubgoldes der Reichsbank.<sup>450</sup> Stucki sprach in diesem Zusammenhang von «ebenso unerwarteten als unverschämten und absolut nicht zu erfüllenden Forderungen».<sup>451</sup> Tatsächlich wussten die Amerikaner damals schon, dass die Schweiz drei Viertel der deutschen Goldverkäufe übernommen hatte. In der Schweiz hatte anfänglich die Absicht bestanden, die konfiszierten deutschen Vermögen zur Entschädigung schweizerischer Forderungen zu verwenden. Der Bundesrat entschloss sich jedoch, einen Teil der deutschen Vermögenswerte den Alliierten zu überlassen und mit dem Rest die Besitzer der enteigneten Guthaben teilweise zu entschädigen. Zur Regelung der Goldfrage offerierte der Bundesrat, ohne Anerkennung einer rechtlichen oder moralischen Schuld, eine Abfindung von 250 Mio. Franken in Gold. Stucki versuchte in Washington, mit einem Angebot von nur 100 Mio. durchzukommen. Nationalbankdirektor Hirs hatte demgegenüber am 31. März in einer Notiz festgehalten: «Nach meiner Auffassung dürften von den Alliierten allerhöchstens Fr. 500 Mill, als ‚looted‘ angefordert werden können einschl. Fr. 378 Mill, sogen, belg. Gold.»<sup>452</sup> Diese Angabe lag eindeutig zu tief, betrug doch allein der Wert des nach Bern gelieferten holländischen Goldes über 500 Mio. Franken. Die Schweizer Delegation verschanzte sich hinter einem ausgesprochen formalistischen Standpunkt. Entsprechend der alten Strategie der Nationalbank behauptete man, nichts von der Unrechtmässigkeit des Goldes gewusst zu haben; gleichzeitig stützte man sich auf das Argument, dass es im Kriege rechters sei, öffentlichen Besitz zu beschlagnahmen. Die Amerikaner beharrten hingegen auf dem Standpunkt, dass zumindest seit ihrer Goldwarnung vom 23. Februar 1943 das Argument der Gutgläubigkeit nicht mehr zähle. Sie waren zudem der Ansicht, dass die deutschen Vermögen, auch die privaten, kontrolliert und beschlagnahmt werden müssten, um zu verhindern, dass die ehemaligen Herrschaftsträger und die Nazis wieder ihre Macht aufbauen könnten.

Zieht man die damaligen Umstände und die Lage der Schweiz in Betracht, so fiel das Abkommen vom 25. Mai 1946 letztlich für Bern ziemlich günstig aus. William E. Rappard, Mitglied der Verhandlungsdelegation, bezeichnete das Resultat gar als «miracle diplomatique».<sup>453</sup> Vom beschlagnahmten deutschen Vermögen sollte die Schweiz nur 50% an die Alliierten abtreten und zudem die Liquidation in eigener Kompetenz durchführen können, womit das wichtigste Anliegen der Banken, keiner ausländischen Instanz Einsicht in die Konten zu geben, erfüllt war. Zudem sollten die in Deutschland lebenden Besitzer von liquidierten Guthaben in der Schweiz entschädigt werden. Damit war eine wichtige Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit mit der künftigen deutschen Wirtschaft geschaffen. In der Goldfrage gaben sich die Alliierten mit den 250 Mio. Goldfranken zufrieden und akzeptierten sogar, dass damit auch alle eventuellen Rechtsansprüche von Drittstaaten erledigt seien. In einem nicht veröffentlichten Zusatzschreiben hatte sich die Schweiz zudem verpflichtet, «mit Wohlwollen die Frage zu prüfen, welche Massnahmen getroffen werden könnten, um die in der Schweiz liegenden Güter von Personen, die Opfer von Gewaltmassnahmen der ehemaligen deutschen Regierung wurden und ohne Erben verstorben sind, den drei alliierten Regierungen für Hilfsmassnahmen zur Verfügung zu stellen».<sup>454</sup> Tatsächlich unternahm die Schweiz in dieser Angelegenheit nichts, und die nachrichtenlosen Vermögen verblieben bei den Banken. Doch mit dem Abkommen von Washington verpflichteten sich die Amerikaner, die schweizerischen Guthaben in den USA freizugeben. Die Aufhebung der Schwarzen Listen war übrigens unabhängig vom Abkommen auf Ende Juni vorgesehen. Die Amerikaner taten aber so, als wäre dies ein Resultat der Verhandlungen. Die Übergabe der 250 Mio. Franken in Gold, offiziell als Beitrag der Schweiz zum Wiederaufbau Europas propagiert, erfolgte problemlos im Juni 1947. Die Erledigung der andern Punkte, insbesondere die Liquidierung der deutschen Vermögen, kam nur sehr langsam voran. Im November 1946, sechs Monate nach Abschluss des Abkommens, war noch kein einziges deutsches Guthaben aufgelöst. In Detailverhandlungen, insbesondere zur Frage des Umrechnungskurses, wurde die Erledigung aller Forderungen und Abmachungen so lange hinausgezögert, bis sie schliesslich in einem Abkommen der Schweiz mit der Bundesrepublik Deutschland über die Clearingschuld von 1,1 Mia. Franken untergingen. Deutschland erstattete einen grossen Teil des im Krieg gewährten Kredits zurück. Der Erfolg der Verzögerungstaktik lag auch darin, dass die Alliierten in

vielen Fragen uneins waren und der aufkommende Kalte Krieg die Schweiz zu einem begehrten Partner für den Westen werden liess. Linus von Castelmur, der dieses Thema umfassend untersucht hat, stellt zusammenfassend fest: «Paradoxerweise ist nämlich die Geschichte der Durchführung des Abkommens von Washington zuallererst die Geschichte seiner Nichtdurchführung. Nur ein Teil der ins Auge gefassten Regelungen wurde wie vorgesehen implementiert; mit Bezug auf den Rest der Bestimmungen wurde die Vereinbarung schliesslich liquidiert und durch neue Regelungen ersetzt.»<sup>455</sup>

Im Umfeld der Verhandlungen mit Washington gab es auch noch andere für die Schweiz unangenehme Fälle, wie etwa die Interhandel-Affäre. Die Interhandel (Internationale Industrie- und Handelsbeteiligungen) – schweizerischer Ableger des grossen deutschen Konzerns I.G. Farben, der sich nach dem Kriege vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zu verantworten hatte, und Rechtsnachfolgerin der I.G. Chemie in Basel, zuständig für die Auslandsguthaben der I.G. Farben – behauptete nun, sie hätte keine Verbindungen mehr mit dem deutschen Mutterhaus gehabt, konnte aber nie stichhaltige Beweise beibringen. 1945 und 1946 untersuchte die Schweizerische Verrechnungsstelle diese Angelegenheit. Der Bundesrat erklärte die Interhandel, entgegen den Untersuchungsergebnissen, als schweizerisch. Der \$ooseitige Bericht wurde nie publiziert, und noch 1987 weigerte sich der Bundesrat, diesen Rapport herauszugeben. Der UBS gelang es 1963, die in den USA blockierten Guthaben der Interhandel zu übernehmen, eine Aktion, die wesentlich zum Aufstieg dieser Bank beitrug.<sup>456</sup>

## RECHTFERTIGUNGSRITUALE UND IMAGEPFLEGE

In der Zeit bis zum Washingtoner Abkommen fand sich die Schweiz auf einer Art internationaler Anklagebank. Um aus dieser ungemütlichen Situation herauszukommen, organisierte Minister Stucki, wie schon erwähnt, im Sommer 1945 eine kleine Konferenz, an der besprochen wurde, wie man mit Kultur- oder Pressepropaganda in den USA das schweizerische Ansehen aufpolieren könnte. Der Botschafter in Washington, Minister Bruggmann, schlug die Anstellung eines Presseagenten oder Pressesprechers vor.<sup>457</sup> In der Folge erweiterte das Politische Departement seine Auslandsvertretungen mit Presse- und Kulturattachés,

die die Aufgabe hatten, das Verständnis für die Schweiz zu fördern.<sup>458</sup> 1946, bei der Neuorganisation des Politischen Departements, wurde eine neue Abteilung «Presse und Information» geschaffen. Alle diese Aufgaben wurden, wenn auch nicht explizit, in die Nähe der humanitären Aktionen gerückt.

Die Diskussion um das Washingtoner Abkommen warf ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis der helvetischen Politik zur Rolle und Stellung des Landes in dieser turbulenten Zeit. Die Annahme des Abkommens stand zwar nie ernsthaft in Frage, aber die Kritiker sparten nicht mit harten Worten. Es handle sich um einen ungerechten Kuhhandel, bei dem helvetisches Recht der amerikanischen Macht weichen müssen. Die Presse der Linken, obwohl auch kritisch ablehnend, war eher bereit, diesen Handel anzunehmen; es sei, meinte sie, ein relativ günstiger Preis, um sich von den Verfehlungen der Kriegszeit loszukaufen. Zugleich sah man darin eine Art internationale Bestätigung des Vorwurfs, dass die Nationalbank und der Bundesrat in ihren Beziehungen zum Dritten Reich nicht über jeden Zweifel erhaben waren. Die bürgerliche Seite kritisierte zwar das Abkommen scharf, versuchte aber, Bundesrat und Nationalbank in Schutz zu nehmen. Die Interpretation, die Alfred Zehnder, ehemaliger Legationsrat in Berlin und später Chef der politischen Abteilung des Politischen Departements, 1980 vortrug, gibt recht gut die Meinung der breiten Öffentlichkeit von 1946 wieder: «Rückblickend könnte man sagen, dass sich die Schweiz mit dieser Summe vom Verdacht der Unterstützung des Nationalsozialismus freikaufen musste!»<sup>459</sup>

Die ausgedehnte Redeschlacht im Nationalrat diente weniger der Analyse des Abkommens, denn einem patriotischen Rechtfertigungsritual, um der Öffentlichkeit die Annahme schmackhaft zu machen. Die stärksten Vorwürfe, vor allem von Nationalräten der Linken, richteten sich an die Adresse der Nationalbankdirektion, der man nicht glauben wollte, sie habe über den Ursprung des deutschen Goldes nichts gewusst. Die Direktion der Nationalbank wurde nun aber ausgerechnet vom Vertreter der Linken, Bundesrat Nobs, mit den von den Verantwortlichen zusammengeschusterten Argumenten verteidigt.<sup>460</sup> Nobs selbst war vom Abkommen enttäuscht und empfand es als ungerecht. Im Parlament herrschte die Meinung vor, die Schweiz habe einen fundamentalen Rechtsstandpunkt opfern müssen, und das Abkommen sei eine Demütigung. Trotzdem stimmte der Nationalrat mit 142 zu 29, der Ständerat mit 24 zu 11 Stimmen dem Washingtoner Abkommen zu.<sup>461</sup> Die aufwendige Debatte trug wenig zur Klärung der Aussenpolitik bei; es handelte sich eher um eine innenpolitische Selbst-



darstellung. Die zentrale Aufgabe, die Aufklärung und Erledigung einer heiklen Problematik der Kriegszeit, wurde nicht erfüllt.

Ein seltsamer Abrechnungsversuch fand im Leitungsgremium der Nationalbank statt. Die Direktoren Paul Rossy und Alfred Hirs beschuldigten sich gegenseitig, während des Kriegs das belgische Gold in voller Kenntnis der Herkunft angenommen zu haben. Rossy verlangte sogar den Rücktritt von Hirs, ansonsten er sich gezwungen sähe, seinen Posten zu verlassen. Er kritisierte ebenfalls die Attitüde des Präsidenten der Nationalbankdirektion, Ernst Weber. Rossy und Hirs verblieben aber bis 1954 respektive 1955 in der Direktion.<sup>462</sup>

Einen Monat nach der schmerzhaften Parlamentsdebatte über das Washingtoner Abkommen durfte die Schweiz ein mediales Ereignis erleben, das wie Balsam die Öffentlichkeit für die durchgestandenen Verunsicherungen entschädigte. Winston Churchill, bis vor Kurzem noch englischer Premierminister und jetzt Führer der konservativen Opposition, traf am 22. August 1946 in einem Spezialflug der Swissair in Genf ein, um in einer Villa bei Bursinel am Genfersee drei Wochen Ferien zu verbringen. Churchills Aufenthalt war das Resultat von Bemühungen schweizerischer Wirtschaftskreise, die beinahe 50'000 Franken zusammengetragen hatten, um dem britischen Staatsmann einen längeren Aufenthalt in der Schweiz zu finanzieren. Bei den Spendern und Organisatoren handelte es sich meist um Unternehmen, die während des Kriegs ziemlich tief im Deutschlandgeschäft involviert waren und nun wohl hofften, mit dieser Geste etwas gutmachen zu können. Einer der Initianten, Claus Vogel-Sulzer, hatte seinerzeit sogar die Petition der 200 unterschrieben.<sup>463</sup>

Der Kanton Waadt und der Bund übernahmen gemeinsam einen kleinen Kostenanteil von 5'000 Franken. In den ersten Wochen wurde die Villa Choisi in Bursinel zu einem Wallfahrtsort für die Notabein der helvetischen Politik, unter ihnen auch alt Bundesrat Pilet-Golaz – von Churchill keineswegs erwartet – und General Guisan. Über Pilet-Golaz, dem er laufend widersprach, soll Churchill gesagt haben: «Cet homme est fou. Il a reçu un coup sur la nuque.»<sup>464</sup> Bern hatte dem Besuch mit gemischten Gefühlen entgegengesehen. Sorgen machte dann weniger das Treiben am Genfersee, als die in Aussicht genommene Rede in Zürich. Man stand noch unter dem Eindruck von Churchills Ansprache in Fulton, Missouri, vom März dieses Jahres, wo Churchill mit seinem Wort vom «eisernen Vorhang» praktisch den Kalten Krieg angesagt hatte. Eine ähnliche Philippika wäre dem Bundesrat sehr ungelegen gekommen. Er befürchtete, die erst im März

hergestellten Beziehungen zu Russland zu gefährden. Die Akkreditierung des Schweizer Botschafters in Moskau am 26. August 1946 und die Ankunft seines sowjetischen Gegenparts Koulagenkov in Bern fielen ausgerechnet auf den Zeitpunkt des Churchill-Besuches. Bern war deshalb bestrebt, der Visite des britischen Staatsmannes jeden offiziellen Charakter zu nehmen. Natürlich konnte man einen Empfang in der Hauptstadt nicht vermeiden. Es wurde für Churchill speziell eine Zugshaltestelle ausserhalb der Bundesstadt eingerichtet, damit man ihn von dort direkt zum Empfang im «Lohn», dem Landsitz des Bundesrates, führen konnte. Der öffentliche Auftritt und die Begrüssung der Bevölkerung erfolgte nicht vor dem Bundeshaus, sondern vor dem Berner Rathaus.

Das Politische Departement und Bundesrat Petitpierre erreichten dank zahlreichen inoffiziellen Gesprächen einen Image-Gewinn. Churchill wurde nicht müde, über die russische Gefahr, den Kampf gegen den Kommunismus und die Notwendigkeit einer starken militärischen Bereitschaft zu sprechen. Daneben betonte er immer wieder, dass die Schweiz ihre Neutralität während des Krieges wehrhaft aufrechterhalten habe. Die Öffentlichkeit interessierte sich allerdings nicht in erster Linie für diese mit diplomatischer Höflichkeit versüßten Gespräche. Im Zentrum des Interesses stand vielmehr die i/minütige Rede, die Churchill am 19. September 1946 an der Universität Zürich hielt. Der britische Staatsmann rief Frankreich und Deutschland zur Versöhnung auf und sprach von der Schaffung einer «Art von Vereinigten Staaten Europas». <sup>465</sup> Hinter diesen Worten verbarg sich zwar keineswegs die klare Idee eines politisch vereinten Europas – und Grossbritannien sollte sich bekanntlich noch Jahre auf Distanz halten –, aber die Schweizer verstanden dies als Ermutigung, ihre Isolation zu durchbrechen. Überhaupt wirkte der Besuch Churchills, der in der Bevölkerung eine seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Begeisterung auslöste, wie ein grosser Lichtblick, eine Demonstration, dass sich die Schweiz wieder zur internationalen Völkergemeinschaft zählen dürfe. Einige Ungereimtheiten sollten allerdings nicht verschwiegen werden, dass nämlich sowohl die Universität Zürich wie auch jene von Lausanne sich weigerten, dem britischen Staatsmann die Würde des Dr. h.c. zu verleihen. Lausanne begründete seine Ablehnung mit dem Hinweis auf die zwiespältige Erfahrung, die die Universität mit der Verleihung derselben Ehre 1937 an Mussolini gemacht habe! <sup>466</sup>

Am 25. September 1944 kam bei einem Bombenangriff in Strassburg der Schweizer Schriftsteller Jakob Schaffner ums Leben.<sup>467</sup> Im September 1940 war er noch, zusammen mit Führern der Nationalen Bewegung der Schweiz, von Bundesrat Pilet-Golaz empfangen worden. Schaffners Tod in dem von Deutschland besetzten Strassburg war eines der unbarmherzigen Zeichen der Entzauberung, die die Schweiz durchzustehen hatte. Die Zeit zwischen Herbst 1944 und Sommer 1946 war ein Marsch durch eine politische und historische Wüste. Der Krieg begann für die Schweiz, wie schon gesagt, eigentlich erst 1945. Offenbar hatte dies Pilet-Golaz ähnlich empfunden, als er am 9. März 1944 vor der nationalrätlichen Kommission erklärte: «Die Probleme, die uns der Krieg stellt, sind von lebenswichtiger Bedeutung, aber sie sind einfach. Die Nachkriegsprobleme sind viel komplizierter.»<sup>468</sup> Der Chansonnier Gilles, dessen Kleinbühne «Le Coup de Soleil» während des Krieges zu den wenigen Orten des kritischen geistigen Widerstandes zählte, widmete 1945 dieser Stimmung nach Friedensschluss ein Lied mit dem Schlussrefrain «on est inquiet». Hier die dritte Strophe: «Bien sûr cett' guerr' fut effroyable. Mais pourtant en s'mettant à table, Deux fois par jour, grâce aux journaux, On avait chaqu'fois du nouveau! – Tu y crois au débarquement? – T'en fais pas pour les Allemands! – Mais Roosevelt et Eisenhower? – Tout ça c'est pas des militaires. C'est rien! C'est zéro! C'est du bluff! Je crèv' de faim – J'vais t'cuire un œuf. – C'était l'bon temps! C'était parfait! La guerre nous manque. – Oh! C'est pas gai! On est inquiet! On est inquiet!»

Diese Zeit des Kriegsendes und der Entzauberung hätte eine Chance sein können, um nach neuen Horizonten Ausschau zu halten – doch sie wurde kaum genutzt. Unfähig, die eigene Verantwortung in der kollektiven Katastrophe zu erkennen, knüpfte die Schweiz am Ende des Kriegs unreflektiert an die Vorkriegszeit an. Das Überleben im Krieg hinwiederum wurde sehr einseitig als eigener Verdienst, als Resultat der Abwehr und der kompromisslosen Behauptung der Unabhängigkeit und der Neutralität, dargestellt. Dieses Erklärungsmodell diente zugleich als Grundlage der Politik der Nachkriegszeit. Sie beruhte auf einer dogmatisch verstandenen Neutralitätskonzeption und der Verweigerung effektiver kollektiver Verantwortung innerhalb der internationalen Staatenwelt. Diese defensive Strategie bezweckte hauptsächlich, im atlantischen Konkurrenzkampf die eigenen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen optimal durchzusetzen.

Trotz des allgemein ungebrochenen Übergangs von der Epoche des Dritten Reiches zur atlantischen Perspektive verlangten die sich rasch ändernden äusseren Bedingungen eine gewisse Anpassung. Als man sich eben an das massenhaft verbreitete Bild des deutschen Soldaten gewöhnt hatte – die Propagandamaschinerie des Dritten Reiches hatte auch die schweizerische Öffentlichkeit mit einem eindringlichen Bildmaterial überschwemmt –,<sup>469</sup> tauchte unvermittelt eine neue Figur auf: der ungezwungene amerikanische GI, in Kampfanzug oder Uniformjacke, die in augenfälligem Kontrast zum traditionellen Feldgrau der deutschen (und der schweizerischen) Armee standen. Im Sommer 1945 flanierten schon die ersten amerikanischen Besucher in den Strassen der Schweizer Städte. Der Bundesrat hatte ein Arrangement für Urlaubsbesuche mit der US-Armee getroffen. Bis Ende 1949 kamen insgesamt 311'000 GIs in die Schweiz. Die US-Regierung stellte für diese Urlaube 110 Mio. Dollar zur Verfügung, und die Amerikaner lieferten der Schweiz Lebensmittel, die den Rationen der Urlauber entsprachen. Die Zollbehörden verzichteten bei diesen Besuchern auf Kontrollen, was einem nicht unbedeutenden Kleinhandel Vorschub leistete. Mit den GIs kamen der Kaugummi, die Nylonstrümpfe und der Jazz ins Land. Und aus dem Äther drangen, vom amerikanischen Soldatensender AFN (American Forces Network, das Radio der US-Armee) ausgestrahlt, völlig neue Töne in die helvetischen Stuben. Vielen Schweizern war nicht ganz klar, was sie von dieser Zivilisations- und Kulturfront halten sollten.

Als Bilder, Filme und Nachrichten über die Greuelthaten und die Vernichtungslager eintrafen, brach in den Augen vieler Schweizer das glänzende Bild Deutschlands und seiner Kultur, seit über hundert Jahren eine nicht zu umgehende Referenz, zusammen. Max Frisch schrieb im April 1946 aus München: «Allerdings bin ich erst zwei Wochen hier, und das ist natürlich eine kurze Zeit: nach dreizehn Jahren, die uns tausend Jahre auseinanderbrachten. Was heute zwischen uns liegt, das ist nicht allein das Hindernis, dass wir uns kaum noch dem Namen nach kennen, sondern darüber hinaus ein grosses und zähes Misstrauen. Mindestens von unserer Seite.»<sup>470</sup> Nicht alle dachten so. In Wirtschaftskreisen fand sich eher die Idee, dass Deutschland die grosse wirtschaftliche Lokomotive in Europa bleiben werde. Die «harmonische Liquidation des Wirtschaftsverhältnisses mit Deutschland», schrieb Heinrich Homberger, «war nicht nur grundsätzlich als Symbol für den bis zum Schluss intakt gebliebenen völkerrechtlichen Status der Schweiz von Wert. Sie hatte auch für die Zukunft Bedeutung als Unterpfand guter Nachbarschaft, als es sich darum handelte, die Bezie-

hungen mit der sich aufrichtenden Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen.»<sup>471</sup> Aus diesem Grunde war man bestrebt, den deutschen Besitz zu schonen und die geschäftlichen Beziehungen, auch wenn sie im Augenblick materiell auf dem Nullpunkt standen, nicht abbrechen zu lassen. Diese Haltung sollte sich dann später, als Westdeutschland sich rasch und kräftig erholte, reichlich auszahlen.

Trotz der vorherrschenden Unsicherheit am Kriegsende gab es Bereiche, in denen zielbewusst eine moderne Nachkriegszeit vorbereitet wurde. Gesamthaft gesehen war die Industrie während des Krieges nicht durch die Bedürfnisse der Landesversorgung verändert, sondern vor allem im Hinblick auf die Erhaltung von Auslandsmärkten weiter entwickelt worden. Einzelne Grossindustrien, wie beispielsweise die Chemie in Basel und die BBC in Baden, hatten erfolgreich in die technologische Forschung und Erneuerung investiert. Zürich hatte schon 1943 die Planung für einen neuen internkontinentalen Flughafen begonnen. Mit einer Mehrheit von 78% stimmte die Bevölkerung am 5. Mai 1946 dem Flughafenprojekt Kloten zu.<sup>472</sup> Damit entstand neben Genf der zweite Interkontinentalflughafen. Ein weiteres Flughafenprojekt des Jahres 1946 in der Nähe Lausannes (Ecublens) kam nicht über das Stadium der Planung hinaus.

Die staatlichen Schweizerischen Bundesbahnen SBB galten ebenfalls als zukunftssträchtige Institution. Am 21. Januar 1945 nahm das Schweizervolk ein neues Bundesgesetz an, mit dem u.a. eine breite Entschuldung der SBB durchgeführt werden konnte. Sogar auf intellektuellem Boden wurde der Aufbruch geprobt. Gleich nach Kriegsende ergriff in Genf Emile Bercher, Direktor einer Reklameagentur, die Initiative zur Schaffung der *Rencontres internationales*, einer Zusammenkunft von Intellektuellen, die wie die Musikwochen in Luzern eine internationale Ausstrahlung haben sollten. Vom 2. bis 14. September 1946 kam es dann tatsächlich zu einer hochkarätigen Zusammenkunft, an der u.a. Persönlichkeiten wie Jaspers, Lukacs und von Salis teilnahmen.<sup>473</sup> Doch diese vorsichtige geistige Öffnung in Genf stand in einem seltsamen Kontrast zur harten Interessenpolitik Berns (und Zürichs), bei der weniger solidarische Kooperation, als vielmehr lukrative bilaterale Verbindungen gefragt waren. Man könnte hier Gotthelfs «Geld und Geist» paraphrasieren: Nicht Aufbruch des Geistes, sondern Expansion von Kapital und Produktion waren gefragt.

## 6. ANPASSUNG AN DIE ATLANTISCHE PERSPEKTIVE (1946-1948)

Das Washingtoner Abkommen von 25. Mai 1946 mit seinem 250-Mio.-Ticket gab der Schweiz die notwendige Respektabilität, um in Europas Kabinetten, Kongressen und Märkten wieder auftreten zu können. Dies war keine Frage diplomatischer Formalitäten, sondern eine wichtige Voraussetzung, um beim Neuaufbau der europäischen Wirtschaft mitarbeiten und mitverdienen zu können. Für den Eintritt in den Handel der Nachkriegszeit war die Schweiz an sich gut gerüstet. Zu Hilfe kam ihr dabei der Kredithunger der europäischen Länder, den die Schweizer Banken, die über ansehnliche Mittel verfügten, taktisch geschickt auszunutzen wussten. Langfristig gesehen war es jedoch der einsetzende Kalte Krieg, der die wichtigsten Rahmenbedingungen des helvetischen Neuaufbruchs schuf. Der Kalte Krieg begann im Februar 1946 mit dem von John Kennan, einem Mitglied der US-Botschaft in Moskau, verfassten «Long Telegram». Kennan warnte eindringlich vor der «russischen Gefahr» und stellte einen grundsätzlichen, nicht überbrückbaren Antagonismus zwischen dem Westen und der kommunistischen Welt fest. Im März desselben Jahres lancierte dann Winston Churchill mit seiner Rede in Fulton (USA) das publikumswirksame Bild vom Eisernen Vorhang. Diese Rede wurde in der Schweiz mit Aufmerksamkeit gelesen und bestärkte den ohnehin vorherrschenden helvetischen Antikommunismus. US-Präsident Truman übernahm diese neue weltpolitische Perspektive und verlangte im März 1946 vom Kongress umfangreiche Kredite, um Griechenland und der Türkei im Kampf gegen den Kommunismus beizustehen. Antikommunistische Strategien wurden, von den USA lebhaft begrüsst, ebenfalls in Frankreich und Italien verfolgt, wo es in erster Linie darum ging, die eigenen Kommunisten aus der Regierung zu drängen. Gleichzeitig signalisierte der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei und die Blockade von Berlin endgültig die Abgrenzung des Ostblocks vom Westen. Das atlantische Lager sicherte demgegenüber seine Stellung mit dem am 16. April 1948 unterzeichneten Marshallplan, zu dessen Durchführung die Organization for European Economic Cooperation OEEC geschaffen wurde. Es war dies die einzige bedeutende internationale Organisation, der die Schweiz in diesen ersten Nachkriegsjahren bei-

trat. Damit war der wichtigste Schritt zu einer innern und äussern Normalisierung des Landes getan. Die internationale sicherheitspolitische Stabilisation, nun gänzlich auf den Kalten Krieg ausgerichtet, erfolgte unter amerikanischer Führung 1949 mit der Schaffung des Nordatlantikpaktes NATO. Wenn die Schweiz auch formell diesem Militärpakt nicht angehörte, so hatte sie faktisch doch diese atlantische Perspektive als politische und militärische Leitlinie übernommen.

## **NORMALISIERUNG UND RÜCKKEHR ZUR ORDNUNG**

Wenn auch die Monate am Kriegsende rasche Wechsel und grundlegend neue Perspektiven brachten, so kann in Bezug auf das Binnen- und Innenleben der Schweiz in keiner Weise von einem Umbruch oder gar radikalem Neuanfang gesprochen werden. Nachdem sich die Emotionen um die Nazi-Sympathisanten und die Aufregung über das Wiederauftauchen der kommunistischen Linken gelegt hatten, ging die helvetische Politik mit der alten Mannschaft zum gewohnten politischen Alltag über. Dies wird nirgends so deutlich wie in der Finanzpolitik des Bundes. Obwohl diese durch die kriegsbedingten Aufwendungen eigentlich vor grossen Aufgaben stand, zog man vor, die bestehende, auf dem Vollmachtenregime der Kriegszeit beruhende Finanzordnung bis 1949 zu verlängern. Ein zweiter Versuch des Bundesrates, anfangs 1948, eine neue Finanzordnung zu schaffen, scheiterte ebenfalls. Die Unfähigkeit, die Bundesfinanzen zu reformieren, brachte die Eidgenossenschaft letztlich wieder in dieselbe Situation wie 1938, als mit der Verwerfung der bundesrätlichen Finanzordnung durch das Parlament eine verfassungsrechtliche Regelung schon einmal verhindert worden war. Das Vollmachtenregime des Krieges hatte dann eine Finanzpolitik erlaubt, die z.T. Elemente der verworfenen Ordnung von 1938 übernahm. Hinzu kam, als Konzession an die Linke, eine Wehrsteuer. Den Interessen der bürgerlichen Rechten hinwiederum war mit der Warenumsatzsteuer Rechnung getragen worden. Zwischen diesen beiden steuerpolitischen Ansätzen bestand aber eine tiefe Kluft, ein grundsätzlicher Gegensatz, der am Kriegsende wieder voll aufbrach. Die bürgerliche Rechte drang insbesondere auf einen raschen Abbau der Wehrsteuer, während man die mit der Wiederbelebung der Wirtschaft und des Konsums munter sprudelnde, aber die breiten Bevölkerungsschichten belastende Umsatzsteuer weiterzuführen gedachte. Die Linke ihrerseits hielt am Prinzip der Wehrsteuer, d.h. einer Einkommens- und Vermögenssteuer auf Bundesebene,

fest, um damit die ihrer Ansicht nach unsoziale Konsumsteuer ein wenig auszugleichen. Die unter Bundesrat Nobs ausgearbeitete neue Finanzordnung, die beide Steuerkategorien in ausgeglichener Form enthielt, wurde von den Bürgerlichen zuerst im Parlament zerzaust und in einer Volksabstimmung am 21. März 1950 kräftig verworfen. Auch die Linke stimmte, weil die direkte Bundessteuer gestrichen worden war, gegen das Projekt.<sup>474</sup>

Dass in der Bundespolitik dennoch die Kriegszeit langsam zu Ende ging, zeigte eine Reihe von negativen Volksentscheiden in den Jahren 1948-1950.<sup>475</sup> Die Ablehnung von drei Bundesprojekten und eines Referendums erweckten den Eindruck, die direkte Demokratie sei schon wieder etwas zu übermütig geworden. 1948 verwarfen die Stimmbürger die sogenannte Zuckervorlage, mit der dank einer zweiten Zuckerfabrik der Kartoffelanbau durch den vermehrten Anbau von Zuckerrüben hätte ersetzt werden können. 1949 waren es gleich zwei Vorlagen, denen das Volk die Zustimmung verweigerte: das Tuberkulosegesetz, bei dem weniger die unmittelbare Sachfrage, als der Ausbau der Sozialversicherung bekämpft wurde, und die Revision des Notenbankartikels, die am gleichen Tag wie das Tuberkulosegesetz abgelehnt wurde. Im selben Jahr fiel relativ knapp ein Referendum gegen die Revision des Beamtengesetzes durch; wie schon einmal vor dem Kriege, machte sich hier in einem harten Abstimmungskampf die von der Wirtschaft gesponserte Rechte um den ehemaligen Bund der Subventionslosen, jetzt im Redressement National organisiert, stark. 1950 schliesslich wurde einer Wohnbausubventionsvorlage die Zustimmung verweigert. Insgesamt hatten sich in diesen plebiszitären Kämpfen die Kräfte der politischen Rechten, trotz der Wahlerfolge der Linken nach dem Krieg, im politischen System erneut behauptet.

Dies alles war aber für die konkreten Lebensverhältnisse der Mittelschichten und der Arbeiterschaft nicht allzu tragisch, da die Wirtschaft einen unerwarteten Aufschwung nahm. 1946 stand der Aussenhandel zu Preisen von 1938 schon mehr als ein Drittel über dem Vorkriegsniveau und nahm in den folgenden Jahren, d.h. bis 1948, noch einmal um ein Drittel zu. In denselben Nachkriegsjahren (1946/47) stieg das reale Nettosozialprodukt um rund 10, die Löhne um 12%. Verlierer waren nur die Bauern, deren Einkommen, nach den goldenen Zeiten des Kriegs, nun um 14% sank. Insgesamt aber kam es zu einer erfreulichen Wirtschaftsentwicklung, in der die kriegsbedingten Einschränkungen wettgemacht wurden. Die Zahl der Autos vergrösserte sich zwischen 1946 und 1948 von 63'000 auf 106'000.



Die weniger Begüterten gaben sich allerdings noch mit dem neu aufkommenden Motorrad zufrieden. 1948 zählte man schon 45'000 Roller. Erst 1949 unterbrach eine kurze Rezession den Einstieg in die moderne Konsumgesellschaft. Der wirtschaftliche Aufschwung von 1946 bis 1948 erleichterte eine rasche Rückkehr zur politischen und gesellschaftlichen Normalität.

Dies kam nicht zuletzt in den Nationalratswahlen von 1947 zum Ausdruck. Verglichen mit jenen von 1935, kam es zu einem erstaunlichen Ergebnis (s. Tab. 4). Die verschiedenen Parteien nahmen im Nationalrat praktisch in gleicher Stärke Einsitz wie in der Vorkriegszeit. Verglichen hingegen mit den Wahlen von 1943, fällt der Verlust von acht Mandaten der Sozialdemokraten auf. Die Kommunisten, nun wieder mit einer gesamtschweizerischen Partei präsent, erreichten sieben Sitze; zwei davon verloren sie schon 1951. Der kleine momentane Erfolg der PdA bedeutete zugleich eine empfindliche Schwächung der Sozialdemokraten, die in einem unangenehmen Zweifrontenkrieg gegen die Rechte und gegen den Kommunismus an Schlagkraft und an Boden verloren.

Die politische Konstellation von 1947 unterschied sich allerdings in einem wichtigen Punkt von jener der Vorkriegszeit: Mit der Beteiligung der Sozialdemokraten am Bundesrat umfasste die parlamentarische Regierungsmehrheit nun vier Fünftel des Nationalrates. Damit konnte sich kein beständiges aktionsfähiges Oppositionspotential mehr bilden, und die politischen Entscheide und Debatten erfolgten noch mehr als zuvor hinter verschlossenen Türen, in Kommissionen und Expertengruppen. Da auch die Geschäfte an Komplexität zunahmen, gewannen die Spezialisten und Experten der Spitzenverbände, die in den zahlreichen Kommissionen Einsitz nahmen, gegenüber den eigentlichen Volksvertretern einen ungleich grösseren Einfluss. Diese Form der extraparlamentarischen Kommissionenherrschaft war nicht zuletzt auch ein Resultat der autoritären Kriegswirtschaft. Leo Schürmann, der dieses System von innen her kannte, kam zum Schluss, das Parlament sei durch Kommissionen, Experten und Spitzenverbände dermassen eingeengt, dass es einen grossen Teil seiner Aktivität verloren habe.<sup>476</sup>

Die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokraten, der ehemaligen antibürgerlichen Opposition, vermochte die konservative Stabilisierung der traditionellen bürgerlichen Herrschaft in keiner Weise zu modifizieren. In zwei plebiszitären Grundsatzkämpfen bewies das bürgerliche Lager, dass es sowohl die gouverne-

*Tabelle 4: Sitzverteilung im Nationalrat 1947 und 1935*

	SP	FdP	KKV	BGB	LdU	PdA	LIB	DEMO
1947	48	52	44	21	8	7	7	5
1935	50	48	42	21	7	2	7	8

SP = Sozialdemokratische Partei, FdP = Freisinnig-demokratische Partei, KKV = Katholisch-konservative Volkspartei, BGB = Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, LdU = Landesring der Unabhängigen, PdA = Partei der Arbeit (kommunistische Partei), LIB = Liberale Partei, DEMO = Demokraten.

mentale Linke wie auch eine nonkonforme Opposition jederzeit in Schranken zu halten vermochte. Am 8. Dezember 1946 verwarf das Volk mit 525'000 gegen 124'000 Stimmen eine vom Landesring der Unabhängigen noch in der Kriegszeit eingereichte Initiative «Recht auf Arbeit». Knapp ein halbes Jahr später, am 18. Mai 1947, ereilte dasselbe Schicksal die von den Gewerkschaften und der SPS eingebrachte Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit». Diese Resultate zeigten, dass Experimente im Sinne einer wohlfahrtsstaatlichen Politik, wie sie in England etwa auf Grundlage des Beveridge-Berichtes vom Dezember 1942 für die Nachkriegszeit entwickelt worden waren, in der Schweiz keinen genügenden Rückhalt fanden. Im Gegenteil, der Rechten gelang es, vom herrschenden Antikommunismus profitierend, solche Ansätze sozialstaatlicher Politik als sowjetische Planwirtschaft zu verketzern. Die Schwierigkeiten der sozialistischen Nachkriegsregierung in England dienten zudem als Beweis, dass auch der demokratische Weg des Sozialismus in eine Sackgasse führen müsse.<sup>477</sup> Die schweizerische Linke fand aber wenigstens in der AHV-Vorlage – auf die später eingegangen wird – eine gewisse Entschädigung für die barsche Rückweisung ihrer sozialpolitischen Programme.

Die Sozialdemokraten hatten in der Epoche des Dritten Reiches den Beweis ihrer Staatstreue, vermutlich überzeugender als das bürgerliche Lager, abgelegt und sassen nun sogar im Bundesrat; trotzdem überwachten die Sicherheitsorgane des Bundes, in erster Linie die Bundespolizei, das Tun der Linken mit gleichbleibendem Misstrauen. Beeinflusst durch die Stimmung des Kalten Krieges nahm die Staatsschutzaktivität sogar zu. Unter dem Eindruck der kommunistischen Machtergreifung in Prag erweiterte der Bundesrat am 12. November

1948 mit einem Vollmachtenbeschluss den bestehenden Staatsschutzergänzungs- und Verordnungs-Erlass. Neben der Verschärfung der Strafmasse für die verschiedenen Vergehen gegen die sogenannte Staatssicherheit fällt insbesondere der in Artikel 2 erweiterte Tatbestand des Landesverrats auf. Bürger machten sich allein schon dann straffällig, wenn sie mit ausländischen Unternehmungen in Verbindung standen, von denen man annahm, ihre Aktivität sei gegen die Schweiz gerichtet. Mit diesem Paragraphen konnten praktisch alle Kontakte von Schweizern mit Oststaaten unter Strafe gestellt werden. Ebenso konnte mit dem neuen Erlass sogenannte «Propaganda» gegen die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone mit Gefängnis bestraft werden. Das gleiche galt für Personen, die die politischen Einrichtungen der Schweiz verächtlich machten. Die Erweiterung der Staatsschutzordnung war gewissermassen der Freibrief für eine breite politische Überwachung aller Kräfte, die auch nur irgendwie ein kritisches politisches Bewusstsein zu entwickeln wagten. Dieses Staatsschutzgesetz wurde 1950 vom Parlament in ordentliches Recht übergeführt.<sup>478</sup> Damit begann der Fischenstaat der Nachkriegszeit.

Der Staatsschutz bildete einen wesentlichen Teil der konservativen Stabilisierung der politischen Kultur, mit der autoritären Strukturen der Kriegszeit in die Nachkriegszeit überführt wurden. Zu demselben Konzept gehören auch die Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts. Die konservative Stimmungslage kam schon anlässlich der Debatte zum Postulat Hans Oprecht, Präsident der SPS, im Dezember 1945 im Nationalrat zum Ausdruck. Zwar wurde das Postulat, mit dem der Bundesrat eingeladen wurde, die Einführung des Frauenstimmrechts zu prüfen, mit 104 gegen 32 Stimmen überwiesen. Aber die brummenden Tenöre der alten Schweiz liessen erahnen, dass dieser Vorstoss nicht so bald positive Resultate zeigen würde. Bundesrat von Steiger nahm sich denn auch sechs Jahre, d.h. bis 1951 Zeit, um zum Postulat Stellung zu nehmen, und eine erste Volksabstimmung, an der zwei Drittel der Bürger nein sagten, fand erst 1959 statt. Ebenso scheiterten in den Kantonen einzelne Versuche zur Einführung des Frauenstimmrechts. In den Jahren 1946 bis 1948 verweigerten die Männer der Kantone Basel-Land, Genf, Tessin, Zürich, Neuenburg und Solothurn den Frauen ihre politischen Rechte. Das Verhältnis von ablehnenden zu annehmenden Stimmen betrug in der Regel zwei zu eins; nur in Genf und in Solothurn, hier allerdings nur für das Stimmrecht auf kommunaler Ebene, fiel das negative Verdikt knapper aus. Selbst in der Armee machte sich die Eingren-

zung der Frauenemanzipation deutlich bemerkbar. Es gab eine breite Opposition gegen die Beibehaltung des Militärischen Frauenhilfsdienstes. Die Dienststelle FHD wurde auf engstem Raum ins Dachgeschoss im Bundeshaus Ost verbannt. Eine Studie der Sektion Personelles und Rechtswesen betonte, «dass die gesellschaftliche schweizerische Ordnung noch immer so konzipiert ist, dass der Mann eine Stufe höher eingeordnet wird als die Frau». <sup>479</sup> Eine bescheidene Weiterentwicklung des FHD war erst mit der Verordnung vom 12. November 1948 wieder möglich.

Zur Normalisierung des helvetischen Alltags zählt auch die Überführung der mobilisierten Armee in den Friedenszustand. Es gab dabei etliche, z.T. von persönlichen Abrechnungen aus Affären der Kriegszeit geprägte Auseinandersetzungen. Oberst Masson kam, wie schon gezeigt worden ist, wegen der Schellenberg-Affäre ziemlich heftig ins Gerede. Es zeigte sich später, dass nicht nur die Person Massons, sondern auch sein Nachrichtendienst schwerwiegende Schwächen aufwies. <sup>480</sup> Der 1946 von Guisan publizierte Bericht über den Aktivdienst trug ebenfalls nicht dazu bei, die militärpolitische Diskussion zu beruhigen; die im Bericht enthaltene Kritik an Bundesrat und missliebigen Dienstkameraden trennte die Nachkriegsgesellschaft in feindliche Lager, deren Debatten oft nicht mehr von rationalen militärpolitischen Argumenten, sondern von emotionalen, persönlichen und weltanschaulichen Bekenntnissen geprägt waren. Selbst der Bundesrat sah sich veranlasst, einen «Bericht des Bundesrates zum Bericht des Generals» erstellen zu lassen. Dieser Bericht vom Januar 1947 war von Oberst Edgar Schumacher, dem Redaktor der *Schweizerischen Monatschrift für Offiziere aller Waffen*, verfasst worden. Schumacher wurde im darauffolgenden Jahr zum Divisionär befördert. Die Politisierung der Berichte in der militärischen und zivilen Öffentlichkeit – an sich kein Novum der helvetischen politischen Kultur – trug dazu bei, dass die Differenzen zwischen Bundesrat und General beinahe zu einer Staatsaffäre hochgespielt wurden. Guisan selbst musste vor einer 26-köpfigen Nationalratskommission erscheinen und sich Fragen stellen lassen, die er als unziemlich empfand. Der Bericht des Bundesrates fand generell Zustimmung, jener des Generals blieb mit Kritik behaftet.

In gewissem Sinne übertrugen sich diese Auseinandersetzungen und Grabenkämpfe auf den sogenannten Konzeptionenstreit, der im Vorfeld der neuen Truppenordnung ausbrach. Man wälzte dabei grosse strategische Fragen und glaubte sogar, die Schweiz könne sich eine Grossmachtarmee in Taschenformat leisten. Dazu passte auch bestens die Idee einer helvetischen Atombombe. Der

Ausbildungschef der Armee, Hans Frick, hatte am 15. August 1945, nur eine Woche nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, Bundesrat Kobelt gebeten, über diese neue Waffe unverzüglich Studien durchzuführen.<sup>481</sup> Walter Allgöwer, Mitgründer des Gotthard-Bundes im Sommer 1940, forderte ebenfalls Militärkredite für die Atomforschung. Der Bundesrat trat schon im November 1945 auf diese Begehren ein. Eine neu geschaffene Kommission erhielt den Auftrag, «die Schaffung einer schweizerischen Uran-Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem Prinzip der Atomenergie-Verwendung beruhen», zu studieren.<sup>482</sup> Im Dezember 1946 bewilligte das Parlament für die Atomforschung 18 Mio. Franken. Vor dem Ständerat erklärte Bundesrat Kobelt, nicht ganz wahrheitsgetreu, «dass kein Mensch daran denke, dass in der Schweiz das grauenhafte Kriegsinstrument der Atombombe gebaut werden SOII».<sup>483</sup>

In den Nachkriegsjahren gingen die Wehranstrengungen unvermindert weiter. Zwar gab es 1946 keine Wiederholungskurse, aber 1948 hatte das Militär in gewohnter Weise Tritt gefasst. Es wurde auch neues Material, z.T. aus Beständen der US-Armee, angeschafft. Darunter befanden sich 130 Jagdflugzeuge vom Typ Mustang, die im Januar 1948 für 4'000 Dollar das Stück gekauft und von Deutschland nach der Schweiz überflogen wurden. So billig hatte die Schweiz nie wieder Hochleistungsflugzeuge beschaffen können. Ende 1948 stimmte das Parlament dem Erwerb des Düsenflugzeuges De Havilland Vampir zu und eröffnete damit in der Schweiz das moderne Jet-Zeitalter.

Neben der aktuellen Aufrüstung kam es zu peinlichen Entdeckungen aus der Vergangenheit. Einige der im Krieg gebauten Réduit-Bunker erwiesen sich als Sandburgen, die beim ersten Beschuss zusammengefallen wären. Zudem war es bei den Bauabrechnungen zu Betrügereien gekommen. Obwohl diese Affären schon im Herbst 1946 ruchbar wurden, kam es erst 1950 und unter starker Geheimhaltung zu Prozessen gegen angesehene Baufirmen und höhere Militärs. Die Strafen fielen milde aus, und die Bevölkerung wurde nur sehr rudimentär über das Ausmass der Verfehlungen orientiert.<sup>484</sup> Alle diese Gerüchte über geheimnisvolle Bauten leisteten wilden Phantasien über eine geradezu mythische Alpenfestung Vorschub. Dazu trugen auch tragische Unglücke bei, wie etwa die Explosion eines Munitionsdepots bei Blausee-Mitholz in der Nacht vom 19. zum 20. Dezember 1947. Neun Menschen fanden den Tod, und die gewaltigen Zerstörungen gemahnten an eine Bombardierung wie im Kriege.<sup>485</sup>

## DER INNENPOLITISCHE NACHKRIEGSPAKT

Die Nachkriegszeit wird durch eine innenpolitische Klammer, die zugleich das Ende der Periode 1938-1948 bedeutet, zusammengehalten. Es handelt sich um die sogenannten Wirtschaftsartikel und die Realisierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung, zwei Vorlagen, die am 6. Juli 1947 vom Volk angenommen wurden. Zu diesem Schwerpunktereignis zählt aber auch, am Ende des Jahres, der Rücktritt von Bundesrat Stampfli, jenes freisinnigen Mannes der Kriegswirtschaft, der nach anfänglichem Widerstand wesentlich zum Erfolg der beiden Vorlagen von 1947 beigetragen hatte. Mit Stampfli schied jener Mann aus dem Kriegsbundesrat, dessen Leistung nicht nur jene der andern Bundesräte übertraf, sondern der wohl auch seine Arbeit am besten hätte legitimieren können. «So höflich-kühl einen schon manchen Rücktritt gelassen hatte», schrieb Theodor Gut, «so schwer wird es den Weggenossen Stampflis sein, sich Bundesrat und Bundeshaus vorzustellen ohne diese Eiche als Träger.»<sup>486</sup>

An die Stelle Stampflis trat der Waadtländer Rodolphe Rubattel, ein freisinniger Politiker mit engen Beziehungen zur BGB und zum Bauernverband. Diese Besetzung, eine Konzession an das welsche bürgerliche Lager, war nicht unbedingt die geeignetste Lösung, um die komplexen Probleme der Wirtschaftspolitik der 50er Jahre zu bewältigen. Im Übrigen wechselte auch die Freisinnig-demokratische Partei 1947 und 1948 ihre Kriegsequipe aus. Zuerst nahm Ernst Steinmann, seit 1919 Generalsekretär der Partei, nach zSjährigem Wirken seinen Abschied. 1948 kam es zur Wachablösung an der Parteispitze. Neben dem Zentralpräsidenten Max Wey, während des Krieges einer der grauen Eminenzen im Bundeshaus, traten auch Willy Bretscher, Redaktor der NZZ, sowie fünf weitere Mitglieder der Geschäftsleitung zurück.

Doch zurück zu den von Stampfli vorbereiteten Vorlagen. Bekanntlich war der AHV-Artikel der Bundesverfassung schon 1925 angenommen, aber nicht umgesetzt worden. Nach erfolglosen Versuchen hatte im Februar 1938 der freisinnige St. Galler Arnold Saxer eine Motion zugunsten der AHV eingereicht, und schon im Herbst 1940 erfolgte im Nationalrat ein weiterer Vorstoss, der u.a. die Idee enthielt, das Prinzip der Verdienstausfallentschädigung für Wehrmänner für die Altersversorgung zu übernehmen. Stampfli wies aber diese Vorschläge zurück und weigerte sich, die Sache weiter zu verfolgen. Zahlreiche Vorstösse, die Diskussion des Beveridge-Planes und der Wahlerfolg der Sozialdemokraten be-

wirkten Ende 1943 einen entscheidenden Meinungsumschwung, und Stampfli selber kündete nun in der Neujahrsansprache von 1944 die AHV an. Der Bundesrat gab am 25. Januar 1944 grünes Licht für die Vorarbeiten. Eine von Stampfli eingesetzte Expertenkommission unter der Leitung von Arnold Saxer, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, machte sich an die Arbeit. Schon im Frühjahr 1945 konnte Stampfli eine AHV-Vorlage in die Vernehmlassung schicken. Von den 59 Antworten sprachen sich fünfzig dafür und fünf dagegen aus. Es waren dies: der Kanton Freiburg, die Schweiz. Konservative Volkspartei, die Neue Helvetische Gesellschaft, die Groupements patronaux de la Fédération Vaudoise des Corporations und die Partei der Arbeit. Die darauf ausgearbeitete Gesetzesvorlage nahm alle Hürden der öffentlichen Beratungen und wurde vom Nationalrat am 20. Dezember 1946 mit 170 gegen 8 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, angenommen. Westschweizer Liberale, unterstützt von der *Gazette de Lausanne*, dem *Journal de Genève*, dem Schweizerischen Handels- und Industrieverein HIV (d.h. der Vorort) und dem Zentralverband der Arbeitgeber, ergriffen das Referendum. Hans Sulzer, ehemals Leiter der Handelsdelegation in London, der sich nun als Präsident des HIV zu Wort meldete, sah in der AHV eine Übertreibung des Wohlfahrtsstaates, eine «Vorstufe zur Diktatur».<sup>487</sup> Aber die Befürworter, unter ihnen an erster Stelle der Bundesrat und die Bundesverwaltung, griffen massiv in den Abstimmungskampf ein. Am 6. Juli 1947 nahm das Volk bei einer Stimmbeteiligung von 80% mit 862'000 gegen 215'000 Stimmen die AHV an.<sup>488</sup> Was die AHV für viele wirklich bedeutete, hatte der Metallarbeiter Jakob Dübi, Alterspräsident des Grossen Rates von Basel-Stadt, im Mai 1947 vor der Abstimmung mit eindringlichen Worten geschildert: «Ich habe mit meinen 72 Jahren im vergangenen kalten Winter keine Stunde am Werkbank gefehlt, obwohl meine rheumatischen Glieder oft der Ruhe und Pflege bedurft hätten. Aber Ruhe ohne Einkommen ist eben auch nicht gesundheitsfördernd. Als Berufsarbeiter habe ich als Lohn nicht einmal je soviel erhalten, dass ich ohne den Mitverdienst der Frau die Familie anständig hätte durchbringen können. Mein Fall ist nur einer der 260'000 alten Leute in unserem Land, die mit Sehnsucht auf die Alters- und Hinterbliebenenversicherung warten.»<sup>489</sup>

Am Tag der Abstimmung über die AHV fand zugleich jene über die Wirtschaftsartikel statt. Es handelte sich ebenfalls um ein Geschäft, dessen Wurzeln in der Vorkriegszeit lagen. Unter dem Eindruck der Krise war 1937 eine Partialrevi-

sion der Wirtschaftsartikel erarbeitet und noch vor dem Krieg von den Räten angenommen worden. Vorgesehen war eine stark vom Staat kontrollierte Wirtschaft, mit Schutz des Gewerbes und der Landwirtschaft, allgemeinverbindlichen Verbandsabmachungen, Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Vorsorge bei Arbeitslosigkeit.<sup>490</sup> Es handelte sich um ein zeitbedingtes Kompromissprojekt mit nicht unwichtigen Einschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit, das z.T. den korporatistischen Ideen der Rechten entgegenkam.

Wegen des Krieges konnten die neuen Wirtschaftsartikel nicht weiterbearbeitet werden. Aber Bauern, Gewerbe und katholische Korporatisten versuchten immer wieder, den Bund im Sinne dieser Wirtschaftsordnung zu Eingriffen zu veranlassen. Am 5. Mai 1941 schrieb die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei dem Bundesrat: «Es ist kaum daran zu denken, dass die wirtschaftliche Freizügigkeit früherer Zeiten je wieder in vollem Umfange hergestellt werden kann.»<sup>491</sup> Sie forderte den Bundesrat auf, die Frage der Wirtschaftsordnung erneut aufzunehmen. Bundesrat Stampfli akzeptierte aber nur kriegsbedingte, auf dem Vollmachtenrecht beruhende Massnahmen, die keine verfassungsrechtlichen Festlegungen präjudizierten. Zwei Vorlagen wichen jedoch von diesen Grundsätzen ab. Am 29. Oktober 1944 wurde vom Volk knapp ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb angenommen, und am 16. Februar 1945 führte der Bundesrat die Fähigkeitsausweise im Gewerbe ein.

Anfang 1944 hatte Bundesrat von Steiger, sehr zum Ärger von Stampfli, eine Gesetzesvorlage zur Landwirtschaft mit exzessiven Schutzbestimmungen vorgelegt. Im März 1944 beschloss dann das Parlament, die Wirtschaftsartikel wieder aufzugreifen. Damit ging die Initiative auch für die Landwirtschaftspolitik an Stampfli über, dessen Ziel es war, die Grundsätze der Wirtschaftsfreiheit möglichst wenig anzutasten. Er griff persönlich massiv in einen ersten, vom Bundesamt für Gewerbe und Arbeit vorgelegten Entwurf ein und strich insbesondere jene Passagen, die zu weit gehende Kompetenzen des Staates vorsahen. Trotzdem konnte er dem Druck von Gewerbe und Bauernschaft nicht gänzlich widerstehen und musste einige Staatseingriffe in Kauf nehmen. Die Wirtschaftsartikel gaben dem Bundesrat das Recht, zur Erhaltung wichtiger Wirtschaftszweige oder aus kriegswirtschaftlichen Massnahmen von der Wirtschaftsfreiheit abzurücken. Der Fortbestand des Bauernstandes wurde besonders hervorgehoben. Auch das Gewerbe sollte von besonderen Schutzmassnahmen profitieren. Die Wirtschaftsartikel zementierten zugleich die enge Kooperation zwischen Bundesverwaltung und wirtschaftlichen Spitzenverbänden. Letztere benutzten



diese Privilegien, um ihren Einfluss in der Politik noch mehr zu erhöhen. Dem Bund hinwiederum wurden zwar konjunkturpolitische Eingriffe gestattet, aber keine klaren Zielvorstellungen gesetzt. Viele Kreise waren über diese Vorlage wenig begeistert, u.a. auch die Sozialdemokraten, denen die Möglichkeiten zur Wirtschaftsplanung zu gering erschienen. Die Regierungen von fünf Westschweizer Kantonen hinwiederum verlangten gar von Stampfli, sie zu ermächtigen, der weiteren Eröffnung von Migros-Läden Einhalt zu gebieten. Insgesamt aber brachten die Bestimmungen dieses Artikels 31 der Bundesverfassung nichts wirklich Neues. Es handelte sich weitgehend um eine rechtliche Festsetzung der in der Kriegs- und Vorkriegszeit entstandenen, nicht sehr homogenen Wirtschaftsordnung. Die Abstimmung am 6. Juli 1947 ergab ein knappes Ergebnis, 556'000 Ja- gegen 494'000 Nein-Stimmen. Es kann angenommen werden, dass die gleichzeitige Abstimmung über die AHV die umstrittenen Wirtschaftsartikel gerettet hatte.

Die beiden am 6. Juli 1947 angenommenen Vorlagen sind sowohl zwei Marksteine des Jahrzehnts 1938-1948 wie auch des Aufbruchs in die Nachkriegszeit; sie bedeuten jedoch keinesfalls einen grundsätzlichen Neuanfang, der den Weg zu einer modernen, sozialstaatlichen Wirtschaftspolitik geöffnet hätte. Die Leistungen der AHV waren anfänglich sehr bescheiden. Die minimalen Monatsrenten von 40 Franken deckten bestenfalls einen Fünftel der lebensnotwendigen Ausgaben. Was die Wirtschaftspolitik anbelangt, so erhielt der Bundesrat wohl einige konjunkturpolitische Kompetenzen, aber keineswegs einen Freipass für, beispielsweise, Eingriffe im Sinne einer keynesianischen Politik. Im Übrigen begannen sich im Hintergrund bereits die Kräfte des kompromisslosen Wirtschaftsliberalismus zu sammeln. Wenn der Wirtschaftsführer Hans Sulzer meinte, die AHV sei eine Vorstufe zur Diktatur, dann übernahm er damit nur einen Denkansatz, den Friedrich August von Hayek 1944 in seinem Buch «The Road to Serfdom» schon in aller Schärfe und Polemik vorgetragen hatte. Hayeks Buch wurde am Februar 1945 von William E. Rappard im *Journal de Genève* ausführlich besprochen.<sup>492</sup> Rappard, Leiter des Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales (IUHEI) in Genf und Vertrauensmann des Bundesrates, hatte mit seinen Mitarbeitern, u.a. Wilhelm Röpke, zahlreiche Kontakte zur Internationale des Wirtschaftsliberalismus geknüpft. Aus diesen Verbindungen entstand im April 1947 die Mont-Pèlerin-Society, genannt nach dem gleichnamigen Aussichtspunkt bei Vevey.<sup>493</sup> Das Ziel dieser Vereinigung war, gegen den

sogenannten «politischen und ökonomischen Totalitarismus» – dazu zählte alles, was sich in der Nähe von Keynesianismus, Sozialismus oder Etatismus bewegte – zu kämpfen. Röpke bezeichnete die Vereinigung als «eine Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus, eine Art von liberaler Freimaurerei». <sup>494</sup> Die NZZ und ihr Chefredaktor Bretscher empfingen Röpke mit offenen Armen, und der NZZ-Wirtschaftsredaktor Carlo Mötteli, ebenfalls ein Mitglied der Mont-Pèlerin-Gesellschaft, half bei der Verbreitung dieses Gedankengutes eifrig mit. Rappard seinerseits war ständiger Mitarbeiter des *Journal de Genève*. Später setzte sich die Gesellschaft auch im 1943 von der Universität Zürich geschaffenen Institut für Auslandforschung fest. Die kompromisslose Linie dieses radikalen Wirtschaftsliberalismus, der später die Politik der USA und auch jene Europas dominieren wird, hatte sich schon kurz nach dem Kriege in der Schweiz eine aussichtsreiche Plattform geschaffen.

Derselbe Ansatz, aber aufs Niveau der propagandistischen und vulgarisierten Polemik gesenkt, fand sich in den Kreisen des Ende 1946 gegründeten Trumpf Buur. Dieses Propagandabüro sollte mit Inseraten und simplen Schlagworten ultralibérale, antietatistische und antisozialistische Stimmung verbreiten. Initiator war der freisinnige Robert Eibel, vor dem Krieg im Bunde der Subventionslosen und während des Krieges im Gotthard-Bund aktiv. Auf seine Anregung hin war Anfang 1943 die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft gegründet worden. Diese Vereinigung bezweckte, bei den Wirtschaftsverbänden Geld einzutreiben, um politische Aktionen und die Propaganda gegen «staatliche Kollektivwirtschaft» zu finanzieren. Formell waren Wirtschaftsförderung und Trumpf Buur getrennt, aber faktisch gehörten sie zusammen. <sup>495</sup>

Die Schweiz war 1947 im Innern wirtschaftspolitisch stabilisiert. Die Wirtschaftsartikel unterstützten zwar das Gewerbe und die Bauern, gaben aber zugleich den Spitzenverbänden der Wirtschaft eine wirksame Kontrolle über die Bundespolitik. Dennoch schuf man mit der Bauernpolitik und den Gewerbegeetzen, trotz wirtschaftsliberaler Grundsatzserklärungen, eine rückwärts gewandte und konservative Mittelstandspolitik. Diese stand in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Bedürfnissen der einsetzenden Massen- und Konsumgesellschaft, die keine Beschränkungen und Privilegien, sondern eines raschen Einbaus in den sich bildenden europäischen Markt bedurfte. Mit dem neuen totalen Neutralitätsdogma und einer teilweise protektionistischen Wirtschaftspoli-

tik stellte man sich gegen die moderne Entwicklung der europäischen Integration. Das war nur eine der vielen Widersprüchlichkeiten, die in den folgenden Jahrzehnten für die verschiedenen strukturellen Spannungen verantwortlich waren. Während die Wirtschaftsartikel die bürgerliche Mitte im politischen System verankerten, erlitten die Sozialdemokraten eine entscheidende Niederlage, mit der ihr Traum von der Neuen Schweiz beerdigt wurde. Wie oben schon kurz erwähnt, verwarf am 18. Mai 1947 das Volk ihre Initiative Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit mit 539'000 gegen 245'000 Stimmen. Die SPS liess darauf ihre Pläne auf grundsätzliche Strukturreform fallen und wandte sich einem «Wachstumsreformismus» zu.<sup>496</sup>

Das letzte politische Ereignis der Bereinigung der Krisen-, Kriegs- und Nachkriegszeit war 1949 die Abstimmung über die Initiative zur Rückkehr zur Demokratie.<sup>497</sup> Sie verlangte eine Abänderung des Artikels 89 der Bundesverfassung über die Dringlichkeitsklausel. Dringliche Bundesbeschlüsse sollten in Zukunft dem Referendum unterstellt werden. Diese Initiative hatte ausgerechnet die reaktionäre Ligue Vaudoise ergriffen, die sich damit nach Kriegsende von ihrer am faschistischen Neuen Europa orientierten Vergangenheit reinzuwaschen versuchte. Zugleich sollte einem vermeintlichen Staatssozialismus und einer zu starken Stellung des Bundes entgegengetreten werden. Der Bundesrat schenkte der im Juli 1946 mit 53'796 Unterschriften eingereichten Initiative – 40% stammten aus dem Kanton Waadt – kaum Beachtung. Der spätere Bundesrat Paul Chaudet, der sich schon verschiedentlich für die Ligue Vaudoise geschlagen hatte, versuchte im September 1947 mit einer kleinen schriftlichen Anfrage den Bundesrat zur Eile anzutreiben. Doch dieser setzte die Abstimmung erst auf den 11. September 1949 fest. Äusser dem Landesring der Unabhängigen gab keine schweizerische Partei oder Organisation die Ja-Parole aus. Trotzdem wurde, bei niedriger Stimmbeteiligung von nur 42%, die Initiative mit 280'000 gegen 272'000 Stimmen angenommen. Damit musste das dreissigjährige Dringlichkeits- und Vollmachtenregime, das die Schweiz der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt hatte, teilweise aufgegeben werden. Absurd an diesem wichtigen verfassungsrechtlichen Schritt war nur, dass er von einer reaktionären Bewegung kam, die sich offen zu einer antidemokratischen Gesinnung bekannte und mit diesem Vorstoss keineswegs die Absicht verfolgte, die liberalen und demokratischen Rechte des Bürgers zu verteidigen.

«Il faut se rendre compte qu'il y a actuellement un impérialisme américain et que la Suisse n'est pas le seul pays qui soit victime de cet impérialisme, il y a d'autres pays parmi lesquels de grandes puissances qui en sont également les victimes.»<sup>499</sup> So äusserte sich Bundesrat Petitpierre am 20. Juni 1946, einen Monat nach Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens. Fünf Jahre später, am 23. Juli 1951, wird in Bern das Hotz-Linder-Agreement unterzeichnet. Mit ihm unterstellte sich die Schweiz faktisch den gegen die Oststaaten gerichteten Embargo-Bestimmungen des Coordinating Committee der USA. Damit war der Prozess der Ausrichtung auf die atlantische Perspektive fürs erste abgeschlossen. Im Laufe dieser Entwicklung gewann die offizielle Schweiz ein neues Selbstbewusstsein. Die unmittelbare Vergangenheit, d.h. das opportunistische und kompromissreiche Überleben im Schatten Nazi-Deutschlands, wurde nun als wesentlicher Beitrag zur westlichen Zivilisation umgedeutet. «En sauvant ce que nous avons sauvé», schrieb beispielsweise Olivier Reverdin im *Journal de Genève*, «en maintenant au cœur du continent asservi nos libres institutions, nous nous acquittions d'un devoir à l'égard de la civilisation occidentale. L'étranger, aujourd'hui, le reconnaît.»<sup>500</sup>

Der wichtigste Schritt in dieser Richtung war, nach dem Washingtoner Abkommen, der Beitritt zum Marshall-Plan, d.h. zum dominierenden Ordnungssystem der Nachkriegszeit neben der NATO. Unmittelbar am Kriegsende war diese Entwicklungslinie allerdings noch nicht klar erkennbar. Nach dem Tode Roosevelts fehlte der amerikanischen Aussenpolitik eine einheitliche Linie. Doch die Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion und der Beginn des Kalten Krieges lieferten erneut eindeutige Fixpunkte, an der sich auch die Politik in Europa orientierte. Hinzu kam, dass im Winter 1946/47 die europäische Wirtschaft – mit wenigen Ausnahmen, darunter die Schweiz – schwer angeschlagen war. Aus den zwei Elementen, der wirtschaftlichen Not in Europa und dem Kalten Krieg, entstand in Washington die Truman-Doktrin. In ihr wurde der Kampf gegen den Kommunismus mit einer massiven Wirtschaftshilfe an Europa verbunden. Dahinter verbarg sich am Anfang noch die vage Idee einer europäischen Integration.<sup>501</sup>

Am 5. Juni 1947 präsentierte der Staatssekretär George C. Marshall, der frühere Chef des Generalstabes, in einer Rede an der Universität Harvard die Idee einer umfassenden Wirtschaftshilfe an Europa. Darauf besprachen die Europäer an ei-

ner internationalen Konferenz in Paris (27. Juni bis 2. Juli) das amerikanische Angebot. Russland verweigerte jedwede Zusammenarbeit, was den Amerikanern nur recht war. Damit erfuhr der Marshall-Plan eine klare politische Zielsetzung im Kalten Krieg.

Der Bundesrat hatte am 27. Juni 1947 seine Bereitschaft erklärt, sich an der Verwirklichung eines Planes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu beteiligen.<sup>502</sup> Bundesrat Petitpierre bemühte sich in seiner Erklärung, den rein ökonomischen Charakter des amerikanischen Planes herauszustreichen, und umging geflissentlich die grundsätzlichen politischen Aspekte. Am 12. Juli begannen in Paris die Verhandlungen jener 16 Staaten, die den amerikanischen Vorschlag akzeptiert hatten und sich nun zwecks Schaffung einer gemeinsamen Organisation für die Wirtschaftshilfe zusammenfanden. Die Schweiz war von Anfang an beteiligt. Schon am 22. September 1947 legten die 16 Staaten einen Plan vor, der einen finanziellen Aufwand von über 20 Mia. Dollar vorsah. Der amerikanische Kongress sprach aber erst am 2. April 1948 einen Kredit von 5 Mia. Dollar und gab damit grünes Licht für die Konstituierung der Organization of European Economic Cooperation OEEC am 16. April 1948. Die Schweiz unterzeichnete das Gründungsprotokoll ebenfalls, hatte sich aber eine spezielle Klausel ausgehandelt. Im Artikel 14 wurde festgehalten, dass die Beschlüsse der OEEC einstimmig gefasst würden; wenn ein Mitglied sich der Stimme enthielt, sollte der Beschluss nur für die zustimmenden Mitglieder gelten. Das war das helvetische Schlupfloch. Mit Stolz strich man in der Schweiz immer wieder diese Sonderstellung heraus; man lieferte sich damit jedoch indirekt dem Vorwurf aus, nicht wirklich an einer solidarischen Zusammenarbeit beim europäischen Wiederaufbau, sondern nur an den wirtschaftlichen und handelspolitischen Vorteilen der OEEC-Mitgliedschaft interessiert zu sein.<sup>503</sup>

Um konkret von der amerikanischen Hilfe profitieren zu können, war jedes beteiligte Land zu einem bilateralen Abkommen mit den Vereinigten Staaten gezwungen. Die USA sicherten sich damit einen besseren Zugang zur Wirtschaft der europäischen Staaten. Die Schweiz war das einzige Land der OEEC, das trotz heftigster Bemühungen der USA keinen solchen bilateralen Vertrag unterschrieb. Der Nationalrat bestätigte die Mitgliedschaft zur OEEC mit 136 zu 7 Stimmen, der Ständerat mit 32 zu 1. Die Engpässe in der Versorgung mit Brotgetreide im Winter 1946/47 hatten den Volksvertretern und der Bevölkerung die Notwendigkeit einer Öffnung des Handels drastisch vor Augen geführt. Im wei-

teren Prozess der Liberalisierung des Handels innerhalb der OEEC gab sich die Schweiz überall dort, wo sie über eine starke Exportstellung verfügte, sehr offen; wenn es aber darum ging, einheimische Interessen zu schützen, vergass sie unverzüglich die liberalen Prinzipien. Da die OEEC indirekt in vielen andern Gremien des sich ausbildenden europäischen Wirtschaftsraumes Einfluss nahm, bildete sie für die Schweiz das ideale Mittel, um ohne direkte Beteiligung bei internationalen Gremien dennoch die eigenen Interessen wahrzunehmen.

Der Bundesrat wurde nicht müde zu betonen, die Mitgliedschaft bei der OEEC sei eine rein wirtschaftliche, ja technische Frage, die in keiner Weise die Neutralität berühre. Die Trennung in technische und politische Funktion, mit der der Bundesrat argumentierte, war aber eine rein theoretische, ja sophistische Konstruktion, die mit den realen Macht- und Einflussfaktoren moderner internationaler Beziehungen wenig gemein hatte. Intern gab man dies denn auch gelegentlich zu. So schrieb 1948 Gerard Bauer, Chef der schweizerischen Delegation bei der OEEC: «L'idée de l'aide à l'Europe comporte deux aspects, l'un économique et l'autre politique. Jusqu'à une date récente, les Américains et les Européens ont feint d'ignorer celui-ci, les premiers pour éviter d'aggraver la tension internationale, les seconds pour maintenir leur indépendance.»<sup>504</sup>

Die Schweiz hatte die OEEC unter Einschluss der politischen Zielsetzungen akzeptiert, weil dies damals die einzige Möglichkeit war, sich aus der wirtschaftlichen Isolation zu befreien, Zugang zu amerikanischen Lebensmittel- und Rohstofflieferungen zu erhalten und zugleich interessante Handelsbedingungen zu erlangen. Um den Beitritt zur OEEC zu propagieren, war man in Bern bereit, den dehnbaren Neutralitätsdiskurs mit einer neuen Formel einmal mehr zu strapazieren. Hatte man für den Völkerbund die Neutralität «differenziert», unter dem Dritten Reich dann aus der öffentlichen Diskussion entfernt, so stellte man sie jetzt unter die Dialektik von «technisch» versus «politisch». Damit wurde in der schweizerischen Aussenpolitik auch in der Nachkriegszeit die Neutralität als rhetorisches Vernebelungsinstrument eingesetzt, um wirtschaftspolitische Manöver zu verbergen. In den Augen des Bundesrates wurde aus der supranationalen Organisation OEEC, die sowohl auf einem wirtschaftlichen wie auch auf einem politischen Bein stand, ein rein technischer, ja humanitärer Verein. Damit konnte der Bundesrat den Beitritt zur OEEC als Akt der schweizerischen Solidarität erklären, der keine neutralitätspolitischen Implikationen enthalte. Eine Mehrheit der Bevölkerung blieb aber offenbar misstrauisch. Eine Umfrage von

Gallup im Jahre 1948 ergab, dass weniger als ein Drittel der Schweizer glaubte, der Marshall-Plan sei rein humanitär; zwei Drittel jener, die andere Zwecke vermuteten, nannten an erster Stelle den Kampf gegen den Kommunismus.<sup>505</sup>

Die OEEC-Mitgliedschaft der Schweiz ist beispielhaft für die generelle, auf zwei verschiedenen Ebenen angesiedelte schweizerische Aussenpolitik. Es ging in erster Linie darum, sich all jenen kollektiven Verpflichtungen zu entziehen, die schweizerischen Wirtschaftsinteressen entgegenstehen konnten oder ausländischen Partnern die Möglichkeiten eines Einblicks in die inneren Besitz- und Profitverhältnisse erlaubt hätten. In diesem Rahmen waren Neutralität und Souveränität oft nur Schlagworte, die vor allem den sehr aktiven Aussenhandel zu decken hatten. Gerard Bauer, der Vertreter der Schweiz bei der OEEC, hatte schon 1944 in einer Studie festgehalten, dass ein Land ohne Bodenschätze wie die Schweiz zwar auf internationale Zusammenarbeit angewiesen sei, dass eine solche aber Nachteile bringe. «En cas d'adhésion à l'organisation collective», schrieb Bauer, «ce sont, en revanche, tous les inconvénients de la surveillance, de l'embrigadement.»<sup>506</sup> Diese Sichtweise kam später in einer Studie des Politischen Departements erneut zum Ausdruck. In Anspielung auf die europäischen Einigungsbestrebungen hiess es da: «Dès lors, notre absence au sein de l'avant-garde de la fédération européenne ne peut être expliquée que par notre égoïsme, un égoïsme légitime, ou si l'on veut par notre intérêt national.»<sup>507</sup>

Die helvetische Taktik der punktuellen Beteiligung ohne generelle Verpflichtung war überaus erfolgreich. Ohne sich internationalen Gremien unterordnen zu müssen, schloss die Schweiz vom Kriegsende bis zum Herbst 1947 mit 22 Staaten 63 Wirtschaftsabkommen ab. Der Aussenhandel prosperierte, und die Schweiz war in Europa einer der gefragtesten Kreditgeber. Damit die Vertragspartner Güter in der Schweiz kaufen konnten, wurden zahlreiche Zahlungsabkommen geschlossen; der Bund beteiligte sich grosszügig daran und gewährte bis Ende 1947 für 800 Mio. Franken Vorschüsse.<sup>508</sup>

Der Widerstand der Schweiz gegen ein bilaterales Abkommen mit den USA im Rahmen des Marshall-Planes kam übrigens auch daher, dass man sich alle Türen für den Handel mit Osteuropa offenhalten wollte. Sowohl das Politische Departement wie Kreise der Wirtschaft glaubten immer noch, in Mitteleuropa die Nachfolge Deutschlands antreten zu können. Dabei stand man anfänglich in einer Konkurrenz zu den USA, vor allem in Kreditfragen. Am 17. September 1946 schrieb der Schweizer Gesandte aus Prag: «In hiesigen Regierungskreisen be-

klagt man sich über die steigenden Schwierigkeiten der Verhandlungen mit USA und empfindet besonders die politische Verklammerung der amerikanischen Wünsche als unangenehm. Ohne Zweifel wäre man hier sehr glücklich, einen andern Kreditgeber zu finden. Neben den USA kommt aber derzeit höchstens die Schweiz in Frage, welche aus einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen und politischen Gründen offenbar als Kreditgeberin den USA bei weitem vorgezogen würde.» Am Schluss fügte der Gesandte noch bei: «Die Tatsache, dass die Schweiz Dollars im Überfluss besitzt, die Tschechoslowakei aber gerade Dollars sucht, gibt diesen Überlegungen weiteren Auftrieb, umsomehr, als nun, im Gegensatz zum vergangenen Jahre, durch das Abkommen von Washington eine ganze Reihe von Schwierigkeiten behoben erscheinen.»<sup>509</sup> Diese Art der Geschäfte ist typisch für die aussen- und handelspolitische Position der Schweiz der Jahre 1946-1948. Handelsbeziehungen konnten nicht mehr von Kredit- und Währungsfragen getrennt werden. Zugleich standen die USA in irgendeiner Form, sei es als Konkurrent, Partner oder Polizist, im Hintergrund. Die Schweiz hoffte aber immer noch, der Truman-Doktrin zum Trotz, in die Märkte der Oststaaten eindringen zu können.<sup>510</sup> Die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei vom Februar 1948 machte diesen Hoffnungen ein Ende. Zwar versuchte Bern noch, mit dem am 17. März 1948 geschlossenen Handelsabkommen mit der Sowjetunion sich einen Zugang nach Russland zu schaffen, aber unter dem Druck der Amerikaner musste bald auf eine Erweiterung dieses Handels verzichtet werden. Von diesem Zeitpunkt an trat die atlantische Perspektive in den Vordergrund. Da die westlichen Alliierten zudem 1948 begannen, die deutschen Besatzungszonen zu reorganisieren – so etwa mit der Währungsreform vom 18. Juni 1948-, konnte die Schweiz sich wieder vermehrt seinem traditionellen nördlichen Handelspartner widmen.

Die Ausrichtung auf Deutschland brachte die Schweiz auch Washington näher. Praktisch zeigte sich dies bei der endgültigen Erledigung des Washingtoner Abkommens, bei der nun die frisch gegründete Bundesrepublik Deutschland ebenfalls eingeschaltet wurde. Deutschland zahlte für den ausstehenden Clearingkredit des Dritten Reiches 650 Mio. Franken zurück. Mit diesem Geld konnten dann u.a. auch die noch ausstehenden Forderungen der Alliierten beglichen werden.<sup>511</sup> Diese für Bern günstigen Verhandlungen standen einmal mehr unter Minister Stuckis Leitung, der damit seinen letzten, international beachteten Auftritt gab. Walter Stucki starb am 8. Oktober 1962.



In derselben Zeit war mit den USA über das Handelsembargo gegen die Oststaaten verhandelt worden. Die Schweiz musste sich faktisch der amerikanischen Embargopolitik unterstellen. Die entsprechende Vereinbarung vom 23. Juli 1951, Hotz-Linder-Agreement genannt, erlaubte zwar der Schweiz gegen aussen das Gesicht zu wahren, band aber den schweizerischen Aussenhandel in die amerikanische Embargopolitik ein.<sup>512</sup> Obwohl hier noch einmal schweizerisch-amerikanische Unstimmigkeiten zutage traten, war ein Ausscheren aus der atlantischen Perspektive nicht mehr denkbar. Die Schweiz hatte endgültig die neue Nachkriegsordnung gefunden. Sie erreichte mit dieser Wendung, trotz der Nichtmitgliedschaft in der UNO, auch international mehr Spielraum. Der Nichtbeitritt zur UNO konnte teilweise durch Beteiligung an deren Spezialorganisationen kompensiert werden. So trat die Schweiz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO, der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF, der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur UNESCO und der Internationalen Flüchtlingsorganisation IRO bei. Ein wichtiger Schritt bedeutete die Mitgliedschaft am Internationalen Gerichtshof, die am 17. Dezember 1947 im Nationalrat mit 102 zu 15 Stimmen und am 11. März 1948 vom Ständerat mit 27 zu 3 angenommen wurde.

Diese Politik fand aber ihre Grenzen dort, wo man entweder befürchtete, bindende Verpflichtungen übernehmen zu müssen, oder den materiellen Nutzen als zu gering einschätzte. Dies war insbesondere bei der Gründung des Europarates, im Mai 1949, der Fall. In Bern war man froh, dass der Schweiz keine Einladung zugeschickt wurde.<sup>513</sup> So konnte man in nobler Zurückhaltung diese europäische Organisation aus der Ferne betrachten. Man kritisierte den vermeintlich supranationalen Charakter des Europarates, der, so das Politische Departement, eine grosse Gefahr für die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz darstelle. Dieses formalistische und gelegentlich arrogante Abseitsstehen in Europa gab der atlantischen Ausrichtung umso mehr Gewicht, auch wenn diese nicht mit grossen Verträgen bekräftigt wurde.

Lag das politische und wirtschaftliche Hauptproblem der Nachkriegszeit in der Überwindung der Isolation und der Neugewinnung der Märkte, so war jenes der Kultur die Befreiung von der Geistigen Landesverteidigung. Diese, so meinte Lorenz Stucki am Ende des Krieges, «brachte den Schweizer Künstler zu Ehren, weil er Schweizer war und Schweizertum vertrat, wobei das Kriterium des künstlerischen Wertes an zweite Stelle geriet»; ohne «geistige Schutzzölle oder Réduitstellungen» werde aber gar mancher seinen Rang verlieren.<sup>514</sup> In ähnlichem Sinne plädierte René Bovard an der Versammlung des Schweizerischen Schriftstellervereins im Jahr 1947 für die Befreiung von der Geistigen Landesverteidigung. Die Schweizer hätten, meinte er, im Moment, da sich die Grenzen öffnen, viel zu lernen.<sup>515</sup>

Die von Armee und Bundesrat gesteuerte Kultur musste am Kriegsende aufgegeben werden. Die Sektion Heer und Haus wurde im August 1945 aufgelöst. Einige Unentwegte gingen jedoch daran, die Organisation auf privater Basis weiter aufrechtzuerhalten. In der französischen Schweiz bildete sich im September 1946 das Centre Suisse d'Etude et d'information (Rencontres Suisses). Die Schwesterorganisation in der deutschen Schweiz, gegründet im Dezember 1947, nannte sich Schweizerischer Aufklärungs-Dienst. 1948 kam noch, unter der Leitung des ehemaligen Chefs des Nachrichtendienstes Roger Masson, die Aktion freier Staatsbürger hinzu. In ihr sammelten sich z.T. die Vertreter der alten Rechten der Zwischenkriegszeit. Ziel dieser Organisationen war, die patriotische Gesinnung und den Wehrwillen zu fördern – doch dahinter verbargen sich zahlreiche andere Beweggründe, nicht zuletzt auch der traditionelle Kampf gegen die Linke. Dabei beteiligten sich nicht selten Sozialdemokraten der Mobilisationsgeneration daran. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgte die Neue Helvetische Gesellschaft, die dem Aufklärungs-Dienst finanziell beistand. An diesen drei Organisationen lässt sich zeigen, dass die Geistige Landesverteidigung trotz Abbau der offiziellen Kriegsorganisation ziemlich bruchlos in die Nachkriegszeit überführt wurde und sich zu Beginn des Kalten Krieges problemlos neu zu entfalten vermochte.<sup>516</sup>

In der geistigen Nachkriegsmobilisation sind noch zwei Unternehmen zu erwähnen: das Réarmement Moral und das Institut international de sciences sociales et politiques an der Universität Fribourg. Das militant antikommunistische Réarmement, eine Schöpfung des Amerikaners und Gründers der Oxford-Bewegung, Franck Buchman, konstituierte sich Ende 1946 in der Schweiz. Unter den

Schweizer Gründungsmitgliedern finden wir u.a. auch Philippe Mottu vom Gotthard-Bund.<sup>517</sup> Im September 1947 wurde am Sitz der Organisation, in Caux (bei Montreux), der erste Weltkongress des Réarmement organisiert. Eine der Hauptattraktionen bildete die Rede General Guisans über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, der 80 höhere Offiziere aus aller Welt zuhörten.

Das 1946 gegründete Institut international de sciences sociales et politiques in Fribourg ist eine Schöpfung des Freiburger Regierungsrates Joseph Piller, 1940 ein Hauptinitiant des Projektes «Landammann Etter». Piller, der extremen katholischen Rechten zugehörend, versuchte mit diesem Institut den Geist der 30er und 40er Jahre in die Nachkriegszeit hinüberzuretten, wobei er wirkungsvoll von Organisationen wie der Pax Romana unterstützt wurde. Institutionen wie jenes von Fribourg oder das Réarmement halfen wesentlich mit, der extremen Rechten der Kriegszeit ihre politische und kulturelle Heimat in der Nachkriegszeit zu verfestigen.

Der Landesregierung, um auf die Bundespolitik zurückzukommen, blieb die Aufgabe, die mit der Botschaft zur Geistigen Landesverteidigung von 1938 geschaffene «Kulturwahrung» neu zu organisieren. Bekanntlich hatte der Bundesrat mit der Geistigen Landesverteidigung 1939 die Stiftung Pro Helvetia ins Leben gerufen. Nach Kriegsausbruch schuf Bundesrat Etter innerhalb der Pro Helvetia eine Arbeitsgruppe «Volk». Die vom General angeordnete Sektion Heer und Haus gehörte formell ebenfalls zur Pro Helvetia, unterstand aber gänzlich der Generaladjutantur. Nach der Auflösung dieser Sektion am Ende des Krieges stand der Arbeitsgruppe Volk, die u.a. die Filmwochenschau und eine Feuilletonzentrale organisiert hatte, jährlich eine halbe Million Franken zur Verfügung. Für die Jahre 1947 bis 1949 reduzierte der Bundesrat diese Summe auf 400'000 Franken. Bis zur definitiven Gründung der Pro Helvetia (Bundesbeschluss vom 28. September 1949) erweiterte die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit und organisierte, eher zum Verdruss des Politischen Departements, auch Veranstaltungen im Ausland. Die Pro Helvetia sollte eine Clearingstelle für das kulturelle Leben der Schweiz sein. Doch da das Departement des Innern zahlreiche weitere Kulturaufgaben finanzierte, blieb vieles unklar. Der ursprüngliche Begriff «Kulturwerbung» der bundesrätlichen Botschaft wurde ersetzt durch «Werbung um das Verständnis für schweizerische Kultur».<sup>518</sup>

So blieben Ende der 40er Jahre, ähnlich wie in der Politik, auch in der Kultur Strukturen der Kriegszeit weiter bestehen. Während des Krieges hatte in der Regel zwischen der kulturellen Öffentlichkeit, den Kulturschaffenden und der offi-

ziellen Politik eine weitgehende, wenn auch künstlich erzeugte Übereinstimmung geherrscht. Schon in den letzten Kriegsjahren zeigten sich aber Risse, und nach dem Krieg setzte ein schmerzhafter Entfremdungsprozess ein. Ein kleiner Teil der Schriftsteller, Künstler und Intellektuellen begann sich langsam vom offiziellen Bild der Schweiz, von einer nostalgischen und idealisierten Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt, zu distanzieren. Zu erwähnen ist in erster Linie Max Frisch, der mit Stücken wie «Nun singen sie wieder» (Uraufführung 1946) die kritische Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit zu provozieren versuchte. Friedrich Dürrenmatt trat in denselben Jahren mit «Es steht geschrieben» und «Romulus der Grosse» ebenfalls auf die Bühne. Diese Literatur war indirekt eine Absage an das offizielle Kulturverständnis. In der Malerei fand ein vergleichbarer Prozess statt. Die Eidgenössische Kunstkommission, die sich in der Zwischen- und Kriegszeit als Bollwerk gegen die moderne – im damaligen Sprachgebrauch «entartete» – Kunst verstanden hatte, kam immer mehr unter Beschuss der Repräsentanten der neueren Kunstrichtungen. 1946 musste die Kommission erstmals an der Nationalen Kunstausstellung Vertreter des schweizerischen Surrealismus und der Abstraktion dulden.<sup>519</sup> Die eigentliche Konfrontation mit der Kultur der Vor- und Kriegszeit erfolgte allerdings erst Ende der 50er und in den 60er Jahren.

In diesem Spannungsfeld von offizieller Kulturpolitik und beinahe noch privater Aktivität junger Kulturschaffender entstand die Cinémathèque in Lausanne. Sie wurde vom Lausanner Claude Emery im November 1948 gegründet, um das vor der Schliessung stehende schweizerische Filmarchiv in Basel zu übernehmen. Das Filmarchiv stand vor dem Ende, weil aus politischen Gründen die Subventionen gekündet worden waren. Man hatte den Basler Filmfreunden, die das Archiv betreuten, Linkslastigkeit vorgeworfen. Emery konnte das Filmarchiv aber erfolgreich in die Association Cinémathèque Suisse überführen.

Dass es aber kulturelle Neuanfänge noch sehr schwierig hatten, zeigt ein Blick auf die hohen Institutionen der helvetischen Kultur. Die Universitäten verharrten in einem starren Traditionalismus, und ein Versuch der Hochschulkantone, beim Bund finanzielle Hilfe für den Ausbau zu erhalten, scheiterte 1947. Das Beispiel des Zürcher Literaturprofessors Emil Staiger vermag zu illustrieren, wie kulturelle Wertmuster der Rechten der 30er Jahre sich nach dem Krieg nicht nur halten, sondern sogar gewaltig entfalten konnten. Staiger, der in seinen jüngeren Jahren Schriften

publizierte, in denen ein gewisses Verständnis für den Nationalsozialismus durchschimmerte, gelang es nach dem Krieg, sich ohne grundsätzliche Änderung seiner Geisteshaltung geradezu als Literaturpapst zu etablieren.<sup>520</sup> Da war es nicht verwunderlich, dass es in den 60er Jahren zu einem heftigen und gehässigen Konflikt mit der neuen Schriftstellergeneration kommen musste. Eine ähnlich beunruhigende Verbindung von Vergangenheit und neuem kulturellen Aufbau findet sich in den Stiftungen des Zürcher Waffenfabrikanten Emil Bührle. Er hatte im Dezember 1943 eine Emil Bührle-Stiftung für das Schweizerische Schrifttum geschaffen. Präsident der Stiftung war Dr. Max Gertsch, kulturpolitisch mehr als rechtslastig; ihm zur Seite stand u.a. Emil Staiger. Bührle, ein Sammler moderner Kunst, brachte ebenfalls mehrere Millionen Franken für den Bau eines neuen Kunsthauses auf, das nach einigen Wirrungen 1956 eröffnet werden konnte.<sup>521</sup> So kam Zürich dank lukrativem Waffenhandel mit dem Dritten Reich zu einem prestigeträchtigen Zentrum der modernen Kunst. Nur nebenbei: Die Schweiz hatte vor und während des Krieges auch als Umschlagplatz für sogenannte «Beutekunst» und für beschlagnahmte «entartete» Kunst der Nazis gedient.<sup>522</sup>

Im Bundesrat dominierte immer noch eine mehr als zwiespältige, von der Vergangenheit belastete Kulturpolitik. Im Juni 1947 hielt Bundesrat Etter im Nationalrat eine längere Rede zu einer Kulturaffäre, deren Anfänge in den zwanziger Jahren lagen und die in der Zeit der Geistigen Landesverteidigung zum Tummelplatz rechtsgerichteter und antisemitischer Literaturpäpste und Politiker geworden war. Jonas Fränkel, ein 1920 eingebürgerter jüdischer Philologe, hatte sich um die Herausgabe der Werke von Gottfried Keller und Carl Spitteler verdient gemacht. Zum Teil aus Berufsneid, aber unüberhörbar auch aus Antisemitismus war eine Gruppe offiziell anerkannter Literaturprofessoren und Intellektueller – unter ihnen Robert Faesi, Gottfried Bohnenblust, Felix Moeschlin, Carl J. Burckhardt, aber auch Bundesrichter und Chef von Heer und Haus, Eugen Hasler – über den marginalisierten Fränkel hergefallen. Da dem Bund der Nachlass von Spitteler übergeben worden war, glaubte sich auch Bundesrat Etter verpflichtet, an der Treibjagd gegen Fränkel teilzunehmen. Am 10. Juni 1943 ritt er im Ständerat eine Attacke gegen den jüdischen Gelehrten, wobei er auch unerlaubterweise aus Privatbriefen des Verfolgten zitierte. In dieser Zeit lancierte Etter zum hundertsten Geburtstag von Spitteler eine Gesamtausgabe. Die Tatsache, dass Fränkel, der das Vertrauen Spittelers » genossen hatte, noch Manuskripte in seinem Besitz hatte, benutzte Etter, um den gesam-

ten Justizapparat, Bundesrichter Hasler voran, gegen den verhassten Gelehrten zu mobilisieren. Die Gesamtausgabe der Werke Spittellers, die dem Bund ein Defizit von über 100'000 Franken einbrachte, war zwar ein Flop, aber Fränkel wurde damit zur Strecke gebracht.<sup>523</sup> So trug die grösste kulturpolitische Aktivität des Bundes der Nachkriegszeit nicht nur die alten braunen Farben des Antisemitismus, sondern sie half auch mit, die Intoleranz der Geistigen Landesverteidigung in die Nachkriegszeit überzuführen. Robert Faesi im Übrigen, Präsident der Schiller-Stiftung, hatte dem Oberrichter Hasler, Autor einiger Gelegenheitsverse, den Schillerpreis zugespielt. Faesi selbst war 1945 mit dem Literaturpreis der Stadt Zürich geehrt worden. Die rechtslastige Kumpanei der literarisch-geistigen Landesverteidigung lebte auch nach dem Krieg, von Bundeshand geschützt und gefördert, weiter. Das patriotisch-nationalistische Kulturbild der Katholisch-Konservativen, wie es Bundesrat Etter in die Nachkriegszeit weiter propagierte, erhielt Unterstützung auch aus dem Vatikan. Am 16. Mai 1947 wurde Niklaus von Flüe, dessen legendäre Vermittlungsaktion von 1481 zwischen den zerstrittenen Eidgenossen nun zum Grundstock der Mythen der Eidgenossenschaft zählte, kanonisiert. Niklaus von Flüe und Marignano bildeten die Grundlage eines nunmehr sakralen historischen Elaborats, mit dem das starre Neutralitätskonzept beinahe bis in die vermeintlichen Ursprünge der Schweiz zurückgeführt werden konnte. So beginnt selbst Edgar Bonjour «Geschichte der schweizerischen Neutralität», deren Zielsetzung eigentlich eine kritische Untersuchung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs sein sollte, mit einem Hinweis auf Bruder Klaus. Die «föderalen und kleinstaatlichen Tendenzen, die den Nährboden der aufwachsenden Neutralität bildeten», schrieb Bonjour, finden sich «in der fiktiven Mahnrede des Bruder Klaus an die Eidgenossen geradezu programmatisch zusammengefasst».<sup>524</sup> So geht Zeitgeschichte in Mythos über.

Trotz all dieser bedenklichen Kontinuitäten, die sich in der Nachkriegszeit zu Traditionen verfestigten, findet sich in den 40er Jahren ein dynamischer Ansatz zu einem radikalen kulturellen Wandel. In den ersten Nachkriegsjahren kam der am Kriegsbeginn einsetzende Babyboom zu einem ersten Höhepunkt. Der Überschuss von 15'000 Neugeborenen im Jahre 1938 war auf 39'000 im Jahre 1946 gestiegen. Diese Generation zwang nicht nur zu vermehrtem Wohnungsbau und zur Erweiterung der Schulen, sondern bildete auch den Grundstock einer neuen Jugendkultur, die die kulturellen Verhaltensweisen der 60er Jahre nachhaltig beeinflussen wird.

In dieser Bevölkerungsentwicklung wurde auch, getragen vom Konjunkturaufschwung, die neue Konsumgesellschaft vorbereitet. 1948 konnte die Rationierung aufgehoben werden. Damit begann nicht nur eine Zunahme des Konsums, sondern es traten auch die ersten modernen Verkaufsformen auf. Am 15. März 1948 eröffnete die Migros in Zürich den ersten Selbstbedienungsladen.

Ein zweiter gesellschaftlicher und kultureller Impuls kam von den Gastarbeitern, damals noch Fremdarbeiter genannt. 1946 begann das Volkswirtschaftsdepartement, unterstützt von der italienischen Regierung, die Rekrutierung von italienischen Arbeitern zu organisieren. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit koordinierte diese Immigrationen in enger Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden und der Fremdenpolizei.<sup>525</sup> Zuerst wurden die ausländischen Arbeitskräfte hauptsächlich in der Landwirtschaft, im Gastgewerbe und in der Textilindustrie beschäftigt. Bald aber verlangte die gesamte Industrie nach diesen billigen Arbeitskräften. Es kamen aber nicht nur Arbeiter, sondern auch Menschen, mit eigenen Verhaltensweisen und Sitten. Die Italiener, später auch die Spanier, wurden zu einem wesentlichen Kulturfaktor der Städte und der Märkte der Schweiz. Sie veränderten beispielsweise nachhaltig eine der Grundlagen der Volkskultur, das einheimische Essen. Der Revers der Medaille war allerdings, dass die traditionelle oder die extreme Rechte erneut einen Anlass fand, die alte fremdenfeindliche Stimmung in der Schweiz anzuheizen. Dies war mentalitätsmässig nichts anderes als die Weiterführung der inhumanen Flüchtlingspolitik der Kriegszeit. Hier reichten sich Bundesrat von Steiger und James Schwarzenbach, der Chef der restriktiven Flüchtlingspolitik und der Führer der xenophoben Rechten der Nachkriegszeit, die Hand.

## POST SKRIPTUM 6

Nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit hörte man beständig den Ruf «besoin de l'ordre» oder «retour à l'ordre».<sup>526</sup> 1940, nach dem Fall Frankreichs, gewann diese Parole erneute Aktualität. Sie hatte allerdings in dieser Zeit einen neuen, spezifischen Bezug, konnte doch ein Zurück zur Ordnung die Hinwendung zur Neuen Ordnung Europas von Hitlers Gnaden bedeuten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff «Ordnung» durch jenen der

«Normalität» ersetzt. Was jetzt darunter gefragt war, hiess Abbau der Vollmachten, der Rationierung, der Kriegswirtschaft in Politik und Kultur. Aber das alte Gespenst einer autoritären Ordnung, einer bürokratischen Erfassung und Kontrolle der Bürger lebte, wie die Verschärfung der Staatsschutzgesetze gezeigt hatte, auch nach der Rückkehr zur Normalität weiter. Zudem fand der Kalte Krieg in der Schweiz in erster Linie im Innern des Landes statt. Er schuf jene verharschte gesellschaftspolitische Stimmung, die sowohl nonkonforme Ausbrüche wie auch kritische Rückblicke auf die unmittelbare Vergangenheit im Keim erstickte.

Die Zwiespältigkeit der Normalität der Nachkriegszeit lässt sich in vielen Bereichen feststellen. Im Kalten Krieg tauchte beispielsweise als drohender Ordnungsfaktor die Atombombe auf. Doch man gewöhnte sich rasch daran, mit ihr zu leben. Nach der Explosion der Bombe im Atoll von Bikini, am 30. Juni 1946, schrieb Max Frisch in seinem Tagebuch von der «grundsätzlichen Freude, die dieses Ereignis auslöst. Bei Hiroshima», fährt Frisch fort, «als Hunderttausende daran starben, war solche Freude nicht möglich. Diesmal ist es nur eine Hauptprobe. Auch die Palmen stehen noch. Aber das alles, kein Zweifel, wird sich verbessern lassen, und der Fortschritt, der nach Bikini führte, wird auch den letzten Schritt noch machen: die Sintflut wird herstellbar.»<sup>527</sup>

Auch darin kommt eine Art Rückkehr zur Normalität, im Zeichen der atlantischen Perspektive, zum Ausdruck. Tatsächlich wird der Schrecken einer möglichen Sintflut die Ordnung des Kalten Krieges bestimmen, eine Ordnung, die nur wenig Zwiespältigkeiten erlaubt. «Besser tot als rot» war die Parole, auch in der Schweiz. Doch trotz der drohenden Sintflut verbreitete sich rasch die Meinung, die Atomenergie sei ein Teil eines Aufbruchs nach neuen Ufern, wo der Machbarkeit der materiellen Welt durch den Menschen keine Grenzen gesetzt seien. Stellt man die Frage, ob sich die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg um einen geistigen und politischen Neuanfang bemüht habe, so ist die Antwort meines Erachtens ein eindeutiges Nein. Das zeigt recht deutlich die Hundertjahrfeier des schweizerischen Bundesstaats 1948. Es gelang damals kaum, die liberalen und teilweise utopischen Vorstellungen von 1848 neu zu beleben. Keine der gesellschaftlich relevanten Kräfte vermochte das Erbe des 1848er-Freisinns zu erneuern. Vor dem Bundeshaus fand ein grosser historisch-patriotischer Umzug statt, der in erster Linie ein konservatives und folkloristisches Bild des Landes heraufbeschwor. Bezeichnenderweise waren die Frauen im Umzug einzig deshalb an-



wesend, um den wohlwollend zuschauenden Bundesräten die verschiedenen Trachten des Landes vorzuführen. Man beschwor traditionelle Werte und vergass darob die innovativen Utopien von 1848. So ging das Jubiläum im Grossen und Ganzen würdig, aber ohne geistige Vertiefung über die Bühne. Die Ordnung der traditionellen Vorkriegspolitik war, ohne dem Schatten des Zweiten Weltkriegs Rechnung zu tragen, in die Normalität des Kalten Kriegs übergegangen.

## 7. DIE GESCHICHTE DES ZWEITEN WELTKRIEGS IN DER POLITISCHEN STRATEGIE DER NACHKRIEGSZEIT

«Die Schweiz», schrieb die NZZ im Herbst 1996 unter dem Titel «Aufarbeiten oder wiederkäuen», «scheint zu einem besonders geeigneten Objekt für diese Art von Verdächtigungsritualen geworden zu sein.»<sup>528</sup> Gemeint sind dabei die im Zusammenhang mit den Diskussionen des Goldhandels und der herrenlosen Vermögen allenthalben publizierten Artikel, die sich mit der Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs befassen. Einmal mehr wurde damit Geschichte nicht als emotionslose Aufarbeitung der Quellen und als offene Auseinandersetzung um Interpretationsmuster verstanden, sondern als politisch versuchte Polemik denunziert. Das war schon so, als die betreffenden Ereignisse noch kaum Geschichte waren. Und offenbar ist auch heute für viele Schweizer die Sicht auf diese Epoche alles andere als abgeklärt. Die Geschichte der historischen Aufarbeitung der Zeit des Zweiten Weltkriegs bedarf, will man das gestörte Verhältnis zur dieser Epoche begreifen, einer gründlichen Analyse.

### GESCHICHTE ALS SPIELBALL DER POLITIK

Noch bevor die Nachkriegszeit begonnen hatte, war die Geschichte der Kriegszeit schon ein Spielball der Politik und partikularer Interessen. Offenbar kam es noch im letzten Kriegsjahr zu Selbstdarstellungen der Akteure, in der die Keime künftiger schiefer Geschichtsinterpretationen lagen.<sup>529</sup> Markus Feldmann beispielsweise ärgerte sich über das entstehende Bild des Generals und notierte am 26. Mai 1945 in sein Tagebuch, er sei nicht mehr bereit, «die Mythenbildung um den General mitzumachen, welche ihn als Retter des Vaterlandes aus den schwachen Händen des Bundesrates verherrliche. Dieser Mythos ist eine glatte Geschichtsfälschung.»<sup>530</sup> Tatsächlich waren damals, ausgehend von der Propaganda von Heer und Haus und den Aktivitäten des persönlichen Stabes Guisans, viele Wurzeln der späteren Legendenbildung um den General gelegt worden. Der Bundesrat hinwiederum griff seinerseits zu verklärenden Argumenten, wenn es darum ging, heiklen Fragen der Kriegszeit auszuweichen. Als der Chef des

Nachrichtendienstes, Oberst Masson, im Sommer 1945 einer englischen Zeitung seine Verbindungen mit SS-General Schellenberg ausplauderte, reagierte Bundesrat Kobelt mit einer Rede, die in erster Linie die immerwährende strikte Neutralität und die Unfehlbarkeit der Staatsräson betonte. Das Militärdepartement versuchte dann im März 1946 mit einem ausführlichen Kommuniqué diese Affäre um Masson, Schellenberg, Guisan und Hausamann einigermaßen objektiv zu dokumentieren. Doch die parteipolitischen und persönlichen Interpretationen hatten schon derart überhandgenommen, dass eine historisch nüchterne Einschätzung dieser Angelegenheit nicht mehr möglich war. Es schien den gesellschaftlich dominierenden Kräften nun wichtiger, den Ruf der Armee und das Dogma der Neutralität zu verteidigen, als eine kritische historische Analyse zu fördern.<sup>531</sup>

Die Debatte im Nationalrat vom 9. und 19. Oktober 1946 zum Bericht des Bundesrates über antidemokratische Umtriebe (siehe Kap. 5, S. 169) war ebenfalls kaum geeignet, die historische Aufarbeitung voranzutreiben. Die vorgelegten Berichte des Bundesrates beruhten allein auf der polizeilichen Tätigkeit, mit der eindeutige Kollaborateure und notorische Frontisten – aber auch Kommunisten und verdächtige Linke – erfasst worden waren. Unter solchen Vorgaben war es leicht, die generellen Zusammenhänge auszuklammern und damit der zentralen Fragestellung nach der allgemeinen politischen Verantwortung auszuweichen. Und mit dem Trick, die Kommunisten ins selbe Boot wie die Nationalsozialisten zu setzen, konnte der gesamte Problembereich aktualisiert und polemisch verfremdet werden. Geradejournalisten, die seinerzeit der Neuen Ordnung Hitlers viel Verständnis entgegengebracht hatten, benutzten nun die bundesrätlichen Berichte, um von ihrer eigenen, verdächtigen Vergangenheit abzulenken. Der Rückblick auf die Kriegszeit geriet dermassen ideologisch und parteipolitisch, dass die eigentliche historische Perspektive verloren ging. Gleichzeitig erteilte die Landesregierung, im Schlusswort von Bundesrat von Steiger zur Debatte, sich selbst die Absolution für die Politik der Kriegszeit. Die Berichterstatter und die Presse schlossen sich in der Regel dem bundesrätlichen Eigenlob an. Albert Picot etwa, der welsche Kommissionsprecher im Nationalrat, kam zum Schluss, die Berichte zeigten, dass die Behörden und das Volk gegenüber den faschistischen Bedrohungen bestanden hätten. Und in dieser Debatte wurde auch schon das künftige historische Erklärungsmodell vorweggenommen. Die Schweiz habe, so die Interpretation, dank der demokratischen Tradition, der wei-

sen Politik der Landesregierung und der Wachsamkeit der Armee die schwierige Zeit ehrenvoll überstanden.<sup>532</sup> Ähnlich argumentierte der Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Peter Dürrenmatt, ein Mann also, der noch zu Beginn des Krieges im Dienste der rechten Erneuerungsbewegungen und der reaktionären *Mittelpresse* gestanden war. In der welschen Schweiz verbreitete Pierre Béguin diese verklärende Sicht, wobei er nicht müde wurde, die Person Guisans mit beinahe religiöser Verklärung in den Vordergrund zu rücken.<sup>533</sup>

Ein anderes zentrales Thema der selektiven Wahrnehmung der Geschichte bildet die Asyl- und Flüchtlingspolitik.<sup>534</sup> Im Oktober 1945 hatte Robert Jezler, der Chef der Polizeiabteilung und Nachfolger Heinrich Rothmunds, Bundesrat Eduard von Steiger vorgeschlagen, «eine umfassende, sachlich genaue und ruhige Darstellung» des Flüchtlingswesens zu verfassen und zu veröffentlichen. Dieses Unternehmen schien den Verantwortlichen doch zu gewagt. Nach einigen Diskussionen liess man das allzu heikle Thema wie eine heisse Kartoffel fallen. Dass im Bundesrat kein Wille vorhanden war, eine kritische Bilanz der Flüchtlingspolitik zu ziehen, zeigt allein schon die Tatsache, dass man den Chef der Fremdenpolizei, Rothmund, bis 1954 in seinem Amt belliess. Der Bundesrat hatte sich damit begnügt, ihn am Ende des Krieges für zwei Jahre zu beurlauben, damit er die Schweiz als Delegierter des Intergouvernementalen Komitees für Flüchtlinge vertreten konnte. Dass Rothmund auch nach der Aufdeckung der Judenverfolgung seine Einstellung nicht wesentlich geändert hatte, zeigt ein Satz aus einem am 26. August 1948 geschriebenen Brief: «Wenn wir es auch heute, angesichts der entsetzlichen Leiden, die das jüdische Volk während des Nationalsozialismus über sich hat ergehen lassen müssen, nicht gerne sagen, so müssen wir es dem Juden je und je verständlich machen, dass er zum Teil mitverantwortlich ist, wenn der Antisemitismus eine gewisse Rolle zu spielen anfängt in unserem Land.»<sup>535</sup> Nur schon die Formulierung «dem Juden» zeigt, dass Rothmund noch immer im Geist der 30er Jahre verhaftet war.

Es besteht kein Zweifel, dass der Bundesrat kein Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der Flüchtlingspolitik hatte. Im Gegenteil, er liess 1947 einen Film herstellen, in dem diese Flüchtlingspolitik, das Leben in den Lagern und die Betreuung durch die Behörden in einem verklärten Licht gezeigt wurden. Der Film gehört zu jener Politik, mit der der Bundesrat versuchte, das Image der Schweiz im In- und Ausland zu verbessern. Die Verklärung der Flüchtlingspolitik hatte nebenbei den Zweck, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit verunsicherte Bevölkerung zu beruhigen – allerdings auf Kosten einer objektiven Darstellung.

Es gab dennoch zahlreiche Hinweise, dass heikle Themen auf öffentliches Interesse stiessen. Die *Berner Tagwacht* berichtete 1947 über die Aussage des Auschwitz-Kommandanten Höss, das den getöteten Juden abgenommene Gold sei in die Schweiz gelangt. Auf eine Anfrage von Nationalrat Meister, der Auskunft in dieser Sache verlangte, antwortete der Bundesrat, diese Information entbehre jeglicher Grundlage.<sup>536</sup>

1950 wurde in der Fremdenpolizei erneut die Idee eines Rechenschaftsberichtes aufgegriffen, und im Oktober 1951 lag schliesslich der Bericht eines Mitarbeiters der Polizeiabteilung (Oskar Schürch) vor. Der Bundesrat besprach diesen am 28. Dezember 1951 und kam zum Schluss, es sei von einer Veröffentlichung abzusehen. Er begründete dies folgendermassen: «Die Veröffentlichung hätte wohl eine Diskussion zur Folge, die der Sache an sich bestimmt nichts nützen, sondern wiederum Unruhe in eine Frage bringen würde, die heute wohl im Wesentlichen als geregelt angesehen werden darf.»<sup>537</sup> Der Bundesrat schob also das Problem der Flüchtlingspolitik als erledigt beiseite, während der Hauptverantwortliche der Fremdenpolizei immer noch mit antisemitischen Argumenten focht. Aus dieser Haltung lässt sich erkennen, dass die Behörden kaum Fragen über die moralischen oder staatspolitischen Implikationen stellten. Im Gegenteil, Bundesrat von Steiger blieb von der Richtigkeit seiner Politik fest überzeugt. Er blieb uneinsichtig und hielt es sogar für nötig, dem sorgfältigen Bericht von Prof. Ludwig über die Flüchtlingspolitik eine langfädige «Stellungnahme» anzufügen, in der er sich nicht nur zu rechtfertigten, sondern mit sehr fragwürdigen Argumenten der Verantwortung zu entziehen versuchte.<sup>538</sup>

Der Bericht Ludwig, der erste ernsthafte Versuch, Probleme der unmittelbaren Vergangenheit kritisch aufzugreifen, hatte der Bundesrat keineswegs aus eigener Initiative in Auftrag gegeben. Anlass gab vielmehr die Publikation der Akten zur deutschen auswärtigen Politik im Jahre 1953.<sup>539</sup> Darin fanden sich Dokumente über das Abkommen mit Deutschland von 1938 und die Einführung des «J» in jüdischen Pässen. Als die Presse dieses Thema aufgriff, musste die Regierung ihre intransigente Haltung preisgeben.<sup>540</sup> Eine Interpellation von Nationalrat Oprecht vom 16. Juni 1954 zwang den Bundesrat, Professor Ludwig mit der Untersuchung zu beauftragen.

In der Aufarbeitung der Zeitgeschichte übte der Bundesrat nicht nur keine diskrete Zurückhaltung, sondern er scheute sich gelegentlich nicht, den Forschern bewusst Hindernisse in den Weg zu legen. So intervenierte er in den 1950er Jahren verschiedentlich, um Historikern den Zugang zu Quellen zu erschweren. Das Politische Departement versuchte sogar, Schweizer Historikern den Zugang

zu ausländischen Archiven zu verwehren. Für grosse Aufregung im Bundesrat sorgten dann die von den Alliierten zur Publikation vorgesehenen Dokumente über Guisans Kooperationsabkommen mit der französischen Armeeführung. Bern versuchte diese Veröffentlichung zu verhindern, und Bundesrat Petitpierre deutete den Amerikanern sogar an, solche militärische Abmachungen könnten möglicherweise auch gegenwärtig, in einer eventuellen Zusammenarbeit mit der NATO, wieder aktuell werden – sofern absolute Diskretion, auch über die Vergangenheit, gewährleistet sei.<sup>541</sup>

Die Angloamerikaner veröffentlichen dennoch, wenn auch mit Verzögerung, die für die Schweiz heiklen Akten, 1960 erschien in London ein Band mit Dokumenten zur deutschen Aussenpolitik,<sup>542</sup> der Hinweise über General Guisans Verhandlungen mit der französischen Armeeführung sowie über Korpskommandant Willes Beziehungen zur deutschen Botschaft enthielt. Der Bundesrat versuchte darauf, in einer Pressekonferenz am 21. April 1961 mit einer sehr zweifelhaften Interpretation den Schaden zu begrenzen. Als aber im Herbst 1961 in London das Buch von John Kimche, *Spying for Peace*,<sup>543</sup> erschien, konnte der Bundesrat eine öffentliche und teilweise kritische Debatte nicht mehr verhindern. Kimche hatte der bundesrätlichen Politik der Kriegszeit eine gefällige Haltung gegenüber dem Dritten Reich vorgeworfen. Die NZZ präsentierte Kimches Buch, auf den General anspielend, unter dem Titel «Helvetiens Churchill».<sup>544</sup> Die auf Kimches Publikation ausbrechende Diskussion konzentrierte sich in starkem Masse auf die Neutralitätspolitik, womit das inzwischen von Petitpierre zu einem Staatsdogma hochstilisierte Neutralitätsprinzip einmal mehr durch die Vergangenheit relativiert wurde. Eine ähnlich gelagerte Dissertation zur Geschichte der Auslandsorganisationen der NSDAP in der Schweiz weckte ebenfalls unbequeme Fragen.<sup>545</sup>

Zwar hielt sich nun der Bundesrat in der Öffentlichkeit zurück, trat aber auch nicht auf ein Postulat von Nationalrat Olivier Reverdin ein, der am 22. März 1962 die Landesregierung aufforderte, den Zugang zu den Akten des Zweiten Weltkriegs, die unter Sperrfrist standen, zu erleichtern. Er suchte hingegen im stillen nach Lösungen, um die Geschichte dieser unangenehmen Epoche wieder in den Griff zu bekommen. So beauftragte er schliesslich im Juli 1962 den Basler Historiker Edgar Bonjour mit der Erarbeitung eines internen Berichts über die bundesrätliche Aussenpolitik der Kriegszeit. Dieser Bericht war vorerst nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Als Nationalrat Reverdin 1965 in einen zweiten Vorstoss die Veröffentlichung der historischen Ergebnisse forderte, antwortete ihm Bundesrat Wahlen: «Ich halte es für durchaus ausgeschlossen, dass dieser ganze Geschichtsabschnitt jetzt schon veröffentlicht werden kann, wo noch so viele Akteure am Leben sind, wo viele Beziehungen sehr delikater Natur vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet werden müssten».<sup>546</sup> Wahlen, der bekanntlich selbst eine wichtige Rolle in dieser Zeit eingenommen hatte, wird wohl gewusst haben, wovon er sprach. Seine Antwort zeigt klar, dass die restriktive Haltung des Bundesrates zur geschichtlichen Aufarbeitung auf der Befürchtung beruhte, dass unangenehme Fakten an den Tag kämen. Offenbar wollte man dafür, aus welchen Gründen auch immer, die Verantwortung nicht übernehmen.

Auf Druck der Öffentlichkeit musste der Bundesrat schliesslich Bonjours Arbeit doch zur Publikation freigeben. Die Landesregierung versuchte allerdings noch einmal, anlässlich der Herausgabe des ersten Quellenbandes, einschränkend einzugreifen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs konnte jedoch nicht mehr verhindert werden, da Edgar Bonjours Bericht, publiziert unter dem Titel «Geschichte der schweizerischen Neutralität», eine breite öffentliche Diskussion entfachte und viel zum besseren Verständnis dieser unmittelbaren Vergangenheit beitrug. Die Analyse der Aussenpolitik und der Haltung des Bundesrates förderte entscheidend eine Aufhellung des bisher verworrenen oder verklärten Geschichtsbildes.

Bonjours Geschichte liefert jedoch eine selektive Sichtweise, die gewisse Bereiche der Zeit des Zweiten Weltkriegs problematisiert, andere aber stark vernachlässigt. Wie schon der Titel anzeigt, beruht die Interessenlage von Bonjours Arbeit auf der Neutralitätsfrage, die nun immer mehr zur Messlatte der historischen Beurteilung wurde. In der Neutralitätspolitik kann aber keinesfalls die Hauptproblematik der Kriegszeit gesehen werden. Unter dem Blickwinkel der Neutralität, die bestenfalls zur diskursiven Taktik der Aussenpolitik zählte, konnten die zentralen Probleme wie Wirtschaftskooperation, Goldkäufe, restriktives Flüchtlingswesen und innenpolitische Anpassungen nicht wirklich aufgearbeitet werden. Die intensive Einblendung der Neutralitätsproblematik führte vielmehr dazu, dass einmal mehr die wirtschaftliche Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs aus dem Blickfeld entschwand. Die Unterstellung der Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs unter den Titel «Neutralität» trug hingegen – und dies war wohl kaum unerwünscht – viel dazu bei, das von Bun-

desrat Petitpierre auf gebaute radikale Neutralitätsdogma zu verfestigen. Es wurde gewissermassen zur Leitlinie sowohl der aktuellen Aussenpolitik wie auch der Schweizergeschichte überhaupt.

Ein letztes Thema aus dieser Geschichte der amtlichen Zurückhaltung und Verdrängung der Vergangenheit: Trotz der immer noch vorhandenen Widerstände der Behörden erweiterte die Forschung nun zusehends die Fragestellungen. Dies führte zu einigen wichtigen neuen Erkenntnissen. So zeigte Daniel Bourgeois 1974 in seiner Studie über die deutsch-schweizerischen Beziehungen der Jahre 1933 bis 1941 deutlich die entscheidenden Zusammenhänge zwischen Aussenpolitik, Aussenhandel und Innenpolitik.<sup>547</sup> Er würdigte nun auch die Finanzbeziehungen und trug der Goldfrage gebührend Rechnung. Diese Problematik wurde 1980 in einem Artikel von Peter Utz<sup>548</sup> ausführlich behandelt und fand 1983 in der «Geschichte der Schweiz und der Schweizer» Eingang.<sup>549</sup> Beruhend auf dem von Peter Utz aufgearbeiteten Quellenmaterial verfasste schliesslich Werner Rings 1985 eine populäre Geschichte des Nazi-Raubgoldes und dessen Lieferungen in die Schweiz.<sup>550</sup> Obwohl diese Arbeiten klar erkennen liessen, dass eine grundlegende Neubeurteilung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg unumgänglich war, blieb die Reaktion von Bundesrat und Öffentlichkeit mehr als zurückhaltend. Die Art und Weise, wie die NZZ 1985 Rings Buch kommentierte, gibt in etwa die damalige offizielle Attitüde wieder. Der Handel mit Nazigold wurde zwar nun durchaus offengelegt, aber in seiner historischen Bedeutung heruntergespielt. Man habe es wohl, meinte die NZZ, mit einem «lange verdrängten Geschehen» zu tun, doch handle es sich insgesamt «nur um eine *marginale Episode* [kursiv im Original] aus dem Zweiten Weltkrieg».<sup>551</sup> Eine ähnliche bewusste Unterbewertung erfolgte durch die Schweizerische Nationalbank. Gewiss, man liess nun durch einen Historiker einen Bericht ausarbeiten, publizierte diesen aber in gekürzter Form und unauffällig im hauseigenen Bulletin. In der redaktionellen Einleitung findet sich einmal mehr der Versuch, die Verantwortlichen des damaligen Direktoriums aus dem Schussfeld der Kritik zu ziehen. «Was die Rolle der Nationalbank während des Krieges anbelangt», heisst es zusammenfassend, «so gewinnt man aus den Akten den Eindruck, die Bankleitung habe ihre Aufgabe im Krieg unpolitisch erfüllt und der Reichsbank gegenüber eine naive Gutgläubigkeit an den Tag gelegt. In welchem Ausmass dies tatsächlich der Fall war und inwieweit das Direktorium in der damaligen äusserst schwierigen Lage unangenehmen Fragen mangels brauchbarer Alternativen aus dem Weg gegangen ist, dürfte schwer zu beurteilen sein.»<sup>552</sup>



Auch wenn ich mich auf wenige Themen beschränkt habe, so darf man doch die Schlussfolgerung ziehen, dass die offizielle Wahrnehmung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht nur restriktiv und abwehrend, sondern auch selektiv und einseitig war. Diese Haltung fand sich nicht allein beim Bundesrat, sondern auch bei einem grossen Teil der politisch-kulturellen Öffentlichkeit, die einem nostalgischen und einseitigen Geschichtsbild nachhing. Die ideologisch aufgeladene Zeit des Kalten Krieges hatte in starkem Masse die Verbreitung eines mythologisierten Bildes der Schweiz im Zweiten Weltkrieg gefördert. Es stellt sich nun die Frage, welches die Gründe und Bedingungen dieser selektiven Wahrnehmung und der daraus resultierenden Fragmentierung der Geschichte waren.

## FRAGMENTIERTE GESCHICHTE

Eine oberflächliche Betrachtung würde die Verdrängungen und Verzerrungen mit dem Selbstschutz der Protagonisten und ihrer politischen Nachfolger begründen. Nach den Worten von Bundesrat Wahlen aus dem Jahr 1965 war es offenbar sehr unangenehm, die vielen «Beziehungen sehr delikater Natur» in aller Öffentlichkeit auszubreiten. Ähnlich empfanden wohl auch jene Zeitgenossen, die während der Herrschaft des Dritten Reiches auf dieses gesetzt hatten oder die in moralisch sensiblen Bereichen wie beispielsweise der Flüchtlingspolitik eine nach dem Kriege nurmehr schwer vertretbare Haltung eingenommen hatten. Reaktionen dieser Art zählen jedoch zu den eher zufälligen und persönlichen Strategien der Betroffenen und vermögen kaum zu erklären, warum die Geschichte in dieser fragmentierten Art verbreitet wurde.

Die eigentlichen Gründe der selektiven Geschichtsaufarbeitung sind einerseits in der Kriegszeit selbst, andererseits in der unmittelbaren Traditionsvermittlung der Nachkriegszeit zu suchen. Die Zeit des Zweiten Weltkriegs war von Anfang an segmentiert und aufgeteilt in Geschichten, die auf verschiedenen Ebenen angesiedelt waren. In dem halben Jahrhundert, das seit dem Ende des Kriegs vergangen ist, unterlagen diese Geschichten sehr unterschiedlichen Verwertungsprozessen. Sie wurden dabei zu Trägern spezifischer Erkenntnisinteressen und erlebten deshalb auch verschiedene Formen der Tradierung und der Instrumentalisierung. Bevor wir diesen Strategien nachgehen, sollen kurz vier Dimensionen vorgestellt werden, die in etwa die Hauptprobleme dieser historischen Epo-

che beinhalten, aber eben schon in der Zeit auf verschiedenen Ebenen angesiedelt waren und sodann sehr unterschiedliche historiographische Verwertungsprozesse durchliefen. Dabei handelt es sich hier um ein heuristisches Modell und nicht um ein definitives Konzept dieser Geschichte; eine andere Erfassung der Segmentierungen mag zu besseren Einsichten führen.

Ich sehe grundsätzlich vier Felder, die je einen Bereich der Geschichte dokumentieren. Diese Felder verfügen über eine gewisse Autonomie, überschneiden sich aber auch und enthalten gelegentlich dieselben Elemente,

1. Armee – Volk – General: das Bild der Schweiz als Widerstandsinsel, beruhend auf der Idee einer in der Armee verankerten Volksgemeinschaft, die im General nicht nur einen Führer, sondern, wie es Markus Feldmann formulierte, einen «Retter des Vaterlandes aus den schwachen Händen des Bundesrates» sah.

2. Bundesrat – Vollmachtenregime – politischer Diskurs: Im Gegensatz zum ersten handelt es sich um ein widersprüchliches und zerpfühtes Feld, in dem Schwächen, Fehlleistungen, Verwirrung, aber auch sogenannt innerer Widerstand oder «geniale» Aktionen (wie der Plan Wahlen) ineinander übergingen. Hier setzten sich die Debatten über «Anpassung und/oder Widerstand», über das Versagen in sensiblen und moralisch stark belegten Bereichen oder über den Wert politischer Traditionen fest.

3. Aussenwirtschaft – Kriegswirtschaft – innere Ordnung: die eigentliche Leistungsebene, die letztlich nicht nur die Aussenpolitik, sondern auch die innere Ordnung bestimmte. Schon im Krieg weitgehend eine von der Öffentlichkeit abgeschirmte Kabinetts- und Expertenpolitik, wurde sie in der Nachkriegszeit – aus Gründen, die noch zu diskutieren sind – in nur summarischer, einseitiger und stark redimensionierter Form abgehandelt.

4. Frauen – Alltag – Kultur: ein weites, wenig homogenes soziales Feld, das nicht nur von der Historiographie, sondern im öffentlichen Diskurs der Epoche selbst kaum in Erscheinung trat. Schon in der Zeit des Kriegs wenig problematisiert, wurden die oft nicht einfachen und widersprüchlichen Alltagsprobleme zugunsten der idealisierten Erinnerungen über Volk und (männerbündische) Armee aus der Geschichte ausgeblendet. Das Thema Frauen wie auch der ausserhalb der Geistigen Landesverteidigung sich abspielenden Kultur liess die Geschichtsschreibung links liegen.

Diese vier Dimensionen unterlagen sehr unterschiedlichen geschichtlichen Wahrnehmungen, Interpretationen und Wertungen. Das Paradigma Armee – Volk – General entwickelte sich rasch zu einem eingängigen, populären und dominanten Erklärungsmodell, das ebenfalls in starkem Masse die wissenschaftli-

che Geschichtsschreibung bestimmte. Dies hatte verschiedene Gründe. Zum einen war schon in der Kriegszeit diese Dimension zum politischen Hinterland der Armeeführung aufgebaut und intensiv propagiert worden. Heer und Haus und die Pressekontrolle förderten mit allen Mitteln die Popularität des Generals und schufen so eine prestigegeladene öffentliche Symbolik, die bewusst gegen den Bundesrat und dessen politische Rolle, d.h. gegen das zweite Feld, eingesetzt wurde. Diese Polarisierung diente zudem den persönlichen Auseinandersetzungen Guisans mit einzelnen Bundesräten, insbesondere mit Pilet-Golaz, Stampfli und Kobelt. Dabei entstand allerdings eine Problematik, die mit der Instrumentalisierung der Geschichte in der Nachkriegszeit zu folgenreichen Verzerrungen führte. Bekanntlich war dem Bundesrat schon früh der Vorwurf von Schwäche, ja von neutralitätswidrigem Verhalten gemacht worden, während man den General als Sinnbild des Widerstandes präsentierte. Der NZZ-Titel vom «helvetischen Churchill» ist bezeichnend für diese Überhöhung. Umso mehr mussten dann die Affären wie die militärischen Vereinbarungen mit Frankreich, die Vorschläge Guisans für «Missionen» nach Berlin, die Treffen mit SS-General Schellenberg und der stark gefärbte Bericht über die Mobilisationszeit jene verunsichern, die vorbehaltlos an das verklärte Paradigma von Armee – Volk – General glaubten. Da aber inzwischen eine Entzauberung dieser Idealvorstellung zugleich das von Bundesrat Petitpierre neu aktualisierte Neutralitätsprinzip zu gefährden drohte, musste die Reinheit der Trias Armee – Volk – General mit allen Mitteln, auch von Seiten des Bundesrates, aufrechterhalten werden. Hinzu kam, dass dieses Konzept angesichts des Kalten Kriegs und der enormen Rüstungskredite zu Beginn der 1950er besonders geeignet war, den politischen Entscheidungen eine wirkungsvolle historische Legitimation zu vermitteln. Dementsprechend wurde das Bild Volk – Armee – General nicht nur stark vergrößert wiedergegeben, sondern die historische Rolle auch entsprechend idealisiert. So nahm diese Dimension in der öffentlichen Vermittlung von Geschichte während Jahrzehnten eine zentrale, die kognitiven Interpretationen dominierende Stellung ein. Einer der letzten symbolischen Akte dieser Geschichtszelebration waren die vom Eidgenössischen Militärdepartement 1989 organisierten «Diamant-Feiern», d.h. die 50-Jahr-Feier der Mobilisation von 1939. Einmal mehr zeigte sich dabei, dass die eigentliche Stärke dieses Bereichs, wie schon während des Kriegs, in der wirkungsvollen symbolischen Repräsentation lag. Dass in der überhöhten Darstellung von Armee – Volk – General sich ein grosser Teil der

männlichen Bevölkerung der Mobilisationszeit wiederfand, galt besonders für die Kader, d.h. die Offiziere, deren soziale Stellung im Zivilleben nach dem Krieg durch eine solche Sicht der Geschichte eine zusätzliche Legitimation erfuhr.

Im zweiten Feld, Bundesrat – Vollmachtenregime – Politik, sah sich ein Teil der politischen Öffentlichkeit der Mobilisationszeit repräsentiert – der andere schuf sich, wie eben erwähnt, eine eigene Repräsentation im Bereich von Volk und Armee. Die historische Aufarbeitung erfolgte im zweiten Feld in einzelnen Schüben, wobei der Bundesrat jeweils bestrebt war, rasche Öffnungen und kritische Ansätze zu unterbinden. Diese Haltung drängte sich schon allein dadurch auf, dass der Kriegsbundesrat beinahe vollständig in die Friedenszeit überführt worden war – er hatte seine eigene Geschichte zu verwalten und zu verantworten. Die Akteure, oft schon in den Kriegsjahren am politischen System beteiligt, waren daher bestrebt, diesen Vergangenheitsbereich so lang als möglich vor einer kritischen Analyse zu bewahren. Diese Strategie hatte, wie die Flüchtlingsdebatte zeigte, nicht immer Erfolg. In den 1960er Jahren wurde in diesem Feld mit dem missverständlichen Schlagwort «Anpassung oder Widerstand» gefochten, womit man einmal mehr defensiven und politisch begründeten Erklärungsmodellen den Vorzug gab. Die Verwicklung mit moralischen und ethischen Fragen, gerade in der Flüchtlingspolitik, belastete die Debatten zusätzlich. Es schälte sich schliesslich die Tendenz heraus, trotz aller Widersprüchlichkeiten und Defizite ein ausgeglichenes Bild, gewissermassen ein Konkordanz- und Konsensmodell, zu konstruieren, in dem sowohl die demokratischen Grundwerte wie auch die humanitäre Mission der Schweiz einen gebührenden Platz finden sollten. Auch in diesem Feld erwies sich der Neutralitätsdiskurs als wirksames Schutzmittel, um Fragen nach der Verantwortung der Akteure zu umgehen. Wenn auch dieses zweite Feld umfangreiche historische Ergebnisse hervorbrachte – und immer noch hervorbringt –, so heisst dies keineswegs, dass hier auch die wesentlichsten Schwerpunkte der gesamten Geschichte dieser Periode anzutreffen wären. Es lässt sich auch erkennen, dass die extensive Bearbeitung und die gegenseitige Konkurrenz des ersten und zweiten Feldes nicht nur eine Geschichtsschreibung mit Schlagseite, sondern auch eine Verzettelung der Forschung in oft nebensächliche Detailfragen zur Folge hatte.

Der eigentliche Schwerpunkt der Zeit 1938-1948 liegt eindeutig im dritten Feld, umschrieben als Aussenwirtschaft – Kriegswirtschaft – innere Führung. In diesem Bereich war es zu jenen Entscheidungsleistungen gekommen, mit denen

nicht nur die materiellen Grundlagen während der Kriegszeit gesichert, sondern auch die Hauptstrategien für das soziale und politische System vorgegeben wurden. Ich meine damit insbesondere die Aussenhandelspolitik und die Organisation der Produktion und Ressourcen sowie die Gewinnverteilung im Inneren des Landes. Für diese Entscheidungsleistungen waren weder Neutralitätsfragen noch parteipolitische Opportunitäten oder militärische Präferenzen, sondern die Kriterien des wirtschafts- und finanzpolitischen Managements massgebend. In der öffentlichen Wahrnehmung und der Geschichtsschreibung kam diese Position jedoch lange kaum zum Ausdruck. Dies lag zum einen daran, dass dieser Bereich schon während des Kriegs in starkem Masse von der Öffentlichkeit, aber auch von der politischen Auseinandersetzung abgeschirmt war. Das Vollmachtenregime gab den Akteuren sowohl eine relativ umfassende Autonomie wie auch eine weitgehende Abschirmung vor der öffentlichen Kritik. Zum andern bestand in der Nachkriegszeit, angesichts der Anklagen der Alliierten und ihrer Forderungen nach Kompensationen, die hauptsächlich diesen Bereich betrafen, wenig Interesse an einer tiefgreifenden historischen Aufarbeitung. Man hätte damit nur der ausländischen Kritik oder den Verhandlungspartnern in Washington zusätzliche Argumente geliefert. Die bessere Strategie sei, so glaubte man, mit Verweisen auf die vermeintlich überragenden Leistungen der Bereiche 1 und 2 die Bedeutung der Wirtschafts- und Finanzpolitik herunterzuspielen und die wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Dritten Reich vergessen zu lassen. Dies lag zudem im Interesse der Aussenbeziehungen überhaupt: Mit grösstmöglicher Diskretion sollten in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Vorteile der intakten Volkswirtschaft und die Stärke des Frankens genutzt werden, um die Aussenmärkte zu erweitern. Man durfte demnach dem Ausland keinen Anlass für eine allzu eingehende Beschäftigung mit dieser Thematik liefern. Die Washingtoner Verhandlungen hatten deutlich gezeigt, in welchem politischen Minenfeld die Beschäftigung mit Wirtschafts- und Finanzfragen führen konnte. Es besteht kein Zweifel, dass eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Bereich der Geschichte der Aussenwirtschaft und dem Finanzplatz Schweiz in der Nachkriegszeit wenig dienlich gewesen wäre.

Im etwas befremdlich als Frauen – Alltag – Kultur bezeichneten Feld handelt es sich, noch mehr als im dritten Bereich, um Aspekte, die in der Geschichtsschreibung weitgehend unerwähnt blieben. Dieses historiographische Defizit ist das

Resultat einer schon im Krieg schiefen Wahrnehmung der sozialen Bedeutung von Frauen, Alltag und Kultur. Der Kult der männerbündischen Mobilisation hatte die restriktiven Wahrnehmungskriterien der helvetischen Männerwelt verstärkt. Obwohl die Frauen in Wirtschaft, Arbeit und Alltag einen erstrangigen Beitrag leisteten, fand dieser wenig öffentliche Beachtung. Dem Alltag, obwohl für weite Kreise der Bevölkerung eine schwere Belastung, wurde weder in der Geschichte von Armee – Volk – General noch in jener der Politik des Vollmachtenregimes ein gebührender Platz eingeräumt. Die Felder 1 und 2 dominierten dermassen die öffentliche Wertsetzung in der politischen Kultur, dass Frauen und Alltag beinahe bedeutungslos wurden. Der alternativen, nicht der Geistigen Landesverteidigung unterstellten Kultur erging es ähnlich. Was sich nicht im offiziellen Diskurs der Felder 1 und 2 instrumentalisieren liess, hatte schlicht kein Anrecht auf öffentliche Präsenz. Erst in der späteren Nachkriegszeit entstand wieder eine differenziertere Kulturöffentlichkeit. In ihr tauchten bezeichnenderweise auch bald jene Widersprüche auf, die die Kultur der Geistigen Landesverteidigung in Frage stellten.

## **GESCHICHTE ALS POLITISCHE STRATEGIE**

Schon eingangs dieses Kapitels wurde gezeigt, dass die Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte schubweise erfolgte und jeweils nicht unbedeutende Widerstände oder Polemiken auslöste. Der Grund dafür dürfte kaum allein in der Tatsache zu suchen sein, dass einige der historischen Akteure noch lebten. Die Gründe der selektiven Wahrnehmung und Tradierung lagen anderswo. Die Geschichten der einzelnen Felder entwickelten sich in Funktion von Interpretationsmustern, denen unmittelbare politische oder gesellschaftliche Interessen zugrunde lagen. Die Widerstände gegen eine offene Darlegung der Flüchtlingspolitik mögen noch darauf beruht haben, dass angesichts des Ausmasses des Dramas eine gewisse Scham aufgekommen war und man es vorgezogen hätte, dieses Thema möglichst zu verdrängen. In den ersten Diskussionen über die Aussenpolitik, dem zweiten Feld, zeigte sich ein deutlicher Interessenkonflikt zwischen Geschichtsdarstellung und aktueller Politik. Dies lag vor allem daran, dass die Neutralitätsfrage sowohl als historische Messlatte wie als aussenpolitische Grundstrategie bestimmend wurde. Die Glaubwürdigkeit des Nachkriegsbundesrates hing, da er sich einer dogmatischen Neutralitätsdoktrin verschrieben hatte, an der historischen Einordnung der Neutralitätspolitik. Parallel dazu wur-

de nun sogar die Begründung und die Existenz der Schweiz auf die Neutralität zurückgeführt. Bundesrat Petitpierre erklärte 1952: «L’histoire de la neutralité suisse est l’histoire même de la Suisse, qui s’est développée en quelque sorte autour de la neutralité.»<sup>553</sup> So musste die Beschäftigung mit möglichen Defiziten der Neutralitätspolitik während des Zweiten Weltkriegs implizite das in der Nachkriegszeit aufgestellte und in der Aussenpolitik zwar nicht vollumfänglich praktizierte, aber doch als Grundprinzip postulierte Neutralitätsdogma untergraben. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Neutralitätspolitik nicht nur ein staatspolitisches Prinzip, sondern auch ein wichtiges taktisches Mittel der Aussenpolitik bildete.

Eine ähnliche Problematik eröffnete sich bei der Tradierung und Wiederaufnahme des Konzeptes Armee – Volk – General. Die Rechtfertigung der massiven Rüstungen der 1950er Jahre, verbunden mit dem Anspruch, die Schweiz sei fähig, sich selber zu verteidigen, baute in grossem Masse auf der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Allerdings musste dabei die Fiktion aufrechterhalten werden, die Schweiz habe ihr Überleben ausschliesslich oder zumindest hauptsächlich der Armee und der – auch ideologischen – Wehrbereitschaft zu verdanken. Geschichtsforschungen, die dieses Interpretationsmuster in Frage stellten, hatten daher mit erheblichen Widerständen aus militärischen und politischen Kreisen zu rechnen. In der Tat konnte sich das Feld Armee – Volk – General als zentrales Interpretationsmuster deshalb am längsten halten, weil es den zentralen politischen Diskurs der Zeit des Kalten Krieges am nachhaltigsten zu legitimieren vermochte.

Doch die wichtigste Frage über die Strategien der Traditionsvermittlung betrifft das dritte Feld, Aussenwirtschaft – Kriegswirtschaft – innere Führung. Es wurde in der Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit lange ignoriert, obwohl seine zentrale historische Rolle offensichtlich war. Das Ausblenden der Aussenhandelsproblematik zählte zu den wichtigsten Strategien der Nachkriegszeit. Wie erwähnt, versuchte man schon in den Verhandlungen während des Krieges die alliierten Forderungen mit neutralitätspolitischen Argumenten abzuwimmeln. Diese Taktik, die darauf abzielte, die Verantwortlichkeiten in der Aussenhandelspolitik und den Finanzbeziehungen zu verschleiern, setzte sich im Vorfeld des Currie-Abkommens fort. Als dann vor der Konferenz von Washington die Banken deutlich zum Ausdruck brachten, dass jede Konzession in Bezug auf das Bankgeheimnis den Niedergang des Finanzplatzes Schweiz bewirken würde, musste die sich auf das Neutralitätsprinzip abstützende Abwehrhaltung weiter

ausgebaut werden. Dabei dienten Argumente wie Unabhängigkeit und Neutralität, zu absoluten Werten hochstilisiert, in erster Linie dazu, Einsichtnahme in die schweizerischen Wirtschafts- und Finanzverhältnisse zu verweigern. Die Ablehnung einer alliierten Beteiligung an der Zertifizierung der ausländischen Guthaben wurde mit dem Verweis auf die «traditionellen», nie verlassenen staatspolitischen Werte des «demokratischen» und «neutralen Kleinstaates» begründet. Um diese Strategie nicht zu gefährden, war es allerdings wichtig, die konkrete Bedeutung der Aussenhandels- und Finanzpolitik möglichst zu verringern. Damit die Schweiz in diesem Bereich nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte, mussten die wirtschaftlichen Strategien als blosse Auswirkungen der – ideologisch aufgewerteten – Konzepte wie «Unabhängigkeit» und «bewaffnete Neutralität» dargestellt werden. Angesichts der zentralen Bedeutung dieser Zielvorgaben konnte sich auch die Geschichtsschreibung diesem Diskurs kaum entziehen.

Die Neutralitätsdoktrin wurde überhaupt zu einer wichtigen Trumpfkarte der Aussenpolitik der Nachkriegszeit. Mit dem Verweis auf Neutralität konnten insbesondere die Verhältnisse zu internationalen Organisationen je nach spezifischer Opportunität entschieden werden. Sie ermöglichte es, sich überall dort der internationalen Kooperation zu entziehen, wo die wirtschaftlichen Interessen gering waren. Dies führte zu jener seltsamen Dialektik der helvetischen Aussenpolitik, mit der gewisse Organisationen als politisch erklärt und deshalb der Beitritt als neutralitätswidrig abgelehnt wurde, während andere, als «technisch» eingestuft, einen Anschluss erlaubten. Die Unterscheidung zwischen politisch und technisch blieb jeweils im Ermessensspielraum des Bundesrates und beruhte weniger auf objektiven, denn auf taktischen Einschätzungen. Am stärksten kam dies beim Marshall-Plan und der OEEC zum Ausdruck. Obwohl der politische Charakter des Marshall-Planes nicht zu übersehen war, wurde dieser als unpolitisch erklärt, weil ein Beitritt die Expansion des Aussenhandels und die wirtschaftliche Eingliederung in Europa ermöglichte. Der nur ein Jahr nach der OEEC geschaffene Europarat hingegen, dessen effektive politische Dimension kaum grösser war als jene der OEEC, galt in Bern als in hohem Grade «politisch», d.h. ein Beitritt musste strikte abgelehnt werden. Er hätte, nur nebenbei gesagt, in den ersten Jahren nach seiner Gründung äusser Unkosten nichts eingebracht.

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um auf die Interdependenzen zwischen Geschichtsschreibung und politischer Strategie zu verweisen. Die Felder



1 und 2 waren insbesondere auch deshalb prioritär, weil sie im Zusammenhang mit der Nachkriegspolitik am erfolgreichsten instrumentalisiert werden konnten. Die Schwierigkeiten der Historiographie mit der Aufnahme der Geschichte der Zeit von 1938 bis 1948 lagen nicht nur in der komplexen Situation der Geschichte selbst, sondern ebenso sehr in den Zielsetzungen der Nachkriegspolitik. Die selektive Verwendung der Geschichte hatte jedoch zur Folge, dass der sinnverstehende Gesamtzusammenhang zwischen den vier Feldern verloren ging. Will man heute den Versuch wagen, zwischen den einzelnen Feldern sinnhafte Beziehungen herzustellen, kommt man nicht umhin, für die Geschichte der Schweiz einige grundlegend neue Ansätze zu erarbeiten. Die zentrale Fragestellung einer erweiterten Betrachtung kann sich weder um die Neutralität noch die Unabhängigkeit drehen. Der Sinngehalt dieser Begriffe entspricht in keiner Weise den realpolitischen Verhältnissen. Entscheidend ist die Frage, in welchem Bereich jene Entscheidungsleistungen getroffen wurden, die eine Überwindung der Wirtschaftskrise der 30er Jahre und eine optimale Weiterführung der wirtschaftlichen Produktivität in den international rasch wechselnden Konstellationen der Kriegs- und der Nachkriegszeit erlaubten. In einer entscheidenden Phase, in der Zeit der Vorherrschaft der Achsenmächte, waren diese Ziele nicht mit sturer Abwehr oder Einkapselung, sondern nur durch massive Kooperation und Organisation einer mit Deutschland kompatiblen Kriegswirtschaft optimal zu erreichen. Dabei erwiesen sich nicht nur die Kapazitäten der Industrie, sondern auch der Finanzplatz Schweiz und der Transit als wertvolle Elemente einer Kooperation, mit der die eigenen wirtschaftlichen und – wenn auch mit Abstrichen – politischen Zielsetzungen erfüllt werden konnten. In dieser Konstellation spielte der auf Souveränität und Neutralität beruhende politische Diskurs eine zwar nützliche, aber nur sekundäre Rolle. Diese Konstellation wurde mit dem Kriegseintritt der USA vollkommen zerstört. Die Vorteile einer wirtschaftlich interessanten Kooperation, erfolgreich im Verhältnis zu den Achsenmächten, wurden durch das amerikanische Prinzip der wirtschaftlichen Kriegsführung, und nach dem Sieg durch die Konkurrenz in der Eroberung der Märkte, überspielt. Es entstand ein grundsätzlicher Konflikt über den wirtschaftlichen Preis einer freundschaftlichen Kooperation. Während kurzer Zeit verloren dabei die politischen Argumente, insbesondere das Neutralitätsprinzip, beinahe jede Glaubwürdigkeit. Doch schon 1948, im 100. Jahr des Bundesstaates, hatte die Schweiz im Rahmen der atlantischen Perspektive wieder einen Zustand rentab-

ler Kooperation und politischer Anerkennung gefunden – nicht zuletzt dank dem Umstand, dass gewisse Altlasten der Geschichte von 1938 bis 1948 unter den Scheffel gestellt und dafür ein idealisiertes Bild der unmittelbaren Vergangenheit hell beleuchtet wurde. Dieser Prozess der Umorientierung hatte auch einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der schweizerischen Historiographie. Und in der Öffentlichkeit verbreitete sich die Fiktion, dass die Schweiz, wie Olivier Reverdin 1948 behauptete (vgl. S. 199), der westlichen Zivilisation durch ihre Haltung während des Krieges – die Bewahrung freier Institutionen in einem unterjochten Kontinent – einen Dienst erwiesen habe, der heute auch im Ausland anerkannt werde.<sup>554</sup>

## POST SKRIPTUM 7

Während der Krise der Vergangenheitsbewältigung, ausgelöst durch die Polemik um das Raubgold und die sog. herrenlosen Vermögen, war immer wieder nach «historischer Wahrheit» gefragt worden. Der Bundesrat hat schliesslich 1996 eine Historikerkommission eingesetzt, die – möglicherweise im Geiste Edgar Bonjours – einen abschliessenden Bericht auszuarbeiten hat. Ich hatte dabei nicht selten den Eindruck, dass diese Zielvorstellung auf einem Missverständnis beruht. Man erwartet offenbar an offizieller Stelle, dass ein neues, umfassendes Quellenstudium ein gewissermassen amtlich abgesegnetes, umfassend homogenes Bild ergeben wird. Politisch umsetzbare «Wahrheit» darf ja weder komplex noch widersprüchlich sein. Doch das Problem liegt gerade darin, dass diese Geschichte der Schweiz verschiedene, oft widersprüchliche Facetten aufweist, die nicht zuletzt wegen ihrer politischen Instrumentalisierung zu einem fragmentierten Geschichtsbild führten. Die oben beschriebenen vier Felder zeichnen sich dadurch aus, dass jedes, versehen mit einer relativen Autonomie, auf einem eigenen und spezifischen Erkenntnisinteresse beruht. Was angesichts dieser Situation fehlt, ist nicht nur eine umfangreiche Erforschung der Quellen, sondern ebenso sehr ein einigermassen einleuchtendes Erklärungsmodell über die möglichen Interdependenzen und Divergenzen der verschiedenen historischen Felder. Wir müssen zu einem integrierten Verständnis der segmentierten Geschichte kommen, eine Logik schaffen, die fähig ist, zwischen den disparaten Elementen ein Minimum an Sinngebung zu produzieren. Es geht nicht nur um

Einsichten in die partikularen Defizite oder Erfolge, sondern um die Konstruktion eines Geschichtsverständnisses, das die Komplexität und die Widersprüchlichkeit der Vergangenheit zu bewältigen vermag.

Eine nur «wahre» oder kognitiv fassbare Geschichte genügt nicht – gefragt ist in erster Linie eine Sinn vermittelnde Geschichte. Diese Sinnstiftung wird jedoch kaum erreicht, wenn weiterhin partikulare Interessen, seien diese nun politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art, versuchen, die Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs für ihre aktuellen Strategien zu monopolisieren. Der Bundesrat war schlecht beraten, als er eine exklusive Historikerkommission schuf, die nicht nur unter einem internationalen politischen Erwartungsdruck steht, sondern einmal mehr einen Ausnahmestatus in der historischen Forschung einnimmt. Eine umfassende Sinnstiftung kann nur in einem freien und demokratischen Wettbewerb aller interessierter Historiker und der Bürger und Bürgerinnen insgesamt erreicht werden.

## ANMERKUNGEN

- 1 Hans von Greyerz, «Der Bundesstaat seit 1848», *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich, Berichthaus, 1977, 1195.
- 2 Peter Clark, *The Keynesian Revolution in The Making, 1924–1936*, Oxford, Clarendon Press, 1988, 319.
- 3 Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne, Payot, 1974, 294; J.E., «Ein «Plebiszit mit dem Portemonnaie» für die Armee?», *NZZ* 153, 3./4. Juli 1976.
- 4 Marc Perrenoud, «Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale. Politique de neutralité et relations financières internationales», *Studien und Quellen* 13–14, Bern, Schweizerisches Bundesarchiv, 1987/1988, 69.
- 5 *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, hg. von Wolfram Fischer, Bd. 6, Stuttgart, Klett-Cotta, 1987, 340, 375.
- 6 Jakob Tanner, *Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953*, Zürich, Limmat Verlag, 1986, 127; *Saläre kaufmännischer Angestellter der Schweiz, 1928–1942*, Zürich, VSK, 1944, 16.
- 7 *Historische Statistik der Schweiz*, hg. von Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, Zürich, Chronos, 1996, 871.
- 8 *Öffentlicher Dienst VPOD*, Nr. 12, Oktober 1951.
- 9 Zit. in: Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, *Zwischenbericht Gold*, Bern 1998, 107.
- 10 Transitverkehr Süden-Norden/Norden-Süden, in Dossier «Transit Italien–Deutschland», Bundesarchiv, E 7110-01(-) 1973/134; Richard Ochsner, «Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern zugunsten einer Kriegspartei durch das neutrale Land», in: Rudolf L. Bindschedler (Hg.), *Schwedische und schweizerische Neutralität*, Basel, 1985, 216–235; Stephan Winkler, *Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943–1945*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1992, 474–485.
- 11 Klaus Urner, «Une mobilisation pour les besoins de l'économie de guerre», *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 121, janvier 1981, 63–69.
- 12 Walter Wittmann, «Die Finanzpolitik», in: *Die Schweiz seit 1945*, hg. von Erich Gruner, Bern, Francke, 1971, 148.
- 13 Georg Hafner, *Walther Stampfli. Bundesrat im Krieg, Vater der AHV*, Olten, Dietschi, 1986, 276.
- 14 Tanner, *Bundeshaushalt*, 379.
- 15 Bernard Porter, *Britannia's Burden. The Political Evolution of Modern Britain 1851–1990*, London/New York, Edward Arnold, 1994, 238; André Kaspi (Hg.), *Les grandes dates des États-Unis*, Paris, Larousse, 1989, 159.
- 16 François Höpflinger, *Bevölkerungswandel in der Schweiz. Zur Entwicklung von Heiraten, Geburten, Wanderungen und Sterblichkeit*, Chur, Rüegger, 1986, 64.
- 17 Hans-Ulrich Jost, «Aperçus théoriques des relations entre l'Etat, l'économie et le capital dans la période de 1870 à 1913, avec description du cas de la Suisse», *Bulletin du département d'histoire économique*, Université de Genève, No 10, 1980, 21–28.
- 18 Henri Guisan, *Notre Peuple et son Armée. Conférence à l'école polytechnique fédérale, 9 décembre 1938*, Zürich 1939; Edgar Schumacher, *Die kulturschöpferische Kraft des soldatischen Denkens*, Zürich, Schweiz. Studiengemeinschaft für europäische Fragen, 1943; *Schweizer Wehrgeist in der Kunst*, Basel 1939.

- 19 Von Greyerz, *Bundesstaat*, 1211.
- 20 Jean Rudolf von Salis, *Grenzüberschreitungen*, Bd. 2, Zürich, Ex Libris, 1984, 24.
- 21 Gustav Däniker, *Werdendes Soldatentum*, Bern 1940; Ders., «Soldatisches Volk», *Schweiz. Hochschulzeitung* 1941, 1.
- 22 Georg Thürier, «Innere Straffung», *Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch*, hg. von der Neuen Helvetischen Gesellschaft, 1940/1941, 14.
- 23 «Radiorede des Bundespräsidenten Pilet», Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität, Dokumente*, Bd. VII, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1974, 160–162.
- 24 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. III, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1970, 14.
- 25 Einwirkung auf die öffentliche Meinungsbildung (Exposé Bureau 1), Armeestab, Abteilung Presse und Funkspruch, 3. August 1940, 23–24.
- 26 Zit. in: Doris Huber, *Frauen- und Familienleitbilder in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg, dargestellt anhand des eidgenössischen Verbandes Pro Familia*, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1987, 33.
- 27 Carl Brüschiweiler, *Wir als Viermillionen-Volk. Zur Schweiz. Landesausstellung 1939*, hg. vom Eidg. statistischen Amt, Bern 1939.
- 28 Nadja Ramsauer, Thomas Meyer, «Blinder Fleck im Sozialstaat. Eugenik in der Deutschschweiz 1930–1950», *traverse* 1995/2, 117–121.
- 29 Christoph Keller, *Der Schädelvermesser Otto Schlaginhaufen – Anthropologe und Rassenhygieniker. Eine biographische Reportage*, Zürich, Limmat Verlag, 1995.
- 30 Alex Schwank, «Der rassenhygienische (bzw. eugenische) Diskurs in der schweizerischen Medizin des 20. Jahrhunderts», in: Sigrid Weigel, Birgit R. Erdle (Hg.), *Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, Zürich, Hochschulverlag an der ETHZ, 1996, 461–482.
- 31 Ruth Meyer Schweizer, «Eine innen- und sozialpolitische Zeitenwende. Zum Entstehen der AHV», *NZZ* 148, 30. Juni 1997.
- 32 La crise et les bannières. La Suisse de 1930 à 1939, *Mémoire du Siècle*, vol. 4, Prilly/Lausanne, Eisele, 1992, 243.
- 33 W. G. Beasley, *Japanese Imperialism 1894–1945*, Oxford, Clarendon Press, 1987, 203–207.
- 34 Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin, Siedler Verlag, 1986, 396, 559–560, 569, 602–605, 697; Saul Friedländer, *L'Allemagne nazie et les Juifs*, vol. 1, Paris, Seuil, 1997.
- 35 Zit. in: Bonjour, *Neutralität* III, 235.
- 36 *Diplomatische Dokumente der Schweiz, (DD)*, Bd. 12, Bern, Benteli, 1994, 535.
- 37 Protokoll der Sitzung der Landesverteidigungskommission vom 16. März 1938, *DD* 12, 527.
- 38 Erklärung des Bundesrates vor der Bundesversammlung am 21. März 1938, *DD* 12, 544.
- 39 Bonjour, *Neutralität* III, 276; Daniel Bourgeois, *Le Troisième Reich et la Suisse, 1933–1941*, Neuchâtel, La Baconnière, 1974, 71–84.
- 40 Bourgeois, *Troisième Reich*, 79–84.
- 41 Heinrich Homberger, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Erlenbach-Zürich, Rentsch, 1970, 64–67; Bourgeois, *Troisième Reich*, 333, Anm. 115; Alfred Cattani, «Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. Zur Person des Schweizer Gesandten im Dritten Reich», *NZZ* 123, 31. Mai 1991.
- 42 Frölicher an Motta, 15. Okt. 1938, *DD* 12, 979.

- 43 Zit. in: Bonjour, *Neutralität* III, 319, Anm. 10.
- 44 Rudolf Maurer, *Markus Feldmann (1897–1958). Werden und Aufstieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Bern, Verbandsdruckerei, 1965, 145; Winkler, *Die Schweiz und das geteilte Italien*, 3–38.
- 45 Bonjour, *Neutralität* III, 323; zur Sitzung des Bundesrates vom 18. April 1939, vgl. *DD* 13, 164–165.
- 46 Resumé eines Gesprächs von Minister Ruegger mit Graf Ciano, 29. Okt. 1937, *DD* 12, 299; Marzio Rigonalli, *Le Tessin dans les relations entre la Suisse et l'Italie, 1922–1940*, Locarno, Pedrazzini, 1983, 170–173; Perrenoud, *Banques et diplomatie*, 17–41.
- 47 Georg Kreis, *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld, Huber, 1973; Marc Perrenoud, «La Sentinelle» sous surveillance», *SZG* 37, 1987, 137–168.
- 48 Zit. in: Paul Stauffer, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz*, Zürich, Verlag NZZ, 1991, 170.
- 49 E. Broje an Motta, 1. Februar 1939, *DD* 13, 41.
- 50 Daniel Haener, *Die Anerkennung der Franco-Regierung durch die Schweiz im Spanischen Bürgerkrieg*, Lizenzatsarbeit Universität Basel, 1982; «Handelsbeziehungen mit Spanien», *DD* 12, 68–70; «Die Beziehungen der Schweiz zu der Regierung des Generals Franco», Protokoll des Bundesrates, 13. Februar 1939, *DD* 13, 60–63.
- 51 Helmut Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, Zürich, Limmat Verlag, 1976; V. Gilardoni, G. Lazzeri, G. Petrillo, «I volontari ticinesi in difesa della Repubblica di Spagna», *Archivio storico ticinese* 1976; Toro y Toro, *La faute impardonnée des combattants romands de la guerre d'Espagne*, mémoire de licence, UNIL, 1990.
- 52 Bonjour, *Neutralität* III, 365; «Notice du Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique, P. Bonna, 24 mars 1939», *DD* 13, 123–24; «Rapport sur les relations entre la Suisse et l'U.R.S.S., 10 août 1939», *DD* 13, 296–301.
- 53 Vgl. von Greyerz, *Bundesstaat*, 1157; Hermann Böschenstein, *Bundesrat Obrecht, 1882–1940*, Solothurn, Vogt-Schild, 1981, 190.
- 54 Bourgeois, *Troisième Reich*, 66; Stauffer, *Burckhardt*, 98 u. 141.
- 55 Motta an Stucki, 24. Mai 1938, *DD* 12, 717.
- 56 Bonjour, *Neutralität* III, 358; IV, 25–26.
- 57 Zit. in: Hermann Wahlen, *Bundesrat Rudolf Minger, 1881–1955. Bauer und Staatsmann*, Bern, Buchverlag Verbandsdruckerei, 1965, 178.
- 58 Daniel Bourgeois, «La porte se ferme: la Suisse et le problème de l'immigration juive en 1938», *Relations internationales*, no 54, été 1988, 181–204.
- 59 *DD* 12, 568/570.
- 60 Art. «Einwanderung» von Dr. M. Ruth, Adjunkt der Polizeiabteilung des EJPD, *Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft*, Bd. I, Bern, Benteli, 1939, 289–290.
- 61 Protokoll Sitzung des Bundesrates vom 19. August 1938, *DD* 12, 835.
- 62 «Le Chargé d'Affaires ad interim de la Légation de Suisse à Berlin, F. Kappeler, au Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique, P. Bonna, Berlin, 7 sept. 1938», *DD* 12, 855.
- 63 Deutsch-schweizerisches Abkommen vom 29. September 1938, *DD* 12, 938–939; Protokoll Sitzung Bundesrat vom 4. Okt. 1938, *DD* 12, 944–945.
- 64 Rothmund an Baumann, 15. Sept. 1938, *DD* 12, 886.
- 65 Stucki an Motta, 15. November 1938, *DD* 12, 1031.
- 66 Stefan Keller, *Grüningers Fall – Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993.

- 67 Hermann Wichers, *Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940*, Zürich, Chronos, 1994, 105-126.
- 68 Guido Koller, «Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges», *Studien und Quellen* 22, Bern, Haupt, 1996, 17-106; Uriel Gast, *Von der Kontrolle zur Abwehr. Die eidgenössische Fremdenpolizei im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft 1913-1933*, Zürich, Chronos, 1997, 345-350.
- 69 «Zur Lage», *Politische Rundschau*, April/Mai 1939, H. 4/5, 97.
- 70 Guisan an Minger, 4. Mai 1940, *DD* 13, 695.
- 71 Charles Linsmayer, «„Sie hatten den geistigen Verrat bereits vollzogen“», *Der kleine Bund* 154, 5. Juli 1997.
- 72 *Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 3, Zürich, Werd Verlag, 1994, 338.
- 73 Werner Möckli, *Schweizergeist Landigeist? Das schweizerische Selbstverständnis beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Zürich 1973.
- 74 Pierre-Alain Tschudi, «*Das eidgenössische Wettspiel*». *Die Rekonstruktion der Schweiz im offiziellen Festspiel der Schweizerischen Landesausstellung, Zürich 1939*, Lizentiatsarbeit Universität Genf, 1993.
- 75 «Vor 40 Jahren – Eröffnung der Landi», *NZZ* 103, 5./6. Mai 1979; Charles Linsmayer, «Wie die Landi zum ‚nationalen Heiligtum\* wurde», *Der kleine Bund* 273, 22. Nov. 1997; Felix Müller, «Das Staatsfestspiel als republikanisches Weihespiel», *NZZ* 174, 28./29. Juli 1984.
- 76 *Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung*, 3 Bde., Zürich, Atlantis Verlag, 1940; Jules Wagner (éd.), *Le livre d'orde l'exposition nationale 1939*, Zürich, Verkehrsverlag, 1940; Sonderbeilage «50 Jahre Landi», *NZZ* 99, 29./30. April 1989.
- 77 Hans Ulrich Jost, «Politique culturelle de la Confédération et valeurs nationales», B. Crettaz, H.U. Jost, R. Pithon, *Peuples inanimés, avez-vous donc une âme? Images et identités suisses au XXe siècle*, Histoire et société contemporaines 6/87, Lausanne 1987, 19-38.
- 78 Cyrus Malek-Madani, *Die schweizerische Filmpolitik 1933-1943*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1984.
- 79 Bonjour, *Neutralität* III, 288, Anm. 15.
- 80 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung. (Vom 9. Dezember 1938.), *BBl* 90, 1938/II, 985-1036.
- 81 Botschaft, 1002.
- 82 Zit. in: Peter Utz, *Die ausgehölte Gasse. Stationen der Wirkungsgeschichte von Schillers «Wilhelm Tell»*, Meisenheim, Forum Academicum, 1984, 275.
- 83 Franz Kessler, *Die Schweizerische Kulturstiftung «Pro Helvetia»*, Zürich, Schulthess Polygraphischer Verlag, 1993, 7-42.
- 84 Oskar Felix Fritschi, *Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkrieges. Der Beitrag der Schweizer Armee zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens*, Winterthur, Fabag+Druckerei Winterthur AG, 1971, 164-177; Oberst Huber (Chef Heer und Haus), *Heer und Haus, einst und heute*, Polykopie, o. O., Dezember 1974.
- 85 Rémy Pithon, «Cinéma suisse de fiction et ‚Défense nationale spirituelle‘ de la Confédération helvétique (1933-1945)», *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 33, 1986, 254-279.
- 86 Jean-Claude Favez, «Tu m'as dit d'aimer, j'obéis... Quelques remarques sur les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois durant la Seconde Guerre mondiale», *Union et division des Suisses*, sous la dir. de Pierre du Bois, Lausanne, Éditions de l'Aire, 1983, 93-112.

- 87 Adolf Guggenbühl, «Wer soll Kulturpolitik betreiben?», *Schweizer Spiegel* 13, Nr. 6, März 1938, 54–55.
- 88 Rolf Soland, *Staatsschutz in schwerer Zeit. Bundesrat Heinrich Häberlin und der Ordnungsstaat 1920–1934*, Bern, Stämpfli, 1992.
- 89 Die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die schweizerische Landesverteidigung, 11. Sept. 1946, *DD* 16, 274.
- 90 Chantal de Riedmatten, *Général Henri Guisan. Autorité et démocratie*, Fribourg, Institut d'histoire moderne et contemporaine, 1983, 27–28; Fransziska Keller, *Oberst Gustav Däniker. Aufstieg und Fall eines Schweizer Berufsoffiziers*, Zürich, Thesis Verlag, 1997, 187–219; Bonjour, *Neutralität* III, 399–402; Reorganisation der Armeeführung, 29. April 1938, *DD* 12, 650–658.
- 91 Lukas Röllli-Alkemper, *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1935–1943*, Freiburg, Universitätsverlag, 1993, 43.
- 92 Gonzague de Reynold, *Conscience de la Suisse. Billets à ces Messieurs de Berne*, Neuchâtel 1938; umgearbeitete und gekürzte deutsche Übersetzung: *Selbstbesinnung der Schweiz*, Zürich 1939; vgl. Aram Mattioli, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich, Orell Füssli, 1994, 246–254.
- 93 Daniel Heller, *Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*, Zürich, Verlag NZZ, 1988.
- 94 Peter Stettler, *Das ausserpolitische Bewusstsein in der Schweiz (1920–1930)*, Zürich, Lehmann, 1969, 28–30; Gerhart Waeger, *Die Sündenböcke der Schweiz*, Olten und Freiburg i. Br., Walter, 1971, 59–80.
- 95 Christian Werner, *Feindbild Staat. Robert Eibel und die bürgerlichen antietatistischen Oppositionsbewegungen in der Schweiz 1930–1947*, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1992.
- 96 Charles Strinimann, *Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel»*, Basel/Kassel, Friedrich Reinhardt Verlag, 1992, 251–255.
- 97 Roland Butikofer, *Le refus de la modernité. La Ligue vaudoise: une extrême droite et la Suisse (1919–1945)*, Lausanne, Payot, 1996.
- 98 Jean-Blaise Guyot, *Une action pour «l'ordre nouveau» en Suisse romande. Le Mois Suisse (1939–1945)*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1997.
- 99 Philipp Etter, «Das Land und seine Sendung», in: *Reden an das Schweizer Volk*, Zürich, Atlantis Verlag, 1939, 16–17.
- 100 Oskar Scheiben, «Konrad Ilgs Weg nach rechts», in: *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Widerspruch-Sonderband*, 1987, 31–36.
- 101 Sitzung des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes vom 11. Nov. 1938, zit. in: Marcela Hohl, *Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897–1974)*, Chur, Rügger, 1983, 262–263; «Max Weber», *Die Schweizer Bundesräte*, hg. von Urs Altermatt, Zürich, Artemis, 1991, 454.
- 102 Robert Grimm, «Realpolitik», *RR*, Juli 1939, 369–372; Christian Voigt, *Robert Grimm. Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier*, Bern, Zytglogge, 1980, 242; Benno Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920–1945)*, Winterthur, Keller, 1958, 127.
- 103 Pierre Jeanneret, *Un itinéraire politique à travers le socialisme en Suisse romande. La vie du Dr. Maurice Jeanneret-Minkine (1886–1953)*, Lausanne, Éditions de l'Aire, 1991, 411–443; André Rauber, *Histoire du mouvement communiste suisse*, Genève, Slatkine, 1997, 432–436.



- 104 Werner, *Feindbild Staat*, 86–90.
- 105 Böschenstein, *Bundesrat Obrecht*, 169, 241, 269.
- 106 P. Keller, «Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Vorsorge für den Kriegsfall», *Politische Rundschau* 16, Nov. 1937, H. 11, 409–415.
- 107 Massnahmen zur Sicherstellung der Güterzufuhr aus dem Auslande während eines Krieges, *DD* 12, 888–893; Bericht von Obrecht an Motta über die Verhandlungen, 24. Jan. 1939, *DD* 13, 14–15.
- 108 Überwachung der Ein- und Ausfuhr im Kriegsfall, Protokoll des Bundesrates, 12. Juni 1939, *DD* 13, 237–239; vgl. Bonjour, *Neutralität* III, 402–410.
- 109 Direktion der SNB an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, 14. Okt. 1938, *DD* 12, 971–972.
- 110 Hafner, *Walther Stampfli*, 234.
- 111 Peter Maurer, *Anbausehlacht. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk, 1937–1945*, Zürich, Chronos, 1985, 32–40.
- 112 Maurer, *Anbausehlacht*, 120; Irene Vonarb, «Die Bäuerin als Landesnährmutter. Alltagsleben und Rolle der Bäuerinnen zur Zeit des Zweiten Weltkriegs», in: Albert Tanner, Anne-Lise Head-König (Hg.), *Die Bauern in der Geschichte der Schweiz*, Zürich, Chronos, 1992 (Schweiz. Ges. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, H. 12), 253–262.
- 113 Erklärung der Deutschen Regierung, 28. Juni 1939, *DD* 13, 257.
- 114 Georg Kreis, «Parlamentarismus und Antiparlamentarismus in den Jahren 1933–1945», in: *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*, Red. M. Bovey Lechner, M. Graf, A. Huber-Hotz, Bern/Stuttgart, Haupt, 1991, 304 u. 310.
- 115 Protokoll Bundesrat, 8. Sept. 1939, *DD* 13, 348–349.
- 116 Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland; Verhandlungen mit Deutschland, Protokoll Bundesrat, 12. Sept. 1939, *DD* 13, 355.
- 117 «Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland», Protokoll Bundesrat, 13. Okt. 1939, *DD* 13, 422–424.
- 118 «Compte-rendu sur les négociations italo-suisse», 18. Sept. 1939, *DD* 13, 372–376.
- 119 «Bericht über die Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien», P. Keller an J. Hotz, *DD* 13, 482.
- 120 Zit. in: Oswald Inglin, *Der stille Krieg. Der Wirtschaftskrieg zwischen Grossbritannien und der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1991, 83.
- 121 Oberkommando der Wehrmacht, Sonderstab für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen, «Kampfmassnahmen in der Schweiz», 30. April 1940, National Archives Washington, Mikrofilm T-77/90.
- 122 Zit. in: Tanner, *Bundeshaushalt*, 209.
- 123 Willi Gautschi, *General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1989, 84–113; Walter Schaufelberger, «Ein schwieriger Fall. Erste Armeestellung 1939/40 und «Fall Nord» nach operativer Sicht», *ASMZ* 11/1990, 665–671.
- 124 Guisan à Pilet-Golaz, Personnelle. Secret. 31 décembre 1940, *DD* 13, 1044; Georg Kreis, *Auf den Spuren von «La Charité». Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936–1941*, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1976.
- 125 Gautschi, *Guisan*, 157.
- 126 Pascal Ihle, *Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1994, 100–106.

- 127 Kreis, *Zensur und Selbstzensur*, 322.
- 128 Eugen Dietschi, *60 Jahre eidgenössische Politik*, Bern, Freisinnige Partei der Schweiz, 1979, 180.
- 129 Bernard Gasser, *Ciné-journal suisse. Aperçu historique (1923–1945) et analyse de tous les numéros de 1945*, Lausanne, Travelling 53/54 (Documents Cinémathèque suisse), 1978–1979.
- 130 Zit. in: Gustav Huonker, *Literaturszene Zürich. Menschen, Geschichten und Bilder 1914 bis 1945*, Zürich, Ex Libris, 1987, 82.
- 131 Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, 369.
- 132 Von Salis, *Grenzüberschreitungen*, Bd. 2, 24.
- 133 René de Weck, Tagebuch, 14. und 21. Juni 1940.
- 134 Klaus Hildebrand, *Deutsche Aussenpolitik 1933–1945*, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin, Kohlhammer, 1990, 99–103.
- 135 Mauro Cerutti, «Guiseppe Motta, 1871–1940», in: *Die Schweizer Bundesräte*, hg. von Urs Altermatt, Zürich/München, Artemis & Winkler, 1991, 311.
- 136 Hermann Böschstein, *Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935–1945*, Bern, Stämpfli, 1978, 259.
- 137 René de Weck, Tagebuch, 31. Dezember 1939.
- 138 Neville Wylie, «Pilet-Golaz and the making of Swiss foreign policy: some remarks», *SZG* 47, 1997, 608–620.
- 139 Erwin Bucher, *Zwischen Bundesrat und General. Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg*, St. Gallen, VSG, 1991, 514–515.
- 140 Von Salis, *Grenzüberschreitungen*, Bd. 2, 46, 15 und 41.
- 141 Protokoll Bundesrat, 19. März 1940, *DD* 13, 597–599.
- 142 Zit. in: Bucher, *Bundesrat*, 373.
- 143 Butikofer, *La Ligue vaudoise*, 356–358.
- 144 Heller, *Bircher*, 182–183.
- 145 Claude Cantini, *Le colonel Fasciste suisse, Arthur Fonjallaz*, Lausanne, Favre, 1983, 131–136.
- 146 Erwin Bucher, «Die Schweiz im Sommer 1940», *SZG* 29, 1979, 356–389.
- 147 Ernst Wetter, *Duell der Flieger und der Diplomaten. Die Fliegerzwischenfälle Deutschland–Schweiz im Mai/Juni 1940 und ihre diplomatischen Folgen*, Frauenfeld, Huber, 1987, 15, 65–66.
- 148 Bourgeois, *Le Troisième Reich*, 107–125.
- 149 Zit. in: Gautschi, *Guisan*, 186.
- 150 Zit. in: Georg Kreis, «Panik und Flucht der Zivilbevölkerung. Private Evakuierung als Folge eines Fehlalarms», *NZZ* 109, 12./13. Mai 1990.
- 151 Keller, *Oberst Däniker*, 311–317.
- 152 Bonjour, *Neutralität VI*, 71–101.
- 153 Robert Vogler, *Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941*, Zürich, Schweiz. Nationalbank, 1983, 95; Bourgeois, *Le Troisième Reich*, 162–166; Vorschläge des Volkswirtschaftsdepartements zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, 20. Juni 1940, *DD* 13, 737–739.
- 154 Wetter, *Duell der Flieger*, 136; Gautschi, *Guisan*, 232.
- 155 Bonjour, *Neutralität IV*, 279.
- 156 Mattioli, *Gonzague de Reynold*, 275–276; Bucher, *Zwischen Bundesrat und General*, 522.
- 157 Bucher, *Zwischen Bundesrat und General*, 475.
- 158 Guisan an Minger, 21. Juni 1940, *DD* 13, 746; Gautschi, *Guisan*, 572–573.

- 159 Zit. in: Udo Fink, *Albert Oeri als Publizist und Politiker zwischen den beiden Weltkriegen*, Zürich, aku-Fotodruck, 1971, 134.
- 160 Protokoll der Konferenz beim Bundespräsidenten, 1. Juli 1940, *DD* 13, 786.
- 161 Pilet-Golaz an Minger, 16. Juli 1940, *DD* 13, 826.
- 162 Hafner, *Walther Stampfli*, 194–200.
- 163 Protokoll der Sitzung der Finanzdelegation des Bundesrates und der Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen, 21. Juni 1940, *DD* 13, 739–744.
- 164 Comptes-rendu de la conférence tenue à Berne le 22 juin 1940, *DD* 13, 751–762.
- 165 Frölicher an Pilet-Golaz, 5. Juni 1940, *DD* 13, 810.
- 166 Bonjour, *Neutralität* IV, 115–137 (mit dem französischen Text der Rede, 117–120); Bucher, *Bundesrat und General*, 537–556 (deutscher Text, 541–544).
- 167 Bucher, *Bundesrat und General*, 536–556.
- 168 *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945*. (Vom 27. Dezember 1946), 254–256.
- 169 Gautschi, *Guisan*, 227.
- 170 In diesen Fragen kann ich Klaus Urner, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!», *Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz*, Zürich, Verlag NZZ, 1990, nicht folgen.
- 171 Zit. in: Walter Schaufelberger, «Militärische Bedrohung der Schweiz 1939/40», *Kriegsmobilmachung 1939*, hg. von der Abteilung für Militärwissenschaften der ETHZ, Zürich, ETH Druckerei, 1989, 42–43.
- 172 Protokoll des Bundesrates, 9. Juli 1940, *DD* 13, 813–815; Vogler, *Wirtschaftsverhandlungen*, 124–137.
- 173 R. Fierz, Chef der K.T.A., an J. Hotz, 8. Juli 1940, *DD* 13, 811–831.
- 174 J. Hotz an P. Ruegger, Minister in Rom, 6. Sept. 1940, *DD* 13, 915; Bonjour, *Neutralität* V, 279–301.
- 175 Zit. in: *Zwischenbericht Gold*, 75, Anm. 64.
- 176 Protokoll Bundesrat, Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, 19. Juli 1940, *DD* 13, 843–847; Protokoll Bundesrat, 13. August 1940, *DD* 13, 885–888; Vogler, *Wirtschaftsverhandlungen*, 127–137.
- 177 Hotz an Pilet-Golaz, 24. Juli 1940, *DD* 13, 849.
- 178 Protokoll Bundesrat, 13. August 1940, *DD* 13, 887.
- 179 Bourgeois, *Le Troisième Reich*, 172.
- 180 Protokoll Bundesrat, 13. August 1940, *DD* 13, 888.
- 181 Frölicher an Bundesrat Petitpierre, 10. Juli 1945, *DD* 16, 56.
- 182 Protokoll der Konferenz, in: Bonjour, *Neutralität* IX, 379–392 (388).
- 183 Zit. in: Hafner, *Stampfli*, 224; Hans Senn, *Der schweizerische Generalstab*, Bd. VII, Basel/Franfurt, Helbing & Lichtenhahn, 1995, 305–353; von Salis, *Grenzüberschreitungen* 2, 50–55; Franz Odermatt, «Zwischen Realität und militärischem Mythos: Zur Entstehung der Reduitstrategie im Jahre 1940», *ASMZ* 7/8 und 9, 1987, 447–450, 549–552.
- 184 Oscar Gauye, «Au Rütli, 25 juillet 1940». Les discours du général Guisan: nouveaux aspects», *Studien und Quellen* 10, 1984, 5–52.
- 185 Siehe Gautschi, *Guisan*, 288 («Der Rütli-rapport», 267–293).
- 186 Kreis, *Zensur und Selbstzensur*, 92–93.
- 187 Guisan an Minger, 14. August 1940, *DD* 13, 897–898; Oscar Gauye, «Le général Guisan et la diplomatie suisse 1940–1941», *Studien und Quellen* 4, 1978, 5–68.
- 188 Daniel Sebastiani, «Jean-Marie Musy dans l'orbite du Reich d'Adolf Hitler: entrée et trajectoire jusqu'au printemps 1941», in: J.-C. Favez, H.U. Jost, F. Python (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, Lausanne, Antipodes, 1998, 231–264.

- 189 *Journal de Genève*, 28./29. Juli und 9. Nov. 1940.
- 190 Brief an Gasser, 22. Juni 1940, und an Allgöwer, 27. Juni 1940, zit. in: Keller, *Oberst Däniker*, 244–245.
- 191 Zit. in: Werner, *Feindbild Staat*, 100.
- 192 Christian Gasser, *Der Gotthart-Bund, Eine schweizerische Widerstandsbewegung*, Bern/Stuttgart, Haupt, 1984, 24 und 97; Adolf Brunner, «Neues Bürgertum. Gedanken zur Gründung des Gotthard-Bundes», *SRS* 8, 1940/41, 460–472; Bruno Ackermann, *Denis de Rougemont, Une biographie intellectuelle*, Genève, Labor et Fides, 1996, 647–661.
- 193 Zit. in: Butikofer, *La Ligue vaudoise*, 350, Anm. 53; ebd., 334–342.
- 194 Bucher, *Bundesrat und General*, 523.
- 195 August R. Lindt, *Die Schweiz das Stachelschwein. Erinnerungen*, Bern, Zytglogge, 1992, 71; Beat Glaus, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940*, Zürich, Benziger, 1969, 344; Butikofer, *Ligue Vaudoise*, 353–354.
- 196 Zit. in: Waeger, *Sündenböcke*, 113–114.
- 197 Georg Kreis, *Juli 1940. Die Aktion Trumpf*, 2. Aufl., Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1973, 36; Werner Rings, *Die Schweiz im Krieg*, Zürich, Ex Libris, 1974, 255–284.
- 198 Zit. in: Heller, *Bircher*, 194 und 190.
- 199 Mattioli, *Gonzague de Reynold*, 278–281; Bucher, *Bundesrat und General*, 523.
- 200 Gautschi, *Guisan*, 235–266.
- 201 Lindt, *Die Schweiz das Stachelschwein*, 41.
- 202 J. Hotz an P. Ruegger, 6. Sept. 1940, *DD* 13, 916–917.
- 203 Notiz von Thurnheer, 4. Sept. 1940, *DD* 13, 911; 18. Sept. 1940, 938–940; Rapport des Delegierten des Bundesrates, P. Keller, 25. Sept. 1940, *DD* 13, 945–947; «Bericht über den gegenwärtigen Stand der <Gegenblockade>», Protokoll Bundesrat, 30. Sept. 1940, *DD* 13, 953–955.
- 204 Protokoll Bundesratssitzung, 6. Sept. 1940, *DD* 13, 913–914.
- 205 Zit. in: Heller, *Bircher*, 192.
- 206 Zit. in: Bucher, *Bundesrat und General*, 563.
- 207 Martin Dahinden, *Das Schweizerbuch im Zeitalter von Nationalsozialismus und Geistiger Landesverteidigung*, Bern/Frankfurt a.M., Lang, 1987, 180.
- 208 «Richtlinien für die Bundesrätliche Politik», *DD* 13, 918–925.
- 209 Bucher, *Bundesrat und General*, 568–573.
- 210 Zit. in: Guyot, *Le Mois Suisse*, 14.
- 211 Waeger, *Sündenböcke*, 130–131, 190–202; Bucher, *Bundesrat und General*, 560–561.
- 212 Jenny an Homberger, 24. Sept. 1940, *DD* 13, 942–945.
- 213 Frölicher an Bonna, 17. Sept. 1940, *DD* 13, 935.
- 214 Gautschi, *Guisan*, 373–374; Bourgeois, *Troisième Reich*, 218–219.
- 215 Lindt, *Die Schweiz das Stachelschwein*, 69.
- 216 Bucher, *Bundesrat und General*, 470.
- 217 Bonna an Frölicher, 24. Sept. 1940, *DD* 13, 938.
- 218 Zit. in: Walter Wolf, *Faschismus in der Schweiz*, Zürich, Flamberg, 1969, 342.
- 219 «Der politische Standort der Schweiz. Referat vor der ordentlichen Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz am 20. Oktober 1940», in: *Theodor Gut 1890–1953, Reden und Schriften*, Zürich, Polygraphischer Verlag, 1954, 174–186; Dietschi, *60 Jahre eidgenössische Politik*, 168.
- 220 Kästli, *Nobs*, 191–192.
- 221 Max Weber, [Vortragstext ohne Titel], Sozialarchiv Zürich, Ar.20.28.I; vgl. auch Max Weber, «Erneuerung?», *Die Arbeit* 9, September 1940.

- 222 Walter Wolf, *Walther Bringolf. Eine Biographie*, Schaffhausen, Verlag am Platz, 1995, 164-169.
- 223 Hafner, *Stampli*, 263.
- 224 Guyot, *Le Mois Suisse*, 28-29.
- 225 Gasser, *Gotthard-Bund*, 67.
- 226 Daniel Bourgeois, «Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes», *Relations internationales* 1, Mai 1974, 198-203.
- 227 Guisan an Pilet-Golaz, 9. Nov. 1940, *DD* 13, 1000-1001; Gautschi, *Guisan*, 365.
- 228 Waeger, *Sündenböcke*, 130-153; Gautschi, *Guisan*, ^7^.
- 229 Heller, *Bircher*, 190.
- 230 Georg Kreis, «Philipp Etter», in: Aram Mattioli (Hg.), *Intellektuelle von Rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939*, Zürich, Orell Füssli, 1995, 213.
- 231 Henri Vallotton, *La Suisse de demain*, Lausanne, Payot, 1940; Butikofer, *Ligue Vaudoise*, 384.
- 232 Zit. in: Bucher, *Bundesrat und General*, 484.
- 233 Zit. in: Hafner, *Stampli*, 204.
- 234 Pierre Béguin, *Le balcon sur l'Europe. Petite histoire de la Suisse pendant la guerre 1939-1945*, Neuchâtel, La Baconnière, 1951, 179.
- 235 Gautschi, *Guisan*, 428-432.
- 236 Guisan an Pilet-Golaz, 31. Dez. 1940, *DD* 13, 1044; Gautschi, *Guisan*, 368-382; Keller, *Oberst Däniker*, 317-321.
- 237 Urner, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!», Gustav Däniker, «Wahrnehmung und Wirklichkeit militärischer Bedrohungen. Zum Handlungsspielraum der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», *NZZ* 278, 26. Nov. 1997.
- 238 Von Salis, *Grenzüberschreitungen* 2, 82.
- 239 Neville R. Wylie, «The Riddle of the Swiss». *British policy towards Switzerland 1940-1943*, Diss. Cambridge 1994.
- 240 Zusammenstellung der Exportzahlen, *DD* 15, 847-848, 1081-1085; Tabelle elektrische Energie, *DD* 15, 914; Bourgeois, *Troisième Reich*, 179; Marc Perrenoud, «Commerce extérieur et politique suisse 1939-1945», *SZG* 47, 1997, 477-491.
- 241 Zit. in: Gautschi, *Guisan*, 433.
- 242 Transitverkehr Süden-Norden/Norden-Süden, in: Dossier «Transit Italien-Deutschland», Bundesarchiv, E 7110-01(-) 1973/134.
- 243 Richard Ochsner, «Der Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern zugunsten einer Kriegspartei durch das neutrale Land», in: Rudolf Bindschedler (Hg.), *Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1985, 216-235.
- 244 «Index der Industrieproduktion nach Branchen 1913-1945 », *Historische Statistik der Schweiz*, 629.
- 245 *Öffentlicher Dienst VPOD* 12, Oktober 1951; *Die Bührle Saga. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum einer weltberühmten Waffenschmiede mit einem Zwischenwort an die Haupterbin*, Zürich, Limmat Verlag, 1981, 72-91.
- 246 Tobias Bauer et al., *Silbersonne am Horizont. Alusuisse – Eine Schweizer Kolonialgeschichte*, Zürich, Limmat Verlag, 1989, 49; cs., «Schweizer Filialen in Nazi-Deutschland: Welche Verstrickungen der Aluminiumindustrie AG?», *NZZ* 84, 12./13. April 1997; Sophie Pavillon, «Trois filiales d'entreprises suisses en Allemagne du Sud et leur développement durant la période nazie», *Studien und Quellen* 23, 1997, 209-254; Sophie Pavillon, «Aux frontières du profit: les relations entre la société suisse Alimentana AG et sa filiale Maggi GmbH en Allemagne du Sud(1925-1943)» hi: Favez, Jost, Py-

- thon (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, 127-142.
- 247 Stirnimann, *Der Weg in die Nachkriegszeit 1943-1948*, 238-245.
- 248 Laurent Tissot, *E. Paillard & Cie, SA. Une entreprise vaudoise de petite mécanique 1920-1943*, Cousset (Fribourg), Delval, 1987, 252-350.
- 249 Alain Cortat, *Condor SA, 1891-1980*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1996, Annexes, 37.
- 250 Christoph Schilling, *Blocher*, Zürich, Limmat Verlag, 1994, 57; Beat Alexander Jenny, *Interessenpolitik und Demokratie in der Schweiz. Dargestellt am Beispiel der Emser Vorlage*, Diss. Zürich, Basel 1966.
- 251 Zit. in: Gautschi, *Guisan*, 433.
- 252 Daniel Bourgeois, «Les relations économiques germano-suissees 1939-1945», *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, 121, janvier 1981, 49-61.
- 253 Michael Brackmann, «Staatsbankrott und Nachkriegswirtschaft – ein Beitrag zur Reichsbankpolitik im Zweiten Weltkrieg», in: Manfred Köhler, Keith Ulrich (Hg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert*, Essen, Klartext-Verlag, 1995, 150.
- 254 Perrenoud, *Banques et diplomatie suisses*, 15-43; Bonjour, *Neutralität VI*, 275-286.
- 255 Ciano an Alfieri, Rom, 4. Januar 1942, in *Documenti Diplomatici Italiani (1939-1943)*, Bd. 8, 102.
- 256 Rapport über die Finanzbeziehungen mit den USA, 20. Febr. 1945, *DD* 15, 921.
- 257 Faksimile abgedruckt in: Jean-Claude Favez, «La Suisse et Por des Nazis *ajournaï* de Geneve», 12. Nov. 1985.
- 258 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, *Zwischenbericht Gold*, Bern 1998, 53; «Verschlungene Wege des Raubgolds», *NZZ* 268, 16./17. Nov. 1996; Robert Vogler, «Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-45», *Geld, Währung und Konjunktur*, Bulletin der SNB, 1, 1985, 70-78.
- 259 Peter Utz, «Goldfingers merkwürdige Machenschaften», *Tages Anzeiger Magazin* 16, 19. April 1980, 46-52; Werner Rings, *Die «Golddrehscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Artemis, 1985; Arthur L. Smith, *Hitler's Gold. The Story of the Nazi War Loot*, Oxford, New York, Munich, Berg, 1989.
- 260 Ministerialdirektor Clodius, Aufstellung über den Stand der WirtschaftsVerhandlungen mit der Schweiz, 3. Juni 1943, Politisches Archiv, Auswärtige Amt, Bonn, Büro Staatssekretär, Schweiz, Bd. 3 (Kopie freundlichweise übermittelt von D. Bourgeois).
- 261 Bourgeois, *Le Troisième Reich et la Suisse*, 244
- 262 Zit. in: Daniel Bourgeois, «Les relations économiques germano-suissees pendant la Seconde guerre mondiale: un bilan allemand de 1944», *SZG* 32, 1982, 569.
- 263 Zit. in: Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam, Anton Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, Wien, Frankfurt/M., Ueberreuter, 1997, 82.
- 264 Protokoll Sitzung in der Nationalbank, 27. Januar 1944, *DD* 15, 210.
- 265 Linus von Castelmur, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg*, Zürich, Chronos, 1992, 399-400.
- 266 Stucki an Motta, 21. März 1939, *DD* 13, 113.
- 267 Zit. in: Michel Fior, *Die Schweiz und das Gold der Reichsbank*, Zürich, Chronos, 1997, 54; franz. Originaltext ebenfalls zit. in: Bourgeois, «Les relations économiques germano-suissees 1939-1945», 56; siehe auch *Zwischenbericht Gold*, 6; «Voyage à Lisbonne et à Madrid du 12 au 26 octobre 1942», *DD* 14, 748-750; Rapport der Verhandlungen in London, 21. Juni 1942, *DD* 14, 547 (über den Wolfram-Handel mit Portugal).

- 268 Zit. in: *Zwischenbericht Gold*, 94.
- 269 Sitzung des Bankausschusses der Nationalbank, 12./Juli 1943, *DD* 15, 42.
- 270 Generaldirektion der Nationalbank [gezeichnet von E. Weber und A. Hirs] an Bundesrat Wetter, 9. Okt. 1943, *DD* 15, 40; siehe auch: Generaldirektion der Nationalbank [gez. E. Weber und V. Gautier] an Bundesrat Pilet-Golaz, 7. August 1944, *DD* 15, 520-525.
- 271 D. Schindler an die Direktion der Nationalbank, 22. Juli 1944, *DD* 15, 500-501.
- 272 Generaldirektion der Nationalbank an Pilet-Golaz, 7. August 1944, *DD* 15, 520-525; Generaldirektion der Nationalbank an Politisches Departement, 5. Sept. 1944, *DD* 15, 587-589.
- 273 Interne Notiz E. Reinhardt, Direktor der Finanzverwaltung, 4. Juni 1946, *DD* 15,1138.
- 274 *Zwischenbericht Gold*, 6.
- 275 Beat Balzli, *Treuhänder des Reichs. Die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer: Eine Spurensuche*, Zürich, Werd Verlag, 1997, 173-196; K.P., «Der Raubzug der Nazis gegen jüdische Versicherungsnehmer. Die Schweizer Assekuranz zwischen Willfähigkeit und Widerstand», *NZZ* 112, 17./18. Mai 1997.
- 276 Gian Trepp, *Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993.
- 277 Peter Hug, Marc Perrenoud, *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten*, Bern, Bundesarchiv, 1997,12.
- 278 Pir., «Verworrene Geschichte einer Fusion. Wie die SBG mit der Interhandel zur Grossbank wurde», *NZZ* 44, 22./23. Februar 1997; Shraga Elam, «'Interhandel' – eine Saga ohne Ende», in: Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, 206-228.
- 279 P. Keller an J. Hotz, 22. Okt. 1940, *DD* 13, 979.
- 280 K.P., «Ein Finanzmann im Dienste des Dritten Reichs», *NZZ* 284, 6-/7. Dez. 1997; Tom Bower, *Dor nazi. Les banques suisses et les Juifs*, Paris, Plon, 1997, 343-44.
- 281 Severin Gerber, *Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Rumänien; 1919-1924; 1939-1945; 1945-1953. Darstellung und Vergleich*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1997.
- 282 Zit. in: Catherine Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden. Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Schweiz 1941-1949. Eine diplomatiegeschichtliche Untersuchung*, Chur, Rüegger, 1991, 68-69.
- 283 Anthony Adamthwaite, «Great Britain and Neutral Switzerland», in: *Les États neutres européens et la Seconde guerre mondiale*. Actes publiés par Louis-Edouard Roulet, Neuchâtel, La Baconnière, 1985, 257-265; Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, 42-44.
- 284 Hafner, *Stampfli*, 264-277; Notice du Directeur général de la Société d'assurances générales sur la vie humaine, H. Koenig, 21. Jan. 1944, *DD* 15, 196-198.
- 285 «Notice sur les négociations économiques germano-suisses», 25. Juli 1944, *DD* 15, 504-505.
- 286 «Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland», *DD* 14, 1207-1209; Rapport von P. Keller aus London, 29. Dez. 1943, *DD* 15, 156-157; Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 82-98.
- 287 Inglin, *Der stille Krieg*, 113-196.
- 288 Memorandum Hull über Gespräch mit Bruggmann, 14. Juli 1944, zit. in: Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 114.
- 289 Ruegger an Pilet-Golaz, 21. Juli 1944, *DD*, 15, 494-495
- 290 «Activité des banques suisses et menace dont elles sont l'objet de la part des Gouvernements britannique et américain», Protokoll Bundesrat, 27. Juni 1944, *DD* 15, 468-473.

- 291 «Wirtschaftsverhandlungen mit Grossbritannien und U.S.A.», Protokoll Bundesrat, 30. August 1944, *DD* 15, 576–580; Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 118.
- 292 Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 111.
- 293 «Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen gegenüber dem Ausland», Protokoll Bundesrat, 4. Nov. 1941, *DD* 14, 350–361.
- 294 Bonjour, *Neutralität* IV, 408–423, VIII, 261–272; «Memorial Wille», *ibid.* IV, 424–433; Gautschi, *Guisan*, 394–423 (Affäre Däniker), 483–503 (Ausschaltung Willes); Keller, *Oberst Däniker*, 328–352.
- 295 Winkler, *Die Schweiz und das geteilte Italien*, 216–235; Protokoll Bundesrat, 17. Nov. 1942, *DD* 14, 886–889; Vieli an P. Bonna, 8. Sept. 1943, *DD* 15, 1–3.
- 296 Zit. in: Willi Gautschi, «Die Ostfrontmission Divisionär Bircher 1941/1942», in: W. G., *Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte*, Zürich, Verlag NZZ, 1994, 215; Heller, *Bircher*, 196–216; Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, 56–69.
- 297 *Gazette de Lausanne*, 11 juillet 1941.
- 298 Zit. in: Butikofer, *Ligue Vaudoise*, 422.
- 299 Pierre Codiroli, *L'ombra del Duce. Lineamenti di politica culturale del fascismo nel Cantone Ticino (1922–1943)*, Milano, Franco Angeli, 1989, 186–190.
- 300 Gautschi, *Guisan*, 546; insgesamt zur Affäre, 522–553.
- 301 Shraga Elam, «Schweizer Qualitäts-Holzbaracken für die SS-Schergen», in: Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, 132–140.
- 302 Bucher, *Bundesrat und General*, 35–78.
- 303 Gérard Lévêque, *La Suisse et la France gaulliste 1943–1945*, Genève, IUHEI, 1979, 22–81; Pierre Assouline, *Jean Jardin, 1904–1976. Une éminence grise*, Paris, Balland, 1986, 148–149, 189–219; Stucki an Pilet-Golaz, 17. Nov. 1943, *DD* 15, 103–105; E. Schlatter, inoffizieller Delegierter bei der provisorischen Regierung in Algier, 3. August 1944, *DD* 15, 518–519; Bonjour, *Neutralität* V, 302–322.
- 304 Compte-rendu der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, 2. Juni 1944, *DD* 15, 419.
- 305 Jean-Claude Favez, *Une mission impossible. Le CICR, les déportations et les camps de concentration nazis*, Lausanne, Payot, 1988, 161–162, 226–238.
- 306 Antoine Fleury, «L'action humanitaire de la Suisse en Grèce pendant la Deuxième Guerre mondiale», in: *Passé pluriel. En hommage au professeur Roland Ruffieux*, Fribourg, Éditions Universitaires, 1991, 209–229.
- 307 Siehe in der Bibliographie: «Die Schweiz und die Flüchtlinge»; Stadelmann; Kreis (1997); Haas; Häslar u. a.
- 308 Bundesrat von Steiger an Bundesrat Petitpierre, 5. Febr. 1945, *DD* 15, 878.
- 309 «Illegal einreisende Ausländer», Protokoll Bundesrat, 29. Dez. 1942, *DD* 14, 952–954.
- 310 Heinz Roschewski, *Rothmund und die Juden. Eine historische Fallstudie des Antisemitismus in der schweizerischen Flüchtlingspolitik 1933–1957*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1997, 43–44.
- 311 Zit. in: Linsmayer, «Sie hatten den geistigen Verrat bereits vollzogen», 3.
- 312 Koller, «Die behördliche Praxis», 26.
- 313 Butikofer, *Ligue Vaudoise*, 425.
- 314 Guisan an Bundesrat von Steiger, 13. Okt. 1943, *DD* 15, 57; Mauro Cerutti, «I rifugiati italiani nella Confederazione Elvetica durante la Seconda guerra mondiale», *Una storia di tutti*, Istituto storico della Resistenza in Piemonte, Torino, 1987, 205–228.
- 315 Susanne Schorta, «Arbeitszwang im Land des Asyls», *NZZ* 21, 26./27. Januar 1991.



- 316 Jacques Pilet, *Le crime Nazi de Payerne. 1942, en Suisse: un juif tué «pour l'exemple»*, Lausanne, Favre, 1977.
- 317 Jean-Claude Wacker, *Humaner als Bern! Schweizer und Basler Asylpraxis gegenüber den jüdischen Flüchtlingen von 1933 bis 1943 im Vergleich*, Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Basel 1992.
- 318 Anne-Marie Im Hof-Piguet, *La Filière en France occupée 1942-1944*, Yverdon-les-Bains, Parcours de la Thiele, 1985; Friedel Bohny-Reiter, *Journal de Rivesaltes, 1941-1942*, Genf, Zoé, 1993; Charlotte Weber, *Gegen den Strom der Finsternis. Als Betreuerin in Schweizer Flüchtlingsheimen 1942-1945*, Zürich, Chronos, 1997.
- 319 Rothmund an P. Bonna, 4. Sept. 1944, *DD* 15, 585; André Lasserre, «Les réfugiés de Bergen-Belsen et Theresienstadt ou les déboires d'une politique d'asile en 1944-1945», *SZG* 40, 1990, 307-317.
- 320 Zit. in: Roschewski, *Rothmund und die Juden*, 40; Gaston Haas, «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...» 1941-1943. *Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1994; Koller, «Die behördliche Praxis», 30-34.
- 321 Neville Wylie, «Keeping the Swiss Sweet»: Intelligence as a Factor in British Policy towards Switzerland during the Second World War», *Intelligence and National Security*, Vol. 11, No. 3 (1996), 442-467.
- 322 Pierre Th. Braunschweig, *Geheimer Draht nach Berlin. Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1989; Hans Rudolf Fuhrer, *Spionage gegen die Schweiz. Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945*, Frauenfeld, Huber, 1982.
- 323 Hafner, *Stampfli*, 213-225; Gautschi, *Guisan*, 432-437.
- 324 Voigt, *Robert Grimm*, 255-257.
- 325 Tanner, *Bundeshaushalt*, 104-106.
- 326 Zit. in: Hafner, *Stampfli*, 238.
- 327 Maurer, *Anbauschlacht*, 63.
- 328 André Lasserre, *La Suisse des années sombres. Courants d'opinion pendant la Deuxième Guerre mondiale 1939-1945*, Lausanne, Payot, 1989, 202, 307; Hafner, *Stampfli*, 309-318; Dani Landolf, *L'émeute de Bulle. Eine Region im Kampf gegen die Bundesautorität am Ende des Zweiten Weltkriegs*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1996.
- 329 Kobelt an Guisan, 10. Juni 1944, *DD* 15, 432; Gautschi, *Guisan*, 432-437.
- 330 Hafner, *Stampfli*, 225; ebd., 300.
- 331 Tanner, *Bundeshaushalt*, 91-101.
- 332 Gautschi, *Guisan*, 340; Philipp Wanner, *Oberst Oskar Frey und der schweizerische Widerstandswille*, Münsingen 1974.
- 333 Thomas Pfister, *Der Schweizer Film während des III. Reiches. Filmpolitik und Spielfilmproduktion in der Schweiz von 1933 bis 1945*, Berlin 1982; Rémy Python, «Cinéma suisse de fiction et «Défense nationale spirituelle» de la Confédération helvétique (1933-1945)», *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 33, 1986, 254-279.
- 334 50 Jahre FHD 1940-1990. *Beiheft zur ASMZ* 9, 1990; Monique Pavillon, *Les immobilisées. Les femmes suisses en 39-45*, Lausanne, Ed. d'en bas, 1989, 59-82.
- 335 Peter Noll, *Landesverräter. 17 Lebensläufe und Todesurteile*, Frauenfeld/Stuttgart, Huber, 1980.
- 336 *Standhaft und getreu*, hg. vom Schweizer-Spiegel-Verlag, mit einem Vorwort von Bundesrat Etter, Zürich 1941.

- 337 Felix Müller, «Die Festspiele von Cäsar von Arx», *NZZ* 91, 20./21. April 1985.
- 338 Beatrice von Matt, «Humanist aus Überzeugung, Polemiker aus Verzweiflung. Albin Zollingers geistige Landesverteidigung», *NZZ* 254, 1./2. Nov. 1997; Erland Herkenrath, *Die Freiheit des Wortes. Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des schweizerischen Protestantismus und den Zensurbehörden während des zweiten Weltkrieges*, Zürich, Juris Druck, 1972, 127–158; Jean-Claude Favez, «D'un silence l'autre», in: *Passé pluriel*, 191–208.
- 339 Notiz von Bundesrat Pilet-Golaz, 27. Juni 1941, *DD* 14, 214–216.
- 340 Walter Rütthemann, *Volksbund und SGAD, Nationalsozialistische Schweizerische Arbeiter Partei, Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1933–1944*, Zürich, Juris Druck, 1979, 255–257.
- 341 Jeanneret, *Un itinéraire politique*, 443–445.
- 342 *Die Neue Schweiz. Die Sozialdemokratische Partei an das Schweizervolk!* Zürich, Dezember 1942, 3 u. 5.
- 343 Bernard Degen, *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*, Zürich, Orell Füssli, 1993, 50–51; Tobias Kästli, *Ernst Nobs: Vom Bürgerschreck zum Bundesrat. Ein politisches Leben*, Zürich, Orell Füssli, 1995, 197–202; Oliver Zimmer, «Die ›Volksgemeinschaft‹. Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz», in: Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg*, Zürich, Seismo, 1996, 115–126.
- 344 Dietschi, *60 Jahre Eidgenössische Politik*, 185 und 203.
- 345 *Sammlung zum Aufbau*, hg. vom Generalsekretariat der Schweiz. Katholischen Volkspartei, H. 1, 1941, 3; Rölli-Alkemper, *Konservative Volkspartei*, 256–274.
- 346 Zit. in: Hafner, *Stampfli*, 341; Peter Moser, *Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute*, Frauenfeld, Huber, 1994, 194.
- 347 Hafner, *Stampfli*, 354.
- 348 Philippe Maspoli, *Le corporatisme et la droite en Suisse romande*, Lausanne, UNIL, 1993 (*Histoire et société contemporaines* 14), 114–123.
- 349 Alfred Cattani, *Zürich im Zweiten Weltkrieg. Sechs Jahre zwischen Angst und Hoffnung*, Zürich, Verlag NZZ, 1989, 42–47.
- 350 Hans Georg Ramseier, *Die Entstehung und die Entwicklung des Landesringes der Unabhängigen bis 1943*, Diss. phil. I Universität Zürich, Glattbrugg 1973.
- 351 Vgl. Hans Ulrich Jost, «Reflet culturel de la politique suisse des années 40», *Unsere Kunstdenkmäler* 42, 1991/3, 283–290.
- 352 Theo Mäusli, *Jazz und Geistige Landesverteidigung*, Zürich, Chronos, 1995.
- 353 Hervé Dumont, «Roméo et Juliette au village», *Travelling* 48, 1976, 3–88.
- 354 Pfister, *Der Schweizer Film während des III. Reiches*, 115.
- 355 Susanne Koppe, *Kurt Kläber – Kurt Held: Biographie der Widersprüche?* Aarau, Sauerländer, 1997.
- 356 Ursula Amrein, «Kulturpolitik und Geistige Landesverteidigung – das Zürcher Schauspielhaus», in: Sigrid Weigel, Birgit R. Erdle (Hg.), *Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, Zürich, Hochschulverlag an der ETHZ, 1996, 281–324; Karl Gotthilf Kachler, *Lebendiges Theater in schwieriger Zeit. Ein Kapitel Basler Theatergeschichte 1936–1946*, Basel, Buchverlag Basler Zeitung, 1982, 78.
- 357 Zit. in: Angelika Overath, «Im Augenblick des Du. Arnold Kübler und seine Zeitschrift in Zeiten des Krieges», *NZZ* 212, 13./14. Sept. 1997.

- 358 Philippe Etter, *Sinn und Wert der schönen Künste. Ansprache zur Eröffnung der Schweizer Kunstwochen in Bern 1944*, Zürich 1944, 15-17.
- 359 Katharina Bretscher-Spindler, *Vom heissen zum kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968*, Zürich, Orell Füssli, 1997, 30-42.
- 360 Peter Kamber, *Schüsse auf die Befreier. Die «Luftguerilla» der Schweiz gegen die Alliierten 1943-45*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993, 152-156.
- 361 M. Frisch, Brief an Mutter und Bruder, 25. Febr. 1944, in: Max Frisch, *Jetzt ist Sehenszeit. Briefe, Notate, Dokumente*, hg. von Julian Schütt, Frankfurt, Suhrkamp, 1998, 15.
- 362 *Schweizer Monatshefte* 24, 1944/45, 7<sup>2</sup>5-
- 363 Zit. in: Adalbert Saurma, *Das Bild der Schweiz in Bundesfeierhetrachtungen seit 1945*, Basel 1991 (Nationales Forschungsprogramm 21), 23.
- 364 *Waffenruhe. Akademische Ansprachen gehalten am 9. Mai 1945 an der Eidg. Technischen Hochschule*, Zürich 1945, 14-18.
- 365 J. R. von Salis, «Kriegsende in Europa», *Neue Schweizer Rundschau* 13, 1945/46, 3-19.
- 366 Zit. in: Jakob Tanner, *Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges*, hg. vom Schweiz. Bundesarchiv, Bern, 1996, 29.
- 367 C.G. Jung, «Nach der Katastrophe», *Neue Schweizer Rundschau* 13, 1945/46, 67-88.
- 368 «[...] la lutte très serré qui s'est engagée sur notre front économique», P. Ruegger an Bundesrat Petitpierre, 24. Jan. 1945, *DD* 15, 852; Rapport du Département politique sur les négociations financières avec la Délégation alliée, 28. März 1945, *DD* 15, 1028.
- 369 Les Légations de Grande-Bretagne et des Etats-Unis d'Amérique à Berne au Département politique, 18. Sept. 1944, *DD* 15, 622-623.
- 370 Prof. Schindler an P. Bonna, 7. Nov. 1944; Politisches Departement an die Legationen der USA und Grossbritanniens, 30. Nov. 1944; *DD* 15, 698-701, 757-761.
- 371 La Légation suisse à Washington au Département politique, 1. Dez. 1944, *DD* 15, 761-762.
- 372 Das Schreiben von Crowley ist abgedruckt in: *Foreign Relations of the United States, Diplomatic papers*, 1945, vol. 5, Washington 1967, 765-767; Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 132-136.
- 373 Exposé von Pilet-Golaz, 12. Sept. 1944, *DD* 15, 606-612.
- 374 Le chef du Premier Département européen du Commissariat du Peuple aux Affaires étrangères de l'Union soviétique [1944], in: Antoine Fleury, Danièle Tosato-Rigo (Hg.), *Schweiz – Russland. Aufbau und Krisen der Beziehungen, 1813-1955*, Bern, Haupt, 1994, 534.
- 375 Protokoll Bundesrat, 10. Nov. 1944, *DD* 15, 725; Sophie Pavillon, *L'ombre rouge. La tentative d'établissement de relations diplomatiques avec l'URSS par la Confédération helvétique et le débat politique en Suisse 1943-1944*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1994, 158-182; Christine Gehrig-Straube, *Beziehungslose Zeiten. Das schweizerisch-sowjetische Verhältnis zwischen Abbruch und Wiederaufnahme der Beziehungen (1918-1946) aufgrund schweizerischer Akten*, Zürich, Rohr, 1997, 32-47, 196-205; Aide-mémoire russe, 1. Nov. 1944, in: Fleury, Tosato, *Schweiz – Russland*, 553.
- 376 «Bundesrat Pilets Rücktritt», zit. in: Willy Bretscher, *Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung 1933-1944. Siebzig Leitartikel von Willy Bretscher*, Zürich, Verlag NZZ, 1987, 380.
- 377 Von Salis, *Grenzüberschreitungen*, Bd. 2, 119.
- 378 Stauffer, *Burckhardt*, 167-170.
- 379 Hug, Perrenoud, *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern*, 11-15; Bonjour, *Neutralität IV*, 264; Böschenstein, *Vor unsern Augen*, 172; Marco Dürrer, «Les négociations économiques entre Alliés et Suisses à la veille de la défaite du

- Troisième Reich: à propos du point de vue anglo-américain», *Relations internationales*, no 30, 1982, 205, Anm. 50.
- 380 Victor Monnier, *William E. Rappard*, Genf/Basel, Slatkine/Helbing & Lichtenhahn, 1995, 622–633.
- 381 Perrenoud, *Banques et diplomatie suisse*, 96; Nussbaumer, Generaldirektor des Schweiz. Bankvereins, an W. Stucki, 20. Febr. 1945, *DD* 15, 941.
- 382 Compte-rendu d'une conférence des autorités fédérales au sujet des relations financières avec les Alliés, 9. Febr. 1945, *DD* 15, 892–896; Monnier, *Rappard*, 624.
- 383 Protokoll Bundesrat, 16. Febr. 1945, und Anmerkungen, *DD* 15, 910–912.
- 384 Opening Statement by Lauchlin Currie, 12. Februar 1945, Bundesarchiv, E 2001 (E) 2, Bd. 555, III; Rede Stucki, 12. Februar 1945, Bundesarchiv, E 4001 (C) 3, Bd. 1.
- 385 The Minister in Switzerland (Harrison) to the Secretary of State, Bern, March 5, 1945, in: *Foreign Relations of the United States*, 782.
- 386 Von Castelmur, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, 23–24; Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 148–153; W. Rappard an die Chefs der alliierten Delegation, L. Currie, P. Charguéraud et D. Foot, 8. März 1945, *DD* 15, 986–989; aus amerikanischer Sicht: Bower, *L'or nazi*, 80–86.
- 387 Bericht von Stucki, 17. Febr. 1945, *DD* 15, 912–916.
- 388 *Zwischenbericht Gold*, 117–118 und 180–192.
- 389 Bericht von Stucki vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, 7. März 1945, *DD* 15, 975–986; Rapport des Politischen Departements, 28. März 1945, *DD* 15, 1015–1032.
- 390 Protokoll der Konferenz vom 14. August 1945 zur Besprechung der Fragen betreffend die kulturelle Annäherung der Schweiz zu den Vereinigten Staaten, 17. Aug. 1945, *DD* 16, 83–90.
- 391 Burckhardt an Petitpierre, 30. Dez. 1945, *DD* 16, 161, Anm. 1; Max Petitpierre, «La mission de Carl-J. Burckhardt à Paris (1945–1949)», in: *Cinq siècles de relations franco-suissees. Hommage à Louis-Edouard Roulet*, Neuchâtel, La Baconnière, 1984, 325–335.
- 392 René Jerusalmi, *Les relations économiques franco-suissees (1939–1945)*, Bern, Frankfurt/M., Lang, 1995; Gérard Lévêque, *La Suisse et la France gaulliste 1943–1945*, Genève, IUHEI, 1979.
- 393 Protokoll Bundesrat, 2. März 1945, *DD* 15, 958–959.
- 394 Sitzung bei J. Hotz, 4. Mai 1945, *DD* 15, 1099.
- 395 Nobs an Stampfli, 11. Jan. 1945, *DD* 15, 825.
- 396 Notiz betreffend Kredit an Italien, 17. April 1945, Bundesarchiv, E 2001(E) 2/631.
- 397 Winkler, *Die Schweiz und das geteilte Italien*, 417.
- 398 P. A. de Salis, schweiz. Geschäftsträger in Rom, an Jean Hotz, 4. Juli, 8. Nov. und 7. Dez. 1945, *DD* 16, 43–45, 128–130 und 136–137; Bonjour, *Neutralität* VI, 284–286.
- 399 Aussprache über die Frage der Kreditgewährung an die Balkanstaaten, 18. Okt. 1945, *DD* 16, 116–117; Besprechungen über die schweiz. Wirtschaftsbeziehungen zu den Balkanstaaten, 8. Nov. 1945, *DD* 16, 125–128; Pascal Bulliard, «La position du Vorort face aux relations économiques de la Suisse avec l'Europe orientale (1944–1954)», in: Favez, Jost, Python (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, 143–162.
- 400 Gautschi, *Guisan*, 636–651; Petitpierre an Kobelt, 13. Juni 1946, *DD* 16, 239–242.
- 401 Peter Stahlberger, «Ohne Zorn trauern. 50 Jahre seit der Bombardierung Schaffhausens», *NZZ* 72, 26./27. Mai 1994; Franco Battel, «Bomben auf Schaffhausen – Absicht oder Zufall?», *Tages-Anzeiger*, 31. März 1994; «Am Schweizer Himmel verirrt», *NZZ* 52, 4./5. März 1995.
- 402 Rothmund an den Oberzolldirektor R. Furrer, 15. Juli 1944, *DD* 15, 491.

- 403 Legationsleiter C. Lutz an A. de Pury, 23. Aug. 1944, *DD* 15, 562–564; Protokoll Bundesrat, 31. Okt. 1944, *DD* 15, 704–705; Alexander Grossmann, *Nur das Gewissen. Carl Lutz und seine Budapester Aktion*, Wald 1986; Theo Tschuy, *Carl Lutz und die Juden von Budapest*, Zürich, Verlag NZZ, 1995.
- 404 Frölicher an Rothmund, 25. Nov. 1944, *DD* 15, 747.
- 405 Koller, «Die behördliche Praxis», 85–97.
- 406 Enrico Valsangiacomo, «La Croix-Rouge suisse et le Secours aux enfants pendant la Deuxième Guerre mondiale», *ACTIO* 3, März 1987, 27.
- 407 Jean-Claude Favez, «Le prochain et le lointain. L'accueil et l'asile en Suisse au printemps 1945», *SZG* 38, 1988, 390–402 (400).
- 408 Olivier Grivat, *Internés en Suisse, 1939–1945*, Chapelle-sur-Moudon, Ketty & Alexandre, 1995, 63–81; Dan Culler, *Black Hole of Wauwilermoos*, Tucson, Dan Culler, 1995, 167–226.
- 409 Jacques Picard, «Motive für die Rettung ungarischer Juden. Die «Verhandlungen» schweizerisch-jüdischer Kreise mit Himmlers SS in den Jahren 1944/45», *NZZ* 265, 12./13. Nov. 1994; Bucher, *Bundesrat und General*, 590–595; C. J. Burckhardt an Bundesrat Petitpierre, 17. März 1945, *DD* 15, 1005–1010.
- 410 Bower, *L'or nazi*, 68–70.
- 411 Assouline, *Jean Jardin*, 168–219; Claude Cantini, *Les ultras. Extrême droite et droite extrême en Suisse: les mouvements et la presse de 1921 à 1991*, Lausanne, Ed. d'en bas, 1992, 111–112; Urs Altermatt, Hanspeter Kriesi, *Rechtsextremismus in der Schweiz*, Zürich, Verlag NZZ, 1995, 43–46.
- 412 Rapport von Rothmund, 5. Nov. 1943, *DD* 15, 106–107; Protokoll Bundesrat, 30. Aug. 1944, *DD* 15, 574.
- 413 Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden, 1933–1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik*, Zürich, Chronos, 1994, 364–385.
- 414 Heller, *Bircher*, 236–239.
- 415 Petitpierre an die Mitglieder des Bundesrates, 9. April 1945, *DD* 15, 1053.
- 416 Stampfli an Pilet-Golaz, 4. Nov. 1944, Anmerkung 4 zur Bundesratssitzung vom 10. Nov. 1944, *DD* 15, 711.
- 417 Lindt, *Die Schweiz das Stachelschwein*, 152–153; E. Speiser an den Bundesrat, 12. Dez. 1943, *DD* 15, 139–143; Notice sur le Secours suisse à l'Europe, 26. Jan. 1944, *DD* 15, 214–215.
- 418 Jean-Claude Favez, «Le Don suisse et la politique étrangère. Quelques réflexions», in: *Des archives à la mémoire. Mélanges offerts à Louis Binz*, éd. par Barbara Roth-Lochner, Marc Neuenschwander et François Walter, Genève, Soc. d'histoire et d'Archéologie, 1995, 325–339; Patrick Eigenmann, «Der Schlaf der Gerechten. Die in der Schweiz verpasste Diskussion um Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen», *Studien und Quellen* 19, 1993, 31–43; Jörg Weidenmann, «Ursprünge der schweizerischen Entwicklungshilfe», *Studien und Quellen* 19, 1993, 142–155.
- 419 Botschaft des Bundesrates über die «Schweizer Spende» an die Kriegsgeschädigten. (Vom 1. 12. 1944), *BBl* I, 1944, 1409; Notiz von Ed. de Haller, 12. Juni 1944 und 13. Okt. 1944, *DD* 15, 227 und 650.
- 420 Christoph Graf, «Die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich nach 1945», *Studien und Quellen* 13/14, 1988, 129–157.
- 421 E. de Haller an Bundesrat Petitpierre, 22. Mai 1945, *DD* 16, 5; Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an Minister Bruggmann in Washington, 24. Okt. 1944, *DD* 15, 690.

- 422 Alphons Matt, *Einer aus dem Dunkel. Die Befreiung des Konzentrationslagers Maut-  
hausen durch den Bankbeamten H.*, Zürich, Schweizer Verlagshaus, 1995.
- 423 Haas, «Wenn man gewusst hätte», 11–12.
- 424 Von Greyerz, *Handbuch*, Bd. 2, 1226.
- 425 Karl Hofmaier, *Memoiren eines Schweizer Kommunisten 1917–1947*, Zürich, Rotpunkt  
Verlag, 1978, 223–241.
- 426 André Rauber, «Une curieuse naissance. Il y a cinquante ans se créait le Parti suisse du  
travail», *Le Courier*, 30. Mai 1994.
- 427 Rita Schiavi, Ruedi Brassel, «Kämpfend in den Arbeitsfrieden», in: *Arbeitsfrieden –  
Realität eines Mythos, Widerspruch-Sonderband*, 1987, 57–69.
- 428 Rudolf Schümperli, «Zur Wohnungsnot in der Schweiz», *RR* 26, H. 11, Nov. 1947,  
381–386.
- 429 Exposé des Chefs der Politischen Departements, M. Petitpierre, 23. Mai 1945, *DD* 16, 8.
- 430 Kurt Imhof, «Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der  
Schweiz», in: Imhof et al., *Konkordanz und Kalter Krieg*, Zürich, Seismo, 1996,  
191–192.
- 431 Roschewski, *Rothmund und die Juden*, 9–10.
- 432 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen  
nationalsozialistische Schweizer (1948), und Bericht des Bundesrates an die Bundes-  
versammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern  
(1945 und 1946), vgl. Bibliographie.
- 433 Heinz Bütler, «Wach auf, Schweizer Volk!» *Die Schweiz zwischen Frontismus, Verrat  
und Selbstbehauptung, 1914–1940*, Bern, Zytglogge, 1980, 150–167; Linus Reichlin,  
*Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Schweizer in der Waffen-SS, in deutschen Fabriken  
und an den Schreibtischen des Dritten Reiches*, Zürich, Weltwoche-Verlag, 1994.
- 434 Ernst Schürch, «Aus einem helvetischen Irrgarten», *Neue Schweizer Rundschau* 13,  
1945/46, 587–604.
- 435 Luc van Dongen, *La Suisse face à la Seconde Guerre mondiale*, Genève, Société  
d'Histoire et d'Archéologie, 1997, 160–165.
- 436 Zit. in: Gautschi, *Guisan*, 680; vgl. auch Victor Hofer, *Die Bedeutung des Berichtes  
General Guisans über den Aktivdienst 1939–1945 für die Gestaltung des Schweizeri-  
schen Wehrwesens*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1970.
- 437 Gautschi, *Guisan*, 673; Anne-Françoise Praz, *Scooters, spoutniks et prospérité. La Suisse  
de 1950 à 1959*, Lausanne, Éditions Eiselé, 1996, 51.
- 438 Peter Hug, «Schnelles Ende eines Aufbruchs. Die Schweiz und die UNO in der Nach-  
kriegszeit», in: *Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Welt-  
krieges*, Schweiz. Bundesarchiv Bern, 1995, 77–81; Landesverteidigungskommission,  
Protokoll der Sitzung vom 31. Juli 1946, *DD* 16, 254–256.
- 439 Eigenmann, «Der Schlaf der Gerechten», 31–43; Protokoll Sitzung Bundesrat, 21. Dez.  
1945, *DD* 16, 141–148; Bretscher-Spindler, *Vom heissen zum kalten Krieg*, 78–83; Petit-  
pierre an den Präsidenten der Vereinten Nationen, P.-H. Spaak, 19. Okt. 1946, *DD* 16,  
300–301; Monnier, *Rappard*, 644–645.
- 440 Exposé von Petitpierre vor der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates,  
23. Mai 1945, *DD* 16, 12.
- 441 Christine Gehrig-Straube, *Beziehungslose Zeiten*, 423–471.
- 442 Gehrig-Straube, *Beziehungslose Zeiten*, 473–500; Therese Steffen, «Gegensätzliche  
Partner – Die Beziehungen Schweiz – Sowjetunion 1946–1956», *Studien und Quel-  
len* 21, 1995, 45–86.
- 443 *DD* 16, 38, Anmerkung 10.

- 444 Zit. in: Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 177; Bower, *L'or nazi*, 94–115.
- 445 Notiz des Politischen Dep. über die Besprechung des Bundesrates mit der Schweiz. Bankiervereinigung, 13. Juni 1945, *DD* 16, 28 und 32; Sébastien Guex, Marc Perrenoud, «Banquiers suisses et autorités fédérales face aux menaces américaines en 1945», *traverse* 1995/3, 126–138.
- 446 Botschafter von Salis an J. Hotz, 4. Juli 1945, *DD* 16, 43–44.
- 447 Konferenz der Finanz- und Wirtschaftsdelegation des Bundesrates, 7. Febr. 1946, *DD* 16, 178–190.
- 448 Audienz der Schweiz, Bankiersvereinigung bei einer Abordnung der Verhandlungsdelegation, 1. März 1946, *DD* 16, 203.
- 449 Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 219, Anm. 42.
- 450 Protokoll Bundesrat, 8. März 1946, *DD* 16, 206–215; Marco Durrer, *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben über die «Safehaven»-Politik zum Washingtoner Abkommen 1941–1946*, Bern, Haupt, 1984, 262–285; Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 209–232; Bower, *L'or nazi*, 139–164; *U.S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II*, coordinated by Stuart E. Eizenstat, Washington, May 1997, 63–88.
- 451 Stucki an Petitpierre, 13. Mai 1946, *DD* 16, 227.
- 452 Notiz Hirs, 31. März 1946, Bundesarchiv E 2801/1968/84/96.
- 453 Rappard an Petitpierre, 27. Mai 1946, *DD* 16, 233.
- 454 Zit. in: Peter Hug, «Die nachrichtenlosen Guthaben von Nazi-Opfern in der Schweiz», *SZG* 47, 1997, 535.
- 455 Von Castelmur, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, 14.
- 456 Plr., «Verworrene Geschichte einer Fusion», *NZZ* 44, 22./23. Febr. 1997; Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger: «Interhandel – eine Saga ohne Ende»*, 206–228.
- 457 Konferenz vom 14. Aug. 1945 zur Besprechung der Fragen betreffend die kulturelle Annäherung der Schweiz zu den Vereinigten Staaten, *DD* 16, 83–90.
- 458 Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung 1946, 152.
- 459 Alfred Zehnder, «Die aussenpolitische Lage der Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges», in: Max Petitpierre, *Seize ans de neutralité active*, Neuchâtel, la Baconnière, 1980, 27.
- 460 Kästli, *Nobs*, 245–255.
- 461 Von Castelmur, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, 101–119.
- 462 Thomas Maissen, «War die Schweizerische Nationalbank guten Glaubens? Mögliche Motive für den Raubgoldhandel», *NZZ* 50, 1./2. März 1997; Rossy an E. Reinhardt vom Finanz- und Zolldepartement, 11. und 19. Juni 1946, *DD* 15, 1138–1141 und *DD* 16, 242–243.
- 463 Max Sauter, *Churchills Schweizer Besuch 1946 und die Zürcher Rede. Ein dokumentarischer Bericht*, Herisau 1976, 15–16.
- 464 Legationsrat J.-A. Cuttat an Petitpierre, 22. Sept. 1946, *DD* 16, 288.
- 465 Vgl. die Beiträge der Sondernummer der *NZZ* 217, 18. Sept. 1996.
- 466 C. J. Burckhardt an Petitpierre, 27. Juli 1946, *DD* 16, 247.
- 467 Lilo Weber, «Geschichtsschreiber in eigener Sache. Zum fünfzigsten Todestag von Jakob Schaffner», *NZZ* 223, 24./25. Sept. 1994.
- 468 Exposé von Pilet-Golaz vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, 15. März 1944, *DD* 15, 254.
- 469 Mario König, «Bilder, Agenturen, Illustrierte. Deutsche Photopropaganda gegen die Sowjetunion und ihr Weg in die Schweiz», *NZZ* 277, 26./27. Nov. 1988.

- 470 Max Frisch, *Forderungen des Tages. Porträts, Skizzen, Reden 1943-1982*, Frankfurt/M., Suhrkamp, 1983, 159.
- 471 Homberger, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg*, 127.
- 472 *Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 3, Zürich, Werd Verlag, 1994, 362.
- 473 Bruno Ackermann, «Les Rencontres Internationales de Geneve, 1946», *SZG* 39, 1989, 64-78; von Salis, *Grenzüberschreitungen 2*, 247-262.
- 474 Tanner, *Bundehausahl*, 213-221; Kästli, *Nobs*, 276-282.
- 475 Leonhard Neidhart, *Plebiszit und pluralitäre Demokratie*, Bern, Francke, 1970, 267-274.
- 476 Leo Schürmann, «Glossen zum Verhältnis zwischen Parlament, Bundesrat und Verwaltung», *Schweizer Monatshefte* 41, 1961/62, 229-237.
- 477 Werner Rings, «Vollbeschäftigung in einer Gesellschaft freier Menschen». Ein Programm Sir William Beveridges», *RR* 25, April 1946, 126-135; Heinz Kleger, «Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943-1955», in: Imhof, *Konkordanz und Kalter Krieg*, 131.
- 478 Jakob Tanner, «Staatschutz im Kalten Krieg», in: *Schnüffelstaat Schweiz. Hundert Jahre sind genug*, Zürich, Limmat Verlag, 1990, 36-46; Valentin Gitermann, «Verstärkung des Staatschutzes», *RR* 28, H. 1, Januar 1949, 1-6.
- 479 Esther Girsberger, «Gewandeltes Rollenverständnis der Frau in der Armee», *NZZ* 76, 31. März/1. April 1990.
- 480 Walter Schaufelberger, «Sorgenkind Nachrichtendienst», *ASMZ* 71%, 1990, 414-420.
- 481 H. Frick an Bundesrat Kobelt, 15. Aug. 1945, *DD* 16, 80-81.
- 482 Zit. in: Dominique Benjamin Metzler, «Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969», *Studien und Quellen* 23, 1997, 126-127; siehe auch Richtlinien für die Arbeiten der SKA auf militärischem Gebiet, 5. Febr. 1946, *DD* 16, 176-177; Valentin Gitermann, «Überwachung der Atomenergie», *RR* 26, H. 11, Nov. 1947, 387-391.
- 483 Zit. in: *Aufbruch in den Frieden*, 39.
- 484 Hansjörg Braunschweig, «Das ‚unbezwingbare‘ Réduit aus Magerbeton. Der Skandal der ‚weichen Bunker\*‘», in: Heinz Looser et al. (Hg.), *Die Schweiz und ihre Skandale*, Zürich, Limmat Verlag, 1995, 25-35.
- 485 «Schreckensnacht für die Kandertaler», *Der Bund* 295, 18. Dez. 1997.
- 486 Gut, *Reden und Schriften*, iy6.
- 487 Zit. in: Hafner, *Stampfli*, 415.
- 488 Peter Binswanger, *Geschichte der AHV, Schweizerische Alters- und Hinterlassenenversicherung*, Zürich, Pro Senectute Verlag, 1986; Hans Peter Tschudi, *Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialversicherung*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1989.
- 489 Zit. in: Stirnimann, *Der Weg in die Nachkriegszeit*, 331.
- 490 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über eine Partialrevision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. (Vom 10. September 1937), *BBl* 1937/II, 833-900.
- 491 Zit. in: Hafner, *Stampfli*, 341.
- 492 *Journal de Genève*, 12. Febr. 1945.
- 493 Giovanni Busino, «William Rappard, le libéralisme ‘nouveau’ et les origines de la ‘Mont Pèlerin Society’», *Cahiers V. Pareto* XXVIII, 88, 1990, 205-216; Cecile Pasche, Suzanne Peters, «Les premiers pas de la Société du Mont-Pèlerin ou les dessous chics du néolibéralisme», *Les Annuelles* 8/1997, Lausanne, Antipodes, 1997, 191-230; Bretscher-Spindler, *Vom heissen zum kalten Krieg*, yj, 104, 222-223.



- 494 Röpke an A. Rüstow, 24. April 1947, in: *Wilhelm Röpke, Briefe 1934–1966: Der innere Kompass*, Zürich, Rentsch, 1976, 96–97.
- 495 Eugen Hugentobler, *Im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik, 40 Jahre Wirtschaftsförderung*, hg. von der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Zürich 1983; Werner, *Feindbild Staat*, 124–133; Bretscher-Spindler, *Vom heissen zum kalten Krieg*, 445–46.
- 496 Degen, *Sozialdemokratie*, 62.
- 497 André Manuel, *Les pleins pouvoirs en droit public fédéral suisse*, Lausanne, Henri Jaunin, 1953, 83–90; Butikofer, *Le refus de la modernité*, 444–447.
- 498 Vgl. Hans-Ulrich Jost, «Switzerland's Atlantic Perspectives», in: *Swiss Neutrality and Security*, ed. by M. Milivojevic and P. Maurer, New York, Berg, 1990, 110–121.
- 499 Zit. in: Perrenoud, *Banques et diplomatie suisses*, 98.
- 500 *Journal de Genève*, 5. Jan. 1948.
- 501 Gérard Bossuat, *L'Europe occidentale à l'heure américaine*, Bruxelles, Ed. Complexe, 1992, 67–91.
- 502 Manfred Linke, *Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit*, Chur, Rüegger, 1995, 65; Antoine Fleury, «Le Plan Marshall et l'économie suisse», in: *Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe*, Paris, Comité pour l'histoire économique et financière de la France, 1993, 549–564.
- 503 Schiemann, *Neutralität in Krieg und Frieden*, 289–290.
- 504 Rapport du président de la délégation de Paris à la Section des Affaires Politiques sur les travaux de la CCEE, Bundesarchiv Bern, E 2001 (E) 1 Bd. 218.
- 505 Anne-Françoise Praz, *Du Réduit à l'ouverture. La Suisse de 1940 à 1949*, Lausanne, Éditions Eiselé, 1995, 261.
- 506 Gérard F. Bauer, «La participation de la Suisse à la reconstruction économique de l'Europe au lendemain de la Seconde guerre mondiale (1947–1948)», in: *Cinq siècles de relations franco-suissees. Hommage à Louis-Edouard Roulet*, Neuchâtel, La Baconnière, 1984, 306.
- 507 Exposé zuhanden von Bundesrat Petitpierre, «Attitude de la Suisse envers les plans d'intégration européenne», 31. Januar 1953, Bundesarchiv Bern, 2001E(1969/121)/223.
- 508 Max Pfister, *Die Sonderstellung der Schweiz in der internationalen Wirtschaftspolitik*, Winterthur, Keller, 1961, 105–107.
- 509 A. Girardet an das Politische Departement, 17. Sept. 1946, DD 16, 276–280.
- 510 Pascal Bulliard, «Les relations économiques entre la Suisse et l'Europe orientale au sortir de la Deuxième Guerre mondiale», *Studien und Quellen* 21, 1995, 93–135.
- 511 Von Castelmur, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen*, 373–379.
- 512 André Schaller, *Schweizer Neutralität im West-Ost-Handel. Das Hotz-Linder-Agreement vom 23. Juli 1951*, Bern, Haupt, 1987 (St. Galler Studien z. Politikwissenschaft 12).
- 513 Rudolf Wyder, *Die Schweiz und der Europarat 1949–1971*, Bern u. Stuttgart, Haupt, 1984, 77.
- 514 Lorenz Stucki, «Theater und Geistige Landesverteidigung oder Kunst und der Vorwand des Mittelmässigen», *Centralblatt des Schweiz. Zofingervereins* 86, 1945/46, 45–47.
- 515 Praz, *Du Réduit à l'ouverture*, 217.
- 516 Cantini, *Les ultras*, 89 und 102; Igor Perrig, *Geistige Landesverteidigung im kalten Krieg. Der Schweizerische Aufklärungsdienst (SAD) und Heer und Haus 1945–1963*, Brig 1993.
- 517 Philippe Mottu, *Caux de la Belle époque au Réarmement moral*, Neuenburg 1969.
- 518 Kessler, *Die Schweizerische Kulturstiftung «Pro Helvetia»*, 37–73.

- 519 100 Jahre Kunstförderung des Bundes, hg. vom Bundesamt für Kulturpflege, Bern 1988, 38.
- 520 Julian Schütt, *Germanistik und Politik. Schweizer Literaturwissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich, Chronos, 1996, 57–71.
- 521 Charles Linsmayer, «Blutgeld vom ersten bis zum letzten Rappen...» Die unglaubliche Geschichte, wie es Emil G. Bührlé von 1941 bis 1956 fast gelungen wäre, seine Millionengewinne aus der Belieferung von Hitlers Wehrmacht kulturell reinzuwaschen», *Der kleine Bund* 213, 13. Sept. 1997.
- 522 Georg Kreis, «Entartete» *Kunst für Basel*, Basel, Wiese Verlag, 1990; Sebastian Speich, «Die Schweizer Komplizen von Görings «Kunsteinkäufern»», in: Speich, David, Elam, Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, 161–169.
- 523 Schütt, *Germanistik und Politik*, 177–207.
- 524 Bonjour, *Neutralität* I, 22.
- 525 Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, Notiz des Volkswirtschaftsdepartements, 23. Mai 1946, *DD* 16, 230–232; Bericht des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, 3. April 1947, *DD* 16, 366–368; Mauro Cerutti, «Un secolo di emigrazione italiana in Svizzera (1870–1970), attraverso le fonti dell'Archivio federale», *Studien und Quellen* 20, 1994, 11–104.
- 526 Hans Ulrich Jost, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich, Chronos, 1992, 129–143.
- 527 Max Frisch, *Tagebuch 1946–1949*, München/Zürich, Droemer Knauer, 52.
- 528 «Aufarbeiten oder wiederkäuen», *NZZ* 232, 5./6. Okt. 1996.
- 529 Luc van Dongen, «La mémoire de la Seconde Guerre mondiale en Suisse dans l'immédiat après-guerre (1945–1948)», *SZG* 47, 1997, 709–729.
- 530 Tagebuch Feldmann, 26. Mai 1945, zit. in: Gautschi, *Guisan*, 651.
- 531 Luc van Dongen, *La Suisse face à la Seconde Guerre mondiale*, 94–113.
- 532 Ebd., 147–166.
- 533 Peter Dürrenmatt, *Kleine Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges*, Zürich 1949; Béguin, *Le balcon sur l'Europe*, 167–176; Général Henri Guisan, *Entretiens accordé à Raymond Gafner à l'intention des auditeurs de Radio-Lausanne*, Lausanne, Payot, 1953.
- 534 Georg Kreis, «Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1933–1945», *SZG* 47, 1997, 552–579.
- 535 Zit. in: Roschewski, *Rothmund und die Juden*, 51.
- 536 Balzli, *Treuhänder des Reiches*, 140–141.
- 537 Zit. in: Haas, «Wenn man gewusst hätte», 13.
- 538 «Stellungnahme des Herrn Bundesrat Eduard v. Steiger, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements von 1941–1951, zum Bericht des Herrn Prof. Dr. Carl Ludwig», in: *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*. Beilage zum Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, Bern 1957, 378–401.
- 539 *Akten der deutschen auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. V, 1953, Nr. 642–644.
- 540 *Schweizer Beobachter*, 6 und 8, 31. März und 30. April 1954; *RR*, April/Mai 1954.
- 541 Sacha Zala, «Das amtliche Malaise mit der Historie: Vom Weissbuch zum Bonjour-Bericht», *SZG* 47, 1997, 759–780.
- 542 *Documents on German Foreign Policy*, série D, vol. XI, London 1961.
- 543 John Kimche, *Spying for Peace*, London 1961; deutsch: *General Guisans Zweifrontenkrieg. Die Schweiz zwischen 1939 und 1945*, Berlin 1962.
- 544 *NZZ* 4359, 18. Nov. 1961.

- 545 Günter Lachmann, *Der Nationalsozialismus in der Schweiz, 1931-1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandsorganisationen der NSDAP*, Berlin 1962.
- 546 Zit. in: Hermann Böschstein: *Geschichtsforschung und Staatsgeheimnis*, in: *Festgabe Hans von Greyerz zum sechzigsten Geburtstag*, hg. von Ernst Walder, Peter Gilg, Ulrich Im Hof, Beatrix Mesmer, Bern 1967, S. 14.
- 547 Bourgeois, *Le Troisième Reich et la Suisse*.
- 548 Utz, «Goldfingers merkwürdige Machenschaften».
- 549 *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Bd. 3, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1983, 171-173-
- 550 Rings, *Die «Golddrehscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg*.
- 551 *NZZ*, 17. April 1985.
- 552 Robert Vogler, «Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-45», *Geld, Währung und Konjunktur*, Bulletin der SNB, Nr. 1, März 1985, 70.
- 553 Max Petitpierre, «La Suisse dans le monde actuel», in: *Die Schweiz im Notstand der Gegenwart*, Vorträge gehalten im Februar 1952 an der ETH, Zürich 1952, 20.
- 554 Olivier Reverdin, «La Suisse, l'Europe et le monde», *Journal de Genève*, 5. Jan. 1948.

## BIBLIOGRAPHIE

In der Bibliographie sind nur Titel aufgeführt, die in dieser Studie verarbeitet sind.

### DOKUMENTE UND QUELLEN

- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945. 1. Teil, vom 28. Dezember 1945, Bern 1946 (*BBl* 1946/I); 2. Teil, vom 17. Mai 1946 (*BBl* 1946/II); 3. Teil, vom 21. Mai 1946 (*BBl* 1946/II); Ergänzungen zum Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 28. Dezember 1945 und 17. Mai 1946, 1. und 2. Teil, vom 25. Juli 1946, *BBl* 1946/II.
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die schweizerische Pressepolitik im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939-1945, Bern, Dez. 1946 (verfasst von M. Nef).
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verfahren gegen nationalsozialistische Schweizer wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, vom 30. November 1948. In: *BBl* III, 1948.
- Bonjour Edgar, *Geschichte der schweizerischen Neutralität, Dokumente*, Bde. VII-IX, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1974-1976.
- Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung. (Vom 9. Dezember 1938.), *BBl* 90, 1938/II, 985-1036.
- Botschaft des Bundesrates über die «Schweizer Spende» an die Kriegsgeschädigten. (Vom 1.12.1944). *BBl* I, 1944, 1409.
- Clodius (Ministerialdirektor), Aufstellung über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz, 3. Juni 1943, Politisches Archiv, Auswärtige Amt, Bonn, Büro Staatssekretär, Schweiz, Bd. 3.
- Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Bde. 12-15, Benteli, Bern 1991-1996, Bd. 15, Chronos, Zürich, 1997.
- Exposé zuhanden von Bundesrat Petitpierre, «Attitude de la Suisse envers les plans d'intégration européenne», 31. Januar 1953, Bundesarchiv Bern, 2001 (1969/121)/ 223.
- Foreign Relations of the United States, Diplomatic papers*, 1945, vol. 5, Washington 1967.
- Historische Statistik der Schweiz*, hg. von Heiner Ritzmann-Blickensiefen, Zürich, Chronos, 1996.
- Notiz betreffend Kredit an Italien, 17.4.1945, Bundesarchiv Bern, E 2001(E) 2/631.
- Oberkommando der Wehrmacht, Sonderstab für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen, «Kampfmassnahmen in der Schweiz», 30. April 1940, National Archives Washington, Mikrofilm T-77/90.

- Opening Statement by Lauchlin Currie, 12. Februar 1945, Bundesarchiv, E 2001 (E) 2, Bd. 555, 111.
- Rede Stucki, 12. Februar 1945, Bundesarchiv, E 4001 (C) 3, Bd. 1.
- Rapport du président de la délégation de Paris à la Section des Affaires Politiques sur les travaux de la CCEE, Bundesarchiv, E 2001 (E) 1, Bd. 218.
- «Transit Italien-Deutschland», Bundesarchiv, E 7110-01(-) 1973/134.
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, *Zwischenbericht Gold*, Bern 1998.
- U.S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II*, coordinated by Stuart E. Eizenstat, Washington, May 1997.

## ZEITGENÖSSISCHE SCHRIFTEN

- Bohny-Reiter Friedel, *Journal de Rivesaltes, 1941-1942*, Genf, Zoé, 1993.
- Brunner Adolf, «Neues Bürgertum. Gedanken zur Gründung des Gotthard-Bundes», *SRS* 8, 1940/41, 460-472.
- Brüschweiler Carl, *Wir als Viermillionen-Volk. Zur Schweiz. Landesausstellung 1939*, hg. vom Eidg. statistischen Amt, Bern 1939.
- Däniker Gustav, *Werdendes Soldatentum*, Bern 1940.
- Däniker Gustav, «Soldatisches Volk», *Schweiz. Hochschulzeitung*, Juni 1941.
- Die Neue Schweiz. Die Sozialdemokratische Partei an das Schweizervolk!* Zürich, Dezember 1942.
- Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung*, 3 Bde., Zürich, Atlantis Verlag, 1940.
- Etter Philipp, *Reden an das Schweizer Volk*, Zürich, Atlantis Verlag, 1939.
- Etter Philipp, *Sinn und Wert der schönen Künste. Ansprache zur Eröffnung der Schweizer Kunstwochen in Bern 1944*, Zürich 1944.
- Frisch Max, *Forderungen des Tages. Porträts, Skizzen, Reden 1943-1982*, Frankfurt/M., Suhrkamp, 1983.
- Frisch Max, *Jetzt ist Sehenszeit. Briefe, Notate, Dokumente*, hg. von Julian Schütt, Frankfurt/M., Suhrkamp, 1998.
- Gitermann Valentin, «Überwachung der Atomenergie», *RR* 26, H. 11, Nov. 1947, 387-391.
- Gitermann Valentin, «Verstärkung des Staatsschutzes», *RR* 28, H. 1, Januar 1949, 1-6.
- Gut Theodor, 1890-1933, Reden und Schriften*, Zürich, Polygraphischer Verlag, 1954.
- Grimm Robert, «Realpolitik», *RR* Juli 1939, 369-372.
- Guisan Henri, *Notre Peuple et son Armée. Conférence à l'école polytechnique fédérale, 9 décembre 1938*, Zürich 1939.
- Guisan Henri, *Entretiens accordé à Raymond Gafner à l'intention des auditeurs de Radio-Lausanne*, Lausanne, Payot, 1953.
- Guggenbühl Adolf, «Wer soll Kulturpolitik betreiben?», *Schweizer Spiegel* 13, Nr. 6, März 1938, 54-55.

- Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft*, hg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, 2 Bde., Bern, Benteli, 1939.
- Jung C.G., «Nach der Katastrophe», *Heute Schweizer Rundschau* 13, 1945/46, 67-88.
- Keller P, «Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Vorsorge für den Kriegsfall», *Politische Rundschau* 16, Nov. 1937, H. 11, 409-415.
- Öffentlicher Dienst VPOD*, Nr. 12, Oktober 1951.
- Reynold Gonzague de, *Conscience de la Suisse. Billets à ces Messieurs de Berne*, Neuchâtel 1938; umgearbeitet und gekürzte deutsche Übersetzung: *Selbstbesinnung der Schweiz*, Zürich 1939.
- Rings Werner, «Vollbeschäftigung in einer Gesellschaft freier Menschen. Ein Programm Sir William Beveridges», *RR* 25, April 1946, 126-135.
- Saläre kaufmännischer Angestellter der Schweiz, 1928-1942*, Zürich, VSK, 1944.
- Sammlung zum Aufbau*, hg. vom Generalsekretariat der Schweiz. Katholischen Volkspartei, H. 1, 1941.
- Schumacher Edgar, *Die kulturschöpferische Kraft des soldatischen Denkens*, Zürich, Schweiz. Studiengemeinschaft für europäische Fragen, 1943.
- Schümperli Rudolf, «Zur Wohnungsnot in der Schweiz», *RR* 26, H. 11, Nov. 1947, 381-386.
- Schürch Ernst, «Aus einem helvetischen Irrgarten», in: *Heute Schweizer Rundschau* 13, 1945/46, 587-604.
- Schweizer Wehrgeist in der Kunst*, Basel, 1939.
- Standhaft und getreu*, hg. vom Schweizer-Spiegel-Verlag, mit einem Vorwort von Bundesrat Etter, Zürich 1941.
- Stucki Lorenz, «Theater und Geistige Landesverteidigung oder Kunst und der Vorwand des Mittelmässigen», *Centralblatt des Schweiz. Zofingervereins* 86, 1945/46, 45-47.
- Vallotton Henri, *La Suisse de demain*, Lausanne, Payot, 1940.
- Von Salis J. R., «Kriegsende in Europa», *Heute Schweizer Rundschau* 13, 1945/46, 3-19.
- Waffenruhe. Akademische Ansprachen gehalten am 9. Mai 1945 an der Eidg. Technischen Hochschule*. Zürich 1945.
- Wagner Jules (éd.), *Le livre d'or de Texposition nationale 1939*, Zürich, Verkehrsverlag, 1940.
- Weber Max, Nachlass, Sozialarchiv Zürich.
- Weber Max, «Erneuerung?», *Die Arbeit* 9, September 1940.
- Weck René de, Tagebuch, Manuskript (Photokopie im Besitz des Autors).
- «Zur Lage», *Politische Rundschau*, April/Mai 1939, H. 4/5.

## LITERATUR

- Ackermann Bruno, «Les Rencontres Internationales de Genève, 1946», *SZG* 39, 1989.
- Ackermann Bruno, *Denis de Rougemont, Une biographie intellectuelle*, Genf, Labor et Fides, 1996.
- Adamthwaite Anthony, «Great Britain and Neutral Switzerland», in: *Les États neutres européens et la Seconde guerre mondiale*. Actes publiés par Louis-Edouard Roulet, Neuchâtel, La Baconnière, 1985, 257-265.
- Altermatt Urs (Hg.), *Die Schweizer Bundesräte*, Zürich/München, Artemis & Winkler, 1991.
- Altermatt Urs, Kriesi Hanspeter, *Rechtsextremismus in der Schweiz*, Zürich, Verlag NZZ, 1995.
- Amrein Ursula, «Kulturpolitik und Geistige Landesverteidigung – das Zürcher Schauspielhaus», in: Sigrid Weigel, Birgit R. Erdle (Hg.), *Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, Zürich, Hochschulverlag an der ETHZ, 1996, 281-324.
- «Am Schweizer Himmel verirrt», *NZZ* 52, 4-/5. März 1995.
- Assouline Pierre, *Jean Jardin, 1904-1976. Une éminence grise*, Paris, Bailand, 1986.
- Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges*, hg. vom Schweiz. Bundesarchiv, Bern, 1996.
- Balzli Beat, *Treuhänder des Reichs. Die Schweiz und die Vermögen der Naziopfer: Eine Spurensuche*, Zürich, Werd Verlag, 1997.
- Battel Franco, «Bomben auf Schaffhausen – Absicht oder Zufall?», *Tages-Anzeiger*, 31. März 1994.
- Bauer Gérard F., «La participation de la Suisse à la reconstruction économique de l'Europe au lendemain de la Seconde guerre mondiale (1947-1948)», in: *Cinq siècles de relations franco-suissees. Hommage à Louis-Edouard Roulet*, Neuchâtel, La Baconnière, 1984, 305-323.
- Bauer Tobias et al., *Silbersonne am Horizont. Alusuisse – Eine Schweizer Kolonialgeschichte*, Zürich, Limmat Verlag, 1989.
- Beasley W.G., *Japanese Imperialism 1894-1945*, Oxford, Clarendon Press, 1987.
- Béguin Pierre, *Le balcon sur l'Europe. Petite histoire de la Suisse pendant la guerre 1939-1945*, Neuchâtel, La Baconnière, 1951.
- Binswanger Peter, *Geschichte der AHV, Schweizerische Alters- und Hinterlassenenversicherung*, Zürich, Pro Senectute Verlag, 1986.
- Böschenstein Hermann, *Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935-1945*, Bern, Stämpfli, 1978.
- Böschenstein Hermann, *Bundesrat Obrecht, 1882-1940*, Solothurn, Vogt-Schild, 1981.
- Bonjour Edgar, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. I-VI, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1970.
- Bonjour Edgar, «Die Normalisierung des schweizerisch-russischen Verhältnisses 1946», *NZZ* 392, 25. Aug. 1974.
- Bossuat Gérard, *L'Europe occidentale à l'heure américaine*, Bruxelles, Ed. Complexe, 1992.

- Bourgeois Daniel, *Le Troisième Reich et la Suisse, 1933-1941*, Neuchâtel, La Baconnière, 1974.
- Bourgeois Daniel, «Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes», *Relations internationales* 1, Mai 1974, 198-203.
- Bourgeois Daniel, «Les relations économiques germano-suissees 1939-1945», *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale*, 121, janvier 1981, 49-61.
- Bourgeois Daniel, «Les relations économiques germano-suissees pendant la Seconde guerre mondiale: un bilan allemand de 1944», *SZG* 32, 1982, 563-573.
- Bourgeois Daniel, «La porte se ferme: la Suisse et le problème de l'immigration juive en 1938», *Relations internationales*, 54, été 1988, 181-204.
- Bower Tom, *L'or nazi. Les banques suisses et les Juifs*, Paris, Plon, 1997.
- Brackmann Michael, «Staatsbankrott und Nachkriegswirtschaft – ein Beitrag zur Reichsbankpolitik im Zweiten Weltkrieg», in: Manfred Köhler, Keith Ulrich, (Hg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert*, Essen, Klartext-Verlag, 1995, 143-145.
- Braunschweig Hansjörg, «Das ‚unbezwingbare‘ Réduit aus Magerbeton. Der Skandal der ‚weichen Bunker‘», in: Heinz Looser et al. (Hg.), *Die Schweiz und ihre Skandale*, Zürich, Limmat Verlag, 1995, 25-35.
- Braunschweig Pierre Th., *Geheimer Draht nach Berlin. Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1989.
- Bretscher-Spindler Katharina, *Vom heissen zum kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968*, Zürich, Orell Füssli, 1997.
- Bucher Erwin, «Die Schweiz im Sommer 1940», *SZG* 29, 1979, 356-389.
- Bucher Erwin, *Zwischen Bundesrat und General, Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg*, St. Gallen, VSG, 1991.
- Bührlé Saga, *Die. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum einer weltberühmten Waffenschmiede mit einem Zwischenwort an die Haupterin*, Zürich, Limmat Verlag, 1981.
- Bulliard Pascal, «Les relations économiques entre la Suisse et l'Europe orientale au sortir de la Deuxième Guerre mondiale», *Studien und Quellen* 21, 1995, 93-135
- Bulliard Pascal, «La position du Vorort face aux relations économiques de la Suisse avec l'Europe orientale, (1944-1954)», in: J.-C. Favez, H.U. Jost, F. Python (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, Lausanne, Antipodes, 1998, 143-162.
- Busino Giovanni, «William Rappard, le libéralisme ‚nouveau‘ et les origines de la ‚Mont-Pèlerin-Society‘», *Cahiers V. Pareto* XXVIII, 88, 1990, 205-216.
- Butikofer Roland, *Le refus de la modernité. La Ligue Vaudoise: une extrême droite et la Suisse (1919-1945)*, Lausanne, Payot, 1996.
- Bütler Heinz, «Wach auf, Schweizer Volk! Die Schweiz zwischen Frontismus, Verrat und Selbstbehauptung, 1914-1940», Bern, Zytglogge, 1980.
- Cantini Claude, *Le colonel Fasciste suisse, Arthur Fonjallaz*, Lausanne, Favre, 1983.



- Cantini Claude, *Les ultras. Extreme droite et droite extreme en Suisse: les mouvements et la presse de 1921 à 1991*, Lausanne, Ed. d'en bas, 1992.
- Castelmur Linus von, *Schweizerisch-alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg*, Zürich, Chronos, 1992.
- Cattani Alfred, *Zürich im Zweiten Weltkrieg. Sechs Jahre zwischen Angst und Hoffnung*, Zürich, Verlag NZZ, 1989.
- Cattani Alfred, «Hans Frölicher – Berns Mann in Berlin. Zur Person des Schweizer Gesandten im Dritten Reich», *NZZ* 123, 31. Mai 1991.
- Cerutti Mauro, «I rifugiati italiani nella Confederazione Elvetica durante la Seconda guerra mondiale», in: *Una storia di tutti*, Istituto storico della Resistenza in Piemonte, Torino, 1987, 205-228.
- Clark Peter, *The Keynesian Revolution in The Making, 1924-1936*, Oxford, Clarendon Press, 1988, 319.
- Cortat Alain, *Condor SA, 1891-1980*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1996. cs., «Schweizer Filialen in Nazi-Deutschland: Welche Verstrickungen der Aluminiumindustrie AG?», *NZZ* 84,12./13. April 1997.
- Culler Dan, *Black Hole of Wauwilermoos*, Tucson, Dan Culler, 199 5.
- Dahinden Martin, *Das Schweizerbuch im Zeitalter von Nationalsozialismus und Geistiger Landesverteidigung*, Bern/Frankfurt a.M., Lang, 1987.
- Däniker Gustav, «Wahrnehmung und Wirklichkeit militärischer Bedrohungen. Zum Handlungsspielraum der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», *NZZ* 275, 26. Nov. 1997.
- Degen Bernard, *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*, Zürich, Orell Füssli, 1993.
- «Die Schweiz und die Flüchtlinge, 1933-1945», *Studien und Quellen* 22, Bern, Bundesarchiv, 1996.
- Dietschi Eugen, *60 Jahre eidgenössische Politik*, Bern, Freisinnige Partei der Schweiz, 1979.
- Dumont Hervé, «Roméo et Juliette au village», *Travelling* 48, 1976, 3-88.
- Dürrer Marco, *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben über die «Safehaven»-Politik zum Washingtoner Abkommen 1941-1946*, Bern, Haupt, 1984.
- Eigenmann Patrick, «Der Schlaf der Gerechten. Die in der Schweiz verpasste Diskussion um Artikel 55 der Charta der Vereinigten Nationen», *Studien und Quellen* 19, 1993, 31-43.
- Elam Shraga, «'Interhandel' – eine Saga ohne Ende», in: Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam, Anton Ladner, *Die Schweiz am Pranger*, Wien, Frankfurt/M., Ueberreuter, 1997, 206-228.
- Favez Jean-Claude, «Tu m'as dit d'aimer, j'obéis... Quelques remarques sur les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois durant la Seconde Guerre mondiale», in: *Union et division des Suisses*, sous la dir. de Pierre du Bois, Lausanne, Éditions de l'Aire, 1983, 93-112.

- Favez Jean-Claude, *Une mission impossible. Le CICR, les déportations et les camps de concentration nazis*, Lausanne, Payot, 1988.
- Favez Jean-Claude, «Le prochain et le lointain. L'accueil et l'asile en Suisse au printemps 1945», *SZG* 38, 1988, 390-402.
- Favez Jean-Claude, «D'un silence l'autre», in: *Passé pluriel. En hommage au professeur Roland Ruffieux*, Fribourg, Éditions Universitaires, 1991, 191-208.
- Favez Jean-Claude, «Le Don suisse et la politique étrangère. Quelques réflexions», in: *Des archives à la mémoire. Mélanges offerts à Louis Binz*, éd. par Barbara Roth-Lochner, Marc Neuenschwander, François Walter, Genève, Soc. d'histoire et d'Archéologie, 1995, 325-339.
- Fior Michel, *Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die schweizerische Nationalbank?* Zürich, Chronos, 1997.
- Fleury Antoine, «L'action humanitaire de la Suisse en Grèce pendant la Deuxième Guerre mondiale», in: *Passé pluriel. En hommage au professeur Roland Ruffieux*, Fribourg, Éditions Universitaires, 1991, 209-229.
- Fleury Antoine, «Le Plan Marshall et l'économie suisse», in: *Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe*, Paris, Comité pour l'histoire économique et financière de la France, 1993, 549-564.
- Fleury Antoine, Tosato-Rigo Danièle (Hg.), *Schweiz – Russland. Aufbau und Krisen der Beziehungen, 1813-1955*, Bern, Haupt, 1994.
- Fritschi Oskar Felix, *Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkrieges. Der Beitrag der Schweizer Armee zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens*, Winterthur, Fabag + Druckerei Winterthur AG, 1971.
- Führer Hans Rudolf, *Spionage gegen die Schweiz. Die geheimen deutschen Nachrichtendienste gegen die Schweiz im Zweiten Weltkrieg 1939-1945*, Frauenfeld, Huber, 1982.
- 50 Jahre FHD 1940-1990. *Beiheft zur ASMZ* 9, 1990.
- 50 Jahre Landi, Sonderbeilage *NZZ* 99, 29./30. April 1989.
- Gasser Bernhard, *Ciné-journal suisse. Aperçu historique (1923-1945) et analyse de tous les numéros de 1945*, Lausanne, Travelling 53/54 (Documents Cinémathèque suisse), 1978-1979.
- Gasser Christian, *Der Gotthard-B und, Eine schweizerische Widerstandsbewegung*, Bern/Stuttgart, Haupt, 1984.
- Gast Uriel, *Von der Kontrolle zur Abwehr. Die eidgenössische Fremdenpolizei im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft 1915-1933*, Zürich, Chronos, 1997.
- Gautschi Willi, *General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1989.
- Gautschi Willi, «Die Ostfrontmission Divisionär Birchers 1941/1942», in: W. G., *Helvetische Streiflichter. Aufsätze und Vorträge zur Zeitgeschichte*, Zürich, Verlag NZZ, 1994, 214-227.
- Gauye Oscar, «„Au Rütli, 25 juillet 1940“. Les discours du général Guisan: nouveaux aspects», *Studien und Quellen* 10, 1984, 5-52.
- Gehrig-Straube Christine, *Beziehungslose Zeiten. Das schweizerisch-sowjetische Verhältnis zwischen Abbruch und Wiederaufnahme der Beziehungen (1918-1946) auf Grund schweizerischer Akten*, Zürich, Hans Rohr, 1997.

- Gerber Severin, *Die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Rumänien; 1919-1924; 1939-1945; 1945-1953. Darstellung und Vergleich*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1997.
- Geschichte des Kantons Zürich*, Bd. 3, Zürich, Werd Verlag, 1994.
- Gilardoni V, Lazzeri G., Petrillo G., «I volontari ticinesi in difesa della Repubblica di Spagna», *Archivio storico ticinese* 1976.
- Girsberger Esther, «Gewandeltes Rollenverständnis der Frau in der Armee», *NZZ* 76, 31. März/1. April 1990.
- Glaus Beat, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940*, Zürich, Benziger, 1969.
- Graf Christoph, «Die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich nach 1945», *Studien und Quellen* 13/14, 1988, 129-157.
- Grivat Olivier, *Internés en Suisse, 1939-1945*, Chapelle-sur-Moudon, Ketty & Alexandre, 1995.
- Grossmann Alexander, *Nur das Gewissen. Carl Lutz und seine Budapester Aktion*, Wald 1986.
- Guex Sébastien, Perrenoud Marc, «Banquiers suisses et autorités fédérales face aux menaces américaines en 1945», *traverse* 1995/51 126-138.
- Guyot Jean-Blaise, *Une action pour «L'ordre nouveau» en Suisse romande. Le Mois Suisse (1939-1945)* / Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1997.
- Haas Gaston, «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...» 1941-1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1994.
- Haener Daniel, *Die Anerkennung der Franco-Regierung durch die Schweiz im Spanischen Bürgerkrieg*, Lizentiatsarbeit Universität Basel, 1982.
- Hafner Georg, *Walther Stampfli (1884-1965). Leiter der Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Bundesrätlicher Vater der AHV*, Olten, Dietschi AG, 1986.
- Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, hg. von Wolfram Fischer, Bd. 6, Stuttgart, Klett-Cotta, 1987.
- Hardmeier Benno, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920-1945)*, Winterthur, Keller, 1958.
- Häsler Alfred A., *Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945*, Zürich/Stuttgart 1967 (Neuaufgabe Zürich, Pendo, 1992).
- Heller Daniel, *Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*, Zürich, Verlag NZZ, 1988.
- Herkenrath Erland, *Die Freiheit des Wortes. Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des schweizerischen Protestantismus und den Zensurbehörden während des zweiten Weltkrieges*, Zürich, Juris Druck, 1972.
- Hildebrand Klaus, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945*, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin, Kohlhammer, 1990.
- Hofmaier Karl, *Memoiren eines Schweizer Kommunisten 1917-1947*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1978.
- Hohl Marcela, *Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897-1974)*, Chur, Rüegger, 1983.

- Homburger Heinrich, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Erlenbach-Zürich, Rentsch, 1970.
- Höpflinger François, *Bevölkerungswandel in der Schweiz. Zur Entwicklung von Heiraten, Geburten, Wanderungen und Sterblichkeit*, Chur, Rüegger, 1986.
- Huber Oberst (Chef Heer und Haus), *Heer und Haus, einst und heute*, Fotokopie, o. O., Dezember 1974.
- Huber Doris, *Frauen- und Familienleitbilder in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg, dargestellt anhand des eidgenössischen Verbandes Pro Familia*, Lizenziatsarbeit Universität Zürich, 1987.
- Hug Peter, «Schnelles Ende eines Aufbruchs. Die Schweiz und die UNO in der Nachkriegszeit», in: *Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Schweiz. Bundesarchiv Bern, 1995, 77-81
- Hug Peter, «Die nachrichtenlosen Guthaben von Nazi-Opfern in der Schweiz», *SZG* 47, 1997, 532-551.
- Hug Peter, Perrenoud Marc, *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten*, Bern, Bundesarchiv, 1997.
- Hugentobler Eugen, *Im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik, 40 Jahre Wirtschaftsförderung*, hg. von der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Zürich 1983.
- 100 Jahre Kunstförderung des Bundes*, hg. vom Bundesamt für Kulturpflege, Bern 1988.
- Huonker Gustav, *Literaturszene Zürich. Menschen, Geschichten und Bilder 1914 bis 1945*, Zürich, Ex Libris, 1987.
- Ihle Pascal, *Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg. Eine kommunikationshistorische Studie*, Zürich, Verlag NZZ, 1997.
- Im Hof-Piguet Anne-Marie, *La Filière en France occupée 1942-1944*, Yverdon-les-Bains, Parcours de la Thiele, 1985.
- Imhof Kurt et al., *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich, Seismo, 1996.
- Inglin Oswald, *Der stille Krieg. Der Wirtschaftskrieg zwischen Grossbritannien und der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Verlag NZZ, 1991.
- Jeanneret Pierre, *Un itinéraire politique à travers le socialisme en Suisse romande. La vie du Dr Maurice Jeanneret-Minkine (1886-1953)*, Lausanne, Éditions de l'Aire, 1991.
- Jenny Beat Alexander, *Interessenpolitik und Demokratie in der Schweiz. Dargestellt am Beispiel der Emser Vorlage*, Diss. Zürich, Basel 1966.
- Jost Hans Ulrich, «Aperçus théoriques des relations entre l'Etat, l'économie et le capital dans la période de 1870 à 1913, avec description du cas de la Suisse», *Bulletin du département d'histoire économique*, Université de Genève, 10, 1980, 21-28.
- Jost Hans Ulrich, «Politique culturelle de la Confédération et valeurs nationales», in: B. Crettaz, H.U. Jost, R. Pithon, *Peuples inanimés, avez-vous donc une âme? Images et identités suisses au XX<sup>e</sup> siècle*, Histoire et société contemporaines 6/87, Lausanne 1987, 19-38.

- Jost Hans Ulrich, «Switzerland's Atlantic Perspectives», in: *Swiss Neutrality and Security*, ed. by M. Milivojevic and P. Maurer, New York, Berg, 1990, 110--121.
- Jost Hans Ulrich, «Reflet culturel de la politique suisse des années 40», *Unsere Kunstdenkmäler* 42, 1991/3, 283-290.
- Jost Hans Ulrich, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich, Chronos, 1992.
- Kamber Peter, *Schüsse auf die Befreier. Die «Lu ft guerilla» der Schweiz gegen die Alliierten 1943-45*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993.
- Kästli Tobias, *Ernst Nobs: Vom Bürgerschreck zum Bundesrat. Ein politisches Leben*, Zürich, Orell Füssli, 1995.
- Keller Christoph, *Der Schädelmesser Otto Schlaginh auf en – Anthropologe und Rassenhygieniker. Eine biographische Reportage*, Zürich, Limmat Verlag, 1995.
- Keller Franziska, *Oberst Gustav Däniker. Aufstieg und Fall eines Schweizer Berufs-offiziers*, Zürich, Thesis Verlag, 1997.
- Keller Stephan, *Grüningers Fall – Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993.
- Kessler Franz, *Die Schweizerische Kulturstiftung «Pro Helvetia»*, Zürich, Schulthess Polygraphischer Verlag, 1993.
- Koller Guido, «Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges», *Studien und Quellen* 22, 1996, 17-106.
- König Mario, «Bilder, Agenturen, Illustrierte. Deutsche Photopropaganda gegen die Sowjetunion und ihr Weg in die Schweiz», *NZZ* 277, 26./27. Nov. 1988.
- Koppe Susanne, *Kurt Kläber – Kurt Held: Biographie der Widersprüche?* Aarau, Sauerländer, 1997.
- K.P., «Der Raubzug der Nazis gegen jüdische Versicherungsnehmer. Die Schweizer Assekuranz zwischen Willfähigkeit und Widerstand», *NZZ* 112, 17./18. Mai 1997.
- K.P., «Ein Finanzmann im Dienste des Dritten Reichs», *NZZ* 284, 6./7. Dez. 1997.
- Kreis Georg, *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld, Huber, 1973.
- Kreis Georg, *Juli 1940. Die Aktion Trumpf*, 2. Aufl., Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1973.
- Kreis Georg, *Auf den Spuren von «La Charité». Die schweizerische Armeeführung im Spannungsfeld des deutsch-französischen Gegensatzes 1936-1941*, Basel/Stuttgart, Helbing & Lichtenhahn, 1976.
- Kreis Georg, *«Entartete» Kunst für Basel*, Basel, Wiese Verlag, 1990.
- Kreis Georg, «Panik und Flucht der Zivilbevölkerung. Private Evakuierung als Folge eines Fehlalarms», *NZZ* 109, 12./13. Mai 1990.
- Kreis Georg, «Parlamentarismus und Antiparlamentarismus in den Jahren 1933-1945», in: *Das Parlament – «Oberste Gewalt des Bundes»? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*, Red. M. Bovey Lechner, M. Graf, A. Huber-Hotz, Bern/Stuttgart, Haupt, 1991, 301-319.

- Kreis Georg, «Philipp Etter», in: Aram Mattioli (Hg.), *Intellektuelle von Rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939*, Zürich, Orell Füssli, 1995, 185-213.
- Ladame Paul Alexis, *Une caméra contre Hitler*, Genève, Slatkine, 1997.
- Landolf Dani, *L'émeute de Bulle. Eine Region im Kampf gegen die Bundesautorität am Ende des Zweiten Weltkriegs*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1996.
- Lasserre André, *La Suisse des années sombres. Courants d'opinion pendant la Deuxième Guerre mondiale 1939-1943*, Lausanne, Payot, 1989.
- Lasserre André, «Les réfugiés de Bergen-Belsen et Theresienstadt ou les déboires d'une politique d'asile en 1944-1945», *SZG* 40, 1990, 307-317.
- Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe*, Paris, Comité pour l'histoire économique et financière de la France, 1993.
- Lévêque Gérard, *La Suisse et la France gaulliste 1943-1943*, Genève, IUHEI, 1979.
- Lindt August R., *Die Schweiz das Stachelschwein. Erinnerungen*, Bern, Zytglogge, 1992.
- Linke Manfred, *Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit*, Chur, Rüegger, 1995.
- Linsmayer Charles, «„Sie hatten den geistigen Verrat bereits vollzogen!», *Der kleine Bund* 154, 5. Juli 1997.
- Linsmayer Charles, «Blutgeld vom ersten bis zum letzten Rappen...» Die unglaubliche Geschichte, wie es Emil G. Bührle von 1941 bis 1956 fast gelungen wäre, seine Millionengewinne aus der Belieferung von Hitlers Wehrmacht kulturell reinzuwaschen», *Der kleine Bund* 213, 13. Sept. 1997.
- Linsmayer Charles, «Wie die Landi zum „nationalen Heiligtum» wurde», *Der kleine Bund* 273, 22. Nov. 1997.
- Lüem Walter, Stegmeier Andreas, *Die Limmatstellung im Zweiten Weltkrieg*, Baden, Baden-Verlag, 1997.
- Maissen Thomas, «War die Schweizerische Nationalbank guten Glaubens? Mögliche Motive für den Raubgoldhandel», *NZZ* 50, 1./2. März 1997.
- Malek-Madani Cyrus, *Die schweizerische Filmpolitik 1933-1943*, Lizentiatsarbeit Universität Bern, 1984.
- Manuel André, *Les pleins pouvoirs en droit public fédéral suisse*, Lausanne, Henri Jaunin, 1953.
- Maspoli Philippe, *Le corporatisme et la droite en Suisse romande*, Lausanne, UNIL, 1993 (Histoire et société contemporaines 14).
- Matt Alphons, *Einer aus dem Dunkel. Die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch den Bankbeamten H.*, Zürich, Schweizer Verlagshaus, 1995.
- Mattioli Aram, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich, Orell Füssli, 1994.
- Maurer Peter, *Anbauschlacht. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk, 1937-1943*, Zürich, Chronos, 1985.
- Maurer Rudolf, *Markus Feldmann (1897-1938). Werden und Aufstieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Bern, Verbandsdruckerei, 1965.

- Mäusli Theo, *Jazz und Geistige Landesverteidigung*, Zürich, Chronos, 1995.
- Metzler Dominique Benjamin, «Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945-1969», *Studien und Quellen* 23, 1997, 121-169.
- Meyer Schweizer Ruth, «Eine innen- und sozialpolitische Zeitenwende. Zum Entstehen der AHV», *NZZ* 148, 30. Juni 1997.
- Möckli Werner, *Schweizergeist Landgeist? Das schweizerische Selbstverständnis heim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*, Zürich 1973.
- Monnier Victor, *William E. Rappard*, Genf/Basel, Slatkine/Helbing & Lichtenhahn, 1995.
- Moser Peter, *Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute*, Frauenfeld, Huber, 1994.
- Mottu Philippe, *Caux de la Belle époque au Réarmement moral*, Neuenburg 1969.
- Müller Felix, «Das Staatsfestspiel als republikanisches Weihespiel», *NZZ* 174, 28./29. Juli 1984.
- Müller Felix, «Die Festspiele von Cäsar von Arx», *NZZ* 91, 20./21. April 1985.
- Neidhart Leonhard, *Plebiszit und pluralitäre Demokratie*, Bern, Francke, 1970.
- Noll Peter, *Landesverräter. 17 Lebensläufe und Todesurteile*, Frauenfeld/Stuttgart, Huber, 1980.
- Ochsner Richard, «Der Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern zugunsten einer Kriegspartei durch das neutrale Land», in: Rudolf Bindschedler (Hg.), *Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1985, 216-235.
- Odermatt Franz, «Zwischen Realität und militärischem Mythos: Zur Entstehung der Réduitstrategie im Jahre 1940», *ASMZ* 7/8 und 9, 1987, 447-450, 549-552.
- Overath Angelika, «Im Augenblick des Du. Arnold Kübler und seine Zeitschrift in Zeiten des Krieges», *NZZ* 212, 13./14. Sept. 1997.
- Pasche Cécile, Peters, Suzanne, «Les premiers pas de la Société du Mont-Pèlerin ou les dessous chics du néolibéralisme», *Les Annuelles* 8/1997, dir. par Hans-Ulrich Jost, Lausanne, Antipodes, 1997, 191-230.
- Pavillon Monique, *Les immobilisées. Les femmes suisses en 39-45*, Lausanne, Ed. d'en bas, 1989.
- Pavillon Sophie, *L'ombre rouge. La tentative d'établissement de relations diplomatiques avec l'URSS par la Confédération helvétique et le débat politique en Suisse 1943-1944*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 1994 (in Vorbereitung zum Druck, Éd. Antipodes).
- Pavillon Sophie, «Trois filiales d'entreprises suisses en Allemagne du Sud et leur développement durant la période nazie», *Studien und Quellen* 23, 1997, 209-254.
- Pavillon Sophie, «Aux frontières du profit: les relations entre la société suisse Alimentana AG et sa filiale Maggi GmbH en Allemagne du Sud (1925-1943)», in: J.-C. Favez, H.U. Jost, F. Python (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, Lausanne, Antipodes, 1998, 127-142.
- Perrenoud Marc, «„La Sentinelle“ sous surveillance», *SZG* y/, 1987, 137-168.
- Perrenoud Marc, «Banques et diplomatie suisses à la fin de la Deuxième Guerre mondiale. Politique de neutralité et relations financières internationales», *Studien und Quellen* 13-14, 1987/1988.

- Perrenoud Marc, «Commerce extérieur et politique suisse 1939-1945», *SZG* 47, 1997» 477-491.
- Perrig Igor, *Geistige Landesverteidigung im kalten Krieg. Der Schweizerische Aufklärungsdienst (SAD) und Heer und Haus 1945-1963*, Brig 1993.
- Pilet Jacques, *Le crime Nazi de Pay erne. 1942, en Suisse: un juif tué «pour l'exemple»*, Lausanne, Favre, 1977.
- Pfister Max, *Die Sonderstellung der Schweiz in der internationalen Wirtschaftspolitik*, Winterthur, Keller, 1961.
- Pfister Thomas, *Der Schweizer Film während des III. Reiches. Filmpolitik und Spielfilmproduktion in der Schweiz von 1933 bis 1945*, Berlin 1982.
- Picard Jacques, *Die Schweiz und die Juden, 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik*, Zürich, Chronos, 1994.
- Picard Jacques, «Motive für die Rettung ungarischer Juden. Die ‚Verhandlungen‘ schweizerisch-jüdischer Kreise mit Himmlers SS in den Jahren 1944/45», *NZZ* 265, 12./13. Nov. 1994.
- Pithon Rémy, «Cinéma suisse de fiction et ‚Défense nationale spirituelle‘ de la Confédération helvétique (1933-1945)», *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 33, 1986, 254-279.
- Pir., «Verworrene Geschichte einer Fusion. Wie die SBG mit der Interhandel zur Grossbank wurde», *NZZ* 44, 22./23. Februar 1997.
- Porter Bernard, *Britannia's Burden, The Political Evolution of Modern Britain 1851-1990*, London, Edward Arnold, 1994.
- Praz Anne-Françoise, *La crise et les bannières. La Suisse de 1930 à 1939*, Prilly/Lausanne, Eisele, 1992 (Mémoire du Siècle 4).
- Praz Anne-Françoise, *Du Réduit à l'ouverture. La Suisse de 1940 à 1949*, Lausanne, Éditions Eiselé, 1995 (Mémoire du Siècle 5).
- Praz Anne-Françoise, *Scooters, spoutniks et prospérité. La Suisse de 1950 à 1959*, Lausanne, Éditions Eiselé, 1996 (Mémoire du Siècle 6).
- Ramsauer Nadja, Meyer Thomas, «Blinder Fleck im Sozialstaat. Eugenik in der Deutschschweiz 1930-1950», *traverse* 1995/2, 117-121.
- Ramseier Hans-Georg, *Die Entstehung und die Entwicklung des Landesringes der Unabhängigen bis 1943*, Diss. phil. I Universität Zürich, Glattbrugg 1973.
- Räuber André, «Une curieuse naissance. Il y a cinquante ans se créait le Parti suisse du travail», *Le Courrier*, 30. Mai 1994.
- Räuber André, *Histoire du mouvement communiste suisse*, Genève, Slatkine, 1997.
- Reichlin Linus, *Kriegsverbrecher Wipf Eugen. Schweizer in der Waffen-SS, in deutschen Fabriken und an den Schreibtischen des Dritten Reiches*, Zürich, Weltwoche-Verlag, 1994.
- Riedmatten Chantal de, *Général Henri Guisan. Autorité et démocratie*, Fribourg, Institut d'histoire moderne et contemporaine, 1983.
- Rigonalli Marzio, *Le Tessin dans les relations entre la Suisse et l'Italie, 1922-1940*, Locarno, Pedrazzini, 1983.
- Rings Werner, *Schweiz im Krieg*, Zürich, Ex Libris Verlag, 1974 (erweiterte Neuauflage, Zürich, Chronos, 1997).



- Rings Werner, *Die «Golddrehscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Artemis, 1985 (Neuaufgabe, Zürich, Chronos, 1996).
- Röllli-Alkemper Lukas, *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1935-1943*, Freiburg, Universitätsverlag, 1993.
- Roschewski Heinz, *Rothmund und die Juden. Eine historische Fallstudie des Antisemitismus in der schweizerischen Flüchtlingspolitik 1933-1957*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1997.
- Ruffieux Roland, *La Suisse de Pentre-deux-guerres*, Lausanne, Payot, 1974.
- Sauter Max, *Churchills Schweizer Besuch 1946 und die Zürcher Rede. Ein dokumentarischer Bericht*, Herisau 1976.
- Schaller André, *Schweizer Neutralität im West-Ost-Handel. Das Hotz-Linder-Agreement vom 23. Juli 1951*, Bern, Haupt, 1987 (St. Galler Studien zur Politikwissenschaft 12).
- Schatten des Zweiten Weltkrieges – eine Standortbestimmung*. Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik, 5. April 1997, Lenzburg/Zürich, 1997.
- Schaufelberger Walter, «Ein schwieriger Fall. Erste Armeestellung 1939/40 und ‚Fall Nord‘ nach operativer Sicht», *ASMZ* 11/1990, 665-671.
- Schaufelberger Walter, «Sorgenkind Nachrichtendienst», *ASMZ* 7/8, 1990, 414-428.
- Scheiben Oskar, «Konrad Ilgs Weg nach rechts», in: *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Widerspruch-Sonderband*, 1987, 31-36.
- Schiavi Rita, Brassel Ruedi, «Kämpfend in den Arbeitsfrieden», in: *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos, Widerspruch-Sonderband*, 1987, 57-69.
- Schiemann Catherine, *Neutralität in Krieg und Frieden. Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Schweiz 1941-1949. Eine diplomatiegeschichtliche Untersuchung*, Chur, Rüegger, 1991.
- Schilling Christoph, *Blocher*, Zürich, Limmat Verlag, 1994.
- Schorta Susanne, «Arbeitszwang im Land des Asyls», *NZZ* 21, 26./27. Januar 1991.
- Schürmann Leo, «Glossen zum Verhältnis zwischen Parlament, Bundesrat und Verwaltung», *Schweizer Monatshefte* 41, 1961/62, 229-237.
- Schütt Julian, *Germanistik und Politik. Schweizer Literaturwissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich, Chronos, 1996.
- Schwank Alex, «Der rassenhygienische (bzw. eugenische) Diskurs in der schweizerischen Medizin des 20. Jahrhunderts», in: Sigrid Weigel, Birgit R. Erdle (Hg.), *Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, Zürich, Hochschulverlag an der ETHZ, 1996, 461-482.
- Sebastiani Daniel, «Jean-Marie Musy dans l’orbite du Reich d’Adolf Hitler: entrée et trajectoire jusqu’au printemps 1941», in: J.-C. Favez, H.U. Jost, F. Python (éd.), *Les relations internationales et la Suisse*, Lausanne, Antipodes, 1998, 231-264.
- Senn Hans, *Der schweizerische Generalstab*, Bd. VII: Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges, Basel/Frankfurt a.M., Helbing & Lichtenhahn, 1995.
- Soland Rolf, *Staatsschutz in schwerer Zeit. Bundesrat Heinrich Häberlin und der Ordnungsstaat 1920-1934*, Bern, Stämpfli, 1992.

- Speich Sebastian, David Fred, Elam Shraga, Ladner Anton, *Die Schweiz am Pranger*, Wien, Frankfurt/M., Ueberreuter, 1997.
- Stadelmann Jürg, *Umgang mit Fremden in bedrängter Zeit. Schweizerische Flüchtlingspolitik 1940-1945 und ihre Beurteilung bis heute*, Zürich, Orell Füssli, 1998.
- Stahlberger Peter, «Ohne Zorn trauern. 50 Jahre seit der Bombardierung Schaffhausens», *NZZ* 72, 26./27. Mai 1994.
- Stauffer Paul, *Zwischen Hofmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz*, Zürich, Verlag NZZ, 1991.
- Steffen Therese, «Gegensätzliche Partner – Die Beziehungen Schweiz – Sowjetunion 1946-1956», *Studien und Quellen* 21, 1995, 45-86.
- Stettler Peter, *Das aussenpolitische Bewusstsein in der Schweiz (1920-1930)*, Zürich, Lehmann, 1969.
- Stürmimann Charles, *Der Weg in die Nachkriegszeit 1943-1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel»*, Basel/Kassel, Friedrich Reinhardt Verlag, 1992.
- Tanner Jakob, *Bundshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanz-soziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1933*, Zürich, Limmat Verlag, 1986.
- Tanner Jakob, «Staatsschutz im Kalten Krieg», in: *Schnüffelstaat Schweiz. Hundert Jahre sind genug*, Zürich, Limmat Verlag, 1990, 36-46.
- Tanner Jakob, «Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950», *SZG* 47, 1997, 492-519.
- Thamer Hans-Ulrich, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, Berlin, Siedler Verlag, 1986.
- Thürer Georg, «Innere Straffung», *Die Schweiz. Ein nationales Jahrbuch*, hg. von der Neuen Helvetischen Gesellschaft, 1940/1941, 9-17.
- Tissot Laurent, *E. Paillard & Cie, SA. Une entreprise vaudoise de petite mécanique 1920-1945*, Cousset (Fribourg), Delval, 1987.
- Toro y Toro Antonio, *La faute impardonnée des combattants romands de la guerre d'Espagne*, mémoire de licence, UNIL, 1990.
- Trepp Gian, *Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg*, Zürich, Rotpunkt Verlag, 1993.
- Tschudi Hans Peter, *Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialversicherung*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1989.
- Tschudi Pierre-Alain, «Das eidgenössische Wettspiel». *Die Rekonstruktion der Schweiz im offiziellen Festspiel der Schweizerischen Landesausstellung, Zürich 1939*, Lizentiatsarbeit Universität Genf, 1993.
- Tschuy Theo, *Carl Lutz und die Juden von Budapest*, Zürich, Verlag NZZ, 1995.
- Urner Klaus, «Une mobilisation pour les besoins de l'économie de guerre», *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 121, janvier 1981, 63-69.
- Urner Klaus, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» *Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz*, Zürich, Verlag NZZ, 1990.
- Utz Peter, «Goldfingers merkwürdige Machenschaften», *Tages-Anzeiger Magazin* 16, 19. April 1980, 46-52.

- Utz Peter, *Die ausgehöhlte Gasse. Stationen der Wirkungsgeschichte von Schillers «Wilhelm Tell»*, Meisenheim, Forum Academicum, 1984.
- Valsangiacomo Enrico, «La Croix-Rouge suisse et le Secours aux enfants pendant la Deuxième Guerre mondiale», *ACTIO* 3, März 1987, 26-27.
- Van Dongen Luc, *La Suisse face à la Seconde Guerre mondiale*, Genf, Société d'histoire et d'Archéologie, 1997.
- Van Dongen Luc, «La mémoire de la Seconde Guerre mondiale en Suisse dans l'immédiat après-guerre (1945-1948)», *SZG* 47, 1997, 709-729.
- Vogler Robert, *Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941*, Zürich, Schweiz. Nationalbank, 1983.
- Vogler Robert, «Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-45», *Geld, Währung und Konjunktur*, Bulletin der SNB, 1, 1985, 70-78.
- Voigt Christian, *Robert Grimm. Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier*, Bern, Zytglogge, 1980.
- Vonarb Irene, «Die Bäuerin als Landesnährmutter. Alltagsleben und Rolle der Bäuerinnen zur Zeit des Zweiten Weltkriegs», in: Albert Tanner, Anne-Lise Head-König (Hg.), *Die Bauern in der Geschichte der Schweiz*, Zürich, Chronos, 1992 (Schweiz. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, H. 12), 253-262.
- Von Greyerz Hans, «Der Bundesstaat seit 1848», in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich, Berichthaus, 1977, 1019-1267.
- Von Matt Beatrice, «Humanist aus Überzeugung, Polemiker aus Verzweiflung. Albin Zollingers geistige Landesverteidigung», *7VZZ* 254, 1./2. Nov. 1997-
- Von Salis Jean Rudolf, *Grenzüberschreitungen*, Bd. 2, Zürich, Ex Libris, 1984. «Vor 40 Jahren – Eröffnung der Landi», *NZZ* 103, 5./6. Mai 1979.
- Wacker Jean-Claude, *Humaner als Bern! Schweizer und Basler Asylpraxis gegenüber den jüdischen Flüchtlingen von 193} bis 1943 im Vergleich*, Quellen und Forschungen zur Basler Geschichte, hg. vom Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Basel 1992.
- Waeger Gerhart, *Die Sündenböcke der Schweiz*, Olten/Freiburg i. Br., Walter, 1971.
- Wahlen Hermann, *Bundesrat Rudolf Minger, 1881-1933. Bauer und Staatsmann*, Bern, Buchverlag Verbandsdruckerei, 1965.
- Weber Charlotte, *Gegen den Strom der Finsternis. Als Betreuerin in Schweizer Flüchtlingsheimen 1942-1943*, Zürich, Chronos, 1997.
- Weber Lilo, «Geschichtsschreiber in eigener Sache. Zum fünfzigsten Todestag von Jakob Schaffner», *NZZ* 223, 24./25. Sept. 1994.
- Weidenmann Jörg, «Ursprünge der schweizerischen Entwicklungshilfe», *Studien und Quellen* 19, 1993, 142-155.
- Weigel Sigrid, Erdle Birgit R. (Hg.), *Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, Zürich, Hochschulverlag an der ETHZ, 1996.
- Werner Christian, *Feindbild Staat. Robert Eibel und die bürgerlichen antietatistischen Oppositionsbewegungen in der Schweiz 193 0-194/*, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1992.

- Wetter Ernst, *Duell der Flieger und der Diplomaten. Die Fliegerzwischenfälle Deutschland-Schweiz im Mai/Juni 1940 und ihre diplomatischen Folgen*, Frauenfeld, Huber, 1987.
- Wichers Hermann, *Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940*, Zürich, Chronos, 1994.
- Winkler Stephan, *Die Schweiz und das geteilte Italien. Bilaterale Beziehungen in einer Umbruchphase 1943-1943*, Basel, Helbing & Lichtenhahn, 1992.
- Wittmann Walter, «Die Finanzpolitik», in: *Die Schweiz seit 1943*, hg. von Erich Gruner, Bern, Francke, 1971.
- Wolf Walter, *Faschismus in der Schweiz*, Zürich, Flamberg, 1969.
- Wolf Walter, *Walther Bringolf. Eine Biographie*, Schaffhausen, Verlag am Platz, 1995.
- Wyder Rudolf, *Die Schweiz und der Europarat 1949-1971*, Bern u. Stuttgart, Haupt, 1984.
- Wylie Neville, «*The Riddle of the Swiss*». *British policy towards Switzerland 1940-1943*, Diss. Cambridge 1994.
- Wylie Neville, «Pilet-Golaz and the making of Swiss foreign policy: some remarks», *SZG* 47, 1997, 608-620.
- Zehnder Alfred, «Die aussenpolitische Lage der Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges», in: Max Petitpierre, *Seize ans de neutralité active*, Neuchâtel, La Baconnière, 1980, 13-32.
- Zimmer Olivier, «Die ‚Volksgemeinschaft‘. Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz», in: Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg*, Zürich, Seismo, 1996, 115-126.
- Zschokke Helmut, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, Zürich, Limmat Verlag, 1976.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AFN	American Forces Network
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AIAG	Aluminium-Industrie-Aktiengesellschaft Neuhausen
ASMZ	Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift
BB1	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
DD	Diplomatische Dokumente der Schweiz
ETH(Z)	Eidgenössische technische Hochschule (Zürich)
FHD	Frauenhilfsdienst (militärischer)
FSS	Fédération Socialiste Suisse
HIV	Schweizerischer Handels- und Industrieverein
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBS	Nationale Bewegung der Schweiz
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organization of European Economic Cooperation
PdA	Parbei der Arbeit
RR	Rote Revue, sozialistische Monatsschrift
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SIG	Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SRS	Schweizerische Rundschau
SZG	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
UNIL	Universität Lausanne
UNO	United Nations Organization, Vereinte Nationen
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
VPOD	Verband des Personals Öffentlicher Dienste

## NAMENREGISTER

- Allgöwer, Walter (1912-1980): Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie; Instruktionsoffizier 1937-46, Mitglied des Gotthard-Bundes. S. 66, 79, 192
- Amiguet, Philippe (1891-1974): Schriftsteller und Journalist, bis 1938 Korrespondent der *Gazette de Lausanne* in Paris von 1939 bis 1945 Leiter der profaschistischen Monatschrift *Le Mois Suisse*. S. 87, 92.
- Amman, Hektor (1894-1967): Aargauischer Kantonsarchivar; 1921 Zusammenkunft mit Hitler; an der Frontenbewegung beteiligt, Initiant der Eingabe der 200. S. 82f., 92.
- Arx, Cäsar von (1895-1949): Schriftsteller; sein Theaterstück *Dreikampf* (1938), mit dem er den Totalitarismus kritisiert, entfacht eine grössere Debatte; 1941 *Festspiel* für die 650-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft. S. 136.
- Barbey, Bernard (1890-1970): Studium der Soziologie, Journalist, Redaktor der *Revue Hebdomadaire* in Paris; Chef des persönlichen Stabes von General Guisan 1940-45. S. 171.
- Barth, Karl (1886-1968): Prof. der Theologie an der Universität Basel, Kritiker des Nationalsozialismus; wurde von der Bundespolizei überwacht und vom Bundesrat persönlich zurechtgewiesen. S. 136, 144.
- Bauer, Gérard F. (geb. 1907): Studium der Rechte in Neuenburg; Mitarbeiter der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung; nach dem Krieg Leiter der Schweiz. Delegation der OEEC. S. 201f.
- Baumann, Johannes (1874-1953): freisinniger Bundesrat, 1934 Nachfolger von Bundesrat Häberlin; Chef des Justiz- und Polizeidepartements bis Dezember 1940; unter seiner Amtsführung wird das «J» für die Pässe Deutscher Juden eingeführt. S. 38f., 46, 94.
- Béguin, Pierre (1903-1978): Journalist, seit 1930 Korrespondent in Bern der *La Suisse*, *La Liberté* und des *Journal de Genève*; 1946 Chefredaktor der *Gazette de Lausanne*. S. 50, 95, 215.
- Bircher, Eugen (1882-1956): Arzt und Direktor des Kantonsspitals Aarau; 1934 Oberstdivisionär (5. Div.), politisch der extremen Rechten nahestehend, Bewunderer der deutschen Wehrmacht; 1942-55 Nationalrat der BGB. S. 41, 47, 66f., 82, 87, 93, 120, 162f.
- Böhler, Eugen (1893-1977): Ökonom, Spezialist in Konjunkturpolitik; Prof. an der ETH in Zürich; Mitglied verschiedener eidg. Kommissionen. S. 91.
- Bohny-Reiter, Friedel: Krankenschwester im Lager von Rivesaltes (Frankreich), für die Arbeitsgemeinschaft für kriegsgeschädigte Kinder tätig. S. 162.
- Bonjour, Edgar (1898-1991): Prof. für Geschichte an der Universität Basel, während des Krieges Mitarbeiter der Abteilung Presse und Funkspruch; 1943 erster Teil einer *Geschichte der schweizerischen Neutralität*. S. 23,209,217f., 229.
- Bonna, Pierre: Chef der Abt. Auswärtiges des Politischen Departements. S. 35, 89.

- Böschenstein, Hermann (1905-1997): Studium der Rechte in Bern und Paris, Journalist und Autor von Bundesratsbiographien; Auslandskorrespondent in Paris und Berlin (1935-37), dann Bundeshauskorrespondent. S. 64, 171.
- Bretscher, Willy (1898-1992): freisinniger Journalist bei der NZZ seit 1917, Chefredaktor von 1933 bis 1967, Nationalrat 1951-67; bis 1948 in der Geschäftsleitung der FDP. S. 48, 152, 170, 193, 197.
- Bringolf, Walter (1895-1981): Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz 1921; kehrte 1935 in die SPS zurück, Parteipräsident von 1952-62; Nationalrat 1925-71. S. 91, 163.
- Bruggman, Karl (1889-1967): Rechtsstudium; im diplomatischen Dienst tätig, in Prag bis 1939; Minister in Washington 1939-54. S. 118, 155, 177.
- Bührle, Emil Georg (1890-1956): Industrieller, Besitzer der Maschinenfabrik Oerlikon, die in grossem Umfang Waffen für Nazi-Deutschland produzierte. S. 75, 105, 119, 208.
- Burckhardt, Carl Jakob (1891-1974): Prof. für Geschichte an der Universität Zürich; Mitglied des IKRK (Präs. Dez. 1944) Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig; Treffen mit Hitler 1938 und 1939; 1945 Schweiz. Gesandter in Paris. S. 34, 36, 78, 123, 144, 152, 155f., 161, 208.
- Caratsch, Reto (1901-1978): Studium der Rechte, Journalist bei der NZZ seit 1925, Korrespondent in Berlin 1930-40. S. 82.
- Celio, Enrico (1899-1980): Tessiner Advokat; 1940, nach dem Tode Mottas, katholisch-konservativer Bundesrat, mit dem Post-, Eisenbahn- und Verkehrsdepartement betraut. S. 64, 83.
- Chaudet, Paul (1904-1977): freisinniger, der Ligue Vaudoise nahestehender Politiker; Grossrat 1937-43; Staatsrat; Bundesrat 1955-66. S. 198.
- Chiesa, Francesco (1871-1971): konservativer, traditionalistischer Tessiner Schriftsteller; Rechtstudium in Italien; Lehrer am Gymnasium von Lugano. S. 121.
- Corti, Walter R. (1910-1990): nicht beendetes Medizinstudium, dann Redaktor der Kulturzeitschrift *DU*; lanciert 1944 die Idee eines internationalen Kinderdorfes, 1946 als Pestalozzidorf verwirklicht. S. 165.
- Däniker, Gustav (1896-1947): Instruktionsoffizier; an der Organisation der Landesausstellung von 1939 beteiligt; Kommandant der Schiessschule Walenstadt; zusammen mit Ulrich Wille Haupt der deutschfreundlichen Offiziere; 1942 entlassen. S. 22, 66, 79, 96, 119.
- Déonna, Raymond: Mitglied der Geschäftsführung der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung), Mitglied der Entente internationale contre la Ille Internationale und Sekretär des Redressement National 1940-43; enge Verbindung zu Oberst Masson und Robert Eibel. S. 50, 138.
- Diesbach, Roger de (1876-1938): Studium der Rechte; katholisch-konservativer Grossrat in Fribourg (1921-26); Oberstdivisionär 1931-37. S. 35.
- Dietschi, Eugen (1896-1986): Journalist und freisinniger Zürcher National- und Ständerat. S. 59.
- Dinichert, Paul (1878-1954): im diplomatischen Dienst seit 1920, Minister in Berlin 1932-38, wird durch Frölicher ersetzt. S. 32.

- Dübi, Ernst (1884-1947): Direktor der Von-Roll-Werke, Mitglied des Verwaltungsrates von Sulzer; verhandelt als Vertreter des Arbeitgeberverbandes der schweizerischen Metallindustrie den Arbeitsfrieden von 1937. S. 91.
- Ducommun, Charles E (1910-1977): Stellvertretender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des Gotthard-Bundes und Mitarbeiter von Heer und Haas; Vertreter korporatistischer Ideen; ab 1941 im Kriegsernährungsamt, nach dem Krieg Direktor bei der PTT. S. 66.
- Dürrenmatt, Friedrich (1921-1990): Studium der Philosophie, Schriftsteller, erste literarische Publikationen 1945. S. 207.
- Dürrenmatt, Peter (1904-1989): Studium der Philologie und Geschichte, Journalist und Politiker; in der Frontenbewegung der 30er Jahre Zusammenarbeit mit Samuel Haas der *Mittelpresse*, 1940 in Berlin; 1949 Chefredaktor der *Basler Nachrichten*. S. 88, 215.
- Duttweiler, Gottlieb (1888-1962): Gründer der Migros; tritt mit eigener Partei, dem Landesring der Unabhängigen, 1935 in die Politik ein und beteiligt sich am Gotthard-Bund. S. 79, 82, 91, 140f., 167.
- Eibel, Robert (1906-1986): Studium der Rechte, Sekretär der Freisinnigen Partei der Stadt Zürich 1931-35; 1936 Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National); Gründungsmitglied des Gotthard-Bundes, Leiter der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung); nach dem Krieg Leiter des *Trumpf Buur*. S. 47, 50, 79f., 138, 197.
- Ernst, Alfred (1904-1973): Studium der Rechte, 1940 Hauptmann im Nachrichtendienst, Leiter des Büro D (Deutschland); nach dem Krieg Berufsoffizier, 1965-68 Kommandant des Feldarmeekorps 2; Militärschriftsteller. S. 80, 84.
- Escher, Josef (1885-1954): Rechtsanwalt und Notar, katholisch-konservativer Politiker und Wortführer der berufsständischen Ordnung; Walliser Staatsrat 1932-36, Nationalrat 1936-50, Bundesrat 1950-54. S. 139.
- Etter, Philipp (1891-1977): Rechtsstudium, Leiter der *Zuger Nachrichten*-, katholisch-konservativer Bundesrat 1934-59 (Departement des Innern), Befürworter einer ständestaatlichen Ordnung; nahe Beziehung zu Gonzague de Reynold. S. 23ff., 42ff., 46, 48, 70, 78, 80-84, 90, 92f., 96, 123, 134-136, 139f., 171, 206, 208f.
- Faesi, Robert (1883-1972): Prof. für deutsche Literatur an der Universität Zürich 1922-53; Mitglied zahlreicher kultureller Gremien (u.a. Schiller-Stiftung), Autor des *Füsilier* (verfilmt 1938). S. 60, 203f.
- Feldmann, Markus (1897-1958): Studium der Rechte in Bern, 1921 Sekretär der stadtbernischen Bürgerpartei; Chefredaktor der *Neuen Berner Zeitung* 1928-45; Nationalrat BGB 1935-51, Bundesrat 1951-58. S. 33, 70, 85, 94, 170, 213, 221.
- Fonjallaz, Arthur (1875-1944): Berufsoffizier, Bewunderer Mussolinis; Chef der Fédération fasciste suisse; Mitarbeiter der ASMZ und des *Mois Suisse* (militärische Chronik unter Pseudonym Helveticus); 1940 wegen Verrat verhaftet und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. S. 67.



- Fränkel, Jonas (1879-1965): Extraordinarius für deutsche Literatur an der Universität Bern; beginnt 1931 eine kritische Gesamtausgabe der Werke Gottfried Kellers; Freund von Carl Spitteler; vom Bundesrat angegriffen wegen der geplanten Spitteler-Werkausgabe. S. 144, 208.
- Frick, Hans (1888-1975): Studium der Geschichte, Instruktionsoffizier, Kommandant der 7. Division 1941-44; Ausbildungschef der Armee 1944-53; zusammen mit seinem Bruder Wilhelm (1894-1961) in der faschistischen Eidgenössischen Front engagiert. S. 192.
- Frick, Heinrich: Gymnasiallehrer (Mathematik) an der Kantonsschule in Zürich, gehört zum leitenden Kern der Gruppe der Eingabe der 200; wird 1946 zwangsweise in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. S. 82f., 92.
- Frisch, Max (1911-1991): Studium der Germanistik 1930-34, dann Architektur 1936-40; führt von 1941 bis 1955 ein Architekturbüro, gleichzeitig Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit. S. 147, 182, 207, 211.
- Frölicher, Hans (1887-1961): Studium der Rechte, seit 1918 im diplomatischen Dienst, wo er das Vertrauen von Bundesrat Motta genießt; Gesandter in Berlin 1938-45. S. 32, 38, 73, 77, 82, 88f., 120, 124, 160, 169.
- Funk, Walter (1890-1960): Präsident der Reichsbank und Reichswirtschaftsminister 1937-45-S. 110, 114, 173.
- Gasser, Christian (geb. 1906): im Versicherungswesen tätig, 1939 Mitbegründer des Bundes der Subventionslosen (rechtsliberale Wirtschaftslobby) und 1940 des Gotthard-Bundes; später Prof, an der Handelshochschule St. Gallen und Unternehmer. S. 47, 66, 79.
- Gentizon, Paul (1885-1974): Journalist, Anhänger rechtsradikaler Ideen, Korrespondent für verschiedene Schweizer Zeitungen in Italien; während des Krieges in der Redaktion des profaschistischen *Le Mois Suisse*. S. 48, 92.
- Germann, Adolf (1889-1979): Studium der Rechte, der Philosophie und der Psychologie; 1936 zum Oberst befördert, beteiligt an den Kooperationsverhandlungen mit Frankreich; Mitbegründer der Réduit-Strategie. S. 77.
- Gretler, Heinrich (1887-1977): Schauspieler, von 1926 bis 1933 in Berlin, dann am Schauspielhaus Zürich; äusserst populärer Darsteller in Schweizer Filmen (Füsilier Wipf, 1938; Wachtmeister Studer, 1939). S. 43.
- Grimm, Robert (1881-1958): führender Politiker der SPS, Nationalrat 1911-55; seit 1918 in der Exekutive der Stadt Bern, 1938-46 bernischer Regierungsrat, 1939-45 Chef der Sektion Kraft und Wärme der Kriegswirtschaft des Bundes. S. 91,93,129.
- Grüniger, Paul (1891-1972): Kommandant der St. Galler Polizei; 1941 von seinem Posten entfernt und vor Gericht gestellt, weil er zwischen 1938 und 1940 zahlreichen jüdischen Flüchtlingen illegal Eintritt in die Schweiz verschafft hatte; 1995 rehabilitiert. S. 39.
- Guggenbühl, Adolf (1896-1971): Dr. rer. pol., Verleger und Schriftsteller, gründete 1925 die Zeitschrift *Schweizer Spiegel*, die einen wichtigen Beitrag zur Geistigen Landesverteidigung leistete. S. 44.
- Guisan, Henri (1874-1960): besuchte landwirtschaftliche Schulen; 1897 Heirat mit Mary Doelker, Tochter eines begüterten Geschäftsmannes; 1903 Übersiedlung auf das

- Landgut des verstorbenen Schwiegervaters; freiwilliger Dienst als ausserordentlicher Instruktor; 1918 Kommandant des Infanterie-Regiments 9, das im Mai 1919 in Zürich zum Ordnungsdienst eingesetzt wurde; 1932 Oberstkorpskommandant; 30. August 1939 Wahl zum General der Schweizer Armee. S. 22, 31, 43, 54, 58f., 66f., 69-74, 77f, 81, 84, 88, 92, 95f, 121f., 125, 128, 132-135, 142, 158, 161, 170, 179, 191, 206, 213-215, 217, 221f.
- Gut, Theodor (1890-1953): ab 1913 Redaktor der *Zürichsee-Zeitung*, 1933 Präsident der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich; Nationalrat 1935-46, Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten 1940-42; während des Krieges in der Abteilung Presse und Funkspruch, Verbindungsoffizier zum Bundesrat. S. 90, 193.
- Haas, Samuel (1891-1952): Journalist, 1917-47 Direktor der rechtslastigen Presseagentur *Mittelpresses* Gründungsmitglied des Bundes für Volk und Heimat und Mitglied der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National). S. 82.
- Häberlin, Heinrich (1868-1947): Advokat im Kanton Thurgau, freisinniger Bundesrat 1920-34; als Chef des Justiz- und Polizeidepartements mit dem Ausbau des Staatsschutzes beschäftigt. S. 43.
- Haller, Edouard de: Studium der Rechte, im diplomatischen Dienst; Mitglied des IKRK; im Politischen Departement zuständig für humanitäre Fragen. S. 123.
- Hasler, Eugen: Studium der Rechte, Bundesrichter; 1939 bis März 1940 Chef der Abteilung Presse und Funkspruch. S. 65, 87, 121, 208f.
- Hausamann, Hans (1897-1974): erfolgloser Geschäftsmann in der Foto- und Filmbranche; Pressesprecher der Schweizerischen Offiziersgesellschaft; organisiert, dank finanzieller Unterstützung des Militärdepartements, ein Nachrichtenbüro (Büro H), dann Offizier des Nachrichtendienstes. S. 214.
- Hirs, Alfred (1898-1978): Eintritt in die Schweiz. Nationalbank 1910, Direktionsmitglied seit 1927; 1946 Mitglied der Verhandlungsdelegation in Washington. S. 110, 175, 179.
- Hofmann, Ernst: Elektromonteur, aktiver Frontist in verschiedenen Organisationen, gründet 1936 die Eidg. soziale Arbeiterpartei; 1940 im Führungsgremium der Nationalen Bewegung der Schweiz; Empfang bei Bundesrat Pilet-Golaz am 10. Sept. 1940. S. 81, 85.
- Hofmaier, Karl (1897-1988): führendes Mitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz, 1924-36 im Dienst der Komintern; Frühjahr 1939 mit Léon Nicole Besuch der Sowjetunion; 1943 sechs Monate Gefängnis wegen illegaler politischer Tätigkeit; 1944 Zentralsekretär der Partei der Arbeit, 1947 ausgeschlossen wegen Finanzskandal. S. 167.
- Homberger, Heinrich (1896-1985): Rechtsstudium, 1922 Mitglied des Vorortsbüros, 1939 Direktor des Vorortes; vertritt den Vorort in der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National); Mitglied der Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen. S. 19, 32, 55, 57, 72, 88, 129, 157, 182.
- Hotz, Jean (1890-1969): Studien der Volkswirtschaft und des Rechts; seit 1922 im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, 1935 Direktor der Handelsabteilung;

- 1947 verleiht ihm der Bundesrat den Titel *Minister*. S. 54, 71, 76, 84, 129, 156f., 199, 204.
- Huber, Jakob (1883-1953): Chemiker, ab 1911 Instruktionsoffizier, 1937 Oberstdivisionär, 1940 Korpskommandant; Generalstabschef 1940-45. S. 58, 158.
- Huber, Max (1874-1960): Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Zürich, 1928-44 Präsident des IKRK; im Verwaltungsrat der Aluminium-Industrie A.G. und der Maschinenfabrik Oerlikon. S. 47, 123, 152.
- Humbert-Droz, Jules (1891-1971): Studium der Theologie, Mitgründer der KPS 1921, dann Funktionär der Komintern; 1936 Zentralsekretär der KPS, Präsident 1939; Ausschluss aus der KPS 1944, Übertritt zur SPS und Zentralsekretär 1947. S. 35.
- Ilg, Konrad (1877-1954): Schlosserlehre, 1917-54 Präsident des SMUV; Nationalrat 1918-19 und 1922-47; schliesst 1937 das Friedensabkommen in der Metallindustrie; im Gewerkschaftsbund Differenzen mit Max Weber, isoliert sich am rechten Flügel; Dr. h. c. der Universität Bern 1942. S. 49.
- Imhof-Piguet, Anne-Marie: im Auftrag des Roten Kreuzes bei der Kinderhilfe in Frankreich, beteiligt sich an der Rettung jüdischer Kinder. S. 126.
- Jenny, Caspar (1890-1961): Textilindustrieller, Mitglied des Vorortes 1935-60; Mitglied des rechtsgerichteten Bundes für Volk und Heimat; Direktor des Vorstandes der *Mittelpresse* \ Mitglied der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National); Initiant der Eingabe der 200. S. 82, 87.
- Jezler, Robert: Studium der Rechte; Adjunkt und Stellvertreter des Chefs der Polizeiabteilung im Justiz- und Polizeidepartement; 1956 Nachfolger von Rothmund. S. 127, 165, 215.
- Jung, Carl Gustav (1875-1961), Professor für Psychologie an der ETH in Zürich von 1935 bis 1942. S. 149.
- Kägi-Fuchsmann, Regina (1889-1971): Sekundarlehrerin, Frauenrechtlerin; 1932 vom Gewerkschaftsbund mit der Hilfe für Kinder von Arbeitslosen betraut; 1936-52 Zentralsekretärin des Schweiz. Arbeiter-Hilfswerks; schuf während des Krieges die Abteilung für Flüchtlingshilfe des Arbeiter-Hilfswerks. S. 126.
- Kappeler, Franz: Studium der Rechte, seit 1926 im Politischen Departement; von 1936 bis 1945 an der Schweizer Botschaft in Berlin. S. 38.
- Käppeli, Joseph: Chef des Kriegsernährungsamtes im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. S. 52,129.
- Keller, Max Leo (1897-1956): Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften; 1932-39 Direktor der kantonalbernischen Zentralstelle für Einführung neuer Industrien; Mitglied der Nationalen Front und einer der Führer der NBS; flieht 1941 nach Deutschland und gründet 1944 die Schweizer Nationalsozialisten in Deutschland. S. 81, 85, 87, 170.
- Keller, Paul (1898-1973): Studium der Wirtschaftswissenschaften, Prof. an der Handelshochschule St. Gallen; ab 1937 einer der Architekten der Kriegswirtschaft; 1946 Präsident der Direktion der Nationalbank. S. 51, 55,115,153.
- Klöti, Emil (1877-1963): Studium der Rechte und der Volkswirtschaft in Zürich; 1916-19 Präsident der SPS, Stadtpräsident von Zürich 1928-42; 1929 und 1938 Kandidat der SPS für die Bundesratswahlen. S. 45.

- Kobelt, Karl (1891-1968): Studium der Bautechnik an der ETH; freisinniger Regierungsrat St. Gallens 1933-40; Oberst im Generalstab; Bundesrat 1940-45, Chef des Militärdepartements. S. 58, 95, 158, 161, 165, 192, 213, 222.
- Köcher, Otto: Deutscher Gesandter in Bern 1937-45, freundschaftliche Beziehungen zu Stucki und Frölicher seit den 20er Jahren. S. 31f., 78, 88, 137.
- Koehlin, Carl (1889-1969): Direktor der GEIGY in Basel, Mitglied des Vorortes 1931-64; während des Kriegs Chef der Sektion für Chemie und Pharmazeutika des Kriegsindustrie- und Arbeitsamtes. S. 120.
- Kohli, Robert (1896-1977): Studium der Rechte; 1918 im Politischen Departement, leitet ab 1933 die juristische Abteilung; Mitglied der Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen; Minister der Schweiz in den Niederlanden, 1945. S. 55, 129.
- Kübler, Arnold (1890-1983): Studium der Geologie, dann Schriftsteller und Schauspieler in Berlin; 1929 Redaktor der *Zürcher Illustrierten-*, gründet 1941 die Kulturzeitschrift *DU*. S. 144.
- Kurz-Hohl, Gertrud (1890-1972): Pazifistin und Sekretärin (1932) der Kreuzritter-Bewegung von E. Bach, aus der der Christliche Friedensdienst entstand; schuf während des Zweiten Weltkriegs die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe; 1942 Intervention zugunsten der Flüchtlinge bei Bundesrat von Steiger. S. 126.
- Labhart, Jakob (1881-1949): Studium an den technischen Hochschulen Charlottenburg und München; 1905-16 Instruktionsoffizier, dann Chef Lohnbüro bei Bally; Direktor des Eidg. Arbeitsamtes 1921-24; 1925 Sektionschef der Generalstabsabteilung; 1939-40 Generalstabschef. S. 54, 58, 95.
- Laur, Ernst (1871-1964): Studium an der landwirtschaftlichen Abteilung der ETH; Leiter des Schweizerischen Bauernsekretariats 1898-1945; 1939 Mitglied der Ständigen Delegation für Wirtschaftsverhandlungen. S. 55, 129.
- Lescaze, Julien: Advokat in Genf und führendes Mitglied verschiedener korporatistischer Organisationen der 1930er Jahre; Gründungsmitglied des Gotthard-Bundes. S. 66.
- Leyvraz, René (1898-1973): begann die politische und journalistische Laufbahn in der SPS; trat 1921 zum Katholizismus über und liess sich von den Ideen der Action Française inspirieren; Gründer verschiedener korporatistischer Organisationen, Mitglied des Gotthard-Bundes. S. 66.
- Lindt, August R. (geb. 1905): Studium der Rechte, arbeitete 1925-32 im Bankwesen; 1932-40 Korrespondent deutscher und englischer Zeitungen im Mittleren und Fernen Osten; 1941-45 Leiter des Aufklärungsdienstes von Heer und Haus; Mitbegründer der Aktion Nationaler Widerstand; Sonderdelegierter des IKRK in Berlin 1945-46. S. 81, 84, 88, 163.
- Lindtberg, Leopold (1902-1984): Film- und Theaterschaffender, zuerst bei Erwin Piscator in Berlin; verlässt 1933 Deutschland und arbeitet am Schauspielhaus Zürich; Filmregie (Füsilier Wipf, Wachtmeister Studer), internationaler Erfolg mit «Die letzte Chance» (1945). S. 43, 165.
- Lorenz, Jakob (1883-1946): 1908 Adjunkt im Schweiz. Arbeitersekretariat, ab 1923 freischaffender Ökonom und Publizist; 1933-46 Prof. für Soziologie und Wirtschafts-

- kunde an der Universität Fribourg; Vertreter ständestaatlicher Ideen, Herausgeber der Zeitschrift *Das Aufgebot*. S. 79.
- Lüthi, Herbert (geb. 1918): Prof. für Geschichte an der ETHZ; neben historischen Arbeiten auch Artikel zum Zeitgeschehen (z.B. in *Schweizer Annalen*). S. 148.
- Lutz, Carl (1895-1974): kaufmännische Lehre und Studium in den USA; 1935 Beamter im Schweizer Konsulat in Jaffa/Palästina; 1941 Vizekonsul der Schutzmachtabteilung in Budapest; organisierte breite Rettungsaktion zugunsten der ungarischen Juden. S. 159f.
- Masnata, Albert (1900-1983): Studien der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Lausanne, engagiert sich für korporatistische Ideen; 1927 Leiter des Lausanner Büros der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung; Präsident der Eidgenössischen Filmkammer. S. 42, 135.
- Masson, Roger (1894-1967): Studium der Geschichte in Neuenburg; Instruktionsoffizier 1922, Sektionschef der Generalstabsabteilung 1937-46, Leiter des Nachrichtendienstes; der politischen Rechten nahestehend, in Verbindung mit der Ligue Vaudoise. S. 68, 70, 81, 122, 171, 191, 205, 214.
- Meili, Armin (1891-1981): Studium der Architektur an der ETHZ; Direktor der Landesausstellung von 1939; Nationalrat 1939-55; Generalstabsoberst, orientiert 1940 die freisinnige Nationalratsfraktion über Guisans Verhandlungen mit Frankreich. S. 41, 47.
- Meyer, Albert (1870-1953): Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Zürich, Leipzig und Berlin; Journalist der NZZ, Chefredaktor 1915; freisinniger Nationalrat 1915-29, Präsident der freisinnigen Partei der Schweiz 1923-29; Bundesrat 1930-38, Departement des Innern 1930-34, Finanzdepartement 1934-38. S. 45.
- Miescher, Karl Rudolf (1880-1945): Studium der Rechte, liberaler Nationalrat 1919-31; Verwaltungsrat der CIBA; Korpskommandant 1934-41. S. 77.
- Minger, Rudolf (1881-1955): Bauer in Schüpfen BE, gründet 1917 die Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei; Nationalrat 1919, Bundesrat 1930-40, Chef des Militärdepartements. S. 31, 35, 37, 46, 64, 71f., 78, 93f.
- Moeschlin, Felix (1882-1969): Studium der Naturwissenschaften in Basel, Schriftsteller und Journalist, Dr. h.c. der Universität Zürich 1933; Nationalrat 1940-47 (keiner Fraktion zugehörig, aber auf der Liste des Landesrings gewählt); Präsident des Schweizerischen Schriftstellervereins 1924-43. S. 40, 208.
- Morel, Alphonse (1904-1989): Studium der Rechte in Lausanne; gründet zusammen mit Marcel Regamey Ordre et Tradition und später die Ligue Vaudoise; Korporatist und Bewunderer von Marschall Pétain. S. 80, 121.
- Motta, Giuseppe (1871-1940): Studium der Rechte in Fribourg, München und Heidelberg; ab 1899 katholisch-konservativer Nationalrat, Bundesrat 1912-40, zuerst Finanz- und Zolldepartement, dann Politisches Departement. S. 31ff., 35f., 46f., 64, 111, 120.
- Mottu, Philippe (geb. 1913): Studium der Theologie und politischen Wissenschaften, Mitglied des *Gotthard-Bundes* und Mitarbeiter von Heer und Haus; Anhänger von Frank Buchman und der Oxford-Bewegung; Mitbegründer des *Réarmement Moral*. S. 66, 79, 206.

- Musy, Jean-Marie (1876-1952): Studium der Rechte in Fribourg, München, Leipzig, Berlin und Wien; 1911-19 Staatsrat des Kantons Fribourg, Nationalrat 1914-19; Bankrat der Schweizerischen Nationalbank 1913-19; Bundesrat 1920-34, Chef des Finanzdepartements; nach seinem Rücktritt in rechtsextremen Kreisen aktiv. S. 47f., 79, 85, 92, 121, 161.
- Naef, Karl (1894-1959): Studium der Rechte in Zürich, Bern und Berlin, Sekretär des Schweiz. Schriftstellervereins und der Pro Helvetia 1939-59; trägt die Mitverantwortung für die restriktive Flüchtlingspolitik des Schriftstellerverbandes. S. 40, 43.
- Nicole, Léon (1887-1965): PTT-Beamter, Nationalrat 1919-41 und 1947-53; nach seinem Ausschluss aus der SPS 1939 gründet er die *Fédération Socialiste Suisse*, die 1941 verboten wird; am Ende des Krieges Mitbegründer der Partei der Arbeit. S. 49, 138, 141, 166.
- Nobs, Ernst (1886-1957): Primarlehrer, dann Journalist bei der sozialdemokratischen Presse, zuletzt beim *Volksrecht* in Zürich; 1935 Wahl in den Zürcher Regierungsrat; 1942 Zürcher Stadtpräsident; Bundesrat 1944-51, Chef des Finanzdepartements. S. 138, 156, 178, 187.
- Obrecht, Hermann (1882-1940): Lehrerseminar, dann Sekretär des solothurnischen Finanz- und Militärdepartements; 1927 Verwaltungsrat des Schweizerischen Bankvereins und 1931 Präsident der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G.; Bundesrat 1935-1940, Chef des Volkswirtschaftsdepartements. S. 14, 36, 46, 50f., 68, 70f.
- Oeri, Albert (1875-1950): studierte Altphilologie in Basel, Berlin und Göttingen, 1911-49 Redaktor des Auslandsressorts der *Basler Nachrichten*-, Nationalrat 1931-45; setzte sich für das Frauenstimmrecht und die AHV ein. S. 70.
- Oprecht, Hans (1894-1978): Studium an der Universität Zürich; Amtsvormund in Zürich 1918-26; Zentralsekretär des Verbandes des Personals öffentlichen Dienste 1927-46, Präsident der SPS 1936-53; Nationalrat 1925-63; Leiter der Büchergilde Gutenberg. S. 88, 137, 216.
- Payot, René (1894-1970): Studium der Literaturwissenschaften, dann Journalist beim *Journal de Genève*, Bundeshauskorrespondent 1920-33; 1940 Chefredaktor; wöchentliche Radiochronik während des Zweiten Weltkriegs; Sympathisant von Vichy-Frankreich. S. 65.
- Perrier, Victor (1882-1954): Studium der Rechte in Lausanne, Advokat; Chef der Abteilung Presse und Funkspruch von April 1940 bis Juni 1942; Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. S. 81, 87.
- Petitpierre, Max (1899-1994): Rechtsstudium in Neuenburg, Zürich und München, Prof. an der Universität Neuenburg; freisinniger Regierungsrat 1942; Bundesrat 1945-61, Chef des Politischen Departements. S. 152, 155, 158, 168f., 172f., 175, 180, 199f., 217, 222, 226.
- Pilet-Golaz, Marcel (1889-1958): Advokat in Lausanne; avanciert in der Armee bis zum Oberstleutnant; freisinniger Grossrat 1921, Nationalrat 1925, Bundesrat 1929-44, Chef des Politischen Departements 1940-44. S. 23, 46, 64f., 68, 70-73, 78, 82, 85, 87-92, 96f., 106, 113f., 119, 122f., 127, 128, 133, 144, 151f., 158, 166, 169, 179, 181, 222.

- Piller, Joseph (1890-1954): Studium der Rechte in Fribourg, Paris und München; Bundesrichter 1926-33; Staatsrat 1932-46, Chef des Erziehungsdepartements; katholisch-konservativer Vertreter ständestaatlicher Ideen. S. 83, 206.
- Prisi, Friedrich (1875-1955): Primär-, dann Sekundarlehrer (mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung); 1932-36 Divisionskommandant, Korpskommandant 1936-43. S. 73, 77.
- Puhl, Emil Johann: Vizepräsident der Reichsbank, Verbindungsmann zur BIZ und zur SNB. S. 113f., 155, 173f.
- Quartenoud, Maxime (1897-1956): Rechtsstudium in Fribourg, Redaktor beim *Paysan vaudois* 1926 freiburgischer Grossrat, Staatsrat 1935, Nationalrat 1935-47, Ständerat 1947-55. S. 83.
- Rappard, William Emmanuel (1883-1958): Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Genf, Berlin, München, Harvard, Paris und Wien; Professor an der Universität Genf, gründet 1927 das von amerikanischen Stiftungen unterstützte Institut Universitaire des Hautes Études Internationales; zahlreiche diplomatische Missionen im Auftrag des Bundesrates. S. 138, 145, 153, 156, 172, 176, 196 f.
- Regamey, Marcel (1905-1982): Rechtsstudium in Lausanne, Advokat; geistiger Vater der rechtsgerichteten, von Maurras inspirierten Ligue Vaudoise; antidemokratische und antisemitische Publizistik. S. 80f.
- Reverdin, Olivier (geb. 1913): Studium der Literatur in Genf, Paris und Athen; Mitglied der Schweizer Botschaft in Rom während des Zweiten Weltkriegs; Chefredaktor des *Journal de Genève* 1954-59; Nationalrat 1955-71. S. 199, 217f., 229.
- Reynold, Gonzague de (1880-1970): Literaturstudium in Freiburg i. Br., Florenz und Paris; Professor an den Universitäten Genf, Bern und Fribourg; Besuche bei Mussolini und Salazar; Berater der Bundesräte Motta, Musy und Etter; Ideologe der katholisch-ständestaatlichen, antidemokratischen Rechten. S. 42, 46ff., 60, 70, 79-83, 119, 123, 144.
- Riedweg, Franz (geb. 1907): Medizinstudium in Bern, Mitglied der Nationalen Front; enger Vertrauter von Bundesrat Musy; tritt der SS bei und emigriert 1938 nach Deutschland; verheiratet mit der Tochter des Reichswehrministers von Blomberg; 1947 in der Schweiz in Abwesenheit zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. S. 170.
- Rigassi, Georges (1885-1967): rechtskonservativer Journalist bei der *Gazette de Lausanne*, Chefredaktor 1924, Direktor 1939; 1945 Wahl in den waadtländischen Grossrat. S. 121.
- Röpke, Wilhelm (1899-1966): Studium der Rechte in Göttingen und Tübingen, Professor am Institut Universitaire des Hautes Études Internationales in Genf 1937-66; geistiges Haupt des Neoliberalismus in der Schweiz. S. 138, 145, 196, 197.
- Rossy, Paul (1896-1972): Studium der politischen Wissenschaften und der Ökonomie in Lausanne; Eintritt Nationalbank, Mitglied des Direktoriums 1937-54. S. 75, 112, 179.

- Rothmund, Heinrich (1888-1961): Studium der Rechte in Bern, Zürich und Leipzig; 1919 Chef der Fremdenpolizei im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement; 1945 für 2 Jahre beurlaubt zwecks Mitarbeit am Intergouvernementalen Komitee für Flüchtlinge. S. 38, 46, 94, 124, 136, 159f., 165, 169, 215.
- Rougemont, Denis de (1906-1985): Studium der Philosophie und Literatur; Offizier in der Abteilung Heer und Haus, Mitbegründer des Gotthard-Bundes; nach Aufenthalt in den USA 1940-46 in der Europa-Bewegung aktiv. S. 79f. Rubattel, Rodolphe (1896-1961): Studium der Rechte in Lausanne, ab 1932 Leiter der freisinnigen *Revue*-, Bundesrat 1948-54, Volkswirtschaftsdepartement. S. 193.
- Ruegger, Paul (1897-1988): Studium der Rechte, dann im diplomatischen Dienst (1928); Minister in Rom 1935-42, dann in London 1944-48; Direktor des IKRK 1948-55. S. 33, 118, 120, 150.
- Salis, Jean Rodolphe von (1901-1996): Studium der Geschichte, Professor für Geschichte an der ETH in Zürich; wird 1940 mit einer wöchentlichen Radiochronik betraut; Präsident Pro Helvetia 1952-64. S. 22, 63, 65, 148, 152, 183.
- Savary, Léon (1895-1968): Studium der Literatur in Fribourg; Journalist bei der *Tribune de Genève* 1923-35, dann Korrespondent in Bern und Paris; plädiert für Anpassung an die Neue Ordnung der Achsenmächte. S. 48.
- Saxer, Arnold (1896-1975): Studium in St. Gallen, Bern und Zürich; Zentralsekretär des Landesverbandes freier Schweiz. Arbeiter, freisinniger Nationalrat 1933 bis 1938; Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung 1938-61. S. 193f.
- Schaffner, Jakob (1875-1944): begabter Schriftsteller und Dichter mit viel Sympathie für das Deutsche Reich, dann für das Dritte Reich; Mitglied der Nationalen Front und der Nationalen Bewegung der Schweiz; kommt 1944 bei einem Bombenangriff in Strassburg ums Leben. S. 81, 85, 181.
- Schenk, Ernst von (1903-1973): Studium an der Universität Basel, Journalist bei den *Basler Nachrichten* 1929-44; Herausgeber der *Schweizer Annalen*-, Mitglied des Zentralkomitees der Europaunion. S. 88.
- Schmid, Karl (1907-1974): Studium der Germanistik in Zürich und Berlin; 1940 Heirat mit Elsie Attenhofer; in der Armee eingeteilt bei Heer und Haus; 1943 Professor für deutsche Sprache und Literatur an der ETH in Zürich. S. 42, 148.
- Schulthess, Edmund (1868-1944): Studium der Rechte, aargauischer Wirtschaftsanwalt, Direktor bei Brown Boveri; freisinniger Bundesrat 1912-35, Chef des Volkswirtschaftsdepartements. S. 36.
- Schumacher, Edgar (1897-1967): Studium der Philologie in Bern; 1924 Instruktionsoffizier, 1943-46 Leiter von Zentralschulen; 1946 Kommandant der 6. Division. S. 191.
- Schürch, Ernst (1875-1960): Studium der Geschichte und Literatur, später noch der Rechte; Gerichtspräsident und Staatsanwalt; ab 1912 Journalist bei der Berner Zeitung *Der Bund*, Chefredaktor 1925-41. S. 170.
- Schwarzenbach, James (1911-1994): Studium der Geschichte in Paris und Fribourg; Offizier in Heer und Haus; 1947 Besitzer und Leiter des Thomas-Verlages; lanciert 1970 die «Überfremdungsinitiative». S. 210.



- Spoerri, Theophil (1890-1974): Studium der Literaturwissenschaften, Professor für romanische Philologie an der Universität Zürich; Mitglied des Gotthard-Bundes und Mitarbeiter von Heer und Haus; nach dem Krieg Mitglied des Réarmement Moral von Caux. S. 66, 79.
- Sprecher, Andreas von (1895-1953): Dr. jur., Mitglied der Direktion und des Verwaltungsrats der Unfall- und Haftpflichtversicherungs-A.G. «Zürich»; leitendes Mitglied des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz; Präsident der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National) 1936-40; Initiator der Eingabe der 200. S. 80-82, 87, 92, 119.
- Sprecher, Jann von: Studium der Rechte, Schriftleiter der *Schweiz. Monatshefte für Politik und Kultur*. S. 147.
- Staiger, Emil (1908-1987): Studium der Theologie in Zürich und Genf, dann Germanistik und Philologie; 1933 Privatdozent an der Universität Zürich, zugleich aktiv bei der Nationalen Front; 1943-76 Professor für Geschichte der deutschen Literatur; provozierte 1966 mit seiner Rede «Literatur und Öffentlichkeit» eine heftige Kontroverse. S. 207f.
- Stampfli, Walther (1884-1965): Studium der Mathematik und der Wirtschaftswissenschaften in Göttingen und Zürich, dann Journalist; 1921 Sekretär bei Von Roll, später technischer Direktor und Verwaltungsratsmitglied; freisinniger Nationalrat 1931-40, Bundesrat 1940-47, Chef des Volkswirtschaftsdepartements. S. 15, 51, 71, 77, 91, 94, 103, 106, 117, 119f., 128-130, 132, 139f., 152, 169, 193f., 222.
- Steiger, Eduard von (1881-1962): Studium der Rechte in Genf, Leipzig und Bern, Advokat; konservativer bernischer Grossrat 1914-39; BGB-Bundesrat 1940-51, Chef des Justiz- und Polizeidepartements. S. 94, 124-127, 136, 139f., 144, 163, 165, 169ff., 190, 195, 210, 214f., 216.
- Steinmann, Ernst (1887-1962): Studium der Rechte in Genf, Berlin, Leipzig und Bern; Redaktor an der Zeitung *Der Bund*, Zentralpräsident des Schweiz. Bankpersonalverbandes; 1919-46 Sekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. S. 193.
- Stucki, Walter (1888-1963): Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Bern; Chef der Eidgenössischen Handelsabteilung 1925-37; Minister in Paris und später in Vichy 1938-44; 1945 Chef der auswärtigen Abteilung des Politischen Departements. S. 36, 39, 111, 122, 153-156, 174f., 177, 203.
- Sulzer, Hans (1876-1959): Rechtsstudium; Botschafter in Washington 1917-20; Präsident der Gebrüder Sulzer AG seit 1934; Mitglied des Vororts 1935-51 (Präsident 1935); Chef der Sektion Eisen und Maschinen des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes; 1942 Chef der Verhandlungsdelegation in London. S. 55, 116f., 194, 196.
- Tenger, Eduard (1883-1961): Studium der Rechte in Bern und Leipzig, Fürsprecher in Bern; Oberst 1931-38. S. 43.
- Thürer, Georg (geb. 1908): Studium der Literatur und Geschichte in Zürich, Paris und Genf; Gymnasiallehrer 1932-40; Prof. für deutsche Sprache und Schweizer Geschichte an der Handelshochschule St. Gallen 1940-78; Mitglied der Stiftung Pro Helvetia 1948-57. S. 23, 147.

- Troendle, Max (geb. 1905): Studium der Rechte in Basel und Paris; Eintritt ins Politische Departement 1931, zweiter Gesandtschaftssekretär in Warschau 1937-39; erster Gesandtschaftssekretär in Rom 1940-44, dann Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge. S. 157.
- Vallotton, Henry (1891-1968): Studium der Rechte, 1925-34 freisinniger Nationalrat; Minister in Rio de Janeiro 1934-45, dann in Stockholm. S. 93.
- Vieli, Peter (1890-1972): Studium der Rechte; zuerst im diplomatischen Dienst tätig; 1937-52 Mitglied der Direktion der Schweizerischen Kreditanstalt; in seiner Funktion als Leiter des «Deutschlandkomitees» der Schweizerischen Bankiersvereinigung 1940-41 an den Verhandlungen mit Deutschland beteiligt; Minister in Rom 1943-44; unterzeichnet die Eingabe der 200. S. 55, 120, 154.
- Vodoz, Antoine (1900-1945): Studium der Rechte in Lausanne und Paris; liberaler, rechtsstehender waadtländischer Staatsrat 1938-45, Justiz- und Polizeidepartement; plädiert für harte Flüchtlingspolitik. S. 125.
- Wahlen, Friedrich Traugott (1899-1985): Studium der Agronomie an der ETH; nach Aufenthalt in Kanada 1929 Direktor der eidgenössischen Versuchsanstalt in Oerlikon; 1938 Leiter der Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Kriegsernährungsamt; Zürcher Ständerat 1942-49; Bundesrat der BGB 1959-65. S. 52, 129ff., 141, 218, 220.
- Waibel, Max (1901-1971): Studium der Nationalökonomie in Basel, Frankfurt/M. und Giessen, dann Berufsoffizier; während des Kriegs Offizier des Nachrichtendienstes. S. 159.
- Walther, Heinrich (1862-1954): Medizin- und Rechtsstudium in Basel, Leipzig und Heidelberg; Nationalrat 1908-45; einflussreicher Führer der katholisch-konservativen Volkspartei. S. 77, 91, 94.
- Weber, Ernst (1881-1967): nach Auslandsaufenthalt Eintritt in die SNB, 1925 Generaldirektor und Mitglied des Direktoriums, das er ab 1939 präsidiert; 1939-47 Vertreter der SNB im Verwaltungsrat der BIZ; 1948-53 Mitglied der Eidg. Bankenkommission. S. 114, 179.
- Weber, Karl (1880-1961): Geschichtsstudium an der Universität Basel; Journalist bei den *Basler Nachrichten*, später bei der *NZZ*; Lehrbeauftragter für wissenschaftliche Zeitungskunde an der Universität Zürich 1927-42, dann Professor für Zeitungskunde an der Universität Bern. S. 78.
- Weber, Max (1897-1974): Studium der Wirtschaftswissenschaften in Zürich; wissenschaftlicher Sekretär des Gewerkschaftsbundes 1926-40, dann Zentralpräsident des Schweiz. Bau- und Holzarbeiterverbandes; 1952-54 sozialdemokratischer Bundesrat, Finanzdepartement. S. 49, 91.
- Wechlin, Heinrich Eugen (geb. 1897): Dr. phil., Chefredaktor des *Berner Tagblattes* 1931-36; leitendes Mitglied der Eidgenössischen Front, Privatsekretär von Bundesrat Musy; Reichsredner des Bundes der Schweizer in Grossdeutschland; 1945 ausgebürgert. S. 85.
- Weck, René de (1887-1950): Studien in München und Fribourg, Mitbegründer des Schweiz. Schriftstellervereins; 1933-45 Leiter der Schweizer Botschaft in Bukarest. S. 63, 64.

- Weizsäcker, Ernst Frhr. von (1882-1951): Deutscher Konsul in Basel 1921-25, Gesandter in Bern 1933-36; 1937 Chef der pol. Abt. im Auswärtigen Amt, 1938-43 Staatssekretär. S. 32, 39.
- Wetter, Ernst (1877-1963): Studien der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich; 1920 Generalsekretär des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements; 1924 Leiter des Büros des Vororts, 1926-38 Vizepräsident des Vororts; Mitglied der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National); 1939-43 freisinniger Bundesrat, Chef des Finanzdepartements. S. 19, 45f., 47, 71, 83, 112-114, 119f., 129, 138.
- Wille, Ulrich (1877-1959): Sohn des Generals des Ersten Weltkriegs; Studium der Rechte in Genf, Berlin und Leipzig; Instruktionsoffizier, Waffenchef der Infanterie 1936-40, Ausbildungschef 1941-42. S. 45, 58, 70, 72f., 77, 83, 88, 96, 119, 217.
- Zellweger, Eduard (1901-1975): Studium der Rechte in Genf und Bern, dann am Kassationsgericht in Zürich; sozialdemokratischer Nationalrat 1943-45; Botschafter in Jugoslawien 1945-49. S. 173.
- Zollinger, Albin (1895-1941): Sohn eines Mechanikers, Primarschullehrer in Oerlikon; publiziert seit 1921 Gedichte und Romane; sein letzter zu Lebzeiten veröffentlichter Roman, *Pfannenstiel* (1940), ist ein sensibler Spiegel des Zeitgeschehens. S. 136, 143.

Michel Fior

### **Die Schweiz und das Gold der Reichsbank.**

Was wusste die Schweizerische Nationalbank?

1997. 147 S. Br. DM 36.-/ÖS 260/sFr. 32.-

ISBN 3-905312-36-0

Philipp Sarasin, Regina Wecker (Hg.).

### **Raubgold, Réduit, Flüchtlinge.**

1998. Ca. 200 S. Br. DM 39.-/ÖS 300/sFr. 32.-

ISBN 3-905312-56-5

Werner Rings

### **Raubgold aus Deutschland**

Die «Golddrehscheibe» Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Neuaufgabe 1997. 244 S. Br. sFr. 29.80

ISBN 3-905312-18-2

Werner Rings

### **Schweiz im Krieg 1933-1945**

Ein Bericht mit 400 Bilddokumenten.

Neuaufgabe 1997. 448 S. 400 Abb. Geb. DM 54.-/ÖS 380/sFr. 48.-

ISBN 3-905312-33-6

Charlotte Weber

### **Gegen den Strom der Finsternis**

Als Betreuerin in Schweizer Flüchtlingsheimen 1942-1945.

2. Auflage 1997. 288 S. 42 S.-w.-Abb. 12 Farbabb. Br. DM 43.-/ÖS230/SFE 38.-

ISBN 3-905311-31-3

Eveline Zeder

### **Ein Zuhause für jüdische Flüchtlingskinder.**

Lilly Volkart und ihr Kinderheim in Ascona 1934-1947.

Oktober 1998. Br. Ca. 150 S. Ca. 40 Abb. Ca. DM 39.-/ÖS 270/sFr. 34.-

ISBN 3-905312-81-6